

Herbert Matis, Andreas Resch, Dieter Stiefel (Hg.)

Unternehmertum im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft

Unternehmerische Aktivitäten in historischer Perspektive

Beiträge gesammelt zu Ehren
von Alice Teichova



Herbert Matis, Andreas Resch,
Dieter Stiefel (Hg.)

Unternehmertum im Spannungsfeld
von Politik und Gesellschaft

Veröffentlichungen der
Österreichischen Gesellschaft
für Unternehmensgeschichte

Herausgegeben von

Peter Eigner
Alois Mosser
Andreas Resch

Band 28

LIT

Herbert Matis, Andreas Resch,
Dieter Stiefel (Hg.)

Unternehmertum im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft

Unternehmerische Aktivitäten
in historischer Perspektive

Beiträge gesammelt zu Ehren
von Alice Teichova

LIT

Umschlagbild: Paul Kirnig, Stadt, Öl/Lw., 1923, Privatbesitz.
Die Herausgeber danken John H. Kirnig, Oxford,
für die Überlassung eines Scans des Werkes.

Für finanzielle Unterstützung danken wir:
Amt der Niederösterreichischen Landesregierung
Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung in Wien
Magistrat der Stadt Wien
Raiffeisen Zentralbank Österreich AG
Wirtschaftskammer Österreich



Gedruckt auf alterungsbeständigem Werkdruckpapier entsprechend
ANSI Z3948 DIN ISO 9706

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-643-50215-5

©LIT VERLAG GmbH & Co. KG Wien 2010
Krotenthallergasse 10/8
A-1080 Wien
Tel. +43 (0) 1-409 56 61
Fax +43 (0) 1-409 56 97
e-Mail: wien@lit-verlag.at
<http://www.lit-verlag.at>

LIT VERLAG Dr. W. Hopf
Berlin 2010
Verlagskontakt:
Fresnostr. 2
D-48159 Münster
Tel. +49 (0) 2 51-620 320
Fax +49 (0) 2 51-922 60 99
e-Mail: lit@lit-verlag.de
<http://www.lit-verlag.de>

Auslieferung:

Deutschland: LIT Verlag Fresnostr. 2, D-48159 Münster
Tel. +49 (0) 2 51-620 32 22, Fax +49 (0) 2 51-922 60 99, e-Mail: vertrieb@lit-verlag.de
Österreich: Medienlogistik Pichler-ÖBZ, e-Mail: mlo@medien-logistik.at
Schweiz: B + M Buch- und Medienvertrieb, e-Mail: order@buch-medien.ch

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 7

Manfred Zollinger

Organisierter Zufall. Lotterieunternehmer im 18. Jahrhundert 11

Herbert Matis

Technologietransfer in den frühen Phasen der Industrialisierung –
zur Rolle britischer Immigranten für die Wirtschaftsentwicklung
der Habsburgermonarchie 37

Charlotte Natmeßnig

Österreichische Unternehmer in Bosnien-Herzegowina:
Die Eisen- und Stahlindustrie Zenica 1892 bis 1918 61

Gerhard Senft

Die Gründung der *Tolstoi-Farm* in Lawley in Südafrika 1910.
Historische Koordinaten eines *unmöglichen Unternehmens* 87

Derek Weber

Dmitri Schostakowitsch und die sowjetische Musik
der 1920er-Jahre. Auf der Suche nach Musik der Zukunft 117

Peter Eigner u. Andreas Resch

Steyrermühl und Vernay: Die zwei größten Wiener Zeitungs-
konzerne der Zwischenkriegszeit 143

Gertrude Enderle-Burcel

Konkurrenz auf der Donau – Anfang und Ende der Betriebs-
gemeinschaft der Ersten Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft
mit der königlich ungarischen Fluß- und Seeschiffahrts A.-G.
in der Zwischenkriegszeit. 171

Andrea Komlosy

Auf den Spuren der Familie Hackl. Vom Unternehmensaufbau
zur Bewahrung des industriekulturellen Erbes. 185

<i>Peter Berger</i>	
Eine Geschichte von Verlorenen und Geretteten.	
Erinnerungen an die Judenverfolgung in Wien und Budapest	207
<i>Drahomír Jančík, Eduard Kubů and Jiří Šouša</i>	
“Aryanization” and Social Change in the Bohemian Lands, 1938–45. Acquisition of Jewish Property – an Instrument of Social Rise for the New Owners.	215
<i>Karl Bachinger</i>	
James Burnhams <i>The Managerial Revolution</i> .	
Anmerkungen zu einem weithin vergessenen Text	251
<i>Dieter Stiefel</i>	
Sozialistische Wirtschaftsordnung gegen privates Unternehmertum: Zur Grundsatzdiskussion der Verstaatlichung in Österreich	285
<i>Alois Mosser</i>	
Laudatio auf Frau Emerita Univ.-Prof. Dr. Dr.h.c.mult. Alice Teichova	297
Autorinnen und Autoren	307

Vorwort

Der vorliegende Band ist der Wirtschafts- und Sozialhistorikerin Alice Teichova gewidmet. Sie hat im Jahr 1974 mit ihrer Monographie über die Rolle von Auslandskapital in der Tschechoslowakischen Republik vor dem Zweiten Weltkrieg¹ eine Pionierarbeit zur Verflechtung politischer und wirtschaftlicher Interessen bei der Entwicklung von Unternehmen in einer kleinen, offenen Volkswirtschaft vorgelegt, wobei sie insbesondere auf die Einbettung in die konfliktreichen internationalen Beziehungen während der 1930er Jahre eingeht. Darüber hinaus hat sich die Autorin in zahlreichen weiteren Arbeiten kritisch mit Unternehmen im Machtfeld von politischen und wirtschaftlichen Interessen befasst.²

In diesem Sinne wird im vorliegenden Band zu Ehren von Alice Teichova eine breite Palette an Studien zum Themenbereich „Unternehmertum im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft“ präsentiert.

Das moderne Wirtschaftswachstum seit der frühen Neuzeit ist mit der Ausbildung kapitalistisch-marktwirtschaftlicher Institutionen einhergegangen, in denen die Angebotsseite in einem zunehmenden Ausmaß von gewinnorientierten Unternehmen organisiert wurde. Im Laufe der Jahrhunderte hat sich das politische, soziale und ökonomische Umfeld, in das die unternehmerischen Aktivitäten eingebettet waren, immer wieder grundlegend gewandelt. Sowohl der institutionelle Rahmen als auch der Stand der Technologie entwickelten sich weiter, und die Unternehmen mussten sich mit wechselnden Konstellationen von Stakeholders arrangieren. Zu wichtigen Einflussgrößen gehörten die staatliche Politik, die die rechtlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen schuf, aber auch durch vielerlei direkte und indirekte Einflussnahmen Interessen politischer Akteure durchzusetzen versuchte, sowie verschiedene organisierte Gruppierungen, wie Gewerkschaften, Unternehmervertretungen und andere Interessierte. Nicht zu vergessen sind ideologische

1 Alice Teichova, *An Economic Background to Munich. International Business and Czechoslovakia 1918–1938*, Cambridge u.a. 1974.

2 Für eine ausführlichere Würdigung der Leistungen der Autorin siehe den Beitrag von Alois Mosser in diesem Band. Als rezenten unternehmensgeschichtlichen Beitrag der Jubilarin siehe etwa Alice Teichova, *Czechoslovakia: The halting pace to scope and scale*, in: Alfred D. Chandler, Jr., Franco Amatori, Takashi Hikino (Hg.), *Big business and the wealth of nations*, Cambridge u.a. 1997, seither zwei weitere Auflagen, zuletzt 2005.

bzw. kulturelle Strömungen, die etwa im Sinne des Liberalismus und technokratischer Fortschrittsgläubigkeit für möglichst große Freiräume für unternehmerisches Handeln eintraten oder im Geiste kapitalismus- und sozialkritisch orientierter Bewegungen sowie romantisch-rückwärtsgewandter Haltungen kollektive Kontrolle und Beschränkung individueller Eigentumsrechte im Unternehmenssektor forderten. Nicht zuletzt bildete auch die kulturelle Sphäre einen Resonanzboden für derartige Strömungen und wurde zugleich selbst mit dem Aufkommen der Massenmedien und des modernen Konzertbetriebs seit dem 19. Jahrhundert ein Subfeld unternehmerischen Handelns.

Die im vorliegenden Band gesammelten Studien gehen auf verschiedene Aspekte der Einbettung unternehmerischen Handelns im weiteren Sinne in die gesellschaftliche Umwelt seit der frühen Neuzeit ein. Manfred Zollinger schildert kenntnisreich die zeitgenössischen Diskurse und unternehmerischen Praktiken im Zusammenhang mit dem Lottospiel im 18. Jahrhundert, Herbert Matis stellt frühe Fälle einander überschneidender politischer und unternehmerischer Interessen an technisch-unternehmerischen Innovationen am Beispiel des Imports britischer Technologie nach Österreich im 18. und 19. Jahrhundert dar, und Charlotte Natmeßnig zeigt anhand der Geschichte des Stahlwerkes in Zenica die Wechselwirkungen zwischen privatwirtschaftlichen und staatlichen Interessen beim Aufbau der Stahlindustrie in Bosnien-Herzegovina um 1900 auf.

In drei Artikeln wird auf die Wechselwirkungen zwischen kulturellem Schaffen und politisch-wirtschaftlichem Umfeld, also auf frühe Beispiele kreativwirtschaftlicher Entwicklungen, eingegangen. Gerhard Senft stellt die kritische, eher rückwärtsgewandte Auseinandersetzung des russischen Dichters Leo Tolstoi mit den ökonomischen Modernisierungsprozessen seiner Zeit dar und portraitiert die darauf basierende Landkommunenbewegung, die unter anderem zur Errichtung der Tolstoi-Farm in Südafrika durch Mahatma K. Gandhi im Jahr 1910 als alternatives unternehmerisches Projekt führte. Der Wirtschaftshistoriker, Musikjournalist und Dramaturg Derek Weber analysiert anhand der Entwicklung von Dmitri Schostakowitsch die Produktionsbedingungen von Komponisten im Rahmen des Sowjetsozialismus. Andreas Resch und Peter Eigner rekonstruieren die Geschichte der beiden größten Wiener Zeitungskonglomerate der Zwischenkriegszeit, die im heiklen Spannungsfeld zwischen Gewinnorientierung, politischem Engagement und Einflussnahme privater und öffentlicher (Mit-)Eigentümer sehr unterschiedliche ökonomische Erfolge erzielten.

Ähnlich wie Alice Teichova in einigen ihrer Hauptwerke den Einfluss internationaler Kapitalinteressen im Mitteleuropa der Zwischenkriegszeit aufzeigte, untersucht Gertrude Enderle-Burcel, wie internationale Investoren die Donauschiffahrt nach der Auflösung der Habsburgermonarchie und der Aufteilung von Vermögenswerten der altösterreichischen Donaudampfschiffahrtsgesellschaft (DDSG) ihre Claims abzustecken suchten, was zu wech-

selnden Konstellationen von Kooperation und Konkurrenz zwischen den einzelnen Gesellschaften führte. Andrea Komlosy schildert, wie im niederösterreichischen Waldviertel der Familie Hackl im Laufe des 19. Jahrhunderts der Aufstieg aus kleinsten handwerklichen Anfängen zu großbürgerlichen Textilindustriellen gelang, die jedoch die Erzeugung in Weitra bereits während des Modernisierungsschubs der Branche um 1900 wieder einstellen mussten. Nach diversen Nachnutzungen entstand um 1990 im historischen Fabrikgebäude das Museum Alte Textilfabrik.

Zwei Beiträge befassen sich mit den gewaltsamen Auswirkungen der NS-Herrschaft auf Unternehmer in Mitteleuropa. Peter Berger gibt die Erinnerungen einer jüdischen Wiener Unternehmerfamilie an den Terror in Österreich und Ungarn bis 1945, verzweifelte Versuche der Familie, sich immer wieder eine wirtschaftliche Grundlage zu schaffen, an die stalinistische Ära in Budapest nach dem Krieg und die Rückkehr nach Wien im Jahr 1954 wieder. Drahomir Jančík, Eduard Kubů und Jiří Šouša legen eine auf der Basis von Archivquellen aus der Tschechoslowakei und Deutschland erstellte Pionierstudie über Ariseure im „Sudetenland“ und dem „Protektorat Böhmen und Mähren“ vor.

Schließlich wird in zwei Beiträgen auf Diskurse über die unternehmerische Weiterentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg eingegangen. Karl Bachinger versucht, ausgehend von James Burnhams Buch *The Managerial Revolution* aus dem Jahr 1941, das heute weitgehend vergessen ist, die Bedeutung der Managerschicht für den gesellschaftlichen Entwicklungsprozess des letzten Jahrhunderts herauszuarbeiten, und Dieter Stiefel gibt einen Überblick über ein zentrales Thema der österreichischen Wirtschafts- und Industriegeschichte der Nachkriegszeit, nämlich die Grundsatzdiskussionen zum größten österreichischen Unternehmenskomplex nach 1945, der verstaatlichten Industrie.

Abgeschlossen wird der Band im Sinne der Widmung für Alice Teichova von einer Laudatio auf die emeritierte Professorin und mehrfache Ehrendoktorin, verfasst von Alois Mosser.

Die Herausgeber danken den Subventionsgebern für die finanzielle Unterstützung sowie Manfred Zollinger, Peter Eigner und Karl Bachinger für die Mitarbeit beim Korrekturlesen der Manuskripte und Druckfahnen.

Wien, im August 2010

Die Herausgeber

Organisierter Zufall

Lotterieunternehmer im 18. Jahrhundert

Manfred Zollinger

Ein Bericht über die Finanzverwaltung des Königreichs Westfalen für das Jahr 1808 verweist auf verschiedene „sehr unglückliche“ Erfahrungen, die etliche Fürsten vor der Ankunft des neuen Königs Jérôme, des Bruders Napoleons, mit ihren Zahlenlotos¹ gemacht hätten: Verarmung und moralischer Verfall, ausbleibende Kontributionszahlungen und weniger Steuererträge als Lottoeinnahmen. Das Übel dieser Einrichtungen, „die eher dazu dienten, einige üble Subjekte zu bereichern als die Staatskassen zu füllen“, habe keine andere Wahl gelassen, als sie aufzuheben und auf die einfacher strukturierte Klassenlotterie, an der das (kleine) Volk wegen der höheren Lospreise nicht teilnehmen könne, zurückzugreifen. Ihre Verwaltung wurde einer Gruppe von Unternehmern anvertraut, die wegen ihres Vermögens und ihres guten Rufs das Vertrauen der Regierung genossen, gleichwohl aber unter die Aufsicht des Präfekten gestellt wurden.²

Dem Bericht lag das Motiv zugrunde, das Lotto und seine Gestion zu diskreditieren, um eine andere Lotterie – unter neuen politischen Vorzeichen – zu legitimieren. Dabei hätte es dieser Strategie gar nicht wirklich bedurft. Denn Lotterien waren als Finanzierungsinstrumente seit dem späten Mittelalter etabliert und bewährt. Aufgekommen in den kapitalistisch geprägten urbanen Zentren (Genua seit 1374 und Flandern seit 1440/41)³, dienten sie un-

1 Es handelt sich um das heute noch in Italien und Österreich angebotene Glücksspiel, bei dem aus 90 Zahlen fünf gezogen werden und die Gewinne sich nach der Höhe des Einsatzes in fixen Sätzen bemessen.

2 Administration des finances du Royaume de Westphale. An 1808. Cassel 1809, 53f.: „ces établissements [...] qui servaient plutôt à enrichir quelques mauvais sujets d’administrateurs qu’à remplir les caisses de l’Etat“. Vgl. auch den Almanach royal de Westphalie, pour l’an M. DCCC. XIII. Cassel 1813.

3 Giuseppe Felloni u. Guido Laura, Genova e la storia della finanza: una serie di primati?, Genua 2004, 67–73 (als pdf auch im Internet). Für einen knappen Überblick siehe Manfred Zollinger, Les loteries – une institution appréciée et contestée, in:

terschiedlichsten Zwecken: von der Kapitalaufbringung für sozialkaritative und andere öffentliche Einrichtungen über staatliche Anleiheaufnahmen und den Rückbau von Kapital und Zinsen der Staatsschuld bis zum reinen Budgetposten.⁴ Die erste englische „Staatslotterie“, die vom Parlament bewilligte „Million Adventure“ von 1694, eine Lotterieranleihe, wurde – obwohl nach venezianischem Vorbild eingerichtet – als „Königin und Mutter aller von selbiger Zeit an biß itzo in Holl= und Deutschland gesehenen Lottereyen“⁵ bezeichnet und gilt als ein Element des differenzierten und innovativen Finanzmarkts der englischen „Financial Revolution“.⁶ In Krünitz’ Enzyklopädie (1801) werden Entwicklungsdynamik und Stellenwert von Lotterien für die Finanzen des frühmodernen Staats auf den Punkt gebracht: „So kam es denn dahin, daß man die Lotterien nach und nach ganz wie eine Finanzsache, oder wie eine Contribution zu betrachten anfinge, die man für den Staat benutzen zu müssen glaubte, und man errichtete daher an vielen Orten Lotterien, um mit dem Überschusse derselben Staatsschulden zu tilgen, oder allerley andere Anstalten zu treffen, zu denen die Staatscasse sonst keine Mittel aufzubringen wußte.“⁷ Glaubte man, schon im 17. Jahrhundert „ein recht grosses Lotterey=Seculum“ gesehen zu haben,⁸ so trifft das mit Sicherheit auf das achtzehnte zu, als die Vielzahl an Lotterien ein heute bis ins Letzte nicht mehr erfassbares Ausmaß annahm.

Der Aufschwung wurde nicht von allen begrüßt. Religiöse Einwände wurden dabei immer mehr von moralischen, ordnungspolitischen und ökonomischen Bedenken in den Hintergrund gedrängt. Wenn die Lotterie als „Contribution“ angesehen wurde, dann war es in der ökonomischen Logik eine perverse. Denn wer Lotterielose kauft oder Lotto spielt, handelt irrational. Seit William Petty, der die Lotterie 1662 als „a Tax upon unfortunat self-conceited fools“ bezeichnet hatte, wurden Ökonomen nicht müde, das Spiel als ‚Deppensteuer‘ zu diskreditieren oder sich zumindest zu wundern, wie

Annie Buffels (Hg.), *L'art du jeu. 75 ans de Loterie Nationale* [Katalog zur Ausstellung im Musée des Beaux Arts, Brüssel, 16. Oktober 2009 – 31. Jänner 2010], Brüssel 2009, 16–31.

- 4 R[ichard] D. Richards, *The Lottery in the History of English Government Finance*, in: *Economic History* 3 (1934) 57–76, hier 58.
- 5 Peter A. Lehmann (Hg.), *Historische Remarques der neuesten Sachen in Europa*, 5. Teil, auf das 1703. Jahr, Hamburg 1704, 285.
- 6 Peter G. M. Dickson, *The Financial Revolution in England: A Study in the Development of Public Credit 1688–1756*, London 1967, 48f. Vgl. Anne L. Murphy, *Lotteries in the 1690s: investment or gamble?*, in: *Financial History Review*, 12.2 (2005), 227–246.
- 7 Artikel *Lotterie*, in: Johann Georg Krünitz / Heinrich Gustav Flörke, *Oekonomisch-technologische Encyclopädie, oder allgemeines System der Staats- Stadt- Haus- und Landwirthschaft und der Kunstgeschichte*, Bd. 81, Berlin 1801, 93.
- 8 Lehmann (Hg.), *Historische Remarques*, 275f.

die Nachfrage mit dem „Rational-Choice“-Modell zu vereinbaren sei.⁹ Besonders arg erschien dieses Missverhältnis beim Zahlenlotto (Lotto di Genova), das sich im 18. Jahrhundert in fast ganz Europa etablierte. Beim Lotto lagen die Auszahlungsquoten teils beträchtlich unter der mathematischen Gewinnerwartung.¹⁰ Das machte in den Augen der Kritiker einen wesentlichen Teil seiner Verwerflichkeit aus. Ungleich heftiger als andere öffentliche Massenglücksspiele dieser Art geriet es in den Auseinandersetzungen über die Legitimität solcher Einrichtungen in das diskursive Spannungsfeld zwischen Moral und Profit, zwischen wohlwollender Aufnahme bei finanzbedürftigen Fürsten einerseits und vernichtender Schelte und Warnung vor der allgemeinen Korruption der Sitten andererseits. Kritik an den unvernünftigen, unmündigen Lotteriekonsumenten paarte sich mit Polemik gegen die aus diesem Missverhältnis resultierenden und demnach als übermäßig empfundenen Gewinne der Betreiber. Gesellte sich bei ihnen dazu noch persönliches Bereicherungsstreben, womöglich gar auf Kosten der Staatskasse, so waren sie als jene „mauvais sujets“ identifiziert, von denen der eingangs zitierte westfälische Bericht spricht.¹¹

Indes ist aus unternehmenshistorischer Perspektive ein genauerer Blick auf die Protagonisten des Lottospiels von besonderem Interesse. Denn das Verdikt der „üblen Subjekte“ muss im Zusammenhang mit der allgemeinen Auseinandersetzung über dieses Spiel gesehen werden, in der zumeist unüberprüfte Stereotype und Klischees dominieren. Die Brisanz liegt darin, dass zur Desavouierung eines Glücksspiels dessen Anbieter oft pauschal disqualifiziert wurden. So stellte ein Historiker des Kölner Lottos einerseits das Fehlen ei-

9 William Petty, *A Treatise of Taxes & Contributions* [...], London 1662. Vgl. zur ökonomischen Diskussion Jens Beckert u. Mark Lutter, *Wer spielt hat schon verloren? Zur Erklärung des Nachfrageverhaltens auf dem Lottomarkt*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 59 (2007), 241–271, und Roberto Garvía, *Lotterías. Un estudio desde la nueva sociología económica*, Madrid 2008.

10 Eine frühe Kritik an den zu niedrigen Gewinnquoten findet sich bei Simon Caree, *Lotto o sia seminarj di Genova, Milano, Napoli &c. dimostrati d'enorme danno. S'aggiunge lettera sopra un caffè' e te' nostrali*, [Venedig] 1730.

11 Zur Diskussion über Lotterien und zumal das Lotto vgl. Wolfgang Weber, *Zwischen gesellschaftlichem Ideal und politischem Interesse. Das Zahlenlotto in der Einschätzung des deutschen Bürgertums im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert*, in: *Archiv für Kulturgeschichte* 69 (1987) 116–149; Edith Saurer, *Straße, Schmuggel, Lottospiel. Materielle Kultur und Staat in Niederösterreich, Böhmen und Lombardo-Venetien im frühen 19. Jahrhundert*, Göttingen 1989; Hans-Peter Ullmann, *Der Staat, die Spieler und das Glück: Lotterien im Deutschland des 18. und 19. Jahrhunderts*. Berlin 1991 (=Informationen der Hist. Komm. zu Berlin, Beiheft 14); Manfred Zollinger, *Der Geist der Spekulation im Spiel: Aufschwung und Krise der Lotterien im 18. und 19. Jahrhundert*, in: Ulrich Schädler u. Ernst Strouhal (Hg.), *Passagen des Spiels*, Wien, New York 2010 (im Druck).

ner Biographie „jener wirtschaftshistorisch bemerkungswerten Unternehmertypen“ fest, betitelte sie aber gleichzeitig als „abenteuerliche Cagliostrofiguren meist italienischen Geblüts, wie sie Deutschland im 18. Jahrhundert in Scharen überschwemmen“.¹² Auch wenn schon vor Jahren beklagt wurde, dass die Literatur zu Lotterien und deren führenden Figuren wenig geneigt sei, das „Klischee des Glücksritters“ aufzugeben, hält sich dieser Topos bis heute.¹³ Damit folgen die meisten Historiker populären (oder popularisierten) Wahrnehmungsmustern, denen zufolge solche „Projektanten“ oder „Abenteurer“ kaum mehr waren als Scharlatane, listige und gierige Fremde, die ihr Glück zumeist in Finanzspekulationen versuchten, „bent on destroying the commonwealth under the pretence of improving it“, wie ein Autor des 17. Jahrhunderts urteilte.¹⁴ Durch ihre Projekte gefährdeten sie angeblich die ökonomische Ordnung, die sie vorfanden und ausbeuteten, ohne ihr anzugehören.

Hieß man sie „Abenteurer“, geschah das in pejorativer Absicht. Sie hatten nichts gemein mit den respektablen englischen „merchant adventurers“, die den englischen Textilhandel seit dem Mittelalter monopolisierten, und nichts mit der Gattung von „adventurers“, zu denen Adam Smith etwa Hernan Cortéz zählte. Es waren aber auch nicht die Käufer von Lotterielosen gemeint, die in England ebenfalls „adventurers“ hießen (und in Frankreich übrigens „actionnaires“). Im Begriff „Abenteurer“ schwang ökonomische Instabilität und Unsicherheit verbunden mit Mobilität und Marginalität mit. Im österreichischen Raum wurde 1518 sowohl den „abenteurern mit den pern“, also Bärenführern, als auch professionellen Betreibern von öffentlichen Glücksspielen auf Jahrmärkten und zu ähnlichen Anlässen verboten, mit ihren Frauen und Kindern durch das Land zu ziehen, um „ir abenteuer und pettl zu treiben“.¹⁵ Das *Dictionnaire de l'Academie* definierte 1694 den „aventurier“: „Celuy qui n'a aucune fortune, & qui cherche à s'establir par des aventures.“ Zedler, dessen *Universal-Lexicon* sich 1751 auf die französische Bedeutung

12 Hans Grotjan, Das Kölner Lotto. Ein Beitrag zur Kölner Wirtschaftsgeschichte, Köln 1923, [1].

13 Wolfgang Paul, Erspieltes Glück. 500 Jahre Geschichte der Lotterien und des Lotto, Berlin 1978, 73. Beispiele für die Persistenz solcher Attribuierungen sind etwa Theodor Schieder, Friedrich der Große. Ein Königtum der Widersprüche, Frankfurt am Main, Berlin, Wien 1983, 324f. und Ilja Mieß, Berlins Aufstieg zum ersten preußischen Finanzplatz bis zur Industrialisierung, in: Hans Pohl u. Fritz Knapp (Hg.), Geschichte des Finanzplatzes Berlin, Frankfurt am Main. 2002, 1–52, hier 33f.

14 Zit. nach Samantha Lynn Heller, Poets and projectors: profit, production, and economic paradigms in early modern England, Columbia Univ. 1999 (ungedruckte Doktorarbeit; UMI Microform 9948990, Ann Arbor, Mich. 2000), 18.

15 Zit. nach Josef Pauser, „Verspilen / ist kein Spil / noch Schertz“. Geldspiel und Policy in den österreichischen Ländern der Frühen Neuzeit, in: Karl Härter (Hg.), Policy und frühneuzeitliche Gesellschaft, Frankfurt am Main. 2000, 179–233, hier 213.

beruft, lässt keinen Zweifel am inferioren sozialen Status eines „Aventurier“: Es sei jemand, der kaum oder gar nicht bekannt sei, vermutlich keinen festen Wohnsitz, „mithin wenig oder nichts zu verlieren“ habe, das Land auf der Suche nach Abenteuern, „das ist ungewöhnliche Begebenheiten und Glückfälle“, durchstreife, sich daher „kühnlich“ in Sachen einlasse „und gemeiniglich nur ein Betrüger ist“. Somit stellt er eine potenzielle Gefahr dar: „Ein jeder soll sich vor dergleichen Leuten wohl in Acht nehmen.“¹⁶ Eine Gefahr ist der Abenteurer für die bürgerliche Ökonomie und Ideologie, als deren Gegenpart er erscheint, wie Untersuchungen zu berühmten Vertretern wie Ange Goudar und Giacomo Casanova festhalten.¹⁷ Vielleicht ist es diese negative Konnotation und eine wachsende semantische Sensibilisierung, die beispielsweise die Bank of Scotland zu einer begrifflichen Änderung veranlasste: Während sie noch 1767 „A list of names of the adventurers in the Bank of Scotland“ veröffentlichte, wählte sie seit 1775 den Titel „proprietors“.

Zeitgenossen verwendeten allerdings auch Bezeichnungen wie „impresario“ oder „entrepreneur“. Diesen definierte Johann Georg Krünitz 1777 folgendermaßen: „Sonst aber wird das Wort Entrepreneur heut zu Tage auch in Kammersachen, imgleichen bey Manufacturen und Fabriken, für einen Mann überhaupt gebraucht, der ein gewisses Geschäfte, einen Pacht, einen Handel, eine Manufactur, Fabrik, Anstalt etc. wirklich übernehmen, aufrichten, ausführen, vollstrecken und einrichten will, und darinnen begriffen ist. Er thut aber solches entweder nach seinen eigenen Projecten, Vorschlägen und Dispositionen, auf seine eigene, oder auf eines Anderen Kosten und Gefahr, oder, er übernimmt solches nach eines Andern Project, Vorschlag und Disposition, auf seine oder eines Andern Kosten. Es geschieht nur zum Versuch, oder man will das Werk selbst mit großer Versicherung, daß man reusiren werde, entrepreniren.“¹⁸

Den zwei Möglichkeiten der Position eines „entrepreneurs“ bei Krünitz entsprechend, sind auch bei den Lotteriepionieren zwei Gruppen auszumachen. Als Entrepreneurs im engeren Sinn sind nur jene Personen zu bezeichnen, die das nötige Kapital zumindest teilweise selbst aufbrachten (ein Kriterium, das bei Krünitz nicht relevant ist), die Privilegien zum Betrieb auf

16 Johann Heinrich Zedler, Großes vollständiges Universal-Lexikon aller Wissenschaften und Künste, Suppl., Halle, Leipzig 1751, 679.

17 Volker Knapp, Der Abenteurer als Demonstrationsobjekt und Skandalon der französischen Aufklärung. Zum Funktionswandel der Bekenntnisse von erlebten Abenteuern, in: *Euphorion* 79 (1985), 232–250, hier 233ff.; Gianfranco Dioguardi, *Un avventuriero nella Napoli del Settecento*, Palermo 1983 (frz. Übers. 1993); Jean-Claude Hauc, Ange Goudar. *Un aventurier des Lumières*, Paris 2004.

18 Johann Georg Krünitz, *Oeconomische Encyclopädie oder allgemeines System der Staats-, Stadt-, Haus- und Landwirthschaft in alphabetischer Ordnung*, Bd. 11, Berlin 1777, 75f.

ihren Namen und mit voller Verantwortlichkeit innehatten und das Spiel „auf eigene Gefahr und Unkosten, mithin auf Gewinn, und Verlust“ betrieben, wie es im österreichischen Lottoprivileg von 1751 heißt.¹⁹ Dementsprechend war der Pächter des preußischen Lottos 1764 „der einzige Entrepreneur und Pächter dieser Pacht“.²⁰ Pütter sprach 1780 von diesen Akteuren als „Unternehmer oder Pächter“.²¹ Von ihnen unterscheiden sich jene, die ihre Kenntnisse eines Lottobetriebs einbrachten und das Spiel als administrative Direktoren oder ‚Manager‘ technisch in Gang brachten und leiteten.²² Ihre Entlohnung bestand in einem prozentuellen Anteil an den Nettoerträgen und/oder in einem fixen Salär.

Wie immer sie betitelt wurden, häufig schwangen nichtökonomische Kategorien bei der Qualifizierung von Unternehmern mit. Ein Kernbegriff bei der Charakterisierung von ‚Abenteurern‘ und dergleichen ist der der Fremdheit, der mithin auch ökonomisch operationalisiert werden konnte. Fremd und über Grenzen hinweg operierend, lassen sie an Quesnays ‚Kapitalisten‘ (so die Diktion Braudels²³, während Quesnay im *Tableau économique* von „richesses clandestines“ sprach) denken, die „weder König noch Vaterland kennen“, oder aber auch an Adam Smiths kosmopolitischen Kapitalbesitzer, den „proprietor of stock“ (*Wealth of Nations*, V, 2, 2). In hoch kontroversiellen Sektoren wie dem Glücksspiel wurde (und wird) damit jedenfalls Unbehagen transportiert. Der Hamburger Rat meinte 1770 anlässlich der Diskussion um die Einführung des Lottos: „Es müßten sehr viele Leute, so der Sache gewachsen, und zwar fremde, worauf man sich aber deswegen, weil sie fremd sind, nicht recht verlassen können, dabey angenommen [...]

19 Manfred Zollinger, Glücksspiel der Massen – Hoffnung der Armen? Lottopatent Maria Theresias für Ottavio Cataldi von 1751, in: Harald Heppner, Alois Kernbauer u. Nikolaus Reisinger (Hg.), *In der Vergangenheit viel Neues. Spuren aus dem 18. Jahrhundert ins Heute*, Wien 2004, 181–186; Manfred Zollinger, „Verkauf der Hoffnung“: Das Zahlenlotto in Österreich bis zu seiner Verstaatlichung 1787: wirtschafts- und finanzpolitische Aspekte, in: Gerhard Strejcek (Hg.), *Lotto und andere Glücksspiele. Rechtlich, ökonomisch, historisch und im Lichte der Weltliteratur betrachtet*, Wien 2003, 127–150.

20 Zit. nach Otto Warschauer, *Lotteriestudien*, Berlin 1912, 19: „le seul Entrepreneur et fermier de cette ferme“.

21 Johann Stephan Pütter, Ueber die Rechtmässigkeit der Lotterien, insbesondere der Zahlenlotterien, eine rechtliche Erörterung, in: *Göttingisches Magazin der Wissenschaften und Litteratur*, I, 1780, 339–370, hier 352.

22 Als „Managers of the Lottery“ oder „Lottery-Managers“ wurden gewöhnlich seit dem 18. Jahrhundert die Betreiber von Lotterien im angelsächsischen Bereich bezeichnet.

23 Fernand Braudel, *Sozialgeschichte des 15.–18. Jahrhunderts, II: Der Handel*, München 1986, 252.

werden.²⁴ Der Umstand, dass Fremde die Lottogeschäfte führten, lieferte der grundsätzlichen Kritik an diesem Spiel und dem ökonomischen Chauvinismus zusätzliche Munition. Katharina Stockholzerin sah die Schädlichkeit des Lottos darin, daß durch den Gewinn der in Wien sitzenden, ausländischen Pächter ihrem Land Böhmen das Geld entzogen werde²⁵ – ein ‚klassisches‘ merkantilistisches Argument. Auch in Brüssel war 1760 die Frage nach der akzeptablen Kanalisierung von Vermögen ein Problem, wenn vorgebracht wurde, dass der unverschämte Reichtum eines Fremden (hier des italienischen Lottoproponenten) dem Volk verhasst sei.²⁶ Fremdheit war jedoch nicht nur national definiert. So erfuhr der jüdische Heereslieferant und kaiserliche Hofagent Karl Abraham Wetzlar (Freiherr von Plankenstern) seine Art von Diskriminierung. Obwohl sein Angebot für die Wiener Lottopacht 1769 die besten Konditionen enthielt, riet die damit befasste Kommission ab, ihm das Spiel zu überlassen, weil diese Art der Pacht sich von anderen Gefällen darin unterscheidet, dass es eine freiwillige Abgabe sei und deshalb besonders stark vom moralischen Kredit abhängt, den das Publikum den Entrepreneurs entgegen bringe. Hofkammerpräsident Graf Hatzfeld schloss: „Nun ist es nur gar zu bekannt, wie groß das Mißtrauen des hierländischen Publici gegen das durch seine Ränke und Schwänke sich äußerst verhaßt gemachte Jüdische Geschlecht, angewachsen ist.“ Er riet von einer Vergabe an Wetzlar ab, auch wenn an dessen Gesellschaft Christen beteiligt seien, denn ein Rückgang der Spielwilligkeit sei vorauszusehen. 1770 wurde hingegen Wetzlars Vorschlag einer traditionellen Lotterie mit höheren Lospreisen angenommen. Seine Gesellschafter waren der kk. Hofkriegssekretär und Proviantadmodiationsdirektor Ignaz von Dürfeld und der Hofsekretär Heinrich Christoph Herzog, das Unternehmen lief unter der Firma „Dürfeld und Compagnie“ – mit sehr bescheidenem Erfolg.²⁷ Während Wetzlar später zum christlichen Glauben konvertierte, griffen andere zum Mittel der Einbürgerung. Nicolaus Schwab aus Bamberg, seit 1720 mit seinem Vater im Lotteriegeschäft tätig und seit 1770 mit mehreren Bewilligungen für die österreichischen Niederlande ausgestattet, machte im Ansuchen für eine dortige Lotterie den ökonomischen Nutzen

24 Zit. nach Frank Lipschik, *Das Lotto in Hamburg von 1770–1776. Der Umgang mit dem Glücksspiel in der Zeit der Aufklärung*, Hausarbeit, Göttingen 1999, 116.

25 Katharina Stockholzerin [Stöckholzer von Hirschfeld / Hirschenfeld?], *Ueber das schädliche und für Böhmen nachtheilige Lotteriespiele*, [o.O.] 1782, 7.

26 Georges Bigwood, *La loterie aux Pays-Bas Autrichiens*, in: *Annales de la Société Royale d'Archéologie de Bruxelles* 26 (1912), 53–134, hier nach dem Sonderdruck, 31.

27 Österreichisches Staatsarchiv (ÖstA), Hofkammerarchiv (HKA), Kamerale, R. Nr. 1565, 3 ex Novembris 1769, fol. 1285f.: Bericht Graf Hatzfeld über den Beschluss der Cameral-Hof-Kommission. Zur Wetzlarschen Lotterie siehe Klaus Edel, *Karl Abraham Wetzlar Freiherr von Plankenstern (1715/16–1799)*, Wien 1975 (Dissertationen der Universität Wien, 125), 150–180.

geltend, bot aber auch an, sich die „Bürgerschaft“ einer Stadt der Niederlande zu erkaufen, damit man ihn keinen „Fremdling“ nennen könne.²⁸ Die Grenze der xenophoben Ablehnung lag freilich beim Nutzenzuwachs. Die zahlreich und systematisch von den Regierungen angeworbenen ausländischen Spezialisten im gewerblichen Sektor²⁹ belegen dies ebenso wie die von christlichen Potentaten benutzten jüdischen Geldgeber. Staatskanzler Kaunitz gab sich gegenüber Maria Theresia begeistert über die Innovation, die einer der italienischen Lottospezialisten für das Brüsseler Lottospiel vorschlug. Er habe es damit verstanden, mit dem „rechnerischen Geist der Italiener die ganze Präzision, Kenntnis, Klarheit und Geschwindigkeit der französischen Rechenkunst“ zu verbinden.³⁰ Einer solchen vielversprechenden Empfehlung mochte sich die Herrscherin nicht verweigern.

Wie der Wiener „Patriot“ Johann Pezzl schrieb, sei das Lotto „durch italienische Kunstgriffe ins Land geschlichen“.³¹ Wahr daran ist, dass beim Transfer des Lottos über die Alpen Italiener die Pionierrolle spielten. Anläufe zur Erschließung neuer Märkte gab es bereits 1724. In diesem Jahr wurde der Conte Rinaldo Zoppin durch die Venezianischen Behörden streng ermahnt, von seinem Projekt, das Lotto und das lottoähnliche Biribis in Wien, Bayern und Sizilien zu eröffnen, abzustehen.³² Wenig später, Anfang der 1730er Jahre, machten einige „italianos“ den – nicht realisierten – Vorschlag, in Lissabon das Genueser Spiel einzuführen.³³ Nachdem ein aus Italien kommender Brite 1735 mit dem Lotto in München binnen kürzester Zeit gescheitert war, kam es 1739 durch die italienische Finanzgruppe Cesare Crespi e Compagni erneut nach Bayern, wo es zunächst bis 1743 bestand.³⁴ 1749 unterbreitete ein gewisser Roccolini Friedrich II. ein Lottoprojekt, das der König zur Un-

28 Helma Houtman-De Smedt, Loterijen in de zuidelijke nederlanden tijdens de 18de eeuw, in: Algemeen Rijksarchief/Archives Générales du Royaume (Hg.), *Geschiedenis van de loterijen in den zuidelijke Nederlanden (15de eeuw–1934) / Histoire des loteries dans les Pays-Bas méridionaux (XVe siècle–1934)*, Brüssel 1994, 47–73, hier 53.

29 Siehe dazu den Beitrag von Herbert Matis in diesem Band.

30 „J’ai reconnu par ces éclaircissements qu’on a sceu joindre au génie calculateur italien toute la précision, toute la clarté, toute la netteté et toute la vitesse de la comptabilité française;“ zit. nach Bigwood, *Loterie*, 38. Es handelt sich um die Gewinnkombination der Quaterne und die schnellere Berechnung der Sperrgrenzen für zu hoch besetzte Gewinnkombinationen, das Castelletto.

31 Johann Pezzl, *Skizze von Wien*, Wien, Leipzig ³1787, 956.

32 Paolo Preto, *I servizi segreti di Venezia*, Mailand 1994, 389.

33 Pedro Lisboa, „Jugar, jugando“: *Discursos sobre o jogo de sociedade em finais do Antigo Regime (1700–1825)*, Dissertação Universidade Nova de Lisboa 2006 [Typoskript], 132f.

34 Staatliche Lotterieverwaltung München (Hg.), *50 Jahre Bayerische Staatslotterie. Eine Chronik der Staatlichen Lotterieverwaltung*, München 1996, 19.

tersuchung der Gewinnchancen, der Risiken, die der Entrepreneur einer solchen Lotterie eingeht, wie auch der Profite, die er damit machen kann, an den bedeutenden Mathematiker Leonhard Euler überwies.³⁵ Das Wiener Lotto wurde 1751 vom Italiener Ottavio Cataldi eingeführt, 1757 gelang es den italienischen Brüdern Calzabigi, das Spiel in Paris zu etablieren. 1759/60 taten sie dies in Brüssel, und 1763 war es einer der beiden in Berlin. 1760 kam das Spiel wieder nach Bayern, diesmal unter der Firma von Giuseppe De Santo Vito, der die Rechte daran umgehend an eine genuesische Finanzgruppe zederte. Die in den 1760er und 1770er Jahren in Polen,³⁶ Württemberg und Hessen-Kassel,³⁷ Köln und Koburg³⁸ errichteten Lottos verdankten sich ebenfalls teilweise italienischen Initiativen und/oder Kapital.

Das sozioprofessionelle Profil und der ökonomische Hintergrund dieser italienischen Hauptakteure und Aspiranten wie auch ihrer nichtitalienischen Mitkonkurrenten im verpachteten Lottogeschäft lassen sich zumindest ansatzweise am Beispiel des Wiener und zum Teil auch des bayerischen Lottos zeigen. Es handelt sich um eine mitunter konglomerierte Elite aus dem Großhandels-, Finanz- und Manufaktursektor. Dabei weist der aus Rom stammende Ottavio Cataldi (ca. 1696–1771), der erste Lottopächter in den habsburgischen Erblanden, eine beachtliche Spezialisierung auf dem Gebiet des Glücksspiels auf. Cataldi (seit 1761 Conte) war in den 1720er Jahren in verantwortlicher Stellung im päpstlichen Lotto tätig, möglicherweise sogar dessen Einrichter und Leiter.³⁹ In Franz Stephan von Lothringens Großherzogtum Florenz stand er im Naheverhältnis zur Finanzgruppe um Carlo Giuseppe Bernasconi, den Generalpächtern aller herrschaftlichen toskanischen Einkünfte, und finanzielle Unterstützung für Kaiser Karl VI. dürfte beim Zuschlag für die Lottopacht eine Rolle gespielt haben.⁴⁰ 1739 erhielt er diese auf neun Jahre und leitete das Spiel „mit allseitiger Zufriedenheit“, was ihm nicht nur den Weg nach Wien ebnete, sondern möglicherweise auch die Mittel verschaffte, seinen Tätigkeitsbereich auszuweiten und zu diversifizieren. 1740 bemühte er sich um die Lottopacht in Lucca (wo das Spiel allerdings erst

35 Richard J. Pulskamp (Hg.), Friedrich an Euler, Potsdam, 15. September 1749, <http://cerebro.xu.edu/math/Sources/Euler/fred1.pdf>. (20. Juni 2006)

36 Joseph-Armand Handelsman, *La loterie d'Etat en Pologne et dans les autres pays en Europe*, Paris 1933, 50.

37 Sigrid Philipps, *Spielsucht und Staatsfinanzen: Lotto und Lotterien*, in: *Württembergisches Landesmuseum Stuttgart* (Hg.), *Baden und Württemberg im Zeitalter Napoleons*, Stuttgart 1987, Bd. I.2, 1162.

38 Grotjan, *Kölner Lotto*, 69.

39 Laut *Wienerischem Diarium* (14. Oktober 1752) war er in Rom „durch viele Jahr [...] als Director“ des Lottos tätig.

40 Paola Albanesi Natale, *Il gioco del lotto. Appalto e regia nella Toscana del Settecento*, in: *Ricerche storiche* 1987 (1–2), 261–317, hier 265f.

1748 erlaubt wurde), übernahm aber 1742 von einer Florentiner Pachtgesellschaft das Lotto im Herzogtum Massa e Carrara.⁴¹ Noch vor oder bei Ablauf seines toskanischen Privilegs nahm er die dortigen Eisenwerke (*Magona del ferro*) in Pacht,⁴² hatte aber schon Wien im Auge, wo er 1751 das Lottoprivileg erhielt. Interessanterweise ersuchte er erst im Frühjahr 1752 den Großherzog um die Erlaubnis, „di interessarsi al lotto in Germania“.⁴³ In Wien kam ihm bald das *Big business* der italienischen Finanzwelt in die Quere. Die mächtige Gesellschaft der Mailänder Generalpacht strebte bei ihren Investitionen ebenfalls nach Diversifikation und entwickelte Pläne für die Übernahme des Lottos in den Erbländern. Tatsächlich sah sich Cataldi aus nicht geklärten Gründen gezwungen, seine Rechte 1756 an die „Fermieri“ zu zedieren, die das Lotto bis 1762 betrieben.⁴⁴ Im Zuge dieses Wechsels boten sich die im Gefolge der Cataldischen Unternehmung nach Wien gekommenen, juristisch und ökonomisch ausgebildeten Brüder Antonio und Stefano Pellegrini als Überläufer an.⁴⁵ Cataldi, der vergeblich versuchte, die Übernahme rückgängig zu machen, bot gleichzeitig (1757) bei der neuen Pacht Ausschreibung für das Lotto in Florenz mit.⁴⁶ Ab 1762 wieder Pächter des Lottos in den österreichischen Erbländern, blieb er es bis kurz vor seinem Tod.

Das Lottogeschäft erforderte nennenswerte Betriebsmittel. Kapitalaufbringung war im Pachtsystem für die Pachtsumme und zur Hinterlegung der (verzinsten) Kautions als Garantie der Gewinnauszahlung notwendig. 1752, noch vor der ersten Ziehung, hatte Cataldi für die Kautions 332.900 Gulden „theils in Geld, theils in Pappieren“ deponiert, samt den Unkosten bereits an die 400.000 Gulden „auf diese Impresa angewandt, und noch keinen Nutzen gehabt“.⁴⁷ Die üblichste Form zur Beschaffung des Betriebskapitals war die Konsortiums- oder Aktiengesellschaft. So hießen die Teilhaber der 1769 in Mainz gegründeten Gesellschaft die „Herrn Actionisten“,⁴⁸ an-

41 Ebenda, 271.

42 Angela Quattrucci, *La Magona del ferro. Gestione aziendale e „Provvidenze“ sociali nell'evoluzione delle fabbriche del Granducato di Toscana (XVIII-XIX secolo)*, Neapel 1994 (=Nuove Ricerche di Storia, 13), 20f.

43 Albanesi Natale, *Gioco del lotto*, 272.

44 Giovanni Gregorini, *Il frutto della gabella. La Ferma generale a Milano nel cuore del Settecento economico lombardo*, Mailand 2003, 173 u. 130.

45 Andrea Leonardi, *Il sistema fiscale austriaco nelle considerazioni di un „collaboratore“ dei Greppi: Antonio Pellegrini*, in: *Archivio Storico Lombardo*, anno 122, serie dodicesima, vol. 3 (1996), 239 – 273, bes. 240–243.

46 ÖstA, Allgemeines Verwaltungsarchiv (AVA), Hofkanzlei V C 5, K. 1792, 12 ex Jänner 1757: *Protocollum Commissionis an Maria Theresia, gezeichnet Chotek*. Zu Florenz: Albanesi Natale, *Gioco del lotto*, 280.

47 ÖstA, AVA, Hofkanzlei V C 5, Kt. 1792, N. Ö., Sept. 1752, fol. 17f: *Note von Rudolph Chotek vom 13. September 1752*.

48 Susanne Schlösser, „das Glück kommt selten per Posta, zu Pferde...“. *Mainzer Zah-*

derswo „Caratisti“ oder „Interessierte“. Cataldi bildete in Florenz eine Kommanditgesellschaft⁴⁹ und 1752 für das österreichische Lotto in Livorno eine Gesellschaft aus toskanischen Adelligen und Bankiers.⁵⁰

Neben der Präsenz von gleichsam ‚institutionellen Anlegern‘ wie den Mailänder Generalpächtern ist – wie in Florenz⁵¹ – eine sowohl starke Kontinuität mancher ‚Häuser‘ als auch eine teils dynamisch sich wandelnde Zusammensetzung dieser Gesellschaften im Wechselspiel zwischen Verflechtung, Kooperation und Konkurrenz zu beobachten. Bei der Versteigerung der Lottopacht im Jahre 1761 in Wien war eine Gesellschaftsgründung im Gespräch, an der der Chef der Mailänder Gruppe Antonio Greppi und sein Partner Giuseppe Mellerio, der in internationalen Finanztransaktionen erfolgreiche Bankier und Industrielle Jean de Fries sowie der Genueser Bankier Giovanni Brentani Cimaroli beteiligt sein sollten. Fries trat als Bieter auf und bot Antonio Greppi eine Beteiligung an.⁵² Brentani, während der vorhergehenden Pachtperiode mit den Fermieri beteiligt, wurde aber ‚Partner‘ von Cataldi, der schließlich den Zuschlag erhielt.⁵³ Zu dieser Zeit war das Haus Brentani in voller Expansion und vermittelte dem Wiener Hof Anleihen.⁵⁴ Giovanni Bruder Carlo vertrat um diese Zeit seinen Schwager Antonio Molo (auch Mollo, Bank- und Handelshaus aus Como), der mit dem Genueser Lorenzo Ceresola das bayerische Lotto übernahm, an dem bereits sowohl Molo als auch Brentani beteiligt waren.⁵⁵ (Der ursprüngliche Impresario Santo Vito, auf dessen Namen das Lotto weiter lief, wandte sich – wie schon zuvor in Wien – dem Manufakturwesen zu.⁵⁶) Giovanni Brenta-

lenlotto im 18. Jahrhundert – Ein Glücksspiel für den gemeinen Mann, in: Mainzer Geschichtsblätter 3 (1986) 7–28, hier 15.

49 Albanesi Natali, *Gioco del lotto*, 269.

50 ÖstA, AVA, Hofkanzlei V C 5, K.1792, 12 ex Jänner 1757; HKA, Kommerz, Rote Nr.69, 24. Sept. 1761.

51 Albanesi Natali, *Gioco del lotto*, 283.

52 Giovanni Gregorini, *Il frutto della gabella. La Ferma generale a Milano nel cuore del Settecento economico lombardo*, Milano 2003, 131. Zu Fries siehe zuletzt Herbert Matis, *Die Schwarzenberg-Bank. Kapitalbildung und Industriefinanzierung in den habsburgischen Erblanden 1787–1830*, Wien 2005, 48–66.

53 Gregorini, *Frutto*, 131 (Brief Greppis an Damiani); Zollinger, *Entrepreneurs*, 87f.

54 Giuseppe Felloni, *Gli investimenti finanziari genovesi in Europa tra il Seicento e la Restaurazione*. Mailand 1971 (Università degli Studi di Genova, Istituto di storia economica 5), 419f.

55 Zollinger, *Entrepreneurs*, 88. Brentani wird namentlich als Anteilshaber genannt, Molo hatte 1760 den Lottoplan im Namen des Impresarios Santo Vito unterzeichnet und war für die Kassa verantwortlich. Archivio di Stato di Genova (ASG), Notai Valpolcera, notarii Girolamo Silvano, n. 971 (doc. n. 217).

56 Gerhard Slawinger, *Die Manufaktur in Kurbayern. Die Anfänge der großgewerblichen Entwicklung in der Übergangsepoche vom Merkantilismus zum Liberalismus 1740–1833*, Stuttgart 1966 (=Forschungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte,

nis Sohn Giuseppe stand 1783 einer Gruppe vor, die das Lotto in Neapel in Pacht nehmen wollte.⁵⁷

Der Bankier Giuseppe Antonio Segalla, der 1769 für das Wiener Lotto ein Pachtangebot im Namen mehrerer ansehnlicher Genueser Häuser machte, war ein Jahrzehnt früher Korrespondent und Vertrauensperson Greppis.⁵⁸ Im gleichen Jahr versuchten auch die Wiener Hofjuweliere und Bankiers Gebrüder Smitmer (Smittmer), im österreichischen Lotto zu investieren.⁵⁹ Die Brüder Smitmer boten zunächst gemeinsam mit dem Wiener Hofjuwelier und nachmaligen Großhändler Johann Michael Grosse und seiner Gesellschaft, die später an der Tabakpacht beteiligt war, sowie mit dem Buchhändler, Verleger und notorischen Raubdrucker Johann Thomas Trattner. Im Zuge der Anbotlegungen löste sich dieses Bündnis wieder. Unter den konkurrierenden Bietern fand sich auch der Wiener Großhändler Johann Georg Schuller, Besitzer der von Kaiser Franz Stephan etablierten Baumwollmanufaktur Sassin.⁶⁰ Schuller kam 1772 bis 1778 mit der Lottopacht in den österreichischen Vorlanden zum Zug.⁶¹ Als Generaldirektor fungierte dort Johann Baptist Malfatti, der danach Inhaber einer Florfabrik und Teilhaber an den Seidenfabriken Bayer und Codecasa in Wien war.⁶²

8), 165f. Carl von Weber, Maria Antonia Walpurgis, Churfürstin zu Sachsen, geb. kaiserl. Prinzessin in Bayern, I. Bd., Dresden 1857, 212.

57 Paolo Macry, *Giocare la vita. Storia del lotto a Napoli tra Sette e Ottocento*, Rom 1997, 106.

58 ÖStA, HKA, Kamerale, R. Nr. 1565, 77 ex Septembris 1769, fol. 1093–1107; Bruno Caizzi, *Industria, commercio e banca in Lombardia nel XVIII secolo*, Mailand 1968, 206. Zu Finanztransaktionen Segallas in Wien im Zusammenhang mit einem Darlehen der Fermieri an die Kaiserin im Jahr 1757 siehe Gregorini, Frutto, 128.

59 ÖStA, HKA, Kamerale, R. Nr. 1565, 77 ex Sept. 1769, fol. 1093–1107: Vortrag Graf Hatzfeld, 31 August 1769; Peter G. M. Dickson, *Finance and Government under Maria Theresia 1740–1780*, Oxford 1987, I, 169f., 179, 202f.; Felloni, *Investimenti*, 89, 100, 278, 282.

60 ÖStA, HKA, ebenda; Hanns Leo Mikoletzky, *Holics und Sassin, die beiden Mustergüter des Kaisers Franz I. Stephan*, in: *MÖStA* 14 (1969), 190–212; zu Schuller & Co. siehe Dickson, *Finance*, I, S. 58, 426, 429–30. Zu einigen der genannten Akteure siehe auch Ingrid Mittenzwei, *Zwischen Gestern und Morgen. Wiens frühe Bourgeoisie an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert*, Wien, Köln, Weimar 1998 (=Bürgertum in der Habsburgermonarchie, 7).

61 Rudolf Sieghart, *Die öffentlichen Glücksspiele*, Wien 1899, 122f. Das Großhandlungshaus J. G. Schuller und Comp. blieb diesem Sektor treu. 1855 eröffnete sie eine Lotterie „zum Vortheile des Carolinenthaler Kirchenbaues und der Fürst Windischgrätz=Invaliden=Stiftung“ (Sach- und Ortsregister der Jahrgänge 1854 in 1863 des Verordnungsblattes für den Dienstbereich des kk österr. Finanzministeriums, Wien 1864, 221.)

62 Sieghart, *Glücksspiele*, 122. Zu Malfatti siehe den Artikel von Manfred Skopec in der ADB/NDB.

Die Unterpacht des Tiroler Lottos ging 1770 an eine Genuesische Gesellschaft, vertreten durch Conte Maurizio di Ferrari und den Pächter Giacomo Marchelli.⁶³ Auch Polen schien ein lohnender Markt, den sich der aus der jüngeren Geldaristokratie Genuas (Handel, Gewerbe und vor allem Finanztransaktionen, etwa als Gläubiger der Habsburgermonarchie) stammende Marquis Nicolò de Crosa und seine Gesellschaft 1768 durch die Lottopacht sicherte.⁶⁴

Die Dominanz des Handels- und Bankensektors zeigt sich auch an anderen Orten. Beim Kölner Lotto wurde der Bankier und Kaufmann Franz Pescatore bald leitend in der 1770 gebildeten Pachtgesellschaft, die aus ihm, einem Kölner Bürger und Großhändler sowie dem „Kauffhändler“ und Bankier Johann Jodok Stockhausen und dessen Sohn Hubert bestand.⁶⁵ In Hamburg erhielt der Händler und Bankier Franz Peter His den Pachtvertrag.⁶⁶

Einem anderen Hintergrund entstammte ein weiterer, in mehreren Gegenden Europas tätiger Lottoakteur. Bei ihm scheint zumindest anfangs das soziale das Geldkapital überwogen zu haben. Der aus Lucca gebürtige Marchese Aurelio Mansi (in den österreichischen Quellen auch Manzi; 1722–1794) war am Wiener Hof als Diplomat für seine Heimatrepublik tätig, als er 1770 das Lottoprivileg an eine Gesellschaft vermittelte, die aus „fast lauter hierländige[n], mit ansehnliche Mitteln versehene[n] Cavaliers“ bestand. Für die operative Leitung als „appaltatore“ und „amministratore“ war der Geschäftsträger Mansi Andrea Cantigliere Baratta verantwortlich, der 1786 als „k. k. Rath und Lottogefälls-Pachtungs-Director“ in den Adelsstand erhoben wurde. Mansi wurde vom Makler zum Macher. In einem Bericht vom 26. Jänner 1770 erläutert die Hofkammer zu den laufenden Pachtverhandlungen, dass „der Marchese Manzi mit Gelegenheit der für seine in Betreibung des dießfällig höheren Pacht-Schillings geleistete Dienste angesuchten Gratification sich neuerlich wiederum erkläret habe, daß, wann der Conte Cataldi, oder deßen Erben in Zukunft ausser Stande wären, die vorgeschriebene Bedingnißen einzugehen, Er solche annehmen, und zur Sicherheit des aerarii et publici eine noch größere Caution leisten wolle“, mithin die Kaiserin bei ihrem vorgelegten Pachtvertragsentwurf (den Cataldi nicht akzeptieren wollte) bleiben könne.⁶⁷

Mansi-Baratta übernahmen 1772 die Wetzlarischen Lotterie und noch im selben Jahr gelang es dem Marchese, in Württemberg ein umfassendes Lotterierivileg zu erhalten, das der Herzog jedoch auf Drängen der Stände 1779

63 ÖStA, HKA, Kamerale, R. Nr. 1566, Subdivision 6, 81 ex Mai 1770.

64 Handelsman, Loterie d'Etat, 50; Dickson, Finance, I, 298, Tables 9.5 u. 9.6 im Appendix; Felloni, Investimenti, 473.

65 Grotjan, Kölner Lotto, S. 17ff.

66 Erik Verg, Von Lotterey und Lotto in Hamburg und jetzt, Hamburg 1985, 59.

67 ÖStA, HKA, Kamerale, R. Nr. 1566, Nr. 7, 139 ex Febr. 1770, fol. 266.

kassierte. 1780 erlangte „der berühmte Lotto=Pachter“ bzw. „k. k. Kämmerer und Director des Lottowesens“ das Spiel in Hessen-Darmstadt und 1785 die Pacht des Lottos und einer Klassenlotterie in den habsburgischen Niederlanden. In seinem Testament rühmte er sich der großen Profite, die er dort gemacht habe.⁶⁸

Schließlich ist anzufügen, dass sich als Aktionäre auch die Privilegien vergebenden Souveräne beteiligten, sich jedoch stets durch Dritte vertreten ließen: Franz Stephan als Großherzog von Toskana und Maria Theresia in Wien ebenso wie Leopold (Pietro Leopoldo) in Florenz.⁶⁹ Dass dies der besseren Kontrolle halber geschah,⁷⁰ bleibt vorerst eine Vermutung.

An den genannten Operationen fällt die starke Präsenz Genuas als Finanzplatz auf. Schon die Finanzierung des Aufstiegs der Mailänder Generalpächter gelang zu einem großen Teil mit Genueser Kapital, und auch für die Übernahme des österreichischen Lottos kam Geld zur Finanzierung von dort – sogar zu außergewöhnlich günstigen Konditionen.⁷¹ Fast alle Inhaber englischer Staatspapiere im 18. Jahrhundert kamen aus Livorno oder Genua.⁷² Auch für Wien spielte Genua die Rolle eines „Amsterdam des Südens“.⁷³ Wenngleich in einer Zeit, in der die Niederlande als internationale Kapitalgeber die Führungsrolle übernahmen, ist diese „finanzialization“ des Kapitals in gewisser Weise ein Nachhall der Hegemonie in dem von Giovanni Arrighi identifizierten Genueser „systemischen Zyklus der Akkumulation“, ganz allgemein aber Ausdruck der Tendenz des Kapitals, sich flexibleren Investitionsformen, vor allem in Geldform zuzuwenden.⁷⁴ Der Befund eines

68 ÖStA, AVA, Hofkanzlei, K. 1792, März 1770; HKA, Kamerale, R. Nr. 1566, Subd. No. 4, 29 ex Oct. 1770; Philipps, Spielsucht, 1162; Karl Pfaff, Geschichte des Fürstenhauses und des Landes Wirtemberg, 3. T., 2. Abt., Stuttgart 1839, 376f.; [Friedrich Karl von Moser], Fürstlich Heßen=Darmstädtische Verordnung wegen Aufhebung des privilegierten Lotto [...], in: Patriotisches Archiv für Deutschland, 5. Bd., Frankfurt, Leipzig u. Mannheim 1786, 324–342, hier 332f.; Lajos Abafi, Geschichte der Freimaurerei in Österreich-Ungarn, Bd. IV, Budapest 1893, 202; Ilse Eggers, Loterie impériale et royale (1760–1794), in: E. Aerts, M. Baelde, H. Coppens et al. (Hg.), Les institutions du gouvernement central du Pays-Bas habsbourgeois (1482–1795), Tome 2, Brüssel 1995 (Studia, 56), 584–592; Houtman-De Smedt, Loterijen, 69–72; Testament in Renzo Sabbatini, L'occhio dell'ambasciatore. L'Europa delle guerre di successione nell'autobiografia dell'inviato lucchese a Vienna, Mailand 2006 (= Collana del Dipartimento di Studi Storico Sociali e Filosofici, Facoltà di Lettere e Filosofia (Arezzo)/Università di Siena), 23.

69 Zu Franz Stephan und Pietro Leopoldo siehe Albanesi Natale, *Gioco del lotto*, 273 u. 281.

70 Ebenda.

71 Gregorini, *Frutto*, 2003, 124f., 132.

72 Dickson, *Finance*, I, 320.

73 Ebenda, II, 326.

74 Giovanni Arrighi, *The Long Twentieth Century. Money, Power, and the Origins of*

deutschen Beobachters scheint dies zu bestätigen: „Man ist gewohnt, Genua für das *Italiänische Peru* zu halten. Die großen Kapitalien, welche die Stadt an Könige, Fürsten und Gemeinheiten geliehen, und noch leihet, scheinen den Begriff von unerschöpflichen Reichthümern zu bestärken. Allein derselbe wird bey einer genauen Untersuchung sehr herabgestimmt. Der gänzliche Verfall des genuesischen Handels, wozu Livorno vornehmlich beygetragen, hat die Genueser genöthigt, ihre Kapitalien blos in Wechselgeschäften und Darlehen anzulegen. Daher findet man hier wenig große Magazine, mit Produkten anderer Länder angefüllt, wie man sie in allen Handelsstädten häufig antrifft. Alles ist auf Geld-Negoze eingeschränkt.“⁷⁵ Das Lotto war in diesen Geldgeschäften eine besonders lukrative Anlageform. Aber Genua war kein Einzelfall. Auch in der Toskana zogen adelige Familien in den ersten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts Kapital aus diversen Handels- und Gewerbeunternehmen wegen des deutlichen Profitrückgangs ab. Wohl nicht zufällig sind unter diesen die Riccardi, die an führender Stelle unter den Mitgesellschaftern des dortigen Lottos aufscheinen – was aber möglicherweise auch politischem Kalkül unter neuen Herrschaftsverhältnissen zuzuschreiben ist.⁷⁶

Welches auch immer die Motive und Hintergründe gewesen sein mögen, die operative bzw. administrative Leitung solcher Betriebe musste sich in einem sowohl hochkompetitiven als auch privilegiert-geschützten Markt bewähren. Aus der Sicht der Obrigkeit stellten sich die Kriterien und Bedingungen für einen erfolgreichen Verbleib im Geschäft einfach dar: der vom Unternehmen geleistete gute Dienst, der darin bestand, dieses Geschäft zur vollsten Beruhigung und Zufriedenheit des Publikums geführt und peinlich genau den Bedürfnissen der Kasse Ihrer Kaiserlichen Majestät entsprochen zu haben – so empfahl Emmanuel de Richécourt Franz Stephan 1756 die „casa Riccardi“ für die neuerliche Pacht.⁷⁷ Sanktionen bei Zahlungsverzug bestanden in der Androhung, die Pacht vorzeitig erneut auszuschreiben, „auf Gefahr und Kosten des Pächters“. Aber, so der toskanische Fiskalstatthalter 1766 resignativ, viel habe man sich davon in einem Geschäft mit solch schlechtem Ruf nicht zu erwarten. Besser sei es da schon, Vertragspartner zu finden, die es nicht nötig hätten, aus gutem Geschäftsgang zu bezahlen und bei jeder Erschütterung zusammenzubrechen, sondern über die nötigen Fonds verfügten, um auf ein fruchtbares

Our Times, London, New York 1994, 5 und IXf.; siehe auch Giovanni Arrighi u. Jason W. Moore, Kapitalismus in welthistorischer Sicht, in: *Das Argument* 239 (2001), 43–58.

75 Johann Wilhelm von Archenholz, *Ueber Lebensart, Sitten und Gebräuche der Genueser*, in: *Deutsche Monatsschrift* 3 (1797), 83–102, hier 86.

76 Albanesi Natale, *Gioco del lotto*, 273f.

77 Ebenda, 280: „il buon servizio prestato [...] che ha condotto quest’affare con molta quiete e soddisfazione del pubblico, e ha corrisposto esattamente alla cassa di Vostra Maestà Imperiale con puntual pagamento“.

Jahr zu warten, ohne in „anni sterili“ zu fallieren. Der Fiskalbeamte dachte da allerdings schon an eine Ersatzgesellschaft, von der persönliche Zuwendungen nicht ausgeschlossen schienen.⁷⁸

Die Kriterien zur Beurteilung des Erfolgs solcher Unternehmungen wechselten je nach Perspektive. In dieser Hinsicht ist Ottavio Cataldi ein exemplarischer Fall. Einerseits genoss er bei Maria Theresia den größten Rückhalt, nicht zuletzt wegen des großen Gewinns, den er ihr – wie übrigens auch dem Großherzog von Toskana – verschafft habe. Noch 1769, während der neuerlichen Pacht Ausschreibung, ließ sie die Hofkammer wissen: „die größte Sicherheit ist bey ihme und dadurch wird allen caballs auff einmahl ein ende gemacht“.⁷⁹ Andererseits hatte er, wie erwähnt, offensichtlich nicht ohne eigenes Zutun sein *Privilegium exclusivum* an die Mailänder Generalpächter abgeben müssen. Für sie, die in anderen Dimensionen dachten, war er dem großen Geschäft nicht gewachsen, traf Fehlentscheidungen und ließ so maximale Profite unrealisiert. Er habe nicht „la minima esperienza“ und – angeblich typisch für ihn – seine Geschäfte mit wenig oder gar keinen Mitteln unternommen. Bei der Pacht der toskanischen Eisenwerke sei er verfahren wie mit dem Lotto und habe Mittel auf der Straße verloren („lasciati mezzi per la strada“), weil er wegen seines „discredito“ und folglich ziemlich spärlichen Betriebsfonds (nur) übel gesinnte Geschäftspartner gefunden habe.⁸⁰ Ludwig von Zinzendorf, Präsident der Hofrechnungskammer, ließ ebenfalls – als dezidiertem Gegner des Pacht systems allerdings aus durchsichtigen Motiven – kein gutes Haar an der Geschäftsführung Cataldis. Unter anderem warf er ihm vor, zu risikoscheu zu verfahren. Das zeige sich an der überängstlichen Handhabung des Castelletto, der „Portata di risico“, eines Sicherungsinstruments, das verhindern sollte, dass Zahlen und Zahlenkombinationen zu stark besetzt wurden, was ihm Ziehungsfall die Gewinnsumme über die als „fondo risicabile“ hinterlegte Kaut ion getrieben hätte und gleichsam die Bank gesprengt worden wäre.⁸¹ Wieder andere, auch sie dem Pacht system abhold, kratzten an Cataldis Integrität und behaupteten, er sei mit keinem anderen Kapital als dem seiner Existenz nach Wien gekommen, habe dort viele Jahre ein üppiges Leben geführt, wiederholt Mengen an Geld an seine Verwandten in der „Heimat“ (patria) geschickt und als Schmiergelder eingesetzt so-

78 Ebenda, 284 u. 286; „a tutti suoi danni e spese“; „in un negozio adesso assai screditato“.

79 Zu dieser Entschließung: ÖStA, HKA, Kamerale, R. Nr. 1565, 36 ex Nov. 1769, fol. 1439–1466.

80 Brief Antonio Pellegrini an Greppi vom 20. Juni 1756 in Gregorini, Frutto, 133.

81 Sieghart, Glückspiele, 100. Sieghart folgt durchwegs der Einschätzung Zinzendorfs. Der Begriff „fondo risicabile“ zit. nach Albanese Natali, Gioco del lotto, 293. Gleichzeitig galt die Erhöhung dieses Fonds und damit eine großzügigere Handhabung des Castelletto als mögliche Voraussetzung für höhere Umsätze. Ebenda.

wie bei seinem Tod die ansehnliche Summe von mehr als 300.000 Zechinen hinterlassen.⁸² Rudolf Siegharts Cataldi, der „als armer finanzieller Abenteurer nach Wien gekommen“ sei,⁸³ verdankt solchen unbewiesenen Behauptungen sein Dasein.

Wie verhält es sich im Vergleich dazu mit jenen ebenfalls häufig italienischen Lottopionieren, die, ohne eigenes Geldkapital einzubringen, als Generaladministratoren die Geschäfte einiger europäischer Lottos führten? Sie traten zumeist in staatlich geführten Lottos auf, wobei aber nicht immer die Kapitaleigner, die Lottos in Pacht nahmen, auch die unternehmerisch Tätigen waren. So trug in der unter dem Namen Pietro Calvelli in Florenz gebildeten Gesellschaft Calvelli selbst nicht zum Gesellschaftskapital bei und bezog für seine Arbeit ein fixes Gehalt sowie 5 Prozent der Gewinne.⁸⁴

Als bekanntestes Beispiel für diese zweite Gruppe sollen die wohl umtriebigen Vertreter, die Brüder Ranieri und Giovanni Antonio Calzabigi dienen. Sie agierten lange Jahre gemeinsam, wobei aus den Quellen nicht immer klar erfindlich ist, wer gerade welche Rolle spielte. Aus einer livornesischen Kaufmannsfamilie stammend, kamen beide, der jüngere Giovanni Antonio als Sekretär des neuen neapolitanischen Gesandten, aus Neapel nach Paris, wo sie 1757 das Lotto (*Loterie de l'École Royale Militaire*) etablierten. An dieser Stelle ist auch der ‚Erzabenteurer‘ Giacomo Casanova zu nennen, der fälschlicherweise nach wie vor als Mitbegründer des Lottos bezeichnet wird, in Wahrheit jedoch sich ohne eigenen Plan denjenigen Calzabigis quasi zu eigen machte und als „receveur particulier“ (Privatkollektuer) eine Kollektur in diesem Unternehmen erhielt.⁸⁵ Ranieri, dem die Kenntnisse und „calculs“ – „die in der Verwaltung eines so großen Geschäfts so notwendig sind“ – zugetraut wurden, fungierte als alleiniger „Administrateur général“ des Unternehmens, während sein Bruder ihn gelegentlich vertrat.⁸⁶ 1759 wurde Ranieri mit einer Pension entlassen, die Brüder gingen nach Brüssel und setzten dort das Lottowerk in Gang. Giovanni Antonio, immer stärker von Gläubigern bedrängt, musste schließlich demissionieren und zog Anfang

82 Troiano Odazi, *Riflessioni umiliate a sua Maestà [...] sull'affitto progettato della lotteria de' 90 numeri*, Neapel 1785, 103f.

83 Sieghart, *Glückspiele*, 116.

84 Albanesi Natale, *Gioco del lotto*, 283.

85 Zur Taktik Casanovas siehe Davidf. Bell, *Casanova's Lottery*, in: *Stanford French Review* 17.1 (1993), 77–93; James Rives Childs, *Casanova: biographie nouvelle d'après des documents inédits*, Paris 1962, 132.

86 Paris, Archives nationales (AN), MM (Ordres militaires et hospitaliers) 658 (Registre des délibérations provisoires des Conseils de l'École royale militaire, fol. 92v/93r (16. Februar 1758), fol. 116v (2. April 1759); MM 682 (Affaires concernant la loterie de l'École Royale Militaire), fol. 4r (1. Februar 1759); Approbation des Reglements der Korrespondenz des Cadet durch den Minister ebda. 19. Februar 1759.

1762 Richtung London. Ohne Chancen, das Lotto etablieren zu können⁸⁷ (die englische Staatslotterie hätte eine solche Konkurrenz nicht geduldet), wurde er dem König von Preußen als fähiger Kopf, wenngleich etwas suspekt in bezug auf seine Verlässlichkeit, empfohlen. Noch im selben Jahr in Berlin, konnte er Friedrich II. vom Lotto überzeugen. Sein Projekt einer Handelsbank wurde erst nach seiner aktiven Zeit und nach fundamentalen Änderungen realisiert.⁸⁸

Währenddessen weilte Ranieri bereits in Wien – auch mit der Aussicht, beim dortigen Lotto eine Rolle spielen zu können, einer Aspiration, die er mit seinem Bruder in Brüssel geteilt hatte⁸⁹. Unterstützung fand er dabei bei Ludwig von Zinzendorf, dem es um nichts weniger ging, als die Position Cataldis zu schwächen und auf diesem Weg das Pachtsystem aufzuweichen bzw. aufzuheben. Cataldi wehrte sich nach Kräften: Calzabigi, dem Einsicht in die Bücher gewährt werden sollte, erhielt als Kommissar eine solche Machtbefugnis, dass er eher als „despotischer Ober-Aufseher, und Mit-Administrator anzusehen wäre“; die Verwaltung würde „zertheilet werden“; Calzabigi habe mit der Einführung der zusätzlichen Gewinnchance des Quaterno in Brüssel gezeigt, dass er „zu Neuigkeiten geneigt sey“ und sich „schwerlich zu der unumgänglich beizubehaltenden Simplicität des hiesigen Lotto [im Original „das echte Lottospiel nach italienischer Art“ – „il uero Giuoco del Lotto all’uso d’Italia“] bequemen wollen“. Auch das Argument, dass keine zusätzlichen Kosten entstünden, weil Calzabigi als *Conseiller de la Chambre des Comptes* in Brüssel bereits in kaiserlichen Diensten stehe, halte nicht, da zusätzliche Sekretäre angestellt werden müssten.⁹⁰ Calzabigi kam nicht zum Zug, widmete sich anderen Geschäften, blieb aber dem Lotto treu. 1783 ent-

87 Johann Carl May, *Lottologie oder Perspective in das Reich der Lotterien und besonders des Lotto*. Eine Wochenschrift, [Hamburg] 1770, 69. May spielt offenbar auf Calzabigi an, wenn er berichtet, dass dem englischen Parlament vor 8 Jahren – also um 1762! – ein Projekt zur Errichtung einer Zahlenlotterie vorgelegt worden sei; „dasselbe hat es aber verworfen, und den Projektur seinem Schicksale überlassen, welches ihm in einem Lande, wo man andere Einsichten hat, sehr günstig gewesen ist“. Gemeint ist Preußen.

88 Zollinger, *Entrepreneurs*, S. 94. Casanova, der nach Calzabigi ebenfalls nach Berlin kommt, erzählt in seinen Erinnerungen von einem Gespräch mit dem preußischen König über das Lotto.

89 ÖStA, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA), Belgien, DD:B, A, Berichte Cobenzl an Kaunitz, Fasz.81, 29.12.1759; ebenda, Fasz. 87, 1.9.1761. Ranieri war bereits Ende 1760 in Wien. Nach den von Bigwood (Loterie) verwendeten Quellen war Giovanni Calzabigi offenbar zuerst in Wien, um Kaunitz vom Lotto in Brüssel zu überzeugen.

90 ÖStA, HKA, Kamerale, R. Nr. 1564, 46 ex Jan. 1763, fol. 700: Schreiben Cataldis vom 29. November 1762 nach einem Bericht der Rechenkammer.

wickelte er den Plan, das Lotto in Neapel mit einer Gruppe unter der Leitung Giuseppe Brentanis in Pacht zu nehmen.⁹¹

Die konfliktuelle Konstellation Cataldi-Calzabigi steht paradigmatisch für die Auseinandersetzungen über die Form der Gestion des Lottospiels. Wenngleich offenbar nicht in Wien und auch nicht in Paris, so konzentrierte sich in anderen Ländern die Debatte von Beginn an um die Betriebsform auf die Vor- und Nachteile von Pacht, gemischter Regie oder Regie.⁹² Es ging im Wesentlichen um das, was in der Literatur als Principal-Agent-Problem bezeichnet wird. Bei der Entscheidung für eine der Formen spielten Faktoren wie Vertrauen – eine zentrale Kategorie zumal in einem „dem Publico [...] an sich selbst schon nachtheilige[m] Spiel“⁹³ –, Reputation und Status der Pächter bzw. Administratoren, Asymmetrie im Know-how, Risikoaversion sowie Kontrolle und Einsicht in die Geschäftsbücher eine zentrale Rolle.⁹⁴ Sie alle liefen in der Frage nach dem Verhältnis von Profit und Kosten zusammen. Mangelhafte Kenntnis des Lottosystems war zunächst ein wichtiger Hinderungsgrund, das Spiel zu übernehmen. Zinzendorf evokierte einen undurchschaubaren Apparat, den sich Cataldi geschaffen habe, weil die Bücher in italienischer, „zugleich aber in der bisher hierselbst anoch so unbekanntem Scrittura doppia geföhret wurden“, Administration und „Calculus“ bisher „so zu sagen ein Geheimniß“ seien.⁹⁵ Auch wenn dem staatlichem Personal operative Kenntnisse zugänglich waren, galt manchen Loyalität und Motivation als Problem. Denn beim Fehlen privater Interessen sei das Risiko, dass das Unternehmen verkomme, groß – so eine Stimme im Jahre 1774.⁹⁶ Als wesentlich erschien auch die Frage nach der Natur des Profits. Die Wiener Rechenkammer gab in unverhohlener Abneigung gegen das Pachtsystem zu bedenken: „Was bewegt einen Pächter, sein ganzes Vermögen, oder einen beträchtlichen Theil desselben, durch Unternehmung des so abwechselnden Spieles des Lotto in Gefahr zu setzen? Nichts als die einer moralischen Ge-

91 Macry, *Giocare*, 106; Joseph Gorani, *Mémoires secrets et critiques des cours, des gouvernemens, et des moeurs des principaux états de l'Italie*, T. 1, Paris 1794, 69–72.

92 Exemplarisch zur Diskussion in der Toskana siehe Albanesi Natale, *Gioco del lotto*, in den habsburgischen Niederlanden Bigwood, *Loterie*.

93 ÖStA, HKA, Kamerale, R. Nr. 1564, 46 ex Jan. 1763: Bericht der Rechenkammer an Maria Theresia, 19. Jänner 1763.

94 Zum Problem am Beispiel der Steuerpacht siehe Eugene N. White, *From privatized to government-administered tax collection: tax farming in eighteenth-century France*, in: *Economic History Review*, 57, 4 (2004), 636–663; am Beispiel Lotto siehe Zollinger, *Entrepreneurs*, S. 89ff. Weitere Faktoren in der Frage Pacht – Regie bei Richard Bonney, *Revenues*, in: Ders. (Hg.): *Economic Systems and State Finance*, New York 1995, 421–505.

95 ÖStA, HKA, Kamerale, R. Nr. 1564, 46 ex Jan. 1763, fol. 693ff.

96 Anonymer Brief an Pietro Leopoldo, 17. April 1774, zit. nach Albanesi Natale, *Gioco del lotto*, 304, Fn. 130.

wißheit gleich kommende Wahrscheinlichkeit, einen weit größeren Gewinn zu ziehen, als der Verlust der ihn betreffen kann.“⁹⁷ Louis-Sébastien Mercier schlug mit seiner Tirade gegen das Lotto in die selbe Kerbe, räumte aber nicht einmal mehr den Risikofaktor ein: „Die Unternehmer wissen ganz genau, dass ihr Gewinn immens und sicher ist; dass die Zahl der Verlierer die der Gewinner um Vieles übertreffen muss und fast der ganze Vorteil auf ihrer Seite ist; dass es überhaupt kein Verhältnis zwischen Einsatz und Gewinn gibt; und sie lassen die armen Leute zweimal im Monat das unsinnigste und verheerendste Spiel spielen.“⁹⁸ „Alle Lottounternehmer werden reich“, heißt es dazu lapidar in einer anderen Schrift.⁹⁹

Den Gewinn zur Gänze auf den Staat umzulenken, schien in dieser Sicht nur konsequent. Talleyrand etwa meinte in Bezug auf das französische Lotto, das unter der Direktion der königlichen Militärschule stand und 1776 vom Staat als „Loterie royale de France“ übernommen wurde: „Als die Gewinne über alle Erwartungen gestiegen waren, fiel es ganz in die Hände der Regierung.“¹⁰⁰ Die Enzyklopädie von Krünitz sah darin eine zwangsläufige Entwicklung: „Da die Zahlenlotterien für den Unternehmer so vorteilhaft sind, so werden sie gewöhnlich auf Rechnung des Landesherrn verwaltet, statt daß man sie sonst zu verpachten pflegte.“¹⁰¹ Tatsächlich suggeriert eine Übersicht über 16 europäische Lottos einen eindeutigen Trend. Von den nicht von Anfang an oder sehr früh in staatlicher Oberhoheit stehenden gingen zehn zwischen 1770 und 1805 diesen Weg.¹⁰² Es scheint sich also die seit der Mitte des 18. Jahrhunderts sowohl in der Theorie als auch in der Praxis zu beobachtende starke Tendenz zur direkten Administration der Steuereinnahmen zu bestätigen.¹⁰³ Doch war der Übergang vom privatisierten zum staatlich ad-

97 ÖStA, HKA, Kameralre, R. Nr. 1565, 3 ex Novembri 1769, fol. 1267f.: „Les entrepreneurs savent très bien que leur gain est immense et infaillible; que le nombre des perdants doit surpasser de beaucoup ceux qui gagnent, que presque toutes les chances sont à leur avantage; qu’il n’y a aucune proportion entre la mise et le lot; et ils font jouer au pauvre peuple, deux fois par mois, le jeu le plus insensé et le plus dévorant.“

98 Louis-Sébastien Mercier, *Tableau de Paris*, Nouvelle édition, Amsterdam 1783, 690.

99 [Johann Jakob Fezer], *Das Lotto, im wahren Gesichtspunkte betrachtet*. Den Gönnern und Beförderern [sic] deßelben gewidmet, in: ders., *Reine Wahrheiten vom Verfaßer der Wahrscheinlichkeiten*. Stralsund [d. i. Wien, bei Wucherer] 1786, 133.

100 [Charles-Maurice de Talleyrand-Périgord], *Des loteries*, Paris 1789: „Lorsque ensuite ses bénéfices se furent accrues au-delà de toute espérance, alors elle passa toute entière dans les mains du Gouvernement“.

101 Heinrich Gustav Flörke, *Ökonomisch-technologische Encyclopädie oder allgemeines System der Staats-, Stadt-, Haus- und Landwirthschaft* [= „Krünitz“], Berlin 1801, Bd. LXXXI, S. 69, Artikel *Lotterie*.

102 Vgl. die Tabelle in Francesco Colzi, *La fortuna dei papi. Il gioco del lotto nello Stato pontificio tra Sette e Ottocento*, Neapel 2004 (= *Economia e storia* 4), 31.

103 Bonney, *Revenues*, 440.

ministrierten Lotto weder geradlinig noch zwangsläufig. Das Brüsseler Lotto begann 1761 als staatliches, wurde 1785 verpachtet und 1792 wieder in Regie übernommen – der vorherige Mitpächter Mansis, Augustin de Reul, leitete die Administration¹⁰⁴. Preußens Lotto startete 1763 ebenfalls als Regiebetrieb, wurde 1764 in Pacht vergeben und 1794 wieder staatlich geführt. In Österreich hielt es Maria Theresia stets für nicht rätlich, das Pachtssystem aufzugeben, bis dies 1787 unter Josef II. geschah – im Laufe der Jahre hatte sich die aufsichtführende Bürokratie das nötige Wissen angeeignet, während das System immer mehr in eine *régie mixte* überging. Mitte der 1780er Jahre sah es in Neapel so aus, als würde das staatliche Lotto verpachtet werden. Es entbrannte ein heftiger publizistischer Disput, in dem sogar Ottavio Cataldi als personifiziertes Schreckbild des Pachtwesens bemüht wurde: Ob denn sein Handeln und sein Profit nicht beweise, welch „bella speculazione“ es sei, Lottopächter werden zu wollen?¹⁰⁵ Wie bereits gesagt, gehörte der Regie-Administrator Calzabigi zur damaligen Gruppe der Pachtaspiranten. Er ist nicht das einzige Beispiel dafür, dass auch direkt im Geschäft Involvierte keineswegs immer eine irreversible Haltung zu einem der Gestionsysteme an den Tag legten.¹⁰⁶ So sind eben auch vermeintlich unverrückbare Grundsatzzpositionen der Politischen Ökonomie persönlichen Interessenslagen unterworfen. Was ist sonst von Zinzendorfs vehementem Eintreten für die staatliche Regie – im Zweifelsfall oder als Übergangslösung auch die gemischte Pacht-Regie-Form – zu halten, wenn er gleichzeitig einräumt, dass die Verpachtung höhere Erträge abwerfe?¹⁰⁷ Wie immer man von ökonomischen Glaubensartikeln denken mag: Ultima ratio in dieser Frage war letztlich doch der höchstmögliche Profit für Fiskus und / oder Ärar – allerdings im Rahmen der Möglichkeiten, Institutionen und Strukturen. Mit mehr Betonung auf Sicherheit schien dies die Entscheidungen Franz Stephans und Maria Theresias zu lenken, stärker auf einen wachsenden Anteil für Krone und Staat unter Josef II. und sicher unter Leopold von Toskana. Aber auch hier scheint es sich in den seltensten Fällen um eine fundamentale politisch-ökonomische Haltung zu handeln. In der Toskana fand der Übergang zum staatlichen Lotto erst 16 Jahre nach der Aufgabe der Generalpacht statt.¹⁰⁸

104 Bigwood, Loterie, 75.

105 Odazi, Riflessioni, 104. Gegen diese Schrift reichte Calzabigi beim Obersten Finanzrat eine Entgegnung ein! Raffaele Ajello, I filosofi e la regina. Il governo delle due Sicilie da Tanucci a Caracciolo (1776–1786), in: Rivista storica italiana, 103, 3 (1991) 675–738, hier 697. Für Ajello ist Calzabigi übrigens ein „avventuriere“.

106 Beispiele für die Toskana bei Albanesi Natale, Gioco del lotto, 295.

107 Dickson, Finance, II, 51f.

108 Ebenda, 310. Zu Leopold siehe auch ebenda, 309.

Wenn nicht überhaupt das Lotto und damit auch der Staat als Unternehmer solcher Betriebe ins Schussfeld gerieten, standen die satte Unternehmergewinne einstreichenden, angeblich in Luxus und Korruption lebenden privaten Pächter, die sich auf Kosten der Untertanen bereicherten, im Visier der rügenden Öffentlichkeit. Zum Teil waren sie nur die Säcke, die statt der Regierungsesel geschlagen wurden. Aber nicht nur Pächter hatten sich und ihre Position gegen moralisch verbrämte soziale und ökonomische Anfechtungen zu behaupten, wie das Beispiel Giovanni Antonio Calzabigi zeigt. Verschuldet, diskreditiert und „deshonoré devant le monde“, so Graf Cobenzl, hatte er in Brüssel auch noch den ‚Fehler‘ begangen, die Lotto-„maschine“ in sehr kurzer Zeit in Gang zu setzen und die im Betrieb Tätigen so auszubilden (wozu er allerdings verpflichtet war), „dass wir auf ihn verzichten und das Spiel fortsetzen können“ („que nous pouvons nous passer de lui, et continuer ce jeu“).¹⁰⁹

Obwohl es schwierig ist, den Wahrheitsgehalt aus zeitgenössischen und späteren Verdächtigungen und Beschuldigungen herausfiltern und „Betriebsunfälle“ von eigentlichen betriebswirtschaftlichen Misständen, Veruntreuungen und Betrügereien oder Stümperei zu unterscheiden, lief nicht immer alles so, wie es sich die finanzhungrigen Bäuche der Fürsten vorgestellt hatten. Es mag durchaus sein, dass der Lottoboom seit den 1760er Jahren die Jagd nach schnellem und relativ leichten und sicheren Gewinn förderte und ein Eldorado auch für weniger gewissenhafte unternehmerische Naturen versprach. Einige wenige Lottounternehmungen gingen denn auch tatsächlich nach kurzer Zeit ein. Dabei ist sowohl politischer Widerstand als auch mangelndes Know-how in Rechnung zu stellen. Dieses könnte etwa zum frühen Scheitern des ersten bayerischen Lottoanlaufs geführt haben. Nicht zu vergessen ist schließlich, dass sich das Lottospiel im feudalen Ambiente von Klientelismus, Vetternwirtschaft und Korruption zu etablieren hatte.

Ein resümierender Ausblick muss angesichts der Literatur- und Quellenlage gemischt ausfallen. Doch wie es scheint, waren in der Regel fähige Leute am Werk. Sie nutzten die Chancen, die der ständig steigende Finanzbedarf europäischer Staten in den verschiedensten Sektoren bot, mit Kapital und Fachwissen. Friedrich II. wünschte sich ausdrücklich einen jener „an Systemen, neuen Kombinationen und überraschenden Plänen reichen, aber doch praktisch veranlagten Menschen, die alle Arten von Finanz- und anderen Projekten hervorbringen und gleichermaßen solche, über die ich mit ihnen reden möchte, überprüfen und berechnen können“.¹¹⁰ Er erhielt Giovan-

109 ÖStA, HHStA, Belgien DD:B, Berichte Cobenzl an Kaunitz, Fasz. 88, 18. 2. 1762. Die „formation d’élèves“ war eine der Bedingungen, die Kaunitz vor der Einführung des Lottos vorgesehen hatte. Bigwood, Loterie, 38.

110 Dieudonné Thiébault, Mes souvenirs de vingt ans de séjour a Berlin; ou Frédéric le

ni Antonio Calzabigi. Dieser, den Staatskanzler Kaunitz zunächst als „espèce d'aventurier“ abgetan hatte, überzeugte den Staatsmann nach dem persönlichen Treffen als jemand, der Theorie und Praxis des Lotto in voller Perfektion beherrscht.¹¹¹ Hingegen erschien er 1765 in seiner Geburtsstadt, der er seine Dienste anbieten wollte, in schlechtem Licht: Er sei ein in Ungnade gefallener Projektant („progettista disgraziato“), wie der unglückliche Ausgang seiner Unternehmungen („la cattiva sorte dele intraprese“) zeige, die er in Livorno mit der Herstellung von Seife ohne Feuer, in den Niederlanden mit dem Lotto und in Berlin mit der Bank gemacht habe.¹¹² Wenn er von Wilhelm Treue wegen seiner geplanten Bank-, Versicherungs-, und Handelsgesellschaft als der „brandenburgische John Law“ bezeichnet wurde, war dies vermutlich auch nicht als Kompliment gedacht.¹¹³ Wir wissen aber zumindest, dass seine Leistungen für das niederländische Lotto selbst nach seinem persönlichen Dérangement unbestritten waren.

Von ihren Fähigkeiten zeugt auch die Bandbreite ihrer Aktivitäten. Es waren Spezialisten mit einem hohen Diversifizierungspotenzial. Diesbezüglich steht Ranieri Calzabigi vielleicht singulär dar, aber an seiner Person können der holzschnittartigen Kategorisierung der Lottopioniere als schillernde Projektanten und Abenteurer etwas nuanciertere Konturen entgegengesetzt werden. Kaunitz empfahl ihn der Kaiserin als Schriftsteller, Gelehrten, gründlichen Rechner und sehr geschickten Finanzmann („homme de lettres, savant, profond calculateur et très habile financier“) sowie als einen tiefen Kenner der Finanzen Frankreichs.¹¹⁴ Calzabigi legte Graf Cobenzl in Brüssel ein Memorandum vor, das dieser begeistert an Staatskanzler Kaunitz in Wien

Grand, sa famille, sa cour, son gouvernement, son Académie, ses écoles, et ses amis littérateurs et philosophes, T. IV, Paris An XII [1804], S. 92f.: „des hommes fécondes en systèmes, en combinaisons neuves, en plans inattendus, et cependant praticables. Je voudrais avoir un homme de cette troupe, c'est-à-dire, un homme qui pût créer toutes sortes de projets, soit de finances, soit d'autres genres, et qui pût également vérifier, discuter, et calculer ceux sur lesquels je le consulterois. Voyez si vous pouvez me déterrer un homme semblable; et en ce cas, marquez-moi à quelles conditions il consentiroit à entrer à mon service.“

111 Bigwood, Loterie, 37: Calzabigi „possède en toute perfection la théorie et la pratique du lotto“.

112 Anonymer Brief an den Gouverneur von Livorno, zit. nach Enrico Masini, La famiglia Calzabigi in documenti inediti livornesi, in: Federico Marri (Hg.), La figura e l'opera di Ranieri de' Calzabigi, atti del convegno di studi (Livorno, 14 – 15 dicembre 1987) Istituto Musicale Pareggiato Pietro Mascagni di Livorno. Florenz 1989 (=Historiae musicae cultores, 54), 147–201, hier 156.

113 Wilhelm Treue, Wirtschaft, Gesellschaft und Technik in Deutschland vom 16. bis zum 18. Jahrhundert, München 1976 (= Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 12), 160.

114 Zit. nach Bigwood, Loterie, 37.

sandte und bemerkte, es würde im Staat all das Gute bewirken, das sich Frankreich vom System Law versprochen hatte, dessen Unzulänglichkeiten und Fehler es jedoch vermeide.¹¹⁵ Ob es jenes „beau mémoire italien“ aus der Feder Ranieris ist, das Kaunitz Maria Theresia 1760 unterbreitete,¹¹⁶ ist nicht bekannt. Jedenfalls zirkulierte in Wien ein italienisches Memorandum Calzabigis über die Verbesserung des Handels der Monarchie. Karl von Zinzendorf las es im Haus seines Bruders Ludwig.¹¹⁷

Blieben die ökonomischen Schriften Calzabigis ohne Nachwirkung, so kennt ihn die Nachwelt auf einem ganz anderen Gebiet – als Musikreformer, der sich mit Metastasio auseinandersetzte, und als Librettist für Christoph Willibald Gluck. „Calzabigi wurde vom Finanzmann zum Poeten“, heißt es 1777 über ihn.¹¹⁸ Aber Calzabigi, wenngleich mit kaufmännischem Hintergrund kein Finanzier im herkömmlichen Sinn, hatte bereits in Paris die Werke Metastasios herausgegeben, und seine neuerliche Hinwendung zum Lotto (in Neapel) stand erst noch bevor. Ist das Spiel, das Glücksspiel, nach Walter Benjamin „das höllische Gegenstück zur Musik der himmlischen Heerscharen“ (*Passagen-Werk*), so ist mit der Person und dem Wirken Calzabigis ein eindrucksvoller Brückenschlag zwischen diesen Universen gelungen. Selbst Ottavio Cataldi scheint in Florenz im Geschäft der Theater-*Impresarii* auf¹¹⁹ – hier aber war das Engagement wohl eher eine Investition im höfischen Rahmen der Chancensicherung und Repräsentation. Ohne zu weit vom Thema abkommen zu wollen, sei doch noch auf eine ökonomisch-schöngeistige Kuriosität hingewiesen. Ein Zeitgenosse Calzabigis, der Musiktheoretiker Jo-

115 ÖStA, HHStA, Belgien, DD:B, A, Berichte Cobenzl an Kaunitz, Fasz. 83, 25 September 1760.

116 Bigwood, Loterie, 37.

117 Karl Graf von Zinzendorf, Aus den Jugendtagebüchern 1747, 1752 bis 1763, hg. von Maria Breunlich u. Marieluise Mader, Wien-Köln-Weimar 1997, 238. Dickson, I, 134 sieht Ranieri Calzabigi als „probable author“ (vgl. ebenda, II, 45, ohne Einschränkung) der *Osservazioni sopra lo Stato Attuale del Commercio della Monarchia Austriaca*, und vermutet, Kaunitz habe es Ludwig v. Zinzendorf gezeigt. Die *Osservazioni* werden jedoch Antonio Pellegrini zugeschrieben. Siehe Andrea Leonardi, Un ‚economista‘ italiano al servizio dell’imperatrice Maria Teresa. L’opera di Antonio Pellegrini: Osservazioni sopra lo stato attuale del commercio della Monarchia austriaca (1759–1761), Trient 1995 (=Collane di monografie, 52). Die Zuschreibung auch schon von Otto Mazal u. Franz Unterkirchner, Cod. Ser. N. 4001–4800, Wien 1975 [= Katalog der abendländischen Handschriften der Österreichischen Nationalbibliothek, 4]). Karl v. Zinzendorf berichtet im Jänner 1762 noch von einem weiteren Memorandum Calzabigis „sur l’arrangement de la chambre des comptes“. Zinzendorf, Jugendtagebücher, 259.

118 [Jean-Jacques Sonnette], *Le brigade de la musique italienne*, [Paris] 1777, 46: „Calzabigi qui de financier est devenu poëte.“

119 William C. Holmes, *Opera Observed: Views of a Florentine Impresario in the Early Eighteenth Century*, Chicago, London 1993, 49f.

hann Wilhelm Marpurg veröffentlichte 1765 „Die Kunst sein Glück spielend zu machen. Oder ausführliche Nachricht von der italienischen, und nach Art derselben zu Berlin [etc.] errichteten Zahlen-Lotterie zwischen 1 und 90 [...]“ mit Vorschlägen, „sein Geld bey selbiger mit Vortheil anzulegen“. Unter dem Aspekt der Kombinatorik verlegte er die „Versetzungskunst, worauf sich die Zahlenlotterie gründet“, wie die Musik „in das Gebiet der Künste“. Marpurg war zwar kein Lotterieunternehmer, immerhin aber Ober-Lotterieinspektor bei der preußischen Lotterie.

Man wird das gesamte Spektrum der führenden Wirtschaftsakteure im Lotteriegeschäft nicht allein an diesen Beispielen ermessen können. Man wird in ihnen aber auch nicht pauschal jene vormodernen, schillernden „Abenteurer“ sehen, deren Wirkungsfelder nur die Schattenseiten noch schwacher, sich ökonomisch erst „modernisierender“ Staaten bildeten. Diese unternehmerischen Figuren spiegeln und personifizieren auf europäischer Ebene eine wirtschaftliche Dynamik, in der die staatlichen Bürokratien sich nach und nach ihre Kenntnisse aneigneten, um am Ende oft selbst in die Unternehmerrolle zu schlüpfen. Auch wenn manche von ihnen scheiterten und der Vorwurf der Malversation nicht immer von der Hand zu weisen ist, waren Lotterie-Unternehmer bei weitem nicht durchwegs jene vielgescholtenen „mauvais sujets“. Zu solchen, so scheint es, wurden sie vor allem in den gesellschaftlichen Hegemonialkämpfen um erwünschte und unerwünschte wirtschaftliche Entwicklungen gemacht. Jedenfalls könnte sich die Wirtschaftsgeschichte mit Gewinn eingehender, als sie es bisher getan hat, dieser Unternehmertypen und ihres spezifischen Geschäftsgebiets, des ‚Unternehmens Zufall‘, annehmen.

Technologietransfer in den frühen Phasen der Industrialisierung – zur Rolle britischer Immigranten für die Wirtschaftsentwicklung der Habsburgermonarchie

Herbert Matis

Alexander Gerschenkron hat in seiner bekannten Studie *Economic Backwardness in Historical Perspective: A Book of Essays* (1962) darauf hingewiesen, dass – vorausgesetzt, die institutionellen Rahmenbedingungen stimmen – die aus einer Position der relativen wirtschaftlichen Rückständigkeit startenden Länder die Chance haben, ihren industriellen Aufholprozess vor allem durch den Import von fortschrittlicher Technologien und von *Know-how* aus dem Ausland rascher voranzutreiben.¹ Umgekehrt versuchen natürlich die jeweils führenden Produktionszentren einen solchen horizontalen Technologietransfer schon aus Gründen der Konkurrenzbeschränkung zu verhindern; wenn sie einem solchen zustimmen, dann handelt es sich zumeist um solche Technologien, die bereits am Ende ihres Produktzyklus stehen. Es ist im Zuge des wirtschaftlichen Aufholprozesses zumeist so gewesen, dass die nachfolgenden zunächst die Produkte der fortgeschrittenen Länder kopieren, bevor sie dann im Zuge der weiteren Entwicklung selbst imstande sind, eigene wettbewerbsfähige Produkte hervorzubringen. Dies war etwa der Weg, den Japan im 20. Jahrhundert höchst erfolgreich beschritt und dies zeigt sich gegenwärtig am Beispiel Chinas, das derzeit gewissermaßen als die Kopierwerkstätte und verlängerte Werkbank der Welt fungiert.

Aber auch in der europäischen Wirtschaftsgeschichte gibt es dementsprechend viele Fälle von Technologietransfers, umgekehrt auch Beispiele, in denen vor allem die auf der Nutzung eines besonderen Produktionsgeheimnisses (*arcantum*) beruhenden führenden Gewerbezentren versuchten, ihren Entwick-

1 Carlo Cipolla, The Diffusion of Innovations in Early Modern Europe, in: Comparative Studies in Society and History 14 (1972), 46–52; Ulrich Troitzsch, Technologietransfer im 19. und 20. Jahrhundert, in: Technikgeschichte 50 (1983), 177–180.

lungsvorsprung durch prohibitive Maßnahmen ängstlich zu verteidigen und ihre Fachkräften durch Wanderverbote an sich zu binden.² Solche führenden Gewerbebezonen waren schon im Hochmittelalter z. B. die Städte Flanderns und Brabants in der Tuchverarbeitung, Lyon in der Seidenerzeugung, sowie Venedig in der Glas-, Luster- und Spiegelherstellung. Dennoch gelang es trotz strenger Abwehrmaßnahmen immer wieder, kenntnisreiche Professionisten abzuwerben und damit einen Technologietransfer zu bewerkstelligen.

In Österreich konnte bereits der babenbergische Herzog Leopold VI. eine Gruppe „Flandrenser“ nach Wien berufen, denen 1208, 1331 und 1373 besondere Schutzbriefe ausgestellt bzw. erneuert wurden. Schon dieser exemplarische Fall lässt ein bestimmtes Verfahrensmuster erkennen: Aktive Anwerbung von spezialisierten ausländischen Fachkräften mit Hilfe von materiellen Anreizen sowie der Versuch, diese dauerhaft zu binden und zu integrieren. Es wurden ihnen ausschließliche Privilegien erteilt, üblicherweise mit der Auflage, heimische Kräfte in ihren besonderen Künsten zu unterweisen. Allerdings erfolgten diese Bemühungen eher sporadisch und zeitigten auch keine nachhaltigeren Folgen.

Systematischere Versuche wurden erst ab der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts unter den Habsburgern unternommen, als sich für deren Erbländer die Notwendigkeit ergab, der mittlerweile erlangten politischen Großmachtposition auch durch eine Stärkung der ökonomischen Basis gerecht zu werden. Es waren sowohl das Herrscherhaus selbst, das hier unter dem Einfluss merkantilistischer Ideen wirtschaftliche Aktivitäten unterstützte, als auch einzelne Vertreter der Hocharistokratie, die durch aktive Förderung der aufkeimenden Industrie ihren patriotischen Verpflichtungen nachzukommen suchten. Am Beginn stand häufig die Gründung von „Produktionsgenossenschaften“ außerhalb der damaligen Zunftregelungen. Von diesen noch vereinzelt Initiativen verdienen besonderes Augenmerk die sog. Niederländische Armaturenmeisterschaft in Wiener Neustadt von 1657, die Schweizer Uhrmacherskolonie in Wien von 1789³ sowie die vom Reichsvizekanzler Ferdinand Sigmund Graf Kurz von Senftenau um 1650 in Horn eingerichtete Tuchmacherskolonie.⁴ Die Zukunft gehörte aber nicht solchen Produktionsgenossenschaften, sondern dem zentralisierten Großbetrieb in Form der Manu-

-
- 2 Herman Freudenberger, Technologie-Transfers von England nach Deutschland und insbesondere Österreich im 18. Jahrhundert, in: Ulrich Troitzsch (Hg.), Technologischer Wandel im 18. Jahrhundert. Wolfenbütteler Forschungen 14 (1981), 105–124.
 - 3 Rudolf Till, Die Schweizer Uhrmacherskolonie in Wien. Ein Beispiel merkantilistischer Gewerbepolitik, in: Zeitschrift für Schweizerische Geschichte 30 (1950), 46ff.
 - 4 Margarete Klein, Beiträger zur Geschichte des Tuchmacherhandwerks in Horn unter besonderer Berücksichtigung der Umorganisation durch Ferdinand Graf Kurtz in der Mitte des 17. Jahrhunderts, phil. Diss. Wien 1956.

faktur und frühen Fabrik, der allerdings häufig noch mit einem dezentralisierten Verlagssystem gekoppelt war.⁵

Eine gezielte Einwanderungspolitik wurde auch von den zeitgenössischen Wirtschaftswissenschaftlern in Verfolgung ihres Anliegens einer Reichtumsmehrung des Staates propagiert. Bereits das bekannte „Dreigestirn der Kameralisten“, die aus Deutschland stammenden „Wahl-Österreicher“ und protestantischen Konvertiten Becher, Schröder und Hörnigk, wies immer wieder auf die Notwendigkeit eines ökonomischen „Modernisierungsschubs“ für die habsburgischen Länder hin. Alle drei Autoren betätigten sich nicht nur als Wirtschaftstheoretiker sondern beteiligten sich auch selbst an der Leitung von Unternehmen oder initiierten solche. Dabei wiesen sie immer wieder auf die Notwendigkeit einer Steigerung der fachlichen Qualifikation sowie der Zahl der Erwerbstätigen insgesamt hin. Dies erforderte eine aktive „Peuplierungspolitik“, welche immer auch einen qualitativen Aspekt beinhaltete. Den Kameralisten kam es neben der Steigerung der Bevölkerungszahl auf eine „Ausrottung des Müßiggangs“ sowie eine Hebung des fachlichen Niveaus der heimischen Professionisten an. Nötigenfalls sollte dies auch durch Abwerbung von Fachkräften im Ausland ermöglicht werden. Nicht zuletzt suchte man die von den Kameralisten beschworene „Glückseligkeit des Staates“ durch eine Stärkung von unternehmerischen Initiativen zu fördern. Dabei wandte sich insbesondere Philipp Wilhelm von Hörnigk vehement gegen ein bereits zu seiner Zeit (aber auch späterhin) weitverbreitetes Vorurteil, wonach „die Teutschen, in specie die Kayserlichen Erb-Länder zu den Commerciën und Manufacturen nicht natürlichen Verstandes und Geschicklichkeit genug besitzen“.⁶ Dennoch war auch ihm bewusst, dass heimische unternehmerische Initiative allein nicht ausreichen würde, um das angestrebte Ziel einer „Reformation der Landes-Oeconomie“ in absehbarer Zeit zu realisieren. Vor allem dort, wo es primär um die Einführung neuer Technologien und Produkte ging, ermunterte man daher die Immigration von Unternehmern und Professionisten aus wirtschaftlich bereits höher entwickelten Ländern. Dies waren zunächst Frankreich, die Schweiz, Italien und die Niederlande, später insbesondere dann England, das seit dem Einsetzen der „Industriellen Revolution“ in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts als „Werkstätte der Welt“ fungierte.

-
- 5 Herbert Matis, Die Protoindustrialisierung und ‚Industrielle Revolution‘ am Beispiel der Baumwollindustrie Niederösterreichs, in: Andrea Komlosy (Hg.), Spinnen Spulen Weben – Leben und Arbeiten im Waldviertel und anderen ländlichen Textilregionen. Krems a. D., Horn 1991 (=Schriftenreihe des Waldviertler Heimatbundes 32), 15–48.
 - 6 Herbert Matis, Philipp Wilhelm von Hörnigk: Leben, Werk und ökonomisches Umfeld, in: Philipp Wilhelm von Hörnigks ‚Oesterreich über alles‘. Vademecum zu einem Klassiker absolutistischer Wirtschaftspolitik, Düsseldorf 1997, 67–135.

Schon der Kameralist Wilhelm von Schröder unternahm im kaiserlichen Auftrag eine Erkundungsreise nach England, um dort nicht nur verschiedene Wirtschaftseinrichtungen zu studieren sondern auch einige geschickte Wollzeugfabrikanten nach Wien abwerben, von denen die meisten allerdings der Pest von 1679 erlagen.⁷ Es zeigte sich aber schon bei dieser Gelegenheit, dass englische Fabrikanten ungleich schwieriger als etwa solche aus Italien, Belgien und Frankreich anzuwerben waren: Nicht nur, dass die englische Regierung mit drastischen Strafen und diplomatischen Noten auf solche Versuche reagierte, sondern weil auch für Britanniens Untertanen nur wenig materielle Anreize für die Auswanderung bestanden.⁸ Bereits 1696 wandte sich England erstmals gegen die Industriespionage, verbot die Ausfuhr von Maschinen, Zeichnungen und Modellen und stellte auch die Abwerbung von Experten unter Sanktion. Die oft kolportierte Meinung, es sei auf diese Delikte die Todesstrafe verhängt worden, ist so aber generell unrichtig: Der Schmuggel selbst wurde üblicherweise mit dreijährigem Gefängnis und die Beihilfe dazu mit bis zu einem Jahr Gefängnis und 600 Pfund Sterling Geldstrafe geahndet. Allerdings bestand in Kriegszeiten die Gefahr, dass diese illegalen Aktivitäten als todeswürdiger Hochverrat klassifiziert wurden.

Vor allem Johann Joachim Becher bemühte sich auch höchst praktisch um eine Förderung des Gewerbefleißes (*industria*), mit dem Ziel, vor allem die bisher importierten Waren (insbesondere der Luxusgüter) zwecks Verbesserung der Zahlungsbilanz durch eigene Erzeugung zu ersetzen. Er gewann 1666 den (übrigens später aufgrund von Defraudationen verurteilten) Hofkammerpräsidenten Grafen Georg Ludwig von Sinzendorf für die Gründung einer (allerdings nicht sehr erfolgreichen) Seidenmanufaktur mit mehreren französischen Strumpfwirkern im niederösterreichischen Schloss Walpersdorf.⁹ Darüber hinaus war er auch der Initiator der ein Jahr später ins Leben gerufenen ersten Orientalischen Handelskompanie. Voll und ganz auf einen *Know-how*-Transfer setzte dann 1676 die mit finanziellem Beistand von Kaiser Leopold I. erfolgte Bechersche Gründung eines „Kunst- und Werkhauses“ am Tabor in Wien. Dessen Zielsetzung bestand in der Einführung

7 Heinrich Ritter von Srbik, Wilhelm von Schröder, Wien 1910, 67f.

8 Die Arbeit von Maria Leth, Westeuropäische Manufakturisten und Fabrikanten in Wien in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, phil. Diss. Wien 1933, die ich seinerzeit noch für meine Dissertation in den frühen 1960er Jahren einsehen konnte, ist mittlerweile in der Nationalbibliothek, der Universitätsbibliothek und der Institutsbibliothek verschwunden. Zuletzt wurde die Arbeit von Gustav Otruba, Englische Fabrikanten und Maschinisten zur Zeit Maria Theresias und Josephs II. in Österreich, in: Tradition. Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmerbiographie 2 (1967), 365–377, ausgiebig zitiert.

9 Herbert Hassinger, Johann Joachim Beckers Bedeutung für die Entwicklung der Seidenindustrie in Deutschland, in: VSWG 38 / 3 (1951), 209–246.

neuer Produktionstechniken sowie Schulung und aktiven Förderung von heimischen Unternehmertalenten: „Dieses Manufacturhaus muß zuförderst den Endzweck haben, daß in allen und jeden Arten der Manufacturen darinnen Unterricht gegeben wird.“ Das Werkhaus verfügte über ein chemisches Labor, Schmelz- und Destillieröfen, jeweils eine Abteilung für die Erzeugung von Majolikageschirr, Wolltüchern, venezianischen Spiegeln, ein Seidenfilatorium, eine Apotheke zur Herstellung von Arzneimitteln.¹⁰ Eine ähnliche Ausbildungsfunktion wie die im Zuge der Türkenbelagerung von 1683 wieder eingestellte Musterwerkstätte übernahmen später auch die zeitweise unter staatlicher Verwaltung stehenden „ärarischen Musteranstalten“¹¹, solche Zielsetzungen verfolgten aber auch die beiden Mustermanufakturen von Kaiser Franz I. Stefan zur Herstellung von Baumwollwaren bzw. Majolikageschirr in Holicz und Sassin.¹²

Vor allem dort, wo es an heimischen Unternehmerkräften mangelte und für Importe viel Geld in Ausland wanderte, suchte man dies durch gezielte Abwerbung ausländischer Unternehmer und Fachkräfte auszugleichen. Schon um den Vorsprung der französischen und italienischen Seiden- und Luxuswarenindustrie, der englischen Maschinen- und Baumwollindustrie, der deutschen Metallwarenerzeugung und Zuckerraffinerie, der venezianischen Spiegel- und Glaserzeugung aufzuholen, warb man „Fabrikanten“ aus den jeweils führenden Zentren des Auslands an. Dazu versuchte man ein Anreizsystem zu schaffen, das auf der Gewährung von zeitlich befristeten Monopolen, Exklusivgenehmigungen, Geldprämien, Hofbefreiungen und Fabrikprivilegien beruhte. Unter allen Privilegienempfängern stellten bis in die erste Hälfte des 18. Jahrhunderts die Ausländer rund ein Drittel.¹³ Manchmal stellte man neben solchen Begünstigungen auch im Zuge der Säkularisierung aufgehobene Klöster als Fabrikgebäude zur Verfügung. Mit dem Aufkommen vom Physiokratismus beeinflusster liberaler Ideen unter der Alleinregentschaft Josefs II. wurde die bisher geübte direkte staatliche Förderungspolitik und die Erteilung von Exklusivprivilegien stark zurückgenommen.

10 Hans Josef Hatschek, *Das Manufacturhaus auf dem Tabor in Wien*, Leipzig 1886.

11 Dazu zählten u. a. die Zitz- und Kottonfabrik Schwechat, die Spiegelfabrik Neuhaus, die Wiener Porzellanmanufaktur in der Rossau, die Tabakmanufaktur Hainburg, die Linzer Wollenzeugfabrik, die „Blaufabrik“ in Schläglmühl bei Payerbach, die „Nadelburg“ in Lichtenwörth bei Wiener Neustadt, die ärarische Raketenfabrik in Wöllersdorf.

12 Hanns-Leo Mikoletzky, Holicz und Sassin, die beiden Mustergüter des Kaisers Franz I. Stefan, in: *Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs* 14/1961, 190–212.

13 Gustav Otruba (Hg.), *Österreichische Fabriksprivilegien vom 16. bis ins 18. Jahrhundert*, in: *Fontes Rerum Austriacarum*, III. Abtlg. *Fontes Iuris* 7, Wien, Köln, Graz 1981.

Die jüngere Kameralistengeneration, die dann in Österreich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wirkte, nahm diese Thematik in einer systematischeren Weise als ihre Vorgänger im 17. Jahrhundert wieder auf. Johann Heinrich Gottlob von Justi hinterließ nicht nur mehrere grundlegende Arbeiten zur Staats- und Kameralwirtschaft, sondern schuf mit seiner Schrift *Vollständige Abhandlungen von den Manufacturen und Fabriken* (1761) dazu das wohl wesentlichste Werk. Es kam erst damals zu einem nachhaltigen Aufblühen der gewerblichen Erzeugung von Seidenware – ein Gut, für dessen Import bisher viel Geld ins Ausland geflossen war.¹⁴ Dieser Produktionszweig wurde dann lange Zeit über von eingewanderten Italienern und Franzosen dominiert, die sich vor allem in Wien und entlang der sog. Thermenlinie am Ostrand des Wiener Walds ansiedelten. Die Rohseide wurde in erster Linie aus Oberitalien importiert, wo in der Lombardei, in Venetien und dem Trentino, die damals unter habsburgischer Herrschaft standen, zahlreiche *Filatorien* und *Filanden* eingerichtet wurden. Von da stammte auch die überwiegende Zahl der eingewanderten italienischen Seidenfabrikanten. Aber auch die Anfänge der Leinen-, Baumwoll- und Tuchwarenindustrie sowie die Erzeugung von verschiedenen Luxusartikeln waren anfangs häufig mit dem Import von *Know-how* aus Italien, Belgien und Frankreich verbunden. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Einwanderer stammte auch aus der Schweiz und dem Reich (vor allem Rheinland, Sachsen, Hamburg und Württemberg).¹⁵ Vor allem unter den Schweizern befanden sich auffallend viele Calvinisten, die sich z. T. schon vor dem Erlass des Toleranzpatents, das ihnen dann vollkommene rechtliche Gleichstellung garantierte, als Niederlagsverwandte¹⁶ und Großhändler niedergelassen hatten.¹⁷ Der von Max Weber thematisierte Zusammenhang zwischen der protestantischen Ethik und dem „Geist des Kapitalismus“ findet in diesem Zusammenhang zahlreiche Belege.

14 Vgl. Helene Deutsch, Die Entwicklung der Seidenindustrie in Österreich 1660–1840, in: Studien zur Sozial-, Wirtschafts- und Verwaltungsgeschichte, hrsg. v. Karl Grünberg, Heft 3, Wien 1909; Markus Cerman, Proto-Industrialisation in an Urban Environment: Vienna, 1750–1857, in: *Continuity and Change* 8 (1993), 281–320.

15 Herman Freudenberger, Die proto-industrielle Entwicklungsphase in Österreich, in: Herbert Matis (Hg.), *Von der Glückseligkeit des Staates. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Österreich im Zeitalter des aufgeklärten Absolutismus*, Berlin 1981, 372; Ingrid Mittenzwei, *Zwischen Gestern und Morgen. Wiens frühe Bourgeoisie an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert*, Wien, Köln, Weimar 1998 (=Bürgertum in der Habsburgermonarchie VII), 42–60.

16 Johann Heinrich Zedler, *Großes vollständiges Universal-Lexikon aller Wissenschaften und Künste*, Leipzig 1740, Bd. 24, Spalte 737, definiert die Stellung dieser Personengruppe folgendermaßen: „Niederlagen, oder Niederlags-Verwandten, werden in Wien die Wechsler und vornehmen Kauffleute genennet, welche, wenn sie gleich nicht Catholischer Religion sind, dennoch Freyheit daselbst zu wohnen haben.“

17 Darunter die Familien Fries, Geymüller und Tschoffen.

Von größter Bedeutung für die österreichische Industrie war aber die zahlenmäßig kleine Gruppe aus Großbritannien eingewanderter „Fabrikanten“, der im Folgenden besonderes Augenmerk geschenkt werden soll. Deren Immigration erfolgte in zwei Phasen: Die erste Einwanderungswelle ab Mitte des 18. Jahrhunderts brachte vor allem Metallwaren- und Stahlfabrikanten nach Österreich, während die zweite in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts von Maschinenbauern und Mechanikern getragen wurde.

Unter der Regentschaft Maria Theresias unternahm man ernsthaftere Versuche, englische Fabrikanten abzuwerben, und konnte auch erste Erfolge verzeichnen. Im Weiteren installierte man eine recht effiziente Organisation: Das für Wirtschaftsfragen zuständige Kommerzdirektorium stellte zunächst fest, in welchen Branchen ein besonderer Bedarf an Fachkräften aus England bestand; dann ersuchte man die Geheime Hof- und Staatskanzlei, unter Bewahrung strikter Diskretion – der Schriftverkehr erfolgte nicht über die Post sondern über Kuriere der Hof- und Staatskanzlei – die nötigen Schritte über die diplomatischen Kanäle einzuleiten. Dazu wurde der am Hofe von St. James akkreditierte österreichische Gesandte Christian August Graf von Seilern angewiesen, die nötigen Aktivitäten zu setzen. Der kaiserliche Diplomat bediente sich dazu der Dienste seines Sekretärs Taube, der wiederum als die eigentlichen Kontaktpersonen den Haushofmeister Georg Anton Zett und den Koch Sebastian Weber einsetzte. Diese sollten geeignete Personen ausfindig machen und über diese die nötigen Erkundigungen einziehen. Im Falle günstiger Umstände und entsprechender Qualifikation sollte als nächster Schritt die Auswanderungsbereitschaft festgestellt werden. Der Gesandte berichtete über jeden einzelnen Fall nach Wien, hatte aber zunächst kein Mandat, die Bedingungen zu vereinbaren, wozu vielmehr jedes Mal in Wien rückgefragt werden musste. Für jeden erfolgreich Angeworbenen wurden Zett und Weber von der Kaiserin höchst persönlich Prämien von 12 bis 24 Gulden ausgesetzt. Den Auswanderern wurden üblicherweise neben den individuell vereinbarten Konditionen auch die Reisekosten im Umfang von 150 bis 200 Gulden durch die Staatskasse ersetzt, wobei diese in Teilbeträgen entlang der festgelegten Reiseroute jeweils in Brüssel, Straßburg und Regensburg ausbezahlt wurden. Brüssel war fast immer die erste Station auf dem Weg der Emigranten nach Österreich.¹⁸

Auf diese Weise gelang es im Jahre 1765, die beiden „Knopffabrikanten und Schnallenherzlmacher-Meister“ Matthew Rosthorn und Thomas Welsh in London anzuwerben; ihnen schloss sich dann noch Henry Stadman an. Metallknöpfe waren damals vor allem für Livreen und Monturen äußerst begehrt und fanden auch einen großen Absatzmarkt. Rosthorn war offenkundig die wich-

18 Paul W. Roth, Industriespionage im Zeitalter der Industriellen Revolution, in: Blätter für Technikgeschichte 38 (1976) 44; Leth, Manufakturisten, 34f. u. 101; Otruba, Englische Fabrikanten, 367.

tigste Erwerbung, denn er hatte als Vormeister in einer Londoner Knopffabrik gearbeitet und war überdies Katholik. Als solcher war er den Londoner Behörden verdächtig geworden; als er plötzlich kündigte und sogar eine Lohnerhöhung ausschlug, beobachtete man ihn und stellte bald seine Kontakte zum Botschaftskoch Sebastian Weber fest. Diesem gelang dann in letzter Minute gemeinsam mit den drei Engländern die Flucht nach Wien. Jedem der Emigranten wurden 24 Pfund Sterling an Reisekosten vergütet, und der Kommerzienrat sicherte ihnen freies Logis, Steuerbefreiung und eine lebenslange Pension, Beistellung von Arbeitsgeräten sowie Befreiung von der Meisterprobe durch den zuständigen Zunftmeister zu. Dem Sekretär Taube und dem Koch Weber wurden die versprochenen Belohnungen von 12 bzw. 24 Gulden ausbezahlt.¹⁹ Es kam zwar zu massiven Beschwerden des britischen Botschafters in Wien, und in London wurde eine Ergreifprämie von 150 Pfund Sterling ausgesetzt. Dennoch gelang auch dem weiterhin an der Londoner Gesandtschaft tätigen Haushofmeister Georg Anton Zett noch die Anwerbung von zehn weiteren Fabrikanten und einigen Gesellen. Erst als man auch dem Haushofmeister 1768 auf die Spur kam, musste dieser London ebenfalls fluchtartig verlassen; er empfing „wegen seiner geleisteten Dienste in Übersendung der englischen Fabricanten“ ebenfalls eine Remuneration von 100 Pfund Sterling.²⁰ Noch im Herbst 1766 traf eine weitere Gruppe englischer Metallarbeiter in Wien ein, darunter befanden sich Thomas Craghill, James Selly, Thomas Growe, die Brüder James und Gilbert Ulsher, sowie James Johnson; einige davon waren übrigens Katholiken.²¹ Diese Arbeiter wurden vom Hofkommerzienrat weiter nach Graz geschickt, um in der dort befindlichen Metallwarenfabrik tätig zu werden. Schon nach kurzem Aufenthalt kehrten die meisten von ihnen allerdings enttäuscht nach Wien zurück, wo sie zwar wesentlich besser aufgenommen wurden, dennoch nur mit Mühe davon abgehalten werden konnten, überhaupt wieder in ihre Heimat zurückzukehren.²² Ein weiterer englischer Metallwarenfabrikant war der 1786 über Pforzheim nach Wien gelangte George Cashmoore, der zwecks Errichtung einer Stahl-Uhrketten-Fabrik in Neustift am Wald einen innerhalb von zwölf Jahren zu tilgenden staatlichen Vorschuss empfing. Sein Betrieb scheint letztmals im Wienerischen Kommerzialschema von 1793 auf; über sein weiteres Schicksal ist jedoch nichts bekannt.²³

19 Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Hofkammerarchiv (HKA), Hs. 290–294, Allerhöchste Entschließung zur Belegung der Industrie, des Handels, der Fabriken und Manufakturen in den k. k. österreichischen Erbstaaten 1764–1776 v. 10. 10. 1765; Otruba, Englische Fabrikanten, 368.

20 Leth, Manufakturisten, 101f.; Otruba, Englische Fabrikanten, 367.

21 Leth, Manufakturisten, 106.

22 Otruba, Englische Fabrikanten, 372.

23 Leth, Manufakturisten, 109.

Welsh und Stadman erhielten vom Kommerzienrat-Präsidenten Rudolf Graf Chotek einen persönlich unterfertigten Kontrakt mit achtjähriger Laufzeit. Sie verpflichteten sich im Gegenzug dazu, heimischen Lehrlingen jeweils vier Lehrjahre hindurch ihre Kenntnisse zu vermitteln; für jeden fertig ausgebildeten Gesellen erhielten sie von der Kommerzienhauptkassa 50 Gulden Remuneration zugesichert. Es wurde ihnen wie auch Rosthorn das Ärarialhaus „Zum schwarzen Ochsen“ in der Ungargasse in Wien-Erdberg als Produktionsstätte samt allen Gerätschaften zugewiesen, wo sie auch freies Logis genossen. Darüber hinaus wurde für Welsh und Stadman eine jährliche Pension von 200 Gulden ausgesetzt, überdies wurde ihnen der freie Verkauf ihrer Waren zugestanden.²⁴ Bei Vertragsbruch sollten sie allen gewährten Begünstigungen verlustig gehen, allerdings sollten ihnen die Kosten für eine allfällige Rückkehr nach England erstattet werden.²⁵

Der in Wien akkreditierte britische Botschafter David Murray Viscount Stormont 2nd Earl of Mansfield reagierte auf diese Aktivitäten höchst ungehalten und lud sämtliche zu diesem Zeitpunkt in Wien ansässigen englischen Fabrikanten zu einer Aussprache in seine Residenz. Er eröffnete ihnen, dass sie innerhalb eines halben Jahres nach England zurückkehren sollten, um die nach einem 1719 ergangenen Parlamentsakt ausgesetzten Strafen von sich abzuwenden.²⁶ Dies zog wiederum eine kaiserliche Demarche nach sich und auch Staatskanzler Fürst Kaunitz sprach sich dafür aus, „bei dem englischen Hof wider diesen in Friedenszeiten zwischen freundschaftlichen Mächten ganz ungewöhnlichen Schritt die gebührenden Vorstellungen zu machen.“²⁷ Lediglich ein einziger Engländer zeigte sich übrigens zur Rückwanderung bereit, kehrte jedoch bereits in Regensburg wieder um.²⁸ Weil britische Einwanderer nicht nur als Fachkräfte besonders begehrt, sondern auch mit besonderen Sanktionen in ihrem Herkunftsland bedroht waren, gewährte man ihnen auch besondere Konzessionen: Um sie im Fall einer Erbschaft im Vereinigten Königreich schadlos zu halten, die sie aufgrund der rechtlichen Bestimmungen nicht hätten antreten können, sicherte die österreichische Regierung eine finanzielle Kompensation zu. Auch sollten die an sie erteilten Fabrikprivilegien auf Lebenszeit Gültigkeit haben; den Protestanten unter ihnen wurde das Recht zur privaten Ausübung ihrer Religion erteilt. Überdies erleichterte man ihnen die Erlangung des Bürgerrechts durch Dispens von

24 Johann Slokar, *Geschichte der österreichischen Industrie und ihrer Förderung unter Kaiser Franz I.*, Wien 1914, 503f.

25 Leth, *Manufakturisten*, 102.

26 ÖStA, HKA, *Kommerz NÖ*, Fasz. 131 v. 6. 2. 1769.

27 HKA, *Kommerz NÖ*, Fasz. 131 v. 11. 4. 1769. Otruba, *Englische Fabrikanten*, 373.

28 Leth, *Manufakturisten*, 104.

der zehnjährigen Anwesenheitspflicht und erhebliche Herabsetzung der zu entrichtenden Gebühr.²⁹

Bei dem 1721 in Preston, Grafschaft Lancashire, geborenen Katholiken Matthew Rosthorn, „den sein Glaub bewog, London und seinen guten Verdienst daselbst zurückzulassen“ und auf den nach seiner Flucht in einem an der Londoner Börse angeschlagenen Steckbrief 150 Pfund Sterling Ergreifungsprämie ausgesetzt wurde³⁰, lagen offenbar besonders berücksichtigungswürdige Umstände vor. Er und seine Familie sollten in der Folge eine erstaunliche Karriere in ihrer neuen Heimat erleben: Es wurde Rosthorn schon am 25. Februar 1766 neben einem Vorschuss von 6 000 Gulden zwecks Gründung einer eigenen Fabrik ein Schutzdekret erteilt. Er schloss daraufhin mit dem ebenfalls 1766 aus England eingewanderten Schnallenerzeuger George Collins³¹ einen Partnerschaftsvertrag und gründete mit diesem und seinen beiden Söhnen eine eigene Metallknopf- und Schnallenfabrik, wofür sie 1775 die Landesfabrikbefugnis erhielten. Hergestellt wurden Livree- und Monturknöpfe, die als Schuhverschluss damals sehr begehrten sog. „Schnallenherz“, aber auch Ketten und Schlüssel für Uhren, sonstige Schnallen, sog. „Lichtbutzen“, Bleche aus Messing und Tombak (d. i. eine stark kupferhaltige Messinglegierung), sowie andere Metallwaren. Rosthorn war vor allem wegen der Einführung des Plattierens mit Gold und Silber besonders geschätzt. Ein Handicap für Rosthorn war das Faktum, dass es in Österreich damals zunächst an geschickten Stanzenstechern mangelte, denn jedes neue Knopfmodell benötigte eine eigene aus Stahl geschnittene Stanze. Nachdem er bereits zweimal mit dem Versuch gescheitert war, auf eigene Kosten geeignete Fachkräfte in England abzuwerben, gelang es ihm schließlich 1767 Ambrosius Withouse nach Wien zu holen. Dieser sollte sich allerdings bald „von mittelmäßiger Fähigkeit und unnüchterner Aufführung“ erweisen.³² Mehr Glück hatte er mit Robert Hickman, mit dem er einen siebenjährigen Kontrakt abschloss. Nachdem Hickman sich als Stanzenstecher recht anstellig erwies, ersetzte der Kommerzienrat Rosthorn die aufgewendeten 2 000 Gulden für dessen Anwerbung.³³ Der aus Birmingham, dem Zentrum der englischen Stahlerzeugung, stammende Hickman holte 1779 seinen Bruder William, der in Birmingham eine eigene Metallwarenfabrik gehabt haben soll, nach Wien. Diesem wurde vom Kommerzienrat ein Übersiedlungsbeitrag

29 Ebenda, 48 u. 104.

30 Otruba, Englische Fabrikanten, 370.

31 Collins scheint sich dann später getrennt zu haben, denn er scheint bei Marx Joseph Frhr. von Liechtenstern, Statistisch-geographischen Beschreibungen des Erzherzogtums Oesterreich unter der Enns, Wien 1791, mit einer Produktionsstätte in Bisamberg bei Korneuburg auf.

32 Zit. nach Otruba, Englische Fabrikanten, 370.

33 Ebenda, 374.

von 400 Gulden, eine jährliche Pension von 300 Gulden und ein Mietzinszuschuss von 100 Gulden ausgesetzt. Die Gebrüder Hickman begründeten dann 1785 gemeinsam mit dem in Wien ansässigen Schweizer Großhändler Engelbert Tschoffen eine eigene „Englische Metallknopf-Kompanie“ und erwarben zu diesem Zweck 1786 ein großes Fabrikgebäude in Kaiser-Ebersdorf.³⁴ Diese Kompanie war recht erfolgreich und holte 1787 auch den Stahlfabrikanten Daniel Winwood nach Wien, der bald zum Teilhaber des Unternehmens aufsteigen sollte. Er hatte in Birmingham eine Knopffabrik geleitet, befürchtete aber wegen der prohibitiven Einfuhrverbote auf Stahl- und Messingwaren eine erhebliche Einbusse seiner Exportchancen. Seine beiden Söhne Benjamin und Barnabas Winwood betrieben dann ab 1802 eine Stahlwarenfabrik in Tasshof im Triestingtal.

Im Jahre 1776 kaufte Rosthorn das ihm bisher von der Regierung zur Verfügung gestellte Ärarialhaus „Zum Schwarzen Ochsen“ und beteiligte sich 1790 auch an der damals durch Wenzel von Mitteis neu gegründeten „Tombak- und Ohrknopffabrik“, für die er ein eigenes Metallwalzwerk nach englischem Vorbild im niederösterreichischen Fahrafeld einrichtete. Noch im selben Jahr wurde Rosthorn von Kaiser Josef II. wegen seiner Verdienste um die österreichische Industrie mit dem Prädikat „Edler von“ in den erbländischen Adelsstand erhoben. Rosthorn war insgesamt dreimal verheiratet und hatte sechs Söhne, die alle an den verschiedenen Unternehmungen der Familie beteiligt waren. Söhne und Enkel führten sein Werk fort. Nach dem Tod des Vaters 1805 gründeten sie die Firma „Gebrüder von Rosthorn“, die an verschiedenen Unternehmungen beteiligt war. August von Rosthorn verlegte 1816–18 das Messingwaren-Werk von Fahrafeld in das nahegelegene Oed bei Waldegg im Piestingtal, wo man eine neue Metallblech- und Drahtfabrik aufbaute. Im Zuge der vertikalen Konzernbildung wurde dann in Prävali im heutigen Slowenien eine Zinkhütte errichtet, die 1835 in eine Eisenhütte umgewandelt wurde. Braunkohle lieferte das Bergwerk Liescha bei Prävali, überdies besaßen die Rosthorns verschiedene Eisenwerke in Kärnten (St. Gertraud, Frantschach, Kollnitz und St. Leonhard, Buchscheiden, auch hielten sie von 1832 bis 1837 40 Prozent an der neu gegründeten Wolfsberger Eisenwerksgesellschaft). Die Rosthornschen Unternehmungen waren auch weiterhin an der Einführung neuer Technologien namhaft beteiligt: August von Rosthorn reiste 1836/37 nach England und brachte wichtige Anregungen zurück. Mit Hilfe von drei in England angeworbenen Fachkräften

34 Leth, *Manufakturierten*, 108f. Tschoffen, der 1787 als Senior des bürgerlichen Handelsstandes am Wiener Petersplatz im Haus „Zum Straußen“ Nr. 555 logierte, wurde 1789 „wegen Errichtung einer Knopf-, englischen Schnallenherz-, Stahl- und Metallwarenfabrik“ geadelt. Ignaz de Luca, *Wiens gegenwärtiger Zustand unter Josephs Regierung*, Wien 1787, 224.

wurde 1831 in Frantschach erstmals in den Alpenländern das in England entwickelte Puddelverfahren eingeführt, ab 1838 erzeugte man in Prävali Eisenbahnschienen, die bisher aus England importiert werden mussten. Das Werk war auch das erste in der Monarchie, das mit Braunkohle betrieben wurde; es dauerte allerdings bis 1840, um das Puddelverfahren auch mit Braunkohle zum Funktionieren zu bringen. Wegen zunehmender Konkurrenz gerieten die Eisenwerke ab Mitte des 19. Jahrhunderts in finanzielle Schwierigkeiten, 1866 musste mit den Gläubigern ein Vergleich geschlossen werden. Mit dem Tod von Franz Rosthorn 1877 endete die Bedeutung der Familie als Unternehmersdynastie. Unter den zahlreichen Nachkommen finden sich bedeutende Mediziner, Diplomaten, Wissenschaftler und Beamte.

Die erste Einwanderungswelle aus England wurde also vor allem durch Metallwarenfabrikanten getragen. Aber auch einige andere Professionisten kamen aus dem Vereinigten Königreich: Im Jahre 1777 erklärte sich der Lederfabrikant Murphy bereit, unter der Voraussetzung eines staatlichen Darlehens von 3 000 Gulden und eines Reisekostenzuschusses für seine Familie von 250 Gulden, eine Englische Lederfabrik einzurichten. Er dürfte jedoch nicht reüssiert haben; wir finden Murphy allerdings 1780 als Teilhaber einer von den beiden Engländern William Keho und Dionys Kelly geführten Lederfabrik in Wien-Hacking. Der 1768 samt seiner Familie nach Wien gekommene „Maschinist“ Thomas Lightowler sicherte sich staatliche Unterstützung zunächst für seinen Plan, „eine Mühle zur Verfertigung von englischem Prefspapier“ auszurüsten, wie man es für Dosen, Spulen, usw. benötigte. Dieses Vorhaben, noch mehr aber seine Idee, auch „englische Streckmühlen“ (Spinnmaschinen) zu bauen, wurde von Kaiserin Maria Theresia sehr begrüßt.³⁵ Man stellte dem englischen Projektanten ein Fabrikgebäude zur Verfügung. Lightowler scheiterte zwar mit seinem Plan, in Österreich Spinnmaschinen zu bauen – die von den Behörden vorgenommene Prüfung brachte die Erkenntnis, dass die von ihm verfertigten Streckwerke nichts taugten, er konnte sich jedoch nach kurzer Schuldhaft 1781 ebenfalls als Knopffabrikant und „Erzeuger von plattierten Waren nach englischer Art“ in Wien-Erdberg etablieren. Bereits acht Jahre später zählte sein Betrieb rund 200 Beschäftigte, worauf Lightowler auch in Wien-Guntramsdorf eine Fabrik zur Erzeugung von Schneidwerkzeugen gründete. Er erbot sich, in England weitere Arbeitskräfte anzuwerben, wofür ihm 500 Gulden Belohnung und die Übernahme der Reisekosten von 200 Gulden pro Arbeiter zugestanden wurden; jedoch zerschlug sich dieser Plan. Lightowlers Knopffabrik wurde dann 1796 von seinem österreichischen Schwager Johann Leber übernommen, der sich später wiederum mit Gottfried Wilda vergesellschaftete.³⁶

35 ÖStA, HKA, Allerhöchste Entschliebung v. 24. August 1769.

36 Slokar, Geschichte, 501 u. 504. ÖStA, HKA, Kommerz NÖ, Fasz. 72, Nr. 24 v. Juli 1805.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts kam dann eine neue Welle von Einwanderern aus England nach Österreich, wo sie nach 1800 die mechanische Baumwollspinnerei sowie ab den 1820er Jahren den Maschinen- und Lokomotivenbau vorantrieben. Das von Joseph A. Schumpeter thematisierte „scharfen Auftreten“ von Unternehmern hängt mit dem damaligen „Leitsektor“ der wirtschaftlichen Entwicklung, der Textilindustrie, zusammen. Die damit verbundene Tendenz zur Gründung neuer Unternehmungen schwächte sich auch während der Napoleonischen Kriege kaum ab. Es kam dann nochmals im Zeitraum 1825/26 bis 1842, was sich auch mit dem allgemeinen Konjunkturverlauf und Wachstumsmuster deckte, zu einer neuerlichen Welle von Unternehmensgründungen und unternehmerischen Innovationen. Diesmal lag das Schwergewicht mehr auf dem Sektor der Schwerindustrie, vor allem der Eisen-, Stahl- und Maschinenindustrie; technische Innovationen wurden im Dampfmaschinen-, Lokomotiven-, Schiff- und Maschinenbau gesetzt.

In England war die Baumwollwarenerzeugung in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts durch verschiedene bahnbrechende Erfindungen³⁷ auf eine neue technologische Basis gestellt worden. Die „Werkstätte der Welt“ durchlief zu diesem Zeitpunkt gerade die erste und im Wesentlichen durch die Baumwollindustrie getragene Welle der Industriellen Revolution. Das restliche Europa, aber auch die Vereinigten Staaten, versuchten diese Entwicklung teilweise auch unter Einsatz von Industriespionage und durch illegale Importe von Maschinen nachzuahmen. Für eingeschmuggelte englische Maschinen wurde um 1800 auf dem Kontinent immerhin pro Maschinensatz üblicherweise eine „Provision“ von 3 000 englischen Guineas gezahlt. Dies war selbstverständlich ein gewaltiger Anreiz für alle, die das Wagnis eines illegalen Technologietransfers auf sich nahmen. Zur Sicherung seines Vorsprungs versuchte England einen Transfer von *Know-how* zu verhindern, und das Inselreich verhängte zunächst recht drakonische Strafen auf die Ausfuhr von Maschinen bzw. auf die Abwerbung von des Spinnmaschinenbaues kundigen Mechanikern, ohne beides allerdings auf Dauer ernstlich verhindern zu können.³⁸ Bereits 1786 erließ die englische Regierung an die Zollinspekto-

37 John Wyatt und Lewis Paul 1738 Rollenspinn- und 1748 Karding-Maschine, James Hargreaves 1764 „Jenny“-Spinnmaschine für Schussgarne aus Baumwolle, Samuel Crompton 1770 „Mule“, Richard Roberts 1830 „Selfactor“-Maschine, Richard Arkwright 1769 „Watertwist“ für Schuss und Kettgarne aus Baumwolle; Edmund Cartwright 1785 mechanischer Webstuhl.

38 Selbstverständlich führten die erwähnten Delikte im Falle des Ertappens zur Konfiskation der Maschinen beziehungsweise Zeichnungen. Dennoch konnten die Industriespionage und der Schmuggel niemals nachhaltig unterbunden werden, und die meisten kontinentaleuropäischen Staaten organisierten diesen illegalen Technologietransfer sogar höchst offiziell. So wurde der nach Paris emigrierte Engländer John

ren ein detailliertes Verzeichnis aller Maschinen, die unter ein Ausfuhrverbot fielen. Auch sicherte man all jenen eine Belohnung zu, die versuchte Industriespionage aufdeckten. Zu den mit einem Ausfuhrverbot belegten Technologien gehörten unter anderem alle Textilmaschinen sowie die von James Watt entwickelte Kondensatordampfmaschine. Die nachholenden Industriestaaten versuchten im Gegenzug durch Industriespionage, Schmuggel von Konstruktionsplänen oder ganzen Maschinen, heimliches Kopieren von Maschinen bei Fabrikbesuchen an das britische Fachwissen heranzukommen. Derartige Fabrikbesuche waren z. B. ein fixer Bestandteil der im 18. Jahrhundert noch üblichen „Kavaliersreisen“, die den Horizont erweitern, zugleich aber häufig auch die Aufnahme kommerzieller Kontakte erleichtern sowie neue technische Kenntnisse vermitteln sollten. Bereits 1795 unternahm z. B. der Hofkammerreferent für Berg- und Münzwesen und Professor an der Schemnitzer Bergakademie Karl Haidinger eine halbjährige Englandreise „in Sachen Fabriken, Manufakturen und Steinkohlengewinnung“, und konnte hier dank glücklicher Umstände Maschinenpläne kopieren; bereits 1768 war auch Karl Graf Sinzendorf im Rahmen seiner Kavalierstour in ähnlicher Absicht nach England gereist. Auch Erzherzog Johann reiste 1815/16 für drei Monate nach England; seine Reise hat einen Niederschlag in einem umfangreichen Tagebuch gefunden, in dem er den Betrieb in einer ganzen Reihe von Industrieunternehmen dokumentiert. Er besuchte Betriebe verschiedener Branchen sowie Verkehrseinrichtungen u. a. in Derby, Leicester, Sheffield, Manchester, Warrington, Liverpool, Glasgow, Bath, Oxford, Brimingham und London. Er bestellte auch eine kleine Dampfmaschine bei Boulton & Watt, die 1817 nach Österreich gelangte. All diese „technologischen Erkundungsreisen“ waren gängige Praxis, was unter anderem dazu führte, dass sich neuartige technische Innovationen trotz Ausfuhrverboten und Patentschutz relativ rasch verbreiteten.³⁹ Der sicherste Weg aber, um sich das Wissen der führenden Industriemacht anzueignen, war das Anheuern entsprechender Fachleute.

Es gelang Großbritannien mit seinen abwehrenden Maßnahmen immerhin, den industriellen Start in Kontinentaleuropa und in den ehemaligen Neuenland-Staaten zu verzögern. Dennoch kam es langsam, aber stetig zu einer schleichenden Diffusion des englischen Wissensvorsprungs, so dass sich England schließlich 1843 veranlasst sah, seine Exportbeschränkungen für Maschinen gänzlich aufzuheben, weil dies auch gar keinen Sinn mehr ergab. Alles in allem bestand somit für rund fünfzig Jahre, nämlich in der Phase 1770–

Holker, der ein ganzes System des illegalen Technologietransfers organisiert hatte, in Frankreich sogar offiziell zum „Inspecteur des manufactures“ ernannt. Vgl. Walter Endrei, The Kolbielski Project, in: *The Journal of the International Committee for the History of Technology* 4 (1997), 10 u. 14f.

39 Roth, *Industriespionage*, 44f. u. 50f.

1820, tatsächlich ein eklatanter technologischer Vorsprung der Briten und damit so etwas wie ein *window of opportunity* für auswanderungswillige englische „Maschinenkünstler“, ihr Glück im wirtschaftlich relativ rückständigen Ausland zu suchen.⁴⁰ Auch in den habsburgischen Erbländern hatte sich dann ab den 1820er Jahren der anfänglich bestehende *technological gap* bereits geschlossen, ja die in Prag 1809 und Wien 1815 gegründeten Polytechniken hatten in der Zwischenzeit eine neue Generation von Ingenieuren hervorgebracht, die gegenüber den britischen Erfindern, die zumeist reine Empiriker waren, den Vorzug einer wissenschaftlich fundierten Ausbildung mitbrachten.⁴¹

Auch für Österreich markiert die Einführung der mechanischen Baumwollspinnerei am Beginn des 19. Jahrhunderts den eigentlichen Beginn der „Industriellen Revolution“, und dieses Ereignis ist unmittelbar mit dem aus Manchester stammenden Engländer John Thorntons verknüpft. Im Auftrag der k. k. oktroyierten Wiener Kommerzial-, Leih- und Wechselbank⁴² (nach dem Hauptaktionär auch als „Schwarzenbergbank“ bekannt) reiste 1799 Karl Friedrich Georg Glave (Freiherr von Kolbielski)⁴³, einer jener für das Ancien Régime nicht untypischen Projektanten und Abenteurer⁴⁴, nach England.⁴⁵ Die Bank, ein früher Vorläufer der Mobilbanken, hatte von Beginn an die För-

40 J. R. Harris, Spies who sparked the Industrial Revolution, in: *New Scientist*, 22th May 1986, zit. bei Endrei, Kolbielski Project, 22.

41 Vgl. Herbert Matis, Andreas Freiherr von Baumgartner und die Stellung der technischen Wissenschaften in Österreich, in: *Anzeiger der phil.-hist. Klasse der Österr. Akademie der Wissenschaften* 140 (2006) 131–153.

42 Zu dieser frühen Bankgründung auf Aktienbasis: Herbert Matis, *Die Schwarzenberg-Bank. Kapitalbildung und Industriefinanzierung in den habsburgischen Erbländern 1787–1830*, Wien 2005.

43 Karl Friedrich Georg Glave-Kolbielski, geboren am 4. 8. 1752 in Stettin und gestorben am 14. 8. 1831 in Festungshaft in Budapest. Seine zahlreichen Aktivitäten sind in einem relativ umfangreichen Aktenbestand im Österreichischen Staatsarchiv dokumentiert. Vgl. Constantin von Wurzbach, *Biographisches Lexikon des Kaiserthums Oesterreich*, Bd. 12, Wien 1856, 314–316. Alfred Francis Příbram u. Erich Fischer, Ein politischer Abenteurer (Karl Glave-Kolbielski, 1752–1831), *Sitzungsberichte d. Akad. d. Wissenschaften in Wien., phil.-hist. Klasse* 216 (1937), Abhandlung 3–5. Vgl. auch Endrei, *The Kolbielski Project*, 9–23.

44 Zur unternehmerischen Funktion solcher Projektanten vgl. Daniel Defoe, *An Essay upon Projects*, London 1697; Ders., *The Complete English Tradesman, 1725–27*; Ders., *The Manufacturer*, London 1719–1721.

45 ÖStA, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA), Kabinettsarchiv, Nachlass Kolbielski, Kt. Nr. 10, Fasz. 192 F: Bankunterricht samt Beilagen, Kapitel 1–40, 19/223–227, 20/223, 22/234; Příbram/Fischer, *Abenteurer*, 82; vgl. auch Herman Freudenberger, *Die Pottendorfer Garn-Manufaktur*, *Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs*, Sonderband 3/1997, 112; Claudia Halm, *Ausstellung Pottendorf, 2001, 16–18*; Helga Seifert, *Der Beginn der Großindustrie. Die Anfänge der k. k. priv. Pottendorfer Garnmanufaktur- Gesellschaft, Hausarbeit am Inst.f. Österreichische Geschichtsforschung*, Wien 1981.

derung der heimischen Industrie zu ihrer Aufgabe gemacht. Wenngleich die Kontakte Glave-Kolbielskis in London letztlich ohne konkreten Geschäftsabschluss blieben, dürfte er während seines Aufenthalts auf die Idee gekommen sein, sich am illegalen *Know-how*-Transfer englischer Spinnmaschinen zu beteiligen. Er betätigte sich zunächst selbst als Industriespion und besichtigte u. a. mehrere Spinnereien in Yorkshire, „um sich vollständige Kenntnisse von der Betreibung des Maschinen-Spinnens“ zu verschaffen.⁴⁶ Es gelang ihm, unter Einsatz eines Geldbetrags, den Plan einer Spinnerei⁴⁷ als Lichtpause durch ein Fensterglas zu kopieren. In seiner hinterlassenen Korrespondenz findet sich überdies ein mit 12. September 1800 datierter Bericht, in dem er Aufbau, Maschineneinsatz, Produktionsvorgang, Rohmaterialeinsatz, aber auch Arbeitsverfassung, Baulichkeiten und Kostensituation einer zeitgenössischen englischen Baumwollspinnerei genauestens darstellt.⁴⁸ In London lernte er dann den Unternehmer James Taylor kennen, der sich erbot, heimlich Spinnmaschinen nach Cuxhaven zu liefern. Diese Transaktion kam aber nicht zustande, weil sich herausstellte, dass solche Maschinen trotz des britischen Embargos bereits erheblich günstiger, als der englische Unternehmer offerierte, auf dem Kontinent angeboten wurden. Für einen Spinnmaschinensatz, der üblicherweise aus „einem *devil*, fünf Kratzmaschinen, einem *drawing frame*, einem *rowing frame*, einem *stretching frame*, sieben Mules, zwey Haspeln“ bestand, musste man demnach mit etwa 9 000 bis 10 000 Gulden Anschaffungskosten rechnen, was bedeutete, dass man für die Einrichtung einer größeren Baumwollspinnerei in Österreich rund 800 000 bis 1 Million Gulden veranschlagen musste.⁴⁹

Den britischen Behörden blieben die Bemühungen von Glave-Kolbielski nicht lange verborgen und sie legten ihm nahe, das Land schleunigst zu verlassen. Er reiste Hals über Kopf nach Hamburg, wo er sich in der örtlichen Szene ebenfalls nach englischen Fachleuten umsah. Die ihm von dem Londoner Vermittler und Quacksalber James Bladen (Chevalier) Ruspini⁵⁰

46 ÖStA, HHStA, Kabinettsarchiv, Nachlass Kolbielski, Kt. Nr. 1, 2, Fasz. 22, Commissarische Verhandlung des verstorbenen Obersten Hofkanzlers Herrn Grafen von Lazansky, 1.

47 ÖStA, HHStA, Kabinettsarchiv, Nachlass, Kt. Nr. 28, Fasz. 342 B.: „Contrakte und Statuten der Garn-Manufaktur-Societet“: 2.2. Plan einer englischen Spinnfabrik, 1.

48 Endrei, Kolbielski Project, 17f. Freudenberger, Garn-Manufaktur, 111 u. 127ff.

49 ÖStA, HHStA, Kabinettsarchiv, Nachlass Kolbielski, Kt. Nr. 27, Fasz. 282, zit. bei Präbram/Fischer, Abenteuerer, 84; Freudenberger, Garn-Manufaktur, 116.

50 Der in Pall-Mall, Middlesex, als *medicine vender* and *chapman* registrierte Ruspini ging 1821 in Konkurs. Vgl. Georg Elwick, The Bankrupt Directory: Being a complete Register of all the Bankrupts; with their Residence, Trades, and Dates when they appeared in the London Gazette, London 1843, 203.

„gegen ansehnliche Provision, Vorschüsse, auch Kostenerstattung“⁵¹ angebotenen Fachkräfte kamen jedoch wegen unzulänglicher Kenntnisse bzw. offensichtlich bestehender Trunksucht nicht in Frage. Schließlich vermittelte man ihm den „Mechanicus“ John Lever. Dieser, obwohl ebenfalls ein „Projektant, [...] der bereits 14 Jahre durch Deutschland und Frankreich herumirrt“, versicherte, im Bau von Textilmaschinen höchst versiert zu sein. Der mit ihm daraufhin ausgehandelte Kontrakt wurde zur Gegenzeichnung an die Kommerzial-, Leih- und Wechselbank gesandt. Deren Geschäftsleitung war jedoch von der Person des vorgeschlagenen „Maschinenkünstlers“ offenbar weitaus weniger angetan und verlangte, dass dieser vorher noch ein Probestück liefern müsste.⁵² Glave-Kolbielski offerierte daraufhin Lever einen Geschäftsführerkontrakt in seiner eigenen 1801 gegründeten Maschinenfabrik in Wien-Gumpendorf, den dieser aber ausschlug. Es gelang dem Baron allerdings im Zuge seiner Verhandlungen, die beiden irischen Mechaniker John Stapleton und Samuel Dickey anzuwerben, die sich allerdings bald darauf nach Brünn absetzten⁵³, worauf er den schottischen Mechaniker McReavy verpflichtete, der aber wenig später verstarb. Glave-Kolbielski sah dennoch große Möglichkeiten für sein Unternehmen voraus und peilte auf der Basis eines ausschließlichen Privilegs eine zweifellos maßlos überzogene Kapitalinvestition von zehn Millionen Gulden an. Seine Erwartungen erfüllten sich allerdings nicht: Das Privileg wurde ihm wegen mangelnder Neuheit der von ihm erzeugten Maschinen aberkannt, und es fand sich begreiflicherweise auch niemand bereit, ihm eine derartig große Summe anzuvertrauen. Der Tod des schottischen Mechanikers und der erneute Kriegsausbruch mit Frankreich bedeuteten für sein Unternehmen das rasche Ende. Am 18. Oktober 1805 musste der Konkurs verhängt werden.⁵⁴

Der große Coup im Auftrag der Bank gelang Glave-Kolbielski allerdings in Hamburg mit der Anwerbung des damals knapp dreißigjährigen Mechanikers John Thornton, der England samt Familie bereits 1799 verlassen hatte, um sein Glück auf dem Kontinent zu suchen.⁵⁵ Thornton war ursprüng-

51 ÖStA, HKA, Kommerz, rote Nummer 176, 226–229; Freudenberger, Garn-Manufaktur, 114.

52 ÖStA, HHStA, Kabinettsarchiv, Nachlass Kolbielski, Kt. Nr. 27, Fasz. 282, Kt. Nr. 28, Fasz. 342 D-F.

53 Herman Freudenberger, *Lost momentum: Austrian Economic Development 1750s–1830s*, Wien 2003, 161.

54 Stephan von Keeß, *Darstellung des Fabriks- und Gewerbswesens im österreichischen Kaiserstaate*, Wien 1820, Bd. II, 84–93.

55 John Thornton, geboren 1771 in Manchester und gestorben am 28. 3. 1847 in Baden bei Wien, leitete von 1802 bis 1843 die Pottendorfer Spinnerei. Seine Eltern Thomas und Elizabeth, beide Angehörige der anglikanischen Hochkirche, hatten seinerzeit in der Nähe von Bradford in West Yorkshire eine kleine Landwirtschaft betrieben.

lich „eigentlich ein gelernter und sehr geschickter Spinner [...], [der] beim Spinnen das Maschinenbauen abgesehen und nach seiner Auswanderung aus England schon in Hamburg eine zwar kleine, aber doch sehr gute Mulespinnerei erbaut“ hatte.⁵⁶ Er hatte in England zuletzt für die Charlton Twist Company in Manchester gearbeitet, ein Unternehmen, das damals vom später als frühsozialistischen Sozialreformer so bekannt gewordenen Robert Owen geleitet wurde.⁵⁷ Zuletzt hatte er für den Hamburger Kaufmann George Christoph Hansen eine kleine Baumwollspinnerei eingerichtet.

Als Proponenten traten die Kommerzial-, Leih- und Wechselbank, mehrere Angehörige des Hochadels und Wiener Großhändler in Erscheinung. Die Wahl von John Thornton erwies sich als wahrer Glücksgriff, denn dieser wurde zum eigentlichen Pionier der österreichischen Baumwollindustrie, die sich seit der Gründung der Pottendorfer Spinnerei erstaunlich rasch und erfolgreich entwickeln sollte. Es handelte sich bei der neuen Spinnerei um ein

Der Ehe der beiden entstammten die Söhne Joseph, John, William und Jonathan. Letzterer kam auf Wunsch seines älteren Bruders John mit seiner Gattin Alice, geborene Webster, ebenfalls nach Österreich und ließ sich hier auf Dauer nieder. Der spätere Inhaber der Ebenfurther Baumwollspinnerei, Jonathan Thornton (1776–1847), der nach dem Tode seiner ersten Frau 1825 die Wiener Neustädterin Ann Neumayer heiratete, wird im Totenschein (Pfarramt Ebenfurth To. II, fol. 53/1847) unter röm.-kath. Religion ausgewiesen. John Thornton hatte in London die aus einer Unternehmerfamilie stammende Mary Parisot geheiratet. (Peter Parisot, ein Emigrant aus Frankreich hatte in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts eine Gobelin- und Teppichmanufaktur in London gegründet. Vgl. *An account of the new manufacture of Tapestry after the manner of that at the Gobelins; and of Carpets after the manner of that at Chaillot & now undertaken at Fulham*, by Mr. Peter Parisot, London 1753). Weil der älteste Sohn (geboren 5. 6. 1799 in Manchester, gestorben 16. 8. 1847 in Unterwaltersdorf) seines Bruders Jonathan ebenfalls auf John getauft wurde, kam es in der Folge oft zu Verwechslungen mit dem gleichnamigen Onkel und Gründer der Pottendorfer Spinnerei John (Edler von) Thornton. Die Mutter Elizabeth Thornton wurde übrigens von ihren beiden Söhnen ebenfalls nach Österreich geholt und starb hier am 18. 5. 1819 im Alter von 73 Jahren in Münchendorf. Die Familie dürfte die britische Staatsbürgerschaft beibehalten haben, denn als Jonathans Sohn Karl Thornton, der 1853/55 am Wiener Polytechnikum Maschinenbau studierte, im Jahre 1856 durch den englischen Gesandten in Wien, Sir Hamilton Seymour, ein Pass ausgestellt wurde, wird er darin als „British Subject“ bezeichnet. Der Name Thornton ist in Yorkshire recht häufig. In Elizabeth Gaskell 1855 erschienenem sozialkritischem Roman „North and South“, der im Milieu der englischen Baumwollspinnindustrie in der Zeit der Industriellen Revolution spielt, trägt der Fabrikbesitzer übrigens ebenfalls den Namen John Thornton.

56 ÖStA, HHStA, Kabinettsarchiv, Nachlass Kolbielski, Kt. Nr. 1, 2, Fasz. 22, v. 12. 6. 1801; John Rylands Library, Manchester, McConnel & Kennedy Papers, zit. bei Freudenberger, Garn-Manufaktur, 115. Der Hinweis auf das Hamburger Unternehmen bezieht sich auf die Spinnerei von George Christoph Hansen.

57 ÖStA, HHStA, Kabinettsarchiv, Nachlass Kolbielski, Kt. Nr. 1, 2, Fasz. 22, Briefe, 3

Großprojekt mit einem Investitionsvolumen von rund einer Million Gulden W. W. Man errichtete dazu eine eigene Trägergesellschaft mit Sitz in Wien, nämlich die k. k. priv. Garnmanufaktur-Gesellschaft. In dem mit 28. Jänner 1801 datierten Vertrag mit Thornton verpflichtete sich dieser, in Pottendorf „eine Baumwollen-Spinnerey auf Englische Art mit Maschinen“ zu errichten. Er sicherte überdies zu, gemeinsam mit seinen neun mitgebrachten „Maschinenkünstlern“ Francis Fletcher, Anthony Spencer, John Jepson, Thomas Torkington, William Telmes, Alexander Rogers, Moses Armatage, Joseph Dutton und Torrance Haywark⁵⁸, heimische Fachkräfte zu unterweisen: „Damit die Manufaktur durch Krankheit oder Tod des Herrn Thornton nicht unterbrochen werde, so ist Herr Thornton verpflichtet, gleich in den ersten Jahren brauchbare und von der oktroyierten Bank genehmigte Leute, sowohl in Anfertigung aller Theile der Manufaktur Maschinen, als auch in der Direktion und Leitung der Manufaktur zulänglich zu unterrichten.“⁵⁹ Im Gegenzug wurde Thornton mit 25 Prozent an der Spinnfabrik beteiligt, die in der Folge zur größten des europäischen Kontinents aufsteigen sollte. Für seine Verdienste wurde Thornton 1812 sogar in den erblichen Adelsstand mit dem Prädikat „Edler von“ erhoben, womit auch die Staatsverwaltung die großen Verdienste dieses englischen Immigranten würdigte.⁶⁰

In Hamburg hatten unter Thornton zwei englische Facharbeiter, Edward Royce und William Taylor, gearbeitet, die ursprünglich auch mit ihm nach Österreich reisen sollten. Beide wurden aber 1802 samt fünf weiteren englischen Facharbeitern von einem aus dem Bankhaus Fries & Co, der Kettenhofer Fabrikgesellschaft, dem Großhändler Johann Hebenstreit sowie Baron Johann Jakob Gontard bestehenden Konsortium abgeworben. Sie sollten eine „Spinnerei nach englischer Art“ in Schwadorf an der Fische errichten. Dieses zunächst mit einem Stammkapital von 720 000 Gulden ausgestattete Unternehmen erhielt am 14. Februar 1803 die Landesbefugnis.⁶¹ Den beiden englischen Obermechanikern, die 1804 in Bruck an der Leitha einen eigenen Betrieb zur Erzeugung der Spinnmaschinen errichteten, wurde ein Jahresgehalt von je 2 000

58 HHStA, Kabinettsarchiv: Nachlass Kolbielskis, Kt. Nr. 28, 1, Fasz. 342 B, 2.9. Namensliste aus einem Schreiben v. 31. 3. 1801 an die Oberdirektion der oktroyierten Bank, 7.

59 HHStA, Kabinettsarchiv: Nachlass Kolbielskis, Kt. Nr. 28, 1, Fasz. 342 B: Contracte und Statuten der Garn-Manufaktur-Societet, 2.5. Endgültiger Vertrag zwischen den Fürsten Colloredo-Mansfeld und Schwarzenberg bezügl. der fabrikmäßigen Erzeugung von Baumwollgarn v. 27. 1. 1801, 1–23.

60 HHStA, Allgemeines Verwaltungs-Archiv, Adelsakt Thornton John, Wien 14. 4. 1812. Das Wappen des wegen seiner Verdienste um die österreichische Textilindustrie von Kaiser Franz I. als Edler von Thornton Geadelten wies sechs silberne Spindeln auf blauem und durch ein waagrechtes goldenes Band getheilten Schild auf.

61 Herbert Matis, Die Manufaktur und frühe Fabrik im Viertel unter dem Wiener Wald, phil Diss. Wien 1965, 305 f. HKA, Kommerz NÖ, Fasz. 49, Nr. 14 412/759, 25ff.

Gulden, eine Prämie für jede in Gang gesetzte Spinnmaschine von 205 Gulden, eine künftige 15prozentige Gewinnbeteiligung, freies Logis in einem eigens errichteten „Englischen Haus“, sowie ein Holz- und Lichtdeputat zugesichert. Ihre mitgebrachten Facharbeiter erhielten für drei Jahre 21 Gulden Wochenlohn zugesichert. Die beiden Obermechaniker errichteten dann 1804 in Bruck an der Leitha eine eigene Spinnmaschinenerzeugung und erwarben dazu einen Eisenhammer in Hirtenberg.⁶² Auch eine 1802 im Auftrag der Zitz- und Kottontfabrik des Ignaz Freiherr von Lang in Ebreichsdorf neugegründete Spinnerei wurde von einem Engländer, nämlich John Michals, geleitet.

Es entbrannte in der Folge ein Rechtsstreit um die Priorität der Einführung der englischen Spinnmaschinen zwischen der Wiener Kommerzial-, Leih- und Wechselbank und den Proponenten der Spinnerei Schwadorf. Unbestreitbar war es aber letztlich John Thornton, der die mechanische Baumwollspinnerei erfolgreich in Österreich etablierte, die noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einem der wichtigsten Industriezweige der Habsburgermonarchie werden sollte. Er leitete die Pottendorfer Spinnerei über fast vierzig Jahre. Auf seinen Vorschlag wurde dann der englische Spinnmeister Joseph Bunting mit Vertrag vom 3. April 1843 als neuer Werkführer eingestellt. John Thornton gründete gemeinsam mit seinen beiden Brüdern Jonathan und Joseph 1814 auch die Spinnerei Münchendorf; Jonathan Thornton betrieb in den 1840er Jahren die beiden Spinnereien Unterwaltersdorf und Untereggen Dorf. John Thornton starb 76-jährig am 24. März 1847 in Baden bei Wien, wo auch heute noch ein Nachkomme lebt.

An zwei in Vorarlberg gegründeten Baumwollspinnereien waren ebenfalls Engländer namhaft beteiligt.⁶³ Die Spinnerei Escher, Kennedy & Co. in Feldkirch entsprang einer Partnerschaft der Schweizer Hans Caspar und Albert Escher mit dem Engländer Peter Kennedy. Escher sen. war der Sohn eines Zürcher Seidenerzeugers und gründete 1805 in seiner Vaterstadt eine Spinnerei und eine Maschinenwerkstätte. Sein Sohn Albert absolvierte in England eine Ausbildung im Maschinenbau und leitete seit 1826 die Maschinenbaufirma Escher & Wyss. Gemeinsam mit Albert Eschers Schwager Peter Kennedy aus Manchester⁶⁴ gründeten die beiden Escher 1827 in Feldkirch eine Baumwollspinnerei. Zusammen mit John Douglass waren die Eschers und Kennedy auch an einer weiteren Baumwollspinnerei im Ort Thüringen bei Bludenz beteiligt.⁶⁵

62 Matis, Manufaktur, 305–310.

63 Slokar, Geschichte, 311; Hubert Weitensfelder, Industrie-Provinz. Vorarlberg in der Frühindustrialisierung 1740–1870, Frankfurt 2001(= Studien zur Historischen Sozialwissenschaft 29), 104, 302, 495.

64 Peter Kennedys Vater John hatte bereits beim Aufbau der englischen Textilindustrie eine führende Rolle gespielt.

65 Herbert Benauer u. Christoph Volaucnik, Zur Geschichte der k. k. priv. Spinnerei &

Neben der Baumwollspinnerei spielten Briten auch in verschiedenen anderen Gewerbe­zweigen eine stimulierende Rolle: So wird ein Engländer John Galloway erwähnt, der 1827 in Fiume ein Fabrikprivileg für seine Methode, Kristallzucker aus verschiedenen Getreidesorten zu erzeugen, erhielt.⁶⁶ Der von Gustav Otruba bereits für 1796 in Sankt Pölten als Engländer Martin Leinwather angeführte Inhaber einer Steingutfabrik dürfte hingegen mit ziemlicher Sicherheit aus Westungarn (dem heutigen Burgenland) stammen, wo bereits im 17. Jahrhundert um Nikelsdorf und Trautmannsdorf zahlreiche Mitglieder dieser Familie angeführt werden.⁶⁷ In der Wollwarenerzeugung spielte die einem schottischen Clan entstammende Familie Skene eine wichtige Rolle. Sie betätigte sich eine Zeitlang in der belgischen Tuchmacherstadt Verviers. Philipp William Skene gelangte dann über Köln nach Brünn, wo er eine Tuchfabrik begründete. Sein Sohn Alfred Skene baute dann den Betrieb in den 1830er Jahren entscheidend aus; die Firma war ab den 1850er Jahren auch in der Rübenzuckerindustrie mit ihren Fabriken in Doloplas, Praelau, Leipnik und Lundenburg prominent vertreten. Alfred Skene wurde in den erblichen Freiherrenstand erhoben und übte zahlreiche politische Ämter aus; er errichtete im Kriegsjahr 1866 im Wiener Arsenal eine Heeresaus­rüstungs­fabrik mit fast 4 000 Beschäftigten.⁶⁸

Besonders wichtig war aber die Bedeutung der Briten für die Etablierung der Maschinenindustrie im alten Österreich; so verweist Johann Slokar auf den Schotten Baildon, der bereits 1815 im Auftrag des Brünn­er Feintuchfabrikan­ten Christian Wunsch „eine doppelt wirkende Dampfmaschine mit Rotationsbewegung“ entwickelte – eine recht interessante Konstruktion, die sich allerdings als nur bedingt einsatzfähig erwies.⁶⁹ Die erste Maschinenbaufabrik in Böhmen ging ebenfalls auf zwei Engländer zurück, nämlich die Gebrüder Edward und James Thomas, die 1820 in Reichenberg ein solches Unternehmen

Weberei in Thüringen. Die Gründerfamilien und Quellensammlung zur Industrie­geschichte des Walgaues, hg. v. Verein Vorarlberger Industrie­geschichte und Gemeinde Thüringen, 1988.

66 Slokar, Geschichte, 592; Verzeichnis der in der österreichischen Monarchie im Jahre 1827 auf Erfindungen, Entdeckungen und Verbesserungen erteilten Privilegien oder Patente, in: Jahrbuch der kaiserlichen königlichen polytechnischen Institutes in Wien, 13. Bd, Wien 1828, 368.

67 Gustav Otruba, Vom Steingut zum Porzellan in Nieder­Österreich, Wien 1966, 65ff.

68 Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950, Bd. 12, Wien 2005, 320f.

69 Slokar, Geschichte, 612. Bei einer solchen Maschine dreht sich der gesamte Zylinder, der mit einer durchgehenden Kolbenstange und nur einem Kolben ausgerüstet ist, in einer Ellipse. Der Dampf wird über zwei Bohrungen durch die Lagerwelle des Zylinders geleitet, wodurch die klassische Kurbelwelle entfallen kann. Beim Erfinder handelt es sich höchstwahrscheinlich um John Baildon (1772–1846), der sich in Schlesien um die Schwerindustrie (Gleiwitz, Königshütte) große Verdienste erwerben sollte.

gründeten. An dieser Firma beteiligte sich 1830 ihr Landsmann Thomas Bracegirdle; das gemeinsame Unternehmen erzeugte in Altharzdorf verschiedene Textil- und Dampfmaschinen und wurde später in die Prager Vorstadt Karolinenthal transferiert. Bracegirdle übersiedelte dann nach Gablonz und in weiter Folge nach Brünn, wo die bekannte Brüner Maschinenbaufabrik entstand. Weitere Maschinenfabriken unter englischer Beteiligung waren Völkelt & Williams in Reichenberg, David Evans & Joseph Lee 1834 in Prag, James Park in Beraun, sowie M. Fletcher & J. Punshon 1833 in Wien.⁷⁰

Auch für den Ausbau des Verkehrswesens spielten Briten eine wesentliche Rolle: Obwohl es bereits seit 1813 Überlegungen zur Einrichtung eines Dampfschiffverkehrs auf der Donau gab, ging die wesentliche Initiative erst 1829 von den beiden Engländern John Andrews und Joseph Pritchard aus, die vorher in dem damals unter habsburgischer Herrschaft stehenden Venedig eine Schiffswerft geleitet hatten. Die nötigen Dampfmaschinen lieferten Boulton & Watt in Soho, den Zusammenbau der in Einzelteilen aus London gelieferten Maschinen leitete der englische Ingenieur John Greystock. Die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft war eine der ersten modernen Aktiengesellschaften in Österreich, an der Zeichnung des Gesellschaftskapitals beteiligten sich unter Federführung des Bankiers Jean Baptist Freiherr von Pouthon zahlreiche weitere Privatbankiers und Großhändler, Vertreter des Hochadels und selbst Angehörige des Herrscherhauses, darunter der technischen Neuerungen durchaus offene Kronprinz Ferdinand. Die DDSG nahm 1830 den Betrieb zwischen Wien und Budapest auf; sie stieg in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zur größten Binnenschiffahrtslinie der Welt auf.⁷¹

Aber auch an der Einführung der Eisenbahnen waren Einwanderer aus Großbritannien führend beteiligt. Der Schotte John Haswell, 1812 in Lancefield/Glasgow geboren, errichtete 1838 die Maschinenfabrik der Österreichisch-Ungarischen Staatseisenbahngesellschaft, in der Lokomotiven, Dampfhammer und die weltweit erste dampfhydraulische Schmiedepresse erzeugt wurden. Er gehörte bereits einer neuen Generation von „Maschinenkünstlern“ an, da er über eine Hochschulausbildung verfügte: Er hatte am Andersonian College in Glasgow studiert und anschließend vier Jahre praktische Erfahrung im Schiffs- und Lokomotivenbau bei der 1816 in Manchester gegründeten Firma William Fairbairn & Lillie Engine Makers erworben, bevor er nach Österreich kam. Er entwarf hier zunächst die Pläne für die Errichtung einer Reparaturwerkstätte der Wien-Raaber-Eisenbahn-Gesellschaft und wurde dann mit deren Leitung betraut. Bald ging man auch an den Neubau von rollendem Eisenbahnmaterial. Aus der Werkstätte ging 1838 die Lo-

70 Slokar, Geschichte, 614f.

71 Vgl. neuerdings: Franz Sutton, 180 Jahre Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Wien 2009.

komotivenfabrik der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft hervor. Aus Haswells Schule stammte auch Wenzel Günther, der zunächst bei ihm als Werkmeister gedient hatte, bevor er 1842 in Wiener Neustadt eine eigene Lokomotiv-erzeugung begründete, aus der dann in der Folge die Lokomotiven- und Maschinenfabrik von Georg Sigl hervorgehen sollte. Haswell konstruierte u. a. zwischen 1846 und 1882 die ersten drei- bzw. vierfach gekoppelten Dampf-lokomotiven, verschiedene Gebirgslokomotiven, eine Dampf- und hydraulische Schmiedepresse, sowie zahlreiche Werkzeugmaschinen.⁷²

In manchen Fällen errichteten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als einem offiziellen Technologietransfer nichts mehr im Wege stand, britische Firmen auch eigene Niederlassungen in der Monarchie: Die 1842 in Lincoln/Lincolnshire gegründete Maschinenfabrik von Nathaniel Clayton und Joseph Shuttleworth baute zunächst kleine portable Dampfmaschinen und dann ab 1849 auch Dreschmaschinen. Bereits auf der Londoner Weltausstellung 1851 konnten sie internationale Anerkennung einheimen. Ihr Unternehmen war vor allem im Export sehr erfolgreich; schließlich produzierte man in England in den 1890er Jahren rund 26 000 Dampf- und 24 000 Dreschmaschinen. Die Habsburgermonarchie zählte zu den wichtigsten Abnehmern. Im Jahre 1857 eröffnete Clayton & Shuttleworth daher in Wien eine große Landwirtschaftliche Maschinenfabrik als Filiale des englischen Stammhauses, es folgten weitere Betriebsgründungen in Prag, Budapest, Temešvár, Krakau und Lemberg. Die Wiener Fabrik wurde 1905 von Wien-Landstraße nach Wien-Floridsdorf verlagert und 1912 mit der dortigen Firma Hofherr & Schrantz fusioniert.⁷³

Auf einem ganz anderen Gebiet reüssierte der englische Erfinder und Konstrukteur Robert Whitehead. Er hatte Ingenieurwissenschaften am 1824 gegründeten Mechanics' Institute in Manchester studiert und in einer Touloner Werft erste praktische Erfahrungen gewonnen; in Mailand betätigte er sich dann mit Konstruktionsaufgaben von Textilmaschinen. Im Revolutionsjahr 1848 trat er eine Stellung beim Österreichischen Lloyd in Triest als Schiffsbau-Konstrukteur an, wurde allerdings 1856 als Leiter der Metallgießerei Fonderia Metalli nach Fiume abberufen. Das Unternehmen wurde 1861 in den Stabilimento Tecnico Fiumano umgewandelt; es erzeugte in Fiume und Triest sowohl für private Schifffahrtslinien als auch für die Kriegsmarine Schiffe, Dampfkessel, Maschinen und sonstige Schiffsausrüstung. Bereits 1864 begann Whitehead gemeinsam mit Fregattenkapitän Giovanni Luppis⁷⁴ dessen vier Jahre zuvor erfundenen selbstangetriebenen Torpedo weiterzuentwickeln. Es wurde ein Prototyp dieser als „Minenschiff“ bezeich-

72 Karl Gölsdorf, Lokomotivbau in Alt-Österreich 1837–1918, Wien 1978.

73 Franz Mathis, Big Business in Österreich, München 1987, 152f.

74 Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950. Bd. 5, Wien 1972, 371.

neten neuen Waffe im Kriegsjahr 1866 in Fiume erstmals einer Kommission der Kriegsmarine vorgeführt, welche die Aufnahme der Produktion empfahl. Der mit Pressluft angetriebene 3,35 Meter lange Torpedo nahm eine Sprengladung von neun Kilo auf, hatte eine Reichweite von 300 bis 400 Metern und erreichte eine Geschwindigkeit von sechs Knoten, die in den nächsten Jahren auf 30 Knoten gesteigert werden konnte. Die Marinekommission akzeptierte schließlich das Modell und beauftragte die Firma mit der Aufnahme der Testproduktion. Als der Stabilimento Tecnico Fiumano in der Wirtschaftskrise von 1873 liquidiert wurde, kam es zu einem Management-Buy-out: Whitehead kaufte 1875 die Firma, die er später in die Aktiengesellschaft Whitehead & Co SA umwandelte. Whitehead lieferte seine Torpedos, deren Stabilität 1895 durch Einbau eines von Ludwig Obry entwickelten Kreiselinstruments entscheidend verbessert wurde, in alle Welt. Das Unternehmen, das nach Whiteheads Tod 1905 von dessen Schwiegersohn Georg Graf Hoyos übernommen wurde und an dem seit 1907 der britische Rüstungskonzern Vickers Ltd. & W. G. Armstrong-Whitworth beteiligt war, baute nicht nur Überwasserschiffe sondern ab 1910 auch Unterseeboote.⁷⁵

Wenngleich die Zahl der in zwei Einwanderungswellen aus Großbritannien immigrierten Unternehmer und „Maschinenkünstler“ nicht besonders ins Gewicht fiel, so war dennoch deren Beitrag für die industrielle Entwicklung Österreichs von großer Bedeutung. Interessant ist auch, dass die Integration der Einwanderer in erstaunlich kurzer Zeit gelang und einige von ihnen einen höchst beachtlichen sozialen Aufstieg erlebten. Nicht wenige der Einwanderer zählten fortan zur unternehmerischen Elite der Habsburgermonarchie, was auch in vielen Fällen in der Erhebung in den erblichen Adelsstand zum Ausdruck kommen sollte. Es zeigt sich überdies auch an diesem historischen Beispiel, dass die Marktkräfte Permissivität geradezu erzwingen und mit Verboten und Prohibitivmaßnahmen die Verbreitung neuer Technologien nicht zu unterbinden ist.

75 Edwyn Gray, *The Devil's Device: Robert Whitehead and the History of the Torpedo*, Annapolis 1991.

Österreichische Unternehmer in Bosnien-Herzegowina: Die Eisen- und Stahlindustrie Zenica 1892 bis 1918¹

Charlotte Natmeßnig

Die Gründung der Eisen- und Stahlindustrie Gewerkschaft im mittelbosnischen Zenica im Jahr 1892 illustriert nicht nur den Unternehmergeist österreichischer und Prager Eisenindustrieller, sondern kann auch als Beispiel von idealer Zusammenarbeit und Nutzung möglicher Kontakte gesehen werden, die heute mit dem Schlagwort *networking* umschrieben werden. Das Engagement der österreichischen Gewerken Moriz und Adolf Schmid (Wilhelmsburg), Gottlieb Bondy und dessen Sohn Léon Bondy (Prag), Hans Pengg (Thörl) und Hans Offner (Wolfsberg)² in der ersten Hälfte der 1890er Jahre korreliert mit der Bereitschaft der bosnisch-herzegowinischen Landesregierung, die Industrialisierung Bosnien-Herzegowinas zu forcieren und zeigt deren großes Interesse, „ausländisches“ Kapital in die erst seit etwas mehr als einem Jahrzehnt unter österreichischer Verwaltung stehenden Provinzen zu attrahieren.

Das Engagement österreichischer Unternehmer, in Zenica ein Eisen- und Stahlwerk zu gründen, ging auf die Initiative des österreichischen Eisenindustriellen Moriz Schmid von Schmidfelden zurück. Moriz Schmid ent-

-
- 1 Mein Dank geht an Mag. Irmgard Pangerl – Österreichisches Staatsarchiv, Haus-Hof- und Staatsarchiv für die wertvolle Hilfestellung hinsichtlich der Suche von Akten in den Beständen der Generaldirektion der Habsburgischen Privat- und Familienfonds und ebenso an Herrn Dipl. Ing. Johann Pengg-Auheim, der mir die Möglichkeit gab, Einsicht in die die Gründung der Eisen- und Stahlgewerkschaft Zenica betreffenden Unterlagen seines Urgroßvaters zu nehmen, aber auch an den Freund, der ganz besonders meine nicht gesetzten Beistriche schätzt.
 - 2 Zum Werdegang der Unternehmen der hier angeführten Eisenindustriellen und ihrer Bedeutung in der Habsburgermonarchie um die Jahrhundertwende, siehe Die Große Industrie Österreichs, Bd. 1898, 261 und 268 sowie Bd. 1908, 183, 189–194 sowie 196; Kärntner Landesarchiv, 250 Jahre Johann Offner – Tradition und Wandel, Wolfsberg 2005.

stammte jenem Zweig einer ursprünglich deutschen Familie, der bereits seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts in Österreich ansässig war und im 19. Jahrhundert große Bedeutung in der Eisen- und Stahlindustrie Niederösterreichs und der Steiermark erlangte. Er repräsentierte zu diesem Zeitpunkt bereits die sechste Generation der Unternehmerfamilie, die mit dem Kauf des Wöllersdorfer Kupferhammers den Grundstein für die unternehmerischen Tätigkeiten der nachfolgenden Generationen gelegt hatte.³ 1871 erwarb er die ehemalige Zeilinger Gewehrfabrik in Wilhelmsburg und gründete die spätere Firma M. Schmid & Söhne, Eisen- und Stahlwarenfabrik, in die seine Söhne Adolf und August im Jahr 1888 eintraten und sechs Jahre später zu deren Gesellschaftern ernannt wurden.⁴

Nachdem die Schwierigkeiten und Einbußen der Firma Schmid & Söhne, die das Werk infolge der dem Wiener Börsenkrach folgenden Rezession zu verzeichnen hatte, überwunden waren und das Unternehmen bereits in den 1880er Jahren wiederum expandierte⁵, suchte Moriz Schmid nach weiteren Investitionsmöglichkeiten.⁶ Da er bereits in der Eisen- und Stahlproduktion Erfahrungen gesammelt hatte, dachte er nun daran, ein eigenes Eisen- und Stahlwerk zu errichten. Allerdings erwies sich der Standort Wilhelmsburg für dieses Vorhaben aufgrund der dominierenden Stellung der damals zwei bedeutendsten Eisen- und Stahlwerke der Monarchie, der Prager Eisenindustrie AG und der Österreichisch-Alpine-Montangesellschaft, als völlig ungeeignet. Daher machte sich Moriz Schmid, wie seine Nachkommen berichten, auf die Suche nach einem für sein Projekt geeigneten Standort.⁷ Dieser sollte über die folgenden Voraussetzungen verfügen: Nähe zu Kohle- und Erzvorkommen, ausgebaute Transportwege und einen freien Absatzmarkt. Südosteuropa bot sich als neu zu erschließender Markt an, da die Balkanländer über keine nennenswerte Eisenproduktion verfügten, die Nachfrage nach Eisen- und Stahlprodukten aber aufgrund des Ausbaus der Eisenbahn-

3 Charlotte Natmeßnig, Schmid von Schmidfelden (Schmid-Schmidfelden), österreichische Industriellenfamilie, in: Neue Deutsche Biographie, 23. Bd., Berlin 2007, 156; Österreichische Großindustrie, 183.

4 Ebenda.

5 Ab den 1880er Jahren erfolgte die systematische Modernisierung und Erweiterung des Unternehmens: 1882 wurde die Gusserzeugung aufgenommen, 1886 in der neu errichteten Weicheisengießerei die Tempergussproduktion (Achsenbestandteile zur Belieferung der gewerblichen Maschinenindustrie) eingeführt und nur zwei Jahre später eine Gesenkschmiede nach dem neuen Haberland-Verfahren in Betrieb genommen; 1904 erfolgte der Kauf der Maschinennägel-, Draht- und Drahtstiftfabrik (vormals K. & E. Hartmann) in Hainfeld, später „Schmid Schraubenfabrik“, die ebenfalls stark expandierte. Ebenda.

6 August Schmid v. Schmidfelden, Wilhelmsburg – Zenica. Werden und Wachsen, Eigenverlag, o.O. 1972, 151f.

7 Ebenda, 183.

netze gegeben war. Nach einigen Sondierungsreisen, die ihn unter anderen in die Türkei, Rumänien und Ungarn geführt hatten, fand er mit Zenica zu Beginn des Jahres 1892 den für sein Vorhaben geeigneten Standort in Mittelbosnien: Dort bestand seit 1880 das größte Kohlebergwerk Bosniens und mit dem 55 km entfernten Rohstofflieferanten, dem in Vareš gelegenen und von der bosnisch-herzegowinischen Landesregierung betriebenen Hochofen, wo das im eigenen Erzbergwerk geschürfte Erz zu Roheisen verarbeitet wurde, war man über eine eigene Bahn verbunden. Weiters verfügte Zenica über eine optimale Verkehrsanbindung, da es zum einen an der Haupttroute Bosanski Brod–Sarajevo–Metković lag und zum anderen der 190 Kilometer entfernte Flusshafen in Bosanski Brod über die im Jahr 1879 errichtete Schmalspurbahn zu erreichen war. Von Bosanski Brod aus war die Möglichkeit des Transports der Waren per Schiff auf der Save und der Donau in die gesamte Monarchie gegeben. Überdies war man über den einzigen bosnischen Adria-hafen in Metković, zu dem ebenfalls eine Eisenbahnverbindung bestand, mit den internationalen Absatzmärkten verbunden.⁸ Ferner dürften die zu dieser Zeit in Bosnien sehr niedrigen Löhne und die Tatsache, dass das Gelände für den Aufbau eines Eisenwerkes gut geeignet war, von nicht geringer Bedeutung für die Standortwahl gewesen sein. Es sprach aber noch ein weiteres Argument für das Engagement Schmidts in Bosnien-Herzegowina. Die bosnisch-herzegowinische Regierung, speziell der gemeinsame k. u. k. Finanzminister Benjamin Kállay von Nagy-Kálló setzte starke Akzente beim wirtschaftlichen Aufbau der beiden Provinzen, indem er besonders den Ausbau des Eisenbahnnetzes, des Bergwesens und der Schwerindustrie förderte. Da aber die enormen, für die Ankurbelung der wirtschaftlichen Entwicklung der beiden Provinzen nötigen Investitionsvolumen weder von der bosnisch-herzegowinischen Verwaltung noch von Wien zur Verfügung gestellt werden konnten, war Kállay auf Privatinvestoren angewiesen, die er durch Gewährung von vorteilhaften Konzessionen und zahlreichen Erleichterungen für wirtschaftliche Aktivitäten in Bosnien-Herzegowina gewinnen konnte.⁹

-
- 8 Die wichtigsten Hauptverkehrsstrecken waren erst in der zweiten Hälfte der 1880er Jahre entstanden und ab den 1890ern erfolgte sukzessive der systematische Ausbau des Bahnnetzes; siehe Compass Bd. 1885, 865; Bd. 1888, 635 und Bd. 1898, 1126; Arhiv Željezare Zenica (Archiv des Eisenwerks Zenica, AŽZ), Kt. 1895, Das Eisenwerk Zenica und die Umgestaltung der Bosnischen Eisenindustrie. Bericht vom 9. Oktober 1923; Ružica Grgić u. Charlotte Natmeßnig, Adolf Schmid von Schmidfelden – industrieller Pionier in Bosnien-Herzegowina. Die Eisen- und Stahlindustrie in Zenica, Wilhelmsburg 2009, 28f.
- 9 Zum Zeitpunkt des Einmarsches der österreichisch-ungarischen Armee im Jahre 1878 war die bosnische Wirtschaft kaum entwickelt, der Großteil der Bevölkerung lebte in Subsistenzwirtschaft, das Gewerbe war noch von protoindustriellen Strukturen geprägt und die verschiedenen Produkte wurden unter Aufsicht des Ältesten in

Da die die bosnisch-herzegowinische Regierung, wie oben erwähnt, bereits einen Hochofen und die Verarbeitung von Eisenerz in Vareš betrieb¹⁰ und die Provinz reich an Kohle- und Erzvorkommen war, sollte mit der Errichtung eines Werkes zur Weiterverarbeitung des in Vareš produzierten Roheisens ein bedeutender Standort für die Metallindustrie in dieser Region entstehen.

Da jedoch die für die Errichtung eines solchen Werkes notwendigen Kosten den Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Firma Schmid & Söhne gesprengt hätten, begannen Moriz Schmid und seine Söhne nach geeigneten Partnern für die Durchführung des Projekts zu suchen. Innerhalb kurzer Zeit hatte man diese im Kreis der ehemaligen Leobener Studienkollegen und Freunde in Hans von Pengg und Léon Bondy, dem Sohn des Prager Eisenindustriellen Gottlieb Bondy gefunden, der zudem schon früher die Anlagen eines seiner Werke, das geschlossen wurde, zum Verkauf angeboten hatte. Auch die erste Kontaktaufnahme mit den bosnisch-herzegowinischen Behörden lief über die Leobener Schiene, da Hofrat Franz Poech, ein weiterer Studienkollege, seit 1891 im Gemeinsamen Finanzministerium tätig und un-

Hauskommunen, den so genannten „Zadruga“, erzeugt. So existierte zu Beginn der 1890er Jahre lediglich eine Industrieaktiengesellschaft, nämlich die im Jahr 1892 gegründete Actiengesellschaft für Verarbeitung und Verwertung landwirtschaftlicher Produkte; bis zur Jahrhundertwende wurden weitere sechs Aktiengesellschaften, meist mit Beteiligung österreichischen Kapitals gegründet. Compass 1900, 967f.; Grgić u. Natmeßnik, Adolf Schmid von Schmidfelden, 26–32. Zur wirtschaftlichen Entwicklung Bosnien-Herzegowinas siehe beispielsweise: Bernhard Gerbel, Die Entwicklung der Industrie Bosniens und der Hercegovina in den letzten zehn Jahren, Berlin 1914 und Peter Sugar, Industrialization of Bosnia-Hercegovina. 1878–1918, Seattle 1963.

- 10 1895 erfolgte die Gründung der Varešer Eisenindustrie-Aktiengesellschaft unter Beteiligung des Wiener Bank-Vereins. Das Aktienkapital betrug 3,2 Millionen Kronen (1,6 Millionen fl.) und war in 8000 voll eingezahlte Aktien à 400 Kronen gestückelt. Die Aktiengesellschaft erwarb für 1,7 Millionen Kronen von der bosnisch-herzegowinischen Landesregierung den gesamten Hüttenbesitz mit allen Einrichtungen und Anlagen und erhielt im Gegenzug 4250 Aktien zum Nennwert. Das restliche Kapital wurde für Investitionen verwendet, wie den Ausbau des Hochofens und die Errichtung einer Bahnlinie, die Vareš an das bosnisch-herzegowinische Bahnnetz anschloss. Die bosnisch-herzegowinische Landesregierung wiederum übernahm mit der Zahlung eines Pachtschillings von 231.055,56 Kronen den Betrieb in unkündbarer Pacht für die Dauer der auf 50 Jahre der Aktiengesellschaft gewährten Konzession. Die Aktien sollten in dieser Zeit nach einem Tilgungsplan zu 110 Prozent zurückgezahlt und mit mindestens 4 ½ Prozent verzinst werden; nach der Amortisation des gesamten Aktienkapitals sollte das ganze Vermögen der Gesellschaft ohne jedes weitere Entgelt in den Besitz der bosnisch-herzegowinischen Landesregierung übergehen. AŽZ, Kt. 1895, Vertrag, welcher zwischen der Landesregierung in Sarajevo Namens des bos. herc. Landesärar einerseits, und der Varešer-Eisenindustrie-Actiengesellschaft andererseits, am 6. August 1895 abgeschlossen worden ist; Compass 1898, 915f. und Compass 1904, 189f.

ter anderem für die Verwaltung der staatlichen Erz- und Kohlegewinnung in Bosnien zuständig war.¹¹ Das erste von Bondy verfasste Ansuchen, in dem man unter anderem bei der Kapitalaufbringung von einer finanziellen Beteiligung der bosnisch-herzegowinischen Landesregierung mit zehn Prozent ausgegangen war, stieß auf die Ablehnung des Finanzministers. Dieser sprach sich dezidiert gegen eine direkte Beteiligung der Regierung aus und verlangte eine weit höhere Kapitalisierung für das künftige Werk, zeigte sich aber nach wie vor an einem Engagement der österreichisch-tschechischen Gruppe interessiert. So beauftragte er seinen Vertrauten, den Forstrat Petraschek, mit den Anfang Mai 1892 aufgenommenen Verhandlungen über die für die Gewährung der Konzessionserteilung notwendigen Konditionen.¹² Da das Unternehmen, wie aus der Rentabilitätsberechnung vom März desselben Jahres¹³ hervorgeht, mit einem Mindestkapital von 300.000 Gulden ausgestattet sein sollte, man mit der zehnprozentigen Beteiligung der bosnisch-herzegowinischen Regierung aber nicht mehr rechnen konnte, mussten weitere kapitalkräftige Interessenten gefunden werden. Diese fanden sich nunmehr im engeren Verwandtenkreis: Léon Bondy konnte seinen Vater Gottlieb Bondy und seinen Schwager Edmund Schwabacher, Hans Pengg seinen Cousin, den Wolfsberger Eisenindustriellen Hans Offner¹⁴ und Moriz Schmid seinen Bruder Josef für das Projekt gewinnen.¹⁵

-
- 11 Penggsches Familienarchiv (PA), Zenica (Z), Korrespondenz (K), Schreiben Léon Bondy an Hans Pengg vom 16. Februar 1892; Grgić u. Natmešniĝ, Adolf Schmid von Schmidfelden, 28.
 - 12 PA, Z, K, Schreiben Léon Bondy an Hans Pengg vom 16. Februar und 2. Mai 1892; Schreiben Moriz Schmid an Hans Pengg vom 2. Mai und 23. Mai 1892.
 - 13 Diese Rentabilitätsrechnung war nach der eingehenden Besichtigung des Standortes Zenica von Adolf Schmid aufgestellt worden. Gleichzeitig hatte er verschiedene Proben von Erzen mitgenommen, um deren Qualität an der Hochschule von Leoben analysieren zu lassen. Die Experten stellten fest, dass die Erze zu hohe Schwefelwerte aufwiesen und daher am besten für die Produktion von Stab- und Baueisen oder Schienen geeignet waren. PA, Z, Ergebnisse der Studienreise nach Bosnien im März 1892 behufs Erhebung, um die Möglichkeit der Errichtung eines Eisenwerkes zu Zenica nachzuweisen.
 - 14 Hans Pengg meinte gegenüber seinem Cousin: „[...]finde unbedingt, dass dabei ein sehr gutes Geschäft zu machen wäre, schon darum, weil man ja auf eigenen Füßen stehen würde und dort auch wenig Concurrenz hätte.“ Er führt weiters ins Treffen, dass Adolf Schmid und Léon Bondy seine Studienkollegen gewesen waren und schreibt über Bondy folgendes: „Bondy ist der Sohn des sehr reichen Bondy in Prag, [...] war auch mit mir an der Academie, ist ebenfalls ein tüchtiger Mensch, nur ist er Semit, aber wohl der besten Sorte, was Du daraus schliessen kannst, dass Bondy in Leoben immer in unserer Gesellschaft verkehrte.“ Ebenda, Schreiben Hans Pengg an Hans Offner vom 4. Mai 1892; Schreiben Hans Offner an Hans Pengg vom 5. Mai 1892.
 - 15 Ebenda, K, Schreiben Léon Bondy an Hans Pengg vom 23. Mai 1892; Schreiben Moriz Schmid an Hans Pengg vom 2., 8. und 23. Mai 1892.

Moriz Schmid übernahm im Namen der Investorengruppe größtenteils die Führung der Verhandlungen mit dem Vertreter der bosnisch-herzegowinischen Landesregierung über die Details und Voraussetzungen für die Konzessionierung; speziell ging es um den Bezug des Varešer Roheisens und Holzes. Mit seinen Partnern stand er zum Austausch der Meinungen in einem regen Briefverkehr und reagierte relativ gelassen, als wegen der Dauer der Verhandlungen bei einigen von ihnen Ungeduld aufkam. Er brachte in einem Schreiben an Hans von Pengg genau auf den Punkt, worauf es der bosnisch-herzegowinischen Regierung bei den Verhandlungen ankam: „Wir müssen andererseits berücksichtigen, dass das Übereinkommen mit keinem Geschäftsmann machen {sic!}, der kein anderes Interesse, als seinen Vorteil zu vertreten hat, sondern mit der Regierung schließen, welche in erster Linie die Aufgabe hat, den Wohlstand des Landes, also die Industrie in dem Fortschritt zu fördern [...]“. ¹⁶ Der Wunsch von Gottlieb Bondy, die Verbindung mit Vareš in aller Genauigkeit festzuschreiben, stieß beim Vertreter der bosnisch-herzegowinischen Behörde nicht auf unbedingte Gegenliebe, da dieser allzu weit reichende Konsequenzen befürchtete: „Der Forstrat ist der Ansicht, dass da wo es in der Natur der Sache selbst liege, durch zu detaillierte Bestimmungen und Vorschriften nur die Handhabe zu Prozessen gegeben werde.“ ¹⁷ Letztlich gab man sich, als der Gründungsvertrag mit Vertretern der bosnisch-herzegowinischen Regierung und des k.u.k. Reichsfinanzministeriums am 5. Juli 1892 unterzeichnet wurde, hinsichtlich der Festsetzung der Liefermenge an Roheisen und dessen Preisgestaltung mit Bestimmungen zufrieden, die den bosnisch-herzegowinischen Behörden einigen Spielraum ließen. ¹⁸ Gemäß dem Vertrag überließ die bosnisch-herzegowinische Regierung mit Ausnahme jenes Quantums, das sie für die eigene Produktion brauchte, die gesamte Erzeugung von weißem und halbiertem Puddel-Roheisen der Eisen- und Stahlgewerkschaft. Außerdem behielt sich die Regierung die Preisberechnung sowohl für den Bezug der Rohstoffe aus dem Varešer Hochofen als auch dem Kohlenbergwerk in Zenica vor und verpflichtete die Gesellschaft überdies, mindestens 70 Prozent des Gesamtbedarfs an Erzen und Roheisen von Vareš zu beziehen. Im Gegenzug wurden der Eisen- und Stahlgewerkschaft Zenica eine zehn Jahre dauernde Befreiung von Steuerzahlungen, Tarifbegünstigungen bei Transporten auf Eisenbahnen und Schiffen der Landesre-

16 Ebenda, Schreiben Moriz Schmid an Hans Pengg vom 25. Mai 1892.

17 Ebenda.

18 Arhiv Bosne i Hercegovine (Archiv Bosniens und der Herzegowina, ABH), Zajedničko Ministarstvo Finansija, Odjeljene za Bosnu i Hercegovinu (Gemeinsames Finanzministerium, Abteilung für die Angelegenheiten Bosniens und der Herzegowina, ZMF), GZl. 7851/1893 Vertrag vom 5. Juli 1902.

gierung¹⁹ sowie die Befreiung von Stempelgebühren bei der Erstellung des Vertrages zugesichert.²⁰

Die Konzession für den Betrieb der als Kuxgesellschaft²¹ registrierten Eisen- und Stahlgewerkschaft Zenica wurde Gottlieb Bondy, Hans von Pengg und Moriz Schmid für die Firma M. Schmid & Söhne erteilt.²² Das von den Gründern in der Höhe von 300.000 Gulden aufzubringende und in 60 Kuxe à 5000 Gulden gestückelte Kapital verteilte sich folgend: Gottlieb Bondy stellte der Gewerkschaft die veralteten, aber für den Einsatz in Zenica geeigneten Anlagen und Restbestände einer aufgelösten Frischhütte im Wert von 50.000 Gulden²³ zur Verfügung und verpflichtete sich, gemeinsam mit seinem Sohn und Max Bondy weitere 70.000 Gulden aufzubringen. Die anderen Firmengründer, Hans von Pengg und Hans Offner zeichneten jeweils 40.000 Gulden, Moriz Schmid im Namen der Firma Schmid & Söhne übernahmen einen Anteil von 100.000 Gulden. Léon Bondys Schwager Edmund Schwabacher und Josef Schmid hatten sich bereit erklärt, jeweils 10.000 Gulden beizusteuern. Damit entfielen 24 Kuxe oder 40 Prozent des Kapitals auf die Gruppe Bondy,²⁴ 16 Kuxscheine oder 30 Prozent hatten Schmid & Söhne übernommen, Hans von Pengg und Hans Offner hielten mit jeweils 9 Kuxen 30 Prozent am Kapital und Schwabacher und Schmid bekamen jeweils zwei Kuxe (drei Prozent) zugeteilt. Zusätzlich gewährte die bosnisch-herzegowinische Landesregierung ein zu drei Prozent verzinsendes Darlehen in der Höhe von 260.000 Gulden, das erst sieben Jahre später im Rahmen der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft getilgt wurde.²⁵

Die Kapitalisierung der Eisen- und Stahlgewerkschaft erfolgte sukzessive nach der Vertragsunterzeichnung im Juli 1892: Innerhalb eines Jahres war mehrmals die Aufforderung an die Gewerke ergangen, einen ihren Kuxen entsprechenden Teilbetrag der Gewerkschaft zukommen zu lassen. So hatte

19 Die Transporttarife wurden um 50 Prozent reduziert. PA, Z, K, Schreiben Moriz Schmid an Hans Pengg vom 22. Juli 1892.

20 ABH, ZMF, GZl. 6893/1892 Zusatzprotokoll Vertrags vom 5. Juli 1892.

21 Eine Kuxgesellschaft – auch Gewerkschaft genannt – war nach damaligem Bergrecht die übliche Gesellschaftsform, die auf dem Besitz von Kuxen – Anteilscheinen – basierte. Kuxe hatten keinen Nennbetrag, sondern bezeichneten die Quoten der Gesellschafter – Gewerke – am Vermögen der Gesellschaft. Nach diesen Quoten erfolgte nicht nur die Gewinnverteilung, sondern sie waren auch maßgebend für die Zubeßen, die die Gewerke im Falle von Kapitalbedarf der Gewerkschaft zu leisten hatten. Die Kuxanteile konnten nur mit Zustimmung aller Inhaber veräußert werden.

22 ABH, ZMF, GZl. 7851/1893 Vertrag vom 5. Juli 1902.

23 Aus dem Übernahmeprotokoll geht hervor, dass nicht alle gelieferten Maschinen und Materialien einwandfrei waren und daher der Betrag von 10.421 Kronen abgezogen wurde. PA, Z. Übernahmeprotokoll vom 17. April 1893.

24 Gottlieb Bondy 10, Léon Bondy 6, Max Bondy 4 und Edmund Schwabacher 4 Kuxe.

25 ABH, ZMF, GZl. 7851/1893, Vertrag vom 5. Juli 1902.

bis Juli 1893 jeder der Gewerken um insgesamt 1500 Gulden mehr auf seine Kuxe eingezahlt und dem Unternehmen waren somit 390.000 Gulden zugeflossen. Jeder der Teilbeträge eines Gewerken, der vor der anberaumten Frist dem Konto gutgeschrieben wurde, wurde wie ein Kredit behandelt und bis zur Fälligkeitsfrist mit fünf Prozent verzinst. Die Aufforderungen kamen entsprechend den Fortschritten der Bautätigkeit bzw. der Notwendigkeit, diese auch zu begleichen. Obwohl Gottlieb Bondy in der Zwischenzeit ohnedies der Gewerkschaft einen Kredit von über 100.000 Gulden zur Verfügung gestellt hatte, erging schon im September eine weitere Aufforderung an die Gewerken, die diesmal einen Betrag von 56.691 Gulden der Gewerkschaft zuschossen.²⁶

Die konstituierende Sitzung des Gewerkenrates fand erst Mitte des darauf folgenden Jahres am 15. Juni 1893 statt. Zum einen wollten die Gewerken die Genehmigung der Statuten durch die bosnisch-herzegowinische Landesregierung abwarten, die geringfügige Änderungen verlangt hatte, zum anderen hatte es Schwierigkeiten in Koordinierung des Treffens der Gründer gegeben. Der Gewerkerat wählte Gottlieb Bondy zum Präsidenten und Moriz Schmid zum Vizepräsidenten und bestellte Adolf Schmid zum Bevollmächtigten vor Ort.²⁷

Schon vor der Unterzeichnung des Vertrages mit der bosnisch-herzegowinischen Landesregierung im Juli 1892 war Adolf Schmid nach Zenica aufgebrochen, um die restlichen Behördenwege zu erledigen und die Anfang August begonnenen Bauarbeiten des nördlich vom Kohlenbergwerk entstehenden Eisenwerks zu koordinieren und zu überwachen.²⁸ Die Professionisten kamen aus Österreich, und für die einfacheren Arbeiten rekrutierte er Männer aus der Umgebung Zenicas, die, wie er meinte, zwar willig, aber etwas faul seien, sich aber bei billigem Lohn gut erziehen ließen.²⁹ Erst Ende Oktober, nachdem die wesentlichen Arbeitsabschnitte organisiert, die Durchführung der Hochbauten bis auf die Verputzarbeiten erledigt waren und die Freifahrung³⁰ eines zusätzlich angekauften Grubenfeldes stattgefunden hat-

26 PA, Z, Aufstellungen der von den Gewerken bis September 1893 getätigten Einzahlungen, ohne Datum; Schreiben Moriz Schmid an Hans Pengg vom 22. Juli 1892; Schreiben Léon Bondy an Hans Pengg vom 23. und 24. März; sowie 1. Juli 1893.

27 ABH, ZMF, GZL. 7851/1893, Protocoll des constituierenden Gewerketages vom 15. Juni 1893.

28 PA, Z, K, Schreiben Adolf Schmid an Hans Pengg vom 9. Juli 1892; Wochenbericht über die Bautätigkeit vom 6. August 1892.

29 Mit „erziehen“ meinte er wohl, dass sie nach entsprechender Ausbildung im künftigen Werk auch für Arbeiten, wie beispielsweise das Kesselheizen, eingesetzt werden könnten. Ebenda.

30 Der Begriff kommt aus dem Bergrecht und ist der von der Bergbehörde anberaumte Termin, an dem sie über Vorrecht und die Verleihung eines Grubenfeldes entscheidet.

te, konnte er nach dreieinhalb Monaten die Bauleitung an seinen Bruder August übergeben.³¹ Obwohl in den stärksten Bauwochen mehr als 300 Männer auf der Baustelle tätig waren, kam es immer wieder zu Verzögerungen, und der Betrieb der Eisen- und Stahlgewerkschaft konnte nicht, wie von den Konzessionären vorgesehen, bereits im Jänner 1893 aufgenommen werden.³² Zum einen gab es immer wieder Schwierigkeiten mit der Lieferung des benötigten Bauholzes, das erst geschlagen und bearbeitet werden musste, die vor Ort gebrannten Ziegel entsprachen anfangs nicht der gewünschten Qualität – zur Mauerung der Feinaufbauten für die technischen Einrichtungen musste man auf Lieferungen einer Ziegelei zurückgreifen –, zum anderen machte der konstant hohe Grundwasserspiegel Probleme, da immer wieder Wasser in die Hüttensohle eindrang. Im März 1893 verschärfte sich die Situation noch weiter: Infolge der Schneeschmelze kam es zu Hochwasser und das Grundwasser stieg zeitweise bis auf drei Meter an. Erst nach Errichtung einer Pumpstation an der Bosna und zweier Wasserreservoirs, der Verlegung eines eigenen Wasserablaufkanals in die Bosna sowie der Trockenlegung der gemauerten Aufbauten für die Puddelöfen und die Kessel konnten die Bauarbeiten rasch zum Abschluss gebracht werden.³³ Insgesamt waren 35 Arbeitswochen vergangen, bis die ersten technischen Anlagen – Puddelöfen, Kessel, Dampfhammer, Walzenstrecke, die beiden Schweißöfen – ab der Monatswende März/April sukzessive und probeweise bis Juni in Betrieb genommen werden konnten und man Ende Juni 1893 voll mit der Produktion begann.³⁴ In den Anfangsjahren spezialisierte man sich hauptsächlich auf die Herstellung von billigen Massenwaren wie Stab- und Baueisen, Gruben- und Feldbahnschienen und Draht. Dies war darauf zurückzuführen, dass die Produktion des Schweißeisens mit dem damals schon veralteten Puddel-Verfahren erfolgte. Dabei mussten die Arbeiter das schmelzende und immer zäher werdende Roheisen händisch umrühren, bis der gewünschte Grad der Entkohlung erreicht, d.h. die überschüssige Luft, Kohlenstoff, Mangan und Silizium verbrannt waren. Das so gewonnene Eisen wurde danach entschlackt und ausgewalzt.³⁵

31 PA, Z, Wochenbericht vom 16. Oktober 1892.

32 PA, Z, K, Schreiben Léon Bondy an Hans Pengg vom 23. September 1892.

33 August Schmid berichtet beispielsweise, dass man aufgrund eines Kälteinbuchs mit Temperaturen von 15 Grad unter Null Tag und Nacht heizen musste, damit die Arbeiter zumindest teilweise ihr Plansoll erreichten. Ebenda, Wochenbericht vom 24. Dezember 1892; Schreiben Moriz Schmid an Hans Pengg vom 3. und 24. März 1893.

34 Bis Mitte Juni wurden sodann die weiteren Anlagen wie beispielsweise der zweite Puddelofen, die beiden Schweißöfen und die Walzenstrecke in Betrieb genommen. Ebenda, Wochenbericht vom 2. April 1893; K, Schreiben Moriz Schmid an Hans Pengg vom 19. Mai, 2. Juni und 24. September 1893.

35 Grgić u. Natmeßnig, Adolf Schmid von Schmidfelden, 34.

„Wir sind es als erfahrene Geschäfts- und Fachleute unserem Namen schuldig es dahin zu bringen, dass in Zenica nicht schlechter gearbeitet wird, als bei anderen richtig geleiteten Betrieben.“³⁶ Diese Bemerkung in einem Schreiben von Moriz Schmid an seinen Partner illustriert eines der wesentlichen Probleme im ersten Betriebsjahr des Unternehmens, das aufgrund des Engagements von Moriz Schmid, der sich immer wieder auf „Verkaufstour“ begab, nicht unter Absatzschwierigkeiten zu klagen gehabt hätte.³⁷ Es gelang nicht, das Eisen immer in derselben Qualität herzustellen und das schlug sich folgend nieder: [...] „nach den vorliegenden Rapporten und den als Endresultat zusammengestellten Ziffern ergibt {sic!} sich ein jedenfalls ungenügender Erfolg.“³⁸ Daher bereitete den Mitgliedern des Gewerkerates die über das erste Betriebsjahr erstellte Bilanz keine rechte Freude, da das Unternehmen für 1893 einen Verlust von 28.152,32 Gulden auszuweisen hatte. Der Verlust war nicht nur auf die Qualitätsschwankungen des Eisens, sondern auch auf die relativ hohen Gesteungskosten zurückzuführen; verantwortlich gemacht wurde dafür Joseph Langer, Absolvent der Leobener Hochschule und Studienkollege von Hans von Pengg, dem man im November 1892 die Leitung des Werkes übertragen hatte. Die Eigentümer waren aber überzeugt³⁹, dass bei richtiger Verarbeitung der vorhandenen Materialien und Brennstoffe die Qualität des Eisens durchaus jener der besten ungarischen Marken entsprechen könnte und Langer ganz offensichtlich bei der Sortierung der Halb- und Fertigfabrikate nicht sorgfältig genug vorgegangen wäre. Ferner übten sie Kritik an seiner Personalführung, die zu den relativ hohen Produktionskosten mit beigetragen hätte, da es immer wieder zu Kündigungen von qualifiziertem Personal gekommen war, für das wiederum die Gewerker Ersatz in Österreich suchen mussten, da in Bosnien kaum qualifizierte Fachkräfte zu finden waren.⁴⁰ Da überdies immer wieder Fehler bei der Fakturierung und dem Versand auftraten, wurde Adolf Schmid sowohl die administrative als auch die technische Leitung des Werks und damit die Behebung der Probleme übertragen.⁴¹ Adolf Schmid blieb bis Mitte 1899 in Zenica und ließ während dieser Zeit ein chemisches Labor errichten, damit die

36 PA, Z, K Schreiben Moriz Schmid an Hans Pengg vom 17. Dezember 1893.

37 Ebenda, Schreiben Moriz Schmid an Hans Pengg vom 22. Februar und 9. März 1894.

38 Ebenda, Protokoll der Gewerkeratssitzung vom 11. März 1894.

39 Ebenda, sowie Schreiben Moriz Schmid an Hans Pengg vom 10. Mai 1893, in dem Schmid berichtet, dass ihm Anerkennung für die Qualität des Eisens ausgesprochen wurde.

40 Ebenda, Schreiben Moriz Schmid an Hans Pengg vom 14. September 1893, Schreiben Adolf Schmid an Hans Pengg vom 25. Mai 1894; Langer spricht auch in seinem ersten Bericht über die Bautätigkeit nicht von einheimischen Arbeitern, sondern von den „Eingeborenen“; Wochenbericht vom 2. April 1893.

41 Ebenda, Protokoll der Gewerkeratssitzung vom 11. März 1894.

Qualität der Materialien vor Ort geprüft werden konnte.⁴² Mit diesen Maßnahmen gelang es nicht nur die Qualität der im Werk erzeugten Walzware, sondern auch die Produktion um das Siebenfache zu steigern, und zwar, wie aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich wird, von 16.755 im Jahr 1893 auf 118.701 Tonnen im Jahre 1899.

Tabelle 1: Produktionszahlen von 1893 bis 1899⁴³

Jahr	Walzware in q
1893	16.755
1894	35.639
1895	37.214
1896	48.014
1897	78.219
1898	99.790
1899	118.701

Obwohl die Produktion bereits im Jahr 1894 um mehr als die Hälfte angestiegen war, litt die Gewerkschaft offensichtlich nach wie vor an Kapitalmangel. Gegen Ende des Jahres konnte über Verbindungen von Hans Pengg im Großgrundbesitzer Dr. Johann Graf von Meran, Mitglied des Herrenhauses sowie des Verwaltungsrates der Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft, ein weiterer Großinvestor für die Eisen- und Stahlgewerkschaft Zenica gefunden werden.⁴⁴ Da bisher keine Unterlagen, die über die Höhe der Investition des Grafen Meran genauen Aufschluss gäben, eruiert werden konnten, in einem Schreiben Moriz Schmid an Hans Pengg von Anfang Oktober 1894 aber die Höhe von 150.000 Gulden, die man unbedingt brauchte, erwähnt wird, dürfte es sich tatsächlich um eine ansehnliche Einlage gehandelt haben.⁴⁵ Nicht zuletzt wurden daraufhin beim folgenden Gewerkentag, der am 28. Mai 1895 stattfand, wurden die Statuten der Gewerkschaft abgeändert und Graf Meran zusätzlich zu Moriz Schmid zum Vizepräsidenten des Direktionsrates der Gewerkschaft ernannt.⁴⁶

⁴² Schmid-Schmidfelden, Wilhelmsburg – Zenica, 200ff.

⁴³ Grgić u. Natmeßnig, Adolf von Schmid-Schmidfelden, 36.

⁴⁴ PA, Z, K, Schreiben Graf Meran an Hans Pengg vom 10. Oktober 1892.

⁴⁵ Ebenda, Schreiben Moriz Schmid an Hans Pengg vom 3. Oktober 1894.

⁴⁶ AŽZ, Kt. 1895, Protokoll des Gewerkentages vom 28. Mai 1895.

Da die Produktion mit den veralteten Anlagen ineffizient geworden war, beschloss das Direktorium der Eisen- und Stahlindustriergewerkschaft Zenica kurz vor der Jahrhundertwende anstatt des Frischens im Puddelofen das in der österreichisch-ungarischen Monarchie längst etablierte Siemens-Martin Verfahren⁴⁷ einzuführen. Die Erweiterung und Modernisierung des Werkes durch die Errichtung von zwei Martinöfen sollte zwei Jahre in Anspruch nehmen und gleichzeitig den Übergang des bisherigen Eigentümerunternehmens in eine Aktiengesellschaft mit sich bringen.

Die Eisenindustrie AG Zenica

Die exakten Beweggründe für die im Jahr 1899⁴⁸ erfolgte Umwandlung des als Kuxgesellschaft registrierten Unternehmens in eine Aktiengesellschaft lassen sich weder aus den Beständen des Firmenarchivs in Zenica noch jenen des Bosnisch-Herzegowinischen Landesarchivs noch aus den Beständen im Österreichischen Staatsarchiv erschließen. Lediglich einem Schreiben Hans Penggs aus dem Jahre 1925 ist zu entnehmen, dass die Gründer der Eisen- und Stahlgewerkschaft nicht über das für den Ausbau und die dringend notwendig gewordene Modernisierung des Werkes erforderliche Kapital verfügten. Daher kann davon ausgegangen werden, dass in erster Linie Kapitalmangel den Ausschlag für die Umwandlung gegeben hat.⁴⁹ Die Frage der Modernisierung der technischen Anlagen – Errichtung eines Martinofens und Hochofens – war bereits in den ersten zwei Jahren nach der Betriebsaufnahme Gegenstand von Diskussionen gewesen. Moriz Schmid vertrat damals die Ansicht, dass damit zwar das Unternehmen rentabler produzieren könnte, er aber im Prinzip einer Umwandlung nur zustimmen könnte, wenn dies gleichzeitig sowohl mit einer Ausweitung des Betriebs als auch einem wirtschaftlichen Aufschwung einherginge und die Gründer für ihr Engagement entsprechend entschädigt würden: „Ich würde dann auch nur dafür sein, wenn die Erstbeteiligten für das größere Risiko und die gehabte Mühewaltung was dabei verdienen, beziehungsweise

47 Dieses Verfahren wurde zum ersten Mal 1864 Frankreich eingesetzt und wurde ab den 1870er Jahren zunehmend auch in Österreich-Ungarn eingeführt. Dabei wurde das Eisen (Schmiede- und Roheisen) in einem Herdofen, dem sogenannten Martinofen, durch Kohlung gefrischt und zu Flusseisen geschmolzen. Besondere Vorteile gegenüber anderen Verfahren bieten die Möglichkeiten, den Ofen bis zu 1.800 Grad zu erhitzen und einen sehr hohen Anteil von Schrott zu verarbeiten. www.industriemuseum-brandenburg.de. [27. Juni 2010].

48 Das k.u.k. gemeinsam Ministerium erteilte am 21. August 1899 die Genehmigung zur Umwandlung. AŽZ, Kt. 1899, Eisenindustrie-Gesellschaft Zenica. Firma, Sitz, Zweck, Dauer der Gesellschaft, Sarajevo 2. September 1899.

49 PA, K, Schreiben Hans Pengg an Nationalrat Tuller vom 30. Mai 1925.

der Wandel der Kukscheine in entsprechender Höhe vorgenommen wird.“⁵⁰ Offenbar spielte aber auch die sonst in vielen Fällen hinter den Umwandlungen von Eigentümerunternehmen in Aktiengesellschaften stehende Absicht einer Hausbank eine Rolle: Zum einen sollten mit der Übernahme eines Aktienpakets des Unternehmens die bei ihr langfristig angelaufenen Schulden getilgt werden, zum anderen garantierte ihr Engagement bei der Umwandlung künftige Einflussnahme auf das Unternehmen. Im Falle der Eisen- und Stahlindustrie Gewerkschaft war es allerdings keine Bank, sondern die bosnisch-herzegowinische Landesregierung selbst, die sich über die Tilgung des bei der Gründung von ihr gewährten und mit drei Prozent zu verzinsenden Darlehens in der Höhe von 260.000 Gulden⁵¹ an dem nunmehr unter dem Namen Eisenindustrie AG Zenica firmierenden Unternehmen ein Aktienpaket in der Höhe von rund 20 Prozent gesichert hatte; somit gingen 2.600 Aktien zum Nominale von 200 Kronen, die den Nominalwert von 520.000 Kronen repräsentierten, in den Besitz der Landesregierung über.⁵² Die nunmehr hypotheckenfreie ‚Eisen- und Stahlgewerkschaft Zenica‘ ging nach dem Stand vom 1. August 1899 mit einem Eigenkapital in der Höhe 1,600.000 Kronen sowie allen Liegenschaften und Werksanlagen in den Besitz der Aktiengesellschaft über. Ihr Aktienkapital betrug zum Zeitpunkt der Gründung 2,6 Millionen Kronen, gestückelt in 13.000 Aktien zum Nominale von 200 Kronen. Die ehemaligen Besitzer der ‚Eisen- und Stahlgewerkschaft Zenica‘ waren mit 5.600 vollständig und 4.800 zur Hälfte eingezahlter Aktien am Unternehmen beteiligt und hatten die Option, diese binnen Jahresfrist voll einzuzahlen.⁵³ Bereits am 18. Februar 1900 beschloss die außerordentliche Generalversammlung, das Aktienkapital über die Emittierung von weiteren 4.500 Aktien zum Nominalwert um 900.000 auf 3,5 Millionen Kronen zu erhöhen.⁵⁴

50 Ebenda, Schreiben Moriz Schmid an Hans Pengg vom 2. September 1893, Schreiben Adolf Schmid an Hans Pengg vom 11. August 1894.

51 Mit der Währungsreform des Jahres 1892 wurde anstelle der bisherigen österreichischen Währung die Goldwährung, deren Rechnungseinheit die Krone sein sollte, eingeführt. Allerdings wurde die neue Währung erst ab 1900 zum obligaten Zahlungsmittel und zwei Kronen ersetzten den bis dahin im Umlauf gewesenen Gulden. Herbert Matis, Österreichs Wirtschaft 1848 – 1913. Konjunkturelle Dynamik und gesellschaftlicher Wandel im Zeitalter Franz Josephs I., Berlin 1972, 315.

52 AZZ, Kt. 1899, Statuten der Eisenindustrie-Actiengesellschaft Zenica § 5.

53 Ebenda, § 4.

54 Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Haus-Hof-Staatsarchiv (HHStA), Generaldirektion der Privat- und Familienfonds, (Gen Dion PFF), Zl. 4884/1899, Beilage Erste ordentliche Generalversammlung der Eisenindustrie-Actiengesellschaft „Zenica“ am 30. Mai 1900; Compass 1901/02, 1121.

Die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft im Jahr 1899 fand naturgemäß in der Zusammensetzung der beiden obersten Gremien des Unternehmens ihren Niederschlag: Das Präsidium des Direktionsrates ging von Gottlieb Bondy, der nunmehr in den Aufsichtsrat wechselte, an Graf Meran über. Die sechs Mitglieder des Direktionsrates waren: Hofrat Franz Poech, Chef der Montanabteilung des k. k. gemeinsamen Ministeriums für Bosnien-Herzegowina sowie Direktionsmitglied der Varešer Eisenindustrie-Aktiengesellschaft, Adolf Schmid-Schmidfelden, Léon Bondy, Ferdinand Hauttmann, Werksdirektor bei der Alpine-Montantgesellschaft und Max Bondy. Moriz Schmid-Schmidfelden, langjähriger Vizepräsident des Unternehmens war nunmehr wie Gottlieb Bondy Mitglied des dreiköpfigen Aufsichtsrats, der von Anton Stomka, Direktionsmitglied der Varešer Eisenindustrie-Aktiengesellschaft ergänzt wurde.⁵⁵ Die ‚Doppelgleisigkeit‘ von Poech, Stomka und Hauttmann legt den Schluss nahe, dass mit deren Berufungen nicht nur Fachleute von exzellentem Ruf an Zenica gebunden werden sollten, sondern kann auch als erstes Vorzeichen des im Jahr 1902 erfolgten Beitritts der Eisenindustrie AG Zenica zum österreichisch-ungarischen Eisenkartell interpretiert werden.

„In Ausführung der Beschlüsse der außerordentlichen General-Versammlung vom 18. Februar 1900 wurden 2000 Stück Stück Actien à 200 K al pari, im Gesamtbetrage von 400.000 K begeben, und beträgt nunmehr das eingezahlte Actienkapital 3.000.000 K, daher nach den Statuten noch weitere 500.000 K begeben werden können.“⁵⁶ Nichts aus diesem lapidaren Satz im ersten Geschäftsbericht der nunmehrigen Aktiengesellschaft deutet darauf hin, dass es sich bei dieser Begebung um das Haus Habsburg handelte, das sich noch vor Beschluss der außerordentlichen Generalversammlung, nämlich bereits Ende Dezember entschlossen hatte, in das Unternehmen 400.000 Kronen zu investieren.⁵⁷ Jegliche Vermutung, inwieweit Graf Meran mögli-

55 ÖStA, HHStA, Gen Dion PFF, Zl. 4884/1899, Beilage: Rundschreiben der Eisenindustrie-Aktiengesellschaft Zenica vom November 1899; ganz offenbar hatten einige der ehemaligen Besitzer von ihrer Option nicht Gebrauch gemacht, ihre nur zur Hälfte eingezahlten Aktien voll einzuzahlen, sodass sich bereits ein Jahr später der Direktionsrat um drei Mitglieder erweitert hatte. So findet sich beispielsweise nunmehr auch Johann Baptist Schmarada, der Aktien im Wert von 80.000 Kronen zeichnete, unter den Mitgliedern des Direktionsrates des Unternehmens. Ebenda, Schreiben Johann Baptist Schmarada an Generaldirektion der Privat- und Familienfonds vom 22. November 1899; Compass 1901/02, 1118–1121.

56 ÖStA, HHStA, Gen Dion PFF, Zl. 4884/1899, Beilage, Erste ordentliche Generalversammlung der Eisenindustrie-Aktiengesellschaft „Zenica“ am 30. Mai 1901.

57 Die Aktien wurden zu jeweils gleichen Teilen dem Besitz des Privat- und des Familienfonds zugeschrieben. Ebenda, pro domo: Anweisung der GenDion vom 28. Dezember 1899, den Transfer der Summe am 2. Jänner 1900 durchzuführen.

cherweise hinter den Kulissen Einfluss auf die Entscheidung des Kaiserhauses, sich an dem Unternehmen zu beteiligen, genommen haben mag, fällt in den Bereich der reinen Spekulation. Aus den Akten geht hervor, dass Johann Baptist Schmarda, der Präsident der Internationalen Handels- und Transportgesellschaft und langjähriges Mitglied des Direktionsrats der 1895 gegründeten Varešer Eisenindustrie-Aktiengesellschaft, der Generaldirektion der Privat- und Familienfonds die Übernahme eines Aktienpaketes in der Höhe von 400.000 Kronen empfahl und diese daraufhin Erkundigungen über das Unternehmen beim gemeinsamen Finanzminister Kallay sowie Franz Poech von der bosnisch-herzegowinischen Montanbehörde einholte, ehe sie am 16. Dezember 1899 Schmarda eine positive Antwort zukommen ließ.⁵⁸ Allerdings sollte eines der Argumente, das unter anderen für den Kauf der Aktien gesprochen hatte, in den nächsten drei Jahren nicht schlagend werden. Das Unternehmen schüttete in den Jahren von 1900 bis 1903 keine Dividenden aus, da die erzielten Reingewinne zur Abschreibung der Renovierungskosten dienten. Jedoch wurden der Generaldirektion 1900, wie vor Ankauf der Aktien vereinbart, 20.000 Kronen überwiesen, welche die fünfprozentige Verzinsung des investierten Kapitals repräsentierten. Die Investition des Kaiserhauses begann ab dem Jahr 1904 jährliche Renditen abzuwerfen, als das Unternehmen erstmals nach der Sistierung wiederum eine Dividende von zehn Prozent auszahlte. Die bis 1910 ausgeschütteten Dividenden betragen 377.600 Kronen und entsprachen einer durchschnittlichen Verzinsung des investierten Kapitals von 7,19 Prozent.⁵⁹

Nach Beendigung der Modernisierungsarbeiten 1901 verfügte die Eisenindustrie AG Zenica über zwei Martinöfen, zwei Gas-Puddelöfen und drei Gas-Schweißöfen mit je einer neuen Block-, Mittel- und Feinstrecke.⁶⁰ Die Rohstoffe wurden weiterhin aus dem Varešer Hochofen und dem Kohlenbergwerk von Zenica bezogen. Die Produktion des Werkes bestand fast ausschließlich aus Walzware (Draht, Stabeisen und Schienen), die in der Bauindustrie Verwendung fand. In den folgenden Jahren konnte das Unternehmen eine sehr gute Geschäftsentwicklung verzeichnen, da die bosnisch-herzegowinische Landesregierung den Ausbau des Eisenbahnnetzes forcierte und 1901 eine große Menge an Schienen geordert hatte. Der Beitritt zum öster-

58 Schmarda weist in seinem Schreiben auf die hochkarätige Besetzung des Direktionsrates hin, der sich aus bekannten Eisenindustriellen und Fachleuten zusammensetzte. Er gibt ferner an, dass Graf Meran Aktien im Wert von 480.000, die Gruppe Bondy 360.000, Hans von Pengg 180.000, Adolf Schmid 240.000 und Hans Offner 100.000 Kronen übernommen hatten. Ebenda, Schreiben Johann Baptist Schmarda an Generaldirektion der Privat- und Familienfonds vom 22. November und 13. Dezember 1892.

59 ÖStA, HHStA, GenDion PFF, Zl.1532/1911, Aktenvermerk vom 8. April.

60 Compass 1901/02, 1121.

reichisch-ungarischen Eisenkartell im darauffolgenden Jahr sicherte nunmehr ein Produktionsminimum und garantierte den Zugang zu den Absatzmärkten in der gesamten Monarchie.⁶¹ Die Dividenden, deren Ausschüttung, wie schon erwähnt, wegen der Renovierungskosten bis 1904 ausgesetzt waren, rangierten in den folgenden Jahren zwischen einer Bandbreite von sechs bis 19 Prozent. Der wirtschaftliche Aufstieg des Unternehmens nach 1905 bis zum Kriegsausbruch spiegelt sich unter anderem auch im stetigen Zuwachs der Beschäftigten wider. Hatte man in den ersten Jahren nach der Gründung einen Direktor beschäftigt, der sowohl den technischen als auch administrativen Bereich leitete, wobei der Verkauf noch von Wien aus erledigt wurde, waren 1905 dafür bereits drei Personen zuständig. Der Beamtenstab war insgesamt auf 16 Personen angewachsen und die Zahl der Arbeiter auf 557, wovon 365 aus Bosnien-Herzegowina kamen. Auf dem Fabrikgelände gab es nunmehr ein eigenes Bürogebäude; die Zahl der Wohnhäuser für Beamte hatte sich von einem auf zwei und jene für die Arbeiter von drei auf zehn vermehrt; dazu hatte man ein eigenes Kaufhaus, eine Bäckerei und ärztliche Versorgungsräume errichtet. Bis 1913 hatten diese Anlagen eine weitere Ausdehnung erfahren: Hinzugekommen waren ein eigenes Werkspital und 20 Arbeiterwohnhäuser dienten nun der Unterbringung der im Werk beschäftigten Arbeiter, deren Zahl auf 750 angestiegen war.⁶² Das Werksgelände, das seit Beginn des Unternehmens durch systematische Zukäufe von angrenzenden Grundstücken vergrößert wurde, hatte mittlerweile eine Gesamtfläche von ca. 400.000 m² erreicht, und die Bahnanlage des Werkes war auf eine Länge von zehn Kilometer ausgedehnt worden.⁶³ Das Unternehmen war aber auch mit Problemen konfrontiert, die auf die prekären Arbeitsbedingungen zurückzuführen waren.⁶⁴ Da sich viele der Arbeiter einer bosnisch-herzegowinischen Arbeiterbewegung angeschlossen hatten, kam es auch im Werk der Eisenindustrie AG Zenica zu Streiks, die erst beendet wurden, nachdem den Arbeitern eine Verkürzung der Arbeitszeit garantiert worden war.

61 AŽZ, Kt. 1925, Situation der Eisenindustrie AG Zenica, Bericht vom 1. Oktober 1925; siehe dazu allgemein Andreas Resch, *Industriekartelle in Österreich vor dem Ersten Weltkrieg. Marktstrukturen, Organisationstendenzen und Wirtschaftsentwicklung von 1900 bis 1913*, Berlin 2002.

62 AŽZ, Kt. 1925, Situation der Eisenindustrie AG Zenica, Bericht vom 1. Oktober 1925; Grgić u. Natmeßnig, Adolf Schmid von Schmidfelden, 38.

63 AŽZ, Kt. 1925, Situation der Eisenindustrie AG Zenica, Bericht vom 1. Oktober 1925.

64 Der Großteil der Schwerarbeiter, die zumeist aus Bosnien kamen, arbeitete bei relativ geringer Entlohnung oft an sieben Tagen teilweise von 12 bis 16 Stunden.

Tabelle 2: Jahresergebnisse von 1907 bis 1913⁶⁵

Jahr	Reingewinn in Kronen	Produktion von Walzware in q	Absatz von Walzware in q	Dividende
1907	82.068,93	242.334		19%
1908	101.814,92	276.549	258.000	19%
1909		230.420	226.788	9%
1910	369.016,72	273.632	287.257	9%
1911	625.179,30	296.000	313.398	13%
1912	715.275,16	327.806	329.795	16%
1913	412.887,64	265.800	254.427	10%

Wie die oben stehende Tabelle anschaulich illustriert, schlug sich die steigende Profitabilität infolge der Modernisierung und des im Jahr 1902 erfolgten Beitritts zum österreichisch-ungarischen Eisenkartell speziell ab dem Jahr 1907 (in dem das Unternehmen erstmals eine Dividende von 19 Prozent ausschüttete) in allen betriebswirtschaftlichen Kennzahlen nieder. Erwirtschaftete das Unternehmen im Jahr 1907 einen Reingewinn von knapp über 82.000 Kronen, so stieg dieser bereits im Folgejahr über die 100.000 Kronen-Marke. Diese guten Ergebnisse bewogen das Direktorium erneut, in die Ausweitung der technischen Anlagen zu investieren. Zu diesem Zweck wurde die Eisenindustrie AG in Zusammenarbeit mit führenden Persönlichkeiten des österreichisch-ungarischen Eisenkartells unter Federführung der Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft an der Wiener Börse eingeführt. Die Initiative ging auf Graf Meran zurück, der dafür mit der Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft, der Prager Eisenindustrie- und der Österreichisch-Alpine Montangesellschaft ein Syndikat gegründet und diesem einen Teil seiner Aktien überlassen hatte.⁶⁶ Der Börsengang des Unternehmens erfolgte am 4. Mai 1908, und der Bezugspreis der Aktien wurde mit 615 Kronen festgesetzt. Schon im Jahr zuvor hatte die Niederösterreichische Escompte mit der Übernahme der im Rahmen der Kapitalerhöhung vom Jahr 1900 unbegeben gebliebenen 2500 Aktien zum Nominale von 200 Kronen in ihr Portfolio den Beginn ihrer Interessen an der Eisenindustrie AG Zenica gesetzt. Dem Unternehmen war damit ein Agio von 100.000 Kronen zugeflossen; im Rahmen des Börsengangs baute sie ihre Position durch die Übernahme eines weiteren Aktienpakets in ihr Portfolio aus. Dies schlug sich

65 Grgić u. Natmeßnig, Adolf Schmid von Schmidfelden, 39.

66 ÖStA, HHStA, Gen Dion, PFF, Zl. 5143/1907, Schreiben Schmarada an die Generaldirektion vom 18. April 1908.

naturgemäß in der Besetzung der obersten Gremien des Unternehmens nieder: Der Direktionsrat wurde um drei Mitglieder erweitert und setzte sich nun aus neun Personen zusammen. Die neu hinzugekommenen Mitglieder waren: Anton von Kerpely, Verwaltungsrat der Niederösterreichischen Escomptebank und Generaldirektor der Alpine Montangesellschaft; sowie die beiden Direktionsmitglieder der Niederösterreichischen Escompte, Wilhelm Kestranek und Maxime von Krassny. Im Aufsichtsrat musste dessen langjähriges Mitglied Hans Offner seinen Posten an Emerich Frank, einen der Prokuristen der Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft abtreten.⁶⁷ Damit wiesen Direktions- und Aufsichtsrat über ihre Mitglieder enge Querverbindungen sowohl zur Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft als auch zur Alpine Montangesellschaft auf, die sich in den letzten Jahren vor und während des Kriegs noch weiter vertiefen sollten.

Tabelle 3: Entwicklung des Aktienkurses 1908 bis 1914⁶⁸

Jahr	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914
Höchster	605	633	538	505	708	649	584
Tiefster	560	523	450	437	495	536	340

Im Jahr 1909 hatte das Unternehmen mit dem Rückgang der Preise für Stabeisen zu kämpfen, und das Direktorium war gezwungen, die Dividende um zehn Prozent zu kürzen, was wiederum zu Rückschlägen auf die Entwicklung des Aktienkurses der beiden Folgejahre führte. Schon 1910 kam es aber bereits wieder zu einer kleinen Erholung, da der Absatz von Walzware nunmehr wiederum gegenüber dem Vorjahr um 60.000q auf 287.000q anstieg. Die letzten Jahre vor dem Ersten Weltkrieg waren geprägt von einer steigenden Nachfrage nach Eisen in der österreichisch-ungarischen Monarchie und auch in Bosnien-Herzegowina, die sich nicht nur in einer beständigen Erhöhung der Produktion, sondern auch jener der Gewinne widerspiegelte. Als Rekordjahr ging das Geschäftsjahr 1912 in die damals zwar noch relativ kurze, aber bewegte Geschichte des Unternehmens ein. Die Leistungsfähigkeit aller Betriebsanlagen konnte voll ausgeschöpft werden, und das Werk erzielte mit 327.806q produzierter und 329.795q abgesetzter Ware die höchste Produktionsleistung während der Vorkriegsjahre. Ebenso konnte das Unternehmen von der in der Zwischenzeit erfolgten Erhöhung der Preise für Stab-

67 Compass 1908, 226–228 und Compass 1909, 233–236.

68 Grgić u. Natmeßnig, Adolf Schmid von Schmidfelden, 39.

eisen profitieren und verzeichnete eine weitere Steigerung des Reingewinns, der nunmehr die 700.000 Kronen-Marke überschritten hatte.⁶⁹ Das gute Geschäftsergebnis dieses Jahres bewog Direktorium und Aufsichtsrat, eine neuerliche umfassende Erweiterung der Werksanlagen einzuleiten. 1913 wurden ein weiterer Martinofen aufgestellt, eine Elektrozentrale zum Betrieb der Walzwerke sowie eine neue Feinstrecke mit mechanischem Kühlbett errichtet. Zwar führten die umfangreichen Investitionen kurzfristig zu finanziellen Engpässen, jedoch konnten nunmehr aufgrund der technischen Neuerungen die durchschnittlichen Arbeitszeiten von 13 auf 9,3 Stunden verkürzt und damit gleichzeitig die beträchtlichen Personalkosten eingespart werden.⁷⁰ Im letzten Friedensjahr gingen trotz der Erneuerungen der Werksanlagen Produktion (265.800q) und Absatz (254.427q) zurück. Der rückläufige Geschäftsgang spiegelte sich wegen der Kosten für die Umbauten sowie der infolge der Balkankriege erschwerten Lage auf dem Absatzmarkt auch in einem Rückgang des Reingewinns um nahezu 300.000 Kronen wider, der für 1913 mit 412.887,64 Kronen ausgewiesen wurde.⁷¹

Vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs erzeugte das Werk in Zenica Stab- und Façoneisen, Gruben- und Feldbahnschienen sowie härteren Stahl und war mit drei Martinöfen, die eine Leistungsfähigkeit von 500.000q Flusseisen auswiesen, sowie einer Zentralgeneratorenanlage zum Betrieb der Martinöfen des Stahlwerks und der zum Walzwerk gehörenden Schweißöfen ausgestattet. Die noch um die Jahrhundertwende im Werk weit verbreitete ‚Handarbeit‘ war bis dahin größtenteils durch elektrisch angetriebene Hilfsmaschinen ersetzt worden. So wurden beispielsweise Chargierkräne und elektrische Gusspfannen zur Bedienung der Martinöfen oder ein elektrischer Magnetkran für die Verladung der Ingots eingesetzt, und es erfolgte das Aufwickeln von Bandeisen und Aufhaspeln über elektrisch angetriebene Maschinen.⁷² Diese technischen Neuerungen hatten zu wesentlichen Verbesserungen in der Produktion geführt – die Eisenindustrie AG Zenica deckte im letzten Friedensjahr den gesamten Bedarf an Eisen Bonsnien-Herzegowinas ab, und die Werke Vareš und Zenica trugen den Anteil von 1,5 Prozent an der gesamten österreichisch-ungarischen Rohstahlproduktion bei, die in den Alpenvorländern sowie Böhmen, Mähren und Schlesien konzentriert war.

69 AŽZ, Kt. 1913, Geschäftsbericht für das Jahr 1913; Grgic u. Natmeßnig, Adolf Schmid von Schmidsfelden, 39f.

70 Ebenda, 40.

71 AŽZ, Kt. 1912, Geschäftsbericht für das Jahr 1912.

72 Ebenda, Kt 1925, Situation der Eisenindustrie AG Zenica, Bericht vom 1. Oktober 1925.

Die Kriegshandlungen blieben nicht ohne Auswirkungen auf die bosnisch-herzegowinische Wirtschaft.⁷³ Zum einen nahm der Staat im Rahmen der Kriegswirtschaft größeren Einfluss auf die Unternehmen, deren Leitung, wenn sie zur kriegswichtigen Industrie zählten, teilweise zentralen Behörden unterstand; Mitarbeiter konnten, wenn sie wehrpflichtig waren, bei Bedarf jederzeit einberufen werden. Da die Mobilisierungsrate bosnisch-herzegowinischer Männer im Vergleich zu den anderen Ländern der Habsburgermonarchie relativ hoch war, führte dies auch bei der Eisenindustrie Zenica AG zu einem vermehrten Arbeitskräftemangel. Zum anderen erschwerten die immer wieder auftretenden Engpässe in der Kohleversorgung und die kriegsbedingten Zerstörungen von Verkehrswegen den Zugang des Unternehmens zu seinen Absatzmärkten in der Monarchie und in Bulgarien sowie Rumänien; zudem war auch der inländische Gütertransport wegen der verstärkten Inanspruchnahme der Bahnlinien durch das Militär stark eingeschränkt.⁷⁴ Unter diesen Umständen ist es nicht allzu verwunderlich, dass die Aufrechterhaltung des Betriebs das Management im Laufe der Kriegsjahre vor große Herausforderungen stellte. Die im Jahr 1913 durchgeführten Werksweiterungen konnten nun nicht mehr in vollem Ausmaß genützt werden, und wie aus der folgenden Tabelle ersichtlich wird, waren die Auswirkungen des Krieges auf die Eisen- und Stahlindustrie in Zenica mit hohen Verlusten sowohl für die ehemaligen Eigentümer als auch die weiteren Aktionäre verbunden.

Schon im ersten Kriegsjahr schüttete das Unternehmen keine Dividende mehr aus und behielt diese Praxis bis zum vorletzten Kriegsjahr bei. Ähnlich dramatisch schlugen sich die Kriegseignisse in den Defiziten nieder, die das Werk in den Jahren 1915 und 1916 schrieb, nachdem es bereits 1914 mit 1.482,20 Kronen einen deutlich geringeren Gewinn als im letzten Friedensjahr erzielt hatte. Der für 1915 ausgewiesene Bruttogewinn war um 200.000 Kronen zurückgegangen und machte nur noch ein Viertel des Rekordjahres 1912 aus. War es vielen anderen österreichischen und ungarischen Eisenwerken gelungen, sich vom Rückschlag im ersten Kriegsjahr 1915 zu erholen, so trat in Zenica eine weitere Verschärfung der ohnedies bereits seit den Balkankriegen prekären Produktions- und Ertragsverhältnisse auf. Von 1912 bis 1915 gingen Produktion und Absatz von Walzwaren um 55 Prozent zurück und waren damit auf das Niveau von 1902 gesunken.⁷⁵ In den folgenden Jahren verstärkte sich, wie aus folgender Tabelle hervorgeht, dieser rückläufige

73 Ebenda.

74 Die Bilanzen, Beilage zum Österreichischen Volkswirt, 9. Jg., Nr. 36 vom 3. Juni 1916, 196; Grgić u. Natmešniĝ, Adolf Schmid von Schmidfelden, 42; Sugar, Industrialization, 188; Manfred Reinschedl, Die Aufrüstung der Habsburgermonarchie von 1880 bis 1914 im internationalen Vergleich, Diss., Universität Wien 1999, 238.

75 Die Bilanzen, 9. Jg., Nr. 36 vom 3. Juni 1916, 196.

Trend nur noch weiter und hatte zur Folge, dass das Unternehmen 1918 sowohl die schlechtesten Produktions- als auch Absatzzahlen seit 1899, dem Jahr seiner Umwandlung in eine Aktiengesellschaft auszuweisen hatte.⁷⁶

Tabelle 4: Jahresergebnisse von 1914 bis 1918⁷⁷

Jahr	Reingewinn in Kronen	Produktion von Walzware in q	Absatz von Walzware in q	Dividende
1914	1.482,20	227.793	205.564	0%
1915	-187.116,81	140.192	141.318	0%
1916	-156.278,12	172.146	178.000	0%
1917	210.219,98	164.977	170.957	5%
1918	651.504,79	117.992	119.688	15%

Einerseits ging dies auf die Erhöhung der Preise für Rohstoffe und Hilfsmaterialien sowie auf den allgemeinen Preisanstieg zurück, der sich wiederum in der Erhöhung der Produktionskosten niederschlug. Andererseits führten bei der Erzschrüfung auftretende Schwierigkeiten, die gestörten Transportabläufe sowie die Inanspruchnahme der bosnischen Kohlenbergwerke für militärische Zwecke und der immer wieder auftretende Mangel an geschultem Personal zu vorübergehenden Einstellungen des gesamten Werkbetriebes.⁷⁸ Der andauernde Kriegszustand bedingte, wie oben erwähnt, nicht nur einen steigenden Mangel an qualifizierten Arbeitern, sondern führte aufgrund der Lebensmittelknappheit auch zur zunehmenden Unterernährung der im Werk verbliebenen Belegschaft. Auch in den beiden letzten Kriegsjahren verbesserte sich die Lage nicht wesentlich: Einsparungen waren lediglich im Rahmen der Transportkosten bei Lieferungen für militärische Zwecke zu erzielen, und gegen Mitte des Jahres 1917 gelang es der Werksleitung, die verbesserte Verkehrslage zu nutzen und einen Großteil der Lagerbestände zu verkaufen. Damit war der Unternehmensleitung die Möglichkeit gegeben, das Jahr 1917 mit einem Gewinn von über 200.000 Kronen abzuschließen; ähnlich gestaltete sich die Situation des Unternehmens im letzten Kriegsjahr, in dem ausschließlich durch eine Übertragung aus den Vorjahresbilanzen ein Reingewinn von über 651.000 Kronen ausgewiesen werden konnte.⁷⁹

⁷⁶ AŽZ, Geschäftsberichte für die Jahre 1900 bis 1918.

⁷⁷ Grgić u. Natmeßnig, Adolf Schmid von Schmidfelden, 43.

⁷⁸ Ebenda, Kt. 1916, Protokoll der Direktionssitzung vom 30. März 1916 sowie Geschäftsberichte pro 1915 bis 1918.

⁷⁹ Ebenda, Geschäftsberichte für die Jahre 1916 bis 1918; Die Bilanzen, 10. Jg., Nr. 35

Die Firmenleitung, der nach wie vor Vertreter der Gründer angehörten⁸⁰, manövierte das Unternehmen mit großen Mühen durch den Krieg. Offenbar rechnete man aber bereits zum Zeitpunkt der letzten Generalversammlung vor Kriegsende, die am 26. April 1918 stattfand, mit weiteren Schwierigkeiten, sobald der Krieg beendet sein würde, da jene Passagen der Statuten der Gesellschaft, die die Abhaltung von Generalversammlungen regelten, abgeändert wurden. Zum einen reichte nunmehr bereits die Hinterlegung eines Zehntels – bisher der Hälfte – der ausgegebenen Aktien zur Einberufung einer Generalversammlung und deren Beschlussfähigkeit aus, zum anderen war man in Zukunft nicht mehr an die Verpflichtung gebunden, die Generalversammlung in Zenica abzuhalten, sondern konnte den Ort für das jährliche Zusammentreffen der Aktionäre frei wählen. Die 14 Aktionäre oder deren Vertreter, die an dieser Generalversammlung teilnahmen, repräsentierten 13.139 der insgesamt 17.500 ausgegebenen Aktien oder 75,1 Prozent des Aktienkapitals. Dieses war seit dem Jahr 1900 unverändert geblieben und betrug nach wie vor 3,5 Millionen Kronen, die Besitzverhältnisse hatten jedoch seither, wie aus der unten angeführten Tabelle hervorgeht, eine deutliche Veränderung erfahren.

Im Gegensatz zur ursprünglichen Intention Moriz Schmid, das Unternehmen im Wesentlichen frei vom Einfluss einer Bank zu halten, befanden sich zum Zeitpunkt der letzten Generalversammlung insgesamt 7.017 Aktien der Eisenindustrie AG Zenica und damit etwas über 40 Prozent im Portfolio der Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft bzw. im Besitz von sieben Mitgliedern der obersten Etagen dieser Bank. Dies spiegelt sich nicht nur an der Präsenz von sieben Vertretern der Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft bei der Generalversammlung der Eisenindustrie AG Zenica am 26. April 1918 wider, sondern auch an den Positionen, die drei Repräsentanten der Niederösterreichischen Escompte im Aufsichts- bzw. Direktionsrat des Unternehmens bekleideten. Wilhelm Kestranek, Vizepräsident des Direktionsrates der Niederösterreichischen Escompte, wahrte als Mitglied im Aufsichtsrat die Interessen der Bank und Maxime von Krassny, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft, vertrat ihre Interessen als Vizepräsident des Direktionsrates der Eisenindustrie AG, dessen langjähriger Präsident Graf Meran unter anderem auch Mitglied des Verwaltungsrates der Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft war.

vom 1. Juni 1918, 184.

80 Nach dem Tod von Moriz und Adolf Schmid von Schmidfelden im Jahr 1917 übernahm der Bruder Adolfs, August Schmid von Schmidfelden das Mandat seines Bruders und wurde Mitglied des Direktionsrates. AŽZ, Geschäftsbericht pro 1918; Grgić u. Natmeßnig, Adolf Schmid von Schmidfelden, 43, Compass 1919, 1293.

Tabelle 5: Aktienverteilung gemäß Präsenzliste der Generalversammlung vom 26. April 1918⁸¹

Präsenz	Aktien
Johann Offner	277
Hans von Pengg	242
Verlassenschaft Adolf von Schmid (vertreten von August Schmid)	189
August Schmid	189
Verlassenschaft Moriz von Schmid (vertreten von August Schmid)	200
Ing. Paul Friem	50
Dr. Johann Graf v. Meran	47
Maxime von Krassny	25
Wilhelm Kestranek	25
Ferdinand Hauttmann	25
Dr. S. Pokorny	25
Max von Bondy	25
Felix Stransky	25
Oskar Rothballer	25
Dr. Emerich Frank	25
Dr. Viktor Glaser	25
Hofrat Franz Poech für die b.-h. Landesregierung	2.600
Generaldirektion der Privat- und Familienfonds Sr. k.u.k. Apostolischen Majestät	2.300*
Niederösterreichische Escompte-Gesellschaft	6.820
Gesamt	13.139

**Das Kaiserhaus erwarb im Jahr 1907 noch 300 Stück von Graf Meran zum Kurswert von 240 Kronen und bezahlte zuzüglich der für 180 Tage angefallenen Zinsen insgesamt 73.500 Kronen. ÖStA, HHStA, Gen Dion PFF, Zl. 2577/1907.*

Bereits vor der Generalversammlung, am 4. April 1918, war von der Generaldirektion der Privat- und Familienfonds der Gedanke ventiliert worden, das Aktienpaket des Kaiserhauses abzustoßen, das immerhin einen Anteil von 13,2 Prozent des Aktienkapitals repräsentierte. Dafür sprach, dass zum einen die Aktie zum damaligen Zeitpunkt mit 500 Kronen an der Börse notier-

81 ABH, ZMF, GZl. 127–36/30/1918, Beilage, „Eisenindustrie AG Zenica“, Statutenänderung vom 6. Mai 1918.

te und man den guten Kurs ausnützen könnte, da dieser in keinerlei Relation mit der von der Eisenindustrie AG für 1917 ausgeschüttete Dividende stünde und aufgrund der angespannten Lage auch in Zukunft keine Besserung der Betriebsergebnisse zu erwarten war. Zum anderen garantierte die Tilgung der Kriegsanleihen eine konstante fünfprozentige Verzinsung des investierten Kapitals, wohingegen in den Jahren von 1914 bis 1916 die Zahlung von Dividenden ausgesetzt worden war.⁸² Man wandte sich zuerst an Graf Meran, dem 1907 das Vorkaufsrecht auf das Aktienpaket eingeräumt worden war; dieser aber trat von diesem zurück und bot sich an, der Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft von der Absicht des Kaiserhauses Mitteilung zu machen.⁸³ Maxime von Krassny, der ursprünglich zugesagt hatte, das Aktienpaket zum Kurs von 400 Kronen pro Aktie in das Portfolio der Bank zu übernehmen, nahm infolge des Kursanstiegs der Aktie seine Zusage zurück, erklärte sich jedoch bereit, den Verkauf des Aktienpakets zu übernehmen.⁸⁴ Nach Erteilung des pouvoirs durch Kaiser Karl und die Erbin Franz Josefs, die Aktien zu veräußern, erging am 2. Mai 1918 die Weisung der Generaldirektion der Privat- und Familienfonds an die Niederösterreichische Escompte-Gesellschaft, die Aktien zu einem Mindestpreis von 450 Kronen über die Börse zu verkaufen.⁸⁵ Ein Bericht der Gespanschaft Zenica an das Ministerium für Handel und Industrie vom Juli 1919 lässt den Schluss zu, dass die Aktien tatsächlich noch vor Kriegsende abgestoßen wurden.⁸⁶ Geht man davon aus, dass das Aktienpaket zum Mindestwert von 450 Kronen pro Aktie verkauft wurde, dann wurden damit 1,035.000 Kronen erzielt. Zieht man zusätzlich in Betracht, dass dem Kaiserhaus von 1900 bis 1918 aus den Dividenden immerhin 580.000 Kronen zugeflossen waren, und stellt diese in Relation mit dem Ankaufswert von 473.500 Kronen, dann hatte sich das Engagement an der Eisenindustrie AG Zenica für das Kaiserhaus gelohnt, da damit ein Gewinn von insgesamt 1,141.500 Kronen erzielt werden konnte.⁸⁷

82 ÖStA, HHStA, Gen Dion, PFF, Zl. 1180/1918 vom 5. April 1918 sowie Zl. 1366/1918, Aktenvermerk vom 2. Mai 1918.

83 Ebenda, 1180/1918, Beilage Schreiben Meran an die Generaldirektion ohne Datum.

84 Ebenda, Zl. 1497/1918, Schreiben der Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft an die Generaldirektion der Privat- und Familienfonds vom 27. April 1918.

85 Ebenda, Zl. 1366/1918, Aktenvermerk vom 2. Mai 1918.

86 In den Beständen finden sich keine Akten zu den Modalitäten des Verkaufs selbst. Lediglich in einem Bericht der Gespanschaft Zenica wird erwähnt, dass die Aktien vermutlich noch vor Kriegsende verkauft wurden. ABH, Ministerium für Handel und Industrie, GZl. 209/3/324/1919, Bericht der Gespanschaft Zenica an das Ministerium für Handel und Industrie vom 31. Juli 1919.

87 Die Berechnungen basieren auf Angaben aus ÖStA, HHStA, Gen Dion, PFF, Zl. 1497/1918.

Somit hatte sich in den 26 Jahren, die seit der Gründung der Eisen- und Stahlgewerkschaft vergangen waren, der Einfluss deren Gründer nur allzu deutlich abgeschwächt: Der Kapital- und Materialeinsatz der Familie Bondy, der zur Zeit der Gründung noch 40 Prozent des gesamten Kapitals der Eisen-gewerkschaft entsprach, war auf 25 Aktien oder 0,14 geschrumpft; die Betei-ligung der Familie Schmid an dem Unternehmen mit 30 Prozent zur Zeit der Gründung war bis 1918 auf 3,3 Prozent zurückgegangen und entsprach ins-gesamt 578 Aktien der Eisenindustrie AG; Hans von Pengg hielt 242 Akti-en (1,4 Prozent) und Johann Offner, der seinen Einfluss im Unternehmen of-fenbar gestärkt hatte und seit ein paar Jahren wiederum im Aufsichtsrat saß, war Inhaber von 277 Aktien (1,6 Prozent).⁸⁸ Die dominierende Mehrheitsbetei-ligung der Gründer, die auch nach dem Einstieg des Grafen Meran im Jahr 1894 und der Übernahme des Aktienpakets durch die Generaldirektion des Privat- und Familienfonds Ende des Jahres 1899 gegeben war, hatte sich nach der Kapitalerhöhung von 1900, dem Börsengang des Unternehmens im Jahr 1908 bis zum Ende des Ersten Weltkriegs in eine Minoritätsbeteiligung von etwas über sechs Prozent verwandelt.

Ausblick

Mit der Ausrufung des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS) im Dezember 1918 befand sich die Eisenindustrie AG Zenica mit einem Schlag auf ausländischem Boden und fiel in den Hoheitsbereich eines der Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie. Das Unter-nehmen verlor infolgedessen sofort seine bevorzugte Stellung und stürzte in eine Krise, die es erst Mitte der 1930er Jahre überwinden sollte. Wie alle Sukzessionsstaaten war auch der SHS-Staat bestrebt, eine eigenständig funk-tionierende, von den finanziellen und wirtschaftlichen Verflechtungen des ehemaligen Habsburgerreiches losgelöste Volkswirtschaft zu errichten. Eine der ersten Maßnahmen, die von allen Regierungen der Nachfolgestaaten ge-setzt wurde, war die im Frühjahr 1919 durchgeführte Währungstrennung, die das Ende der gemeinsamen Währung besiegelte. Danach folgten Schritte, die darauf abzielten, den von den Wiener Großbanken dominierten Bankensek-tor und die bedeutenden Industriezweige dieser Staaten sukzessive in den Be-

88 Die Beteiligung des Grafen Meran, die mit einem Anteil von 480.000 Kronen (2400 Ak-tien) noch 13,7 Prozent entsprochen hatte war auf 0,2 Prozent gesunken. Die bosnisch-herzegowinische Landesregierung hielt nach wie vor die ihr im Zuge der 1899 erfolgten Umwandlung der Eisen- und Stahlgewerkschaft Zenica in eine Aktiengesellschaft über-gegebenen 2600 Aktien (20 Prozent) die seit der Kapitalerhöhung 1907 einem Anteil von 14,8 Prozent entsprachen. ABH, ZMF, GZl. 217–36/30/1918, Statutenänderung, Beilage Eisenindustrie AG Zenica vom 6. Mai 1918.

sitz inländischer Aktionäre zu transferieren.⁸⁹ Auch der SHS-Staat war interessiert, die für ihn so bedeutende Metallindustrie Bosnien-Hezegowinas in inländischen Besitz zu bringen, allerdings schon bald mit der Intention, diese mehrheitlich in Staatseigentum zu überführen.⁹⁰ Dies blieb in den unmittelbaren Nachkriegsjahren nicht ohne Auswirkungen auf die Eisenindustrie AG Zenica. Das Unternehmen stand aufgrund der ungeklärten Besitzverhältnisse vor großen Problemen und dies führte zu Beginn der 1920er Jahre⁹¹ dazu, dass die Aktienmehrheit zunächst in den Besitz der Adriatischen Bank und der Greinitz Industrie- und Eisenhandels AG, Sarajevo, übergang, die beide ihren Sitz im SHS-Staat hatten. Bis 1925 wurde die Aktienmehrheit in den Besitz des SHS-Staates überführt.⁹²

89 Charlotte Natmeßnig, Britische Finanzinteressen in Österreich. Die Anglo-Oesterreichische Bank, Wien, 1998, 205, 210.

90 „Durch die Schaffung einer leistungsfähigen einheimischen Eisenindustrie wird nicht nur die Unabhängigkeit des Staates vom Auslande gesichert, dieselbe wird auch belebend auf die gesamte Volkswirtschaft einwirken und auf diese Weise zur Hebung des Wohlstandes des Staates beitragen.“ AŽZ, Kt. 1923, Das Eisenwerk Zenica und die Ausgestaltung der bosnischen Eisenindustrie, 9. Oktober 1923; Kt. 1925, Situationsbericht vom 1. Oktober 1925.

91 Bereits 1922 waren die ehemaligen Eigentümer nicht mehr im Direktions- bzw. Verwaltungsrat vertreten, ihre Positionen waren von Repräsentanten der Adriatischen Bank und der Greinitz Industrie- und Eisenhandels AG Sarajevo übernommen worden. Compass 1923, Bd. III, 340; Grgić u. Natmeßnig, Adolf Schmid von Schmidfelden, 48–51.

92 Das ab diesem Jahr nur noch unter dem Namen „Industrija gvžda d.d. Zenica“ firmierende Unternehmen stieg Mitte der 1930er Jahre zum Monopolbetrieb der jugoslawischen Eisen- und Stahlindustrie auf. Im Zweiten Weltkrieg zählte es zu den kriegswichtigen Industriebetrieben der deutschen Besatzung und wurde nach Kriegsende im kommunistischen Jugoslawien zum Motor des Wiederaufbaus. 1998 wurde das Werk privatisiert und nach mehreren Besitzwechseln erfolgte 2004 seine Eingliederung in den mittlerweile weltgrößten Stahlkonzern ArcelorMittal Steel. Ebenda, 51–66; Compass 1929, 408f.

Die Gründung der *Tolstoi-Farm* in Lawley in Südafrika 1910

Historische Koordinaten eines *unmöglichen Unternehmens*

Gerhard Senft

Die heutige Bedeutung der Mitte des Jahres 1910 südwestlich von Johannesburg in Betrieb genommenen *Tolstoi-Farm* war zu ihrem Entstehungszeitpunkt in keiner Weise absehbar. Von welchem Wirtschaftsprojekt kann schließlich schon behauptet werden, den Stoff für eine von einem der wichtigsten Komponisten der Gegenwart verfasste Oper geliefert zu haben? Philip Glass (*1937) stellte 1980 das Bühnenstück *Satyagraha* fertig, in dem der Aufbau der *Tolstoi-Farm* ein tragendes Element bildet.¹ Die kurze, aber bewegte Geschichte des Genossenschaftsbetriebes fasziniert bis in die Gegenwart. Am 30. Mai 2010 fand auf dem einstigen Gelände der *Tolstoi-Farm* in Lawley eine von international tätigen Organisationen unterstützte Gedenkveranstaltung statt.²

Die *Tolstoi-Farm* vereinte landwirtschaftliche und handwerkliche Produktionsweisen. Ihr Hauptzweck bestand aber darin, neue Formen des Zusammenlebens und -arbeitens zu erproben. Im Rahmen des damals in Südafrika entstehenden *Passive Resistance-Movement* bildete sie zudem eine wesentliche Anlaufstelle. Ein Verständnis für das mit dem Siedlungsaufbau verbundene Ansinnen lässt sich erst durch entsprechende wirtschafts-, sozial-, und kulturgeschichtliche Bezüge herstellen. Diesem Erfordernis tragen jene Kapitel Rechnung, die der Beschreibung und der Einschätzung des Projektes *Tolstoi-Farm* vorangehen.

-
- 1 Philip Glass' Oper „Satyagraha“ wurde in Rotterdam 1980 erstmals aufgeführt, die amerikanische Uraufführung fand in New York 1981 statt. Die Metropolitan Opera nahm „Satyagraha“ im Jahr 2008 in ihren Spielplan auf. Philip Glass u. Constance de Jong, *Satyagraha: M. K. Gandhi in South Africa 1893–1914: The historical material and libretto comprising the opera's book*, New York 1983.
 - 2 „Centenary of Mahatma Gandhi's Tolstoy Farm (1910–2010).“ <http://theindicator.co.za/2010/05/centenary-of-mahatma-gandhi%E2%80%99s-tolstoy-farm-1910-2010/> [8. Juni 2010].

1873: Das Ende einer Boomperiode

Im Rahmen der Weltwirtschaft waren in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts neben krisenhaften Entwicklungen immer wieder auch viel versprechende Anläufe zu verzeichnen. Der Trend ging bereits eindeutig in Richtung Großproduktion, wissenschaftliche Erkenntnisse kamen auf breiter Ebene in Anwendung, der Technologiebereich (Verkehrs- und Kommunikationswesen) übernahm eine wichtige Schrittmacherrolle. Die Gründerzeit, also die Phase der 1860er und frühen 1870er Jahre, wurde vielerorts zur Start-up-Epoche des emanzipierten Bürgertums. Gekennzeichnet war diese Zeitspanne hektischer Betriebsamkeit von einem Boom in der Bauwirtschaft. Fabriken, Banken und Versicherungsunternehmen schossen aus dem Boden. Neue Finanzierungsformen förderten die wirtschaftliche Expansion, auch der öffentliche Sektor erhöhte seine Investitionstätigkeit massiv (Stadterweiterung, Flussregulierung etc.). Die sich ausbreitende Euphorie schien grenzenlos. Besondere Erwartungen hegten viele Anleger im Hinblick auf die Wiener Weltausstellung, deren Eröffnung für den Mai 1873 geplant war. Doch die Hoffnungen auf einen Besucherrekord sollten sich nicht erfüllen. Die Ausstellung endete nach dem Ausbruch einer Choleraepidemie in einem Desaster und führte in die größte Börsenkatastrophe des 19. Jahrhunderts.³ In Windeseile begann der Bankensektor mit Kreditkündigungen, die Verknappung der Geldmittel wieder bedeutete für zahlreiche Unternehmen den Ruin. Auch am amerikanischen Aktienmarkt nahmen die Probleme überhand. Im September 1873 brach eines der zentralen, mit der Finanzierung des Eisenbahnsektors befassten US-Geldinstitute zusammen, und löste damit eine allgemeine Panik aus. Zum ersten Mal in der Geschichte der New Yorker Börse musste der Handel mit Wertpapieren temporär eingestellt werden. Der Ausbau der Eisenbahnstrecken wurde größtenteils gestoppt, in der Folge gingen mehrere Dutzend Bahnlinien Bankrott. Die Kurseinbrüche in Wien im Verein mit der schweren Eisenbahnkrise in den USA führten schließlich zu einem Flächenbrand, der ein Land nach dem anderen erfasste. Nach dem Eisenbahnbau und dem industriellen Bereich begannen auch andere Sparten ihre wirtschaftlichen Aktivitäten zu reduzieren. Ein markanter Preisverfall setzte ein, Betriebszusammenbrüche standen an der Tagesordnung, in der Folge sanken die Löhne

3 Ausführlich zum Börsenkrach von 1873 und zur anschließenden Weltwirtschaftskrise: Herbert Matis, *Gründerzeit, Börsenkrach und Wirtschaftskrise in der Habsburgermonarchie*, Habilitationsschrift, Hochschule für Welthandel, 2 Bände, Wien 1971. Herbert Matis, *Österreichs Wirtschaft 1848 – 1913. Konjunkturelle Dynamik und gesellschaftlicher Wandel im Zeitalter Franz Josephs I.*, Berlin 1972, 260ff.

und die Arbeitslosigkeit nahm zu. Die Ausläufer der großen Depression sollten bis in das Jahr 1896 reichen.⁴

Auch abseits der Sektoren des Finanzkapitals und der Industrie zeigte die Weltwirtschaft des ausgehenden Jahrhunderts schwerwiegende Defekte. Ende der 1870er Jahre mehrten sich die Schreckensmeldungen über schwere Missernten, welche die Folgen der Rezession noch verstärkten. Irland erlebte eine Hungersnot ähnlich der in den *hungry forties* und wie sie seit der rasanten ökonomischen Entwicklung der Gründerzeit nicht mehr vorstellbar erschienen war. Der Umstand, dass die Wirtschaft nicht mehr florieren wollte, korrelierte mit der Verbreitung einer prominenten naturwissenschaftlichen Theorie. Lord Kelvin hatte 1852 das zweite Gesetz der Thermodynamik formuliert, das im Wesentlichen besagt, dass der auf unterschiedliche Temperaturniveaus bezogene Energieaustausch im Weltall endlich ist, und deshalb angenommen werden muss, dass einmal „das ganze Universum eine einzige gleichmäßig erhitzte, träge Masse sein wird und daß dann alles, was Leben oder Bewegung oder Schönheit heißt, aufgehört hat, zu existieren“.⁵ Es ist auffällig, dass die Prognose über den Wärmetod der Welt in der Zeit ihrer ersten Formulierung so gut wie ohne Resonanz geblieben war, und dass sie erst nach der Veröffentlichung von Balfour Stewarts⁶ Buch *The Conservation of Energy* (1873) auch den Laien in Fragen der Physik erreichte und in der Folge all jenen Anschauungen als Argumentationshilfe diente, die dem zeitgängigen Progressionismus und dem Evolutionismus eine pessimistische Weltsicht entgegensetzten.⁷ Wie lange noch wird die Erde eine steigende Zahl von Menschen ernähren, fragte in Anschluss an den Bevölkerungstheoretiker Thomas Robert Malthus (1766–1834) der englische Autor Alfred Tennyson in „Locksley Hall. Sixty years after“ (1886), wie lange noch wird es wohl dauern, „bis diese erschöpfte Erde so tot sein wird wie der Mond? Denn tot nennt sie die Astronomie heute schon.“⁸

4 Auf die Jahre ökonomischer Stagnation und des Produktionsrückganges folgte 1880 ein schwacher Aufschwung, der sich ab 1883 merklich verstärkte, 1890 aber wieder in eine Depression umschlug. Von einer durchgehend stagnierenden Weltwirtschaft zu sprechen, wäre also verfehlt. Doch unter den insgesamt unsicheren Verhältnissen, zu denen die erratischen Zuckungen der Wachstumskurve beitrugen, zeigte sich die Krise vor allem als gravierendes sozialpsychologisches Phänomen.

5 Lord Kelvin (d. i. William Thomson, 1824–1907), in Irland geborener Physiker, zitiert in: Wolfgang Kemp, John Ruskin. Leben und Werk, München – Wien 1983, 381.

6 Balfour Stewart (1828–1887), schottischer Physiker.

7 Balfour Stewart, *The Conservation of Energy* (1874), New York 2008. Zur Entstehungsgeschichte des Pessimismus im 19. Jahrhundert: Theobald Ziegler, *Die geistigen und sozialen Strömungen des neunzehnten Jahrhunderts* (1899), Berlin 1911, 342ff. Ausführlich zur Gesamtproblematik: Gerhard Henschel, *Menetekel. 3000 Jahre Untergang des Abendlandes*, Frankfurt/M. 2010.

8 Alfred Tennyson (1809–1892), britischer Dichter des viktorianischen Zeitalters, zitiert in: Kemp, Ruskin, 5. 382.

Folgen der großen Krise

Verschiedene Veränderungen auf der politischen Ebene spiegelten die Verunsicherung und die Anspannung innerhalb der Gesellschaft wider. Der Glaube an die Segnungen einer freien Wirtschaft und das Vertrauen in das liberale System waren gebrochen. Mit der Herausbildung eines „Organisierten Kapitalismus“ wurde für das ökonomische Geschehen eine neue Richtung vorgegeben.⁹ Die Nachfrage nach der Problemlösungskapazität der öffentlichen Hand verdichtete sich, die Verschränkung von Staat und Wirtschaft nahm zu. Im industriellen Bereich vollzog sich ein beispielloser Konzentrations- und Monopolisierungsprozess.¹⁰ Das Verbändewesen (Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen) erlebte einen deutlichen Aufschwung. Zu den positiven Seiten dieser Entwicklung zählten die ersten Ansätze einer modernen Sozialgesetzgebung. Negativ bemerkbar machte sich hingegen das immer mehr von Spannungen durchsetzte Klima innerhalb der Staatengemeinschaft. Nachdem der deutsche Reichskanzler Bismarck Zölle zum Schutz der heimischen Industrie eingeführt hatte, ließen zahlreiche andere Länder ebenfalls ihre Grenzbalken herunter.¹¹

Unter den Krisenbedingungen verschärfte sich das imperialistische Herrschaftsstreben. Die ökonomisch vorangeschrittenen Staaten verlagerten ihre Hoffnungen nun vermehrt auf unerschlossene Gebiete. Im Gleichschritt mit der Ausweitung des Schutzzolles zeigte sich in den 1880er Jahren eine zunehmend aggressiver werdende Expansionspolitik. Die Okkupation Ägyptens durch England, die deutschen Kolonialeroberungen in Afrika, die französische Okkupation von Tunis und die Expedition nach Tonking, die Vorstöße Italiens in Assab und Massaua, der abessinische Krieg und die Gründung Eritreas, die englischen Eroberungen in Südafrika – alle diese Ereignisse bestimmten das Bild des ausgehenden Jahrhunderts in besonderer Weise.¹² Wesentlich ging es bei der Expansion in Afrika, Asien und La-

9 Vgl. Rudolf Hilferding, *Organisierter Kapitalismus* (1915), *Gravenhage 1973. Maurice Dobb, Organisierter Kapitalismus*, Frankfurt/M. 1966.

10 Andrew Carnegie oder John D. Rockefeller besaßen trotz der Krise noch immer genug Kapitalreserven und konnten so ihre Konkurrenz zu Spottpreisen übernehmen.

11 Das in seiner industriellen Entwicklung vorangeschrittene Großbritannien war bereits sehr frühzeitig, um 1830, zu einer antiprotektionistischen Außenwirtschaftspolitik übergegangen und blieb dem Freihandelssystem am längsten treu. Dieser Umstand hängt in erster Linie damit zusammen, dass es als ältestes Kolonialreich in seinem gewaltigen Besitz an nichtkapitalistischen Gebieten von Beginn an eine Operationsbasis fand, die seiner Kapitalakkumulation nahezu schrankenlose Aussichten bot und es tatsächlich außerhalb der Konkurrenz anderer kapitalistischer Länder stellte. Rosa Luxemburg, *Die Akkumulation des Kapitals* (1913), *Gesammelte Werke*, Band 5, Berlin 1975, 396f.

12 Luxemburg, *Akkumulation*, 396f.

teinamerika um neue Kapitalverwertungsmöglichkeiten, um Aufträge für die notleidenden Industrien am europäischen Kontinent. „Die Monopolisierung der nichtkapitalistischen Expansionsgebiete im Innern der alten kapitalistischen Staaten wie draußen in den überseeischen Ländern wurde zur Losung des Kapitals“¹³, analysierte Rosa Luxemburg 1913. Kolonialmacht „Nummer Eins“ war Großbritannien. Zwischen 1876 und 1914 wuchsen der englische Kolonialbesitz von 22,5 auf 33,5 Millionen km² (Einwohnerzahl 1876: 251,9; 1914: 393,5 Millionen), der französische Kolonialbesitz von 0,9 auf 10,6 Millionen km² (Einwohnerzahl 1876: 6,0; 1914: 55,5 Millionen).¹⁴ Zu Beginn des 19. Jahrhunderts waren 55 Prozent der Erdoberfläche von Westeuropa bzw. von Staaten abhängig gewesen, die aus europäischen Kolonien hervorgegangen waren. Dieser Anteil erhöhte sich bis 1876 auf 67 Prozent, bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges sogar auf 84,4 Prozent.¹⁵

Das Kolonialsystem bot aber nur den wenigsten der unterworfenen Räume günstige Bedingungen für eine weitere Entwicklung und brachte meist nicht mehr als eine Koexistenz vormoderner Gebiete mit kapitalistischen „Inseln“ hervor, in denen Plantagenwirtschaften bzw. extraktive Industrien bestimmend wirkten, wobei besonders in diesen Bereichen die Ausbeutung schlimmste Formen annehmen konnte. Als besonders dramatisch erwies sich, dass der Wettlauf der industrialisierten Länder um wirtschaftliche Einflusssphären die Spannungen auf internationaler Ebene massiv erhöhte. Im System der konkurrierenden Nationalstaaten spitzten sich die Rivalitäten zu, das Säbelrasseln und das Wettrüsten verstärkten sich deutlich. Immer stärker trat im Zuge verschiedener politischer Krisen (Faschoda-Konflikt 1898, Marokko-Krise 1905/06 und die Balkan-Krise 1911/13) die Bereitschaft hervor, Konflikte gegebenenfalls auch militärisch zu lösen. Das Bild der Jahrhundertwende war geprägt vom spanisch-amerikanischen Krieg 1898, vom Buren-Krieg im südlichen Afrika 1899–1902 und vom russisch-japanischen Krieg 1905.

„... Chaos! Who can tell how all will end?“¹⁶

Begleiterscheinung der Krise und der zunehmenden Aggressionspolitik war die mit einem tief greifenden Kulturpessimismus verbundene Ausbreitung nationalistischer, sozialdarwinistischer und rassistischer Ideologien. Die Be-

13 Ebenda, 396f.

14 Nikolai I. Bucharin, *Imperialismus und Weltwirtschaft* (1917), Wien – Berlin 1929, 2. Abschnitt, 5. Kapitel, <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/bucharin/1917/imperial/05-kap5.htm> [21. Oktober 2008].

15 Theodor Schieder, *Staatensystem als Vormacht der Welt 1848–1918*. (= *Propyläen Geschichte Europas*, Band 5), Berlin 1992, 293.

16 Alfred Tennyson, zitiert in: Kemp, Ruskin, 5. 382.

trachtungen eines Joseph Arthur de Gobineau (1816–1882), in denen die Ungleichheit zwischen den Menschen beschworen und ein „Kampf der Völker ums Dasein“ prognostiziert wird, erreichten im ausgehenden 19. Jahrhundert eine erhebliche Popularität.¹⁷ Eine Entsprechung im deutschsprachigen Raum fanden die Thesen des französischen Schriftstellers in den Ausführungen des alarmbereiten Philosophen Eduard von Hartmann (1842–1906). Hartmann vertrat einen militanten elitären Aristokratismus.¹⁸ Nur mit der Verwirklichung eines wahrhaft heroischen Programms – so war er überzeugt – könne der „Untergang der Welt“ abgewendet werden.

Der gedankliche Sprung zu Friedrich Nietzsches (1844–1900) heldenhaften „Ausnahmemenschen“ war nur ein kurzer.¹⁹ In seinen Notizen zu *Der Wille zur Macht* (die erste Buchausgabe erschien 1901) währte sich Nietzsche am Beginn eines „Zeitalters der Barbarei“.²⁰ Alles historische und zeitgenössische Geschehen, ist er überzeugt, ist reduzierbar auf die „Absicht zur Mehrung von Macht“.²¹ Da er Europa als „untergehende Welt“ sieht, gelte es, entsprechend gegenzusteuern.²² Ein Aufeinanderprall der Völker, der Krieg ist für den nihilistischen Philosophen eine unvermeidbare Notwendigkeit. Nur der Krieg aber hilft dem modernen Menschen, Stärke zu entwickeln. „Schwindsüchtige“ und im Alltagsgeschehen befangene „Herdenmenschen“ erscheinen ihm als Störfaktoren.²³ Mit einem entwicklungstheoretischen Denken, wie es bei Charles Darwin (1809–1882) grundangelegt ist, vermag er nichts anzufangen. Die *Entstehung der Arten* (1859) ist für ihn schlichtweg zu zukunftsoptimistisch orientiert. Nietzsche bevorzugt, nicht die „Menschen besser zu machen, sondern Umstände zu schaffen, die sie stark machen“.²⁴ In den herannahenden Auseinandersetzungen brauche es eine Herrschaft von Kriegsherren und Eliten. Keine Religion – ein Zeichen „erschöpfter Rasse“ –, keine Weltanschauung soll der Kraftprotzerei entgegenwirken.²⁵ Der moderne Liberalismus führt nach Nietzsche nur in die seichte „Mittelmäßigkeit“, den Sozialismus erkennt er als die „Tyrannei der Geringsten und

17 Arthur von Gobineau, Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen (1853 ff), 4 Bände, Stuttgart 1902.

18 Ziegler, Strömungen, 7, 364ff. Eduard von Hartmann, Philosophie des Unbewußten. Speculative Resultate nach inductiv-naturwissenschaftlicher Methode (1869), 3 Bände, Leipzig 1923.

19 Nietzsche, Friedrich, Der Wille zur Macht (1901), Werke in vier Bänden, Band 2, Salzburg 1983, 453.

20 Ebenda, 24.

21 Ebenda, 212.

22 Ebenda, 235.

23 Ebenda, 212.

24 Ebenda, 450.

25 Ebenda, 119.

Dümmsten“, bzw. „der Oberflächlichen und der Neidischen“. ²⁶ Und nicht zuletzt steht für ihn fest: „Demokratie ist die Verfallform des Staates.“ ²⁷

Die „Endzeitanthropologie“ wirkte nicht nur vor dem Ersten Weltkrieg als explosiver philosophischer Bellizismus, sie fand ihre Fortsetzung u. a. im Werk des Bestsellerautors Oswald Spengler (1880–1936). In *Der Untergang des Abendlandes* (1. Teil: 1918, 2. Teil: 1922) kochte Spengler die Themen Gobineaus, Hartmanns und Nietzsches mit frischen Zutaten versehen neu auf und halluzinierte einen Kampf um den Planeten, bei dem es um das Überleben der „weißen Rasse“ gehe. ²⁸ Diese erkennt Spengler als eine auserwählte Kaste ²⁹, die über einen Instinkt für Macht und Eigentum, für Familie, Fruchtbarkeit, Erbe sowie für Rangunterschiede und gesellschaftliche Gliederung verfügt. Dem modernen Rationalismus stellt Spengler die „preußische Idee“ entgegen, die er auf der rechten Seite des politischen Spektrums verortet. ³⁰ Spengler plädiert für ein autoritäres Führertum, wie er es am Beispiel Mussolinis verwirklicht sieht. Seine Denkansätze machten Spengler sowohl für die Vertreter der „Konservativen Revolution“, die eine am Modell der „Volksgemeinschaft“ orientierte ständisch-korporative Staatsauffassung propagierten (Tat-Kreis, Ernst Jünger), als auch für das NS-Regime interessant.

Gegenkulturelle Strömungen um 1900

Den Schrittmachern des Pessimismus und den apokalyptischen Herrenreitern gelang es um die Jahrhundertwende, die Diskurshoheit länderübergreifend zu erlangen. Doch machten sich auch Gegentendenzen bemerkbar. Diese richteten sich im Großen und Ganzen gegen eine bürgerliche Leitkultur, die sich in ihrem Normen- und Werteschema von den ursprünglich gesetzten friedlichen und emanzipatorischen Zielsetzungen verabschiedet hatte. Vermehrt wurde Kritik an den ausbeuterischen und entfremdeten Daseinsbedingungen innerhalb des Industriekapitalismus geäußert. Die Zerstörung der vielfältigen, durch das Leben gebotenen Potenziale zugunsten einer einseitigen Ausrichtung an Nutzen und Gewinn wurde einer fehlgeleiteten Zivilisation und dem unbedachten Einsatz neuer Technologien angelastet. Wesentlich ging es bei dieser Kritik um eine Wiedergewinnung konvivialer Beziehungen zwi-

26 Ebenda, 97.

27 Ebenda, 236.

28 Oswald Spengler, *Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte*, 2 Bände, München 1918/22.

29 Zum Thema „Kaste und Rassismus“ vergleiche: Wilfried Daim, *Die kastenlose Gesellschaft*, München 1960, 96ff.

30 Oswald Spengler, *Preußentum und Sozialismus* (1919), München 1934. Oswald Spengler, *Neubau des Deutschen Reiches*, München 1924.

schen den Menschen und um einen „Wiederanschluß an die Natur“.³¹ Den bestehenden autoritären Strukturen in der Gesellschaft, der Verwaltung „von oben“ bzw. dem Zentralismus wurden Modelle einer direkten Demokratie und der Selbstorganisation unter Mitbeteiligung aller Bürgerinnen und Bürger gegenübergestellt.

Diese Gegenkultur verfügte über durchaus prominente Exponenten: In den Vereinigten Staaten war Walt Whitman (1819–1892) unter dem Eindruck des Sezessionskrieges (1861–1865) zum unbeugsamen Antimilitaristen geworden.³² Die Ideale Whitmans – des „einzigen spezifischen amerikanischen Dichters ... , den Erdgeruch des Bodens, der ihn gezeugt, in Haar und Bart und Kleidern“ (Ferdinand Freiligrath) – finden sich in drei Worte zusammengefasst: Freiheit, Gleichheit, Demokratie.³³ Das zivilisationsflüchtige Moment spiegelte sich in seinem lyrischen Schaffen, in dem er positiven Wirkungen der Natur auf das menschliche Gemüt hervorhob. Whitman befasste sich insbesondere mit dem Dasein des einfachen, arbeitenden Menschen, er thematisierte die Gleichberechtigung der Geschlechter, Liebe und Sexualität behandelte er in einer für das prúde Amerika ungewöhnlichen Art und Weise. Als Kulturkritiker geißelte Whitman besonders die dubiosen wirtschaftlichen Machenschaften und die Korruption der Eliten, wie sie in den USA ab Mitte des Jahrhunderts feststellbar waren. In Großbritannien plädierten der Schriftsteller, Kulturphilosoph und Sozialreformer John Ruskin³⁴ (1819–1900) und der Dichter und Designer William Morris³⁵ (1834–1896) für eine „andere Moderne“. Beide erkannten verschiedene Defekte des Industriesystems, das sie besonders für den Verlust menschlicher Tugenden, ästhetischer Maßstäbe und für die Verkrüppelung der künstlerischen Schaffenskraft verantwortlich machten. Gemäß ihren wirtschaftsethischen Vorstellungen sollte der Mensch im Mittelpunkt allen Geschehens stehen. In ihren Vorschlägen traten sie für nachhaltig wirksame Projekte wie Gartenstädte und für eine Wiederbelebung der handwerklichen Tätigkeit ein.

31 Gustav Landauer, Aufruf zum Sozialismus (1911), Köln 1923, 145.

32 Eva Manske, Nachbemerkung, in: Walt Whitman, Tagebuch (1875), Leipzig 1985, 287–300.

33 Walt Whitman, *Leaves of Grass* (1855), New York 1986, 5–24, 142. Beachte im gegebenen Zusammenhang: O. V., Comparative Analysis of Walt Whitman's „Song of Myself“ and Leo Tolstoy's „The Death of Ivan Ilych“, in: <http://essaysite.com/categories/132-008.html> [20. April 2010].

34 Kemp, Ruskin, 5. Philipp Carl Maria Schnell, Die Kulturkritik bei Thomas Carlyle und John Ruskin, Dissertation, Mainz 1952. John Ruskin, *Menschen untereinander* (1900), Königstein, Leipzig 1927.

35 Hans-Christian Kirsch, William Morris – ein Mann gegen die Zeit. Dichter, Buchkünstler, Designer, Sozialreformer, Köln 1983. William Morris, *Kunde von Nirgendwo* (1890), Osnabrück 2004.

Die Kultur- und Gesellschaftskritik Leo Tolstois

Zu den gewichtigsten Vertretern des geistigen Aufbruchs um 1900 zählte der russische Schriftsteller, Philosoph und Sozialtheoretiker Leo Tolstoi (1828–1910). Tolstoi hatte bereits ein umfangreiches dichterisches Werk hervorgebracht, als er sich in den Dienst libertärer und humanistischer Ziele zur Veränderung der Gesellschaft stellte. Im ausgehenden 19. Jahrhundert wurde Tolstoi weltweit zu einem der populärsten Schriftsteller und Sozialkritiker und erreichte mit seinen politischen und religionskritischen Traktaten ein Millionenpublikum.³⁶ In seiner Erzählung *Wie viel Erde braucht der Mensch?* hinterfragt Tolstoi die Sinnhaftigkeit des Strebens nach materiellem Eigentum.³⁷ Seine Schrift *Was sollen wir denn tun?* beinhaltet eine Beschreibung verschiedener Machtmechanismen innerhalb der Gesellschaft und einen Aufruf zum Herrschaftsverzicht.³⁸

In seiner Abhandlung über *Das Geld*³⁹ und in *Die Sklaverei unserer Zeit*⁴⁰ stellt Tolstoi fest, dass der eine, kleine Teil der Menschheit die vollständige Gewalt über die Arbeit und das Leben des größeren Teiles erlangt habe. Zentral erscheint ihm in diesem Zusammenhang die Eigentumsfrage: „Das Eigentum an einer durch eine Reihe von Betrügereien [...] an den Arbeitern erworbenen Fabrik wird als Erzeugnis der Arbeit (des Kapitalisten oder Fabrikbesitzers, Anm.) betrachtet und ein geheiligtes Eigentum genannt; das Leben der Arbeiter aber, die sich durch die Arbeit in dieser Fabrik zu Grunde richten, und ihre Arbeit, werden nicht als ihr Eigentum betrachtet, sondern gewissermaßen als das Eigentum des Fabrikanten, sofern er, die Notlage der Arbeiter ausnutzend, sie auf eine gesetzlich erlaubte Weise gebunden hat.“⁴¹ Damit gelangt Tolstoi zu einem weiteren entscheidenden Punkt. In der Feststellung, dass das Gesetz in gleicher Weise das Eigentum sowohl des Fabrikbesitzers, Kapitalisten oder Grundbesitzers, als auch das des Fabrikarbeiters und des Ackerbauern schütze, vermag Tolstoi lediglich einen ideologischen

36 Das weltanschauliche Credo Tolstois ist in folgenden Schriften festgehalten: *Wie viel Erde braucht der Mensch?* (1885), *Was sollen wir denn tun?* (1886), *Du sollst nicht töten* (1900), *Patriotismus und Regierung* (1900), *Eines tut not. Über die Staatsmacht* (1905). Hervorgehoben sei vor allem *Die Sklaverei unserer Zeit* (1900).

37 Leo Tolstoi, *Wie viel Erde braucht der Mensch?* Leipzig 1966.

38 Leo Tolstoi, *Was sollen wir denn tun?* Jena 1911. In dieser Schrift greift Tolstoi besonders auch die Wirtschaftswissenschaften an, weil sie die Gewalt- und Ausbeutungsstrukturen im modernen Wirtschaftsprozess verschleierte.

39 Leo Tolstoi, *Das Geld*, in: *Erkenntnis. Zeitschrift der Pierre-Ramus-Gesellschaft*, 4 (1995), 12–14. Tolstoi betont in diesem Beitrag die Herrschaftsfunktion des Geldes, die er von der modernen Wirtschaftswissenschaft vernachlässigt sieht.

40 Leo Tolstoi, *Die Sklaverei unserer Zeit*, Wien, Klosterneuburg 1921.

41 Ebenda, 42.

Gehalt zu erkennen: „Die Gleichheit zwischen dem Kapitalisten und dem Arbeiter ist die nämliche wie die Gleichheit zwischen zwei Kämpfern, von denen dem einen die Hände gefesselt, dem andern aber Waffen gegeben wurden, während beim Prozesse des Kampfes beiden gegenüber gleich strenge Bedingungen gewährt sind.“⁴²

Rechtliche Regelungen im Hinblick auf das Eigentum hätten also letztlich nicht mehr gebracht als eine Ersetzung der alten Form der Sklaverei durch eine neue: „Wie früher die Menschen aufgestellt hatten, daß die einen Menschen andere Menschen kaufen und verkaufen, über sie herrschen und sie zur Arbeit zwingen konnten, und dieses die Sklaverei ergab; so haben jetzt die Menschen Gesetze aufgestellt, daß die Menschen nicht das Land benützen dürfen, welches als das Eigentum eines anderen gilt, nicht die Gegenstände benützen, die als das Eigentum anderer angesehen werden, dagegen die Steuern zahlen müssen, die von ihnen verlangt werden – und dieses ergibt die *Sklaverei unserer Zeit*.“⁴³ Hinsichtlich gradueller Verbesserungen für die Arbeiterschaft, die die vorteilhafte Lage der besitzenden Klassen unbeeinträchtigt lassen, hegt Tolstoi keinerlei Erwartungen.⁴⁴ Die angeblichen „Fortschrittler“ wären ja schon seinerzeit dem Stand der Leibeigenen mit Sympathie gegenüber gestanden und hätten eine Beschränkung der Gewalt des Grundherren gefordert – ohne aber die Leibeigenschaft grundsätzlich in Frage zu stellen.⁴⁵ Aber auch den Lösungsvorschlägen der Staatssozialisten vermag Tolstoi, der darin nur ein neues System des Arbeitszwanges erkennt, nichts abzugewinnen.⁴⁶

Allerdings sieht Leo Tolstoi das Elend der Arbeiter weniger in einer Ausdehnung der Arbeitszeit oder in den geringen Verdienstmöglichkeiten, sondern darin begründet, dass sie den ursprünglich vorhandenen „natürlichen Lebensbedingungen inmitten der Natur“ und damit ihrer Freiheiten verlustig gehen und unter den Bedingungen des „städtischen Kasernenlebens“ zu einer „unfreiwilligen, fremden und einförmigen Arbeit gezwungen“ werden.⁴⁷ Tolstoi leugnet die Vorteile der modernen Produktionsweise, die Waren „an sich sehr gut und mit geringem Kraftaufwand“ herzustellen imstande ist, keineswegs: „Es ist kein Zweifel, daß bei der jetzigen Gestaltung der Gesellschaft, dank der Maschinen und vor allem der Arbeitsteilung, mit großer

42 Ebenda, 42.

43 Ebenda, 43. Hervorhebung durch G. S.

44 Ebenda 26. Leo Tolstoi ist überzeugt, dass Versprechen einer fernen Zukunft im Hinblick auf eine Verringerung der Arbeitszeit, auf eine Erhöhung der Löhne oder auf eine Verstaatlichung der Produktionswerkzeuge nichts an der grundsätzlich misslichen Situation der Arbeiterschaft zu ändern imstande seien.

45 Ebenda, 27.

46 Ebenda, 23.

47 Ebenda, 14ff.

Ökonomie der Kraft außerordentlich komplizierte und bis zum höchsten Grade der Vollkommenheit gebrachte verschiedenartige Gegenstände fabriziert werden, [...] deren Benutzung uns sehr bequem und angenehm ist.“⁴⁸ Dennoch bezweifelt Tolstoi, dass eine frei gewordene Arbeiterschaft weiter unter den Bedingungen des alten Fabriksystems zu arbeiten bereit wäre. Hier gelte es also, nach alternativen Organisationsformen zu suchen. Der industriell erzeugte Konsumplunder stifte mehr Schaden als Nutzen, wenn der Produktionsprozess die menschliche Entwicklung behindere bzw. Leben überhaupt gefährde. In diesem Zusammenhang kritisiert er auch das wissenschaftliche Establishment, das das bestehende System als alternativlos begreift. Alleine die Annahme der Vertreter der herrschenden Wissenschaft, „das Wohl der Menschheit müsse in etwas bestehen, was dem menschlichen Gefühl tief zuwider ist“, sei mehr als seltsam.⁴⁹ Die durch das Industriesystem forcierte Arbeitsteilung wird von Tolstoi als „sehr vorteilhaft und den Menschen auch eigentümlich“ bewertet. Aber auch hier gelten limitierende Aspekte, da eine den menschlichen Bedürfnissen gerechte Teilung der Arbeit bereits überschritten sei.⁵⁰ Leo Tolstoi betont daher: „[...] nur eine freie Arbeitsteilung, d. h. eine solche, bei der die Menschen sich freiwillig in eine Arbeit teilen, verbindet die Menschheit.“⁵¹

Ganz wesentlich erschien Leo Tolstoi das Studium von Erziehungsfragen, sah er doch in der gezielten Beschäftigung mit Heranwachsenden eine wesentliche Voraussetzungen für die Umgestaltung der sozialen Verhältnisse. Sein Zugang zur Pädagogik (Tolstoi unterscheidet zwischen „Bildung = freier Unterricht“ und „Erziehung = Lernen mit Zwang“) bedeutete die Aufhebung aller bis dahin gültiger Methoden. Tolstoi war überzeugt, dass, wer unterrichten wolle, zuerst eine vertretenswerte Wahrheit besitzen müsse. Da die herrschende Klasse eine solche nicht besäße, hätte sie auch ihren Führungsanspruch innerhalb der Gesellschaft verspielt. Die einfache Bevölkerung, die heran zu bildenden Kinder sollten in ihren natürlichen Neigungen und Wünschen zuverlässigere Richtwerte für die Gestaltung des Schulwesens abgeben, als sie die Ergebnisse der Forschung und der Erfahrung darboten. Zentral verankert war damit bei Tolstoi eine „Individualisierung“ des Unterrichts.⁵²

48 Ebenda, 22–24.

49 Leo Tolstoi: Sie, die Wissenschaftler, mussten aber „zu dieser offenbar falschen Behauptung kommen, ebenso wie die Theologen auch notwendigerweise zu der ebenso falschen Behauptung kommen mußten, daß die Sklaven und die Herren verschiedenartige Wesen seien und daß die Ungleichheit ihrer Lage in dieser Welt im Jenseits kompensiert werden würde.“ Tolstoi, Sklaverei, 39. 18.

50 Ebenda, 24.

51 Ebenda, 25.

52 Raphael Löwenfeld, Anmerkungen zur pädagogischen Theorie Tolstois, in: Leo Tolstoi, Über Volksbildung, Berlin 1985, 53. Der Einfluss Leo Tolstois auf pädagogische

Tolstois Überzeugung, dass nur der intrinsisch motivierte Mensch eine Wendung zum Guten bringen kann, ließ ihn auch jede Regierungsgewalt ablehnen (heute müsste man auch sagen: jede Form einer „*managerial*“ geprägten Gesellschaftsverwaltung). Da die Sklaverei der Menschen durch Gesetze verursacht, die Gesetze aber erst durch die Tätigkeit von Staatsführungen erzeugt würden, hänge die Befreiung der Menschen wesentlich von der Abschaffung jeglicher Regierung ab. Für Tolstoi gilt: „Entweder sind die Menschen vernünftige oder unvernünftige Wesen. Wenn sie unvernünftige Wesen sind, so sind sie es alle, und dann wird bei ihnen alles durch Gewalt entschieden, und es ist kein Grund, daß die einen das Recht zur Gewalttätigkeit haben und die anderen nicht. [...] Sind aber die Menschen vernünftige Wesen, so müssen ihre Beziehungen auf der Vernunft beruhen und nicht auf der Gewalt der Menschen, die sich zufällig derselben bemächtigt haben. Von daher hat die Gewalt der Regierung auch keine Begründung.“⁵³ Oft sei gesagt worden, so Tolstoi, dass ohne eine Staatsführung keine Bildungs- oder Wohlfahrtseinrichtungen existieren würden, aber warum sollte man annehmen, dass „Nichtregierungsmenschen es nicht verstehen würden, für sich selbst ihr Leben ebensogut einzurichten, wie es die Regierungsmenschen nicht nur für sich selbst, sondern auch für andere einrichten?“⁵⁴ Im Gegenteil sei feststellbar, dass die Menschen unter verschiedensten Umständen sich ihr Dasein unvergleichlich besser gestalten, als es die sie regierenden Menschen tun würden. Ohne jede Einmischung der Regierung und oft genug auch trotz der Einmischung derselben würden die Menschen alle möglichen gemeinnützigen Unternehmen zustande bringen: Arbeitervereine, Konsumvereine, Eisenbahngesellschaften, Genossenschaften oder Syndikate.⁵⁵

Zutiefst sind die Schriften Tolstois auch von der Überzeugung getragen, dass nur ein Weg der Gewaltlosigkeit aus dem Dilemma zu führen imstande ist. Hierarchie, Unterordnung und Gewalt stehen nach Tolstoi in einem durchgehenden Zusammenhang. So wie es daher für den Alkoholkranken nur ein Ret-

Alternativ-Projekte lässt sich beispielsweise in den USA bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts verfolgen, wo sich George Dennison (1925–1987) im Rahmen der von ihm gegründeten New Yorker „First Street School“ explizit auf den russischen Pädagogen berief.

53 Tolstoi, Sklaverei, 39. 57.

54 Ebenda, 53.

55 Ebenda, 53f. Leo Tolstoi: „Die Zeit der ehrfurchtvollen Haltung den Regierungen gegenüber verschwindet immer mehr, trotz des Hypnotisierens, das die Regierungen zur Erhaltung ihrer Position anwenden. Und es ist Zeit, daß die Menschen begreifen, daß die Regierungen nicht nur unnütze, sondern auch schädliche und im höchsten Grade unsittliche Institutionen sind, an denen ein ehrlicher und sich selbst achtender Mensch nicht teilnehmen kann und darf und deren Vorteile er nicht benutzen kann und darf.“ Ebenda, 65f.

tungsmittel gäbe, nämlich das Vermeiden geistiger Getränke, also der Ursache der Krankheit, so gäbe es für die Befreiung des Menschen von der unannehmbaren sozialen Ordnung nur ein Mittel – das Meiden von Gewalttätigkeit, eben der Ursache aller gesellschaftlichen Defekte.⁵⁶ Konkret müsse dies bedeuten: das Meiden persönlicher Gewaltanwendung, die Unterlassung jeglicher Propaganda für Gewalt bzw. einer Rechtfertigung gewaltsamer Maßnahmen. Leo Tolstoi: „Alle Versuche, die Sklaverei durch Gewalt zu vernichten, gleichen dem Löschen des Feuers durch Feuer oder dem Eindämmen des Wassers durch Wasser, oder der Zuschüttung der einen Grube durch Erde, die einer anderen entnommen wird.“⁵⁷ Der von dem russischen Denker erkannte enge Zusammenhang zwischen der Zuspitzung der sozialen Frage und dem Erstarken des Militarismus sollte später vom Tolstoi-Biographen Emil Blum (1894–1978) besonders hervorhoben werden: „Das Militär ist die eiserne Klammer, die die geordnete Ungerechtigkeit – die Ausbeutung des Schwachen durch den Starke – zusammenhält. Von da aus hat Tolstoi im Kampf gegen das Militär vor allem auf die Bedeutung des Heeres in innerpolitischer Hinsicht hingewiesen. Das Heer dient heute weniger der Unterjochung fremder Völker, dazu genügen schließlich die Kolonialtruppen, als daß es den ‚inneren Feind‘ niederhalten muß. Den großen Herren ihre Vorrechte schützen.“⁵⁸

Aus seiner skeptischen Haltung gegenüber der Sinnhaftigkeit der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung und aus seiner Kulturkritik versucht Tolstoi schließlich einen „Sinn des Lebens“ abzuleiten. Dieser bestehe darin, das gewalttätige, grausame, feindselige Zusammenleben der Menschen durch ein liebevolles und geschwisterliches Miteinander zu ersetzen. Je mehr er selbst sich diesem Lebensziel angenähert habe – so Tolstoi am gegen Ende seiner Programmschrift *Die Sklaverei unserer Zeit* – desto freudiger, desto freier von allem Äußeren und desto unabhängiger sei sein eigenes Dasein geworden. Dass sich die Dinge durchaus zum Besseren zu wandeln imstande sind, daran lässt der russische Denker keinen Zweifel: „Die ganze Vorwärtsbewegung des menschlichen Lebens besteht darin, daß man sich von einer sehr niederen Lebensauffassung zu einer höhern erhebt.“⁵⁹ Die Schlusspassage in Tolstois Programmschrift ist aber nicht die einzige, in der er sich ganz klar als Kulturoptimist zu erkennen gibt: „Das ganze Leben ist Entwicklung, und Entwicklung ist Fortschritt von einer einfachen zu einer zusammengesetzten Form. Ich sehe das Welt drama in seiner heutigen Form verschwinden wie das Abendsonnengold hinter den Bergen.“⁶⁰

56 Ebenda, 75.

57 Ebenda, 58.

58 Emil Blum, Leo Tolstoi, Schlüchtern 1922, 159.

59 Tolstoi, Sklaverei, 39. 77.

60 Leo Tolstoi, Prophezeiung, in: Erkenntnis und Befreiung, 23 (1920), 2.

Eckpunkte einer Rezeptionsgeschichte

Das Werk Tolstois wurde sehr unterschiedlich aufgenommen. Während Maxim Gorki („Er [Tolstoj] ähnelt einem Gott“, 1900), Hugo von Hofmannsthal („der wundervolle naturhafte Künstler [Tolstoj]“, 1908) oder Thomas Mann („[Tolstois] gewaltiges [...] Schöpfungstum“, 1928) mehr das erzählerische Genie des Bewohners von Jásnaja Poljana⁶¹ betonten, wurde zuweilen auch heftige Kritik an einzelnen Teilen des Werkes Tolstois geübt. Stefan Zweig (1920) ordnete dessen didaktischen Schriften den „unerfreulichsten Exemplaren dieser [...] Literaturgattung“ zu.⁶² In frühen Biographien, als Verfasser sind hier der Schweizer Emil Blum⁶³ (1922) oder der Franzose Romain Rolland⁶⁴ (1919) zu nennen, wurde die innovative denkerische Kraft Tolstois hervorgehoben, der deutsche Publizist Paul Ernst hingegen bewertete dessen Dichtertum als „naiv“ und „beschränkt“ (1915). Für Paul Ernst war der russische Philosoph ein „doktrinäer Narr“, der alles Bestehende „anarchisch“ ablehnte und einen „finsternen Haß gegen die Kirche predigte“.⁶⁵ Rosa Luxemburg (1908) wiederum fand freundliche Worte zu Tolstoj⁶⁶, ebenso wie Wladimir I. Lenin, der den „Dichter, Denker und Verkünder“ als einen Repräsentanten der russischen Revolution von 1905 („ihrer starken und schwachen Seiten“; 1910) betrachtete.⁶⁷ Um eine größere Abgrenzung gegenüber Leo Tolstoj hingegen war Georgi W. Plechanow bemüht. Der marxistische Theoretiker hielt 1911 fest: Tolstoj „behauptet [...], daß die Revolutionäre bestrebt sind, ‚den Staat zu vernichten‘. Dies ist nur in bezug auf die Anarchisten richtig. Die Anarchisten bilden aber eine verschwindende Minderheit in den Reihen der Revolutionäre unserer Zeit, wenn man sie überhaupt als Revolutionäre bezeichnen kann, was ich nicht glaube.“⁶⁸

61 Name des Landgutes, auf dem Leo Tolstoj den überwiegenden Teil seines Lebens verbrachte.

62 Maxim Gorki (1868–1936), Hugo von Hofmannsthal (1874–1929), Thomas Mann (1875–1955), Stefan Zweig (1881–1942) zitiert in: Janko Lavrin, Tolstoj, Reinbek bei Hamburg 1961, 99, 167ff.

63 Blum, Tolstoj, 57. Emil Blum (1894–1978).

64 Romain Rolland, Das Leben Tolstois, Frankfurt/M. 1927. Romain Rolland (1866–1944).

65 Paul Ernst (1866–1933) zitiert in Lavrin, Tolstoj, 61. 168f. Leo Tolstoj war 1901 von der orthodoxen Kirche ausgeschlossen worden.

66 Rosa Luxemburg (1871–1919) zitiert in Lavrin, Tolstoj, 61. 168f.

67 Wladimir Iljitsch Lenin, Lew Nikolajewitsch Tolstoj, in: Sozialdemokrat, 18 (1910), wieder abgedruckt in: Wladimir I. Lenin u. Georgi W. Plechanow, L. N. Tolstoj im Spiegel des Marxismus, Wien, Berlin 1928, 42. Wladimir I. Lenin (1870–1924).

68 Georgi W. Plechanow, Begriffsverwirrung. Die Lehre L. N. Tolstois, in: Mysl 1 (1910) und 2 (1911), wieder abgedruckt in: Wladimir I. Lenin u. Georgi W. Plechanow, L. N. Tolstoj im Spiegel des Marxismus, Wien, Berlin 1928, 87. Georgi W. Plechanow (1856–1918).

Zumindest in einem Punkt hatte Plechanow etwas durchaus Richtiges angedeutet. Im Gegensatz zum orthodoxen Sozialismus, der den Gesellschafts- und Kapitalismuskritiker Tolstoi nur sehr eingeschränkt gelten ließ, zeigte sich das Lager des Anarchismus bzw. des libertären Sozialismus gegenüber dem Russen ungleich wertschätzender.⁶⁹ Zu den tolstoianisch-pazifistisch geprägten Persönlichkeiten in Deutschland zählten um 1900 Gustav Landauer (1870–1919), Kurt Eisner (1867–1919), für einige Zeit auch Erich Mühsam (1878–1934) und Ernst Toller (1893–1939).⁷⁰ In Österreich entstanden mehrere Tolstoi-Vereine bzw. -Bünde⁷¹, wobei Rudolf Großmann alias Pierre Ramus (1882–1942) als zentraler Impulsgeber hervortrat.⁷² In den Vereinigten Staaten trug u. a. der Anarchist Benjamin R. Tucker (1854–1939) wesentlich zur Verbreitung der sozialtheoretischen Thesen Leo Tolstois bei.⁷³

Durch die Vielzahl der Exilanten, die nach dem Scheitern der Russischen Revolution von 1905 einen sicheren Hafen im Ausland suchten, wurde die Lehre Tolstois in alle Welt getragen. Der heftig gegen den Krieg in Südafrika (Burenkrieg) und gegen den russisch-japanischen Krieg opponierende Tolstoi wurde zu einer populären Figur und zum Vorbild für eine Haltung, die sich jeglichem Patriotismus, jeglichem Militarismus und jeglicher im-

69 Der Anarchismus bezog sich vor allem auf den Antietatismus und auf den Antimilitarismus Tolstois, wobei aber auf eine Übernahme religiöser Terminologie bewusst verzichtet wurde. Insofern musste in diesem Zusammenhang also abstrahiert bzw. ideologisch „übersetzt“ werden. Ähnlich wie Karl Marx (1818–1883) hatte Tolstoi als Endziel der Menschheit den Kommunismus erkannt, dieser hatte bei dem russischen Denker jedoch mehr Ähnlichkeit mit dem System der „gegenseitigen Hilfe“ im Sinne Pierre-Joseph Proudhons (1809–1865) und Peter Kropotkins (1842–1921) als mit einem von Eliten gelenkten zentralistischen Staatsgefüge. Wie Blum hervorhebt, ist bei Tolstoi das voluntaristische Moment tonangebend, während bei Marx alle Systemveränderungen aus historischen Prozessen hergeleitet werden, die vom Zutun des Individuums unabhängig sind. Emil Blum: „Tolstoi und Marx sind Pole. Tolstoi stellt alles auf des Einzelnen Tat ab, Marx alles auf die Gesellschaft.“ Blum, Tolstoi, 57. 163. Vgl. auch: Paul Eiltzbacher, *Der Anarchismus. Eine ideengeschichtliche Darstellung seiner klassischen Strömungen* (1900), Berlin 1978, 196–243.

70 Edith Hanke, *Prophet des Unmodernen. Leo N. Tolstoi als Kulturkritiker in der deutschen Diskussion der Jahrhundertwende*, Tübingen 1993, 158 ff, 186ff.

71 Gerfried Brandstetter, *Sozialdemokratische Opposition und Anarchismus in Österreich 1889–1918*, in: Gerhard Botz, Gerfried Brandstetter u. Michael Pollak, *Im Schatten der Arbeiterbewegung. Zur Geschichte des Anarchismus in Österreich und Deutschland*. Schriftenreihe des Ludwig-Boltzmann-Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien 1977, 55 ff, 85.

72 Pierre Ramus, *Tolstoi als Denker und Revolutionär des Anarchismus*, in: *Erkenntnis und Befreiung*, 51 (1920), 1–3.

73 In Charles Spradings Überblick „Liberty and the great Libertarians“ von 1913 nimmt Leo Tolstoi einen ausgesprochen prominenten Platz ein. Charles T. Sprading, *Liberty And The Great Libertarians: An Anthology On Liberty. A Handbook Of Freedom*, Los Angeles 1913, 313ff.

perialistischer Expansion entgegenstemmt. Aber nicht nur der idealistische gewaltfreie Anarchismus fand im Werke Tolstois eine Orientierung. Auch Sezessionsbewegungen innerhalb des Bürgertums, die die einseitige Ausrichtung der Moderne an Nutzen und Gewinn thematisierten und damit ein menschenunwürdiges Gesamtsystem anklagten, zeigten sich von Tolstoi beeinflusst.⁷⁴ Für die kulturkritischen Strömungen um 1900 war besonders die Großstadt, in der sich Hektik und Neurasthenie ausbreiteten, zum negativen Identifikationssymbol geworden. Wie kaum ein anderes Phänomen der Industriegesellschaft spiegelte sie die strahlende Größe und das abgrundtiefe Elend des Fortschritts wider. Reichtum und Zerfall, Glanz und Siechtum schienen in der modernen Großstadt eng nebeneinander zu liegen. Die Landflucht ließ den ländlichen Raum zunehmend verkommen, zugleich standen den in die industriellen Ballungszentren abgewanderten Arbeitskräften meist nicht mehr als Elendsquartiere zur Verfügung.⁷⁵ Das bürgerliche „Zurück zur Natur“ brachte verschiedene Konzepte zur Lebensreform und die Jugendbewegung hervor, die bestehende zivilisatorische Ansprüche und gesellschaftliche Normen radikal in Frage stellten.⁷⁶

Auch im Gelehrten-Diskurs zeigte sich gegenüber dem Werke Tolstois eine erstaunliche Aufnahmebereitschaft. Der in Heidelberg lehrende und forschende Soziologe, Ökonom und Jurist Max Weber (1864–1920) pflegte Kontakte zu Anarchisten, Syndikalisten und Pazifisten. Seine Beschäftigung mit den Schriften Tolstois setzte um 1905, also zur Zeit der ersten Russischen Revolution ein.⁷⁷ In einem seiner Gesprächszirkel regte Weber in der Folge eine intensive Auseinandersetzung mit der Ethik Tolstois an.⁷⁸ Max Webers Differenzierung zwischen Gesinnungsethik und Verantwortungsethik geht wesentlich auf gedankliche Impulse Tolstois zurück.⁷⁹ Das Interesse des Heidelberger Professors an dem russischen Denker hatte aber auch mit seinem eigenen

74 Christoph Conti, Abschied vom Bürgertum. Alternative Bewegungen in Deutschland von 1890 bis heute. Reinbek bei Hamburg 1984. Ulrich Linse, Barfußige Propheten: Erlöser der Zwanziger Jahre, Berlin 1983. Ulrich Linse (Hg.), Zurück, o Mensch, zur Mutter Erde. Landkommunen in Deutschland 1890–1933, München 1983.

75 Während im Jahr 1871 etwa zwei Millionen Deutsche in Großstädten lebten, waren es 1910 bereits vierzehn Millionen. Rolf Peter Sieferle, Fortschrittsfeinde? Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart, München 1984, 186.

76 Eva Barlösius, Naturgemäße Lebensführung. Zur Geschichte der Lebensreform um die Jahrhundertwende. Frankfurt/M., New York 1997. Harry Pross, Jugend – Eros – Politik. Die Geschichte der deutschen Jugendverbände. Bern, München, Wien 1964.

77 Max Weber, Zur Lage der bürgerlichen Demokratie in Rußland, in: Ders., Max Weber-Gesamtausgabe, Band 10: Zur Russischen Revolution von 1905. Schriften und Reden 1905–1912, Tübingen 1989, 269f.

78 Hanke, Prophet, 69. 168f.

79 Ebenda, 208.

Unbehagen an der modernen Kultur zu tun. Die Befürchtung Webers, dass der okzidentale Rationalismus in ein stählernes „Gehäuse der Hörigkeit“⁸⁰ einmünden müsse, hatte Tolstoi im Prinzip bereits vorweggenommen. Dementsprechend hatte Tolstoi der herrschenden formalen Vernunft auch so etwas wie eine substantielle Rationalität entgegengesetzt, die nicht nur nach geeigneten Handlungsmöglichkeiten für das Erreichen bestimmter Ziele sucht, sondern eine genaue Abwägung der Ziele verlangt.⁸¹ Besonders sind die Industrie- und Technikkritik Tolstois in diesem Zusammenhang zu sehen. Als Erich Fromm (1900–1980) in den 1960er Jahren schrieb: „Die Forderung nach maximaler Effizienz führt folgerichtig zur Forderung einer minimalen Individualität“⁸², bewegte er sich im Fahrwasser Tolstois. Und als Herbert Marcuse (1889–1979) seine Hoffnung auf eine „neue revolutionäre Technik“⁸³ formulierte, die eine Humanisierung in den Produktionsbedingungen herbeiführen sollte, befand er sich näher bei Tolstoi als bei Marx.

Landkommunen im Gefolge Leo Tolstois

Der um die Jahrhundertwende einsetzende Tolstoi-Boom machte den russischen Denker zu einer nahezu kultisch verehrten Persönlichkeit und damit zu einem wichtigen Anreger sozialer Phantasien. Die Sehnsucht, anders zu leben und anders zu arbeiten fand ihren Ausdruck in handfesten Siedlungsprojekten. *Settlement Movement* im Sinne Leo Tolstois bedeutete eine konkrete Ausrichtung an einer asketischen und vegetarischen Lebensweise, abseits der Großstadt und einer menschenfeindlichen Zivilisation. Angestrebt wurde ein einfaches Dasein innerhalb einer überschaubaren Gemeinschaft, die auf der Basis des Kollektivismus weitgehend unabhängig wirtschaftet, in Erziehungsfragen alternative Wege beschreitet, im Bereich der Medizin primär Naturheilverfahren anwendet sowie Hand- und Kopfarbeit in ein ausgeglichenes Verhältnis bringt. Das Modell der Landkommune war eine Entgeg-

80 Max Weber, *Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland* (1918), in: Ders.: *Gesammelte politische Schriften*, Tübingen 1958, 332.

81 So ist an dieser Stelle beispielsweise hervorzuheben, dass bei Tolstoi seelisches Wohlbefinden zu den zentralen Wohlstandsindikatoren gerechnet wird.

82 Erich Fromm weiter: „Man glaubt, daß die gesellschaftliche Maschinerie wirkungsvoller arbeitet, wenn die einzelnen zu nur quantifizierbaren Einheiten zurückgestutzt werden, deren Persönlichkeit auf Lochkarten erfassbar ist.“ Erich Fromm, *Die Revolution der Hoffnung. Für eine Humanisierung der Technik* (1968), Reinbek bei Hamburg 1980, 38.

83 Marcuse, Herbert, *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft* (1964), Darmstadt 1974, 244ff. Zum Gesamtkomplex beachte auch die Technikkritik Martin Bubers. Lou Marin, *Perspectives on dialogue*, in: *critical currents* 8 (2010), 57.

nung auf verschiedenste Irritationen und Problemlagen, im Besonderen aber war es eine Antwort auf die Krise der Moderne, die auf das ungesunde wirtschaftliche Auf und Ab sowie auf die kapitalistische Verstädterung zurückzuführen war.⁸⁴ Die antiindustrielle und antiurbane Attitüde entsprang den zerstörerischen Auswirkungen der vorwiegend in Ballungszentren angesiedelten Großproduktion⁸⁵ und sie richtete sie sich gegen die Bodenspekulation ebenso wie gegen die Maxime einer größtmöglichen Verzinsung des Baukapitals.⁸⁶ Referenzpunkte fanden die Kommunistinnen und Kommunisten in den Siedlungsprojekten des Frühsozialisten Robert Owen (1771–1858), in den von Henry David Thoreau (1817–1882) formulierten Idealen der Arbeitsautonomie und des autarken Wirtschaftens sowie in der von Ebenezer Howard (1850–1928) initiierten Gartenstadtbewegung.

In Russland wurden um 1900 rund zwei Dutzend Tolstoi-Kommunen ins Leben gerufen, von denen einige bis in die Zeit der Sowjetunion fortbestanden. Über die nach Kanada und die Vereinigten Staaten ausgewanderten Duchoborzen, eine sich auf die Gewaltlosigkeit berufende Abspaltung der russisch-orthodoxen Religionsgemeinschaft, wurde der Siedlungsgedanke tolstoischer Prägung in die neue Welt getragen.⁸⁷ Auch in Großbritannien wurden Kooperativen mit anarcho-pazifistischer oder spirituell-anarchistischer Ausrichtung gegründet. Wichtige Vorzeigeprojekte waren in Purleigh bei Maldon und in Ashingdon in der nordöstlich von London gelegenen Grafschaft Essex sowie in Whiteway in Gloucestershire angesiedelt. In Deutschland begann die Ausbreitung tolstoianisch inspirierter Kommunen vor allem nach dem Ersten Weltkrieg: die *Kalltalgemeinschaft* in der Eifel, die Siedlung *Sannerz* in Hessen oder die Siedlung *Sonnefeld* bei Coburg sind hier besonders zu erwähnen.⁸⁸ Aber schon zuvor war der von Tolstoi beeinflusste Öko-

84 Die Landkommune fand auch in verschiedenen literarischen Erzeugnissen bzw. Sozialutopien ihren Platz. Siehe z. B.: Emil Ruedebusch, *Die Eigenen*. Tendenzroman für freie Geister, Berlin 1904. Ruedebusch thematisiert in seinem Roman vor allem die Suche nach sexueller Befreiung.

85 Die Folgen umweltzerstörender Industrien hatte Wilhelm Raabe bereits in den 1880er Jahren angesprochen. Wilhelm Raabe, *Pfisters Mühle*. Ein Sommerferienheft, Leipzig 1884, 52f.

86 Erinnert sei an dieser Stelle auch an die Sozialreportagen des in Wien ansässigen Journalisten Max Winter (1870–1937), der das Los der armen Bevölkerungsschichten, der Wohnungsuchenden und der Obdachlosen in erschütternden Bildern vermittelte. Hannes Haas, *Max Winter: Expeditionen ins dunkelste Wien – Meisterwerke der Sozialreportage*, Wien 2006.

87 Leo Tolstoi stellte sich vor die von der russischen Regierung verfolgte Duchoborzen („Geisteskämpfer“), sammelte Geld, ließ soziale Einrichtungen bauen und finanzierte Auswanderern die Schiffspassage nach Amerika. Hanke, *Prophet*, 69. 145.

88 Edith Hanke, „Besinnt Euch!“ Tolstoianischer Pazifismus vor und im Ersten Weltkrieg, in: Richard Faber (Hg.), *Der Potsdamer Forte-Kreis – eine utopische Intellek-*

nom und Soziologe Franz Oppenheimer (1864–1943) mit beachtenswerten Projekten hervorgetreten.⁸⁹ 1893 war er an der Gründung der Obstbaukommune *Eden* bei Oranienburg/Berlin beteiligt.⁹⁰ Zwar musste die 1905 durch seine Initiative ins Leben gerufene Kolonie bei Eisenach wegen schlechter Bodenbeschaffenheit bald aufgegeben werden, doch die Geschäftstätigkeit der Siedlung *Bärenklau* bei Velten in der Mark entwickelte sich durchaus erfolgreich. Als langjähriger Chefökonom der frühen zionistischen Bewegung hatte Oppenheimer auch Einfluss in deren Palästina-Kommission. Das Konzept des Kibbutz ist wesentlich mit seinem Namen verbunden. 1910 reiste Oppenheimer persönlich nach Palästina, um die Gründung der Genossenschaft *Merchawina* vorzubereiten.⁹¹

In den Niederlanden begann die Siedlungstätigkeit spiritueller-anarchistischer Prägung im Jahr 1900 in Blaricum. Die südöstlich von Amsterdam liegende Gemeinde sollte in der Folge zum Sammelpunkt der niederländischen Friedens- und Siedlerbewegung werden.⁹² In der Schweiz zeigten sich sowohl die in der Nähe von Genf gegründete *Villa russe* als auch die auf einer Anhöhe bei Ascona am Lago Maggiore angesiedelte Kommune *Monte Verità* von der Lehre Tolstois beeinflusst.⁹³ In Ascona fanden sich um 1900 Freigeister und Weltverbesserer aller Schattierungen. Entsprechend dem Ziel, den Zwängen der bürgerlichen Gesellschaft zu entfliehen, wurden am Lago Maggiore unzählige Utopien erprobt und durchlebt. Die Betreiber der *Vegetabile Cooperative Monte Verità*, so der offizielle Name, trugen, wenn sie nicht gerade der Nacktkultur frönten, leichte, luftige Gewänder, so genannte Reformkleidung, und sie waren barfuß oder höchstens in Sandalen unterwegs. Das zugrunde liegende lebensreformerische Konzept ruhte auf drei Säulen: Sonne, frische Luft und einfache Ernährung. Zahlreiche Prominente, darun-

tuellenassoziation zur europäischen Friedenssicherung, Würzburg 2001, 56.

89 Hanke, Prophet, 69. 100f.

90 Werner Onken, Die Genossenschaftssiedlung *Eden-Oranienburg* – Geschichte und Aktualität eines Bodenreformexperiments, in: Modellversuche mit sozialpflichtigem Boden und Geld (1991), <http://www.equilibrium.de/de/themen/wirtschaftsordnung/wo-modellversuche.pdf> [13. Mai 2010].

91 Gerhard Senft, Jenseits der Hegemonie von Staat und Kapital. Franz Oppenheimer (1864–1943) und der liberale Sozialismus, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 96 (1993), 5. Gerhard Senft, Gemeinwirtschaft und Selbstverwaltung. Vom Organisationsmodell Theodor Hertzkas zur Kibbutzökonomie, in: Herbert Matis (Hg.), Historische Betriebsanalyse und Unternehmer. Festschrift für Alois Mosser (= Veröffentlichungen der Österreichischen Gesellschaft für Unternehmensgeschichte 19), Wien 1997, S. 248ff.

92 Hanke, Pazifismus, 87. 56f.

93 Hanke, Prophet, 69. 142f. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang der Name Gusto Gräser (1879–1958). Hermann Müller (Hg.), Gusto Gräser: Aus Leben und Werk. Bruchstücke einer Biographie, Vaihingen an der Enz 1987.

ter Max Weber und der Schriftsteller Hermann Hesse (1877–1962), besuchten die Aussteigerkolonie, die sich vor allem durch eine enorme Strahlkraft auszeichnete.⁹⁴ In Österreich wurde zu Beginn des Jahres 1920 die „Siedlungs- und Produktionsförderungsgemeinschaft *Neue Gesellschaft*“ konstituiert, die bei Mariabrunn westlich von Wien rund 40 Hektar Boden nach den Vorstellungen Leo Tolstois und Gustav Landauers zu kultivieren begann. Im Oktober 1920 existierten im Umfeld von Mariabrunn bereits mehrere libertär-sozialistische Kleinsiedlungen, die Gruppen *Fruchthain*, *Eden*, *Zukunft* und *Menschenfrühling*.⁹⁵

Was Tolstoi und seinen Anhängern vorschwebte, war eine moderate Version der Moderne, nicht jedoch ihr rückwärtsgewandter Widerpart.⁹⁶ Der mit feinem psychologischen Gespür ausgestattete Tolstoi hatte nicht nur den ambivalenten Charakter der Moderne begriffen, er erkannte zudem die Vielfalt ihrer Möglichkeiten, die über das Muster der materiellen Expansion deutlich hinauswies. Dies mag auch zum Teil die Abneigung erklären, die den pazifistischen Strömungen von der Seite der politischen Reaktion entgegenschlug. Oswald Spengler etwa verhöhnte das „friedliche Fellachentum“ und reihte es ein in den „tristen Zug der Weltverbesserer, der seit Rousseau durch die Jahrhunderte trotzte und als einziges Denkmal seines Daseins Berge bedruckten Papiers auf dem Wege zurückließ“.⁹⁷ Die Vorhersage Spenglers, dass Cäsaren „an ihre Stelle [nämlich die der ‚Weltverbesserer‘] treten werden“⁹⁸, war aber nur bedingt richtig. Nachdem der im Anschluss an den Ersten Weltkrieg erstarkte Pazifismus wieder an Zugkraft verloren hatte, mussten tat-

94 Robert Landmann [= Werner Ackermann], *Ascona – Monte Verità*. Auf der Suche nach dem Paradies (1930), Frauenfeld 1990. *Monte Verità – Berg der Wahrheit*. Lokale Anthropologie als Beitrag zur Wiederentdeckung einer neuzeitlichen sakralen Topographie; Ausstellungskatalog, Wien 1978. Andreas Schwab u. Claudia Lafranchi (Hg.), *Sinnsuche und Sonnenbad*. Experimente in Kunst und Leben auf dem Monte Verità, Zürich 2001.

95 Gerfried Brandstetter, Rudolf Großmann („Pierre Ramus“). Ein österreichischer Anarchist (1882–1942), in: Gerhard Botz, Hans Hautmann, Helmut Konrad u. Josef Weidenholzer (Hg.), *Bewegung und Klasse*. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte, Wien, München, Zürich 1978, 103.

96 Edith Hanks Einordnung Tolstois unter die „Propheten des Unmodernen“ (Hanke, *Prophet*, 69.) verstellt eine positive Sicht auf das sozioökonomische Werk Tolstois. Hanke folgt damit der Denunziationsrhetorik der Vertreter einer technokratischen Modernisierung. Tatsache bleibt aber, dass die Exponenten eines reaktionären Antimodernismus (in der Bandbreite von Adam Müller bis Othmar Spann) mit ihrem Elitedenken und ihrer Orientierung am Feudalsystem ein ganz anderes Gesicht vorzuweisen hatten als Leo Tolstoi.

97 Oswald Spengler, *Jahre der Entscheidung*. Deutschland und die weltgeschichtliche Entwicklung, München 1933, 13.

98 Ebenda, 13.

sächlich zahlreiche Kommunen ihren Betrieb einstellen. Doch zeigten einzelne Siedlungen auch eine erstaunliche Zähigkeit und Bestandhaftigkeit.⁹⁹ Zu einer umfassenden Beurteilung der von Tolstoi angeregten Projekte sollte aber vor allem einem Beispiel besondere Aufmerksamkeit zugewandt werden: der *Tolstoi-Farm* in Südafrika. Die Geschichte dieser Kooperative zeigt, dass auch inmitten eines Krisengebietes, inmitten einer bellizistischen Kultur „immer alles ganz anders sein kann“¹⁰⁰, um hier ein Diktum Alfred Adlers zu bemühen.

Exkurs: Zur Wirtschaftsgeschichte Südafrikas

Im Zuge der Kolonialisierungswelle im 17. Jahrhundert kam es zur Besiedelung des südlichen Afrika durch Holländer, Deutsche und Franzosen, für die sich später die Bezeichnung Buren etablierte.¹⁰¹ Diese Phase der Kolonialgeschichte ist gekennzeichnet durch dramatische Auseinandersetzungen mit Eingeborenenstämmen und schließlich deren Unterwerfung unter die Herrschaft der Weißen. Die ökonomische Bedeutung des südlichen Afrika wuchs mit der Ausweitung des Sklavenhandels und mit dem Export landwirtschaftlicher Produkte. Im Zuge der Napoleonischen Kriege und mit dem Schwinden des Einflusses der *Niederländischen Ostindien-Kompanie* begann Großbritannien seine Interessen verstärkt in das südliche Afrika zu ver-

99 Eine außerordentliche Langlebigkeit zeigte etwa die Kibbutzbewegung in Palästina/Israel. Gunnar Heinson (Hg.), *Das Kibbutz-Modell: Bestandsaufnahme einer alternativen Wirtschafts- und Lebensform*, Frankfurt/M. 1982. Die Obstbaukommune *Eden* bei Oranienburg/Berlin überstand die NS-Diktatur und die Zeit der *Deutschen Demokratischen Republik* (Onken, Genossenschaftssiedlung, 89.) . Im Jahr 1993 feierte die Eden-Siedlung ihr 100-jähriges Bestehen. Die in den 1930er Jahren im Südosten der Provinz Buenos Aires in Argentinien gegründete *Villa Silvio Gesell* bestand zunächst als eine Art Künstlerkolonie. Heute hat der Ort 20.000 ständige Einwohner. Vgl. dazu: Omar Masor, *La Historia de Villa Gesell, Buenos Aires 1995*². Die Kommunen um 1900 und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sind als Vorläufer der heutigen Ökodörfer zu ansehen. Beispiele für derartige Siedlungen bringt: Conrad Lay, *Sehnsucht nach einer neuen Welt: Landkommunen als alternative Sozialisation*, in: Joachim Meißner, Dorothee Mayer-Kahrweg u. Hans Sarkowicz (Hg.), *Gelebte Utopien – Alternative Lebensentwürfe*, Frankfurt/M., Leipzig 2001, 160–180.

100 Alfred Adler (1870–1937) zitiert in: Georg Renöckl, „Es kann aber immer auch alles ganz anders sein“, in *Neue Züricher Zeitung*, 17. März 2010, Onlineausgabe: http://www.nzz.ch/nachrichten/kultur/aktuell/es_kann_aber_immer_auch_alles_ganz_anders_sein_1.5232973.html [20. März 2010].

101 Wesentliche Entdeckungen im südlichen Afrika waren auf die Portugiesen zurückzuführen, die aber zeigten sich mehr an Indien als am südlichen Afrika interessiert. Die große Distanz zu den europäischen Mutterländern ließ am Südpol Afrikas einen neuen Typus des weißen Afrikaners entstehen, dessen Eigenart am ehesten der niederländischen Kultur entsprach.

lagern. 1806 gelang es den Engländern, die Kapregion ihrem Einflussbereich einzuverleiben. Natal wurde 1844 britische Kronkolonie. Die Gebiete des Transvaal und des Oranje-Freistaates verblieben im 19. Jahrhundert unter der Kontrolle der Buren. Das Auftreten Großbritanniens als neuer Player zeigte unterschiedliche Auswirkungen. Einerseits leisteten die Briten den entscheidenden Beitrag zur Aufhebung der Sklaverei 1834, sie schufen wesentliche Vorbedingungen zur Einführung parlamentarisch-demokratischer Strukturen, andererseits aber führte ihr imperialistisches Handeln im südlichen Afrika zur Verschärfung einer Situation, die alles andere als konfliktfrei war. Mit der Entdeckung großer Lagerstätten von Diamanten (1867) und Gold (1886) begann ein gnadenloser Kampf um die Ausbeutungsrechte. Die Aussicht auf ungeahnte Rohstoffreserven und deren Aneignung nährte im krisengeschüttelten Europa weitreichende Hoffnungen.¹⁰²

Die Technisierung des Bergbaus schritt rasch voran¹⁰³, neue Ballungszentren wurden aus dem Boden gestampft (z. B. Johannesburg Mitte der 1880er Jahre), der logistische Bereich erfuhr einen raschen Ausbau. Um vom Meereszugang und von den Verkehrswegen der Engländer unabhängig zu sein, wurde auf Burengbiet bis 1894 die Eisenbahnlinie zwischen Pretoria und *Lourenço Marques* (heute Maputo) errichtet.¹⁰⁴ Der gewaltige Investitionsbedarf in der Montanindustrie förderte die Unternehmenszusammenschlüsse. Nach der Reorganisation des Bergbaus, die 1895 im Wesentlichen abgeschlossen war, kam es zu einem regelrechten Boom in diesem Wirtschaftszweig. Zugleich nahmen aber auch die Lohnkämpfe und sozialen Auseinandersetzungen zu.¹⁰⁵

Mit der verstärkten Ausbeutung der Bodenschätze mehrten sich die Konflikte zwischen den rivalisierenden Kolonialisten. Auf der Suche nach einer politischen Lösung für das südliche Afrika schlug Großbritannien eine Konföderation vor. Das von nahezu ständigen Annexionsversuchen und Vertragsbrüchen geprägte Klima war aber nicht geeignet, die erforderliche Ver-

102 Zum einen kam es zu großen Wanderungsbewegungen in Richtung Südafrika, zum anderen wurde der Versuch europäischer Mächte erkennbar, die wirtschaftlichen Möglichkeiten des afrikanischen Kontinents zur Bewältigung der heimischen Krise zu nutzen. Das Engagement des Deutschen Reiches im Eisenbahnbau in Afrika (letztlich eine Hilfsaktion für die Not leidende deutsche Stahlindustrie) muss in diesem Zusammenhang gesehen werden.

103 Hanns W. Maull, *Südafrika: Politik – Gesellschaft – Wirtschaft vor den Ende der Apartheid*, Opladen 1990, 21.

104 Ausführlich zur Entwicklung des Eisenbahnwesens im südlichen Afrika: David Martin Goodfellow, *A Modern Economic History of South Africa*, London 1931, 81 ff, 193ff.

105 Maull, *Südafrika*, 102, 26.

trauensbasis herzustellen.¹⁰⁶ Nach dem ersten großen militärischen Zusammenstoß zwischen Buren und englischen Truppen zur Jahreswende 1880/81 spitzte sich die Lage weiter zu und mündete schließlich in den Südafrikanischen Krieg (Burenkrieg), der von 1899 bis 1902 andauerte und mit der Eingliederung der Burengebiete in das britische Imperium endete. Die mit erbitterter Härte geführte Auseinandersetzung kostete rund 55.000 Menschen europäischer Herkunft und einer unbekanntem, aber sicher nicht geringen Zahl von Schwarzafrikanern das Leben.¹⁰⁷ Die Bilanz des Krieges war auch in ökonomischer Hinsicht traurig. Vor allem der landwirtschaftliche Bereich lag darnieder. Der Regierungsantritt der Liberalen in London 1905 führte in ein gemäßigt politisches Fahrwasser. Auf britischer Seite wurde der aggressive Imperialismus zurückgefahren. Die geleistete Wiederaufbauhilfe führte zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation. Dieser Umstand erhöhte die Durchsetzungschancen jener gesellschaftlichen Kräfte, die das nationalistische Denken ablehnten und auf der Grundlage der Gleichberechtigung einen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen anstrebten.¹⁰⁸ Am 31. Mai 1910 wurden die vier Kolonialgebiete als Provinzen zur *Südafrikanischen Union* zusammengeschlossen. Wermutstropfen dabei waren aber das Fehlen einer vernünftigen und einheitlichen Lösung der Eingeborenenfrage und die primäre Ausrichtung der Politik an den Interessen der Betreiber der Bergbau-Gesellschaften und der Großfarmer.¹⁰⁹ Die gewichtigen sozialen Probleme blieben also ungelöst.

106 Hans Walter Hartmann, *Südafrika: Geschichte – Wirtschaft – Politik*, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1968, 42f.

107 Zu den besonders unappetitlichen Seiten des Burenkrieges zählen die durch die Briten errichteten Gefangenenlager, in denen 26.000 Buren, in der Hauptsache Frauen und Kinder, sowie 14.000 Schwarzafrikaner elend zugrunde gingen. Maull, *Südafrika*, 102. 30.

108 Hartmann, *Südafrika*, 105. 48.

109 Ebenda, 53. Mit dem *Native Labour Regulation Act* von 1911 wurden u.a. das System der Arbeitsverträge und die Regeln im Hinblick auf die Rekrutierung von Arbeitskräften vereinheitlicht. Bei Verstößen gegen die Arbeitsdisziplin waren nun härtere Sanktionen gegenüber der Arbeiterschaft vorgesehen. Faktisch bestand ein Streikverbot. Maull, *Südafrika*, 102. 34.

Die Entstehung *Tolstoi-Farm* in Südafrika 1910

In Zeiten des Arbeitskräftemangels waren immer wieder Kontraktarbeiter vor allem aus dem asiatischen Raum massenhaft ins südliche Afrika geholt worden.¹¹⁰ Diese Gruppe der Arbeiterschaft war verschiedenen behördlichen Schikanen, der unternehmerischen Willkür und dem alltäglichen Rassismus besonders rechtlos ausgesetzt. Im Jahr 1893 kam ein mit der Lösung eines Rechtsfalles beauftragter junger indischer Anwalt nach Südafrika. Sein Name war: Mohandas Karamchand Gandhi (1869–1948). Gleich auf seiner ersten Bahnfahrt von Durban nach Pretoria war er mit einem rassistisch motivierten Übergriff konfrontiert. Gandhi, der aus der gehobenen indischen Mittelschicht stammte und sein Studium in England absolviert hatte, war über die Umstände derart empört, dass er beschloss, in Südafrika zu bleiben und sich der Sache der Unterprivilegierten anzunehmen. Als Anwalt der indischen Bevölkerungsgruppe erlangte Gandhi rasch Popularität. Er hielt Vorträge, verfasste Schriften, gründete eine Zeitung und bemühte sich um eine geeignete Interessenvertretung. 1894 war er federführend an der Bildung des *Natal Indian Congress* beteiligt.¹¹¹ Das Vorhaben der Kolonialverwaltung, den Indern das Wahlrecht abzuerkennen, konnte nicht verhindert werden, doch der „Kuli-Anwalt“ und seine Anhängerschaft entschlossen sich zum weiteren Widerstand gegen diskriminierende Gesetzesbeschlüsse.¹¹²

Auf der Suche nach einer geeigneten politischen Strategie stieß Gandhi auf die Schriften Thoreaus, Ruskins und Tolstois. Mit letzterem verband ihn bald auch ein Briefwechsel, in dem Tolstoi den Aspekt der Gewaltlosigkeit betonte. Von dem russischen Denker angeregt, entwickelte Gandhi sein Konzept des „friedlichen Widerstandes“ (*Satyagraha*). Bereits im Kampf gegen die, von indischen Vertragsarbeitern eingehobene Kopfsteuer waren erste Er-

110 Während in der Plantagenwirtschaft vor allem Arbeitskräfte aus Indien Beschäftigung fanden, wurden in den Bergbaugebieten vorwiegend Chinesen eingesetzt. Die demographischen Dimensionen lassen sich veranschaulichen wie folgt: Nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1904 lebten insgesamt etwas über 5 Millionen Menschen in Südafrika. 67,5 Prozent davon waren der Ureinwohnerschaft zuzurechnen. Hauptstützpunkt der indischen Bevölkerungsgruppe war zu diesem Zeitpunkt Natal. In diesem von den Briten kontrollierten Kolonialgebiet befanden sich etwa 65.000 Inder, die seit Mitte des 19. Jahrhunderts zugewandert waren. Im Jahr 1904 kamen 50.000 zusätzliche Arbeitskräfte, diesmal aus China, nach Südafrika. Hartmann, Südafrika, 41, 44. Goodfellow, South Africa, 103. 7, 14–20, 126.

111 Gandhi ging es aber nicht allein um das Wohl der indischen Bevölkerungsgruppe. Während seines Kampfes gegen asiatenfeindliche Bestimmungen und Rechtsnormen trat er etwa auch vor der *Chinesischen Vereinigung* auf. Gandhi-Informations-Zentrum (Hg.), „my life is my message.“ Das Leben und Wirken von M. K. Gandhi, Kassel-Bettenhausen 1988, 34.

112 Ebenda, 23ff.

folge zu verbuchen. Als 1908 ein Gesetz verabschiedet wurde, das die Inder einer eigenen Registrierungspflicht unterwarf (Fingerprints inklusive), kam es zu einer von Gandhi organisierten Massenaktion, bei der die von den Kolonialbehörden ausgestellten Ausweispapiere verbrannt wurden. Rund 2.500 politische Aktivisten landeten daraufhin im Gefängnis.¹¹³ Gandhi selbst wurde für mehrere Monate in Haft genommen. Nach seiner Entlassung reifte bei Gandhi der Entschluss zur Gründung einer Siedlung, die Bestandteil der von ihm in Gang gesetzten *Passive Resistance Campaign* werden sollte. Vor allem war das Anwesen zur Beherbergung der Angehörigen der 1908 inhaftierten Aktivisten gedacht. Am 30. Mai 1910, die Deportation von Indern aus Südafrika hatte bereits begonnen, gründete M. K. Gandhi mit erheblicher Unterstützung des Architekten Hermann Kallenbach¹¹⁴ in dem 22 Meilen von Johannesburg entfernten Lawley die so genannte *Tolstoi-Farm*.¹¹⁵

Das 1.100 acres umfassende Siedlungsgebiet war zwar vom nächsten großen Ballungszentrum relativ weit entfernt, doch befand sich eine Eisenbahnstation in unmittelbarer Nähe und auch die Wasserversorgung war gesichert.¹¹⁶ Der Aufbau der Infrastruktur ging zügig voran, es entstanden zwei nach Geschlechtern getrennte Wohneinheiten, eine Schule und mehrere Wirtschaftgebäude, die im Baustil allesamt sehr schlicht gehalten wurden. Ökonomische Grundlage des Projekts bildeten die Landwirtschaft (Anbau von Feldfrüchten, Obstplantagen) und zwei gewerbliche Betriebe, in denen Bekleidung und Sandalen hergestellt wurden.¹¹⁷ Die 70 bis 80 Personen umfassende, sehr heterogen zusammengesetzte Gemeinde teilte sich die Arbeit in den verschiedenen Bereichen der Wirtschaft und der Haushaltsführung. Der Umstand, dass auf der *Tolstoi-Farm* Atheisten, Christen, Hindus, Juden, Moslems, Zoroastrianer¹¹⁸, weiße und nicht-weiße Menschen ganz unter-

113 Surendra Bhana, *The Tolstoy Farm: Gandhi's Experiment in „Cooperative Commonwealth“*, in: *South African Historical Journal*, 1 (1975), wieder veröffentlicht auf der Website des *African National Congress*: <http://www.anc.org.za/ancdocs/history/people/gandhi/bhana.html>, 1 [25. Mai 2010].

114 Der aus dem ostpreußischen Memel stammende Hermann Kallenbach (1871–1945) war 1896 nach Südafrika ausgewandert. Hier fand seine Begegnung mit M. K. Gandhi statt. Der Abkömmling einer jüdischen Familie galt zu seiner Zeit als ein „Universalgenie“ des Bauhandwerks. *Gandhi-Informations-Zentrum*, 110. message, 43.

115 Bhana, *Tolstoy Farm*, 112. 4. Die *Tolstoi-Farm* war Gandhis zweites Siedlungsprojekt. Bereits 1904 hatte er in der Nähe von Johannesburg die Phönix-Farm gegründet, in der Inder und Europäer eine Assoziation bildeten. George Woodcock, *Der gewaltlose Revolutionär. Leben und Wirken Mahatma Gandhis*, Kassel-Bettenhausen 1983, 43.

116 Bhana, *Tolstoy Farm*, 112. 4.

117 Ebenda, 6.

118 Zoroastrianer: Eine im Iran im 6. Jahrhundert v. u. Z. begründete Religionsgemeinschaft, die sich auf den Propheten Zarathustra berief.

schiedlicher Sprachkulturen zusammenlebten, machte ein besonderes Klima des gegenseitigen Respekts und der Toleranz, zugleich aber auch ein diszipliniertes Verhalten aller erforderlich.¹¹⁹ Die unterschiedlichen Begabungen und Fähigkeiten stellen jedoch ein erhebliches Potenzial dar, so dass der lebendige Austausch zwischen den Kommunebewohnern und das „Lernen voneinander“ zu zentralen Elementen des Zusammenlebens wurden.¹²⁰

Als Versuchsfeld einer nicht-kapitalistischen Lebensform vertraten die Bewohner der *Tolstoi-Farm* das Ziel der wirtschaftlichen Autarkie nach außen („Was man nicht selber produzieren kann, kann man entbehren.“¹²¹), während nach innen eine basisdemokratische Verwaltungsstruktur angestrebt wurde. Die egalitäre Ordnung der Farm zeigte zugleich einen ausgeprägten Kollektivismus, der bis in das Freizeitverhalten hineinreichte.¹²² Um den selbst gesetzten Ansprüchen hinsichtlich „the moral and spiritual growth“¹²³ zu genügen, war die Kommune auf eine vollkommene Harmonie mit der Natur, auf einen konsequenten Vegetarismus und auf eine insgesamt asketische Lebensweise eingestimmt.¹²⁴ Das Tagwerk begann frühzeitig, gearbeitet wurde, bis die Mittagshitze die körperliche Tätigkeit zu anstrengend werden ließ, der Nachmittag war überwiegend dem gemeinsamen Lernen und dem Bildungsprogramm vorbehalten. Einen wesentlichen Schwerpunkt bildete der Unterricht der rund zwei Dutzend in der Kommune lebenden Kinder, in den die Prinzipien Leo Tolstois wesentlich einfließen.¹²⁵ Die medizinische Betreuung der Bewohner orientierte sich primär an naturheilkundlichen Verfahren.¹²⁶

Immer wieder bildete die Kooperative den Ausgangspunkt für verschiedene „Direkte Aktionen“, mit denen gegen politische Missstände protestiert wurden. Während des Jahres 1913 richtete sich der Widerstand besonders gegen die so genannten *Black Act*-Gesetze, die einen Migrationsstopp aus Indien erzwingen sollten, gegen diskriminierende Rechtsnormen hinsichtlich der

119 Lou Marin, *Challenging the Warrior Culture*, in: *critical currents* 3 (2008), 51f.

120 Gandhi selbst etwa ließ sich von Kallenbach in der Sandalenherstellung unterrichten. Bhana, *Tolstoy Farm*, 112. 6.

121 Gandhi-Informations-Zentrum, 110. message, 43. Das Autarkiestreben diene im gegebenen Zusammenhang nicht protektionistischen Zielen, wie ein kurzschlüssiges Denken nahe legen würde, sondern primär dem Anliegen, den Kommunarden ihre eigenen Fähigkeiten und Potenziale entwickeln zu lassen.

122 Die Feiertage aller im Ashram vertretenen Religionsgemeinschaften genossen gleich hohen Stellenwert und wurden von sämtlichen Mitgliedern eingehalten.

123 Bhana, *Tolstoy Farm*, 112. 7.

124 „Tolstoy Farm.“ *Encyclopædia Britannica* 2010. *Encyclopædia Britannica Online*, <http://www.britannica.com/EBchecked/topic/598721/Tolstoy-Farm> [8. Juni 2010].

125 Bhana, *Tolstoy Farm*, 112. 4, 6f.

126 Ebenda, 6.

Eheschließung und gegen die Beschränkung der Bewegungsfreiheit der indischen Bevölkerungsgruppe. So war etwa die Überschreitung der Provinzgrenze zwischen Natal und Transvaal für Inder verboten. Frauen der *Tolstoi-Farm* übernahmen die Leitung und die Organisation beim *Newcastle-March*, an dem rund 5.000 streikende Bergarbeiter mitsamt ihren Familien teilnahmen.¹²⁷ Trotz erbitterter Gegenmaßnahmen von Seiten der Regierung konnte der Protestzug nicht gestoppt werden. Im Gegenteil: Ende des Jahres 1913 waren es bereits 50.000 Bergleute, die sich dem *Newcastle-March* angeschlossen hatten.¹²⁸ Für Gandhi wurde diese Protestaktion zum beispielhaften Vorbild des legendären Salzmarsches während des Unabhängigkeitskampfes in Indien.¹²⁹ Im Laufe des folgenden Jahres zeigten die Widerstandshandlungen ihre Wirkung: die Einwanderungsgesetze wurden abgemildert, das System der Kontraktarbeit wurde neu geregelt, die Kopfsteuer für Vertragsarbeiter wurde abgeschafft und aus dem Eherecht wurden diskriminierende Bestimmungen entfernt.¹³⁰ Mit diesen Ergebnissen betrachteten die Protagonisten der *Tolstoi-Farm* ihre Mission als beendet.¹³¹ Der Betrieb wurde 1914 eingestellt. M. K. Gandhi kehrte nach einem Zwischenstopp in England wieder nach Indien zurück. Hermann Kallenbach begab sich nach Palästina, um sich dort der jungen Kibbutz-Bewegung anzuschließen.¹³²

127 Lou Marin, Einleitung: Zur Rezeption von M. K. Gandhis libertärem Anti-Kolonialismus, Nettersheim 2008, 45.

128 Ebenda, 45.

129 Der Salzmarsch bzw. die „Salz-Satyagraha“ von 1930 war die spektakulärste Kampagne, die M. K. Gandhi nach seiner Rückkehr nach Indien initiierte. Mit dem Salzmarsch sollte das Salzmonopol der Kolonialmacht Großbritannien gebrochen werden.

130 Woodcock, Revolutionär, 114. 49.

131 Ebenda, 50. Im Kampf gegen die Apartheidstrukturen, die sich in der neu gegründeten *Südafrikanischen Union* zu verfestigen begannen, kamen ebenfalls „Direkte Aktionen“ nach gewaltlosem Muster breitflächig zum Einsatz (Schweigemärsche, Boykottmaßnahmen etc.). Einen wichtigen Schritt in Richtung Apartheid bedeutete der *Natives Land Act* von 1913, mit dem eine Aufteilung des verfügbaren Bodens vorgenommen wurde. Der Kampf gegen die Apartheid wurde vom 1923 gegründeten *African National Congress* (ANC, Vorläuferorganisation: *South African Native National Congress*, gegr. 1912) aufgenommen und 1994 erfolgreich zu Ende geführt.

132 Seine letzte Ruhestätte fand Hermann Kallenbach in Degania, dem ersten Kibbutz, der in Palästina gegründet wurde. Gandhi-Informations-Zentrum, 110. message, 43.

Nachklang

Im Zentrum politischer Modernisierung steht gemeinhin nicht nur die Entwicklung demokratischer Verfassungen, sondern auch die pluralistische und gewaltfreie Organisation unterschiedlicher Interessen.¹³³ Nachdem mit dem 20. Jahrhundert das Zeitalter der großen sozialen Experimente zu Ende gegangen zu sein scheint, sind nicht nur die für die Gesellschaft zukunftsfähigen Wege deutlicher hervorgetreten, auch die Frage „Lenins oder Gandhis Standort?“ ist heute einfacher zu beantworten.¹³⁴ Die von Leo Tolstoi bis M. K. Gandhi gebildete Traditionslinie steht für die friedliche Selbstorganisation der Gesellschaft, sie schließt autoritäre/totalitäre politische Systeme ebenso aus wie jede Form einer technokratischen Gesellschaftsverwaltung.¹³⁵

Der Psychoanalytiker Alexander Mitscherlich (1908–1982) hat vor allem ein Problem wiederholt betont: „Was ich von der Welt in Erfahrung bringen konnte, hat mir nur wenig Hochachtung vor der Weisheit der Herrschenden abgefordert. Ich habe Verständnis für den Haß der Unterdrückten. Wird er aber helfen, in der Zukunft die Humanität zu mehren?“¹³⁶ Nun, der historische Nachweis ist erbracht, dass es möglich ist, negativen gesellschaftlichen Energien eine konstruktive Richtung zu geben. Auch wenn in diesem Zusammenhang gelegentlich der Vorwurf einer gewissen Weltfremdheit auftaucht, fest steht, dass sich die Strategie der passiven Resistenz als eine mit Entwicklungspotenzial erwiesen hat. Durch die Überwindung des quientistischen Moments¹³⁷ ist es Gandhi gelungen, den gewaltlosen Widerstand zu einer politischen Waffe umzuformen und damit zu sozial relevanten Veränderungen zu gelangen.¹³⁸ In diesem Sinne war die *Tolstoi-Farm* alles andere als der Versuch einiger blauäugiger Gemüter, eine Insel des Friedens und der Eintracht zu schaffen. Gandhi eignete sich zwischen 1893 und 1914 wichti-

133 Evelyn Gröbl-Steinbach, Die Problematik des Fortschritts, in: Evelyn Gröbl-Steinbach (Hg.), Licht und Schatten. Dimensionen von Technik, Energie und Politik, Wien, Köln 1990, 116.

134 René Fülöp-Miller, Lenin und Gandhi, Wien 1927. Heinrich Bechtoldt, Indien oder China. Die Alternative in Asien, Stuttgart 1961.

135 Gerhard Senft, Aufstieg und Niedergang der Technokratie, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, 40 (2003), 3–19.

136 Alexander Mitscherlich, Über Feindseligkeit und hergestellte Dummheit: einige andauernde Erschwernisse beim Herstellen von Frieden; Rede als Preisträger bei der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in der Frankfurter Paulskirche am 12. Dezember 1969, in: Ders., Gesammelte Schriften, Band V, Frankfurt/M 1983, 363, zitiert in: Tobias Freimüller, Alexander Mitscherlich – Gesellschaftsdiagnosen und Psychoanalyse nach Hitler (Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, Band 6), Göttingen 2007, 17.

137 Der Begriff Quientismus steht für Innenschau.

138 Hanke, Prophet, 69. 145, 167.

ge Kompetenzen an, die ihn schließlich 1947 dazu befähigen sollten, den indischen Subkontinent in die Unabhängigkeit zu führen. Nicht vernachlässigt werden sollte aber auch die Beispielwirkung, die von Gandhis Konzept ausging. In den 1950er Jahren reisten amerikanische Bürgerrechtsaktivisten wie Martin Luther King Jr. (1929–1968) nach Indien, um sich den Ansatz des zivilen Ungehorsams zu eigen zu machen und Impulse im Kampf gegen die Rassendiskriminierung in den USA zu erhalten.¹³⁹ Auch davon ausgehend könnte von einer werteorientierten sozialen Aufbruchsbewegung berichtet werden, deren Erfolgsaussichten anfänglich alles andere als günstig waren. Doch das ist bereits eine andere Geschichte.

139 Lou Marin, Outlook: Can we save true dialogue in an „Age of Mistrust“?, in: *critical currents* 8 (2010), 70f.

Dmitri Schostakowitsch und die sowjetische Musik der 1920er-Jahre

Auf der Suche nach Musik der Zukunft

Fritz Weber

*„Was liegt dem Proletariat näher, der Pessimismus Tschaikowskys und die falsche Heroik Beethovens ... oder der präzise Rhythmus und die Spannung von Deschowows ‚Schienen‘? Während Beethoven gespielt wurde, langweilten sich die Arbeiter [...] Dagegen löste die zeitgenössische sowjetische Musik beim Publikum eine spontane Wirkung aus. Die proletarischen Massen, denen Maschinenöl gleich Muttermilch ist, haben das Recht auf eine Musik, die unserer Epoche entspricht, und nicht die Musik des bourgeois Salons, die in die Zeit der ersten Lokomotiven Stephenson gehört.“ (Aus der Broschüre *Der Oktober und die Neue Musik*, 1927)*

Wer Essentielles über Kunst und Kultur des ersten Jahrzehnts nach der russischen Oktoberrevolution in Erfahrung bringen möchte, hat immer noch einen steinigen Weg vor sich. Der aufbereitete Boden ist mit Fallen und Gruben übersät. Die ältere deutsch-sowjetische Literatur klammert bei dem apologetischen Vorhaben, diese Periode als mit Irrtümern und Fehlversuchen behaftete Vorgeschichte der post-stalinistischen Reife abzuhandeln, viele Fragen aus und verleiht ihr den Bias eines Blicks, der auf einem Auge – in Wirklichkeit auf vielen, doch das würde die Metapher unbrauchbar machen – blind ist. Und die post-realsozialistische Literatur sieht ihr Forschungsfeld hauptsächlich im Nachzeichnen der Verfolgung und Behinderung kultureller Aktivitäten durch die stalinistische und post-stalinistische Kulturbükratie und klammert daher die 1920er-Jahre weitgehend aus.

Die hier vorliegende Untersuchung konzentriert sich – ohne den Anspruch auf eine allumfassende Darstellung zu erheben – auf einige Bereiche der sowjetischen Musikentwicklung rund um Dmitri Schostakowitsch, der in den 1920er-Jahren noch nicht *der* sowjetische Komponist, sondern einer unter vielen war, die unter den neuen gesellschaftspolitischen Bedin-

gungen nach einem individuellen Weg der künstlerischen Artikulation suchten. Die Musik dieser Zeit und ihre Protagonisten werden bewusst als „sowjetisch“ bezeichnet. Das Wort „russisch“ wäre irreführend, da sich unter den hier genannten Komponisten auch einige nicht-russische Künstler befanden. Es wäre auch insofern falsch, als sich die Entstehungsbedingungen von Kultur gegenüber dem „alten“ vor-revolutionären Rußland grundlegend – eben sowjet-spezifisch – geändert hatten. Eingegangen wird im folgenden nur auf die Produktion und die Produktionsbedingungen von neuer Musik; das weite Feld des praktischen Musikbetriebs – der Wiedergabe von Musik in Konzerten und Theateraufführungen – kann bestenfalls gestreift werden, ohne den Rahmen des Aufsatzes zu sprengen.¹

Zwischen Loyalität und musikalischer Systemkritik. Der Weg zur Vierten Symphonie

Warum gerade Schostakowitsch? Er ist sicherlich – neben Sergej Prokofjew, der allerdings zwischen 1918 und Ende 1932 außerhalb der UdSSR lebte – der bekannteste und erfolgreichste sowjetische Komponist. Er wuchs – 1906 geboren – unter den neuen gesellschaftlichen Bedingungen der Zeit nach der Oktoberrevolution auf, wurde von ihnen geprägt und kann daher mit Fug und Recht als „sowjetischer“ Künstler bezeichnet werden.

Gleichwohl kann sein künstlerischer Weg nur als *individueller* begriffen werden. Sein – physisches wie künstlerisches – Überleben war seit Mitte der 1930er-Jahre an eine Strategie des Verkleidens, Tarnens und Täuschens gebunden. Er war mit Sicherheit der sowjetische Komponist, der es am besten verstand, das, was seine Musik sagen wollte, vor den mit politischer Macht ausgestatteten Hörern zu verbergen und seine Symphonien mit einem „Programm“ zu versehen, das eine Art von „offizieller“ – offiziöser – Höranleitung bereitstellte. Wer sich freilich daran orientiert – und auch viele seiner Kritiker im Westen haben das Jahrzehnte lang getan –, wird seine Musik nie verstehen. Nun ist Musik ein Medium, das keine anderen als nur ambivalente Ergebnisse bereitstellen kann. Ist der Notentext schon die Musik? Allein die Möglichkeit sehr unterschiedlicher Interpretationen durch Solisten wie Dirigenten und Orchester scheint dagegen zu sprechen.

Bei Schostakowitsch ist dieser Sachverhalt – auch wenn seine Musik sozusagen für sich selber „spricht“ – besonders evident. Um seine Werke zu verstehen, ist es notwendig, einen Blick auf die besonderen Bedingungen ihrer

1 Angaben dazu finden sich vor allem bei Boris Schwarz, *Musik und Musikleben in der Sowjetunion 1917 bis zur Gegenwart*, Teil I – III, Wilhelmshaven 1982; Detlef Gojowy, *Neue sowjetische Musik der 20er Jahre*, Laaber-Verlag 1980, 38ff widmet in seiner Darstellung der Musik der 1920er-Jahre der ausübenden Musik einige Seiten.

Entstehung zu werfen. Einer der großen und authentischen Schostakowitsch-Interpreten, der heute 97jährige deutsch-jüdische Musiker Kurt Sanderling, der in den 1930er-Jahren vor den braunen Barbaren in die Sowjetunion flüchtete und dort bis in die 1960er-Jahre wirkte, hat vor ein paar Jahren in einem Interview gesagt:

*„Ich habe nicht dadurch, dass ich Schostakowitsch persönlich kannte, eine besondere Sicht auf seine Musik gewonnen, sondern dadurch, dass ich die **Verhältnisse** kannte, unter denen seine Musik geschrieben wurde. [...] Keine Kunst ist ein Abstraktum, die im luftleeren Raum entsteht und im luftleeren Raum exekutiert wird.“²*

Alle, die Schostakowitsch kannten, bezeugen, dass er selbst nur sehr ungerne über seine Musik und die darin verborgenen „Programme“ sprach – und wenn er es tat, meist indirekt, indem er als Zuhörer von Aufführungen seiner Musik sich zustimmend oder negativ zur jeweiligen Interpretation äußerte. „Programm“ wollen wir in diesem Zusammenhang nicht als Programmmusik verstehen, sondern im Sinne einer Äußerung Gustav Mahlers in einem Brief an den Musikschriftsteller Max Kalbeck:

„Es gibt, von Beethoven angefangen, keine moderne Musik, die nicht ihr inneres Programm hat. – Aber keine Musik ist etwas wert, von der man dem Hörer zuerst berichten muß, was darin erlebt ist – respektive was er zu erleben hat. – Und so nochmals – per se – jedes Programm! [...] Ein Rest von Mysterium bleibt immer – selbst für den Schöpfer!“³

Schostakowitsch' Nähe zu und seine kompositorische Verwandtschaft mit Gustav Mahler sind Gegenstand vieler Untersuchungen gewesen.⁴ Beide waren Komponisten, die unter der „Welt“ – den „Verhältnissen“ – litten und diesem Leiden musikalische Gestalt gaben. In den Symphonien beider sind „Programme“ verborgen, ist die Biographie des jeweiligen Komponisten für

2 Mein Schicksal ist gnädig gewesen, Berliner Zeitung, 22. September 2007. Herv. v. Verf.

3 Gustav Mahler an Max Kalbeck, in: Gustav Mahler, Briefe 1879–1911, hrsg. von Alma Mahler, Berlin 1924, 296. Der deutsche Komponist Hans Werner Henze hat in einem privaten Gespräch mit dem Verfasser einmal für Beethoven den Begriff „sagende Musik“ – im Sinne von erzählender Musik – gebraucht.

4 Explizit: Krzysztof Meyer, Mahler und Schostakowitsch, in: Gustav Mahler. Sinfonie und Wirklichkeit (Studien zur Wertungsforschung, Bd. 9), Graz 1977, 118–132; Michael Koball, Pathos und Groteske. Die deutsche Tradition im Schaffen von Dmitri Schostakowitsch, Berlin 1997; Bernd Feuchter, Dmitri Schostakowitsch. „Und Kunst geknebelt von der groben Macht“, Kassel, Stuttgart, Weimar 2002, 33, 59, 73f, 98f.

den, der es hören will, allgegenwärtig. Auch Schostakowitsch' Bewunderung für Gustav Mahler ist bekannt.⁵ In einem persönlichen Gespräch mit dem polnischen Komponisten Krzysztof Meyer nannte er unter den Symphonien Gustav Mahlers, die ihm besonders nahe waren, neben der Dritten die Neunte, die unvollendete Zehnte und das „Lied von der Erde“.⁶

Er begann Mahlers Musik zu Ende der 1920er-Jahre intensiv zu studieren.⁷ Und – wenn man so will – kann man das erste „Ergebnis“ dieser Beschäftigung in der „mahlerischen“ Vierten Symphonie hören. In diesem Werk dokumentiert sich in fokussierter Form der Wandel einer Persönlichkeit, die ihre musikalische und gesellschaftliche Rolle neu definiert: Schostakowitsch war zu dem Ergebnis gekommen, dass seine „natürliche“ Rolle – wie jene Gustav Mahlers – die des künstlerischen Oppositionellen war, genauer: des in die Opposition Gedrängten. Die „große“ Politik ist in seiner Musik viel direkter gegenwärtig und beim Namen genannt als bei Mahler, weil das System, unter dem er litt, den Künstlern nur minimale Freiräume konzedierte – zumindest nach 1932, als die Schlinge der Zensur und des Verbots mit der Erfindung des „sozialistischen Realismus“ enger gezogen wurde als zuvor. Schostakowitsch wurde zweimal als Künstler gemaßregelt. Nach jeder Rehabilitierung komponierte er zwar erneut – und zum Teil im Staatsauftrag – weiter, wusste sich aber fortan umso besser zu tarnen, indem er Programminhalte in die Welt setzte, die eine Anleitung zum „ungefährlichen“, affirmativen Hören abgaben.

Dass seine kritische Einstellung zur Musik Arnold Schönbergs⁸ nicht Liebdienerie vor den Kulturbehörden war, sondern auch seiner inneren künstlerischen Überzeugung entsprach, kann nicht bezweifelt werden. Hier besteht auch eine innere Beziehung zu seiner späteren Distanzierung von den eigenen Symphonien, die zu Ende der 1920er-Jahre entstanden waren, der Zweiten und der Dritten. Was Schönberg mit den beiden in Rede stehenden Werken verband, war ihr gleichsam „konstruktivistischer“ Gestus. Schostakowitsch war, als er die Vierte schrieb, auf der Suche nach einer Art zu komponieren, die seinen Wunsch, „zeitgenössisch“ zu sein und zugleich verständlich zu schreiben und die „Massen“ zu erreichen, vereinen sollte.

An diesem Punkt der Entwicklung setzt – von wenigen Ausnahmen abgesehen – die Literatur über den Komponisten ein. Sie konzentriert sich in augenfälliger Weise auf den „reifen“ Schostakowitsch ab der Mitte der

5 Feuchtner, Schostakowitsch, 73ff, 98ff.

6 Meyer, Mahler und Schostakowitsch, 118.

7 Feuchtner, Schostakowitsch, 33.

8 Siehe: Manfred Mugrauer, Schostakowitsch in Wien, in: *Musicologica Austriaca* 27 (2008), 233ff; ausführlich auch: Boris Schwarz, *Musik und Musikleben in der Sowjetunion von 1917 bis zur Gegenwart*, Bd. IV-V, Wilhelmshaven 1982, 547ff.

1930er-Jahre. Wenig ist hingegen über die Zeit davor zu erfahren, über die 1920er-Jahre, seine frühen Theatermusiken, die Oper „Die Nase“ (nach Gogol), das mit grotesken Momenten angereicherte Ballett „Der Bolzen“ und die 2. und 3. Symphonie. Er selber hat sich über seine Entwicklungsjahre in einer autobiografischen Skizze folgendermaßen geäußert:

„1919 trat ich ins Leningrader Konservatorium ein, das ich 1925 beendete. [...] Nach Beendigung meiner Studien am Konservatorium blieb ich dort als Meisterschüler von Professor M. Steinberg. Ich hatte bereits zu komponieren begonnen, als ich noch am Konservatorium studierte. Meine Symphonie (die Erste, F.W.) [...] war zum Beispiel meine Prüfungsarbeit am Konservatorium. Enthusiastisch und kritiklos machte ich mir die Kenntnisse und Finessen, die man mich lehrte, zu eigen. Als ich aber mit dem Studium fertig war, mußte ich einen großen Teil des musikalischen Gepäcks, das ich erworben hatte, überprüfen. Es wurde mir klar, daß Musik nicht nur eine Kombination in dieser oder jener Art angeordneter Töne ist, sondern eine Kunst, die imstande ist, mit ihren eigenen Mitteln die verschiedensten Gedanken und Gefühle auszudrücken. Ich kam nicht ohne Mühe zu dieser Überzeugung. Es genügt zu sagen, daß ich im ganzen Jahr 1926 nicht eine einzige Note geschrieben habe. Aber seit 1927 habe ich nicht aufgehört zu komponieren. In dieser Zeit schrieb ich zwei Opern, Die Nase (nach Gogol) und Lady Macbeth von Minsk (nach Leskow), drei Ballette, darunter Das goldene Zeitalter und Der Bolzen, drei Symphonien, darunter die Ode auf den Oktober und die Symphonie auf den 1. Mai, 24 Präludien für Klavier, ein Konzert für Klavier und Orchester, Filme usw. In dieser Zeit vervollkommnete und festigte ich meine Technik. Ich arbeitete unaufhörlich daran, meine Kunst zu meistern und mir meinen Stil zu schaffen, der einfach und ausdrucksvoll sein soll.“⁹

Schostakowitsch spricht hier von seinem künstlerischen Entwicklungsweg und klammert die Querverbindungen zur Politik und die Frage, inwieweit die politischen Zeitumstände seine künstlerischen Entscheidungen beeinflussen haben könnten, aus. Genau dem soll in diesem Aufsatz nachgegangen werden: Wie ist Schostakowitsch' Entwicklungsweg mit den gesellschaftlichen Verhältnissen und Bedingungen der künstlerischen Produktion verwoben? Wie politisch war Schostakowitsch? Welche Position bezog er gegenüber der Sowjetmacht und ihrer Kulturpolitik?

9 Zitiert nach Paul Collaer, Geschichte der modernen Musik, Stuttgart 1963, 352.

Im Zentrum dieser Analyse stehen die Zweite und die Dritte Symphonie, die 1927 bzw. 1929 geschrieben wurden und – vom programmatischen Anspruch her – explizit politische Artefakte darstellten, die auch rezeptionsgeschichtlich eine Sonderstellung einnehmen. Haben sich die Symphonien von Dmitri Schostakowitsch – bedingt durch den Umstand, dass sie in der Zeit des Kalten Kriegs als „Parteitagsmusiken“ missverstanden wurden – generell erst spät einen ständigen Platz in den westlichen Konzertsälen erobert¹⁰, so wurden die 2. und 3. Symphonie praktisch nie gespielt. Auch im sowjetischen Einflussbereich wurden sie – aus anderen Gründen – kaum aufgeführt¹¹, obwohl beide Werke programmatische, fast parteioffizielle Titel trugen, mit denen der junge Komponist repräsentative Aufgaben für die nach dem Jahren des Bürgerkriegs gefestigte Sowjetmacht erfüllen zu wollen schien: Der Titel der Zweiten lautet „An den Oktober“, jener der Dritten Symphonie „1. Mai“. Beide schließen mit einem Chorfinale. Die verwendeten Texte (von damals bekannten und geachteten Dichtern) haben quasi-propagandistischen Charakter. Schostakowitsch präsentierte sich – wenn man so will – als Künstler, welcher der Sowjetmacht und der herrschenden Partei mehr als nur neutral gegenüberzustehen gewillt war.

Von ihrer musikalischen Sprache her, die sich der freien Atonalität (in der Zweiten) bzw. einer erweiterten Tonalität (in der Dritten Symphonie) bedient, waren sie vermutlich damals schon – Jahre, bevor Stalin und sein kulturpolitischer Adlatus Andrej Shdanov die Forderung nach „Verständlichkeit“ und „Volkstümlichkeit“ in der Musik erhoben – der sich herauskristallisierenden offiziellen sowjetischen Kulturpolitik ein Dorn im Auge. Nicht zufällig wurden beide Symphonien in den 1930er-Jahren als „formalistisch“ gebrandmarkt und konnten erst 30 Jahre später wieder aufgeführt werden.¹²

Doch hat sich auch der Komponist selber von den beiden Symphonien distanziert. Schon 1931 bezeichnete er die 2. Symphonie als „altmodisch“ und – in der realsozialistischen Sklavensprache der Zeit – als Produkt einer „Kinderkrankheit des linken Flügels“.¹³ Er hat sein Urteil auch später nicht revidiert. In seinen „Sechs Vorlesungen über die Schostakowitsch-Symphonien“ aus dem Jahr 1990 berichtet Maxim Schostakowitsch, der Sohn des

10 Mugrauer, Schostakowitsch in Wien, 265ff.

11 Kein Wunder, hieß es doch in einer 1956 herausgegebenen „Geschichte der sowjet-russischen Musik“, Schostakowitsch sei zu der Zeit, als er die beiden Symphonien komponierte, „ein Gefangener der modernen bourgeoisen Einflüsse mit einer merkwürdigen Beimischung proletarischer, von RAPM (Russische Assoziation Proletarischer Musiker,f.W.) beeinflusster Dogmatik“ gewesen. Zit. n. Schwarz, Musik und Musikleben in der Sowjetunion, Teil I – III, 137.

12 Krzysztof Meyer, Schostakowitsch. Sein Leben, sein Werk, seine Zeit, Mainz 2008, S. 143f.

13 Zit.n. Schwarz, Musik und Musikleben in der Sowjetunion, Teil I-III, S. 218.

Komponisten: „Shostakovich did not think much of his Second and Third Symphonies. Once when I wanted to conduct the Third he looked at me and said, ‚Couldn’t you conduct something else?‘“¹⁴ Und gegenüber einem Freund äußerste sich der Komponist vier Jahre vor seinem Tod: „Mir scheint, daß von den fünfzehn (Symphonien, F.W.) vermutlich zwei ganz und gar unbefriedigend sind – das sind die Zweite und die Dritte Symphonie.“¹⁵

Schostakowitsch’ spätere Nicht-Wertschätzung der beiden Symphonien ging also tiefer und betraf nicht nur den Bereich der politischen Abgrenzung von seiner Vergangenheit, sondern auch die kompositorische Substanz der Musik, wie der lettische Dirigent Mariss Jansons meint: „Vielleicht hat Schostakowitsch die beiden Symphonien weniger geschätzt, weil sie aus einem frühen Stadium seines Komponistenlebens stammen und er noch nicht in der Lage war, das auszudrücken, was er wirklich sagen wollte. Vielleicht auch, weil er sie aus politischen Gründen geschrieben hat, nicht aus einem inneren Bedürfnis.“¹⁶

Von der Zweiten und Dritten Symphonie kann nicht gesprochen werden, ohne auf die Mitte der 1930er-Jahre entstandene Vierte einzugehen, die Schostakowitsch noch vor der geplanten Uraufführung zurückzog und später umarbeitete. Das in jeder Hinsicht „maßlose“ und formsprengende Werk – der Komponist selbst sprach ironisch von der sie auszeichnenden „Grandiosomanie“¹⁷ – bildet, obwohl erst 1961 zum ersten Mal aufgeführt, den tatsächlichen Ausgangspunkt für alle später entstandenen Symphonien. Sie hätte – wäre sie 1936 aufgeführt worden – mit Sicherheit dasselbe Schicksal erlitten wie die Oper „Lady Macbeth vom Mzensk“. Die Legende, der Komponist habe die Symphonie von sich aus zurückgezogen, ist längst widerlegt. Er beugte sich dem Druck, der auf ihn ausgeübt wurde. Später bezeichnete er sie als ein Werk, das über alle seine anderen Symphonien zu stellen sei.¹⁸

14 Shostakovich Reconsidered, 401.

15 Dmitri Schostakowitsch, Chaos statt Musik? Briefe an einen Freund, hrsg. und kommentiert von Isaak Dawyowitsch Glikman, Berlin 1995, 300.

16 Mail Mariss Jansons an den Verfasser vom 22. 1. 2010.

17 Schostakowitsch, Chaos statt Musik?, 17.

18 Siehe: Ebenda, 14ff und 156ff.

Schostakowitsch' Stellung in der sowjetischen Musik der 1920er-Jahre

Unzweifelhaft stand Dmitri Schostakowitsch in der Zeit, in der die Symphonien 2 und 3 entstanden, der Sowjetmacht am nächsten. Er gehörte zur ersten Musikergeneration, die in der sowjetischen Zeit aufwuchs und musikalisch gebildet wurde. Die Identifikation mit der Oktoberrevolution ist beim heranwachsenden Schostakowitsch – wie auch beim zwei Jahre älteren Dmitri Kabalewski – deutlich zu spüren. 1917 war Schostakowitsch elf Jahre alt. Unter dem Eindruck der blutigen Ereignisse – er hatte miterlebt, wie ein anderer Junge von einem Soldaten ermordet wurde – schrieb er eine später vernichtete Klavierkomposition mit dem Titel „Trauermarsch zum Gedenken an die Opfer der Revolution“, deren Thema er jedoch für wert befand, in der Zweiten und Zwölften Symphonie verwendet zu werden.¹⁹

Die in den ersten Jahren nach der Beendigung seines Studiums entstandenen Musikstücke zeigen den Komponisten als Experimentator, der offensichtlich einen individuellen Weg zwischen seinem persönlichen Ausdrucksbedürfnis und den Anforderungen der Zeit sucht. Sechs Monate nach der 1. Symphonie – seiner fulminanten Abschlussarbeit am Konservatorium – trat der Neunzehnjährige 1926 mit einem „ziemlich wilde(n) Stück, voller eckiger Linearität und aggressiver Dissonanzen“²⁰, der Klaviersonate op. 12, an die Öffentlichkeit, der er den – später gestrichenen – Untertitel „Oktober“ gab.²¹ 1927 folgte die Zweite Symphonie, 1929 die Dritte. Die beiden Symphonien mögen ihre Schwächen haben, aber sie müssen – ebenso wie die übrigen in diesen Jahren entstandenen Werke des Komponisten – die Oper „Die Nase“, das Ballett „Der Bolzen“ und andere – als Produkte einer Zeit genommen werden, in der die ästhetischen Standards noch nicht vollständig „von oben“ bestimmt wurden, sondern Teil eines Einflussparallelogramms waren, in dem auch die Künstler selbst eine wichtige Rolle spielten. Auch in diesem Sinn waren die 1920er-Jahre für die sowjetische Kunst eine wilde, bewegte Epoche.²² Selbst der im Exil lebende Sergej Prokofjew hätte hier seinen Platz gefunden. Er schrieb 1925 ein Ballett mit dem Titel „Le Pas d'Acier“ („Der stählerne Schritt“), eine groteske Satire auf das Leben im Paradies der Werktätigen. Nach der erfolgreichen Uraufführung in Paris im Jahr

19 Die Memoiren des Dmitri Schostakowitsch. Hrsg. von Solomon Volkow, Berlin-München 2000, S. 72.

20 Schwarz, Musik und Musikleben in der Sowjetunion, Teil I-III, 136.

21 Meyer, Schostakowitsch, 151.

22 In einem der wenigen guten Werke über die Musik der 1920er-Jahre heißt es denn auch, die beiden Symphonien seien „Ausdruck einer verworrenen und turbulenten Zeit“. Schwarz, Musik und Musikleben in der Sowjetunion, Teil I-III, 136.

1927 verschwand das Werk – das ein bisschen wie Charlie Chaplins „Lichter der Großstadt“, in Musik übersetzt, anmutet – nach 1931 von den westlichen Bühnen.

Die Jahre bis 1929 – als mit dem ersten Fünfjahresplan die Zeit der Neuen Ökonomischen Politik (NEP) zu Ende ging und die Künstler aufgefordert waren, durch kulturelle Anfeuerung ihren Teil zum Gelingen des Planes beizutragen – waren eine Zeit des künstlerischen Experimentierens. Die Sowjetunion war im ersten Jahrzehnt nach der Oktoberrevolution ein großes Kunst-Laboratorium, in dem die älteren, aus der Vorkriegszeit kommenden Künstler – in der Musik beispielsweise Alexander Glazunow – ebenso ihren Platz hatten wie die Proletkult-Bewegung, Wladimir Majakowski oder – am Theater – Regisseure wie Wsewolod Meyerhold und Konstantin Stanislawski und bildende Künstler wie Rodtschenko oder Malewitsch. Von 1922 bis 1932 störte dies die sozialistische Ordnung ebensowenig wie das dirigentenlose Orchester PERSIMFANS oder die radikalen Experimente Georgij Rimskij-Korsakows, eines Enkels des berühmten Komponisten Nikolai Rimskij-Korsakow, der 1923 eine Gesellschaft für Vierteltonmusik gründete.²³ Weitgehende Freiheit war gegeben, solange die künstlerische Produktion den Aufbau der neuen Gesellschaft nicht störte bzw. die darin implizierte Kritik keine grundsätzliche Ablehnung des Regimes bedeutete.

In dieser Zeit waren grundsätzlich alle künstlerischen Freiheiten und Kühnheiten erlaubt. „Modernität“ war gefragt, sei es politisch, sei es künstlerisch. Es herrschte eine Art von „progressivem“ Pluralismus – von oben gelenkt, doch ohne gewalttätige Zensur.²⁴ Wie der 1917 von Lenin eingesetzte Volkskommissar für das Bildungswesen, Anatoli Lunatscharskij, zu Ilja Ehrenburg sagte, sollte „der Kommunismus [...] nicht zur Eintönigkeit, sondern zur Vielfalt führen; das künstlerische Schaffen lasse sich nicht normieren“; Zensur sei, wenn überhaupt, nur in der „Übergangszeit“ notwendig.²⁵

Lenin hatte nach der Revolution nicht ohne Grund die Kunsttagenden an Lunatscharskij übertragen: „Er verstand nichts von Kunst und war Gegner von Proletkult wie Futuristen“, schreibt Feuchtner, „überließ die Entscheidungen aber seinem Kommissar.“²⁶ Dieser agierte um- und – im Sinne der künstlerischen Avantgarde – viel zu nachsichtig, immer bemüht, das kulturelle Erbe der Vergangenheit zu bewahren. Dies hinderte ihn jedoch nicht daran, führende Futuristen mit wichtigen kulturellen Aufgaben zu betrauen. So wurde der dem russischen Futurismus nahestehende Komponist Arthur Lourié 1918 als „Musikbeauftragter“ ins Volkskommissariat für Aufklärung be-

23 Ebenda, 91.

24 Feuchtner, Schostakowitsch, 14ff.

25 Ilja Ehrenburg, Menschen Jahre Leben, München 1962, 490.

26 Feuchtner, Schostakowitsch, 21.

rufen. Er, der es bald vorzog, in den Westen zu emigrieren, beschrieb die Aufbruchsstimmung der Zeit unmittelbar nach der Revolution so:

*„Wie auch meine Freunde [...] glaubte ich an die Oktoberrevolution [...] Dank der Unterstützung der Oktoberrevolution wurden wir, die jungen vorwärtsstrebenden Künstler und Exzentriker, ernstgenommen. Zunächst versprach man uns [...], wir könnten unsere Träume verwirklichen, und es würde in die reine Kunst nicht nur keine Politik eindringen, sondern überhaupt keine Gewalt. Uns wurde völlige Freiheit für alles gegeben [...]; eine solche Gelegenheit war einmalig in der Geschichte. Für dieses Vertrauen [...] standen wir fraglos zur Revolution.“*²⁷

Auf der anderen Seite stellte sich Lunatscharskij schützend vor die überkommenen Kulturinstitutionen. Als er Meyerhold mit der Leitung der Theaterabteilung seines Volkskommissariats beauftragte, schrieb er ihm:

*„Niederreißen ist leichter als Neues aufzubauen; und so soll die Entscheidung, ob wir der alten Theater noch bedürfen, besser einem späteren Zeitpunkt vorbehalten bleiben. Die Staatstheater haben durch einen Prozeß der natürlichen Auswahl die besten künstlerischen Kräfte um sich gesammelt; diese ihres Zusammenhangs berauben zu wollen, hieße eine wertvolle Kultur zu zerstören, ohne dadurch das allgemeine Niveau zu heben.“*²⁸

Unter Lunatscharskij's Ägide wurden die wichtigsten Theater und Galerien verstaatlicht und die Kunstsammlungen, Bibliotheken und Baudenkmäler – unter ihnen der Winterpalast – fürs allgemeine Publikum geöffnet. Der Staatsverlag übernahm die Nachlässe und Rechte der bedeutenden verstorbenen Schriftsteller und wurde mit der Neuherausgabe billiger Klassikerausgaben betraut. Nach der Revolution traten Musiker in den Fabriken und Arbeitervierteln auf; Einheiten der Roten Armee und der Flotte richteten Musikabteilungen ein und gaben Konzerte, in denen neben neuen und populären Stücken auch Werke von Beethoven bis Wagner gespielt wurden. Berühmte Sänger und Musiker bildeten mobile Künstler-Brigaden, die die Musik in die Dörfer und Fabriken trugen. Auch Fjodor Schaljapin berichtet, dass er „in einer gewaltigen militärischen Reitschule“ gesungen habe, „für nahezu 15.000 Matrosen, Soldaten, Lokomotivführer, Heizer und einige Frauen“.²⁹

27 Zit.n. Gojowy, Neue sowjetische Musik, 99.

28 Zit.n. Feuchtnner, Schostakowitsch, 21.

29 Fjodor Schaljapin, Pages from my Life, New York 1937, 310. (Übers. v. Verf.)

Der Opfer der Revolution gedachte man mit einer Aufführung von Mozarts „Requiem“. Das Alte und das Neue sollten gleichberechtigt nebeneinander bestehen. Das „Erbgut der alten Kultur“ sollte vom Proletariat, wie es in einer Resolution hieß, „nicht schülerhaft, sondern kraftvoll und bewußt und äußerst kritisch“ übernommen werden.³⁰ Bei der Aufführung des Mozart-„Requiem“ am 1. Mai 1918 sagte Lunatscharskij:

„Wir wissen die gewaltigen Werte, die die alte Kultur geschaffen hat, voll zu schätzen, und wir machen sie jedermann zugänglich, nicht nur einem kleinen Kreis von Parasiten, sondern der ganzen arbeitenden Bevölkerung.“³¹

Ähnliche Gedankengänge lassen sich auch bei Lenin finden: „Kommunist kann einer nur werden“, lautet ein vielzitatierter Satz, „wenn er sein Gedächtnis um alle Schätze bereichert, die von der Menschheit gehoben worden sind.“³² Und an anderer Stelle heißt es bei ihm zur „proletarischen Kultur“:

„Ohne die klare Einsicht, daß nur durch eine genaue Kenntnis der durch die gesamte Entwicklung der Menschheit geschaffenen Kultur, nur durch ihre Umarbeitung eine proletarische Kultur aufgebaut werden kann – ohne eine solche Erkenntnis werden wir diese Aufgabe nicht lösen. Die proletarische Kultur fällt nicht vom Himmel, sie ist nicht eine Erfindung von Leuten, die sich als Fachleute für proletarische Kultur bezeichnen. Das ist kompletter Unsinn.“³³

Lenin beklagte sich in diesem Zusammenhang über die „Abkömmlinge der bürgerlichen Intelligenz“, die in den neu geschaffenen Bildungsinstitutionen „überspanntes und unsinniges Zeug als rein proletarische Kunst und proletarische Kultur“ ausgaben.³⁴

Dieser Kurs wurde gegen jene künstlerischen Tendenzen durchgesetzt, die mit einem gewissen Alleinvertretungsanspruch auftraten, gegen die Futuristen und die Proletkult-Bewegung. Das mag auch den Entschluss von Lourie verständlich machen, 1923 seiner Heimat den Rücken zu kehren. Und doch war es möglich, dass am 1. Mai 1918 – dem ersten 1. Mai nach der Oktoberrevolution – der Rote Platz mit Bildern der Futuristen und Suprema-

30 Zit. n. Schwarz, Musik und Musikleben in der Sowjetunion, Teil I-III, 52.

31 Zit. n. ebenda, 36.

32 W.I. Lenin, Werke, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1963, Band 29, 324.

33 Lenin, Werke, Bd. 31, 276.

34 Ebenda.

tisten geschmückt war.³⁵ Lenin und – noch mehr – sein „Bildungskommissar“ Anatolj Lunatscharskij, der bis 1929 die Kulturangelegenheiten des Sowjetstaates lenkte, spielten bei der Tolerierung und Ermunterung dieses Kunstfrühlings eine wichtige Rolle.³⁶

Beim Komponieren neuer Musik gab es keine verbindliche Linie und damit keine Vorgaben³⁷, auch wenn mit der Revolution das gesamte künstlerische Leben auf eine neue Grundlage gestellt wurde. An die Stelle der „bürgerlichen“ Musik, einer Kunst für die gebildeten „Eliten“, trat – vom kulturpolitischen Anspruch her – eine Kunst, die zumindest anti-bürgerlich sein und sich an das „Volk“ wenden wollte und sollte. Was darunter konkret zu verstehen war, blieb allerdings offen. Es bedeutete jedenfalls nicht unbedingt: Sich „verständlich“ ausdrücken.

Vor dem Hintergrund der „liberalen“ NEP-Politik spielten sich auf dem musikalischen Terrain die Auseinandersetzungen zwischen den „Modernisten“ und den Anhängern der „proletarischen“ Musik ab, aber innerhalb eines Rahmens, der eher durch Konkurrenz als durch bürokratische Reglementierung abgesteckt war. Nicht nur wurde, wie bereits erwähnt, die Vierteltonmusik toleriert. Die im Einleitungsziat erwähnte Komposition Deschowows („Schienen“) war ein drei Minuten langes Stück, das Eisenbahngeräusche imitierte. Der ukrainische Komponist Julij Mejtus ließ bereits mit seinem ersten Werk, einer „Rhythmo-Deklamation“ zum Tod Lenins („Na smert Iliča“, 1924) aufhorchen und komponierte 1929 bis 1932 mit „Na Dnjeprostroe“ („Am Dnjepr-Staudamm“) ein reines Schlagzeugstück über den Bau der damals weltgrößten Talsperre.

Alexander Mossolov schuf mit „Zavod“ (wörtlich übersetzt eigentlich „Fabrik“, bekannt unter dem Namen „Eisengießerei“), dem einzigen fertiggestellten Teil des geplanten Balletts „Stahl“ (1927), eine Komposition, die das Zischen von Dampf und flüssigem Metall in Musik übersetzte. Neben dieser Industrie- und Maschinenmusik komponierte Mossolov in den zwanziger Jahren Opern wie „Der Held“ und „Der Staudamm“ (1929–1931).

Auch die Komponisten der alten Generation schrieben – romantisch inspirierte – Musik im Geist der Zeit. Michael Michailowitsch Ippolitow-Iwanow verfasste 1927 eine „Hymne an die Arbeit“ (op. 59) für Chor, Orchester und Blasorchester. Im selben Jahr komponierte Reinhold Glière, der schon 1924 mit der „Fantasie für das Festival der Komintern“ ein Werk für Blasorchester geschrieben hatte, das erfolgreiche Revolutionsballett „Roter Mohn“. Und Schostakowitsch' Lehrer Maksimilian Steinberg setzte mit seiner –

35 Ehrenburg, Menschen Jahre Leben, 342.

36 Feuchtnier, Schostakowitsch, 21ff; Schwarz, Musik und Musikleben in der Sowjetunion, Teil I – III, 29ff.

37 Siehe: Dmitrij Šostakovič, (I Classici della Musica 19), Mailand 2007, 37ff.

schon in der ersten Fünfjahresplanperiode (1933) – entstandenen 4. Symphonie „Turksib“ eine Hymne auf den Bau der Turkestanisch-Sibirischen Eisenbahn in Musik.

„Modernisten“ wie Mossolov organisierten sich in der 1923 gegründeten „Assoziation für Zeitgenössische Musik“ (ASM). Sie wurden heftig bekämpft von der „Russischen Assoziation Proletarischer Musiker“ (RAPM). Diese dem „Proletkult“ auf musikalischem Gebiet huldigenden Komponisten hatten es sich zum Ziel gesetzt, die „bürgerliche“ Musik – wozu sie auch Schostakowitsch und Mossolov zählten – zu bekämpfen.³⁸ Die Mitglieder der Assoziation waren zu einem großen Teil Dilettanten und setzten sich für einfache Stücke mit propagandistischen Inhalten ein. Eine andere Gruppe, die sich PROKOLL (Produktionskollektiv von Kompositionsstudenten des Moskauer Konservatoriums) nannte, arbeitete oft als Kollektiv. So verfassten acht von ihnen 1927 zur Feier des 10. Jahrestages der Oktoberrevolution ein Werk für Chor, Solostimmen und Orchester „Der Weg des Oktober“, eine Art Oratorium, in dem Gedichte Gorkis, Majakowskis und Alexander Bloks verarbeitet, aber auch ungewohnte Effekte wie das Stampfen mit Füßen verwendet wurden.³⁹

Insgesamt war es nach dem zeitgenössischen Urteil des Komponisten und Musikwissenschaftlers Boris Assafjew „sehr schwer, die inhaltliche und formale Entwicklung von der altrussischen, bürgerlichen ... zur sowjetischen Symphonie zu präzisieren, d.h. die Entstehung einer unverkennbar neuen Eigenschaft in der Musik“ nachzuvollziehen.⁴⁰ Zu breit und zu diversifiziert verlief der Prozess. Die meisten Komponistennamen und Werke dieser Zeit sind inzwischen in Vergessenheit geraten. Dazu zählen unter anderen die Symphonien des Leningrader Komponisten Wladimir Sechtscherbatschow. Dessen zwischen 1922 und 1926 entstandene Zweite Symphonie war ein monumentales Werk – eher ein Oratorium, als eine Symphonie – in fünf Sätzen, in dem Gedichte Alexander Bloks – für Solostimmen und Chor gesetzt – verwendet wurden. Der Symphonie kann eine gewisse Originalität nicht abgesprochen werden, so der Idee, im Finale den Chor in düsteren Farben ohne Worte singen zu lassen. Auch Jurij Schaporins Symphonie für Chor und Orchester (komponiert 1926 bis 1932 und uraufgeführt 1933) litt unter dem, was Schostakowitsch später im Rückblick „Grandiosomanie“ nannte: In dem monumentalen Werk sollte – vom Anspruch her – die vergangene und gegenwärtige Größe Russlands besungen werden. Das Resultat war nach den Worten eines zeitgenössischen englischen Musikwissenschaftlers trotz der

38 Eine ähnliche Rolle auf dem Gebiet der Literatur spielte die RAPP (Russische Vereinigung Proletarischer Schriftsteller).

39 Schwarz, Musik und Musikleben in der Sowjetunion, Teil I-III, 98f.

40 Zit. n. ebenda, 143.

Verwendung revolutionärer Melodien und eines Blasmusikorchesters „ein zu Mahlerischen Dimensionen aufgeblasener Borodin“.⁴¹

Vielleicht noch ambitiöser war Alexander Kreijns „Symphonischer Dithyrambus“ mit dem Untertitel „Die UdSSR – die Stoßtruppe des Weltproletariats“ aus dem Jahr 1932. Das Werk war für Sprecher, Chor (nur Bässe) und Orchester gesetzt und sah Massendeklamationen vor. Der Sprecher hatte unter anderem Sätze aus der Stalinrede „Über die Aufgaben der Ökonomie“ zu rezitieren.⁴²

1932 war ein Schicksalsjahr für die sowjetischen Kulturschaffenden. In diesem Jahr wurden alle Komponistenverbände überfallsartig aufgelöst. Mit ihnen verschwand die Vielfalt der musikalischen Tendenzen in der Sowjetunion, die schon in den Jahren zuvor im Gleichklang mit der politischen Entwicklung hin zum Uniformismus und Stalinismus ausgedünnt worden war. Nun avancierte der „sozialistische Realismus“ zur neuen künstlerischen Staatsreligion. 1936 geriet auch Schostakowitsch in die Schusslinie der Kulturwächter, nachdem ihm in der „Prawda“ vorgeworfen worden war, er verbreite mit seiner Oper „Lady Macbeth von Mzensk“ „Chaos statt Musik“ und hänge einem „kleinbürgerlichen Neuerertum“ nach.⁴³ „Vom ersten Augenblick an wird der Zuhörer durch einen Strom bewußt mißtönender Klänge erschreckt“, hieß es in dem Artikel. „Fragmente einer Melodie, Anfänge einer musikalischen Phrase erscheinen an der Oberfläche, werden ertränkt, tauchen wieder auf, um abermals in dem Getöse zu verschwinden. [...] Das ist alles roh, primitiv, vulgär [...]“⁴⁴

Von nun an regierte ein ironischerweise an überkommenen bildungsbürgerlichen ästhetischen Idealen orientierter bürokratischer Apparat die Musik – und darüber hinaus die gesamte Kulturpolitik der Sowjetunion. Er verfolgte mit persönlicher wie struktureller Gewalt die Kulturschaffenden, trieb viele von ihnen in den Selbstmord oder zwang sie, ihre künstlerische Linie zu widerrufen und an den Vorschriften des „sozialistischen Realismus“ orientierte Kunst zu produzieren.

Eines der prominentesten Opfer des neuen Kurses war Wsewolod Meyerhold, der 1938 verhaftet und im Gefängnis zu Tode gefoltert wurde. Der Komponist Alexandr Mossolov kam verhältnismäßig „glimpflich“ davon. Er wurde 1936 wegen angeblicher öffentlicher Trunkenheit und Ruhestörung aus dem Komponistenverband ausgeschlossen, danach verhaftet und zu acht

41 Gerald Abraham, *Eight Soviet Composers*, London 1943, 90.

42 Schwarz, *Musik und Musikleben in der Sowjetunion*, Teil I-III, 144. Im Übrigen gilt Krejn als ein der jüdischen Folklore nahestehender Musiker.

43 Ebenda, 203ff.

44 Zit. n. ebenda, 205. Es handle sich, wurde weiter festgestellt, um „zappelige, kreischende neurotische Musik“, die „den perversen Geschmack der Bourgeoisie kitzelt“. Ebenda, 206.

Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Er überlebte nur, weil seine Lehrer Glière und Mjaskowski 1938 die Umwandlung der Strafe in eine Verbannung aus Moskau, Leningrad und Kiew erwirkten. Danach begann er in gemäßigerer Manier wieder zu komponieren, wurde rehabilitiert und wieder in den Komponistenverband aufgenommen, ohne bis zu seinem Tod im Jahr 1973 je wieder ein bedeutendes Werk zu schreiben.⁴⁵

Ein weiterer begabter Komponist, Nikolai Rosslawets, ein überzeugter Kommunist linker Prägung, stand ursprünglich der Proletkult-Bewegung nahe. Er hatte schon 1913 mit einer Violinsonate das erste atonale Werk eines russischen Komponisten geschrieben und 1920 in dem 3. Streichquartett mit der seriellen Technik experimentiert. In der Kantate „Oktober“ (1927) kehrte er aus eigenen Stücken zur Tonalität zurück. In den 1930er-Jahren schrieb er zuerst leichte Theatermusiken, wandte sich dann unter dem Einfluss eines Aufenthalts in Taschkent der usbekischen Volksmusik zu und schrieb die erste usbekische Nationaloper. Lange Zeit wurde angenommen, dass er während der politischen Säuberungen dieser Zeit spurlos verschwunden sei. In Wirklichkeit starb er, nach einem Schlaganfall zu jeder weiteren Arbeit unfähig, im August 1944 in Moskau.⁴⁶ Rosslawets gilt als einer der bedeutendsten Vertreter der russischen Moderne; in seiner Heimat ist er bis heute nicht rehabilitiert worden.

Auch andere Komponisten gerieten – wenn sie nicht selbst einen tonalen Ausweg aus ihren musikalischen Experimenten zu suchen begannen – in ein Mahlwerk aus gesellschaftlichem Druck und vorauseilendem individuellen Gehorsam. Lev Knipper, der später, als 1948 erneut Kritik am „Formalismus“ der sowjetischen Komponisten einsetzte, mutig seine Position verteidigte⁴⁷, passte sich an. Er begann in den 1930er-Jahren Werke in einem populäreren Stil zu schreiben, der sich bisweilen auch der Folklore der südlichen und östlichen Randgebiete der Sowjetunion bediente. Seine 4. Symphonie (1933), die den Titel „Poem auf einen Komsomolzen-Kämpfer“ trug, erlangte große Popularität, weil das Hauptthema des letzten Satzes zu einem in der Sowjetunion äußerst beliebten Lied avancierte.

Der bereits erwähnt ukrainische Komponist Julij Mejtus wechselte wie Mosolov zu einem konventionelleren Stil über. Auch Visarion Shebalin, der in der Vierteltonbewegung Rimskij-Korsakoffs aktiv gewesen war und 1933 eine Lenin-Symphonie geschrieben hatte, begann Ende der 1930er-Jahre im romantischen Stil zu komponieren. Doch auf dem Musikerkongress 1948, auf dem auch Schostakowitsch erneut angegriffen wurde, fand auch er sich in den Reihen der Antikritiker wieder und griff die „servilen Idioten“ im Musiksystem an.⁴⁸

45 Ebenda, 146.

46 Ebenda, 146f.

47 Gojowy, Neue sowjetische Musik, 124

48 Ebenda, 130f.

Die geringsten Probleme mit der Anpassung an die Gebote des „sozialistischen Realismus“ hatten aus der „alten“, russischen Zeit herüberragende Komponisten wie Michael Michailowitsch Ippolitow-Iwanow oder Reinhold Glière, die nach der Revolution in der alten, von der nationalen Romantik herkommenden Manier weitergeschrieben hatten und nun problemlos und begeistert den neuen Anforderungen des Volkstümlich- und Verständlich-Schreibens Genüge zu tun vermochten.

Schostakowitsch' Weg in die 1930er-Jahre

Der Vorwurf der Anpassung könnte auch gegen Dmitri Schostakowitsch erhoben werden. Auch er akzeptierte offiziell die gegen ihn erhobene Kritik, tat Abbitte und schrieb 1937 mit seiner Fünften Symphonie ein Werk, das von Publikum, Kritik und Politik begeistert aufgenommen wurde. Aber sein Zurückweichen vor der mächtigen Kulturbürokratie – er versah die Symphonie mit dem Zusatz, sie sei die „schöpferische Antwort eines Sowjetkünstlers auf gerechte Kritik“ – hatte etwas kalkuliert Doppelbödiges, das gleichwohl nicht ungefährlich war: Er komponierte gleichsam „mit gespaltener Zunge“. Seine Musik konnte in gegensätzlichen Richtungen gelesen werden, das Finale der Symphonie beispielsweise als Triumph und als dessen Parodie. Es kam darauf an, was man hören wollte: Unterwerfung oder schelmischen Trotz. Der Komponist selbst äußerte sich dazu folgendermaßen:

„Was in der Fünften vorgeht, sollte meiner Meinung nach jedem klar sein. Der Jubel ist unter Drohungen erzwungen wie in ‚Boris Godunov‘. So als schlage man uns mit einem Knüppel und verlange dazu: ‚Jubeln sollt ihr! Jubeln sollt ihr!‘ Und der geschlagene Mensch erhebt sich, kann sich kaum auf den Beinen halten. Geht, marschiert, murmelt vor sich hin: ‚Jubeln sollen wir, jubeln sollen wir‘. Das ist doch keine Apotheose. Man muß schon ein kompletter Trottel sein, um das nicht zu hören.“⁴⁹

Schon in den bis 1930 entstandenen Werken hatte Schostakowitsch versucht, eine persönliche Antwort auf die musikalischen Auseinandersetzungen und Konflikte der Zeit zu geben. Und man kann nicht behaupten, dass er zu den großen Experimentatoren gehörte. „Er war hin- und hergerissen“, charakterisiert Bernd Feuchtnner seinen inneren Konflikt, „zwischen dem Wunsch, den professionellen Standards der Tradition zu genügen, und

49 Die Memoiren des Dmitri Schostakowitsch, 283.

der revolutionären Sehnsucht, breitere Massen zu erreichen.⁵⁰ Man könnte diese Aussage dahingehend ergänzen, dass Schostakowitsch versuchte, zwischen der Anpassung an die Ansprüche der sowjetischen Politik und dem Beharren auf einer individuellen, persönlichen Ausdrucksweise einen eigenen Weg zu gehen.

Die Zweite und die Dritte Symphonie fielen in eine Zeit des gesellschaftlichen Übergangs, sehr neutral ausgedrückt: in eine Phase des Sich-Herantastens an eine Neue Zeit, die sich am Ende als furchtbarer erwies, als der Komponist angenommen hatte. In Wirklichkeit waren im Revolutions-Jubiläumsjahr 1927 die Weichen bereits gestellt, hatte sich der politische Horizont verfinstert: In diesem Jahr wurde Trotzki aus der KPdSU ausgeschlossen, 1929 wurde Bucharin aus dem Politbüro eliminiert, 1930 Rykow entmachtet. Im gleichen Jahr wurde der Gewerkschaftsführer Tomski aus dem ZK eliminiert. Der erste Fünfjahresplan wurde 1929 verabschiedet; die Kollektivierung der Landwirtschaft stand auf der Tagesordnung. Stalin war dabei, alle Macht – auch die Kontrolle über die Kultur – auf sich zu vereinen.

Hat Dmitri Schostakowitsch davon nichts bemerkt? Schaute er nur auf die Musik? Lassen sich die 2. und 3. Symphonie und die darin inkludierte Textvertonung vielleicht auch „anders“ lesen? Haben sie einen doppelten Boden? Das scheint nicht der Fall zu sein. Schostakowitsch macht in den beiden Werken den Eindruck, ganz auf musikalische Probleme konzentriert zu sein. Harmonisch ist er auf der Suche nach einem neuen Ordnungsprinzip. Die Verwendung des Textes zeugt von dem Versuch, den Anschluss an die neue, von Kollektiven eher als von Individuen repräsentierte Zeit zu finden und die Techniken und die Praxis des Sprechchors für die anspruchsvolle, nicht bei kruder Agitation und Propaganda stehenbleibende Musik fruchtbar zu machen. Die musikalische Sprache ist weder die eines Sklaven der Macht noch die eines Widerstand-Leisters. Sie bemüht sich, die musikalischen Errungenschaften der Zeit nach 1917 aufzugreifen: In der Zweiten Symphonie bereitet eine Fabriksirene den Schlusschor vor. Die Schlussworte „Oktober, Kommune, Lenin“ werden – von Schlagzeug unterlegt – mehr deklamiert als gesungen.

Der Kompositionstechnik haften „etwas Plakatartiges“, eine Nähe zum „Filmischen“ mit seinen „rasch wechselnde(n) Einzelbilder(n)“ an, ist zu lesen.⁵¹ Schostakowitsch selbst meinte in dieser Zeit einmal: „Es wäre reizvoll, eine Symphonie zu schreiben, in der sich kein einziges Thema wiederholt.“⁵² Genau das hat er in den beiden Symphonien – der Zweiten wie der Dritten – getan. In ihnen wird die Technik der thematischen Entwicklung völlig negiert. Kein einziges Thema wird – weder „wörtlich“ noch abgewandelt – wie-

50 Feuchtnner, Schostakowitsch, 29.

51 Schwarz, Musik und Musikleben in der Sowjetunion, Teil I-III, 138.

52 Zit.n. Meyer, Schostakowitsch, 140.

derholt. Sogar die Wiederholung von Motiven oder Melodiepartikeln wird – wie beim frühen Arnold Schönberg oder bei Anton Webern – vermieden.

Weder die Zweite noch die Dritte Symphonie gefielen. Die Dritte, die Leopold Stokowski nach Amerika mitnahm, stieß auch dort – ohne den Schlusschor aufgeführt – auf Unverständnis und Ablehnung. Misslangen sie, weil Schostakowitsch in ihnen einen Kompromiss mit der Staats- und Parteimacht anstrebte? Oder ahnten die Zuhörer, dass der Komponist noch nicht ganz bei sich selbst angelangt war? An der auf 17 Minuten komprimierten Zweiten Symphonie monierten sowjetische Musikologen „die absichtliche Härte des Klanges“⁵³. Das hat seine Wahrheit: Schostakowitsch setzte Polytonalität und Polyrhythmik bewusst als Stilmittel ein. An einer Stelle der Symphonie werden dreizehn kanonisch geführte Stimmen ohne jede Rücksicht auf tonale Erwägungen geführt. Der experimentelle, „avantgardistische“ Anspruch des Werks ist nicht zu überhören. Es war der Versuch, einen neuen Ton anzuschlagen, der dem Aufbruch in neue Zeit Rechnung trägt. Die Zweite Symphonie lebt von Motorik; sie ist dissonanzenreich, hart, spröde, aber immer das Gegenteil eines heroischen Tongemäldes. Man könnte von einem organisierten Chaos, von „Industriemusik“ sprechen. Das empfand wohl auch der sowjetische Musikwissenschaftler Daniil Zhitomirsky. Er berichtet rückblickend, dass ihn die 2. Symphonie „wegen der unnatürlichen Verbindung von striktem Konstruktivismus und musikalischer Sinnlosigkeit“ beim ersten Hören „befremdet und irritiert“ hätte.⁵⁴

In seiner „Geschichte der modernen Musik“ bezeichnet Paul Collaer die Symphonien Zwei und Drei von Schostakowitsch als „patriotische Kompositionen wie zu ihrer Zeit auch die *Symphonie funèbre* von Berlioz“.⁵⁵ Dieser Vergleich trifft im formalen Sinn nur auf die 2. Symphonie zu. Berlioz’ letzte Symphonie, die „Symphonie funèbre et triomphale“ für großen gemischten Chor, Streich- und Militärorchester, war ein Auftragswerk für das französische Innenministerium und wurde 1840 als feierliche Hommage zu Ehren der gefallenen Helden der Julirevolution von 1830 komponiert. Auch hier wird – ähnlich wie bei Schostakowitsch – der Chor erst am Schluss, in den letzten sechzig Takten des Finalsatzes, eingesetzt.

Schostakowitsch’ 2. Symphonie wurde von Lunatscharskij in Auftrag gegeben.⁵⁶ Dieser versuchte in den Zwanziger-Jahren dem musikalischen Leben der Sowjetunion einen neuen, experimentellen symphonischen Geist einzuhauchen. Zu den Auftragswerken Lunatscharskij’s gehörten unter anderen Alexander Kastalkij’s „Landwirtschaftliche Symphonie“ (1923), Michael

53 Zit.n. Schwarz, Musik und Musikleben in der Sowjetunion, Teil I-III, 138.

54 Shostakovich Reconsidered, 436ff.

55 Collaer, Geschichte der modernen Musik, 360.

56 Schwarz, Musik und Musikleben in der Sowjetunion, Teil I-III, 144.

Gnessins „Symphonisches Monument 1905 – 1917“ (1925) und Alexander Krejns „Trauerode für W. I Lenin“ (1926). Zumeist bestanden diese Kompositionen aus einem Satz; zum Orchester traten in der Regel ein Erzähler oder ein Sänger und/oder ein Chor.⁵⁷

1927 war das Jubiläumsjahr der Revolution. Damals entstanden – auch außerhalb des Einflussbereichs von Lunatscharskij – eine ganze Reihe von Werken, die diesem Ereignis gewidmet waren. Am Leningrader Malyi-Theater kam Majakowskys Gedicht „Das Fünfundzwanzigste“ (*Dwatzat pjatoje*) in einer Vertonung des Komponisten Strassenburg heraus. Das Poem schildert in 48 Episoden Ereignisse aus der Zeit der russischen Revolution und des Bürgerkriegs. Es war eine Art „Gesamtkunstwerk“ – nicht so sehr in der Tradition Richard Wagners, sondern eher in jener Alexander Skrjamins. Die Musik bildete dabei nur einen Teil. Solorezitationen wechselten sich ab mit Chordeklationen, pantomimischen und filmischen Elementen.⁵⁸

Schostakowitsch' 2. Symphonie wurde im Dezember des Jahres in einem Konzert der ASM uraufgeführt, in dem auch drei andere Werke ihre Weltpremiere erlebten: die Suite aus dem Ballett „Stahl“ von Mossolow, ein „Prolog“ von Lew Polowkin und die Kantate „Oktober“ von Joseph Schillinger.⁵⁹

Die Revolution, meinte Ernst Bloch einmal in einer Bemerkung zur Ikonographie der Arbeiterbewegung, „verachtete die Graeculi, die tänzerischen, die träumerischen, die schönen Poeten“.⁶⁰ Genau dies unterscheidet die 3. Symphonie von der Zweiten. In der Dritten ist eine quasi-hellenistische Helle präsent, sozusagen im Hegelschen Sinn in ihrem agitatorischen Grundduktus „aufgehoben“.

Auch in dieser Symphonie gibt es praktisch keine thematische Entwicklung; sie ist allerdings insofern strukturierter als die Zweite, als voneinander unterscheidbare Abschnitte erkennbar sind. Die Plakativität ist gegenüber der Zweiten Symphonie gemildert. Bernd Feuchtner spricht von Ähnlichkeiten mit „Verfahren der Stummfilmmusik“, die musikalische Sprache sei „plastisch und agitatorisch“. Vor dem Einsetzen des Chores höre man „das blutige Niedermetzeln einer Mai-Demonstration“.⁶¹ Ande-

57 Ebenda, 130f und 144.

58 Ebenda, 117. Am Ende seines Lebens plante der russische Komponist Alexander Skrjabin ein multimediales „Mysterium“. Dieses Gesamtkunstwerk sollte in einer Art von indischem Bayreuth-Tempel stattfinden und hätte – neben einem weit aufgefächerten Orchester – Düfte, ekstatische Tänzer, riesige Chöre und sich bewegende Massen erfordert. Siehe: C.F. Belsa, Alexander Nikolajewitsch Skrjabin, Berlin 1986, 198ff.

59 Schwarz, Musik und Musikleben in der Sowjetunion, Teil I-III, 145ff.

60 In: Paris 1935. Erster Internationaler Schriftstellerkongress zur Verteidigung der Kultur. Reden und Dokumente, hrsg. von der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin (Ost) 1982, 324.

61 Feuchtner, Schostakowitsch, 30.

re glauben in der Symphonie „eulenspiegelhaften Humor“⁶² zu erkennen. Schostakowitsch selbst meinte lapidar, er habe in der Symphonie nur „die allgemeine Stimmung“ eines Festes zum 1. Mai ausdrücken wollen.⁶³ Der mit Schostakowitsch befreundete Musikwissenschaftler Boris Assafjew hingegen feierte die Dritte als „Geburt der Symphonie aus der Dynamik der revolutionären Rhetorik“⁶⁴.

Im allgemeinen Urteil gelten jedoch, wie bereits erwähnt, beide Werke bis heute als misslungen. Aber was heißt das schon? Es gibt Werke des Übergangs, Werke, durch die jemand hindurch muss, um zu sich selbst zu finden. Suche nach Neuem wird selten toleriert. Meister haben Perfektes zu liefern, in diesem Fall Meister-Symphonien. Schostakowitsch aber schrieb mit der Zweiten und Dritten „experimentelle Werke“⁶⁵, *Durchgangs-Werke*, wie man auch sagen könnte, die den Komponisten auf dem Weg zu und auf der Suche nach sich selbst zeigen. Genauso war auch die Zeit, in der es entstand: Nicht mehr erfüllt vom ersten Schwung der Revolution, aber auch noch nicht affiziert vom System des Stalinismus, der wenig später auch die Kunst ins Gefängnis sperren sollte.

1932 und danach

Das Bild von Dmitri Schostakowitsch wäre nicht vollständig, zöge man nicht auch seine Werke für die Bühne mit in Erwägung. In diesen tritt der systemkritische Impetus seines Schaffens früher deutlicher als auf dem Gebiet des Symphonischen zutage. In der Oper „Die Nase“ (1927–1928), die vordergründig in der Vergangenheit spielt, nahm er die Banalität der Menschen mit frecher, bunter und parodistischer Musik aufs Korn. In einem Zwischenspiel schildert er die Entstehung einer Massenhysterie nur mit Schlagzeugmusik. Das Werk kam in Leningrad gut an. Die schrille Musik zum Film „Das Neue Babylon“ hingegen verschreckte das Publikum. Im Ballett „Das goldene Zeitalter“ (komponiert 1927–1930) erzählt Schostakowitsch die Geschichte einer sowjetischen Fußballmannschaft im kapitalistischen Ausland mit vom Jazz inspirierter Musik. Noch mehr Ärger erregte er mit dem Ballett „Der Bolzen“ (1930/31), einem grotesken Stück über Industriespionage, das die Zustände in der Sowjetunion aufs Korn nahm. Es wurde bald nach der Uraufführung 1931 abgesetzt. Verglichen mit den anderen sowjetischen Opern und Balletten der 1920er-Jahre⁶⁶ stechen Schostakowitsch' Büh-

62 Meyer, Schostakowitsch, 141.

63 Zit. n. ebenda, 151.

64 Zit. n. Schwarz, Musik und Musikleben in der Sowjetunion, Teil I-III, 137.

65 Mail Mariss Jansons an den Verfasser vom 22 .1. 2010.

66 Vgl. Schwarz, Musik und Musikleben der Sowjetunion, Bd. I-III, 115ff.

nenwerke durch ihre respektlose Frische hervor. Der kompromisslose Esprit gerade dieser Musik ist auch in seinen späteren symphonischen Werken lebendig geblieben.

Die Bedeutung der kulturpolitischen Wende, die sich schon vor 1932 ankündigte, scheint Schostakowitsch bewusst ignoriert zu haben. Er war in dieser Zeit mit der Komposition der Oper „Lady Macbeth von Mzensk“ beschäftigt und begann danach mit der Arbeit an der 4. Symphonie, von der er als einer „neuen großen Symphonie“ sprach, „die dem 15. Jahrestag der Oktoberrevolution gewidmet ist“.⁶⁷

Tatsächlich beginnt der „wahre“ Schostakowitsch mit „Lady Macbeth“ (geschrieben 1930–32) und der Vierten Symphonie (1935/36). Diese monumentale Symphonie ist von einer Maßlosigkeit, die an manche Werke Gustav Mahlers erinnert und den Komponisten selbst spürbar erschreckte. Die Umarbeitung, die er nach der zurückgezogenen Uraufführung der Symphonie in Angriff nahm, hatte auch eine „rationale“, auf selbstgestellte kompositorische Fragen bezogene Seite. Und in der Tat kam die Vierte Symphonie in dieser revidierten Form viele Jahre später – Ende 1961 – zur Uraufführung.

Der Unterschied der Vierten zu den beiden vorangehenden Symphonien ist vom ersten Ton an greifbar. Die Symphonie ist mit aufwühlender Subjektivität getränkt. Die Befindlichkeit des Komponisten wird mit dem ersten Ton des Werkes, einem Aufschrei der Klarinette, der dem Hörer durch Mark und Bein fährt, statuiert. Hier ist die Situation der 1930er-Jahre – das Klima der Angst und Verfolgung – in Musik gesetzt, in der auch künstlerisch abweichendes Verhalten gefährlich werden konnte.

Just in dieser Zeit begann im Parteileben der KPdSU Kitsch die Kunst zu ersetzen. Folklore und Operette traten an die Stelle der Revolutionsmusik: Seit 1935 wurde bei Parteikongressen immer öfter der Operettenmarsch „Glückliche Kinder“ (*Wessolije rebatja*) statt der „Internationale“ gespielt.⁶⁸

Vor dieser Fassade wurde 1936 Mossolov gemaßregelt und 1938 Meyerholds Theater geschlossen und der Regisseur selbst, der 1929 zur Musik von Schostakowitsch Wladimir Majakowskys „Wanze“ inszeniert hatte, zu Tode gebracht.⁶⁹

Maxim Schostakowitsch berichtet, dass auch sein Vater geglaubt habe, dass seine Vierte Symphonie und die Oper „Lady Macbeth von Mzensk“ sein Todesurteil bedeuteten: „Under Stalin, every day as Shostakovich left home, he would take a small packet of soap and a tooth brush with him, not knowing if he would return.“⁷⁰ Einer anderen Version zufolge schlief Schostakowitsch

67 Zit. n. Feuchtnner, Schostakowitsch, 32f.

68 Ebenda, 110.

69 Ebenda, 104.

70 Shostakovich Reconsidered, 406.

damals monatelang in seinen Kleidern und mit einem Koffer unter dem Bett, weil er damit rechnete, verhaftet zu werden. Dass dieses Verhalten einen sehr realen Hintergrund hatte, zeigt nicht nur das Beispiel Alexander Mossolovs. Im Juni 1937 – während der Arbeit an der 5. Symphonie – erfuhr Schostakowitsch von der Verurteilung und Ermordung Marschall Michail Tuchatschewskis, eines legendären Führers der Roten Armee im Bürgerkrieg, mit dem er persönlich befreundet war.⁷¹

Noch einmal: Schostakowitsch' Symphonie zum 1. Mai

Die 2. Symphonie („An den Oktober“) war ein Auftragswerk, für dessen Vollendung Schostakowitsch nur wenige Monate Zeit blieben. Sie wurde am 6. November des Jahres 1927, am Vorabend des zehnten Jahrestages der Oktoberrevolution, uraufgeführt. Die Symphonie endet mit einem aggressiv vortragenen Sprechchor. Ihre Botschaft lautet: Aus Chaos entsteht eine neue Ordnung, die Ordnung der Revolution. Insgesamt spiegelt sich darin jene Aufbruchsstimmung wider, die man durchaus mit Filmen wie Sergej Eisensteins „Oktober“ oder Pudowkins Revolutionstrilogie („Die Mutter“, „Das Ende von Sankt Petersburg“, „Sturm über Asien“) vergleichen kann, die um dieselbe Zeit und aus demselben Anlass entstanden.

Der Text von Alexander Besymenski besingt die Revolution und endet mit den Zeilen

*„Der Name des Sieges sei: Oktober! [...]
Oktober! Das ist der Bote der ersehnten Sonne. [...]
Oktober! Das ist das Glück der Felder und Werkbänke.
Die Parole lautet: Oktober und Lenin.
Die neue Zeit und Lenin.
Die Kommune und Lenin.“⁷²*

Die 1929 komponierte 3. Symphonie in Es-Dur op. 20 hingegen entstand aus Schostakowitsch' eigenen, aber natürlich nicht von möglichen politischen Ambitionen freien Antrieb⁷³: Eine solche Symphonie konnte – in gleichem Maß wie ein Auftragswerk – den Bekanntheitsgrad eines jungen Komponisten – Schostakowitsch war damals gerade 23 Jahre alt – steigern. Insgesamt scheint die Dritte Symphonie in ihrem Aufbau formal gelungener als die Zweite. Der

71 Feuchtner, Schostakowitsch, 103.

72 Zit.n. Konzertbuch Orchestermusik P – Z, hrsg. von Hansjürgen Schaefer, Leipzig 1974, 190 und CD-Booklet Dmitri Shostakovich, The Complete Symphonies. Mariss Jansons, 38.

73 Meyer, Schostakowitsch, 151.

Ton, der angeschlagen wird, weist schon auf den späteren Schostakowitsch voraus. Er ist „volkstümlicher“, schlichter, fasslicher, leichter verstehbar, so als hätte der Komponist ihm zugetragene Kritik ernst genommen oder sich in den zwei dazwischen liegenden Jahren selbstkritisch weiterentwickelt.

Schon der Beginn mit einem heiter-elegischen Klarinetten-Solo weckt Assoziationen an die entspannte und erwartungsvolle Morgenstimmung eines 1. Mai-Tages. Und der Chorsteil am Schluss mag apothetisch sein, pathetisch wird man ihn nicht nennen können. Davor wird eine Heiterkeit herbeizitiert, die nichts mit offizieller, verordneter Parteifeierlichkeit gemein hat. Der Marsch, der auf die Klarinetteneinleitung folgt, ist unmartialisch. Die Beschleunigung des Tempos könnte die gespannte Erwartung der Umzugsteilnehmer ausdrücken, die zum vereinbarten Treffpunkt eilen. Ein undramatisches, fast „schönes“ Durcheinander folgt. Die aus unterschiedlichen Richtungen eintreffenden Massen vermischen sich. Und die kurze, siebentaktige instrumentale Marschstretta, mit der die Symphonie endet, hat eine fast Eislersche – oder sollte man mit Blick auf den letzten Chor aus Giuseppe Verdis „Macbeth“ sagen: italienische? – Heiterkeit, die an Fellini und Nino Rota denken lässt.

Nicht einer proletarischen Pflicht oder einer quasi-religiösen Zeremonie wird hier gehuldigt, sondern einem fröhlichen Fest ohne organisierte Festlichkeit. Wir hören keine *Maiparade*, eher schon die Parodie eines organisierten Maiaufmarsches. Die Musik „schlägt skurrile Wendungen an, sucht extreme und bizarr wirkende Lagen, überdehnt den Gestus der Festlichkeit zur Ausgelassenheit, zum Mummenschanz. Die siebenteilige Symphonie entwirft das Bild eines vorüberziehenden Aufmarsches mit immer neuen kapiolenartigen Eindrücken.“⁷⁴ Wir werden Zeugen eines fast ausgelassenen, verspielten Umzugs, der aus verschiedenen Richtungen zu kommen scheint, ganz so, wie es der Tradition der Maiaufmärsche in vielen größeren Städten vor dem 1. Weltkrieg entspricht.

Ganz sicher marschieren hier nicht die „ehernen Kohorten des Proletariats“ auf. Ironie schwingt mit, ein wenig Distanz, Einspruch gegen den sich verfestigenden Führungsanspruch der sowjetischen Kulturbürokratie. Ein dunkler Ton fährt in die Symphonie hinein, wie eine Ahnung von kommenden Gefahren. Danach hellt die Stimmung wieder auf, wird erst ironisch, dann nachdenklich, so, als ob sich einer auf die „wahre“ Feierlichkeit des 1. Mai besinnt. Es folgt eine „laufende“, vorwärtsdrängende Bewegung, wie ein spontanes „Vorwärts, weiter zum Treffpunkt!“. Wer je bei einer Massendemonstration dabei war, kennt dieses Gefühl des „Jetzt-erst-recht“. Vielleicht wird eine Polizeikette durchbrochen. Ein Trommelwirbel, Spannung,

74 Attila Csampai u. Dietmar Holland (Hrsg.), *Der Konzertführer. Orchestermusik von 1700 bis zur Gegenwart*, Reinbek bei Hamburg 1987, 1038f.

als würde sich jemand aufplustern. Ist das schon Stalin? Oder ist es doch nur – wie in einem alten DDR-Konzertführer vorgeschlagen der agitatorische Duktus der Gedichte Majakowskis, den wir hören?⁷⁵

Jedenfalls erwacht danach die Bewegung – fast mahlerisch – zu neuem Leben. Entfernte Ähnlichkeiten zum Beginn von Mahlers 3. Symphonie – „Pan erwacht“ und „Der Sommer marschiert ein“ heißt es dort – lassen sich assoziieren. Es folgen deklamatorische Orchesterrezitative, die – wie in Beethovens Neunter, die ja auch „sagende Musik“ (Hans Werner Henze) ist – den Einsatz des Chors vorbereiten.

Die Verse von „Pervomayskaya“ stammen von Semyon Kirsanov, einem vom russischen Formalismus beeinflussten Dichter und Weggefährten von Wladimir Majakowski:

*„Unser 1. Mai –
die Zukunft wird Segel bringen,
geißt über dem Meer von Getreide,
und die lauten Schritte der Brigaden.*

*Neue Brigaden – die neuen Heere des Mai,
mit feurigen Augen in die Zukunft blickend,
Fabriken und ihre Arbeiter
marschieren in der Maiparade.*

*Wir werden die Ernte der Erde einholen –
unsere Zeit ist gekommen.
Hört, Proletarier, die Stimme aus unseren Fabriken.
Brennt das Alte nieder, das Neue aber entzündet.*

*Fahnen steigen auf wie die Sonne.
Marschiert, laßt Eure Schritte dröhnen!
Jeder 1. Mai
ist ein Schritt näher zum Sozialismus.*

*Der 1. Mai – der Aufmarsch
der bewaffneten Bergarbeiter.
Auf die Straßen, Revolution,
marschiere mit Millionen Schritten.“⁷⁶*

75 Konzertbuch Orchestermusik P – Z, 192.

76 CD-Booklet Dmitri Shostakovich, The Complete Symphonies. Mariss Jansons, 40.

Der leichte, unpathetische, an Majakowski orientierte Duktus der Dichtung hat den Komponisten hörbar inspiriert. Nicht Erdenparteischwere herrscht hier vor, sondern der federnde Spazierschritt und die gelöste Heiterkeit der „alten“ Maidemonstrationen der frühen Arbeiterbewegung. 1929 aber lagen bereits dunkle Schatten über dem 1. Mai: Im Westen der kommunistisch-sozialistische Zwist, der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise und das Heraufdämmern des Nationalsozialismus; in der Sowjetunion waren Stalin und seine Helfershelfer dabei, alle Macht – auch die Kontrolle über die Kultur – auf sich zu vereinen und den Festtag der Arbeit in martialische Waffenschauen der kommandierten „Heerscharen des Proletariats“ zu verwandeln. All das kann man in der Symphonie hören, je nachdem, welches subjektive Programm man ihr gibt und was man gewillt ist, zu hören.

Steyrermühl und Vernay: Die zwei größten Wiener Zeitungskonzerne der Zwischenkriegszeit

Peter Eigner u. Andreas Resch

Die Rangfolge der größten Wiener Zeitungskonzerne in den 1930er Jahren wurde von zwei Firmen, der Steyrmühl AG und der Vernay Gruppe, angeführt, die auf eine äußerst unterschiedliche Unternehmensgeschichte zurückblickten und sich auch im Hinblick auf ihren wirtschaftlichen Erfolg sehr unterschiedlich entwickelt hatten. Zielsetzung des vorliegenden Beitrages ist es, den Werdegang der beiden Printunternehmen vergleichend darzustellen.

Einleitung

Das moderne Pressewesen wuchs in Europa während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einem wesentlichen Faktor des politischen und wirtschaftlichen Lebens heran. Allein in der österreichischen Reichshälfte der Habsburgermonarchie erhöhte sich die Zahl der erscheinenden Zeitungen von 65 im Jahr 1880 auf 161 im Jahr 1910, wobei die Gesamtauflage von einer halben auf zwei Millionen Stück zunahm. Als Zentrum des österreichischen Pressewesens fungierte eindeutig die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.¹

Die Zeitungsbranche bildete verzweigte Wertschöpfungsketten bzw. -netzwerke aus, die von der Papierindustrie über Druckereien und Redaktionen bis zu den Endkunden, den Leserinnen und Lesern, reichten, wobei sich auch die Werbewirtschaft schon im 19. Jahrhundert zu entwickeln begann.² Laut Volkszählung waren in Wien im Jahr 1910 1471 Schriftsteller und Journalisten tä-

-
- 1 Vgl. Gabriele Meliscek u. Josef Seethaler, Die Presse als Indikator des Modernisierungsprozesses am Beispiel Cisleithaniens 1880–1910, in: 23. Österreichischer Historikertag, Salzburg 2003, 553–565; Josef Seethaler, Die Presse in der Habsburgermonarchie um 1900: Probleme und Chancen in einem multinationalen Raum, Beitrag und Kolloquium „Europäische Kulturzeitschriften um 1900 als Medien transnationaler und transdisziplinärer Wahrnehmung“, Göttingen, Akademie der Wissenschaften zu Göttingen 2004.
 - 2 Vgl. Andreas Resch, Das Geschäft mit Wort und Bild, Berlin, Wien 2008.

tig, die Anzahl der Beschäftigten in den „polygraphischen Gewerben“ hatte sich von 12.189 (1890) auf 20.066 im Jahr 1910 erhöht. Es erschienen Blätter, die monarchieweit rezipiert wurden, wie etwa die „Neue Freie Presse“, das „Neue Wiener Tagblatt“ oder das „Neue Wiener Journal“, von den politischen Parteien herausgegebene Blätter und für das lokale Massenpublikum produzierte Zeitungen, wie die „Illustrierte Kronen-Zeitung“ oder die „Kleine Oesterreichische Volkszeitung“. Insgesamt wurden im Wiener Landesgerichtssprengel zum Jahresende 1913 1494 periodische Druckwerke gezählt, darunter 27 Tageszeitungen.³

Vor dem Ersten Weltkrieg führten die 1872 gegründete Steyermühl Papierfabriks- und Verlagsgesellschaft und die Gruppe Elbemühl/Waldheim-Eberle die Rangfolge der größten Wiener Zeitungskonzerne an. Steyermühl verfügte über eine eigene Papierfabrikation und gab mehrere erfolgreiche Zeitungen heraus. Das Unternehmen verstand es auch während der Zwischenkriegszeit, erfolgreich die Führungsposition auf dem österreichischen Zeitungsmarkt zu halten.

Die dem Verkehrsbank-Schoeller-Konzern nahestehende Elbemühl-Gruppe entstand vor dem Ersten Weltkrieg durch den Erwerb der ertragsschwachen Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft, vorm. R. v. Waldheim, Jos. Eberle & Co. durch die „Elbemühl“, Papierfabriks- und Verlags-Gesellschaft.⁴ Nach dem Krieg gerieten die österreichischen Vermögenswerte des Konzerns in den Einflussbereich des Bankiers und Spekulanten Richard Kola und seines Rikola-Verlags, der Mitte der 1920er Jahre finanziell zusammenbrach.⁵ Im Zuge dieser Ereignisse wurde die Zeitungsgruppe wieder aufgeteilt. Elbemühl gelangte 1926 an ein Konsortium unter Führung des Fürsten von Liechtenstein. 1931 erwarb die Montfort Investment Trust AG (Vaduz), eine Holding der Fürsten von Liechtenstein die Mehrheit. Waldheim Eberle wurde 1923 von einem Konsortium unter Führung der Britisch-Österreichischen Bank und Handels AG und schließlich 1924/26 von der deutschen

3 Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 1913, 494 f; Kurt Paupié, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte 1848–1959, Band I: Wien, Wien 1960.

4 Die Waldheim Eberle AG, die von der Länderbank gegründet worden war, wurde 1905 und 1912 sukzessive von der Elbemühl AG erworben, die der Verkehrsbank und dem Haus Schoeller nahestand. Elbemühl verfügte über Papierfabriken in Böhmen und Niederösterreich und hatte zwischen 1874 und 1912 das „Fremdenblatt“, die „Wiener Allgemeine Zeitung“, die „Wiener Mittagszeitung“ und das „Illustrierte Wiener Extrablatt“ gekauft. Die böhmischen Fabriken wurden im Zuge tschechoslowakischer Nostrifizierungsprozesse in einem nationalen Unternehmen separiert.

5 Murray G. Hall, Österreichische Verlagsgeschichte 1918–1938, Band II, Belletristische Verlage der Ersten Republik, Wien, Köln, Graz 1985, 324ff. Vgl. dazu auch die Eigendarstellung von Richard Kola, Rückblick ins Gestrige. Erlebtes und Empfundenes, Wien 1922, zu Elbemühl insb. 258ff.

Ullstein AG erworben, die ihrerseits 1933 im Wege des Buchgewerbehauses M. Müller & Sohn KG (München) in das Umfeld des NSDAP-Verlagsimperiums Eher gelangte.⁶ Sowohl Elbemühl als auch Waldheim Eberle konnten von 1925 bis 1935 kein einziges Mal eine Dividende ausschütten.⁷

Im Jahr 1913 entstand aus zwei älteren Betrieben jenes Unternehmen, das in der Zwischenkriegszeit die Elbemühl-Gruppe als Nummer zwei der Wiener Zeitungsbranche ablösen sollte, die Johann N. Vernay Druckerei- und Verlags-AG. Vernay sicherte sich die Verlagsrechte des Compass-Verlags, der das gleichnamige finanzielle Jahrbuch herausgab, und druckte diverse Tages- und Wochenblätter.

Mit der Auflösung der Habsburgermonarchie nach dem Ersten Weltkrieg änderten sich die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für die Wiener Tages- und Wochenpresse wesentlich. Die Aufteilung in separate Nachfolgestaaten schmälerte den Absatz der überregionalen Wiener Blätter, während der Inflationszeit entstanden zahlreiche, zumeist nicht nachhaltige Neugründungen, die notorisch schwache wirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigte die unternehmerischen Perspektiven, und die geänderten staatlichen Strukturen fanden auch in den Beziehungen zwischen Politik und Zeitungswesen ihren Niederschlag. Unter diesen schwierigen Rahmenbedingungen gelang es der 1913 gegründeten Vernay AG zusammen mit ihr nahestehenden Verlagen, zur Nummer zwei der Wiener Zeitungsbranche – hinter der Steyermühl AG – aufzusteigen. Die Entwicklungen der beiden Gruppen seien im Folgenden detaillierter dargestellt.

Steyermühl

Die „Steyermühl“, Papierfabriks- und Verlagsgesellschaft war in der Spätphase der Habsburgermonarchie und während der Zwischenkriegszeit das wirtschaftlich erfolgreichste österreichische Unternehmen in den Bereichen Massenmedien und Papierindustrie. In die 1872 gegründete Aktiengesellschaft wurden das seit 1867 bestehende „Neue Wiener Tagblatt“, das über eine Zeitungsdruckerei in Wien I am Fleischmarkt verfügte, und die im Jahr 1869 an der Traun in Oberösterreich errichtete Papierfabrik Steyermühl eingebracht. Damit entstand ein vertikal integriertes Unternehmen, dessen Wertschöpfungskette von der Holzschleiferei und Zellstoffherzeugung über die Papierfabrikation bis zum Druckereibetrieb und Verkauf eigener Zeitungen reichte. Im Jahr 1881 erfolgte eine Erhöhung des Aktienkapitals von 2,9 auf 3,7 Millionen Gul-

6 Vgl. Resch, *Geschäft mit Wort und Bild*, 137 f; Anton Durstmüller, *Die österreichischen graphischen Gewerbe zwischen 1918 und 1982, 500 Jahre Druck in Österreich*, Band III, Wien 1986, 190.

7 *Compass. Finanzielles Jahrbuch 1937*, Band Österreich, Wien 1937, 1037 und 1052.

den (später 7,4 Millionen Kronen), zwecks Erwerbs des typographischen Instituts und Verlags von L. C. Zamarski in Wien VI, Gumpendorferstraße 40–44, die als „Buch- und Kunstdruck Steyermühl“ weitergeführt wurde.⁸

Bis zum Ersten Weltkrieg wurde der Papierfabrikkomplex an der Traun sukzessive ausgebaut. 1913 umfasste er 5 Papiermaschinen in der Papierfabrik, mit denen Schreib-, Post-, Couvert-, Druck-, Rotationsdruck- und Zellulosepapier erzeugt wurde, sowie eine Sulfit-Zellulosefabrik mit 4 Kochern à 100 m³, Holzstofffabriken in Steyermühl, Kohlwehr und Bruckmühl, Elektrizitätswerke in Gschroft und Kemating, je eine Holzstoff- und Deckelfabrik in Reinthal und Gmunden. Über Verkaufsniederlassungen verfügte man in Wien, Prag und Budapest, und in Wien bestand eine modern eingerichtete Zeitungsdruckerei (I, Rotenturmstraße 3, Steyrerhof) sowie die gut ausgebauten Buch- und Kunstdruckerei in Wien VI.⁹ Im „Steyrerhof“ produzierte man die Tageszeitungen „Neues Wiener Tagblatt“¹⁰ und „Oesterreichische Volkszeitung“¹¹. Insbesondere das „Neue Wiener Tagblatt“ entwickelte sich zur *cash cow* des Unternehmens. Dem Blatt gelang es, weite Kreise im Bürgertum und Kleinbürgertum anzusprechen. Im Jahr 1874 überholte man die „Neue Freie Presse“ im Hinblick auf die Auflagenzahl, und das Periodikum wurde zur meistgelesenen Tageszeitung in Wien. Ein wesentliches Element des Geschäftsmodells „Neues Wiener Tagblatt“ bildete der umfangreiche Inseratenteil, der die Zeitung zum Marktführer auf dem Anzeigenmarkt machte und zu einer Hauptgrundlage des stabilen nachhaltigen Erfolges wurde.

Die Steyermühl AG (Papierfabriken und Zeitungsverlag) vermochte dank dieser erfolgreichen Entwicklung in den Jahren von 1901 bis 1912 jeweils 9,5 bis 12,5 Prozent des nominellen Grundkapitals als Dividende auszuschütten (19 bis 25 Kronen je Aktie à 200 Kronen bzw. 100 Gulden). Das Unternehmen wies im Jahr 1912 ein nominelles Aktienkapital von 7,4 Millionen Kronen und Reserven von 4,68 Millionen Kronen auf, so dass sich bei einer Bilanzsumme von 14,4 Millionen Kronen die Eigenkapitalquote auf 83,9 Prozent belief. Als wesentliche Bestandteile des Vermögens schienen in der Bilanz die Papierfabriken mit 2,3 Millionen, Verlag, Buchdruckerei und Realität in Wien mit 4,28 Millionen und Debitoren und Vorräte mit 6,82 Millionen Kronen auf.¹²

8 100 Jahre Steyermühl Papierfabriks- und Verlags-Aktiengesellschaft, hrsg. vom Aufsichtsrat und Vorstand der Steyermühl Papierfabriks- und Verlags-Aktiengesellschaft, o. O., o. J.; Durstmüller, Die österreichischen graphischen Gewerbe, 153.

9 Compass. Finanzielles Jahrbuch für Österreich-Ungarn 1914, II. Band, Wien 1913, 658f.

10 Nebenausgabe: Neues Wiener Abendblatt.

11 Nebenausgabe: Kleine Oesterreichische Volkszeitung.

12 Compass 1914, II, 658f.

Das Verhältnis Steyermühl – „Neues Wiener Tagblatt“ – Rudolf Sieghart

Die Firma Steyermühl befand sich in den Händen einer Aktionärsgruppe, zu der unter anderem Wilhelm Singer zu rechnen war, der Langzeit-Chefredakteur des „Neuen Wiener Tagblatts“ (von 1891 bis 1917) bzw. Langzeit-Präsident des Steyermühl-Verwaltungsrates (auch Wilhelms Bruder Julius war im Verwaltungsrat vertreten). Dominierenden Einfluss auf Steyermühl erlangte bald nach seinem Amtsantritt als Gouverneur der Bodencreditanstalt, Rudolf Sieghart, eine der schillerndsten und umstrittensten Figuren des Politik- und Wirtschaftslebens in Österreich von der Jahrhundertwende bis zum Ende der 1920er Jahre. Sein rascher, ja kometenhafter Aufstieg zu einem der wichtigsten Beamten des alten Österreichs und seine umstrittene Ernennung zum Gouverneur einer der traditionsreichsten österreichischen Banken, der Bodencreditanstalt (BCA), wurden von einer Vielzahl von Gerüchten und Legenden über seinen angeblichen Einfluss auf Wirtschaft und Politik begleitet. Es wäre ebenso falsch, Siegharts Einfluss zu leugnen, wie diesen zu überschätzen, fest steht, dass die Figur Sieghart als Projektionsfläche für Denunziationen herhalten musste, dass er getaufter Jude war, machte ihn im antisemitischen Wien um 1900 noch verdächtiger.¹³ Sein Engagement bei Steyermühl war persönlichen Motiven geschuldet und erfolgte nicht auf Initiative der Bodencreditanstalt. Wenngleich dies öffentlich wenig sichtbar wurde (Sieghart war auch nicht im Verwaltungsrat vertreten) und sich vor allem in Gerüchten niederschlug, avancierte Sieghart zur dominierenden Figur und „grauen Eminenz“ im Hintergrund der Steyermühlgruppe ab spätestens 1914. Im Präsidenten der Steyermühl, Singer, der „die ungeheure Korruption, deren Herr und Meister, Sieghart“¹⁴ war, beklagte, und wahrscheinlich auch bei anderen Aktionären, stieß Sieghart auf Kontrahenten.

Mit Rudolf Sieghart war gewissermaßen eine neue Ära, was die Beeinflussung der österreichischen Presselandschaft betrifft, eingeleitet worden.¹⁵

13 Zu Sieghart jüngst Peter Eigner u. Peter Melichar, Das Ende der Boden-Credit-Anstalt und die Rolle Rudolf Siegharts, in: Bankrott (=Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 3/2008), 56–114; Peter Eigner, Rudolf Sieghart und die Allgemeine österreichische Boden-Credit-Anstalt: Ein Fallbeispiel zur österreichischen Bankenkrise der 1920er und 1930er Jahre, in: Hartmut Berghoff, Jürgen Kocka u. Dieter Ziegler (Hg.), Wirtschaft im Zeitalter der Extreme. Beiträge zur Unternehmensgeschichte Deutschlands und Österreichs (=Schriftenreihe zur Zeitschrift für Unternehmensgeschichte Bd. 20), München 2010, 207–225. Rudolf Sieghart und seine umstrittenen Methoden wurden zum Gegenstand zahlreicher zeitgenössischer Essays und Darstellungen, er taucht in unzähligen Lebenserinnerungen auf. Vgl. dazu Eigner u. Melichar, Das Ende, Anm. 6–9, 102.

14 [Josef Redlich], Schicksalsjahre Österreichs 1908–1919. Das politische Tagebuch Josef Redlichs, I. Bd. 1908–1914 (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 39), Graz u. Köln 1953, 219 (Eintrag vom 17. Februar 1914).

15 Vgl. dazu und im Folgenden die Ausführungen bei Edith Walter, Österreichische

Siegharts großer Einfluss auf Journalisten und Presse hatte mit dem Beginn seiner Karriere zu tun, zunächst war er in den 1880er Jahren beim „Wiener Tagblatt“ beschäftigt gewesen, danach war Sieghart im Pressebüro der Vereinigten deutschen Linken, der damals mächtigsten Partei des österreichischen Parlaments, tätig und kam dadurch in noch engeren Kontakt mit Zeitungsleuten.¹⁶ Sehr rasch erkannte er die wachsende Bedeutung der Presse in der Öffentlichkeit. Weitere Stationen seiner steilen Beamtenkarriere führten ihn gegen Ende der 1890er Jahre ins Ministerratspräsidium, wo er – wie könnte es anders sein – für Presseangelegenheiten zuständig war. Kurz nach dem Eintritt in die Präsidialkanzlei (1899) übernahm Sieghart die Aufgabe der Verbindung zwischen Ministerpräsident Ernest von Koerber, einem seiner engsten Förderer, und der Presse. Doch nicht nur unter Koerber, Sieghart erlangte in mehreren Kabinetten als „graue Eminenz“, auf die „kein Regierunschef verzichten konnte“, große Bedeutung.¹⁷ V. a. nach seiner Ernennung zum Sektionschef des Pressedepartements im Ministerratspräsidium (1904) machte sich Sieghart durch das Streuen geheimer Informationen etliche Journalisten zu Freunden. Bald war von bestochenen „Leibjournalisten“ die Rede, die mit der Lancierung wichtiger Nachrichten betraut wurden, und nicht nur Journalisten waren die Adressaten von Bestechungsgeldern, auch Angehörige des Wirtschaftsbürgertums. Ordensverleihungen, Nobilitierungen und Herrenhaussitze müssen scheinbar auch unter diesem Aspekt gesehen werden.¹⁸ Derartige „Gefälligkeiten“ machten Sieghart selbstverständlich auch teils mächtige Feinde, Thronfolger Franz Ferdinand hielt Sieghart im Gegensatz zur Wertschätzung durch Kaiser Franz Joseph für „die Quelle aller Korruption“. ¹⁹ Karl Kraus prangerte Siegharts Praktiken in seiner „Fackel“ mehrfach an. Dass die an Sieghart gerichteten Vorwürfe keine leeren Unterstellungen waren, beweisen Briefe Siegharts selbst.²⁰

Tageszeitungen der Jahrhundertwende. Ideologischer Anspruch und ökonomische Erfordernisse, Wien-Köln-Weimar 1994, 20ff; Dies., Ökonomische Bedingungen der Wiener Presse um 1900, in: Sigurd Paul Scheichl u. Wolfgang Duchkowitsch (Hg.), *Zeitungen im Wiener Fin de Siècle*, Wien 1997, 74–87, bes. 86. Beispiele für die Beeinflussung der Presse Alfred Ableitinger, Rudolf Sieghart (1866–1934) und seine Tätigkeit im Ministerratspräsidium, phil. Diss., Graz 1964, 35ff.

16 Rudolf Sieghart, *Die letzten Jahrzehnte einer Großmacht. Menschen, Völker, Probleme des Habsburger-Reichs*, 17ff.

17 Ableitinger, Sieghart, 141.

18 Gerhard Schulz, *Von Brüning zu Hitler: der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930–1933*, Berlin 1992, 385.

19 Friedrich Funder, *Vom Gestern ins Heute. Aus dem Kaiserreich in die Republik*, Wien 1953, 2. Aufl., 432.

20 Walter, *Österreichische Tageszeitungen*, 25, zitiert Briefe Siegharts, in denen von Adelsverleihungen oder Herrenhausberufungen als „eines der wichtigsten Machtmittel der österreichischen Regierung“ die Rede ist.

Seine Beziehungen zur Presse hatte Sieghart nach seinem Eintritt in die Bodencreditanstalt 1909 behalten und weiter ausgebaut. Sieghart bemühte sich bald nach seinem Amtsantritt um die beiden größten Wiener Zeitungsverlage, Steyermühl und Elbemühl, was 1912 sogar Gegenstand einer parlamentarischen Interpellation wurde, in der von einer „Kartellierung“ der öffentlichen Meinung die Rede war.²¹ Um 1914 dürfte sich dann Sieghart, und nicht, wie manchmal behauptet, die Bodencreditanstalt, den dominierenden Einfluss im Steyermühl-Konzern gesichert haben, womit er Herr über ein Zeitungsimperium bestehend aus dem „Neuen Wiener Tagblatt“, eine der auflagenstärksten Tageszeitungen, der „Großen“ bzw. „Kleinen Volkszeitung“ und dem „Sport-Tagblatt“ wurde. Nach Friedrich Funder, Chefredakteur der den Christlichsozialen nahe stehenden „Reichspost“, kontrollierte das von ihm angeführte Syndikat 90 Prozent des Aktienkapitals.²²

Mit diesem Medienimperium hatte er sich eine Machtbasis geschaffen, die ihm Einfluss auf die Öffentlichkeit, auf Politik und Wirtschaft verschaffte. Ob er selbst weitergehende politische Ziele und Vorstellungen hatte, ist unklar. Funders Behauptung, Sieghart hätte geplant „ein österreichisches Presseimperium aufzubauen und seine liberale Ideologie unter das Volk zu bringen“²³, ist – vor allem was seinen vermeintlichen Liberalismus betrifft – nicht belegt. Von „beinahe unerreichter Meisterschaft in der Behandlung der Presse“, davon, dass Sieghart „den journalistischen Apparat beherrschte“²⁴ bis zum „mit den Geldern von Ordensjägern und Titellüsternen“ aufgerichteten „Pressekaisertum“, das ihm Josef Redlich nachsagte,²⁵ reichten die Einschätzungen und Zuschreibungen. Die Zitate über Siegharts „Meisterschaft“ im Umgang mit der Presse sind endlos, Neid, Bewunderung, Abscheu und Angst sprechen aus ihnen und erschweren die Bewertung der historischen Figur Sieghart.

In den drei Jahren zwischen Siegharts Absetzung als BCA-Gouverneur im Dezember 1916 und seiner neuerlichen Inthronisierung im November 1919 beschränkte sich Sieghart neben einer „sehr rege(n) Tätigkeit“ im Herrenhaus, dem er bis zu dessen Ende 1918 angehörte, auf die Leitung jener

21 Ableitinger, Sieghart, 287f.

22 Funder, Vom Gestern ins Heute, 432; Ableitinger, Sieghart, 287f.

23 Elisabeth Kovács, Untergang oder Rettung der Donaumonarchie? Die Österreichische Frage. Kaiser und König Karl I. (IV.) und die Neuordnung Mitteleuropas, Wien, Köln, Weimar 2004, Bd. I, 104.

24 Alexander Spitzmüller, „... und hat auch Ursach, es zu lieben.“, Wien 1955, 174 bzw. 83.

25 Redlich, Schicksalsjahre Österreichs 1908–1919. I. Bd. 1908–1914, 38 (Eintrag vom 13. Dezember 1909). Redlich war österreichischer Jurist, Historiker und Politiker. In seinem Tagebuch erweist er sich als scharfer Kritiker Siegharts und von dessen Praktiken.

mittlerweile neu zusammengesetzten (siehe unten) Aktionärsgruppe, die den Steyermühl-Konzern „hinter den Kulissen“ kontrollierte.²⁶ Insbesondere die Großdeutschen kritisierten die wachsende Einflussnahme Siegharts auf die Presse, die sich ihrer Auffassung nach nicht allein auf die Steyermühl-Blätter beschränkte.²⁷

Während des Ersten Weltkriegs war Steyermühl unter engeren Bankeneinfluss geraten. Ab 1917 beteiligte sich neben dem etablierten Aktionärssyndikat die Verkehrsbank, die eng mit dem Schoeller-Konzern liiert war, an der Steyermühl AG. Die Bank wirkte auch an den Kapitalerhöhungen während der Inflationszeit mit. Damals avancierte der Zuckerindustrielle und Verwaltungsratspräsident der Verkehrsbank, Dr. Richard Skene, der dem Steyermühl-Verwaltungsrat bereits seit dem Ersten Weltkrieg angehörte, als Nachfolger Singers zum Präsidenten des Papier- und Printkonzerns. Vizepräsident wurde Dr. Viktor Graetz, der in den späten 1920er Jahren auch Verwaltungsrat der Bodencreditanstalt war. Des Weiteren fungierte der Industrielle Dr. Hugo Noot, der ebenfalls beiden Verwaltungsräten angehörte, als „Linker“ zwischen Bodencreditanstalt und Steyermühl. Allzu eng dürften die Kontakte zur Bodencreditanstalt aber weiterhin nicht gewesen sein, ganz im Gegensatz zu jenen zu ihrem Ex-Gouverneur und nunmehrigen (ab 1919) Präsidenten, Dr. Rudolf Sieghart.

War zu Beginn von Siegharts zweiter Amtsperiode in der BCA zu hören gewesen, dass er auf jeden Einfluss auf den Steyermühl-Konzern und die von ihm herausgegebenen Zeitungen verzichten wollte,²⁸ währte Siegharts politische Enthaltensamkeit letztlich nicht lange, dazu dürfte er Selbstinszenierungen zu sehr geliebt haben. Sieghart hatte, das ist unverkennbar, seine 1919 geäußerte Absicht, wenn sie überhaupt jemals ernsthaft bestanden hatte, den Steyermühl-Pressekonzern nicht zu beeinflussen, angesichts der innenpolitisch verschärften Lage bald fallen gelassen. Dass er das Zeitungsim-

26 Sieghart, Die letzten Jahrzehnte, 183; Steyermühl A.-G. für Papierfabrikation, in: Der Oesterreichische Volkswirt (ÖVW), Beilage: Die Bilanzen, Nr. 10, 6. Dezember 1919, 37–39, hier 38.

27 Anfrage der Abgeordneten Waldner, Teufel, Waber (...) an den Herrn Ministerpräsidenten und den Herrn Minister des Innern, betreffend Vertrustungsversuche der heimischen Presse, insbesondere die in diesem Sinne auf die Beherrschung der Presse und Schaffung eines größeren Zeitungskonzerns gerichteten Bestrebungen des ehemaligen Gouverneurs der Bodenkreditanstalt Dr. Rudolf Sieghart. Stenographische Protokolle des Abgeordnetenhauses, 75. Sitzung der XXII. Session am 16. Juli 1918, 7252–7255.

28 [Walther Federn], Bodenkreditanstalt, in: ÖVW, Nr. 8, 22. November 1919, 152–153, hier 153. Federn schien dem ohnehin wenig Glauben schenken zu wollen und warnte vor einem „Missbrauch“ von Siegharts Position zwecks „Entfaltung einer auffallenden politischen Tätigkeit, insbesondere durch Beherrschung eines Teils der Presse“, ebd.

perium weiterhin für seine Ziele einzusetzen versuchte, führte allerdings zu erheblichem Widerstand bei den anderen Blättern und zu heftigen Angriffen der Sozialdemokraten, vor allem Otto Bauers.²⁹ Denn neben dem uneingeschränkten Bekenntnis zu einer expansiven Geschäftspolitik (die Bodencreditanstalt fuhr einen offensiven Kurs in den 1920er Jahren) beruhte Siegharts Geschäftsverständnis auf einem weiteren Grundaxiom, einem engen Bündnis mit den Christlichsozialen.³⁰

Sieghart hatte von Beginn seiner Karriere an Politik als Beeinflussung der Presse verstanden, dazu brauchte er selbst einen mächtigen Zeitungs- und Verlagskonzern, die Steyermühl AG. Eine merkwürdige Wendung bestand jedoch darin, dass ausgerechnet er, der wie kein anderer die Öffentlichkeit beherrschen und kontrollieren wollte, nach dem Zusammenbruch der Monarchie mehr und mehr von dieser dominiert wurde. Die Angst vor den „Linken“ und vor allem vor den Folgen einer linken Wirtschaftspolitik, die teils übertriebene Sorge vor den Angriffen von Großspekulanten, mag Sieghart zu einer Art Politik der Rückversicherung bei den Christlichsozialen und schließlich sogar bei den Heimwehren getrieben haben. Mit den Kontakten zu den Christlichsozialen rettete Sieghart wenigstens einen Teil seiner alten Beziehungen durch den politischen Umbruch. Wenn viele Behauptungen über Sieghart auch nicht eindeutig belegt werden können, etwa seine Rolle als Finanzier der Heimwehren,³¹ unwahrscheinlich waren sie nicht, und allein Siegharts publizistische Unterstützung des Seipelschen Bürgerblocks bei den Wahlen 1927 belegt allenfalls eine einseitige politische Instrumentalisierung jener (Finanz-)Macht, über die ein Präsident einer Wiener Großbank verfügte. Dass die Nähe zur Politik Sieghart letztlich schadete, zeigen dann die dramatischen Ereignisse im September 1929, als angesichts der Heimwehruptschdrohungen und der Ängste vor einem bevorstehenden Bürgerkrieg die Schalter der Bodencreditanstalt gestürmt wurden (bei dem Bankerun im September 1929 entfiel fast die Hälfte aller Geldabhebungen auf die Bodencreditanstalt).³²

Was Redlich Sieghart bereits 1909 zuschrieb, eine „Entstaatlichung“ alles politischen Denkens³³ durch das „von ihm unablässig betriebene Gaukelspiel mit einzelnen Fraktionshäuptern“, eine auf momentane Erfolge ab-

29 Otto Bauer, Lernt von Sieghart!, in: Arbeiter-Zeitung, 3. April 1926; zit. n. Otto Bauer, Werkausgabe, Bd. 7, Wien 1979, 377–381, hier 380.

30 Fritz Weber, Vor dem großen Krach. Die Krise des österreichischen Bankwesens in den zwanziger Jahren, Habilitationsschrift, Wien 1991, 408.

31 Eine derartige Behauptung findet sich etwa bei Karl Ausch, Als die Banken fielen. Zur Soziologie der politischen Korruption, Wien 1968, 322.

32 Ebd.

33 Redlich, Schicksalsjahre Österreichs 1908–1919. Bd. I: 1908–1914, 37 (Eintrag vom 12. Dezember 1909).

zielende Taktik der Beeinflussung und Kooperation kennzeichnete Sieghart auch in den zehn Jahren von 1919 bis 1929. Doch nach dem Ende der Koalition der beiden Großparteien 1920 in der zunehmend feindseligen Lagermentalität der Ersten Republik mit ihren immer komplexeren inneren Fraktionierungen funktionierte das Sieghartsche System, der „Sieghartismus“³⁴, nicht mehr. Selbst innerhalb des sog. „bürgerlichen Lagers“ konnte man immer schwerer Bündnispartner in allen Fraktionen finden.

Sieghart wurde zunehmend selbst von der ihm feindlich gesinnten Presse ins Visier genommen. Ein Gradmesser dafür war das „Neue Wiener Tagblatt“, das publizistische Flaggschiff des Steyermühl-Konzerns, das in immer kürzeren Abständen gegen Sieghart gerichtete Artikel und Gerüchte zu dementieren oder richtig zu stellen hatte.³⁵

Siegharts Skepsis Parteien und Bürgertum gegenüber, die aus seinen Memoiren spricht, entsprach seine Haltung, Politik als Personalpolitik, als Verhandlung über private Absprachen zu betreiben. Es waren meist einzelne Personen, die ihm von Nutzen sein konnten, weniger Parteien: Nachfolger Singers als Chefredakteur des „Neuen Wiener Tagblatts“ wurde 1917 Emil Löbl, ehemaliger Beamter unter Sieghart im Ministerratspräsidium und 1909–1917 Chefredakteur der amtlichen „Wiener Zeitung“.³⁶ Nichts daran war illegal, die Optik aber war mehr als schief.

Konkurrent Siegharts im Kampf um einzelne Banken und zuletzt auch um den Einfluss auf den Steyermühl-Konzern wurde Sigmund Bosel, einer jener Kriegs- und/oder Inflationsgewinner, die nach dem Krieg in Österreichs Wirtschaft und Gesellschaft ordentlich umrührten. Es war eine Zeit des Umbruchs, in der viele dieser Aufsteiger versuchten, über eigene Zeitungskonzerne Meinungsmache zu betreiben. Als sich Bosel nach der Herrschaft über die traditionsreiche Wiener Unionbank auch jene über die Bodencreditanstalt sichern wollte, war damit auch ein gleichzeitiger Angriff auf den Steyermühl-Verlag verbunden, beides konnte abgewehrt werden.³⁷ Die Führung

34 Ebd., Bd. II 1915–1919, 174 (Eintrag vom 27. Dezember 1916).

35 Wie es scheint anfangs geschickt und nicht mit vordergründiger politischer Propaganda, so könnte man den Pressehistoriker Kurt Paupié verstehen, der die Blattlinie während der 1920er Jahre wie folgt charakterisiert: „In politischer Hinsicht blie das NEUE WIENER TAGBLATT [...] ziemlich farblos.“ Paupié, Handbuch, 154.

36 Anfrage der Abgeordneten Waldner, Teufel, Waber (...) Sten. Protokolle des Abgeordnetenhauses, 75. Sitzung der XXII. Session am 16. Juli 1918.

37 Bodenkreditanstalt, in: ÖVW. Die Bilanzen, Nr. 39, 30. Juni 1923, 319; vgl. auch etwas grundsätzlicher dazu: [Federn], Abwehr neuer Großaktionäre bei Banken, in: ÖVW, Nr. 40, 7. Juli 1923, 1120f. Besitzwechsel in Steyermühlaktien, in: ÖVW. Die Bilanzen, Nr. 39, 30. Juni 1923, 326. Auf diesen Angriff reagierte Sieghart mit einer Syndikatsbildung, die ihm eine Zweidrittelmehrheit in der Steyermühl AG sicherte. Vgl. Steyermühl-Aktien, in: ÖVW. Die Bilanzen, Nr. 41, 14. Juli 1923, 335.

des Steyermühl-Syndikats (mit einer Laufzeit von noch 15 Jahren) und eine etwaige Verwertung lagen danach ausschließlich in den Händen des Präsidenten Dr. Sieghart.³⁸ Im selben Jahr 1923 erwarb Steyermühl eine Beteiligung an der Rikola-Verlags AG (Buchverlag) des Spekulanten und Bankiers Richard Kola.³⁹

Die Figur Siegharts wurde auch in der österreichischen Literatur reflektiert, bezeichnenderweise unter anderem Namen, aber in der Funktion als Medienkaiser.

Siegharts Verstrickungen in die österreichische Zeitungslandschaft fanden in Heimito von Doderers Roman „Dämonen“ (1957 erschienen) Eingang. Während Rudolf Sieghart selbst im Roman nur indirekt vorkommt, verkörpert die Romanfigur Levielle jene Momente Siegharts, die dieser als Beherrscher eines Zeitungs- und Verlagskonzerns spielte. Der Zeitungskonzern „Allianz“ im Roman ist nun nicht mit dem Steyermühlkonzern gleichzusetzen, wie selbstverständlich Levielle keineswegs identisch mit der historischen Figur Siegharts ist. Die „Allianz“ ist eine fiktionale Mixtur aus dem Presse-Imperium Imre Bekessys, der Vernay AG und der Steyermühl AG.⁴⁰

Gemeinsam mit Sieghart (die Bodencreditanstalt selbst wies keine Beteiligung auf) hatte die Verkehrsbank die Steyermühl AG kontrolliert. Durch die Fusion von Verkehrsbank und BCA (1926/27) geriet Steyermühl, als deren Präsident weiterhin Richard Skene amtierte, unter Einfluss der BCA. Skene wurde infolge der Fusion auch zum Verwaltungsratsmitglied der BCA.⁴¹ Durch die erzwungene Fusion der BCA mit der Creditanstalt Ende 1929 wechselte Steyermühl unfreiwillig erneut seine Bankverbindung und wurde Bestandteil des CA-Industrieimperiums. Inwieweit Sieghart auch nach dem Ende der Bodencreditanstalt maßgeblichen Einfluss auf Steyermühl ausübte, darüber gibt es keine Hinweise. Die Industriellen Skene (als Präsident) und Noot blieben bis zum „Anschluss“ im Steyermühl-Verwaltungsrat vertreten. Die Aktienmajorität des Konzerns befand sich 1938 im Streubesitz, die CA verfügte mit einem 25,7%igen Anteil über eines der größten Aktienpakete.⁴²

38 Ebd.

39 Vgl. Hall, Österreichische Verlagsgeschichte II, 310–357.

40 Doderer selbst publizierte in den Jahren zwischen 1924 und 1933 zahlreiche Zeitungsartikel in den Blättern dieser Zeitungsverlage und kannte sie aus eigener Anschauung.

41 Vgl. Compass. Finanzielles Jahrbuch 1926, Wien 1926, 1227; ebenda 1928, 269 und 1292.

42 Vgl. Peter Melichar, Arisierungen und Liquidierungen im Papier- und Holzsektor, in: Ulrike Felber u.a., Ökonomie der Arisierung, Teil 2: Wirtschaftssektoren, Branchen, Falldarstellungen, Wien, München 2004, 338.

Betriebliche und geschäftliche Entwicklung

Nach einigen schwierigen Jahren in der unmittelbaren Nachkriegszeit (1918 standen die Betriebe der Steyermühl vier Monate still) gelang Steyermühl in den 1920er Jahren ein rascher Aufstieg. Der Mitarbeiterstand erreichte in der Papierproduktion 1926 rund 1.300, im Unternehmen insgesamt waren 2.800 Personen beschäftigt.⁴³ Dank der Produktionstiefe vom Papier bis zum Druckwerk war Steyermühl auch in der Zwischenkriegszeit in der Lage, sämtliche Produktionsstufen im Rahmen einer integrativen Unternehmensstrategie auszubauen. Im Folgenden sei in knapper Form auf die Entwicklungen im Papierfabrikskomplex an der Traun, im Wiener „Steyrerhof“ (Zeitungsdruckerei und Zeitungsverlag) sowie in der Buch und Kunstdruckerei eingegangen:

In den Fabriken in Oberösterreich erfolgten laufend Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestitionen. In Steyermühl wurden zum Beispiel 1922/23 2 der 5 Papiermaschinen erweitert und modernisiert, 1923 ein sogenannter Ruth-Speicher für Dampf sowie 1925 eine 1000 KW-Dampfturbine samt Generator installiert. 1925 baute man einen Stetigschleifer, 1926 einen Holzkran und 1927 einen neuen Holzstoffsilo. Die Zelluloseaufbereitung wurde 1928 vollständig umgebaut (neuer Laurenturm und 3er Laugenbottiche) woraufhin man 1929 einen neuen Zellulosekocher installierte. Auch während der Wirtschaftskrise folgte 1932 eine weitere Modernisierung des Zellulosekochers (Einführung des Brobeckschen Umlaufverfahrens), und 1934 wurde ein neuer Dampfkessel aufgestellt, der eine weitere 1000 KW-Dampfturbine antrieb.⁴⁴ Dank der Investitionen gehörte Steyermühl zu den wenigen österreichischen Industrieunternehmen, die in der Zwischenkriegszeit eine starke Ausweitung der Produktionsmengen erzielten.

Die Ausstoßmengen an Papier, Zellulose und Holzstoff übertrafen bereits vor der Mitte der 1920er Jahre das Niveau von 1913, und im Krisenjahr 1933 lag man bei Papier um beinahe 60 Prozent über der Vorkriegs-Produktionsmenge. Es fällt auf, dass selbst während der wirtschaftlich schwierigen 1930er Jahre anfänglich die Produktion sogar weiter gesteigert und danach auf hohem Niveau beibehalten wurde. Dabei setzte man auf *economies of scale*, die in der Papiererzeugung auch von der technischen Struktur des Produktionsprozesses her vorgegeben waren. In diesem Sinne musste man – insbesondere im Exportgeschäft – in den 1930er Jahren auch Aufträge zu Verlustpreisen annehmen, um wenigstens positive Deckungsbeiträge zu er-

43 Franz Mathis, Big Business in Österreich, Bd. 1 Österreichische Großunternehmen in Kurzdarstellungen, 300–303, hier 301.

44 Vgl. Compass. Finanzielles Jahrbuch 1936, Band Österreich, Wien 1936, 1042; 100 Jahre Steyermühl.

wirtschaften und die Durchschnittskosten möglichst gering zu halten.⁴⁵ Ab 1935 wurde der inländische Papiermarkt in einem umfassenden Kartell organisiert, das, geschützt durch massive Außenhandelsbarrieren, fühlbare Preis-erhöhungen durchsetzen konnte.⁴⁶

Tabelle: Produktion der Steyrmühl AG in Waggon 1913 bis 1935

Jahr	Papier	Zellulose	Holzstoff
1913	1370	599	590
1920	717	317	358
1921	1014	460	578
1922	1224	586	646
1923	1331	699	696
1924	1672	870	742
1925	1726	960	824
1926	1671	956	1037
1927	1775	1125	951
1928	1912	1264	983
1929	1924	1259	944
1930	2006	1303	979
1931	1998	1598	962
1932	2150	1648	970
1933	2117	1876	936
1934	2065	1999	837
1935	2048	2038	795

Quelle: ÖVW. Die Bilanzen, Nr.12/13, 19. Dezember 1925, 89; Nr. 36, 5. Juni 1926, 275; Nr. 38, 21. Juni 1930, 433; Nr. 37, 10. Juni 1933, 290; Nr. 41, 11. Juli 1936, 313.

45 Vgl. ÖVW. Die Bilanzen, Nr. 41, 11. Juli 1936, 313f.

46 Vgl. Heinrich Salzer, Das österreichische Papierkartell, Wien 1937; Andreas Resch, Große Marktmacht in einer kleinen Volkswirtschaft: die österreichischen Kartelle in der Zwischenkriegszeit, in: ders. (Hg.), Kartelle in Österreich, Wien 2003, 85–87.

Die 1912/13 auf den damals modernsten Stand gebrachte Zeitungsdruckerei im „Steyrerhof“ wurde 1918/19 weiter modernisiert, wobei man sämtliche Druckmaschinen erneuerte.⁴⁷ 1926 schaffte man 40 Motordreiräder für den Zeitungsvertrieb an. Dank kontinuierlicher weiterer Investitionen verfügte die Zeitungsdruckerei Mitte der 1930er Jahre über 5 64-seitige Rotationsmaschinen und eine 32-seitige Rotationsmaschine sowie über 35 Linotype- und 15 Intertype-Setzmaschinen (11 Vierdecker, 17 Doppeldecker, 2 Dreidecker und 20 Eindecker). Von diesen 50 Setzmaschinen wurden seit dem Jahre 1928 21 Stück zur Modernisierung und Rationalisierung des Betriebes neu aufgestellt. Im Jahre 1931 erfolgte die Aufstellung von 6 vollautomatischen Gießwerken mit Ölfeuerung sowie einer Anlage von Transporteuren zur Materialbeförderung. Damit behauptete der Betrieb seine Stellung als größte und modernste Zeitungsdruckerei Österreichs.⁴⁸

Auch das publizistische Angebot aus dem „Steyrerhof“ wurde in den 1920er und 1930er Jahren weiterentwickelt. Die Tageszeitung „Neues Wiener Tagblatt“ mitsamt der Nebenausgabe „Neues Wiener Abendblatt“ vermochte die Schrumpfung des Absatzgebietes durch die Aufteilung der Monarchie und die schwächere Nachfrage infolge der gedämpften Wirtschaftsentwicklung vergleichsweise gut zu überstehen, wenngleich die Auflagenhöhe gegenüber der Vorkriegszeit zurückgenommen werden musste. Während die Druckauflage im Jahr 1914 die Hunderttausender-Grenze überschritten hatte, kam man in den 1920er Jahren auf etwa 55.000 bis 65.000 Exemplare, 1935 nur noch auf ca. 40.000 bis 50.000 Stück, wobei an Sonntagen oft die doppelte Anzahl erreicht wurde.⁴⁹

In politischer Hinsicht verfolgte das Blatt weiterhin einen „deutschliberalen, bürgerlichdemokratischen und antimarxistischen“ Kurs, der es jedoch nicht davon abhielt, im Jahr 1933 die Ausschaltung des Parlaments zu begrüßen – zugleich warnte man aber vor einer Unterdrückung der Meinungsfreiheit. In den 1930er Jahren brachte man die Ablehnung des Nationalsozialismus zum Ausdruck. Die Auslandsberichterstattung wurde nach 1918 etwas ausgebaut, der Lokalberichterstattung und dem Feuilleton kam nach wie vor ein hoher Stellenwert zu.⁵⁰

Zum Jahresbeginn 1923 erschien erstmals die „Wochenausgabe“ des „Neuen Wiener Tagblatts“, die zu einem großen publizistischen Erfolg wurde. Die Auflage der „Wochenausgabe“ konnte bis 1930 auf 140.000 Exem-

47 ÖVW. Die Bilanzen, Nr. 10, 6. Dezember 1919, 38.

48 Compass 1936, Band Österreich, 1042; Durstmüller, Die österreichischen graphischen Gewerbe, 153; ÖVW. Die Bilanzen, 20. April 1929, 323.

49 Paupié, Handbuch, 150.

50 Paupié, Handbuch, 153.

plare gesteigert werden,⁵¹ wobei jedoch während der Wirtschaftskrise eine gewisse Abwanderung vom „Tagblatt“ zur „Wochenausgabe“ und den billigeren Zeitungen des Verlags, den beiden Volkszeitungen, zu erkennen war.

Die „Volkszeitung“ „war auf innerpolitischem Gebiet gut informiert und nahm nach wie vor eine deutschliberale Linie mit antimarxistischer Tendenz ein“. Sie bot einen umfangreichen Lokalteil mit ausführlicher Gerichtsberichterstattung sowie Feuilleton, eine Theaterrubrik, Fortsetzungsromane, eine Sonntagsbeilage und als Neuerung der 1920er Jahre die „Kinder-Volkszeitung“. Wirtschaft und Sport kamen kaum vor, der Inseratenteil war nicht umfangreich. Bei der populären „Kleinen Volkszeitung“, die sich politisch neutral gab und keinen Feuilletonanteil aufwies, standen Lokalberichterstattung (insbesondere Gerichtssaal) sowie Film und Theater im Mittelpunkt.⁵² Die Zeitung, die lediglich 10 Groschen kostete (1930),⁵³ erwirtschaftete mit einem umfangreichen Inseratenteil erhebliche Einnahmen.

Ein neues, populäres Marktsegment bediente Steyrermühl ab 1921 mit dem „Sport-Tagblatt“,⁵⁴ ab 1932 erschien auch die „Volkswache“⁵⁵, ab 1934 die Wochenzeitschrift „Nach der Arbeit“⁵⁶ und ab 1936 eine Mittagsausgabe der „Neuen Wiener Tagblatts“.⁵⁷

Nicht alle Investitionen in neue publizistische Angebote wurden jedoch zu einem wirtschaftlichen Erfolg. So stellte man zum Jahresende 1925 das 1916 erworbene „Neue 8 Uhr Abendblatt“ und Ende Oktober 1926 die nach dem Krieg neu gegründete Kinderzeitschrift „Der Regenbogen“ ein.⁵⁸ In Summe erwies sich die publizistische Tätigkeit aber nachhaltig als wesentliches wirtschaftliches Standbein des Konzerns.

Während der 1930er Jahre gingen zwar die Auflagen etwas zurück, die Tendenz der LeserInnen, zu günstigeren Zeitungen zu wechseln, konnte aber innerhalb des Konzerns aufgefangen werden, indem Kundschaft vom „Neuen Wiener Tagblatt“ vor allem zur „Kleinen Volkszeitung“ wechselte und sich auch die „Wochenausgabe“ überdurchschnittlich gut behauptete. Der Verkauf des „Neuen Wiener Tagblatts“ wurde auch durch das Verbot der

51 ÖVW. Die Bilanzen, Nr. 45, 8. August 1931, 517.

52 Paupié, Handbuch, 170f.

53 Zum Vergleich: Die „Volks-Zeitung“ kostete 18 und das „Neue Wiener Tagblatt“ wochentags 24 Groschen. Gabriele Melischek u. Josef Seethaler (Hrsg.), Die Wiener Tageszeitungen. Eine Dokumentation, Bd. 3: 1918–1938, Frankfurt am Main u. a. 1992, 125, 151 und 187.

54 ÖVW. Die Bilanzen, Nr. 12/13, 19. Dezember 1925, 89.

55 Compass. Finanzielles Jahrbuch 1934, Band Österreich, Wien 1934, 1078.

56 ÖVW. Die Bilanzen, Nr. 41, 11. Juli 1936, 314.

57 Paupié, Handbuch, 153.

58 ÖVW. Die Bilanzen, 5. Juni 1926, 275; 25. Juni 1927, 445; Melischek u. Seethaler, Die Wiener Tageszeitungen, 144f.

Steyrermühlzeitungen in Deutschland ab 1933 merklich beeinträchtigt. Das Inseratengeschäft entwickelte sich bereits ab 1930 rückläufig. Großinserate wurden weniger, während Kleinanzeigen mehr im Hinblick auf ihr Volumen als auf ihre Anzahl abnahmen. Etwa ab 1934 war wieder eine langsame Trendwende zu erkennen.⁵⁹

Neben der Zeitungsdruckerei wurde auch die Buch- und Kunstdruckerei in Wien VI nach dem Ersten Weltkrieg umfassend ausgebaut und modernisiert, wobei man insbesondere in technische Neuerungen in den Bereichen Offset- und Tiefdruck investierte. Zum Beispiel ließ die Unternehmensleitung 1927 2 Tiefdruckmaschinen, eine Zweifarbenoffsetmaschine und eine neue Buchdruckflachpresse, 1932 eine Fünffarben-Tiefdruckmaschine und 1935 eine Tiefdruckbogenmaschine aufstellen, so dass im Betrieb Mitte der 1930er Jahre 5 Steinpressen und 8 Offsetmaschinen, 7 Setzmaschinen, 2 Buchdruck-Rotationsmaschinen, 19 Flachdruckpressen, 14 Tiegelpressen, 3 Tiefdruckbogenrotationsmaschinen und eine Fünffarben-Tiefdruckrotationsmaschine zur Verfügung standen. Dem Druckereibetrieb war eine Buchbinderei mit 7 Falz-, 12 Heft- und 10 Schneidemaschinen angeschlossen.⁶⁰ Damit war man in der Lage, neben einer umfangreichen Buchproduktion u.a. auch Verpackungen (auf Wunsch fettdicht), Massenaufgaben und Mehrfarbendrucke, wie Wertpapiere, Kataloge, Plakate und Prospekte, zu fertigen.⁶¹

Im Rahmen der eigenen Geschäftstätigkeit wurde die Buchdruckerei vor allem durch die 1923 ins Leben gerufene „Tagblatt Bibliothek“ ausgelastet, die bis 1929 jährlich etwa 120 neue Bände (Belletristik und Sachbücher) auf den Markt brachte.⁶² Während der Weltwirtschaftskrise musste die Zahl der Neuerscheinungen auf 23 im Jahr 1931 zurückgenommen werden. Auch in den folgenden Jahren blieben die Anzahl neuer Bände und ihre Druckauflagen unter dem Niveau der 1920er Jahre.⁶³

Vor dem Ersten Weltkrieg war die Buch- und Kunstdruckerei vor allem durch Aufträge der Staatsbahnen (Fahrkarten etc.) und der staatlichen Tabakregie (Verpackungen) ausgelastet gewesen. Die Auftragsvolumina beider Auftraggeber nahmen in den 1920er Jahren ab, wobei die Tabakregie sukzes-

59 ÖVW. Die Bilanzen, Nr. 41, 11. Juli 1936, 313f.

60 Resch, Geschäft, 31 f; Compass 1936, Band Österreich, 1042; ÖVW. Die Bilanzen, Nr. 32, 5. Mai 1928, 365f; Nr. 29, 20. April 1929, 323; Nr. 37, 10. Juni 1933, 290; Nr. 41, 11. Juli 1936, 314.

61 Durstmüller, Die österreichischen graphischen Gewerbe, 153.

62 ÖVW. Die Bilanzen, Nr. 38, 21. Juni 1930, 433.

63 1933 erschienen 54, 1934 70 und 1935 62 neue Bände. ÖVW. Die Bilanzen, Nr. 45, 2. Juli 1931, 382; Nr. 37, 10. Juni 1933, 291; Nr. 39, 23. Juni 1934, 299; Nr. 2, 12. Oktober 1935, 9; Nr. 41, 11. Juli 1936, 313.

sive dazu übergang, selbst Verpackungen herzustellen. Ersatz fand man bei privaten Auftraggebern im In- und Ausland.⁶⁴

Die Wettbewerbsfähigkeit der Druckereien und die Stärke der eigenen Verlagstätigkeit trugen dazu bei, dass Steyrermühl vergleichsweise gut durch die Weltwirtschaftskrise kam. Während die Papierpreise von der Mitte der 1920er bis zu den frühen 1930er Jahren stark verfielen und in diesem Bereich kaum noch Verdienstmöglichkeiten bestanden, stützte das Zeitungs- und Druckgeschäft die Ertragslage.

Von den in Oberösterreich erzeugten Papiermengen wurden in den 1920er Jahren jeweils rund 37 Prozent in den eigenen Betrieben verarbeitet, mehr als 50 Prozent exportiert und der Rest in Österreich verkauft. In den 1930er Jahren ging die eigene Verarbeitung angesichts der andauernd hohen Produktionsmengen auf rund 30 Prozent zurück, und der Anteil des Inlandsverkaufs musste entsprechend erhöht werden. Insgesamt gestatteten die Einnahmen aus dem Verlags- und Druckbereich und die wechselnden Beiträge aus dem Papiergeschäft, dass die Dividende von 5 Prozent (1925) auf 8 Prozent (1928) stieg und sich bis 1930 noch auf 6 Prozent hielt, ehe sie 1931 einmalig ausgesetzt werden musste. Darauf folgten 1932 und 1933 Ausschüttungen von 2 und ab 1934 von 3 Prozent, wobei jedoch das Aktienkapital 1933/34 durch Rückkäufe von 12,8 auf 11 Millionen Schilling herabgesetzt wurde.⁶⁵

Das Unternehmen konnte bzw. musste die gesamte Krisenphase hindurch eine überaus solide Finanzierungs- und Kapitalstruktur bewahren. Bis 1929 war der Schuldenstand bei einer Bilanzsumme von 27,7 Millionen Schilling auf 7,6 Millionen Schilling angestiegen. Als Anfang der 1930er Jahre Auslandskredite gekündigt wurden, gelang es, den Kreditorenstand durch eine vorübergehende Reduzierung der Investitionstätigkeit auf 1,65 Millionen Schilling abzubauen. Die Eigenkapitalquote stieg von 67,5 (1929) auf 88,8 Prozent (1932).⁶⁶

Während der 1920er Jahre hatten die Erweiterungen und Modernisierungen sämtlicher Betriebsstätten jährlich ein Investitionsvolumen von etwa 2,4 Millionen Schilling erfordert. Nachdem im Krisenjahr 1932 nur noch 370.000 Schilling investiert wurden, stieg diese Kennzahl bereits 1935 wieder auf mehr als 2 Millionen Schilling an.

Der Buchwert der Papierfabrik samt Wasserkraftanlagen erhöhte sich von 1925 bis 1929 von 5,9 auf 8,5 Millionen Schilling, jener des Wiener Verlags samt Immobilien und Druckerei von 4,9 auf 5,2 Millionen Schilling. Bis 1935 ging der Buchwert der ertragsstarken Wiener Vermögensanteile angesichts der reduzierten Investitionstätigkeit und fortgesetzter Abschreibungen

64 ÖVW. Die Bilanzen, Nr. 12/13, 19. Dezember 1925, 89.

65 Compass 1936, Österreich, 1041.

66 ÖVW. Die Bilanzen, Nr. 37, 10. Juni 1933, 291.

auf 3,8 Millionen Schilling zurück, während die Bewertung des Papierfabrikkomplexes geringfügig auf 8,9 Millionen Schilling zunahm.⁶⁷

Insgesamt war Steyermühl überdurchschnittlich gut durch die Weltwirtschaftskrise gekommen und stand in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre als gut geführtes und profitables Unternehmen mit solider Finanzierungsstruktur da. Die Zeitungen waren vom politischen Umbruch in Österreich 1933/34 kaum negativ betroffen, das Verbot der Zeitungen in Deutschland wirkte sich lediglich auf den Absatz des „Neuen Wiener Tagblatts“ hemmend aus, und die Papierfabrikation erfreute sich ab 1935 einer monopolistischen Marktorganisation durch das neu gebildete Papierkartell. Nach vorübergehenden Einbußen konnte die Beschäftigtenzahl im Unternehmen ab 1934 bei rund 2.000 Personen gehalten werden. Das vorläufige Ende des Konzerns brachte dann jedoch der „Anschluss“ Österreichs an NS-Deutschland im Jahr 1938.⁶⁸ Die Zeitungsproduktion wurde – die deutsche Gesetzgebung untersagte die Verflechtung einer Papierfabrik mit einem Zeitungsverlag – vom Konzern abgetrennt und an die Firma Ostmärkische Zeitungsverlag GmbH verkauft.⁶⁹ Die Druckereibetriebe waren von dem Münchner Unternehmer Adolf Müller erworben worden. Die separierte Papierfabrik wurde mit einem Papiererzeuger im „Protektorat Böhmen und Mähren“ fusioniert, der Sitz des neuen Unternehmens nach Wettarn bei Krumau an der Moldau verlegt.

Vernay

Die Johann N. Vernay Druckerei und Verlags-AG entstand im Jahr 1913 aus der auf das Jahr 1802 zurückgehenden Commandit-Gesellschaft für Buchdruckerei, Lithographie, Schriftgießerei und Stereotypie Johann N. Vernay und dem seit 1869 bestehenden Compass-Verlag, der das finanzielle Jahrbuch „Compass“, das Jahrbuch der österreichischen Industrie und diverse Branchenadressbücher herausgab. Die Vernay AG richtete vor dem Krieg in Wien IX, Canisiusgasse 8–10 eine neue Druckerei mit 3 Zeitungsrotationsmaschinen, 30 Schnellpressen, 5 Tiegeldruckpressen, 6 Setzmaschinen, 7 Gießmaschinen sowie diversen Handpressen und Hilfsmaschinen ein, bei denen insgesamt 30 Elektromotoren zum Einsatz kamen. Der Betrieb beschäftigte damals etwa 300 Arbeiter.⁷⁰ Neben den Compass-Bänden gehörten Drucksorten für öffentliche Auftraggeber sowie für die Klassenlotterie

67 ÖVW. Die Bilanzen, Nr. 38, 21. Juni 1930, 434; Nr. 41, 11. Juli 1936, 314.

68 Vgl. dazu Melichar, Arisierungen und Liquidierungen im Papier- und Holzsektor, 371ff.

69 Ebenda, 379.

70 Compass. Finanzielles Jahrbuch für Oesterreich-Ungarn 1913, III/1. Band, Wien 1912, 1789.

zu den wesentlichen Geschäftsaktivitäten. Zu den Stärken des Unternehmens gehörte auch, dass man in der Lage war, Druckwerke in allen Sprachen der Monarchie zu produzieren.

Die Aktiengesellschaft entstand unter der Ägide der Anglo-Österreichischen Bank und verfügte ab 1913 über ein Grundkapital im nominellen Wert von 1,75 Millionen Kronen, aufgeteilt in 8750 Aktien à 200 Kronen. Die größten Kapitalanteile hielten Rudolf Hanel, der den Compass-Verlag eingebracht hatte, sowie die Familie Plaut (Kassel), die Inhaber der alten Vernay-Kommanditgesellschaft gewesen war.

In der Bilanz der Vernay AG für das Jahr 1916 war die Realität mit 1,035 Millionen Kronen bewertet, die Buchdruckerei mit 652.261 Kronen, der Verlag mit 599.000 Kronen und die Forderungen an Debitoren beliefen sich auf 662.959 Kronen. Die wichtigsten Passiva waren das Aktienkapital (1,75 Mio. K.), eine Hypothek im Ausmaß von 611.000 K sowie Forderungen von Seiten der Vorbesitzer und anderer Kreditoren im Ausmaß von zusammen 705.814 K. Die Bilanzsumme belief sich auf rund 3,2 Millionen Kronen. Der Reingewinn betrug 1916 132.460 Kronen.⁷¹

Nach dem Krieg erzielte die Druckerei weiterhin eine gute Auslastung. Für den eigenen Verlag erfolgte die Produktion von jährlich vier Compass-Bänden (Länderausgaben für Österreich, Tschechoslowakei, Ungarn und Südslawien bzw. Jugoslawien) sowie drei Bänden Industrie-Compass (Österreich, Tschechoslowakei, Ungarn). Ein langjähriger prominenter Druckkunde war die wirtschaftliche Wochenzeitschrift „Der Oesterreichische Volkswirt“ mitsamt der Beilage „Die Bilanzen“.⁷² Darüber hinaus übernahm das Unternehmen die Produktion mehrerer Zeitungen, von denen sich manche jedoch als kurzlebige Inflationsgründungen erwiesen. Unter anderem druckte Vernay nach dem Ersten Weltkrieg auch ein russisches und ein bulgarisches Periodikum⁷³, eine in Wien auf Ungarisch erscheinende Tageszeitung⁷⁴ sowie das radikale Kampfblatt „Preßfreiheit. Zentral-Kampforgan sämtlicher radikal-antisemitischer Organisationen Mitteleuropas“, das jedoch nur von Jänner bis Februar 1921 erschien.⁷⁵

In der Phase intensivierter Börsenspekulation bis ca. 1924 trug auch – ähnlich wie bei Steyermühl – der Druck von Aktien und Börsenprospekten zur Auslastung des Betriebes bei. Im Jahr 1920 wurde der Betrieb um eine Großbuchbinderei ausgebaut und 1924 durch die Aufnahme von Rastrie-

71 Compass. Finanzielles Jahrbuch für Oesterreich-Ungarn 1917, II. Band, 730.

72 Vgl. Angaben über die Druckerei in den jeweiligen Ausgaben.

73 ÖVW. Die Bilanzen, Nr. 50, 11. September 1926, 436.

74 Dabei handelte es sich um die Bécsi Magyar Ujsaág, die von Oktober 1919 bis Dezember 1923 erschien. Meliscek u. Seethaler, Die Wiener Tageszeitungen, 95f.

75 Ebenda, 161.

rungsarbeiten und der Geschäftsbüchererzeugung erweitert. Die Nachfrage nach derartigen Drucksorten hatte sich in der Inflationsära merklich erhöht.

Die eigenen Verlagsaktivitäten wurden neben der Herausgabe der Compass-Bände um belletristische Produktionen (Vernay-Verlag) sowie durch Kooperationen mit dem Rhombus-Verlag,⁷⁶ der sich auf die Publikation fremdsprachiger Originalwerke spezialisierte, ergänzt.

Als wichtigste wirtschaftliche Standbeine in der Nachkriegszeit sind neben den eigenen Compass-Bänden die Druckaufträge von Seiten des „Der Tag“-Verlags und des „Kronos“-Verlags hervorzuheben. Im Tag-Verlag erschien die gleichnamige Tageszeitung, und der Chefredakteur des Blattes, Maximilian Schreier, gab des Weiteren die ebenfalls bei Vernay gedruckte Montagszeitung „Der Morgen“ heraus. Im von Emmerich Békessy gegründeten Kronos-Verlag erschienen die Tageszeitung „Die Stunde“ sowie die Wochenschriften „Die Börse“ und „Die Bühne“. „Die Stunde“ erreichte in den 1920er Jahren Auflagen von 40.000 bis 60.000 Exemplaren.⁷⁷

Die meisten publizistischen Inflationsgründungen gerieten gegen Mitte der 1920er Jahre in schwere Unternehmenskrisen. Sie erwiesen sich somit als Druckkunden mit schlechter Zahlungsfähigkeit, was zur Folge hatte, dass das rasch gewachsene wirtschaftliche Gefüge aus Vernay AG, Tag-Verlag und Kronos-Verlag im Jahr 1926 zu einem Sanierungsfall wurde.

„Kronos“-Chef Békessy hatte sich mit seinen Blättern zum Inbegriff des unseriösen Sensationsjournalismus entwickelt, wobei er auch nicht davor zurückschreckte, potentielle Opfer seiner Berichterstattung mit der Androhung der Veröffentlichung wahrer und unwahrer Enthüllungsgeschichten zu erpressen. Der Herausgeber der „Fackel“, Karl Kraus, stellte sich mit dem Motto „Heraus aus Wien mit dem Schuft“ an die Spitze einer massiven öffentlichen Kampagne gegen Békessy, der schließlich 1926, als bereits zahlreiche Gerichtsverfahren gegen ihn anhängig waren, tatsächlich Wien verlassen musste, wobei er u.a. hohe unbezahlte Druckereirechnungen zurückließ.

Der Tag-Verlag, der im Einflussbereich des Kriegsgewinners und Bankiers Siegmund Bosel⁷⁸ entstanden und aufgebaut worden war, wurde nach dem

76 Als der 1920 gegründete Rhombus-Verlag in der Inflationsära sein Kapital erhöhte, beteiligte sich auch der Vernay-Verlag an dem Unternehmen. Im Verwaltungsrat saßen u.a. der Direktor der Zentralbank der deutschen Sparkassen, sowie Ernst Lieben (Gesellschafter des Bankhauses Lieben & Co.) und der Herausgeber von „Der Morgen“ und „Der Tag“, Maximilian Schreier. Vgl. Murray G. Hall, Österreichische Verlagsgeschichte 1918–1938, Band I, Geschichte des österreichischen Verlagswesens, Wien, Köln, Graz 1985, 65f.

77 Paupié, Handbuch, 188.

78 Für Siegmund Bosel, der die Anteilsmehrheit der Unionbank unter seine Kontrolle gebracht hatte sowie spekulative Veranlagungen für die Postsparkasse durchführte, bedeute das Scheitern einer umfangreichen Spekulationsaktion gegen den Franzö-

Zusammenbruch von dessen Unternehmensgruppe um die Mitte der 1920er Jahre wirtschaftlich notleidend. Die Verlagsschulden von Seiten des Kronos- und Tag-Verlags nahmen bedrohliche Ausmaße an, und auch der Rhombus-Verlag brach 1926 zusammen. Dessen Vorräte wurden von der auf Schulbücher spezialisierten Hölder-Pichler-Tempsky AG übernommen,⁷⁹ und Vernay führte einige Titel im eigenen Verlag weiter.⁸⁰

In dieser Situation erwarb der im Einflussbereich des Prager Außenministeriums stehende Orbis-Verlag 15.000 Aktien (11 %) der Vernay AG⁸¹ und beteiligte sich an der Sanierung der „Der Tag“ Verlag AG. Dadurch erlangte Prag direkten Einfluss auf die Tageszeitung „Der Tag“, die immerhin auf eine Auflage von etwa 50.000 Stück kam. Chefredakteur blieb, wie schon in den Zeiten, als noch Bosel den Tag-Verlag kontrollierte, Maximilian Schreier, und das Blatt behielt unverändert seinen eher linksliberalen Kurs bei.⁸²

Der Kronos-Verlag ging 1926 angesichts unbezahlter Schulden in das gemeinsame Eigentum der Vernay AG und der Annoncen AG M. Dukes Nfg. Max Augenfeld & Emmerich Lessner über, wodurch im Zuge des tschechoslowakischen Engagements bei Vernay Prag auch Einfluss auf den Kronos-Verlag erlangte. Im Jahr 1927 kaufte schließlich die österreichische Regierung eine Mehrheitsbeteiligung am Kronos-Verlag, woraufhin die ehemaligen Békessy-Blätter „Die Stunde“, „Die Börse“ und „Die Bühne“ dem Leiter der amtlichen Nachrichtenstelle Hofrat Dr. Josef Wirth unterstellt wurden.⁸³

Ab 1928 erschien „Die Stunde“ als Nebenausgabe von „Der Tag“, der seinerseits 1930 in „Der Wiener Tag“ umbenannt wurde.⁸⁴ Am meisten von allen betroffenen Zeitungen geriet zweifellos „Die Stunde“ durch die Umstrukturierungen in eine Identitätskrise. Das in der Ära Bekéssy prononciert als Boulevardblatt etablierte Organ sollte zwar die populäre Ausrichtung fortsetzen, zugleich aber doch im Eigentum der österreichischen Regierung und unter Leitung von Hofrat Wirth gewissen Standards von Seriosität genügen. Keine leichte Aufgabe, manch ungeschickte Manöver in diesem Spannungsfeld lie-

sischen Franc im Jahre 1924 das wirtschaftliche Aus. Vgl. Weber, Vor dem großen Krach, 279 ff und 394ff.

79 Hall, Österreichische Verlagsgeschichte, I, 66.

80 ÖVW. Die Bilanzen, Nr. 10, 8. Dezember 1928, 107.

81 Weitere 6000 Aktien hatte während der frühen 1920er Jahre, als Békessy zusammen mit dem Finanzinvestor Castiglioni versucht hatte, sich durch Aktienkauf direkten Einfluss auf die Vernay AG zu verschaffen, der Hauptverband für Industrie erworben. Diese Beteiligungen sowie etwa 3000 Aktien aus anderem Besitz gelangten in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre ebenfalls wieder auf den Markt. ÖVW. Die Bilanzen, Nr. 5, 1. November 1930, 52.

82 Paupié, Handbuch, 187; Melischek u. Seethaler, Die Wiener Tageszeitungen, 173f.

83 Paupié, Handbuch, 181.

84 Melischek u. Seethaler, Die Wiener Tageszeitungen, 174.

ferten Karl Kraus Stoff für beißenden Spott in der „Fackel“. So kommentierte er mit hämischen Bemerkungen, dass Hofrat Wirth, kurz nachdem er den Posten als Chefredakteur der „Stunde“ übernommen hatte, eine „Konkurrenz der schönsten Frauenbeine“ moderierte.⁸⁵

Die krisenhaften Umbrüche um die Mitte der 1920er Jahre betrafen nicht nur die Druckkunden, sondern auch die Bankbeziehungen der Vernay AG. Als Hausbank hatte seit der Unternehmensgründung die Anglo Österreichische Bank fungiert, die nach dem Ersten Weltkrieg in ein britisches Institut (Anglo-Austrian Bank) mit Wiener Niederlassung umgewandelt worden war. Aus der Prager Filiale entstand gemäß den tschechoslowakischen Nostrifizierungsgesetzen ein separates Institut, die Anglo-československá banka, die ab 1927 sukzessive in tschechoslowakisches Mehrheitseigentum überging. Vernay hielt nicht nur mit dem tschechoslowakischen Zweig der Hausbank wirtschaftliche Kontakte aufrecht, sondern errichtete im Jahr 1923 auch eine Verlagsabteilung in Prag, wofür ein Haus in Vinohrady, Vocolova 7, angekauft wurde.⁸⁶ Die Wiener Niederlassung der Anglo Austrian Bank wurde im Jahr 1926 an die Oesterreichische Creditanstalt für Handel und Gewerbe verkauft, die somit zur neuen Hausbank der Vernay AG wurde.⁸⁷

Die neuen Konstellationen fanden auch in der Zusammensetzung der Verwaltungsräte von Vernay, Kronos- und Tag-Verlag ihren Niederschlag. Im Kronos-Verlag wurden 1926 Emmerich Békessy und seine Freunde u.a. durch den Vizepräsidenten von Vernay, Hofrat Anton Schmid, den Vernay-Verwaltungsrat Gustav Rohn, den Rechtsanwalt Israel Waldmann sowie den bei Vernay neu engagierten Direktor Josef Eis ersetzt. An die Spitze des Verwaltungsrats der Vernay AG trat der vormalige Repräsentant der Anglo-Austrian Bank in Wien, Paul Engel, während der bisherige Präsident Gustav Plaut einfaches Verwaltungsratsmitglied wurde. Die tschechischen Interessen repräsentierte Emil Oplátka.⁸⁸ Beim Tag-Verlag blieb Chefredakteur Schreier an der Spitze, neu in den Verwaltungsrat zogen u.a. Direktor Eis sowie Rechtsanwalt Waldmann ein, der die neuen Mehrheitseigentümer repräsentierte.⁸⁹

Im Jahr 1926 erzielte die Vernay AG trotz der vielfältigen Umstrukturierungserfordernisse einen Rekordumsatz, obwohl man die erst 1924 aufgenommene Erzeugung von Geschäftsbüchern wegen mangelnder Nachfra-

85 Die Fackel, Nr. 751–765, Februar 1927, 114f.

86 Compass. Finanzielles Jahrbuch 1926, Band I Österreich, Wien 1926, 1230.

87 Zur Anglo-Austrian Bank siehe Charlotte Natmessnig, Britische Finanzinteressen in Österreich. Die Anglo-Oesterreichische Bank, Wien, Köln, Weimar 1998, 246–249.

88 Er war u.a. auch Direktor des „Central European Radio“ in Prag, das im Gebäude des dem tschechoslowakischen Außenamt nahestehenden Orbis Verlags untergebracht war. Vgl. Compass. Finanzielles Jahrbuch 1930, Personenverzeichnis, Wien 1930, 1489.

89 Vgl. Melichar, Arisierungen und Liquidierungen im Papier- und Holzsektor, 574f.

ge wieder einstellte. Nachdem die Gruppe mit den neuen Miteigentümern ab 1926/27 finanziell wieder gesichert dastand, setzte man für die folgenden Jahre auf eine Investitions- und Wachstumsstrategie. Diese umfasste eine Erweiterung des Angebots an Compass-Bänden und die Errichtung neuer Produktionskapazitäten im Druckereibereich. Die Reihe „Compass. Finanzielles Jahrbuch“ wurde um Ausgaben für Rumänien und Polen ergänzt, wofür erhebliche Investitionen erforderlich waren. Der Industrie-Compass erschien vierbändig, der Büro-Compass für Österreich und die Tschechoslowakei.⁹⁰ Die Druckerei erweiterte man im Jahr 1928 um eine Kupfertiefdruck-Rotationsmaschine samt Hilfsbetrieben für das Tiefdruckverfahren. Außerdem wurden auch die bestehenden Einrichtungen modernisiert, zum Beispiel erneuerte man 5 Schnellpressen. Insgesamt investierte die Vernay AG in die Druckereibereiche in den Jahren 1928/29 mehr als eine Million Schilling. Im Jahr 1928 verursachte die neue Tiefdruckrotationsmaschine jedoch erhebliche Anlaufschwierigkeiten, und ab 1929 verschlechterte sich durch die beginnende Krise das gesamtwirtschaftliche Umfeld spürbar. Dies hatte zur Folge, dass sich die Investitionen nicht amortisierten, die Verschuldung des Unternehmens rasch zunahm und bereits ab 1928 die Auszahlung von Dividenden eingestellt werden musste.

Damit setzte unmittelbar nach dem Abschluss der Sanierung die nächste Unternehmenskrise ein. Die Vernay AG verfügte in den Jahren 1926 bis 1929 über ein Eigenkapital von rund 2,9 Millionen Schilling (Aktienkapital 2,048 Millionen Schilling, Reservefonds von ca. 820.000 Schilling), wobei die Verschuldung von 400 Millionen Schilling zu Jahresbeginn 1926 auf 1,9 Millionen Schilling zum Jahresende 1929 wuchs. Im Jahr 1930 schmolz der Reservefonds auf nur noch 117.500 Schilling⁹¹ zusammen, und zu Beginn der 1930er Jahre musste angesichts weiterer Verluste ein Kapitalschnitt vorgenommen werden, um überhaupt noch eine gesetzeskonforme Bilanz erstellen zu können.

Die Generalversammlung vom 8. Juni 1933 beschloss per 31. Dezember 1931 die Herabsetzung des Aktienkapitals von 2,0475 Millionen Schilling um zwei Drittel auf 682.500 Schilling, wodurch der Nominalwert jeder der 136.500 Aktien von 15 auf 5 Schilling reduziert wurde. Daraufhin legte man je fünf alte zu einer neuen Aktie mit dem Nominalwert von 25 Schilling zusammen, und es wurden 32.700 neue Aktien à 25 Schilling emittiert, wodurch sich das gesamte nominale Grundkapital auf 1,5 Millionen Schilling, aufgeteilt in 60.000 Aktien, erhöhte.⁹² Im Zuge dieser Vorgangsweise nahm der Anteil der tschechoslowakischen Teilhaber weiter zu. Diese hatten im Jahr

90 ÖVW. Die Bilanzen, Nr. 10, 8. Dezember 1928, 107.

91 Compass. Finanzielles Jahrbuch 1933, Band Österreich, Wien 1933, 1077.

92 Compass 1934, Österreich, Wien 1934, 1079f.

1930, u.a. für die Wahrnehmung ihrer Interessen an Vernay, in Genf die Particité S.A. als Holdinggesellschaft gegründet, welche den Prager Orbis Verlag als direkten Teilhaber ablöste. Tschechoslowakische Gelder konnten somit auf dem Umweg über die Schweiz nach Österreich fließen. Die Holding war Eigentum des tschechoslowakischen Außenministeriums. Durch die Kapitalzufuhr von tschechoslowakischer Seite nahm nach dem Kapitalschnitt 1933 der Anteil der Particité auf 17.000 Aktien (28,33 %) zu und erhöhte sich durch weitere Zukäufe bis 1936 sukzessive auf 27.000 Stück (45 %). Ebenfalls 45 Prozent hielt von 1933 bis 1936 Rudolf Hanel, der ursprüngliche Inhaber des Compass-Verlags.

Zusätzlich zur Neuzufuhr von Kapital mussten ab 1934 auch die Mitarbeiter von Vernay zur Sanierung des Unternehmens beitragen. Man einigte sich darauf, die Löhne und Gehälter nicht unter die von den Kollektivverträgen vorgegebenen Mindestsätze zu senken, dafür aber 10 Prozent der Lohnsumme auf einem verzinslichen Personalfonds als Fremdkapital der Vernay AG einzubehalten.⁹³

In der Bilanz für 1934 schienen als Eigenmittel das Aktienkapital von 1,5 Millionen Schilling sowie ein Reservefonds von lediglich 11.992 Schilling auf, denen Fremdmittel im Ausmaß von 2,15 Millionen Schilling gegenüber standen, wobei sich der seit Jahresbeginn 1934 eingehobene Personalfonds auf den vergleichsweise bescheidenen Betrag von 61.842 Schilling belief. Die Eigenkapitalquote lag bei 41,2 Prozent. Auf der Aktivseite standen u.a. die Realitäten mit 677.943, die Buchdruckerei mit 2.185.194, die Verlagswerte und Beteiligungen mit 212.900 und die Debitoren mit 401.786 Schilling zu Buche.⁹⁴

Nach den Sanierungsschritten trat jedoch keine merkliche Verbesserung des wirtschaftlichen Umfeldes ein. Die Wirtschaftslage erholte sich nur mäßig, und überdies wurde der Geschäftsgang von den politischen Umbrüchen im In- und Ausland zusätzlich beeinträchtigt. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Jahr 1933 ging der deutsche Markt weitgehend verloren, und der Übergang zur autoritären Regierung in Österreich 1933/34 erzwang, dass „Der Wiener Tag“ sowie „Die Stunde“ von ihrer linksliberalen Blattlinie abrücken mussten und sich, um nicht verboten zu werden, zu politischen „Neutra“ entwickelten, was zweifellos zu weiteren Leserverlusten beitrug.⁹⁵

Unter den gegebenen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen stieg der Schuldenstand bis zum Jahresende 1934 wieder auf mehr als zwei Millionen Schilling⁹⁶ an, und im Jahr 1936 musste Vernay ein Aus-

93 ÖVW. Die Bilanzen, Nr. 40, 4. Juli 1936, 308.

94 Compass. Finanzielles Jahrbuch 1937, Band Österreich, Wien 1937, 1050.

95 Vgl. Paupié, Handbuch, 188.

96 Compass 1936, Österreich, Wien 1936, 1045.

gleichsverfahren beantragen.⁹⁷ Die Aktionäre mussten zwei Drittel der Anteile zur Verfügung der Gläubiger deponieren,⁹⁸ und man einigte sich schließlich auf eine Ausgleichsquote von 50 Prozent, zahlbar in sieben Monatsraten ab Juni 1937.⁹⁹ Angesichts der lang erstreckten und wohl auch mit weiteren Risiken belasteten Zahlungsweise akzeptierten die Gläubiger schließlich ein Angebot von tschechoslowakischer Seite, die Forderungen gegen eine sofortige Zahlung von 25 Prozent abzulösen. Damit wurde die Particité S.A. 1936 zur beinahe alleinigen Eigentümerin der Vernay AG, indem sie das entschuldete Unternehmen um 0,65 Millionen Schilling erwarb.¹⁰⁰

Auf dieser Grundlage konnte die Geschäftstätigkeit wieder fortgesetzt werden, bis im Jahr 1938 nationalsozialistische Horden das Verlagsgebäude stürmten, zahlreiche Mitarbeiter verhafteten und den Betrieb stilllegten. Auf diese Weise übte man erpresserischen Druck auf das im Genf situierte Eigentümerunternehmen aus, den Verlag abzugeben. Als Käufer bzw. Pächter der Vernay-, Tag- und Kronos-Aktien trat der Berliner Druckunternehmer Erwin Metten auf, der 1940 tödlich verunglückte. Daraufhin ging Vernay an Mettens Sohn Hans, der die Druckerei 1941 verkaufte. Die neuen Eigentümer bildeten eine Kommanditgesellschaft, an der u.a. Helmut Seidl beteiligt war.¹⁰¹

Resümee

Die Unternehmensgeschichten der beiden Medienkonzerne Steyrmühl und Vernay wiesen mehr Unterschiede als Ähnlichkeiten auf. Steyrmühl als Beispiel eines auch in der Zwischenkriegszeit erfolgreichen Medienunternehmens befand sich in einer Aufwärtsspirale: Die hohe Auflage der Druckerzeugnisse erhöhte die Anzeigeneinnahmen, was wiederum Investitionen in die Druckerei, die Verlagsprodukte und die Papierfabrik und letztlich attraktivere Produkte ermöglichte. Noch höhere Auflagen und mehr Anzeigenkunden waren die Folge, woraus ein weiterer Vorsprung der Steyrmühl-Produkte resultierte.

97 ÖVW. Die Bilanzen, Nr. 32, 9. Mai 1936, 244.

98 Hauptgläubiger waren die Creditanstalt-Bankverein, das Papierkartell, die Großaktionäre selbst, welche Geldeinlagen zur Verfügung gestellt hatten, sowie der Fonds der Arbeiter und Angestellten. ÖVW. Die Bilanzen, Nr. 32, 9. Mai 1936, 244 und Nr. 40, 4. Juli 1936, 308.

99 ÖVW. Die Bilanzen, Nr. 47, 22. August 1936, 363.

100 ÖVW. Die Bilanzen, Nr. 1, 3. Oktober 1936, 4. Die Particité übernahm 1936 das Aktienpaket Rudolf Hanel, der als Gegenleistung den Compass-Verlag erhielt.

101 Zu Vernay nach dem „Anschluss“: Melichar, Arisierungen und Liquidierungen im Papier- und Holzsektor, 573ff.

Die Tatsache, über einen voll integrierten vertikalen Konzern zu verfügen, sicherte v. a. in Zeiten des Papiermangels Vorteile, danach erfolgte zeitweilig eine Quersubventionierung der Papierfabrik.

In den 1930er Jahren weitete man die Papiererzeugung sogar noch weiter aus, um die Durchschnittskosten durch eine Ausnützung der produktivstechnisch bedingten *economies of scale* möglichst weit zu senken. Dabei nahm der Eigenverbrauch an Papier angesichts sinkender Druckauflagen der Zeitungen ab, und man musste im In- und Ausland nicht kostendeckende Aufträge akzeptieren, um die Maschinen im Laufen zu halten.

Die Einschätzung der Einflussnahme Siegharts auf die Druckerzeugnisse des Steyermühl-Konzerns fällt widersprüchlich aus. Zweifellos hat sich die Linie der Berichterstattung in einem gewissen Ausmaß nach den Wünschen des mächtigsten Repräsentanten der Aktionäre gerichtet, insbesondere wenn die Steyermühl-Blätter Sieghart ausdrücklich gegen Angriffe in anderen Zeitungen verteidigten; seine Einflussnahme war jedoch offenbar nicht in einem Ausmaß wahrnehmbar, dass sie der Akzeptanz der Presseprodukte beim Publikum merklich geschadet hätte. So gehörte der Steyermühl-Konzern bis zu seiner Zerschlagung im Jahr 1938 zu den wenigen Erfolgsgeschichten der österreichischen Industriegeschichte in der Zwischenkriegszeit.

Die Vernay-Gruppe verdankte ihren Aufstieg zur Nummer zwei der Wiener Zeitungsbranche der Zersplitterung der Elbemühl/Waldheim-Eberle Gruppe in den 1920er Jahren und zahlreichen neuen Druckkunden während der Inflationsjahre bis 1922. Das Wachstum der Inflationsgründungen, vor allem des Kronos-Verlags von Bekéssy, basierte auf unseriösen und nicht nachhaltigen Geschäftsmodellen, so dass Vernay um die Mitte der 1920er durch unbezahlte Druckrechnungen in eine existenzbedrohende Krise geriet. Dieser Umstand bot staatlichen tschechoslowakischen und österreichischen Stellen eine Gelegenheit, durch Investitionen in den Konzern Einfluss auf die herausgegebenen Blätter zu erlangen.

Auf inhaltlicher Ebene hatte dies zur Folge, dass insbesondere die von Bekéssy gegründete Boulevardzeitung „Die Stunde“ ihre Blattlinie an die Vorgaben der neuen Machthaber anpassen musste und dadurch vermutlich für das Publikum weniger interessant wurde. In den späten 1920er Jahren setzte die Vernay-Gruppe erneut auf einen Kurs der Expansion durch umfangreiche Investitionen in Produktionsstätten und Verlagsprogramm, der jedoch angesichts der Verschlechterung des wirtschaftlichen Umfeldes wiederum in eine schwere Unternehmenskrise führte. Nachdem bereits 1933 eine Zufuhr von neuem Kapital erforderlich war, mussten die wirtschaftlichen Verhältnisse 1936 im Rahmen eines Ausgleichsverfahrens neu geregelt werden, wobei die tschechoslowakische Seite im Wege einer Schweizer Holding beinahe zum Alleineigentümer wurde, ehe der Betrieb 1938 unter massivem nationalsozialistischem Druck verkauft werden musste. Als Element der Kon-

tinuität während all der Umbrüche und geschäftlichen Rückschläge ist vor allem die Herausgabe der „Compass“-Bände hervorzuheben.

Während Steyermühl mit einer Produktionstiefe vom Papier bis zur fertigen Zeitung stabile Gewinne erzielte, die insbesondere der Gebarung des Zeitungsverlags zu verdanken waren, erlitt Vernay vor allem durch die Schwäche der Druckkunden (Kronos- und Tag-Verlag) mehrmals schwere wirtschaftliche Rückschläge, die dazu führten, dass die Unternehmensgruppe unter den Einfluss tschechoslowakischer und österreichischer Regierungen geriet und in den meisten Jahren der Zwischenkriegszeit Defizite erwirtschaftete.

Konkurrenz auf der Donau – Anfang und Ende der Betriebsgemeinschaft der Ersten Donau- Dampfschiffahrtsgesellschaft mit der königlich ungarischen Fluß- und Seeschiffahrts A.-G. in der Zwischenkriegszeit

Gertrude Enderle-Burcel

Die Forschungen zur DDSG¹ standen am Beginn meiner Lebensfreundschaft mit Alice Teichova und Mikuláš Teich. In den achtziger Jahren forschten Alice Teichova und ich – ohne dass wir voneinander wussten – über die Donauschiffahrt nach dem Ersten Weltkrieg. Im Finanzarchiv in der Himmelpfortgasse stieß ich immer wieder auf Steckzetteln mit dem Namen Teichova. Als ich diesen Namen im Vorlesungsverzeichnis des Wintersemesters 1985/86 der Universität las, beschloss ich zu einer der Vorlesungen zu gehen. Daraus entstand eine wunderbare Freundschaft mit all den positiven Auswirkungen auf meine Forschungstätigkeit und vielen gemeinsamen Stunden im privaten Kreis.

Konkurrenzverhältnisse und wirtschaftliche Lage in der Nachkriegszeit

Nach dem Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie zeigte sich – wie in anderen Bereichen der Wirtschaft – auch bei den Donauschiffahrtsgesellschaften die Tendenz der Nachfolgestaaten, eine selbständige aktive Wirtschaftspolitik zu betreiben. Es kam zu einer Vergrößerung der Konkurrenz an der Donau durch die Errichtung neuer Schiffahrtsgesellschaften, die zum Teil auf den Beständen der alten Gesellschaften aufbauten², wie auch zu gegenseitigen Behinderungen im gesamten Verkehr.³

1 Im Folgenden werden die beiden Gesellschaften mit DDSG und MFTR (Magyar Folyam-és Tengerhajózási R.T.) abgekürzt.

2 Vgl. dazu Der Österreichische Volkswirt vom 8. Mai 1920, 618 ff; Berichte aus den neuen Staaten vom 23. Juni 1920, 716 ff; Der Österreichische Volkswirt vom 10. September 1921, 927–932; Neues Wiener Tagblatt vom 10. Oktober 1924, 9; Die Bilanzen, Beilage zum Österreichischen Volkswirt vom 1. November 1924, 33 f; Der Österreichische Volkswirt vom 5. November 1926, 134 ff; Neues Wiener Tagblatt vom 17. November 1926, 14.

3 Das Verbot des Kabotageverkehrs (der Aufnahme von Personen und Gütern zum Transport innerhalb der Häfen eines und desselben Staates) behinderte den gesamten

Schon vor Abschluss der Friedensverträge war die früher gemeinsame Währung aufgegeben worden⁴ und strenge Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrbestimmungen wurden erlassen.⁵ Gebiets- und Wirtschaftseinheiten lösten sich auf. Rohstoffquellen, Produktionskapazitäten und Absatzmöglichkeiten mussten neu koordiniert werden. Eisenbahnlinien führten über neue Staatsgrenzen und mussten reorganisiert werden. Schiffsraum war zerstört worden und musste ersetzt werden.⁶

Das Frachtvolumen blieb Ende 1921 noch um 20 bis 25 Prozent hinter den Vorkriegswerten⁷ zurück und der Frachtverkehr war auf das äußerste eingeschränkt, da es den Staaten der unteren Donau an Getreideüberschüssen fehlte, die stromaufwärts befördert hätten werden können. Der Talverkehr aber, der in normalen Wirtschaftszeiten bis zu zwei Drittel des Bergverkehrs betragen hatte, war unbedeutend.⁸ Dazu kam die Konkurrenz der in die Verwaltung der Nachfolgestaaten übergegangenen Eisenbahnen.⁹

Bei allen Schifffahrtsgesellschaften der Nachfolgestaaten kam es zu starken Eingriffen des jeweiligen Staates. Die tschechoslowakische Schifffahrtsgesellschaft, hauptsächlich mit Schiffen der DDSG gegründet, befand sich zu 70 Prozent in Händen des tschechoslowakischen Staates. Bei der jugoslawischen Schifffahrt, aus österreichischen, ungarischen und deutschen Fahrzeugen zusammengesetzt, wurde die Ausstattung mit Kapital sowie die Abdeckung des Gebarungsabganges vom Staat getragen. In Rumänien bestand ebenfalls eine staatliche Schifffahrt, daneben aber auch ein Privatunternehmen, das vom Staat subventioniert wurde. Die ungarische Fluß- und Seeschifffahrts A.-G., schon vor dem Ersten Weltkrieg gegründet, bezog seit jeher eine Regierungssubvention.¹⁰

Donauverkehr. Vgl. dazu Die Bilanzen, Beilage zum österreichischen Volkswirt vom 6. Oktober 1923, 6f.

4 Kurt Wessely, Die Wirtschaftsverflechtungen im Donaauraum seit 1918, in: Der Donaauraum 14, Wien 1969, 47; Karl Ausch, Als die Banken fielen, Zur Soziologie der politischen Korruption, Wien 1968, 6.

5 Wessely, Wirtschaftsverflechtungen, 49 ff; Walter Layton, Charles Rist, The economic Situation of Austria, Report Presented to the Council of the League of Nations, Genf 1925.

6 Zur Auflösung der Monarchie vgl. Richard Plaschka, Karl Heinz Mack (Hg.), Die Auflösung des Habsburgreiches, Zusammenbruch und Neuorientierung im Donaauraum, in: Schriftenreihe des österreichischen Ost- und Südosteuropainstituts Band 5, München/Wien 1970.

7 Der Österreichische Volkswirt vom 5. November 1921, 134ff.

8 Die Bilanzen, Beilage zum Österreichischen Volkswirt vom 1. April 1922, 159.

9 Rot-weiß-rot auf blauen Wellen, 150 Jahre DDSG, Wien 1979, 128.

10 Vgl. dazu Der Österreichische Volkswirt vom 29. Oktober 1921, 114; vom 28. Jänner 1922, 430 f; vom 8. September 1928, 1375f.

Bei der DDSG war das Verhältnis Unternehmen–Staat in der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht so klar zu beurteilen. In Österreich war von der Regierung bereits 1910 ein Subventionsvertrag mit der DDSG abgeschlossen worden, der die Einflussnahme der Regierung auf die Geschäftsführung sicherte. 1919 kam es zu Divergenzen zwischen der deutschösterreichischen Regierung und dem Vorstand der Gesellschaft. Die Annahme der von der Regierung 1919 geleisteten Subvention wurde von der Gesellschaft verweigert, da sie sich dem staatlichen Einfluss entziehen wollte.¹¹

Die österreichische Regierung hingegen erwoگ kurz die Verstaatlichung des Unternehmens und reduzierte schließlich ihre Wünsche dahingehend, dass sie den österreichischen Charakter der Gesellschaft und ihre volle Unabhängigkeit von jedem anderen Donauanrainerstaat gewahrt wissen wollte.¹² Über die Eigentumsverhältnisse der DDSG in der unmittelbaren Nachkriegszeit ließ sich nur feststellen, dass die Boden-Creditanstalt ein Hauptaktionär war.

Die Kapitalverschiebungen bei den Donauschiffahrtsgesellschaften in den ersten Nachkriegsjahren

Die Bemühungen alliierter Finanz- und Handelskreise, aber auch der geschwächten Wirtschaftsmacht Deutschland¹³, den Donaauraum¹⁴ für Kapitalanlagen zu sichern, führten bei den Donauschiffahrtsgesellschaften unmittelbar nach Kriegsende zu Interessenskonflikten des ausländischen Kapitals.¹⁵ Die Balkanstaaten mit ihrer vorwiegend agrarischen Wirtschaft und verschie-

11 Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik (ÖStA, AdR), Bundesministerium für Finanzen, Departement 4 c, Schiffahrt und Eisenbahnen, Zl. 52.494/1920, Protokoll über die außerordentliche Generalversammlung der Aktionäre der Ersten Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft am 5. Juli 1919. Dies geht aus einer handschriftlichen Randbemerkung auf Seite 5 des Protokolls hervor.

12 Ebenda, Departement 3, Gebühren, Zl. 4.309/1919, Staatsamt für Handel: Regelung des Verhältnisses zwischen der Staatsverwaltung und der I. k.k. priv. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Expose, Seite 11.

13 Joachim Petzold, Zur Kontinuität der Balkanpolitik des deutschen Imperialismus in der Zeit der Weimarer Republik, in: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas, Band 19/2, Berlin 1975, 175.

14 Mitteleuropa, Balkan und Donaauraum – diese drei Begriffe werden in der Literatur als Synonym verwendet, häufig ohne die genauen Grenzen dieses Raumes anzugeben. Die drei Begriffe sind eher politisch-ökonomische Begriffe, als geographische. Der Begriff Donaauraum umfasst im allgemeinen Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien und Albanien. Vgl. zu dieser Problematik Marie-Luise Recker, England und der Donaauraum 1919–1929, Probleme einer europäischen Nachkriegsordnung, Stuttgart 1976, 1f.

15 Ebenda, 67ff.

denen Rohstoffvorkommen wurden als Absatzgebiet für industrielle Fertigwaren und für Kapitalexport betrachtet.¹⁶ Die Donauschiffahrtsgesellschaften sollten den Warenaustausch billig ermöglichen.

Nach dem Waffenstillstand, aber auch noch nach Abschluss der Friedensverträge, waren die Besitzverhältnisse an den österreichischen und ungarischen Schifffahrtsgesellschaften völlig ungeklärt. Beschlagnahmungen von Betriebsmitteln durch Entente und Nachfolgestaaten sowie die Aufteilung des Schiffsparks stellen einen Problembereich dar¹⁷, der noch genauerer Untersuchungen bedarf. In der Literatur wird der Verlust der DDSG-Flotte mit 34 Zugschiffen, acht Fahrgastschiffen, 425 Güterkähnen, zwei Tankschiffen, 101 eisernen Pontons und einem Werkstattschiff angegeben.¹⁸ Zu dem Verlust, der die halbe Flotte der DDSG umfasste, kamen Beschränkungen auf den Nebenflüssen der Donau, die von den Schiffen der DDSG nicht mehr befahren werden durften. Mit dem aufgeteilten Schiffspark entwickelten sich neue nationale Gesellschaften, die mit den bestehenden Schifffahrtsgesellschaften in Konkurrenz traten.¹⁹

Die Beschlagnahme war ein Mittel, die Eigentumsverhältnisse im Donauraum nach dem Krieg zu korrigieren. Eine andere, effizientere Möglichkeit war der Kapitaleinsatz des dividendensuchenden Finanzkapitals, das versuchte, die Auflösung traditioneller Finanzverbindungen im Donauraum für eigene Ziele auszunützen.²⁰ Paradigmatisch dafür sind die Verhandlungen um den Verkauf der Süddeutschen Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft. Zwischen Waffenstillstand und Abschluss des Staatsvertrages von St. Germain

16 Petzold, *Kontinuität*, 174; Mirko Lamer, Die Wandlungen der ausländischen Kapitalanlagen auf dem Balkan, in: *Weltwirtschaftliches Archiv* 48, 1938, 470–524; Bernd Jürgen Wendt, England und der deutsche „Drang nach Südosten“, Kapitalbeziehungen und Warenverkehr in Südosteuropa zwischen den Weltkriegen, in: Imanuel Geiss, Bernd Jürgen Wendt (Hg.), *Deutschland und die Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts*, Düsseldorf 1973, 483–512.

17 Vgl. dazu *Neue Freie Presse* vom 26. März 1919, 8; *Der Österreichische Volkswirt* vom 21. Juni 1919, 701 ff; vom 8. Mai 1920, 618 ff; vom 10. September 1921, 927–932; vom 5. November 1921, 134 ff; *Die Bilanzen*, Beilage zum *Österreichischen Volkswirt* vom 22. Juli 1922, 267ff.

18 Hans-Christian Heu, *Die Güterschiffahrt der DDSG auf der Donau unter besonderer Berücksichtigung ihres Niederganges*, Diplomarbeit, Wirtschaftsuniversität Wien, Wien 1998, 34.

19 Othmar Luczensky, *Die DDSG, Österreichs nationale Schifffahrtlinie*, in: *Die österreichische Gemeinwirtschaft*, herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Gemeinwirtschaft, Wien 1982, 199–202, hier 201.

20 Gertrude Burcel, *Die österreichisch-italienischen Wirtschaftsbeziehungen 1919–1923*, Dissertation, Wien 1979, 1–11, 31–56; Alice Teichova u. Penelope Ratcliff, *British Interests in Danube Navigation after 1918*, in: *Business History*, Band XXVII, Nummer 1, März 1985, 283–300, hier 283–286.

war es noch ungewiss, unter welchen Bedingungen ausländisches und inländisches Kapital nach Abschluss des Staatsvertrages arbeiten können werde.²¹ Trotzdem zeigten die alliierten Finanz- und Handelskreise bereits vehementes Interesse an der Süddeutschen.

Die Süddeutsche war eine deutsche Aktiengesellschaft mit Sitz in Regensburg. Sämtliche Aktien der Gesellschaft befanden sich im Besitz des österreichischen Staates. 1919 und 1920 kam es zu einer Reihe von Kaufangeboten. Im Oktober 1919 zeigte sich ein englisches und ein Schweizer Konsortium interessiert, im Dezember 1919 wünschte eine französische Gruppe die Aktien zu kaufen, im Jänner 1920 forderte die tschechoslowakische Regierung die Aktien nach Artikel 300 des Staatsvertrages von St. Germain, im März 1920 kam es zu einer rumänischen Offerte und im Juni 1920 erstellte die Franzenskanal A.G. in Budapest ein Anbot. Diese ungarische Gesellschaft, deren Aktienmehrheit im Besitz der ungarischen Regierung war, wurde allerdings von der österreichischen Regierung als nicht kapitalkräftig genug eingeschätzt.

Die österreichische Regierung verkaufte schließlich 1920 die Aktien der Süddeutschen an die Danubian Navigation Company, eine Gründung der River Syndicate Limtd. London.²² Von dem Verkauf an eine britische Gesellschaft erwartete sich die österreichische Regierung eine Unterstützung durch die englische Regierung bei der Abwehr von Ansprüchen, die auf Grund des Staatsvertrags von St. Germain gestellt wurden.²³ Durch den schnellen Verkauf konnten die Schiffe unter britischer Flagge fahren und die von Österreich benötigten Lebensmittel- und Getreidetransporte aus den Gebieten der unteren Donau durchführen. Die englische Gruppe erwartete sich von dem Ankauf, eine Interessensgemeinschaft innerhalb der verschiedenen Uferstaaten unter ihren Einfluss bringen zu können.²⁴

21 Die Friedensverträge gaben ausländischem Kapital in Österreich, Ungarn und Bulgarien das Privileg, mit einheimischem Kapital gleichgestellt zu sein.

22 Das River Syndicate Limtd. war ein Finanzsyndikat. Vgl. zu dessen Zusammensetzung Recker, England, 75. Zum Verkauf der Süddeutschen, der ohne Genehmigung durch die Nationalversammlung erfolgt war, vgl. ÖStA, AdR, Bundesministerium für Finanzen, Departement 17 Friede, Faszikel 17. Details vgl. Alice Teichova, Kleinstaaten im Spannungsfeld der Großmächte, Wirtschaft und Politik in Mittel- und Südosteuropa in der Zwischenkriegszeit, Wien 1988, 101–103.

23 Der größte Teil der Fahrbetriebsmittel der Süddeutschen wurde allerdings dem tschechoslowakischen Staat zugesprochen. Vgl. dazu Neues Wiener Tagblatt vom 10. Oktober 1924, 9.

24 ÖStA, AdR, Bundesministerium für Finanzen, Departement 4 c, Schifffahrt und Eisenbahnen, Zl. 54.239/15. Juni 1920, Brief an das Staatsamt von Oberst Grenfell vom 31. Mai 1920. Details dazu Teichova u. Ratcliff, British Interests, 283–300.

Die Süddeutsche bildete die Grundlage für den Ausbau der englischen Interessen bei den Donauschiffahrtsgesellschaften. Parallel dazu erfolgte eine Beteiligung an der ungarischen Fluß- und Seeschiffahrts A.G. (fast die Hälfte des Aktienbesitzes), die Übernahme eines Aktienpaketes der DDSG (circa 30 Prozent der Aktien)²⁵ und die Gründung einer neuen, rumänischen Gesellschaft, der Anglo-Romana in Bukarest.²⁶

Ursprünglich sollte die Süddeutsche, die österreichische und die ungarische Schiffahrtsgesellschaft, die zusammen über etwa 80 Prozent der Tonnage aller Donauschiffahrtsgesellschaften verfügten, in englischer Hand gesammelt werden.²⁷ Da aber der größte Teil der Betriebsmittel der Süddeutschen dem tschechoslowakischen Staat zugesprochen wurde, war ein selbständiger rationeller Betrieb ohne hohe Investitionen nicht möglich. Daher entschloss sich die englische Gruppe 1924 zum Verkauf der Süddeutschen an jene beiden Gesellschaften, an denen sie schon beteiligt war. Das bisher in englischem Besitz stehende Aktienpaket der Süddeutschen wurde zu 60 Prozent von der DDSG und zu 40 Prozent von der MFTR übernommen. Der gleichzeitig abgeschlossene Syndikatsvertrag räumte der ungarischen Gesellschaft trotz der geringeren Beteiligung von 40 Prozent an den Aktien gleiche Rechte wie der österreichischen Gesellschaft ein.²⁸

Die österreichische und ungarische Gesellschaft, die ursprünglich Konkurrenten waren, wurden durch die englische Finanzgruppe, die sich höhere Gewinne erwartete, gezwungen, enger zusammen zu arbeiten.

1933 zog sich die englische Gruppe aus der DDSG ganz zurück. Der Besitz der Danube Navigation Company Ltd. an Aktien der DDSG ging an die Österreichische Credit-Anstalt über.²⁹

25 Die englische Gruppe erwarb 1920 5.000 alte Aktien von der Boden Credit-Anstalt und 25.000 neu emissionierte Aktien. Die DDSG erwartete von dem Verkauf englische Hilfe bei der Wiedererlangung ihrer Vorkriegsposition. Vgl. dazu ÖStA, AdR, Bundesministerium für Finanzen, Departement 4 c, Schiffahrt und Eisenbahnen, Zl. 64.258/1920. Weiters Recker, England, 77; Rot-weiß-rot, 124ff.

26 Vgl. dazu Der Österreichische Volkswirt vom 8. Mai 1920, 618 ff; Neues Wiener Tagblatt vom 10. Oktober 1924, 9.

27 Recker, England, 75.

28 Das Aktenmaterial über die Kündigung dieses Syndikatsvertrages durch die DDSG gibt darüber Aufschluss. Vgl. dazu ÖStA, AdR, Bundesministerium für Finanzen, Departement 17 Friede, Faszikel 121, Zl. 90.206/1936, Protokoll über die Besprechung der in Wien anwesenden Verwaltungsräte und Mitglieder des Syndikats- sowie Expertenkomitees am 19. November 1936.

29 Compass, Österreich, Österreich-Ungarn, 1934, 1349.

Die engere Betriebsgemeinschaft

Alle Zusammenschlüsse der verschiedenen Donauschiffahrtsgesellschaften hatten das Ziel, durch bessere Ausnützung der Betriebsmittel, durch Quotenvereinbarungen und Tarifaabsprachen den Wettbewerb auszuschalten. Bereits 1924 kam es zu einer ersten Vereinbarung über einen Gemeinschaftsverkehr zwischen der DDSG und der MFTR.³⁰ Zu den gemeinsamen Beteiligungen an der Süddeutschen, der bulgarischen Schiffahrtsgesellschaft Dunav und der Rhein-Main-Donau-Expreßschiffahrts-Gesellschaft³¹ übernahmen die beiden Gesellschaften noch den gesamten Schiffspark der Ungarischen Binnenschiffahrts A.-G. in Budapest je zur Hälfte in den eigenen Stand.³²

Am 1. Oktober 1926 wurde ein Übereinkommen zwischen der DDSG und der MFTR mit Einschluss der Tochtergesellschaft, der Süddeutschen, abgeschlossen. Die drei Gesellschaften stellten einander ihre Betriebsmittel zur Verfügung und beschlossen beschleunigte Fahrten nach einem gemeinsam erstellten Fahrplan.³³

Die Kartellbestrebungen in der Donauschiffahrt wurden immer stärker. Im März 1927 trat auch der Bayerische Lloyd, Schiffahrt-A.G. dem Gemeinschaftsabkommen bei.³⁴ Die unmittelbaren Auswirkungen dieser sogenannten engeren Betriebsgemeinschaft sind schwer zu beurteilen. Mit dem Rechnungsabschluss 1926 der DDSG zeigte sich zwar ein steigender Reingewinn, doch trug zu diesem Aufschwung noch nicht der Zusammenschluss, sondern hauptsächlich der englische Kohlenstreik bei, der die Seefrachten außerordentlich verteuerte, so dass Deutschland und die Tschechoslowakei statt des überseeischen Getreides große Mengen aus Ungarn und Jugoslawien bezogen.³⁵ 1928 waren die Ergebnisse der Schiffahrtsgesellschaften durch schlechte Getreideernten allerdings wieder wenig befriedigend.³⁶ Die Lage der DDSG wurde so kritisch, dass sie Verhandlungen um eine staatliche Subvention einleiten musste.³⁷

30 Die Bilanzen, Beilage zum Österreichischen Volkswirt vom 1. November 1924, 33f.

31 Neues Wiener Tagblatt vom 10. Oktober 1924, 9.

32 Nicola Nedeff, Die Betriebsgemeinschaft der Donauschiffahrten BL-CMSG-DDSG-MFTR-SDP 1929–1945, Ein Beitrag zum Studium der Probleme einer internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Donauschiffahrt, Dissertation, Wien 1957, 31.

33 Vgl. dazu Neues Wiener Tagblatt vom 1. Oktober 1926, 13; Neue Freie Presse vom 19. März 1929, 12; Der Österreichische Volkswirt vom 23. März 1929, 639.

34 Die Bilanzen, Beilage zum Österreichischen Volkswirt vom 10. September 1927, 575.
35 Ebenda.

36 Der Österreichische Volkswirt vom 23. März 1929, 639.

37 Vgl. dazu Peter Enderle, Die ökonomischen und politischen Grundlagen der Römischen Protokolle aus dem Jahr 1934, Dissertation, Wien 1979, 154 ff; Rot-weiß-rot, 129ff.

In dieser auch für die übrigen Donauschiffahrtsgesellschaften kritischen Wirtschaftslage wurde die bisher hauptsächlich nautische Betriebsgemeinschaft 1929 auf sämtliche Landanlagen, Magazine, Verladeeinrichtungen, Tarifbüros etc. ausgedehnt und eine einheitliche Verwendung der Beamten und Angestellten der Schiffahrtsgesellschaften beschlossen.³⁸ Die unmittelbaren Auswirkungen dieser Erweiterung der Kartellvereinbarungen sind ebenfalls schwer erfassbar, da entsprechende Vergleichswerte der Betriebsergebnisse der einzelnen Gesellschaften aus früheren Jahren fehlen. Erwiesen ist zumindest, dass die Folgen der Weltwirtschaftskrise die von dem Zusammenschluss erhofften Vorteile verminderten. Seit der Gründung der Betriebsgemeinschaft liegen folgende Beförderungszahlen vor:³⁹

1929	2.019.131 t
1930	2.044.569 t
1935	1.768.970 t
1936	2.107.898 t
1937	2.668.710 t
1938	2.413.589 t
1939	2.827.323 t
1940	3.210.149 t
1941	3.909.981 t
1942	4.092.766 t
1943	4.357.229 t
1944	2.502.718 t

Die internationale Wirtschaftskrise zeigte auch deutliche Auswirkungen auf die Donauschiffahrt. Sinkender Industrieproduktion und schrumpfendem Außenhandel versuchten die Staaten mit Zollerhöhungen, Ein- und Ausfuhrverboten, Kontingentverträgen und Devisenbeschränkungen entgegenzuwirken.⁴⁰ Die DDSG und die MFTR mussten umfangreiche Sanierungsmaßnahmen einleiten.⁴¹ Die Verluste der Zwischenkriegszeit konnte die DDSG aber teilweise durch den Besitz bzw. durch die Produktion der Bergwerke in und um Pécs ausgleichen.⁴²

38 Neue Freie Presse vom 19. März 1929, 12.

39 Statistisches Archiv der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft zitiert nach Nedeff, Betriebsgemeinschaft, 63.

40 Charles Kindleberger, *Die Weltwirtschaftskrise 1929–1939*, München 1973. Zu den Auswirkungen in Österreich vgl. Enderle, *Römische Protokolle*, 23–28. Zu den Auswirkungen im Donauraum vgl. Ivan T. Berend, György Ranki, *Economic Development in East-Central Europe in the 19th and 20th Centuries*, New York/ London 1974, 242–264.

41 Im Detail kann an dieser Stelle auf die Sanierungsproblematik nicht eingegangen werden. Vgl. zur DDSG Rot-weiß-rot, 130 ff; Enderle, *Römische Protokolle*, 153–179.

42 Zoltán Huszár, *Die Rolle und die Bedeutung der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft (DDSG) in Mittel-Europa im 19.–20. Jahrhundert*, in: *2000 Jahre entlang der Donau, Aus der gemeinsamen Vergangenheit in die gemeinsame EU-Zukunft*, Pécs

Die Betriebsgemeinschaft nach der Weltwirtschaftskrise

Die politisch und wirtschaftlich geänderte Situation der dreißiger Jahre brachte neben den inneren Reorganisationsmaßnahmen der Schiffahrtsgesellschaften auch deutliche Versuche einer Einflussnahme von deutscher Seite. Deutschlands wirtschaftliche Schwierigkeiten, insbesondere das hohe Handelsbilanzdefizit (1934 über 160 Millionen Mark) leitete eine „neue“ Phase expansiver Wirtschaftspolitik ein. Schachts „Neuer Plan“ basierte auf einer Intensivierung des bilateralen Warenaustausches zwischen Deutschland und den agrarisch orientierten Balkanstaaten.⁴³

Deutschland war bemüht, Ungarn wirtschaftlich enger an sich zu binden. Der ungarisch-deutsche Handelsvertrag kam fast gleichzeitig – Februar 1934 – mit den Römischen Protokollen – Mai 1934 – zum Abschluss.⁴⁴ Die italienische Kapitalbeteiligung an der in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratenen DDSG, die im September 1935 nach längeren Verhandlungen endlich durch ein Übereinkommen zwischen der italienischen und österreichischen Regierung zu einem Abschluss kam,⁴⁵ stellte einen letzten Versuch Italiens dar, Österreich in seine ökonomische Interessenssphäre einzubinden. Auch die deutsche Regierung meldete nach Sektionschef Richard Schüller – führend an allen Wirtschaftsverhandlungen Österreichs in der Zwischenkriegszeit beteiligt – 1935 ihr Interesse an der DDSG an.⁴⁶

2003, 325–335, hier 334.

43 Vgl. dazu Berend, Ranki, *Economic Development*, 265–284; Wendt, *England und der deutsche „Drang nach Südosten“*, 483–512; Norbert Schausberger, *Ökonomisch-politische Interdependenzen im Sommer 1936*, in: *Das Juliabkommen von 1936, Vorgeschichte, Hintergründe und Folgen*, Protokoll des Symposiums in Wien am 10. und 11. Juni 1976, Ludwig Jedlicka, Rudolf Neck (Hg.), *Wissenschaftliche Kommission, Veröffentlichungen Band 4*, Wien 1977, 282; Vgl. weiters Gabriele Volsansky, *Pakt auf Zeit, Das Deutsch-Österreichische Juli-Abkommen 1936*, Wien/Köln/Weimar 2001.

Zur MFTR ÖStA, AdR, Bundeskanzleramt, *Auswärtige Angelegenheiten, Abt. 14 HP (Wirtschaftspolitik), Schiffahrt I nach Staaten A-Z, Ungarn*.

44 Vgl. zu dieser Problematik Enderle, *Römische Protokolle*.

45 Ebenda, 153–179; Rot-weiß-rot, 133f.

46 Schüller versuchte die italienische Regierung auch an der Alpinen Montangesellschaft zu interessieren. Dieses Projekt scheiterte am deutschen Widerstand. ÖStA, Nachlässe, Richard Schüller, „Autobiographische Notizen“ Seite 44ff. Das Projekt scheiterte wohl auch daran, daß Italien 1935/36 nicht mehr in der Lage war, sein Engagement in Österreich aufrecht zu halten. Siehe Hanns Haas, *Österreich und das Ende der kollektiven Sicherheit, Zur Rolle der französischen und sowjetischen Politik der Friedenssicherung in Bezug auf Österreich*, in: *Das Juliabkommen von 1936*, 19.

Ungarische und deutsche Monopolbestrebungen innerhalb der Betriebsgemeinschaft

Die MFTR benützte die wirtschaftliche Schwäche der DDSG, um 1934 die Betriebsgemeinschaft mit Wirksamkeit für 1935 zu kündigen.⁴⁷ Der Bayerische Lloyd verwendete die italienische Beteiligung als formale Handhabe, um die Betriebsgemeinschaft 1935 mit Wirksamkeit 1936 zu kündigen.⁴⁸ Das Quotenverhältnis des gesamten Transportaufkommens zwischen DDSG, MFTR und Bayerischen Lloyd betrug 50 Prozent zu 30 Prozent zu 20 Prozent. Ungarn und Deutschland forderten für die Erneuerung der Betriebsgemeinschaft die Erhöhung ihrer Quoten auf 34 Prozent und 23 Prozent. Die Unnachgiebigkeit bei den Verhandlungen ließen die österreichischen Delegierten auf ein zwischen Ungarn und Deutschland abgeschlossenes geheimes Abkommen schließen.⁴⁹ Für die DDSG hätte das Eingehen auf die deutsch-ungarischen Forderungen einen Verlust von 1,7 Millionen Schilling jährlich zugunsten ihrer Betriebsgemeinschaftspartner bedeutet.⁵⁰ Es wurde auch vermutet, dass der ungarischen Schifffahrtsgesellschaft seitens der ungarischen Regierung derart protektionistische Maßnahmen zugesichert worden waren, dass sie weder die Auflösung der Betriebsgemeinschaft noch einen kartelllosen Zustand fürchteten.⁵¹ Die DDSG rechnete bei dem zu erwartenden Tarifkampf ebenfalls mit einer staatlichen Subvention. Als erste protektionistische Maßnahme wollte die DDSG ihre Erdöltarife sofort nach Beendigung der Betriebsgemeinschaft, das war der 15. November 1935, auf die Hälfte herabsetzen, um das gesamte Frachtgeschäft, mit Österreich als Zielland, an sich zu reißen und die MFTR und den Bayerische Lloyd innerhalb eines Jahres zur Aufgabe des Kampfes zu bringen. Die Kosten dieses Tarifkampfes wurden auf zwei bis drei Millionen Schilling geschätzt. Die daraus den Ölgesellschaften in Österreich erwachsenden „illegalen Gewinne“ sollten von der Regierung in Form von Zollerhöhungen abgeschöpft werden und die Verluste der DDSG sollten durch Subventionserhöhungen vom Staat ersetzt werden.

47 ÖStA, AdR, Bundesministerium für Finanzen, Departement 17 Friede, Faszikel 121, Zl. 90.206/1936. Die Vereinbarungen über die engere Betriebsgemeinschaft 1929 enthielten im Verhältnis DDSG-BL-SDSG-MFTR als erste Kündigungsmöglichkeit den 28. Februar 1935; im Verhältnis DDSG-BL-SDSG den 28. Februar 1950.

48 Die Bilanzen, Beilage zum Österreichischen Volkswirt vom 15. Februar 1936, 146f.

49 ÖStA, AdR, Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, Abt. 14 HP (Wirtschaftspolitik), Schifffahrt I Österreich, Zl. 100.235/1936.

50 Ebenda, GZl. 100.235/1936, Zl. 226.426–14B/1936, Berliner Verhandlungen 19. bis 21. November 1936; Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft.

51 Ebenda, GZl. 133.829/1935, Zl. 198.384–14B/1935, Kündigung der Betriebsgemeinschaft der DDSG seitens Ungarns und Deutschlands; zu treffende staatliche Maßnahmen. Interministerielle Besprechung vom 4. November 1935.

Als zweite Abwehrmaßnahme wurde eine engere Zusammenarbeit zwischen DDSG und den Österreichischen Bundesbahnen ins Auge gefasst, die ihre Verbindungen zu den Bahnverwaltungen Deutschlands und der Nachfolgestaaten nicht mehr so eng gestalten sollten.⁵²

Bevor noch diese Kampfmaßnahmen in Kraft traten, kam es zur provisorischen Verlängerung der Betriebsgemeinschaft und zu weiteren Verhandlungen.⁵³ 1936 hatte sich die Verhandlungssituation zumindest in der Selbsteinschätzung der DDSG durch die Kapitalbeteiligung Italiens an der Gesellschaft gebessert,⁵⁴ ungeachtet der Tatsache, dass das italienische Engagement in Abessinien eine deutsch-italienische Annäherung gebracht hatte.⁵⁵ Als Ausweichmöglichkeit wurde auch ein Zusammenschluss der DDSG mit den Schifffahrtsunternehmungen der Staaten der Kleinen Entente erwogen. Die DDSG hatte sich, da direkte Verhandlungen mit den Schifffahrtsunternehmungen gescheitert waren, an den Bundesminister für Handel und Verkehr gewandt, damit dieser entsprechende Verhandlungen mit den Regierungen Jugoslawiens, der Tschechoslowakei und Rumäniens einleite.⁵⁶

Im Juni 1936 hatte man sich auf eine Quotenerhöhung von 5,5 Prozent zu Gunsten des Bayerischen Lloyds und der MFTR geeinigt. Bei weiteren Verhandlungen der Generaldirektoren der Schifffahrtsgesellschaften wurde jedoch seitens des Bayerischen Lloyds und der MFTR – zeitlich gesehen nach dem Juliabkommen 1936 – für die österreichischen Verhandlungspartner völlig unvermutet, die ursprüngliche Forderung nach Quotenerhöhung (Bayerischer Lloyd + 3 Prozent, MFTR + 4 Prozent) gestellt. Der Bayerische Lloyd berief sich dabei ausdrücklich auf die Auswirkungen der Vereinbarung vom 11. Juli 1936.⁵⁷ Die österreichischen Beamten und die Verhandlungsdelegierten zeigten sich durch diese Wendung völlig überrascht, da sie in völliger Fehleinschätzung der politischen und wirtschaftlichen Zielvorstellungen

52 Ebenda.

53 Ebenda, GZl. 100.235–14B/3. Jänner 1936.

54 Ebenda, GZl. 100.235/1936, Zl. 148.135–14B/1936, I. Donaudampfschiffahrtsgesellschaft, Forderungen an Ungarn, Pensionistenfrage, Betriebsgemeinschaft mit MFTR und Cabotage in Ungarn.

55 Jens Petersen, Hitler-Mussolini, Die Entstehung der Achse Berlin-Rom 1933 bis 1936, Tübingen 1973; Manfred Funke, Sanktionen und Kanonen, Hitler, Mussolini und der internationale Abessinienkonflikt 1935–1936, Düsseldorf 1970.

56 ÖStA, AdR, Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, Abt. 14 HP (Wirtschaftspolitik), Schifffahrt 1 Österreich GZl. 100.235/1936, Zl. 163.817–14B/Juni 1936, Zusammenwirken der Donauschifffahrtsunternehmungen aller Länder.

57 Ebenda, GZl. 100.235/1936, Zl. 226.426–14B/1936, Berliner Verhandlungen 19. bis 21. November 1936, Donau Dampfschiffahrtsgesellschaft; vgl. weiters ÖStA, AdR, Bundesministerium für Finanzen, Departement 17 Friede, Faszikel 121, Zl. 90.206/1936; Zl. 88.833–17/1936, I.D.D.S.G., Schwierigkeiten bei der Verlängerung der Betriebsgemeinschaft, 24. November 1936.

Deutschlands vom Juliabkommen eine beruhigende Wirkung auf den weiteren Verhandlungsgang erwartet hatten, beziehungsweise gesamtwirtschaftlich gesehen sogar große Vorteile erwartet wurden.⁵⁸

Die DDSG bereitete sich nun neuerlich auf einen Tarifikampf vor. Die Besprechungen zwischen DDSG und Österreichischen Bundesbahnen wurden intensiviert und die „Continental Motorschiffahrtsgesellschaft A.G.“ (Cosmos), eine holländische Gesellschaft, deren Getreide- und Mineralölbeförderung auf der Donau eine nicht unbedeutende Rolle spielte, konnte für eine Betriebsgemeinschaft gewonnen werden.⁵⁹ Diesem Zusammenschluss sollte noch die Süddeutsche beitreten. Um dies zu ermöglichen, kündigte die DDSG den Syndikatsvertrag mit der MFTR mit Februar 1937, damit die ihr nach dem Aktienbesitz zustehenden Majoritätsrechte, die durch eben diesen Syndikatsvertrag aufgehoben waren, geltend gemacht werden konnten. Es hatte auch zunehmend zwischen der DDSG und der MFTR, letztere unter dem Einfluss des Bayerischen Lloyd, innerhalb der Süddeutschen Schwierigkeiten gegeben.⁶⁰

Die Gruppe DDSG-Cosmos-Süddeutsche erwartete sich einen engen Zusammenschluss mit den Schiffahrtsgesellschaften der Kleinen Entente. Mit dieser Blockbildung, unterstützt durch die österreichische und italienische Regierung, wollte man einen Tarifikampf mit allen Mitteln führen.⁶¹ Diese Vorstellung ließ aber das komplexe Verhältnis zwischen der Tschechoslowakei und Italien, besonders belastet seit der Teilnahme der Tschechoslowakei an den Völkerbundsanktionen in Folge des Abessinienkonflikts, unberücksichtigt. Dazu kam noch die unterschiedliche Haltung der Staaten der Kleinen Entente gegenüber Österreich.⁶²

Ob durch diese angedrohte, aber nicht sehr wahrscheinliche Blockbildung, oder durch den vom Bayerischen Lloyd, wie seine permanenten Forderungen 1937 noch zeigen werden, bereits angenommenen Wirtschafts-

58 Schausberger, Interdependenzen, 293.

59 ÖStA, AdR, Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, Abt. 14 HP (Wirtschaftspolitik), GZl. 100.235/1936, Zl. 226.426–14B/1936, Berliner Verhandlungen 19. bis 21. November 1936, Donau Dampfschiffahrtsgesellschaft.

60 ÖStA, AdR, Bundesministerium für Finanzen, Departement 17 Friede, Faszikel 121, Zl. 90.206/1936, Protokoll über die Besprechung der in Wien anwesenden Verwaltungsräte und Mitglieder des Syndikats- sowie Expertenkomitees am 19. November 1936.

61 Ebenda, Zl. 98.299/1936, Schreiben der DDSG vom 21. Dezember 1936 betreffend Verwaltungsratsprotokoll vom 11. Dezember sowie Vorbesprechung vom 9. Dezember und Betriebsbericht Oktober 1936.

62 Walter Hummelberger, Österreich und die Kleine Entente, Im Frühjahr und Sommer 1936, in: Das Juliabkommen von 1936, 90 f; Reinhold Wagnleitner, Die britische Österreichpolitik 1936 oder „The Doctrine of Putting off the Evil Day“, in: Das Juliabkommen von 1936, 59.

schluss Österreichs an Deutschland, kam es Anfang Dezember 1936 doch zu einer Annäherung der verschiedenen Standpunkte. Das Beschlussprotokoll über die Betriebsgemeinschaft zwischen Bayerischem Lloyd, Schifffahrts A.G., Continentale Motorschifffahrtsgesellschaft A.G., Erste Donau-Dampfschifffahrtsgesellschaft, Königlich Ungarische Fluß- und Seeschifffahrt A.G. und Süddeutsche Donau-Dampfschifffahrts-Gesellschaft wurde am 12. Dezember 1936 in Wien unterzeichnet.⁶³

Die Kündigung und die Verhandlungen um die Erneuerung der Betriebsgemeinschaft zeigen auf wirtschaftlicher Ebene die politischen Interdependenzen der dreißiger Jahre in Mitteleuropa. Durch die verstärkte Verlagerung der Interessen des deutschen Außenhandels nach Südosteuropa wurde die Beherrschung der Donauschifffahrt zum erklärten Ziel des deutschen Imperialismus.⁶⁴ Deutlich erkennbar wird dies bei den Auseinandersetzungen in der Betriebsgemeinschaft, wo der Bayerische Lloyd mit weitreichenden Forderungen auftritt. Österreichs Versuche, der deutschen Penetration⁶⁵ durch Bindung italienischen Kapitals und durch neue Bündnispartner, wie etwa die Staaten der Kleinen Entente, zu entgehen, scheiterten.

Der Abschluss der Verhandlungen über die Betriebsgemeinschaft bedeutete für den Bayerischen Lloyd aber keineswegs das Ende seiner Expansionswünsche. 1937 erfolgten laufend Versuche, die DDSG zu einem engeren Zusammengehen mit dem Bayerischen Lloyd zu bringen. Vorgeschlagen wurde eine Dachgesellschaft, an die sich auch „Ungarn anzuschließen hätte“. Die deutsche Gesellschaft strebte weiters eine Verlegung seiner Zentrale nach Wien, bessere Anlegestellen, die „der Bedeutung des Anteiles der deutschen Schifffahrt am Donauverkehr entsprechen“, vor allem in Wien und Linz, und die Abtretung der Aktien der Süddeutschen an. Falls die DDSG zu der Aktienabtretung nicht bereit sei, werde das Deutsche Reich durch ein besonderes Gesetz die Zusammenlegung der Schifffahrtsgesellschaften erwirken, wodurch die Süddeutsche automatisch wieder in „deutsche Gewalt“ zurückfalle. Überhaupt sollte die DDSG sich gegenüber den Deutschen nicht so zurückhaltend benehmen. Dabei wurde von deutscher Seite auch auf die Identität von Lloydwünschen und Absichten der deutschen Regierung hingewiesen.⁶⁶

63 Über die Quotenvereinbarungen im Detail vgl. ÖStA, AdR, Bundesministerium für Finanzen, Departement 17 Friede, Faszikel 121, Zl. 27.495/1937; weiters o. Zl. Nachtragsprotokoll vom 27. Februar 1937 und 17. März 1937 zum Beschlußprotokoll über die am 12. Dezember 1936 abgehaltenen Besprechungen, betreffend Schaffung einer Betriebsgemeinschaft .

64 Die Börse vom 11. Juni 1936, 3.

65 Vgl. dazu etwa Karl Stuhlpfarrer, Zum Problem der deutschen Penetration Österreichs, in: Das Juliabkommen von 1936, 315–327.

66 ÖStA, AdR, Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, Abt. 14 HP (Wirt-

Das Ende dieser Verhandlungen war der Beschluss der Süddeutschen am 26. April 1938 auf Liquidierung. Die Süddeutsche war zu diesem Zeitpunkt bereits ein reichsdeutsches Unternehmen. Nach Abfindung der ungarischen Kapitalbeteiligung (40 Prozent) ging die Gesellschaft in der DDSG auf.⁶⁷ Die DDSG, die sich vor dem „Anschluss“ im Besitz des österreichischen Staates, der Credit-Anstalt und einer italienischen Gruppe befand, ging in den Reichswerken Hermann Göring auf.⁶⁸

schaftspolitik), Schifffahrt 1 Österreich, GZl. 113.908–14B/1937, Wünsche des Bayerischen Lloyd, 7. Februar 1937; Zl. 123.426–14B/1937, Amtsvermerk über ein Gespräch mit Geheimrat Ludwig Dönle, 8. März 1937; Zl. 215.484–14B/1937, Bayerischer Lloyd, Amtsvermerk über ein Gespräch mit Geheimrat Ludwig Dönle, 15. Oktober 1937.

67 ÖStA, AdR, Bundesministerium für Finanzen, Departement 17 Friede, Faszikel 121, Zl. 33.313/1938.

68 Ebenda, Zl. 61.860/1938.

Auf den Spuren der Familie Hackl

Vom Unternehmensaufbau zur Bewahrung des industriekulturellen Erbes

Andrea Komlosy

Nähern wir uns der Biographie der Textilindustriellenfamilie Hackl von der Gegenwart her an. Um das Jahr 1980 sah sich Albert Hackl, der Urenkel des Firmengründers Heinrich sen., vor eine schwerwiegende Entscheidung gestellt.

Die beiden letzten leer stehenden Fabriksgebäude der ehemaligen k.k. priv. Modewarenfabrik Hackl & Söhne in Brühl bei Weitra, die den Betrieb 1906 eingestellt hatte, konnten nur erhalten werden, wenn sich durch die Einrichtung eines Museums eine Perspektive auf eine neue Nutzung eröffnete.

Das große Fabriksareal an der Lainsitz mit dem Herrenhaus inmitten, das über Übergänge mit den nebenliegenden Gebäuden verbunden war, hatte schwere Zeiten hinter sich.¹ Nach der Stilllegung im Jahr 1906 waren die Objekte an wechselnde Unternehmen verpachtet worden, während und nach den beiden Weltkriegen dienten sie als Flüchtlings- und Gefangenenunterkünfte. Vorübergehend wurden einige Gebäude einem Linzer Textilfabrikanten zugewiesen, der Wehrmachtstextilien erzeugte, 1944 nutzten die Wiener Neustädter Flugmotorenwerke einige Objekte als Lager. 1973 richtete ein sudetendeutscher Unternehmer in einem Trakt eine Frottierweberei ein. Die alten und baufällig gewordenen Gebäude stellten langfristig aber keine attraktiven Unternehmensstandorte dar. Der Eigentümer befand sich daher in einer fast aussichtslos anmutenden Situation: einerseits erforderte die Erhaltung der Gebäude, der Wehr- und Wasserkraftanlagen ununterbrochene Reparaturarbeiten und Sanierungsinvestitionen. Dies reichte andererseits nicht aus, um Mieter oder Käufer zu finden. Die Unter-Denkmalenschutz-Stellung, die

1 Albert Hackl, Die Textilfabrik zu Brühl bei Weitra, in: Helmuth Feigl u.a. (Hg.), Versuche und Ansätze zur Industrialisierung des Waldviertels (= Studien und Forschungen aus dem NÖ Institut für Landeskunde Bd. 12), Wien 1990, 73–84, 80f; Albert Hackl, Nutzungen der Fabriksgebäude nach der Schließung der eigenen Produktion im Jahr 1906 (laufende Dokumentation, Stand 2010).

1942 erfolgt war, um die „Hackl-Fabrik“, die damals als „kriegswichtig“ eingeschätzt wurde, vor Bombentreffern zu schützen, erwies sich als zusätzliche Fessel. So kam es, dass einige Gebäude, die erst vor kurzem renoviert worden waren, in den 1970er Jahren nicht länger erhalten werden konnten. Der einst schmucke, um das Herrenhaus herum gruppierte Fabrikskomplex, befand sich in desolatem Zustand.

Das so genannte Stöckl, in dem ursprünglich das Hammerwerk untergebracht war, stürzte im Frühjahr 1974 gemeinsam mit einem Teil des Werkkanals ein. Das große Fabriksgebäude an der Lainsitz (B-Trakt) stand 1976 vor dem Abbruch, es wurde ohne Einspruch des Denkmalamtes abgetragen; es folgte 1979 der Färbereitrakt mit dem Schlot. Die Frottierweberei, die in einem anderen Fabriksgebäude untergebracht war, war 1973 eingestellt worden. Dies bedeutete das endgültige Ende der betrieblichen Nutzung als Textilfabrik. Albert Hackl, der als Universitätsprofessor an der Technischen Hochschule arbeitete und nebenbei ein Zivilingenieursbüro in Weitra betrieb, setzte alle Hebel in Bewegung, um Unterstützung für die Einrichtung eines Museums in der alten Textilfabrik zu finden, die bereits 1974 im Gemeinderat begrüßt und ihre Förderung in Aussicht gestellt wurde. Die ersten Pläne zur Umgestaltung von zwei Fabriksgebäuden zu einem Webereimuseum (damaliger Arbeitstitel) datieren aus dem Jahr 1981 (Arch. DI Ferdinand Zörner). Mit diesen bemühte sich Prof. Hackl, finanzielle und ideelle Unterstützung für sein Projekt zu finden. Er führte Gespräche mit der Stadtgemeinde Weitra, dem Land Niederösterreich, dem Wissenschaftsministerium und dem Bundesdenkmalamt. Darüber hinaus knüpfte er Kontakte zu Wissenschaftlern, Heimatforschern und Museumsfachleuten, um die Pläne zu konkretisieren. 1986 wurde im Auftrag des Bundesdenkmalamtes eine Sichtung und Inventarisierung der Sammlungsbestände durchführt. Diese ergab, dass der Wert des Ensembles nicht nur in den baulichen Anlagen, sondern in der Erhaltung der reichhaltigen Firmenunterlagen lag, die Geschäftstätigkeit, Produktionsablauf und Arbeitsverhältnisse in der Modewarenfabrik Hackl über einen Zeitraum von 50 Jahren dokumentierten. Sie geben über das betriebliche Geschehen ebenso Auskunft wie über die Familiengeschichte der Industriellenfamilie und die Beziehungen mit den Fabrik- und HeimarbeiterInnen und ihren Familien. Weiters bieten sie Einblick in Technik, Rohstoffe, Vor- und Hilfsprodukte, Formensprache und Unternehmensbeziehungen in der zentraleuropäischen Textilindustrie. Dazu kommen zahlreiche Lokalia und Regionalia. Die Materialien, die in den Dachgeschossen der ungenutzten Fabriksgebäude ideale Lagerungsbedingungen vorfanden, stehen seither als Firmen- und Familienarchiv zur Verfügung.² Sie stellten ei-

2 Die Quellenbestände des Firmen- und Familienarchivs Hackl umfassen Briefe, Akten, Rechnungen, Geschäftsbücher, Entwürfe, Fertigungsunterlagen, Warenmuster und Kataloge, Prospekte, Fachzeitschriften und Werbematerial der Firma sowie die

nen wertvollen Fundus an Information und Ausstellungsstücken für die Einrichtung des Museums Alte Textilfabrik dar, das 1990 eröffnet wurde.³

Mit der Archivierung, Ausarbeitung und Umsetzung des Museumskonzepts wurde die Autorin dieses Beitrags, Andrea Komlosy, beauftragt, die damit eine aktive Rolle im Geschehen einzunehmen begann. Sie verfügte mit ihrer soeben abgeschlossenen Dissertation zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Oberen Waldviertels⁴ über eine solide wissenschaftliche Grundlage und brachte als frei schaffende Junghistorikerin großen Elan mit, ihre Forschungsergebnisse in einem Museumsprojekt anzuwenden. Die Materialfülle, die das Unternehmensarchiv bereit stellte, trug maßgeblich zur weiteren Präzisierung der Forschungen zur Geschichte der Waldviertler Textilindustrie bei;⁵ das Museum bot die Möglichkeit zur szenischen und didaktischen Veranschaulichung; begleitende Veranstaltungen während der Aufbauphase dienten zur Aktivierung der Weitraer Bevölkerung, von denen sich einige als Auskunftspersonen und Leihgeber für jene Bereiche zur Verfügung stellten, die aus der Fabrikantenperspektive nicht erschöpfend behandelt werden konnten: die Biographien, Lebens- und Arbeitsverhältnisse der ArbeiterInnen.

Auf der Grundlage der Materialsichtung für die Gestaltung des Museums Alte Textilfabrik verfasste Andrea Komlosy einen Beitrag, der hier in leichter Überarbeitung wiedergegeben wird.⁶

Privatkorrespondenz der Familie. – Vgl. Andrea Komlosy, Archivbestände der ehem. k.k. priv. Modewarenfabrik Hackl & Söhne in Brühl bei Weitra. Kommentierte Inventarliste (2 Teile), Wien 1986/87. Alle Quellenzitate in diesem Beitrag stammen aus Dokumenten des Firmen- und Familienarchivs.

- 3 Museum Alte Textilfabrik, In der Brühl 13, A–3970 Weitra, Geöffnet Mai bis Oktober täglich 10–12, 14–17 Uhr sowie nach Voranmeldung Tel.: 02856/2973, 02856/2998. Mail: museum.alte.textilfabrik@aon.at
- 4 Andrea Komlosy, Zur Peripherisierung einer Region. Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Oberen Waldviertels im 18. und 19. Jahrhundert, Diss. Univ. Wien 1984.
- 5 Andrea Komlosy, Zur Geschichte der Waldviertler Textilindustrie. Ein Fallbeispiel abhängiger Entwicklung, in: Helmuth Feigl u.a. (Hg.), Versuche und Ansätze zur Industrialisierung des Waldviertels (= Studien und Forschungen aus dem NÖ Institut für Landeskunde Bd. 12). Wien 1990, 299–322; Andrea Komlosy, Stube und Websaal. Waldviertler Textilindustrie im Spannungsfeld zwischen Verlagswesen, Heim- und Fabriksarbeit, in: Komlosy (Hg.), Spinnen – Spulen – Weben. Leben und Arbeiten im Waldviertel und anderen ländlichen Textilregionen. Krems – Horn 1991, 119–138.
- 6 Auf den Spuren der Familie Hackl. Notizen zum Werdegang einer Waldviertler Industriellenfamilie, in: Christliche Demokratie. Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte, Sozial- und Kultur- und Wirtschaftsgeschichte, Jg. 6, Nr. 3/Wien 1988, 198–212.

Notizen zum Werdegang einer Waldviertler Industriellenfamilie

Heinrich Hackl wurde am 11. Juli 1822 in Weitra geboren. Sein Vater Mathias stammte aus Höhenberg und heiratete im Jahr 1819 Anna Binder aus Weitra. Er war bürgerlicher Webermeister, besaß mehrere Häuser in Weitra und beschäftigte eine Reihe von Webergesellen. Auch der Taufpate, der Bindermeister Georg Hofbauer, ist typisch für das Herkunftsmilieu Heinrich Hackls: das bürgerliche Kleinstadthandwerk des nördlichen Waldviertels.

1838 ging Heinrich Hackl nach Wien und dürfte dort für seinen Vater gearbeitet haben. Im Jahr 1843 gründete er, selbst Webermeister, einen eigenen Betrieb, die Firma Heinrich Hackl. Der Erfolg des – zunächst wohl sehr kleinen – Geschäfts und die Sympathie mit den Emanzipationsbestrebungen des Bürgertums im Zuge der Wiener Revolution ließen beim jungen Hackl ein ausgeprägtes bürgerlich-liberales Selbstbewusstsein entstehen, welches sich klar vom kleinstädtisch-konservativen Handwerksverständnis seines Vaters unterschied. Hackl war als Nationalgardist aktiv an der bürgerlichen Revolution beteiligt.

Im Jahr 1850 heiratete er Cäcilie, Tochter der Kaufmannsfamilie Mayer aus Weitra. Heinrich und Cäcilie lebten in Wien-Mariahilf, damals ein wichtiges Zentrum der Tucherzeugung und arbeiteten beide im Betrieb, welcher weiterhin in enger Verbindung mit der väterlichen Weberei in Weitra stand. Persönliche Konflikte mit dem Vater und unterschiedliche Auffassungen über die Unternehmensführung hatten jedoch bald eine Trennung der beiden Betriebe zur Folge. Heinrich Hackl übernahm einige der Gesellen seines Vaters in Weitra und ließ sie für sich arbeiten; seine Brüder Michael (bis zum seinem Tod im Mai 1851) und Ludwig halfen ihm beim Aufbau seines Unternehmens.

1860 verlegte Hackl die gesamte Produktion seines Unternehmens zunächst ins Waldviertel und übersiedelte mit seiner Familie nach Weitra, wo er in mehreren Häusern Heimweber beschäftigte. Verbunden war die Produktionsverlagerung ins Waldviertel mit der Vereinigung des Unternehmens mit einem Geschäftspartner. Friedrich Pollak stammte aus dem südwestmährischen Dorf Wölking/Bolikov bei Slavonice, wo sein Vater als Schnittwarenhändler tätig war. Friedrich migrierte in den 1850er Jahren nach Wien, machte sich selbständig und fusionierte mit Heinrich Hackl. Während Kompagnon Pollak nun Einkauf und Vertrieb in der Wiener Niederlage in der Schmalzhofgasse besorgte, führte Hackl den Betrieb im Waldviertel.

1867 erwarb Heinrich Hackl die Wohn- und Fabrikationsgebäude der an der Lainsitz gelegenen Papierfabrik Josef Fink in der Vorstadt Brühl, adaptierte sie für den Webereibetrieb und ließ in den nächsten Jahren eine Reihe von neuen Fabriksgebäuden errichten. Die Heimweberei wurde indes nicht aufgegeben; Hackl richtete in einigen Orten der Umgebung Faktoreien ein,

welche Heimarbeiter/innen mit Garn und Werkzeug versorgten und die Einsammlung der fertigen Stücke für die Fabrik organisierten. Der Betrieb erlebte derart eine rasche Expansion. 1867, als die Produktion zum Großteil noch „außer Haus“ erfolgte, spricht Heinrich Hackl von 500 Personen, welche bei ihm „beständig Beschäftigung und Verdienst haben“ (Nachricht Heinrich Hackl, 29.10.1867). Im Jahr 1876 waren rund 150 Arbeiter/innen in der Fabrik (Brief Handels- und Gewerbekammer, 14.2.1876) und etwa ebenso viele in Heimarbeit beschäftigt. Seit 1869 durfte sich die Firma Hackl & Pollak als k.k. privilegiert bezeichnen und den kaiserlichen Doppeladler im Titel führen.

1876 hatten Hackls Söhne Heinrich und Eduard ihre Ausbildung abgeschlossen. Der Vertrag mit Friedrich Pollak⁷ wurde gelöst, der Betrieb in Weitra von der neuen Firma Hackl & Söhne übernommen. Dr. Heinrich Hackl jun. (geb. 1851) war Jurist, Eduard (geb. 1855) hatte eine kaufmännische Ausbildung absolviert; später arbeitete auch der jüngste Sohn Robert (geb. 1868), welcher eine Kunstgewerbeschule besucht hatte, im väterlichen Betrieb.

Die k.k. priv. Modewarenfabrik Hackl & Söhne

Der 1867 erworbene Gebäudekomplex lag etwas außerhalb der Stadt am Lainsitzfluß. Im 16. und 17. Jahrhundert herrschaftliche Mühle, seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts Hammerwerk, von 1695 –1867 von verschiedenen Besitzern als Papiermühle und seit 1867 als Textilfabrik genützt, weist er eine lange Tradition als gewerblich-industrieller Standort auf.⁸ Das Wasser der Lainsitz, das in einem Mühlbach direkt in das Gelände geleitet wurde, diente als Antriebskraft. Als Heinrich Hackl im Jahr 1867 den Komplex übernahm, bestand er aus Herrenhaus, dem ursprünglichen Hammerwerksgebäude, einem großen Fabriksgebäude und mehreren Hütten; Teil der Anlage bildeten auch die angrenzende Mühle, Säge und landwirtschaftlichen Nutzbauten. Eine Versicherungspolizze zeigt, dass die Bausubstanz der „Schafwoll-, Baumwoll- und Jutemanufacture und Modewarenfabrik Hackl & Söhne

7 Pollak übernahm die Wiener Verkaufsniederlage in der Schmalzhofgasse. Auch er führte sein Unternehmen, die Tücher- und Modewarenfabrik Friedrich Pollak, mit seinen beiden Söhnen und dem Schwiegersohn weiter. Die Produktion wurde nach Fulnek im mährisch-schlesischen Grenzgebiet verlegt. Die Firma entwickelte sich zu einem der bedeutendsten Textilunternehmen der österreichisch-ungarischen Monarchie. 1898 beschäftigte sie in drei Betrieben ca. 1000 Arbeitskräfte; vgl. Die Großindustrie Österreichs. Festgabe zum glorreichen fünfzigjährigen Regierungsjubiläum seiner Majestät des Kaisers Franz Joseph I. Dargebracht von den Industriellen Österreichs, Wien 1898, Bd. 4, 124f.

8 Hackl, Die Textilfabrik, 73.

in Oberbrühl“ im Jahr 1887 stark angewachsen war: Vier zusätzliche Fabrikgebäude, Dampfkesselhaus und Fabrikschlot, Magazine, Lager und Trockenhütten waren neu errichtet worden. Die gesamte Anlage, die von einer Straße durchquert wurde, erweckte den Eindruck eines kleinen Fabrikdorfes. Ein Fischteich und ein sehr gepflegter parkähnlicher Garten ergänzten das Ensemble. Wohnhäuser für die ArbeiterInnen wurden jedoch keine errichtet; diese wohnten in eigenen kleinen Häuschen oder als Mieter in Weitraer Vororten und den nahe gelegenen Ortschaften.

Die Produktpalette der Firma Hackl umfasste verschiedene Arten Tücher, Möbel- und Dekorstoffe, Vorhänge und Teppiche. Verarbeitet wurden Baumwolle, Schafwolle, Jute, Seide und Mohair auf Hand-, Jacquard- und mechanischen Webstühlen zu einfachen sowie gemusterten, broschierten und bestickten Stoffen, darunter auch Samt und so genannte – aus vorgewebten Stoffstreifen – hergestellte Chenilleware. Mit Ausnahme der Spinnerei⁹ wurden alle Vor- und Nachbereitungsarbeiten im Unternehmen selbst verrichtet: Färberei, Wäscherei, Zwirnerei, Spulerei, Schweiferei, Kartenschlägerei, Weberei, Pressen, Scheren, Walken, Drucken, Appretieren, Trocknen und Verpacken. Auch Musterentwurf und -zeichnung erfolgten im eigenen Betrieb. Insbesondere die Versicherungspolizzen geben genaue Auskunft über die Nutzung der Gebäude und die Anordnung der Maschinen und Arbeitsvorgänge.

Neben der Fabriksproduktion in der Brühl wurde eine Reihe von Arbeiten in Heimarbeit verrichtet. Faktoren in Gmünd, Pürbach, Hoheneich und Kirchberg vermittelten den Kontakt zwischen Fabrik und Heimarbeiter/inne/n. Der Absatz der Erzeugnisse erfolgte ebenso wie der Bezug der meisten Rohmaterialien über die Niederlage in Wien¹⁰, welche die ständige Anwesenheit eines der Familienmitglieder in der Hauptstadt erforderte. Weiters gab es eine Niederlage in Prag sowie Agenturen in einigen Städten der österreichisch-ungarischen Monarchie und im Ausland, die die Hackl'schen Produkte vertrieben. Der Transport zwischen Wien, Weitra und den Faktoreien erfolgte mit Pferdefuhrwerken, seit der Fertigstellung der Franz Josefs-Bahn im Jahr 1872 auf der Strecke Gmünd – Wien mit der Bahn.

Zwischen 1876 und 1906 verzeichnete die Zahl der Beschäftigten einen kontinuierlichen Rückgang. Eine Antwort auf die Frage, ob dies eher auf die Einschränkung oder auf die Rationalisierung der Produktion zurückzuführen ist, würde die genaue Durchsicht der Personalakten und Geschäftsbücher er-

9 Im Katalog der Wiener Weltausstellung 1873 wird auch eine Wollspinnerei der Firma Hackl & Pollak in Marchtrenk/NÖ genannt, welche jedoch nach 1876 keine Erwähnung mehr fand.

10 Die Niederlage der Firma Hackl & Söhne befand sich seit 1876 in der Webgasse Nr. 22 und übersiedelte später in die Kärntnerstraße Nr. 15.

fordern. Angaben der Firma Hackl & Söhne für eine Statistik der Handels- und Gewerbekammern ergaben für das Jahr 1891 jedenfalls einen Beschäftigtenstand von insgesamt 215 Personen, davon 161 männliche. Er lag damit deutlich unter jenem der 1860er und 70er Jahre. 110 Personen arbeiteten in der Fabrik, 105 in Heimarbeit außer Haus. Die tägliche Arbeitszeit betrug 11 Stunden. Mehr als die Hälfte der FabriksarbeiterInnen, darunter alle weiblichen, verdienten weniger als drei Gulden in der Woche.

Die Zusammenstellung für die Handelskammer zeigt ferner, dass 1891 auf einem sehr niedrigen Stand der Technik produziert wurde und der Mechanisierungsgrad sehr gering war. Der Antrieb der Transmissionen erfolgte mit zwei Wasserrädern, jedoch beschränkte sich die mechanische Produktion vor allem auf Chenille-, Schneide-, Spul- und Schermaschinen, während der überwiegende Teil der Webstühle auch in der Fabrik im Handbetrieb bedient wurde. Für Färberei und Appretur stand ein Dampfapparat zur Verfügung, das Schweifen der Kettfäden erfolgte händisch und gedruckt wurde auf fünf Drucktischen mit Modeln. Im Jahr 1893 wurden die Wasserräder durch eine Turbine der Leobersdorfer Maschinenfabrik¹¹ ersetzt; eine Versicherungspolizze aus dem Jahr 1898 erwähnt ferner die Existenz einer Perotindruckmaschine. Auch wurden in den ersten Jahren des 19. Jahrhunderts Experimente mit photographischen Druckverfahren durchgeführt, in die Produktion wurden diese jedoch nicht übernommen. Trotz modernster Muster- und Formensprache der Hackl'schen Produkte waren die Verfahren ihrer Herstellung mit den technologisch fortgeschritteneren Betrieben der Textilindustrie auf die Dauer nicht konkurrenzfähig.

Spätestens seit den 1890er Jahren hatte die Firma Hackl & Söhne mit ständigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, welche zwischen Vater und Brüdern zu ernsthaften Spannungen führten. Die mangelnde Modernisierung, die familiären Unstimmigkeiten, möglicherweise auch die Vorliebe für die Spekulation mit Wertpapieren und nicht zuletzt der Tod der Firmengründers und Vaters Heinrich Hackl im April 1901 führten schließlich zur Einstellung der Produktion im Jahr 1906.

Die Familie Hackl

Heinrich und Cäcilie Hackl kamen aus kinderreichen kleinstadtbürgerlichen Verhältnissen. Heinrich Hackls Mutter Anna beispielsweise gebar elf Kinder, von denen nur drei älter als zehn Jahre wurden (Gebetbuch Anna Binder). Heinrich und Cäcilie, welchen jeweils als einzigen Kindern ein sozialer Aufstieg gelungen war, unterstützten ihre Geschwister Zeit ihres Lebens in fi-

11 Heute im Technischen Museum Wien.

nanzieller Hinsicht. Cäcilie arbeitete in den ersten Ehejahren im Betrieb ihres Mannes mit, zog sich jedoch mit der zunehmenden Konsolidierung des Unternehmens und der Geburt ihrer Kinder ganz aus dem Berufsleben zurück.

Cäcilie und Heinrich hatten vier Kinder: Heinrich, Eduard, Louise und Robert.¹² Heinrich jun. war neun, Eduard fünf Jahre alt, als die Familie ins Waldviertel übersiedelte. Da sie höhere Schulen von Weitra aus nicht besuchen konnten, verbrachten die Söhne ihre Schulzeit getrennt von den Eltern zumeist in Wien.¹³ Ein gleichzeitiges Zusammenleben aller Familienmitglieder über die Generationen hinweg im Brühler Haus fand also nicht statt. Solange die Söhne in Ausbildung standen, waren sie den Großteil des Jahres nicht anwesend; seit der Trennung von Pollak, der für den jungen Heinrich eine Art Ziehvater gewesen war, und der Mitarbeit Heinrichs und Eduards im Betrieb war einer der drei Gesellschafter ständig in der Wiener Niederlage anwesend.

Die Erziehung der Söhne, welcher in der Familie ein wichtiger Stellenwert beigemessen wurde, sollte einerseits bürgerliche Werte, Verhaltensweisen und Selbstbewusstsein vermitteln, andererseits im Betrieb nutzbar sein. Schon die ersten Schuljahre verbrachten Heinrich, Eduard und Robert als Privatschüler an guten Wiener Schulen. Heinrich studierte an der Heidelberger Universität Jus, Eduard absolvierte eine zweijährige höhere Handels-Lehranstalt in Wien, Robert besuchte die Kunstgewerbeschule des k.k. österreichischen Museums für Kunst und Industrie. Auch in der nächsten Generation erfolgte die Ausbildung in Hinblick auf die zukünftige Mitarbeit im Betrieb: Der Sohn Dr. Heinrichs studierte an der Staatsgewerbeschule in Reichenberg. Nur die Tochter stellte eine Ausnahme dar – ihre Bestimmung als Mädchen war die Heirat, als Tochter aus gutem Hause hatte sie Gelegenheit, ihre kunsthandwerklichen und schriftstellerischen Interessen zu pflegen.

Im Jahr 1878 heiratete Dr. Heinrich die noch minderjährige Anna Schumann. Sie war die Tochter eines Textilfabrikanten und wohnte in der Wiener Webgasse Nr. 33. Heinrich und Anna hatten drei Söhne. Während die Beziehungskonflikte der Seniorengeneration den Bestand ihrer Ehe nach außen nicht gefährdeten, ging die Ehe zwischen Dr. Heinrich und Anna in Brüche; Anna ließ sich scheiden. Die anderen drei Geschwister blieben ledig; das Thema ihrer Heirat war in der familiären Zukunftsplanung jedoch ständig präsent. Partnerwahl und finanzielle Absicherung der Verheiratung Louises bildete Gegenstand der Debatte zwischen ihren Eltern und Brüdern. Louise wehrte sich heftig gegen die Einmischung in ihr Liebesleben und heiratete schließlich keinen ihrer Verlobten. Eduard setzte die finanziellen Implikationen seiner mögli-

12 Drei weitere Söhne starben bereits im Kindesalter.

13 Sohn Heinrich besuchte zeitweilig eine Schule in Budweis, Eduard in Krems.

chen Heirat wiederholt auf die Tagesordnung der Auseinandersetzung mit Vater und Bruder; akut dürfte die Frage jedoch nie geworden sein.

Der Familienalltag der Hackls war unmittelbar mit dem Unternehmen verbunden. Einerseits befanden sich die sieben Zimmer ihrer Wohnung im ersten Stock eines Hauses, das inmitten der Fabrik lag, im Parterre und in den Dachgeschoßen Arbeitsräume beherbergte und auf der Ebene des ersten Dachbodens durch Übergänge direkt mit den Fabrikssälen verbunden war. Ein klar vom Betrieb getrennter, rein dem Familienleben vorbehaltener Bereich existierte also nicht; Arbeiter/innen und Dienstboten gingen im Haus ein und aus. Dazu kam die ständige Abwesenheit jener Familienmitglieder, die in Internaten oder in Wien lebten, was auch bei den übrigen Verwandten häufige Reise- und Besuchsaktivitäten zur Folge hatte. Dadurch war es der Familie Hackl möglich, am kulturellen und politischen Leben der Hauptstadt teilzunehmen. Auch im Waldviertel entfalteten sie ein sehr aktives gesellschaftliches Leben und standen im Mittelpunkt bürgerlicher kultureller und politischer Aktivitäten (Veranstaltungen, diverse Vereine, Wohlfahrt etc.). Obwohl in einer Kleinstadt mit schlechten Verkehrsverbindungen nach Wien beheimatet, hatte die Familie Hackl durchaus nichts Provinzielles an sich. Die innerfamiliäre Kommunikation nahm einen wichtigen Stellenwert im Leben aller Mitglieder ein. Sie schloss stets den Betrieb und die Rolle ein, die die einzelnen Familienmitglieder darin einnahmen.

Die Stilllegung des Betriebs und der damit verbundene Verlust des Lebensunterhalts und wichtigsten familiären Zusammenhalts sowie die Entwertung von Wertpapieren und Vermögen durch den Krieg hatten einen deutlichen finanziellen Abstieg zur Folge. Nach dem Krieg lebte die Familie Hackl in sehr beengten finanziellen Verhältnissen. Haus- und Grundbesitz sowie Einnahmen aus der Verpachtung der Mühle und der Fabriksgebäude erlaubten jedoch weiterhin, nach außen ein „standesgemäßes“ Auftreten zu bewahren.

Strömungen und Gegensätze im Waldviertler Bürgertum

Das Waldviertler Bürgertum in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kann wohl kaum als einheitliche gesellschaftliche Klasse mit gemeinsamer Interessenslage angesehen werden.¹⁴ Im Wesentlichen kann man, verfolgt man die Auseinandersetzung um die bürgerlich-kapitalistische Modernisierung der Waldviertler Gesellschaft, drei Strömungen unterscheiden.

Die zahlenmäßig kleinste, auf die Industrie- und Verwaltungsorte des Oberen Waldviertels beschränkte Gruppe machte das deutsch-liberale Bür-

14 An den Rand gedrängt. Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Oberen Waldviertels. Wien 1988, 119ff.

gertum aus, das sich aus Fabrikanten, größeren Gewerbetreibenden sowie aus Beamten und Vertretern freier Berufe zusammensetzte. Das industrielle Bürgertum verfügte im Waldviertel nur über eine sehr schwache Basis, gelang doch im stark agrarisch geprägten, abseits der wirtschaftlichen und politischen Zentren gelegenen Waldviertel nur wenigen ortsansässigen Personen aus eigenen Kräften eine industrielle Gründung; ein beträchtlicher Teil der Betriebsgründungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erfolgte durch außerregionale Unternehmen, deren Hauptmotiv für die Ansiedlung im Waldviertel in der billigen Verfügbarkeit der Arbeitskräfte lag. An einer umfassenden industriellen Entwicklung und infrastrukturellen Erschließung des Waldviertels hatten diese Kreise kein Interesse, profitierten doch gerade sie von den Schwächen der Waldviertler Wirtschaftsstruktur.

Das wirtschaftliche Ziel des einheimischen Waldviertler Bürgertums hingegen, welches sich in der deutsch-freiheitlichen Partei organisierte, lag in der Überwindung jener Nachteile, die die Konkurrenz seiner Produkte mit den Betrieben der Zentralräume erschwerten. Deutsch-Freiheitliche traten daher – im Glauben, Anschluss an die Entwicklung der fortgeschritteneren Regionen finden zu können – für eine nachholende wirtschaftliche Modernisierung im Waldviertel ein. Sie forderten den Ausbau von Verkehrsverbindungen, Verwaltungseinrichtungen, Ausbildungswesen und kommunaler Infrastruktur nach dem Vorbild der industriellen Zentren. Die Interessen des Waldviertler Bürgertums standen daher in gewisser Weise im Gegensatz zu jenen des Bürgertums der wirtschaftlichen und politischen Zentralräume, an dessen Entwicklungsstandards es seine Ziele orientierte. Obwohl es sich im Waldviertel in einer strukturell benachteiligten Lage befand, fühlte sich das Waldviertler industrielle Bürgertum jedoch als Teil jener bürgerlich-liberalen, Deutschen, die in wirtschaftlicher Hinsicht die herrschende Klasse der österreichisch-ungarischen Monarchie darstellten. Einen anders gewichteten Stellenwert als innerhalb der deutsch-freiheitlichen Strömung spielte der Deutschnationalismus in der im Waldviertel stark verankerten Schönerer-Partei, der Teile des Bürgertums, des Großgrundbesitzes und der Bauernschaft angehörten. Diese radikalen Deutschnationalen, die in ihren wirtschaftspolitischen Ansichten anfänglich eine Reihe von Gemeinsamkeiten mit den Deutsch-Freiheitlichen aufwiesen, entwickelten sich im Zuge des offenkundigen Scheiterns nachholender Entwicklungskonzepte und dem damit verbundenen sozialen Abstieg bürgerlicher Kreise zu einem antiliberalen Gegenpart der Deutsch-Freiheitlichen. Sie gewannen einerseits gegenüber den Deutsch-Freiheitlichen an Bedeutung, andererseits erlebten diese selbst seit der Jahrhundertwende eine stärkere Akzentuierung des deutschnationalen Moments, welches ihren wirtschaftlichen und politischen Liberalismus in den Hintergrund drängte.

Hauptgegner der von den Deutsch-Freiheitlichen angestrebten Modernisierung der Waldviertler Wirtschaft und Gesellschaft war das traditionelle Kleinstadt- und Gewerbebürgertum. Verstärkter Austausch und Anschluss an die wirtschaftlichen Zentralräume war für die auf lokale Märkte bezogenen Gewerbebetriebe mit erhöhter Konkurrenz und der Gefahr ihres Niedergangs verbunden. Sie hatten daher kein Interesse an infrastruktureller Erschließung und trachteten diese – insbesondere wenn sie dafür finanziell mitaufkommen mussten – nach Möglichkeit zu verhindern. Gemeinsam mit Teilen der Bauern bildete das um seine Existenz besorgte konservative Stadtbürgertum die Basis der christlich-sozialen Partei im Waldviertel. Mangels einer organisierten Arbeiterbewegung, nicht zuletzt jedoch auch, weil die Waldviertler Sozialdemokratie der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierung nicht prinzipiell ablehnend gegenüberstand, stellte der Kampf zwischen dem liberalen und dem traditionellen Bürgertum um die Modernisierung der Waldviertler Gesellschaft die zentrale Ebene der politischen Auseinandersetzung in der Region dar.

Heinrich Hackl und seine Familie waren als Fabrikanten typische Angehörige des deutsch-freiheitlichen Bürgertums. Die tiefe Überzeugung vom unaufhaltsamen Fortschritt ließ Hackl an die prinzipielle Möglichkeit nachholender Modernisierung glauben und alles tun, was diesen Fortschritt in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht beschleunigen konnte. Er trat 1870 dem „constitutionellen Fortschrittsverein für den politischen Bezirk Zwettl“¹⁵ bei, setzte sich für Bahnbau und Beschleunigung der Verkehrsverbindungen ein, pflegte den Kontakt mit Reichsratsabgeordneten und anderen Fabrikanten, um den industriellen Interessen der Region stärkeren Nachdruck zu verleihen, und war, ebenso wie seine Söhne, in zahlreichen Schul- und Bildungsvereinen aktiv. In gesellschaftspolitischer Hinsicht entsprachen seinen Bemühungen um den Fortschritt Versuche zum Aufbau einer Ortsgruppe der Österreichischen Gesellschaft der Friedensfreunde.¹⁵ Hackl hoffte, dass eine allgemeine Abrüstung zur Bewältigung der wirtschaftlichen Probleme des Landes beitragen werde. In diesem Punkt war der liberal gesinnte Heinrich Hack allerdings wohl kein typischer Exponent des Waldviertler Bürgertums. Dieses wies quer durch alle seine Strömungen einen mehr oder minder ausgeprägten Deutschnationalismus auf, welcher mit dem Ziel der Völkerverständigung wenig anzufangen wusste. Je mehr die Region der Konkurrenz der industriellen Zentralräume erlag, desto stärker traten deutschnationale Ideologie und Antisemitismus in den Mittelpunkt des (bürgerlichen) Selbstverständnisses.

15 Komlosy Andrea, Bertha von Suttner und die Friedensbewegung im Oberen Waldviertel. Die Friedensaktivitäten des Textilfabrikanten Heinrich Hackl, in: Unsere Heimat. Zeitschrift des Vereins für Landeskunde von Niederösterreich, Jg. 59, Heft 3/Wien 1988, 225–246.

Aufstiegsmuster: Vom Handwerk zum Fabriksbetrieb

Besonders interessant ist die Frage nach Anfang und Ende des Unternehmens. Wie gelang dem Sohn eines kleinbürgerlichen Webermeisters aus Weitra der Aufstieg zu einem der größten Textilfabrikanten der Region? Woher nahm Heinrich Hackl Kapital und Know-how für einen solchen Aufstieg, der für das Obere Waldviertel keineswegs typisch war, erfolgten doch die größeren Betriebsgründungen vielfach durch außerregionale Unternehmer und nicht in Fortentwicklung lokaler Gewerbebetriebe. Der Fall Hackl, dessen Fabrik den lokalen Manufakturbetrieb seines Vaters zum Vorläufer hatte, schien zunächst als Ausnahme von der Regel.

Tatsächlich gab es jedoch keine bruchlose Fortentwicklung vom Handwerk zum Fabriksbetrieb. Die industrielle Betriebsgründung in Weitra hatte ihren Ausgangspunkt in Wien. Heinrich Hackl, der seit 1838 in Wien lebte und sich, nach Angaben seines Hausherrn in der Gumpendorferstraße, „eines soliden und tadelhaften¹⁶ Betragen benommen hat, wie es sich für jeden richtlichen Bürger nur zu wünschen ist“, hatte dort die Mittel für seine eigene Betriebsgründung erworben. Zwar arbeitete Hackl zunächst für seinen Vater, grenzte sich jedoch klar von dessen „entgegengesetzten Ansichten“ ab, „welche für die Landweberei passt“, für die Herstellung von „Wiener Modewaaren“ jedoch nicht tauglich seien. Er drängte daher auf eine klare Trennung der Geschäfte, wobei er betriebsorganisatorische Voraussetzungen und Kontakte seines Vaters für den eigenen Betrieb zu nutzen wusste: Er übernahm einen Teil von dessen Weitraer Gesellen. Die Trennung vom Vater muss, verfolgt man den Briefverkehr, mit konfliktreichen Auseinandersetzungen verbunden gewesen sein. „Wir dürfen uns aber nicht aufladen“, schrieb Heinrich Hackl im September 1850 an seinen Bruder Ludwig in Weitra, „daß das öffentliche Urtheil über uns spricht, wir haben unserem Vater die Gesellen weggenommen und ihm dadurch das Geschäft ruiniert. [...] Die Gesellen welche bey Vater nicht arbeiten wollen und von Vater weg sind, werde ich beschäftigen. [So] haben wir zum Anfang 7 Weber, wo man mit deren Einrichtung in Anfang genug zu thun hat. Die Gesellen, welche bey Vater sind und bleiben wollen, werde ich ihm nicht wegnehmen. [...] Indem wir den Arbeitsleuten mehr als andere verdienen lassen, sind wir ganz außer Sorg, Mangel an sie zu haben“.

Die im Vergleich zu Wien dennoch billige Arbeitskraft der Waldviertler Gesellen, die Mitarbeit seiner Brüder und Ehefrau, Fleiß, Sparsamkeit und genaue Rechnung erlaubten Heinrich Hackls Wiener Firma einen langsamen Aufstieg. Die Inventuren der ersten Jahre zeigen, wie gering Umsätze und Gewinne anfänglich gewesen sind.

16 Gemeint ist: tadellos.

Das Motiv für die Verlegung der gesamten Produktion nach Weitra lag, wie bei allen damals stattfindenden Betriebsverlagerungen in die Provinz, in den niedrigeren Kosten der Arbeitskraft. „Ich habe heuer neuerdings mir die Überzeugung verschafft, daß nur die Provinz auszubeuten unser Losungswort sein muß“, schrieb Hackls Kompagnon Pollak im Juli 1868 an seinen Partner in Weitra und offenbart damit das instrumentelle Verhältnis der Fabrikanten zum neuen Standort. Die Verlagerung der Produktion von Wien ins Waldviertel entsprach also dem gängigen Trend, die Standortvorteile einer peripheren Region zu nützen; eine Besonderheit stellte lediglich die Tatsache dar, dass für Heinrich Hackl diese Übersiedlung mit einer Rückkehr in seine Heimatstadt verbunden war. Hier konnte er an bereits bestehende eigene und väterliche Geschäftsverbindungen anknüpfen. Für die nun einsetzende rasche Erweiterung der Produktion benötigte er jedoch viel Geld; die Fusionierung mit Friedrich Pollak im Jahr 1861 dürfte einerseits der Erweiterung der Kapitalbasis gedient haben, andererseits ermöglichte sie die Spezialisierung der Partner auf Produktion (Hackl) und Vertrieb (Pollak).

Bald arbeiteten mehrere hundert Arbeiter/innen, verstreut über mehrere Weitraer Häuser sowie in Heimarbeit in den umliegenden Dörfern, für Hackl & Pollak. Lokale Weber waren einem solchen Unternehmen in der Konkurrenz um Arbeitskräfte und Marktanteile unterlegen und mussten dem mehr oder weniger sanften Druck oft weichen. Zum Teil mögen sie ihre Arbeit als Heimweber für die Firma Hackl fortgesetzt haben. Ein Brief eines Webers aus Hoheneich, wo Hackl eine Faktorei einrichtete, dokumentiert exemplarisch, auf welcher keineswegs feinen Geschäftspraktiken der Erfolg der Firma Hackl beruhte: Im November 1877 wurde dem Weber angedroht, dass man seinen Schwiegersohn entlassen werde, wenn er sich nicht zur Einstellung der Produktion entschliesse. Tatsächlich erklärte sich der Mann bereit, bestimmte Waren in Zukunft nicht mehr herzustellen. „Daß ich mich aber verpflichte, meine ganze Fabrication stehen zu lassen, hoffe ich wohl nicht, daß Sie von mir verlangen, und könnte dies wegen eines einzigen Kindes nicht thun mir meine Hände binden zu lassen, denn ich habe mehr Kinder, und müßte herzlich bedauern, wenn Sie meinen Schwiegersohn, nachdem er Ihnen so lange Jahre treu und ehrlich gedient, nur dann behalten, wenn ich meine Fabrication ganz niederlege.“

Der Erwerb der Fabrikanlage in der Brühl markiert einen wichtigen Schritt im Unternehmensausbau. Einerseits boten die Gebäude die Voraussetzung, die Produktion auf eine industrielle Grundlage zu stellen, andererseits symbolisierte die Erweiterung der Fabrikanlagen mit dem sehr herrschaftlich anmutenden Wohnhaus den vollzogenen Aufstieg zur industriellen Bourgeoisie. Tatsächlich stellte das Herrenhaus mit dem umliegenden geschlossenen Fabrikkomplex einen Wohntyp dar, der in Weitra und Umgebung ohne Gleichen blieb. Zur landgräflich Fürstenberg'schen Herrschaft im

Schloss Weitra entwickelte die Familie Hackl, welche von ihren Untergebenen häufig mit dem adeligen „von“ titulierte wurde, dennoch keine näheren Kontakte. Sie stand an der Spitze der Bürgerschaft, die Welt des Adels indes blieb ihr verschlossen.

Es ist möglich, aus Geschäftsbüchern und Inventuren die Entwicklung des Betriebs nachzuzeichnen und aus dem sehr ausführlichen Briefwechsel zwischen der Wiener Niederlage und dem Produktionsort in Weitra genauere Informationen über Erfolge und Schwierigkeiten des Geschäftsablaufs zu erhalten. Wieso der Betrieb im Jahr 1906 ein so jähes Ende fand, das keineswegs aus einem wirtschaftlichen Zusammenbruch der Firma resultierte, kann (bei derzeitiger Kenntnis der Sachlage) nicht eindeutig beantwortet werden. Einen Anhaltspunkt bieten die vielen Wertpapiere, die seit der Jahrhundertwende im Archivmaterial auftauchten und darauf hindeuten, dass Gewinne vielleicht nicht in das Unternehmen, sondern ins Geldgeschäft investiert wurden. Als Erklärung für den Niedergang eines Unternehmens erscheint dieser Tatbestand geradezu bestechend idealtypisch, reicht als monokausale Erklärung aber wohl kaum aus. Einen weiteren Ursachenkomplex bildeten die familiäre Situation und die Schwierigkeiten der Brüder, sich – obwohl bereits die dritte Generation eine Ausbildung zum zukünftigen Textilfabrikanten erhielt – nach dem Tod des Gründers auf eine gemeinsame Basis für die Fortführung des Betriebs zu einigen. Sind die Flucht in die Spekulation und die geschwisterlichen Streitigkeiten um Vermögen und Betriebsführung, welche die familiäre Auseinandersetzung jahrzehntelang bestimmt hatten, ausreichende Gründe für die schließlich – anfänglich als vorübergehend konzipierte – Stilllegung des Betriebs?

Auf jeden Fall muss, über die Firmen- und Familiengeschichte hinaus, die periphere Lage des Oberen Waldviertels, seine strukturelle Abhängigkeit von den wirtschaftlichen und politischen Zentren der Monarchie sowie das Scheitern des Konzepts nachholender Entwicklung als Erklärung für das Ende der Firma Hackl mit in Betracht gezogen werden. Aufstieg und Erfolg des Unternehmens funktionierten nach dem Muster abhängiger Industrialisierung; Weitra wurde als Standort gewählt, weil die Verfügbarkeit eines Industriestandortes mit Wasserkraftantrieb und Indienstnahme von Heimarbeit und niedrig entlohnter Fabriksarbeit eine kostengünstige Kombination für die Textilfabrikanten Hackl und Pollak dargestellt hatten. Verbunden war damit die technische und organisatorische Rückständigkeit ihres Unternehmens gegenüber den moderneren Betrieben der Zentralräume: Heimarbeit wurde bis ins 20. Jahrhundert neben der Fabriksproduktion, Handbetrieb neben dem mechanischen Antrieb beibehalten. Die Konkurrenzfähigkeit derartiger Produktionstechnik beruhte auf der billigen – und flexiblen – Verfügbarkeit der Waldviertler Arbeitskräfte, welche als Kleinhäusler und Bauernkinder mit Nahrungsmitteln versorgt waren und die niedrigen Löhne daher verkraften konnten.

Da Heinrich Hackl als gebürtiger Waldviertler mit seiner gesamten Familie nach Weitra übersiedelt und der Standort für ihn nicht beliebig austauschbar war, konnte seine Haltung zum Waldviertel nicht ausschließlich betriebswirtschaftlich motiviert sein. Seine Interessen als Waldviertler Bürger verknüpften sich mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Region – als Fabrikant konnte dies für ihn nur heißen: infrastrukturelle Erschließung und Verbesserung der Verwertungsbedingungen für das Kapital. Ohne im mindesten zu erkennen, dass die wirtschaftlichen Probleme des Waldviertels eben nicht Folge verspäteter Entwicklung, sondern seiner abhängigen Integration in die entstehende Volks- und Weltwirtschaft waren, machte er sich für eine nachholende kapitalistische Modernisierung der Provinz stark. Guter Wille und individuelle Tüchtigkeit reichten jedoch nicht aus, die aus der strukturellen Abhängigkeit des Waldviertels erwachsenden Nachteile außer Kraft zu setzen. Der Versuch, trotz der Standortnachteile ökonomisch zu bestehen, musste im Gegenteil in einen unentrinnbaren Teufelskreis münden. Der Rückgriff auf Heimarbeit, Handarbeit und Billiglohn – aus der Sicht des Unternehmens notwendig, um die Konkurrenzfähigkeit mit modernen Standorten aufrechtzuerhalten – führte langfristig zwangsläufig in die Krise: Die veralteten Produktionsverhältnisse und die mangelnde Modernisierung wurden festgeschrieben und bildeten mit einem Grund für den schließlichen Verlust der Wettbewerbsfähigkeit.

Die bürgerliche Familie – Traum und Wirklichkeit

Jede/r weiß, dass hinter der idyllischen Fassade bürgerlichen Familienlebens Konflikte, Spannungen, Lebenslügen und Tabus verborgen sind, deren Verdrängung und Sublimierung einen wichtigen Bestandteil bürgerlicher Identität bildet(e)¹⁷, zu deren Bearbeitung das Bürgertum ein ihm eigenes System von Regeln und Instrumenten entwickelt hat. Das Archivmaterial Hackl beinhaltet mit der Familienpost umfangreiches Quellenmaterial zu diesem Fragenkomplex. Diese gliedert sich einerseits in die Privatkorrespondenz der einzelnen Familienmitglieder, andererseits in die geschäftliche Familienkorrespondenz, welche zwischen Vater und Brüdern in Wien und Weitra hin und her ging und über betriebsbezogene Dinge hinaus oft persönliche Mitteilungen enthielt.

Familienpost als Quellengattung bietet interessante Möglichkeiten der Erkenntnis. Briefe sind vor allem dann eine aufschlussreiche Quelle, wenn sie von beiden bzw. von mehreren Seiten erhalten sind. Dies erlaubt, ein Pro-

17 Ernst Bruckmüller u. Hannes Stekl, Zur Geschichte des Bürgertums in Österreich, in: Jürgen Kocka (Hg.), Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, München 1988, 17.

blem aus den unterschiedlichen Sichtweisen der Betroffenen kennen zu lernen. Derartige Postbestände eröffnen damit gleichzeitig ein Instrument der Quellenkritik.

Briefwechsel stellte in der Familie Hackl ein zentrales Element der Kommunikation dar. Die Söhne gingen auswärts zur Schule, familiäre Firmenmitarbeiter lebten am Wiener Zweitwohnsitz und arbeiteten im Wiener Geschäft. Telefon gab es keines. Post war daher wesentliche Voraussetzung für die Unternehmensführung – oft wurden mehrere Mitteilungen am Tag geschickt – ebenso wie für die Pflege persönlicher Kontakte. Die Familie Hackl pflegte in ihren Briefen eine sehr intensive und offene Auseinandersetzung zu führen und Ereignisse und Probleme sehr ausführlich zu besprechen. Betriebliche, finanzielle und persönliche Angelegenheiten wurden zeit- und gefühlswirtschaftlich, mit viel Streit, Pathos und Emotion abgehandelt. Überraschend sind dabei die überaus wortreiche Gewandtheit und die Fähigkeit, auch heikle Dinge zur Sprache zu bringen. Die Kinder wurden bereits sehr früh zum Briefschreiben angehalten und lernten dadurch Ausdruck, Form und Höflichkeitsregeln. Möglicherweise bewirkte die Briefform, welche gleichermaßen Elemente von Nähe und Distanz enthält, dass Auseinandersetzungen offener und direkter geführt werden konnten als im persönlichen Gespräch, dessen Verlauf und Folgen weniger leicht kontrollierbar sind. Auf jeden Fall hat der rege Briefwechsel der Familie Hackl die familiäre Auseinandersetzung für die Nachwelt festgehalten.

Ein Studium der Familienpostbestände vermittelt wichtige Stationen des Lebenswegs, Werthaltungen, Vorstellungen von Lebensentwürfen und Zukunftswünschen und beleuchtet Themen der Auseinandersetzung und Stil der Kommunikation. Im Fall Hackl wird darüber hinaus deutlich, wie eng die Verquickung betrieblicher und privater Lebensbereiche in einem als Familienbetrieb geführten Unternehmen war.

Familie spielte als Sozialisationsinstanz und Identifikationssymbol sicherlich auch dann eine Rolle, wenn die Familienverhältnisse nicht intakt waren und keineswegs dem Idealbild entsprachen. Umso mehr musste daran gearbeitet werden, um den idyllischen Schein der wohlgeordneten patriarchalischen Mehrgenerationenfamilie aufrechtzuerhalten.

Insbesondere Heirat und Ehe wollten in der Familie Hackl nicht so funktionieren, wie es das Ideal verlangte. Die Ehen aller drei Hackl-Generationen des 19. Jahrhunderts endeten in der Krise. Heinrich Hackls Eltern, Mathias und Anna geb. Binder, heirateten im Jahr 1819. Um 1850 lebten sie bereits getrennt. Anna Binder, die zwischen 1820 und 1841 elf Kinder geboren hatte, übersiedelte zu den Schwiegereltern ihres Sohnes Heinrich und, als auch dieses Zusammenleben Probleme verursachte, zu ihrem Sohn nach Wien. Die Schwierigkeiten mit Unterbringung und Versorgung der Mutter lösten bei Heinrich und Cäcilie bereits im ersten Ehejahr ernste Ehekrisen aus. Spätes-

tens in den frühen 1880er Jahren hatte sich das Ehepaar der Gründergeneration weit auseinander gelebt. Die Existenz der beiden Wohnsitze und die erforderliche Anwesenheit eines Familienmitglieds in der Wiener Niederlage ermöglichte eine problemlose Trennung der Ehepartner. Heinrich Hackl sen. übersiedelte nach Wien und verbrachte dort den Großteil des Jahres. So konnte die Ehe aufrechterhalten und die familiäre Zusammengehörigkeit gewahrt werden.

Wie selbstverständlich fiel die Partnerwahl der jungen Männer der Familie Hackl auf Frauen aus vergleichbarem sozialem Umfeld. Heinrich sen. heiratete im Weitraer Stadtbürgertum, Heinrich jun. im Textilfabrikantenmilieu. Da es sich bei den Verheiratungen um Akte handelte, die größere finanzielle Transaktionen beinhalteten, sicherten Heiratskontrakte die gemeinsamen Interessen des Ehepaares gegenüber den Eltern sowie die jeweiligen Interessen der Ehepartner gegeneinander ab.

Ob das familiäre Zusammenleben den Beteiligten tatsächlich ein Gefühl der Geborgenheit vermitteln konnte, muss indes bezweifelt werden. Der Unterschied zwischen den Generationen bestand darin, dass die Ehekrise des Juniors auf die Art und Weise seines Vaters nicht mehr zu lösen war. Anna Schumann verließ ihren Gatten Dr. Heinrich Hackl nach der Geburt der drei Söhne. Auf der Hand liegt, dass sich die Dominanz der Betriebsinteressen und die Unterordnung familiären Zusammenlebens unter die Erfordernisse der Unternehmensführung negativ auf die Partnerbeziehungen ausgewirkt haben muss, obwohl – zumindest bei Heinrich und Cäcilie – die zeitweise Übersiedlung Heinrichs nach Wien wiederum eine Möglichkeit für die formale Aufrechterhaltung der Ehe darstellte.

Ein weiterer Ursachenkomplex für die ehelichen Probleme liegt sicherlich im Dilemma der bürgerlichen Frauenrolle. In allen Generationen galt der Ehemann in der Verfügungsgewalt über seine Frau als Nachfolger ihres Vaters, mit welchem er bei „Übergabe“ Pflichten, Rechte und Ansprüche aushandelte. Als Cäcilie ihrem Gatten Heinrich gegenüber in einem Streit erwähnte, den Schutz ihrer Eltern in Anspruch nehmen zu wollen, antwortete dieser prompt: „Seit unserer Verehelichung hast Du mich als Beschützer anzusehen“.¹⁸ Solange es die wirtschaftliche Lage erforderte, hatten die Ehefrauen im Betrieb ihres Mannes mitzuarbeiten – für Cäcilie und ihre Eltern schien dies jedoch keineswegs selbstverständlich, und es kam darüber zu Konflikten. „Sie sollen und dürfen der Cilie [Cäcilie], welche erst seit kurzem einsieht, dass eine immerwährende Beschäftigung, welche keineswegs über die Kräfte geht, recht gesund, angenehm und nützlich ist, nicht vorstellen, dass sie es dadurch schlecht hat; Sie dürfen der Cilie nicht Misstrau-

18 Brief Heinrich an Cäcilie, 8.10.1850.

en gegen meine Wirtschaft einflößen“, schrieb Heinrich Hackl am 25. September 1850 an seine Schwiegereltern. Mit der Konsolidierung des Betriebs und dem Heranwachsen der Söhne änderte sich jedoch die Anforderung, die Hackl an seine Frau stellte. Ihre Mitarbeit im Betrieb war nun nicht mehr notwendig und erwünscht. Dafür hatte sie, zur erfolgreichen Fabrikantengattin aufgestiegen, bürgerliche Repräsentationsaufgaben zu übernehmen. Dieser neuen Situation, die sie einerseits überlastete, andererseits – zumal ihre Kinder ja lange Jahre außer Haus verbrachten – überflüssig machte, mag Cäcilie Hackl sehr belastet haben. Ihre Schwiegertochter Anna, selbst im bürgerlichen Fabrikantenmilieu aufgewachsen, heiratete von vornherein in ein Unternehmen, das ihrer Mitarbeit nicht bedurfte. Sinnkrise und Überbürdung mit Rollenanforderungen mögen ihr dadurch noch stärker zu Bewusstsein gekommen sein. Anna jedenfalls zog die – damals gewiss nicht übliche – Konsequenz und ließ sich scheiden.

Quer durch die Familienmitglieder Hackl machen die Briefe eines deutlich: Das Ideal eines erfolgreichen bürgerlichen Lebensweges lag für den Mann in guter Erziehung und Ausbildung, Erfahrungsmöglichkeiten in seinen jungen Jahren, Unternehmensgründung oder -übernahme, wirtschaftlichem Erfolg, standesgemäßer Eheschließung und Familiengründung. Mädchen hingegen wurden in häuslichen Pflichten geschult und hatten, wenn sie aus gutem Hause stammten, Gelegenheit, ihre musischen Talente zu kultivieren. Ziel war die Verheiratung mit einem gut situierten Ehemann, die Geburt mehrerer Kinder/Söhne und deren Erziehung. Dieses Muster vor Augen, ging Heinrich Hackl an die Erziehung seiner Kinder. Alle vier jedoch wurden dem idealtypischen Lebenslauf nicht gerecht. Louise pflegte sehr zur Sorge des Vaters und der Brüder einen recht eigenständigen Umgang mit der Partnerwahl und konnte sich letztendlich für keinen entschließen. Sie zog es vor, ihren künstlerischen Interessen nachzugehen, engagierte sich ehrenamtlich in zahlreichen Vereinen und war als Schriftstellerin tätig.¹⁹ Auch ihre Brüder Eduard und Robert heirateten nicht, obwohl gerade Eduards Briefe eindeutig belegen, dass für ihn eine Eheschließung ein erklärtes Lebensziel darstellte. Gleichzeitig belegen sie auch, dass Liebe zu einem Partner keineswegs die zentrale Voraussetzung für eine Heirat darstellte, sondern eine solche primär von gesicherten finanziellen Verhältnissen und Zukunftsperspektiven abhing. Eduard sah diese aufgrund der gegenseitigen Abhängigkeit der familiären Gesellschafter in der Firma Hackl nicht gegeben. Eine diesbezügliche Klärung der Vermögensverhältnisse kam jedoch ebenso wenig zustande wie eine Verheiratung Eduards. Dem Thema Heirat und Besitz wurden unzähli-

19 Albert Hackl, Louise Hackl, in: Harald Hitz u.a. (Hg.), *Waldviertler Biographien*, Bd. 3 (= Schriftenreihe des Waldviertler Heimatbundes Bd. 53) in Vorbereitung (2010).

ge freundliche, beschwörende, klagende, wütende und enttäuschte Briefseiten gewidmet, die zeigen, dass Vermögen und finanzielle Sicherheit zentrale Werte darstellten und im Mittelpunkt der familiären Auseinandersetzung standen. Anspruch und Wirklichkeit klafften in der Familie Hackl in Sachen Heirat und Eheglück jedenfalls weit auseinander.

Dem Idealbild viel näher kam da schon die Erziehung der vier Geschwister. Louise lernte, stets in Hinblick auf ihre zukünftige Rolle als bürgerliche Ehefrau, vielerlei Künste und Kunsthandwerk, während die Söhne betriebsbezogene Ausbildungen erhielten. Heinrich Hackl, selbst als Webermeister noch ohne spezifische Ausbildung zum Fabrikanten aufgestiegen, war sich der Notwendigkeit der Qualifizierung seiner Söhne entsprechend den Modernisierungserfordernissen eines spezialisierten Textilbetriebes durchaus bewusst. Er tat von seiner Seite her alles, um die Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens von der Qualifikationsseite der Betriebsleiter her zu gewährleisten. Als ein Mann, dem der soziale Aufstieg vom Handwerk zum industriellen Bürgertum gelungen war und dessen Identität stark von seiner Rolle als Textilfabrikant geprägt war, wollte er den erreichten Status für seine Söhne und Enkel absichern.

Ausblick

Das Engagement eines Nachfahren, der Verantwortung für das familiäre Erbe empfindet und die Initiative und Durchsetzungskraft zur Umwandlung des Betriebes bzw. der Baulichkeiten in ein Museum besitzt, kann als Glücksfall gewertet werden. Eine Selbstverständlichkeit ist es, wie viele verfallende oder verschwundene Industrieobjekte vor Augen führen, sicherlich nicht. Noch günstiger liegen die Voraussetzungen höchstens dann, wenn der alte Chef oder ein ehemaliger Mitarbeiter das Wissen und die Erfahrung aus der Betriebsführung direkt an MuseumsbesucherInnen weitergeben kann. Die k.k. Modewarenfabrik Hackl & Söhne hat den Betrieb im Jahr 1906 eingestellt; seither wurden die Räumlichkeiten von wechselnden Pächtern genutzt, viele standen jahrelang leer. Das Museum Alte Textilfabrik ist also kein Schaubetrieb, sondern ein Museum, das auf der Grundlage eines wissenschaftlichen Museumskonzeptes bewusst gestaltet und mit Objekten aus dem Firmen- und Familienarchiv bestückt wurde. Es greift Themen auf, die über das betriebliche Geschehen am Standort hinausgehen und Firma, Familie, Stadtgemeinde und Region im wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kontext der Habsburgermonarchie verankern. Damit stellt das Museum Alte Textilfabrik einen Reflexionsort dar, der den Besucher nicht einfach in die damalige Zeit versetzen möchte: die Aufbereitung entlang wissenschaftlicher Erkenntnisse ermöglicht die Betrachtung aus der Distanz und die Möglichkeit von Einordnung und Vergleich.

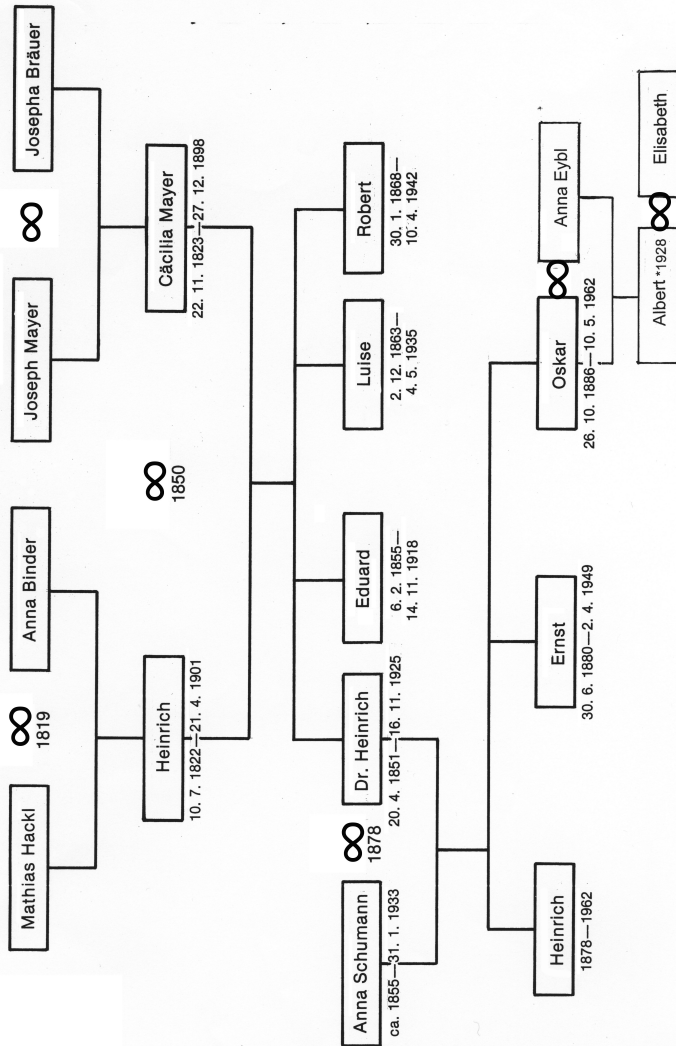
Albert Hackl hat seine Karriere als Verfahrenstechniker auf einem ganz anderen Gebiet gemacht; die Pflege des familiären Anwesens und der Familiensammlungen hat ihn Zeit seines Lebens begleitet. Er hat durch seine unermüdlichen Aktivitäten zur Bewahrung der Anlagen, Gebäude und Sammlungsbestände der Modewarenfabrik Hackl & Söhne beigetragen. Er hat bewirkt, dass sie der Öffentlichkeit als Museum sowie als Firmen- und Familienarchiv zugänglich gemacht wurden. Regelmäßige Veranstaltungen, Sonderausstellungen, Kooperation mit anderen Museen und wissenschaftlichen Einrichtungen sowie umsichtige und vorausplanende Organisation gewährleisten, dass das Museum die Herausforderung einer explosionsartigen Vermehrung des regionalen Angebots an Museen und Sammlungen sowie der Tendenz zur zunehmenden Professionalisierung bisher erfolgreich gemeistert hat. Es hat sich als Ort der Begegnung, der Wissens- und Kulturvermittlung im Oberen Waldviertel etabliert. Albert Hackl fungierte dabei als Initiator und als Drehscheibe, der Geldgeber, Partner und wissenschaftliche Expertise mobilisierte sowie die Vernetzung mit anderen musealen Einrichtungen, insbesondere im Rahmen der Waldviertler Textilstraße²⁰, vorantrieb. Albert Hackl steht dem Träger des Museums, dem Verein Museum Alte Textilfabrik, seit seiner Gründung als Obmann vor; der Wechsel von der Gründergeneration zu einer nicht mehr durch familiäre Verantwortung motivierten Museumsleitung, der derzeit vorbereitet wird, stellt den Museumsverein vor eine Bewährungsprobe.

Über das hinaus, was im Museum Alte Textilfabrik gezeigt und im Firmen- und Familienarchiv aufbewahrt wird, besitzt Albert Hackl einen großen Fundus an Sammlungsgegenständen, die ihm seine, der Sammelleidenschaft zugeneigten Vorfahren hinterlassen haben. Er pflegt und bearbeitet diese mit großer Leidenschaft gemeinsam mit seiner Frau. Die in der Periode der Textilfabrik eingerichteten Räumlichkeiten des ehemaligen Herrenhauses, die das Ehepaar Hackl bewohnt, stellen gewissermaßen eine Ergänzung zum Museum dar, die bei feierlichen Anlässen immer wieder mit großer Gastfreundschaft für geladene Gäste geöffnet werden. Gemeinsam mit dem Archiv bilden die dort befindlichen Sammlungen einen unerschöpflichen Fundus für zukünftige Sonderausstellungen; sie harren zudem der weiteren wissenschaftlichen Bearbeitung.

Albert Hackls Aktivitäten für das Museum Alte Textilfabrik wurden im Jahr 2010 durch die Verleihung des Würdigungspreises des Landes Niederösterreich für Innovation und Forschung in Museen Niederösterreichs anerkannt.

20 Waldviertler Textilstraße. Reisen durch Geschichte und Gegenwart einer Region. Waidhofen 1990; 2. verbesserte Auflage Wien 1994.

Die Familie Hackl



Eine Geschichte von Verlorenen und Geretteten

Erinnerungen an die Judenverfolgung in Wien und Budapest

Peter Berger

Wir schreiben das Jahr 2008. Edith H., Tochter des pensionierten Immobilienverwalters Walter H., Absolventin des französischen Lyzeums in Wien und Geschäftsführerin eines renommierten, internationalen Nonprofit-Unternehmens, betritt eine Schihütte in Kärnten. Am Tisch der kleinen Gastwirtschaft gewahrt sie einen flüchtigen Bekannten, einen Bankangestellten, dessen Institut hie und da für wohltätige Zwecke spendet. Der Mann erinnert sich nicht mehr, wer die Eintretende ist, begrüßt jedoch freundlich und fragt nach dem Familiennamen. „Ah, Sie sind sicher verwandt mit dem Künstler André H., dem SAUJUDEN?“, lautet die Reaktion, als Edith sich vorstellt. Edith ist perplex. „Mein Vater ist zwar Jude, aber er heißt Walter,“ sagt sie schließlich.

Walter H. ist der jüngste von drei Söhnen des Andor (Aaron) H., der 1888 in Eger/Erlau im Königreich Ungarn das Licht der Welt erblickt. Das Kind Andor wird in streng religiösem Sinne erzogen, trägt Schläfenlocken und Kippah, geht regelmäßig in den Tempel und wird dies bis ins fortgeschrittene Alter tun. Beim Zusammenbruch der Habsburgermonarchie ist Andor dreißig Jahre jung und lebt in Budapest. Über seine politische Einstellung wissen wir nichts. Es ist möglich, dass er die revolutionären Unruhen in Nachkriegs-ungarn als nicht ganz mittelloser Bürger der Landeshauptstadt verabscheut hat. Aber ebenso gut mag er Sympathien für die kommunistische Räterepublik des Béla Kun gehegt haben, die wegen ihrer antifeudalen und in gewisser Hinsicht emanzipatorischen Programmatik von vielen jüdischen Intellektuellen unterstützt wurde. Im Januar 1920 – die Kommune ist längst vom weißen Terror ausgelöscht worden – wandert Andor H. nach Wien aus. Mag sein, dass er diesen Schritt aus Angst vor dem in Horthy-Ungarn grassierenden Antisemitismus unternimmt. Jedenfalls kommt er nicht arm in Wien an. Das Geld, das er nach Österreich mitgebracht hat, wird bei der „Arbeiterbank“-Filiale Ecke Nussdorferstraße-Widerhofergasse veranlagt.

Nicht weit von dort befindet sich das Colosseum-Theater, später Kino und heute ein Lebensmitteldiskonter. Im ans Theater angrenzenden Kaffeehaus lernt Andor seine große Liebe, Fräulein Schlögl, kennen. Ida Schlögls Familie ist nicht mosaich (wie Jüdischsein in Österreich verschämt-amtlich heißt). Aber Vater und Großvater sind stadtbekannte Baumeister, deren Betrieb zeitweise 4.000 Leute beschäftigt und an Riesenprojekten wie der Restaurierung der Karlskirche und dem Bau des Palais Todesco nächst der Staatsoper sowie des Kursalons im Wiener Stadtpark beteiligt ist. Noch im Jahr 1920 heiraten Andor und Ida. Ihr erstes Kind, Sohn Ernst, kommt im Januar 1921 zur Welt, gefolgt von Georg (1922) und Walter (1923). Baumeister Schlögl erlebt die Geburt seiner beiden jüngeren Enkel nicht mehr, er verstirbt Mitte 1920. Ida Schlögls Eheglück ist von relativ kurzer Dauer. Inmitten der Weltwirtschaftskrise der frühen 1930er Jahre lernt sie, die inzwischen zum Judentum konvertiert ist, einen slowenischen Studenten der Universität Wien kennen, von dem sie schwanger wird. 1934 zieht Andor H. die Konsequenzen aus der Untreue seiner Frau. Er lässt sich scheiden und lebt fortan als Alleinerzieher von drei Söhnen in einer Mietwohnung in der Schlagergasse, die, im neunten Wiener Gemeindebezirk gelegen, parallel zum Währinger Gürtel verläuft. Seinen Lebensunterhalt und den seiner Kinder bestreitet Andor mit dem Handel in Eisenwerkzeugen und Holz. Sein wichtigster Geschäftspartner ist die fürstlich Esterházyische Gutsverwaltung in Eisenstadt.

Jenseits des Gürtels erstreckt sich stadtauswärts die obere Währingerstraße, gesäumt von zahlreichen Geschäften, viele von ihnen (geschätzte 50 Prozent) in jüdischem Besitz. Auch in der Schlagergasse gibt es Geschäfte: einen Bäcker, einen Fleischer, drei Lebensmittelhändler, drei Schneider, drei Schuhmacher und einen Glaserer. Kein einziger ist Jude. An den Auslagen der dicht gedrängten Läden vorbei gehen die Söhne von Andor H. täglich in die Schule, die beiden älteren, Ernst und Georg, ins Gymnasium Schopenhauerstraße, Walter in die Hauptschule. Keines der Kinder wird in Österreich Abitur machen. Ernst wandert 1937 mit sechzehn Jahren auf Drängen Andors in die USA aus. Ein Onkel väterlicherseits nimmt ihn zu sich. 1937 ist für Klarsichtige bereits erkennbar, dass Österreichs „Christlicher Ständestaat“ dem aggressiven Expansionsdrang Nazideutschlands auf Dauer nicht widerstehen wird können. Ernst hat das Glück, vom vollzogenen „Anschluss“ in Detroit zu erfahren, wo er eine Uhrmacherlehre begonnen hat. 1945 wird er mit der US-Armee vorübergehend nach Europa zurückkehren und als deutschkundiger Dolmetsch beim Nürnberger Prozess Dienst tun. Zu den Nazigrößen, deren Aussagen Ernst H. fürs Gericht übersetzt, gehört auch Ex-Reichsmarschall Hermann Göring. Wenn sich Göring ohne Beisein von Bewachern mit seinen Mithäftlingen unterhält – gelegentlich wird ihm das zugestanden – sind versteckte Mikrofone eingeschaltet, und Ernst muss die abgehörten Gespräche transkribieren und ins Englische übertragen.

Für Andor H. und seine Söhne Georg und Walter wird der 13. März 1938 in Wien zum Albtraum. Immerhin: der Mob, der überall in der Stadt Juden auf die Straße treibt und sie dem erniedrigenden Ritual der Gehsteigwäsche mit Zahnbürsten und dergleichen unterwirft, lässt die Familie H. in der Schlagergasse ungeschoren. In der Währingerstraße werden hingegen jüdische Läden gestürmt und geplündert. Dem fünfzehnjährigen Walter H. gelingt es, von Hakenkreuzlern unbehelligt mit seiner Fotokamera die Exzesse einzufangen. Die Bilder existieren heute noch. Georg, Andors zweitältester Sohn, ist im Jahr 1938 nicht mehr Gymnasiast. Er absolviert eine Feinmechanikerlehre bei der Medizintechnikfirma Neuhaus & Derflinger. Einer der Eigentümer des Unternehmens, Dr. Heinrich Neuhaus, ist im Hauptberuf Arzt am Wiener Rothschildspital. Die Nazis deportieren ihn nach dem „Anschluss“ mit Frau und Kind nach Theresienstadt, wo alle dem Holocaust entkommen. In der wieder erstandenen Republik Österreich wird Neuhaus' Sohn zu den Gründern der „Vereinigung jüdischer Hochschüler“ gehören und eine enge Freundschaft mit Walter H. pflegen. Georg H. verlässt Neuhaus & Derflinger im Frühjahr 1938, als die Firma nur noch Derflinger heißt. Jüdische Lehrlinge sind unerwünscht. Mitte November, nach der sogenannten „Reichskristallnacht“, gelingt Georg – allein und ohne einen Groschen Geld – die Flucht nach Ungarn. Walter folgt ihm einige Tage später, am 28. November 1938. Andor bleibt allein in der Schlagergasse zurück und wehrt sich verzweifelt gegen wiederholte Versuche der Nachbarn, die Wohnung und sein angrenzendes Büro zu „arisieren“. Der Hinweis auf seine unmittelbar bevorstehende Emigration wirkt Wunder. Man setzt ihn nicht vor die Türe, aber bis Februar 1939, dem Monat der Abreise Andors, werden nach und nach alle Möbel, Teppiche und Bilder von ungebetenen Gästen weggeschleppt.

Ende Februar feiern Vater H. und seine zwei Kinder ein bedrücktes Wiedersehen in Budapest. Von den fünf Geschwistern Andors (dem in Detroit ansässigen sind wir schon begegnet) besitzt einer in der ungarischen Hauptstadt eine Metallwarenfabrik. Dort finden Georg und Walter vorübergehend unbezahlte Beschäftigung. Keiner der beiden spricht zu diesem Zeitpunkt mehr als ein paar Worte Ungarisch. Andor wiederum nützen seine perfekten Sprachkenntnisse und der ungarische Geburtsschein nichts: das Horthyregime sieht in ihm einen unwillkommenen, staatenlosen Juden und steckt den Einundfünfzigjährigen in eine Zwangsarbeiter-Kompanie, aus der er zum Glück relativ bald entlassen wird. Die Familie H. versucht verzweifelt, sich eine bürgerliche Existenz zu schaffen. Vater Andor schreibt schwedische, dänische, tschechoslowakische und deutsche Eisenwarenhersteller an, denen er Vertreterdienste anbietet. Sohn Walter trägt die Briefe, oft sehr spät in der Nacht nach der schweren Arbeit in der Fabrik, zum Postamt. Nach und nach stellen sich Erfolge ein, ein Zimmer der H'schen Wohnung, nahe dem Budapester Heldenplatz in der Szondi utca gelegen, wird zur Handelsagen-

tur umfunktioniert. Mit den deutschen Partnern gibt es allerdings sehr bald Probleme. Andor erhält die Auskunft, dass Provisionszahlungen an jüdische Vertreter von der Reichsbank nicht abgewickelt werden. Die Firma H. engagiert deshalb einen christlichen Strohmann, den Mittelschullehrer Ede Deák-Bardos, der als arischer Partner und Empfänger von Andors Einkünften aus dem Deutschlandgeschäft firmiert. Der Vertrieb schwedischer Werkzeuge in Ungarn, eines von Andors kommerziellen Standbeinen, wird später zum Rettungsanker für ihn und seinen jüngsten Sohn Walter. Ungarische Juden mit verwandtschaftlichen oder geschäftlichen Kontakten zu Schweden – etwa 500 bis 800 Personen – werden 1944 einen „Schutzpass“ des nordischen Königreichs beantragen können und so zumindest die Chance bekommen, der Deportation in die Nazi-Vernichtungslager zu entgehen.

Es zählt zu den Paradoxien der Geschichte, dass Ungarn mit seiner ausgeprägten antisemitischen Tradition ein halbwegs sicherer Hafen für einheimische und zugewanderte Juden bleibt, bis Hitler es am 19. März 1944 besetzen lässt. Eine der Ursachen für die deutsche Invasion ist die nach Auffassung der Machthaber in Berlin „unentschlossene“ Haltung der magyarischen Politiker zur Judenfrage. Reichsverweser Horthy und sein Premier Miklós Kállay wollen die etwa 800.000 Juden, die in Trianon-Ungarn und seinen 1940 mit deutscher diplomatischer Unterstützung annektierten slowakischen und siebenbürgischen Territorien leben, zwar gerne loswerden – aber erst nach dem Krieg, wie sie sagen. Bis dahin konzentriert sich die halbherzig-antijüdische Politik Ungarns auf Schikanen wie die Einführung eines Numerus clausus für Schulen, Hochschulen und bestimmte Berufe. Weiters können Juden jederzeit zum Arbeitsdienst (munkaszolgálat) herangezogen werden. Georg H. wird 1943, mit einundzwanzig Jahren, zur Zwangsarbeit nach Szászrégen (rumänisch: Reghin) im ungarischen Nordostsiebenbürgen abkommandiert. Dort erreicht ihn und seine Kameraden die Nachricht vom deutschen Einmarsch in Budapest. Schlagartig wird die Lage der Juden extrem prekär. Hunderte werden schon in den ersten Tagen nach der Invasion verhaftet und interniert, oder als Arbeitssklaven nach Osten in Marsch gesetzt, der russischen Front entgegen. Walter H. ist einer dieser Arbeitssklaven. Sein Leidensweg führt ihn und seine Kompanie zuerst nach „Oberungarn“, wie die 1940 zurück gewonnenen slowakischen Gebiete im magyarischen Nationalistenjargon heißen, und später in die ostungarische Industriestadt Miskolc, auf die am 2. Juni 1944 die ersten alliierten Bomben fallen. Walters Trupp räumt den Schutt zerstörter Häuser weg, birgt unter Lebensgefahr einige nicht explodierte Fliegergranaten – und schaufelt ein Massengrab für 200 Opfer des Luftangriffs. Nicht einer der Männer, die diese Tätigkeiten verrichten, hat Übung in manueller Arbeit. Das Gros der Kompanie besteht aus Studenten einer Budapester Musikschule. Im August 1944 trifft der Befehl zur Rückkehr in die Hauptstadt ein. Dort sind inzwischen zehntausende Juden

– zwecks Erleichterung ihrer Deportation – in mit gelben Sternen gekennzeichneten Mietskasernen (csillagosházak) zusammengepfercht worden, unter ihnen auch Andor H., Walters Vater. Der Abtransport der Juden aus der ungarischen Provinz in die NS-Vernichtungslager ist bereits in vollem Gang, gebilligt vom neuen Premierminister Döme Sztójay.

Im alliierten und neutralen Ausland verfolgen viele Menschen das Schicksal der Juden Ungarns mit Sorge und Mitgefühl. Zu jenen, die konkrete Taten setzen, gehört die schwedische Industrie- und Finanzdynastie Wallenberg. Ein Spross der Familie, der 1912 geborene Raoul – sein gleichnamiger Vater, Marineoffizier, ist wie Andor H. Jahrgang 1888 – lässt sich mithilfe der Beziehungen des Wallenberg-Clans im Juli 1944 als erster Sekretär der schwedischen Gesandtschaft nach Budapest berufen. Dort gelingt es ihm binnen weniger Wochen, ein höchst effizientes Netz von „Schwedenhäusern“ zu errichten, das zahlreichen gequälten Juden Zuflucht und notdürftige medizinische Betreuung bieten kann. Auch die bereits erwähnten Schutzpässe stellt Wallenberg aus. Theoretisch haben nur jüdische Ungarn, die mit Schweden privat oder geschäftlich verbunden sind, Anspruch auf einen Schutzpass, aber Wallenberg und sein Stab bestimmen eigenmächtig, wer als schwedischer Schützling zu gelten hat – und gehen dabei weit über den offiziell gesteckten Rahmen ihrer Befugnisse hinaus. Im September 1944 besitzen sowohl Andor als auch Walter H. Schwedenpässe. Walter, der nach seiner Ankunft aus Miskolc zunächst in einer Kriegsmaterialfabrik gearbeitet hat, wird dank diesem Dokument in ein „Sonderarbeitslager“ für Ausländer eingewiesen, wo es vergleichsweise harmlos zugeht. Die Nächte verbringt er im schwedischen Schutzhaus Katona József utca 24. Aus Ungarn wird unterdessen kein Jude mehr deportiert. Man munkelt, schwedischer und vatikanischer diplomatischer Druck habe Reichsverweser Miklós Horthy dazu bewogen, Premier Sztójay zu entlassen und die Nazis zum Abbruch ihres Mordprogramms zu bewegen. Doch am 15. Oktober 1944 geht Horthy für Hitler einen entscheidenden Schritt zu weit. Er versucht, sein Land aus dem Krieg an Deutschlands Seite herauszuführen und streckt insgeheim Friedensfühler nach Moskau aus. Was als Befreiungsschlag gedacht ist, endet im Fiasko der völligen Entmachtung Horthys, der unter Hausarrest gestellt wird. Die ganze Macht im ungarischen Staat fällt jetzt, im Spätherbst 1944, an die nazistische Pfeilkreuzlerbewegung des Ferenc Szálasi, eines rabiaten Judenhassers.

Szálasi gibt seinen Einstand mit einer Verordnung, die alle Budapester Juden zwingt, ein rund um die städtische Hauptsynagoge in der Dohány utca errichtetes, umzäuntes Ghetto zu beziehen. Auch das mächtige Tempelgebäude im byzantinisch-maurischen Stil, entworfen von Ludwig von Förster, einem Lehrer Otto Wagners, wird im November 1944 zum Quartier für mehrere tausend Internierte umfunktioniert. Ihre Bewacher haben längs den Wänden große Waschkörbe aufgestellt, in die die Gefangenen alle Wertgegenstän-

de, die sie bei sich tragen, einwerfen müssen: Uhren, Gürtelschnallen, Füllfedern, Ringe, sonstigen Schmuck und Geld. Für die sanitären Bedürfnisse stehen nur drei Toiletten zur Verfügung. Walter H. wird zum Leidtragenden der unbeschreiblichen Zustände in der Dohány-utca-Synagoge. Eine Pfeilkreuzler-Patrouille hat ihn auf der Straße aufgegriffen und den schwedischen Schutzpass ignoriert. Die Judentransporte ins Reich rollen wieder, koordiniert von Adolf Eichmann, der sich ab März 1944 periodisch in Ungarn aufhält, und zwei deutschen „Bevollmächtigten in Judenangelegenheiten“, Edmund Veessenmayer und dem Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF) Otto Winkelmann. Letzterer wird nach Kriegsende drei Jahre in ungarischen Gefängnissen sitzen und als Zeuge in mehreren NS-Prozessen auftreten. Bei Winkelmanns Auslieferung an die Ungarn Ende 1945 wird der US-Offizier Ernst H. dabei sein, Walters ältester Bruder.

Noch ist es aber nicht soweit. Im November 1944 nimmt die Sowjetarmee vorerst einmal Debreczen ein, 220 Kilometer östlich von Budapest gelegen. Der sowjetische Vormarsch erhöht den Druck auf die Mitglieder des „Sonderkommandos Eichmann“, ihr verbrecherisches Werk zu beenden. Der letzte Eisenbahntransport ungarischer Juden nach Auschwitz soll am 28. November 1944 vom Budapester Josefstädter Bahnhof (Józsefvárosi pályaudvar) abgehen. Nachher wird es nur mehr so genannte Todesmärsche, die Deportation auf eigenen Beinen, geben. Walter H. muss sich in die Kolonne einreihen, die von der Hauptsynagoge zum Bahnhof Josefstadt marschiert. Ein erhalten gebliebenes Foto zeigt ihn, ein armseliges Kleiderbündel unter dem Arm, auf dem Weg durch eine platanengesäumte Allee. Im Bilderhintergrund ist vage ein Geschäft mit der Aufschrift „Schuhe“ zu erkennen. Und es gibt noch ein zweites Bild, am selben Tag aufgenommen. Da steht Walter auf dem Bahnsteig, inmitten einer Menschenmenge, die im Begriff ist, Güterwaggons zu besteigen. Ein großer, schlanker Mann in Zivilkleidung wendet sein Gesicht zur Kamera und scheint etwas zu rufen. Es ist Raoul Wallenberg, der mit einem Fotografen herbeigeeilt ist, um die Inhaber von „Schwedepässen“ vor dem sicheren Untergang zu retten. Der Moment, in dem Walter dem Tod sozusagen von der Schaufel springt, ist also auf Zelluloid gebannt, vom einundzwanzigjährigen Tamás (Tom) Veres, der später in New York ein Fotoatelier betreiben wird. Walter wird noch am Abend des 28. November in die Katona József utca zurückgebracht. Bis zum Einzug der siegreichen Roten Armee in den Stadtteil Pest (15. Januar 1945) bleibt er dort unbehelligt. Nur hie und da „verleiht“ man ihn an die Wehrmacht, um Soldaten beim Beladen von Lastautos zur Hand gehen.

Unterdessen ist die Arbeitsdienst-Kompanie von Walters mittlerem Bruder Georg auf der Flucht vor den heranrückenden Sowjets. Ihr Weg von Siebenbürgen nach Westen führt sie südlich an Budapest vorbei in die Umgebung des Plattensees. Dort entschließen sich zwölf Burschen, darunter Georg

H., zu einem tollkühnen Absetzmanöver. Nahe Jásd im Veszprémer Komitat verlassen sie unbemerkt ihre Marschkolonne und finden bei der örtlichen Landbevölkerung Unterschlupf. Doch einer der Bauern meldet der Polizei die Anwesenheit der Flüchtlinge. Georg und vier seiner Kameraden werden gefangen genommen und am 23. März 1945 hingerichtet, weniger als zwei Wochen vor dem Ende aller Kampfhandlungen auf ungarischem Gebiet und sechs Wochen vor der Kapitulation Hitlerdeutschlands.

Die Bilanz von zwei Jahren Krieg und Verfolgung ist für die Familie H. eine Katastrophe. Andor ist zwar dem Holocaust entronnen, doch steht er zum dritten Mal im Leben vor dem kompletten beruflichen Neustart – und das mit siebenundfünfzig Jahren. Eines seiner Kinder hat er verloren, eines trägt die Uniform der Vereinigten Staaten von Amerika, und nur der jüngste Sohn Walter (22) ist in der Lage und willens, dem Vater zu helfen. Zunächst sieht es danach aus, als würde den H's ein gnädiges Schicksal winken. Vater und Sohn bekommen vom Budapester Magistrat eine geräumige Wohnung zugewiesen, das verlassene Büro eines reichsdeutschen Unternehmens. Dort versuchen die beiden, an ihre Geschäftstätigkeit vor 1944 anzuknüpfen. Sie nehmen Verbindung zu früheren Partnerfirmen auf, teils um sie erneut in Ungarn zu vertreten, teils um 1943 und 1944 nicht bezahlte Provisionen einzufordern. Alle Interventionen bleiben erfolglos, wie im Fall des sudetendeutschen Exportunternehmers Wilhelm Dreier, den die Beneš-Dekrete zum Verlassen der Tschechoslowakei und zur Aufgabe seines Betriebs gezwungen haben und der, jetzt in Norddeutschland ansässig, auf seine völlige Mittellosigkeit verweist. Andererseits gelingt Andor die Anbahnung neuer Vertretungsverträge mit skandinavischen und deutschen Firmen.

Mittlerweile vollzieht sich in Ungarn die schleichende Machtübernahme der moskautreuen Kommunisten unter Führung von Mátyás Rákosi, der sich selbst als Stalins besten ungarischen Schüler bezeichnet. Gegen seine politischen Mitbewerber – vor allem die bei den ersten Nachkriegswahlen 1945 turmhoch überlegene Kleinlandwirtpartei, die Bauernpartei und die Sozialdemokraten – setzt Rákosi eine höchst effektive Zermürbungstaktik ein. Alle Gruppierungen links der Mitte nötigt er zum formellen Schulterschluss mit der KP. Die Rechte wird durch Bespitzelung, Denunziation und Polizeiterror gelähmt. Der Umstand, dass sowjetische Besatzungssoldaten im Land sind und das Innenministerium von einem Rákosi-Mann geleitet wird, kommt den Plänen der Kommunisten zugute. Ihr Einfluss auf die Koalitionsregierung der nationalen Einheit reicht bei weitem aus, um zunächst den Großgrundbesitz zu enteignen und anschließend Banken, Bergwerke und Industriebetriebe über hundert Mitarbeiter zu verstaatlichen. Als Amerika Ungarn 1947 in das ERP-Programm einbeziehen will, winkt die magyarische Führung, sekundiert von der UdSSR, ab. Die Reisefreiheit ungarischer Staatsbürger wird eingeschränkt. Wer die Zeichen an der Wand zu lesen versteht, weiß, dass der

Zug in Richtung Linksdiktatur und Planwirtschaft fährt. Auch die H's wissen das und beginnen an Auswanderung zu denken. Andor hat fast die ganze Zwischenkriegszeit in Österreich verbracht und Walter ist in Wien geboren. Es liegt daher nahe, dass beide die österreichische Staatsbürgerschaft beantragen. Das Einbürgerungsverfahren wird sich über fünf lange Jahre hinziehen, und in Budapest muss erst einmal der Widerstand der „Staatschutzbehörde des Innenministeriums“ (AVH) überwunden werden. Andor versucht das, indem er einem hochrangigen Beamten des Innenministeriums namens Gyula Princz, der mit zwei Töchtern und einem Sohn am Deákplatz wohnt, alle zwei Wochen einen Fünfliterkrug Rotwein, Marke Erlauer Stierblut (Egri bikavér) zukommen lässt. Die Bestechung erweist sich als kontraproduktiv. Der trinkfreudige Staatsschützer hat kein Interesse, seinen Weinlieferanten zu verlieren – und lässt die Akte H. unerledigt liegen. Erst als Princz zusammen mit seinem Vorgesetzten, dem Leiter des Staatssicherheitsdienstes Gábor Péter, 1953 verhaftet und beide in einem Schauprozess abgeurteilt werden, erhalten Andor und Walter gleichzeitig die ersuchte Ausreisewilligung. Am 13. März 1954 treffen sie in Wien ein. Andor hat zu diesem Zeitpunkt noch ein knappes Jahr zu leben. Walter hingegen wird heiraten, als Immobilienmakler reüssieren und ein Haus in Wien-Pötzleinsdorf erwerben, wo heute seine Tochter wohnt. Sein Halbbruder Josef, geboren 1935 aus der zweiten Ehe von Ida Schlögl (mit dem slowenischen Studenten, wir erinnern uns), wohnt in Mödling bei Wien. Wenn die Brüder sich treffen, geht es manchmal im Scherz darum, wer denn nun eigentlich mehr Jude sei: Walter mit einem jüdischen Vater und einer christlichen Mutter, die zum Zeitpunkt ihrer Niederkunft Jüdin werden soll, es aber noch nicht ist? Oder Josef mit einem christlichen Vater und derselben Mutter, die jetzt als Jüdin gilt? So pervers das klingt: Im 20. Jahrhundert, dem Jahrhundert der Extreme, konnte die Antwort auf solche Fragen über Leben und Tod entscheiden ...

Dieser Text ist die überarbeitete Niederschrift eines am Samstag, dem 23. Januar 2010 geführten Interviews mit Walter H., das etwa zwei Stunden dauerte. Das Gedächtnis des Befragten, dem ich großen Dank schuldig bin, war in allen angesprochenen Punkten untrüglich exakt. Keines der von ihm erwähnten politischen oder militärischen Ereignisse fand zu einem anderen als dem genannten Zeitpunkt statt, kein Orts- und Personenname erwies sich bei Überprüfung als falsch. Ich habe bewusst auf Fußnoten verzichtet, um die Erzählung flüssig zu halten. Wer lieber etwas über Strukturen als über Personen gelesen hätte, wird vielleicht weniger streng mit mir ins Gericht gehen, wenn ich an ein Wort des großen Franzosen (und Juden) Marc Bloch erinnere: „Der Historiker ist wie ein Kannibale: wo Menschenfleisch ist, wittert er seine Beute.“

**“Aryanization” and Social Change
in the Bohemian Lands, 1938–1945
Acquisition of Jewish Property –
an Instrument of Social Rise for the New Owners¹**

Drahomir Jančík, Eduard Kubů and Jiří Šouša

One attribute of the perverse ideology of National Socialism was anti-Semitism. The Third Reich made it become part of the governmental doctrine. The exclusion of Jews and persons of Jewish origin (hereinafter referred to as “Jews”) from public life and especially from commercial life belonged to the axioms of the Nazi policy. And “Aryanization” became the main instrument of its implementation through everyday activities of the Nazi administrative apparatus. In a broader sense, this involved ensuring the establishment of an “Aryan” economic order, suppression and existential destruction of Jewish population. This meant, in addition to the forced displacement and expulsion beyond the borders of the German Reich, the limitation of the traditional property rights, confiscation and a number of other methods of expropriation of property, especially forced sales of property, as well as cancellation of retirement pensions, termination of contracts of lease, termination and forced sale of insurance policies, payment of special fees and taxes, bans on professional education or on completing such education. Extensive societal consequences were associated with the indicated Nazi “measures”, primarily a broad-range limitation and liquidation of civil and human rights and loss of freedom, social segregation, terror and physical, mental and symbolic harms escalating into spontaneous as well as organised pogroms. From that point, it was only a small step to the construction of ghettos and subsequent deportations to places of mass extermination.

1 The study is based on research of the authors implemented in the frame of the project of the ministry of foreign affairs of Czech Republic RM 01/17/04 “Social and political aspects of the ‘aryanisation’ process in the Bohemian Lands 1938–1945”.

In a narrow sense, the term “Aryanization” referred to the transfer of Jewish property into the hands of “Aryans”. It is true that in March 1939, the Reich’s Ministry of Economy (Reichswirtschaftsministerium) requested that the term “Aryanization” (“Arisierung”) should be replaced by the term “de-Jewification” (“Entjudung”) in the future, but judging by the documents this term did not become widely used in practice.² The effort of the Nazi authorities to veil the principle of the transfer of the property and to highlight the alleged purifying effect of expelling Jews from economy thus failed.³

The persecution of the Jewish population, combined with forcing them from their respective economic positions, started immediately after the Nazis seized power and it was often connected with the persecution of foreigners and foreign capital. The first stage of “Aryanization” had a formally voluntary nature. However, Jews were in fact manipulated towards “Aryanization” through boycotts (avoiding Jewish stores was considered to be a matter of “honour” for the members and supporters of the NSDAP), street violence, foreign exchange measures damaging and precluding trade with foreign countries, termination of governmental contracts, administrative harassment (various inspections, interrogations, protective custodies) and even through criminalisation and arrests. The perpetrators and organisers of discriminatory actions, boycotts and harassments were not only the NSDAP and its sections, governmental and public administration bodies but also professional associations and interest organisations of big and small businessmen and various societies. Hermann Göring generally defined the basic method of “the first

2 See Frank Bajohr, „Arisierung“ als gesellschaftlicher Prozeß. Verhalten, Strategien, und Handlungsspielräume jüdischer Eigentümer und „arischer“ Erwerber, in: „Arisierung“ im Nationalsozialismus. Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis, Fritz Bauer Institut (Hg.), Frankfurt am Main, New York 2000, 15.

3 For a survey on expropriation of Jews in Germany see Stephan Wirtz and Christian Kolbe, Enteignung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland und nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933–1945, Annotierte Bibliographie, hg. v. Fritz-Bauer Institut, Berlin 2000. Czech national literature does not offer as many studies. Some information is presented in the following publications. Miroslav Kárný, „Konečné řešení“ [The Final Solution]. Genocida českých židů v německé protektorátní politice [Genocide of Bohemian Jews in German Protectorate Policy], Prague 1991, 60–68. The Publishing House Sefer / Institute of Terezin Initiative has published some essential studies, e.g. Helena Petrův, Právní postavení židů v Protektorátu Čechy a Morava (1939–1941) [Legal status of the Jews in the Protectorate Bohemia and Moravia (1939–1941)], Prague 2000; Jaroslava Milotová, et al., Jewish Gold and other Precious Metals, Precious Stones and Objects made of such Materials – Situation in the Bohemian Lands in the Years 1939 to 1945. Unlawful Infringement of Property Rights and its Scope; Subsequent Fate of the Jewish Assets Affected by this Infringement. Report by a Team of Experts Created by the Joint Task Force based on Decision No. 773 of the Czech Government of November 25, 1998, Prague 2001.

stage of Aryanization” and recommended the following as an effective method at the meeting of Nazi top officials, held on 12 November 1938, where the “Jewish issue” was discussed and where he proclaimed: “It is necessary to make sure that Jews are voluntarily manoeuvred out of the economy by help of moderate or stronger pressure and by means of suitable manoeuvres.”⁴

In late 1938, the voluntary “Aryanization” was formally replaced by a normatively defined forced “Aryanization”. The implementation of the “Aryanization” process generated significant incomes for the governmental treasury, initially in form of special fees and taxes (fees for issuing documents for emigrants, repeatedly increased tax for emigration, reconciliation tax in 1938, Reich’s “Aryanization” tax, etc.); later on, the Jewish property designated as the property of enemy was forfeited for the benefit of the state as a whole. The “Aryanization” of companies was extending not only the scope of activities of the German’s largest Nazi industrial corporation Hermann Göring-Reichswerke, the industrial corporation of SS, and of the large German banks – let us name at least the two most important ones: Dresdner Bank and Deutsche Bank – but also the groups of large industrial corporations, of medium and small entrepreneurs as well as the members of the middle class in general benefited from this. For them, this was a “historical” opportunity to acquire property on extraordinarily advantageous terms. Purchases took place deep below the real market price, the intangible value of companies known as goodwill and consisting of production secrets, market position, established clientele, etc., was usually not taken into account. The government tried to tax the difference between the artificially lowered purchase price paid to the account of a Jewish owner and the real market price by collecting an “Aryanization” tax, which, however, was set at a low level for the Nazi notables or was not imposed on them at all.

This contribution does not examine “Aryanization” as a phenomenon of injurious expropriation of the property of Jewish legal entities and natural persons or as a part of the history of holocaust, which is beyond the grasp of human reason. It concentrates on the reverse side of the phenomenon of holocaust and examines the collective and individual characteristics of those, who sought to acquire the Jewish property, who bought it for less than the normal price and who used it as a means of improving their financial situation and many of whom even used it as a means of social rise (vertical social

4 „Hier ist dafür Sorge zu tragen, dass die [Juden] freiwillig durch sanften oder stärkeren Druck, durch geschickte Manöver [aus der Wirtschaft] hinausmanövriert werden.“ Stenographische Niederschrift von einem Teil der Besprechung über die Judenfrage unter dem Vorsitz von Reichsmarschall Göring im RLM am 12.11.1938, in: John Mendelsohn and Donald S. Detwiler, (ed.), *The Holocaust. Selected Documents in Eighteen Volumes*, Vol. 3, *The Crystal Night Pogrom*, New York, London 1982, 95.

mobility). Thus, the subject matter of examination is not the “victim”, his or her suffering or loss of property, but it is the counter-pole that benefited from the immense injustice committed by the Nazi regime. In the discourse of the recipients of the “Aryanization benefits”, the Central European historiography has not yet dealt with this subject in its researches, neither in detail nor systematically.

The summary providing information on the current status of research was prepared by Frank Bajohr.⁵ He reminds that most research projects work from a “high-level” perspective and concentrate on the activities performed by the governmental and central authorities and do not sufficiently reflect the activities of the host of regional and local authorities, institutions and particularly individual persons. It is stated that it was a social process, “in which entire groups of the German society had been involved”. These groups were able to combine the ideological intentions of the Nazi leadership with their own financial interests.⁶

The situation in the Bohemian Lands is reflected in the work by Volker Zimmermann. In 1999, he published an essay under the eloquent title “Perpetrators and Onlookers”, in which he accentuates the officials of NSDAP and administrative authorities as the “perpetrators” and the “seemingly uninvolved population” as the “onlookers”.⁷ In his significant monograph, he did not exceed the indicated horizons; he covers the problem of “Aryanization” on mere three pages. He tends to concentrate on the “Aryanization” of large companies; he perceives the “Aryanization” carried out on a small and medium scale as the object of the interest of the local German population (Sudeten Germans) who was given preferential treatment in the acquisition of the Jewish property in comparison with the German population from what was referred to as the “Old Reich” (Germany within the borders prior to March 1938).⁸ The more recent monograph by Jörg Osterloh dealing with the per-

5 Frank Bajohr, Zničení hospodářské existence Židů a vyvlastnění jejich majetku. Bilance výsledků výzkumu a dosud otevřené otázky [Destruction of the Economic Existence of Jews and Expropriation of Their Property. Summary of the Results of the Research and Issues That Are Still Open], in: Terezínské studie a dokumenty 2006 [Terezin Studies and Documents 2006], Jaroslava Milotová and Anna Hájková (ed.), Prague 2006, 276–291.

6 Ibid, 279.

7 Volker Zimmermann, Pachatelé a přihlížející. Pronásledování židů v Sudetské župě [Perpetrators and Onlookers. Persecution of Jews in the Sudeten Region], in: Terezínské studie a dokumenty 1999 [Terezin Studies and Documents 1999], Miroslav Kárný, Eva Lorencová (ed.), Prague 1999, 137–138.

8 Volker Zimmermann, Sudetští Němci v nacistickém státě. Politika a nálada obyvatelstva v Říšské župě Sudety (1938–45) [Sudeten Germans in the Nazi State. The Policy and Sentiments of the Population in the Reich's Sudeten Region (1938–45)], Prague 2001, 176–178.

secution of Jews in the Czech border area after its annexation to the German Reich covers the issues of “Aryanization” systematically indeed. It takes note of the mechanisms of expropriation as well as of the recipients of the individual types of assets. However, the book does not examine these recipients as an interest group and does not categorise them any further.⁹ In the Czech environment, the examination of the recipients of the Jewish property is connected with accreditation of the issues of the Jewish property in a series of projects implemented by a team of economic historians concentrated around the Institute of Economic and Social History of the Faculty of Philosophy at the Charles University in Prague.¹⁰

1. Sources and Methods Used

The study analyses the patterns of behaviour and the actions of the new owners of the “Aryanized” property and puts them into the context with the owners’ social status. It examines whether the new property shifted the “Aryanizer” to higher levels of social hierarchy. A database designed to reflect the “Aryanization” taking place not only in the territory of the Protectorate of Bohemia and Moravia but also in the Reich’s Sudeten region has become the basis of the analysis. The archive collection called “Aryanization”-Files, kept in the National Archive in Prague, has become the basic source of this database. This collection is divided into several parts according to the authors of the written documents. From them, we have selected the two most important and, at the same time, symptomatic parts, which make up a highly representative percentage amounting to 42 per cent of the whole. The first part is the one authored by the Reich Protector Office – the office in Brno, and the second part is the one authored by Rudolf Müller, the Reich Protector’s commissioner for agriculture and food industry. Another source documents the instances of privileged “Aryanization” for the members of SS. This is an

9 Jörg Osterloh, *Nationalsozialistische Judenverfolgung im Reichsgau Sudetenland 1938–1945*, München 2006.

10 Cf. Drahomír Jančík, Eduard Kubů, Jiří Novotný and Jiří Šouša, *Zrůdný monopol. „Hadega“ a její obchod drahými kovy a drahokamy za druhé světové války [Monstrous Monopoly. “Hadega” and Its Trade in Precious Metals and Gems during World War II]*, in: *Terezínské studie a dokumenty 2001 [Terezin Studies and Documents 2001]*, Miroslav Kárný, Jaroslava Mílotová and Eva Lorencová (ed.), Prague 2001, 249–307. A set of studies is presented in: *Banken und „Arisierungen“ in Mitteleuropa während des Nationalsozialismus*, Dieter Ziegler (ed.), Stuttgart 2002. Furthermore, see Drahomír Jančík and Eduard Kubů, *„Arizace“ a arizátoři. Drobný a střední židovský majetek v úvěrech Kreditanstalt der Deutschen (1939–45) [“Aryanization” and Aryanizers. Small and Medium Jewish Property in the Loans of Kreditanstalt der Deutschen (1939–45)]*, Prague 2005.

archive collection kept in the German Bundesarchiv based in Berlin, titled “Persönlicher Stab des Reichsführers SS”, and is a one-of-its-kind complete set of documents concerning the year 1941. The fourth deliberately chosen source consists of the written documents of credit committees in the territory of the Reich’s Sudeten region, found among the archive collection “Deutsche Reichsbank”, which is also kept in the Bundesarchiv in Berlin. The following table provides a statistical description of the database.

Table 1: Source database characteristics

	No. of “Aryanizers”	Percent of physi- cal persons	Percent of corporations
Men	342	87,47	
Women	49	12,53	
Physical persons total	391	100,00	92,87
Corporations	30		7,13
“Aryanizers” total	421		100,00

Statistical subsets	No. of “Aryani- zers”	Among them			
		Men	Women	Physical persons	Corpo- rations
Czechs in Protectorate*	38	26	12	38	0
Food industry in Protec- torate	63	61	1	62	1
Protectorate without food industry and SS-men	270	198	43	241	29
District (Gau) Sudetenland	47	42	5	47	0
SS-men in Protectorate	47	47	0	47	0
“Aryanizers” total	421	342	49	391	30

* It was not allowed for Czechs to “Aryanize” outside the Protectorate.

Properties of the statistical units	Cases of “Aryanization”	Among them cases with more than one “Aryanizer”
Company, firm	360	76
Realty (houses, allotments, lands and the like)	21	4
Cases of “Aryanization” total	381	80

The research had a focus on the “Aryanizers” – the actual individuals; we posed the question what kind of people they were. It sought answers to the questions where they came from, what their social background and financial standing were like, and it examined their political links to the Nazi regime and the social milieu of the Protectorate of Bohemia and Moravia and, consequently, of the Third Reich. Such a concept is new and has not yet been presented in national or foreign literature. The picture of the “Aryanization” process will thus be extended, in addition to the synthetic view of the Nazi repressions and institutional mechanism, to a wider social dimension, going the framework of exterminating Jewish population from the society and reducing the political, economic and cultural elites, and it also reflects on who filled the social-economic vacuum created by this extermination.

In order to achieve the goals set, i.e. to prepare a synthesising treatise on the “Aryanization” as a social phenomenon and on “Aryanizers” as those who were carrying out this process in the last stages and were personally profiting from it, the authors chose the “classical” working methods of economic history. The preparation of cross-section analyses is based primarily on statistics and the method of a probe with a specific focus. The missing data and links in the chains of events were substituted by analogies, induction and deduction. Our intention was not to provide as detailed descriptions as possible of an almost endless series of individual stories of the persecuted persons. The specific cases, stories, fates and “Aryanization” actions are used mainly to show how Nazis worked in practice in the Protectorate with the expropriation mechanism and to show the behaviour of people who were able to take advantage of this mechanism for the sake of their economic and usually related social advancement.

The study methodically uses the model of social structure constructed by Drahomír Jančík and Eduard Kubů in the treatise titled “Aryanization”, describing the “Aryanizers” and “Aryanization” credits¹¹ according to a sample of the clients of the Kreditanstalt der Deutschen as a specific nationalist German financial institution. Their model of social structure respected the principles of the Nazi administration (classification of property and its classes) as well as the social differentiation reflected by the society itself.

The individual cases are used to define the typology of certain stereotypes of behaviour and actions and to construct collective characteristics and biographies based on shared stereotypes of behaviour and actions. The “Aryanization” activities of the nationalist German parties quite logically raise the question about the “Aryanization” involvement of nationalist Czech parties,

11 Drahomír Jančík and Eduard Kubů, “Arizace”, arizátoři a arizační úvěry [“Aryanization”, Aryanisers and Aryanisation Credits], Praha 2005.

whether collective or individual ones (analogy to the “Aryanization” activities of the domestic non-German residents in the occupied countries of Western Europe). However, this very question is associated with a specific aspect of Bohemian Lands because the nationalist Czech elements were only able to reach the “Aryanization” of Jewish property to a very limited extent. They were excluded from what is referred to as “large-scale Aryanization” in principle. This has been actually unknown due to the fact that the topic of “Aryanization” and its relation to Czech collaboration with the Nazis has so far been little investigated. The goals of our contribution are concluded with examining the participation of Czechs in the alienation of Jewish property and with putting this participation in a wider context by comparing it with the “Aryanization” carried out by nationalist German parties.

Table 2: Scheme of Social Status

Upper class	Major capitalists	Owners of firms with a turnover of more than three million crowns or employing more than a hundred employees, major landowners (100 hectares of land or more).
	Capitalists	Owners of firms with a turnover between one and three million crowns or employing 11–100 employees, landowners with 25–100 hectares of land.
	Management and state bureaucracy	Senior management of public corporate companies (commercial joint-stock banks, industrial and commercial joint-stock companies, senior representatives of legislative, executive and judiciary).
Middle Class	Upper strata	a) Independent – academically educated in free professions (doctors, veterinarians, pharmacists, advocates, public notaries), farmers (16–25 ha of land), rentiers. b) Dependent – academically educated and employed in higher institutionally defined positions (upper bureaucracy, engineers, economists, university teachers etc.).
	Middle strata	c) Independent – tradesmen and small businessman (owners of shops, pubs, small producers etc.), medium sized farmers (between 9 and 15 ha of land). d) Dependent – officials and employees of government and public administration (policemen, soldiers, gendarmes, teachers, postal workers, railway workers), foremen and workers masters.
	Lower strata	Dependent artisans and skilled workers, shop assistants, small farmers (with 2–8 ha of land).
Lower class (poor)		Day labourers, seasonal workers, owners of small farmsteads (up to 2 ha and so not providing a living), farm labourers, house-to-house service providers, unemployed, beggars.
Unclear social status		Widows, housewives, apprentices, students.

2. Typology of the Patterns of Behaviour and Actions

First, it needs to be said who was able to “Aryanize” according to the Nazi regulations. The regulations of the German Reich applicable to the Reich’s Sudeten Region demanded that only an “Aryan” of German nationality and citizenship was able to “Aryanize”. The situation in the Protectorate of Bohemia and Moravia was specific. There, the regulations issued by the Reich’s Protector regarded Germans as the primary “Aryanizers” and Czechs were permitted to “Aryanize” only under specific conditions: if it was a case of small property in a purely Czech territory where there was no German interested party and if the Czech demonstrated evident loyalty to the German Reich.¹²

The aggregate of individual “Aryanizers” can be structured into four basic typology groups with respect to the specifics of the “Aryanization” process in the Bohemian Lands. The main criterion of the typology is the relation to the Nazi regime and the movement in the public space dominated by Nazis because it is exactly this relation, which primarily limits or increases the “Aryanization” potential of individual protagonists. The first group, preferred by the German administration, consists of the “old fighters” or “meritorious Sudeten-German pioneers of the National Socialism” who manifested significant personal involvement in the National Socialist movement still before its victory in Germany in January 1933, during the times when the activities of the Nazi party were banned in Austria or in pre-Munich Czechoslovakia.

The Germans from the Reich had a foremost position among the “old fighters” in the Protectorate of Bohemia and Moravia, especially those who were like Erich Larché. His life was turbulent. He was born in a German family in Tiflis (Tbilisi) where his father had a wholesale company engaged in the import and export of seeds. When the World War I broke out, he lost his property as a citizen of the German Empire and was detained; however, he succeeded in escaping with his son from Russia to Germany. Larché’s family had anti-Semitic sentiments; after all, he himself was expelled from a technical secondary school for anti-Semitic invectives against a classmate. During his adolescence, the political struggles in post-war Germany and the perceived national humiliation resulting from the defeat in the war and the Versailles Peace Treaty forced upon Germany made a strong impression on him. He was one of the “old boys” of the NSDAP, although he had become its

12 „Abgesehen von wenigen Einzelfällen, in denen kleinere Geschäfte in rein tschechischen Gegenden, die für das Deutschtum ohne Interesse sind, an Tschechen veräußert wurden, werden für die Entjudung nur deutsche Bewerber zugelassen“. Moravský zemský archiv Brno, fond B 251, kart. 2, sl. 41, fol. 156 [Moravian Regional Archive Brno, Section B 251, Filing Cabinet 2, File 41, Foil 156], Verwaltungsbericht für Monat Oktober 1941, 13. 11. 1941 (Dr. Fuchs).

member as late as in March 1925. At that time, he already had had experience with street clashes as a member of the SA, and he especially gained experience of this kind during his active participation in the attempt of a Nazi coup in Munich in 1923. He linked his hope for improvement of his social position to the Nazi party. For six years, he struggled along being unemployed, allegedly because of his support of National Socialism. When the SS forces were being formed, he was among their first members. For his “loyalty to the party”, he was appointed the head of one department within the apparatus of the party’s Reich leadership in Munich in 1932.

Larché’s activities in the structures of the NSDAP brought him numerous honours such as the “Blood Order” or the “Golden Badge” of the NSDAP. In summer 1940 he became a member of the personal staff of Heinrich Himmler, the Reich’s head of the SS.¹³ In the Protectorate of Bohemia and Moravia, his friends sought out a large textile company for “Aryanization” for him – the *Červenokostecká přádelna a tkalcovna* (Spinning and Weaving Factory in Červený Kostelec – Roth-Kosteletz). Rudolf Stier, the head of the “Aryanization Department” at the Reich Protector Office did not favour him but the weight of Larché’s contacts reaching to Hermann Göring and even to Adolf Hitler himself eventually prevailed.¹⁴ Larché alone would not have had funds for the “Aryanization” of such a large enterprise but with a wealthy partner and a bank credit, he was able to accept the purchase price, set by the Reich Protector Office at 47,495,100 K. Consequently, the *Červenokostecká přádelna a tkalcovna* joint-stock company, was transformed through “Aryanization” into a limited partnership called Erich Larché & Co., Roth-Kosteletz.¹⁵ Larché did not have any expert knowledge, no managerial, economic or technical expertise, nevertheless he confidently wrote the following in the personal questionnaire: “After being released from the service at the SS after the war, I intend to take the position of a leader in this company”.¹⁶ Erich Larché is a type of “Ary-anizer” who was acquiring tangible property through his position gained in the power structures of the Nazi Third Reich (and the related social prestige, etc., that is, through symbolic capital), even by way of “Aryanization”.

13 Archives of Ministry of Interior Prague (further only AMI), card index of NSDAP – Erich Larché, Bundesarchiv Berlin (further only BA Berlin), fund NS 19 (Persönlicher Stab Reichsführer SS), Mikrofiche No. 587, Bl. 25, Osobní dotazník Ericha Larchého.

14 Administrative Archive of Ministry of Finance of the Czech Republic Prague, depository Böhmsche Union-Bank, fasc. 963, Notiz über eine heutige Rücksprache mit Herrn Kutzner in Angelegenheit Rothkosteletz vom 17. 2. 1941 (Krebs).

15 National Archives Prague (further only NAP), fund Aryanisation files (further only AF), kart. 627 a 628, N. 52.

16 BA Berlin, fund NS 19, Mikrofiche No. 587, Bl. 25, Personal questionnaire of Erich Larché.

The second type from the same group of “Aryanizers”, the “old fighters”, was represented by an entrepreneur or rather a big entrepreneur, who had a substantial economic capital available but who sought to increase this capital through political engagement and political merits, whereby he was building a respectable position in the National Socialist environment (thereby increasing his symbolic capital). Paul Sauer, an owner of a wholesale company dealing in fabrics in Stuttgart, was this type of “Aryanizer”.

Paul Sauer became a member of the NSDAP as early as in October 1929 and joined the SS in January 1931. He was one of the prominent propagandists of his party district because, as he claimed himself, he gave speeches at approximately 1,250 public meetings in the course of twelve years. He was also member of numerous supervisory boards in joint-stock companies and other companies, whether as a representative of the city of Stuttgart or the NSDAP; he was also represented in the statutory bodies of commercial and economic chambers. He undoubtedly belonged to the regional economic elite of the German Reich that was respected even in the Protectorate. After all, it appears that the smooth “Aryanization” of Brill und Schwarz, Neuhaus, a Jewish company, by Paul Sauer, an SS Obersturmführer, confirms this.¹⁷

The “Aryanizers” who can be put into the category of a “German Sudeten pioneer of National Socialism” were individuals who were actively involved in the German nationalist movement still in the times of the existence of inter-war Czechoslovakia. Nationalism in an extreme form was characteristic of them and in line with this attitude they were sharply opposed to the democratic Czechoslovak Republic and its institutions and leaders. In the name of their “belief” in the mission of the German nation and, later on, in the Germany of Adolf Hitler, they were willing to forget about their loyalty as citizens without hesitation and were trying to obtain intelligence of military, political and economic nature and to perform other subversive activities for the benefit of the Nazis.¹⁸

These “Aryanizers” were members of the NSDAP, formerly SdP¹⁹, and the older ones of them were members or supporters of the DNSAP, the DNP and often even of the traditional nationalist anti-Semitic German Sudeten athletics and gymnastics movement (Deutscher Turnverein). They came from

17 BA Berlin, fund NS 19, Mikrofiche No. 587, Bl. 34, Statement of Paul Sauer 28. 2. 1942.

18 Jančík and Kubů, “Arizace”, 118.

19 SdP – Sudetendeutsche Partei. A German political party in Czechoslovakia of the nationalist type as the successor organisation of Sudetendeutsche Heimatfront (SHF), which concentrated in it the members of Deutsche Nationalpartei (DNP) and Deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP) was closed for their irredentist activities in 1933. During the second half of the 1930s, SdP became a local branch of Hitler’s NSDAP in the Czechoslovak Republic.

various social strata, mainly from the middle class, but also from pauperised groups, who clearly blamed the Czechoslovak government and Czechs in general for their “misfortune”, often resulting from the impact of the big economic crisis on the German population in the border areas of CSR. However, some businessmen who never put up with the formation and existence of the Czechoslovak Republic also associated the achievement of their ambitions and their social and power-related rise with National Socialism. The German nationalist ideas also lured the dissatisfied or radically nationalistic oriented part of German intelligentsia and students to join the DNSAP, the DNP, the German Sudeten Patriotic Front (Sudetendeutsche Heimatsfront) and the German Sudeten Party (Sudetendeutsche Partei – SdP).²⁰ Some members of the SdP were incarcerated during the attempt of an anti-Czechoslovakian coup in September 1938, which served them as evidence of their “loyalty to National Socialism” in connection with “Aryanization”. A group of “Aryanizers” who had significant “Aryanization” ambitions but only modest wealth that could be used to buy Jewish property or at least to collateralise the necessary “Aryanization” credit also legitimized their claims to Jewish companies by pointing out their previous anti-Czechoslovakian activities.²¹

Hans Paul Sperk was a remarkable and, in a way, characteristic individual involved in “Aryanization” activities within this group. Among the “pioneers of National Socialism”, Sperk represented almost a prototype of a fanatic Nazi, who had found his *raison d’être* in the National Socialist movement and an icon in Hitler. He was involved in the extreme right-wing German political spectrum already during the anti-Czechoslovak riots in March 1919 in the town of Kadaň (Kaaßen) in North Bohemia. Then he emerged as a member of the *Freikorps*²² in Upper Silesia where he got involved in the clashes between Polish and German inhabitants. After his return to the CSR and his conflict with the authorities because of his “rejection” of military service and imprisonment, he found a job as a municipal gendarme in Žatec (Saatz). However, as a result of his seditious activities and attitudes, he was dismissed from this job after some time. Then he established contact with German intelligence officers in Dresden and became their informant. His activities were exposed and he was sentenced to many years in prison for espionage for the benefit of the Third Reich; however, he only served a part of this sentence. The prison gates were opened for him by the amnesty declared in October 1938. Sperk then became a celebrated “hero” of the anti-Czechoslovak resistance of Sudeten Germans. Adolf Hitler personally gave him a medal and Heinrich Himmler made him an SS member.

20 Jančík and Kubů, “Arizace”, 119.

21 *Ibidem*, 120 – 121.

22 *Freikorps* – paramilitary armed German nationalist organisations, which were in September 1938 performing irredentist activities in the territory of Czechoslovakia.

Sperk's career was transferred to NSDAP where it culminated by his being appointed to the position of a district economic consultant. From this post, he chose a Jewish company in Plzeň (Pilsen), whose turnover exceeded three millions Crowns in 1940 and whose profit amounted to 420,000 K after "Aryanization". The "Aryanization" was carried out in spite of the fact that Sperek did not have enough funds for it and had to resort to an "Aryanization" credit.²³

Without doubt there were many fanatic supporters of National Socialism. We can include, for example, Johann Walter Engelmann among them. Engelmann originally carried on the business of a wheelwright in Jihlava (Iglau) and then tried to manufacture skis with little success and afterwards took a job of a foreman in a wood-processing plant. He probably became a member of the SdP in the first half of the year 1938 under the influence of its radicalisation, which was in direct proportion to the increase of aggressiveness of the Third Reich to Central Europe. In the local branch of the SdP in Jihlava, he assumed the position of a Standesvertreter. In connection with the massive campaign of the SdP before the general elections and just one day after the declaration of partial mobilisation, Engelmann joined the Freikorps where he was active until the occupation of the Bohemian Lands in March 1939.²⁴ After the Protectorate had come into being, he stepped up his engagement. He became a member of the Volkssturm, the Allgemeine SS and a promoter of Nazism in the district of Telč (Teltsch).²⁵ For his "merits", he was rewarded by being appointed a Treuhänder in a company called Offenböck. The importance of his position in the place of his residence, Třešť (Triesch), was growing, especially since he was able to rely on his influential brother Dr. Leo Engelmann, who was a governmental commissioner and the chairman of the Jihlava Regional Committee.²⁶ All this made Engelmann a useful ally in the "Aryanization" plans of Franz Mühlhansel, the district secretary of NSDAP in Jihlava. Mühlhansel intended to "Aryanize" a Jewish company called Ing. B. & W. Meissner, Holzwarenfabrik und Dampfsäge in Triesch and Engelmann was the right man for him because, among other reasons, he was the only one from Mühlhansel's three-member „Aryanization" group who had the management knowledge and the production expertise.²⁷

After the "Aryanization" of the Meissner company had also been approved by the Reich Protector and Engelmann became its co-owner, the social status of Engelmann significantly changed. The former wheelwright became a big capitalist who was managing the plant with nearly two hundred

23 Jančík and Kubů, "Arizace", 123–124.

24 NAP, fund 316 (Czechoslovak Commission for Prosecution of War Criminals), sign. 193–12, fol. 3.

25 Ibidem.

26 Jančík and Kubů: "Arizace", 213.

27 Ibidem, 126–127.

employees on his own since 1943 when Mühlhansel was drafted to the army. He was forcing his employees to increase their performance and extended their working hours up to 52 hours per week. He threatened them that he could close the plant at any time and that he had the power to send them to places “from which there is no return”.²⁸

He owed his advancement, both socially and financially, to National Socialism and therefore made himself fully available to the party to serve it. In 1943, he became the local head of the NSDAP in Třešť (Ortsgruppenleiter der NSDAP). His enemy was anyone whom he sensed to be an opponent of the existing regime because such a person was a threat to the position he had gained. Perhaps that was one of the reasons why he became a collaborator of the Gestapo and the SD; he was especially dangerous for the Czech population.²⁹

At the very end of war, Engelmann's world collapsed; in May 1945, he responded vindictively and contributed to the executions of several dozens of Czech residents in Třešť. When an armed uprising took place in Třešť and a Revolutionary National Committee was set up, the local Nazis, including Engelmann, were concentrated in the prison of the district court, from which they were freed by an SS unit on 7 May. In order to ensure unhindered march through the town, this unit captured approximately seventy persons of Czech nationality as hostages. Engelmann, together with other local Nazis, participated in the selection of those persons, who were then executed in the prison courtyard before the eyes of the other hostages. 33 persons were killed in this way. Engelmann personally did not participate in these executions but his co-responsibility was indisputable.³⁰ After all, it was proved during his trial before the Special People's Court in Jihlava after he had been extradited as a war criminal to Czechoslovak authorities from the American occupation zone of Germany. In September 1946, Engelmann was sentenced to death by hanging.³¹

Karl Friedrich Jeitschko was another “German Sudeten pioneer of National Socialism”³², who held the position of a vice-chairman of the local group of an association called Deutscher Kulturverband in Prague in the mid-1930s. He worked as a teacher of this association and was touring the border towns and

28 AMI, fund Political Intelligence of Ministry of Interior, Vol. 13 712, fol. 37; NAP, fund 316, sign. 193–12, fol. 3; *ibidem*, sign. 193–12, fol. 5.

29 AMI, card index NSDAP Johann Walter Engelmann; NAP, fund 316, sign. 144–3, fol. 36–44.

30 NAP, fund 316, sign. 193–123, fol. 7.

31 AMI, card index of NSDAP – Johann Walter Engelmann.

32 Monika Sedláková, *Kolektivní biografické portréty (potravinářský průmysl)* [Collective biographical portraits – food industry], in: *Společenské a politické aspekty arizačního procesu v českých zemích v letech 1938–1945* [Social and political aspects of the „aryanisation“ process in the Bohemian Lands in the years 1938–1945], Prague 2006, 201.

municipalities in the pre-Munich Czechoslovakia with his lectures and campaigning presentations. His lectures were also monitored by Czechoslovak security forces.³³ Jeitschko, whose town of origin was Znojmo (Znaim) and who lived in Jihlava later on, was a member of the Deutscher Turnverein association, among other organisations; he was active in the German Sudeten Freikorps; he was also a member of the German Sudeten Party and, since November 1938, he was a member of the NSDAP. After the village of Lidice had been burned down, he participated as the regional head of the NS-Volkswohlfahrt organisation in Prague, in the actions connected with the detention of pregnant women and infants from Lidice and their subsequent transport to concentration camps.³⁴ At that time, he was already the new co-owner of the Rudolf Stern company engaged in production of fine liqueurs in Prague X, which he “Aryanized” together with Hans Sieber, a German from the Reich.³⁵ When the company was still managed by Josef Wildner, a Treuhänder, the company succeeded in taking over the mandatory deliveries of the Jewish liqueur producing plants in the surroundings, which were being liquidated; and wine wholesale was also assigned to the company. With the label “deutsche Aufbaufirma” in the production of liqueurs, the company reached the top level in this industry, which was associated with a number of various kinds of preferential treatment.³⁶

The second category of “Aryanizers” consisted of the employees of the occupation administration of the Protectorate of Bohemia and Moravia, the administration of the Reich Region of Sudeten or other Nazi organisations and economic institutions involved in the “Aryanization” process, who, in a number of cases, took advantage of their professional positions to acquire Jewish property. Their clear advantage was their possession of the information important in the “Aryanization” process, their possibility to influence its mechanism, to effectively intervene and to make use of contacts and relations, including the reciprocity of mutual “favours”. This second group of “Aryanizers” thus put their service positions and the possibilities based on such positions “on the scales”, and this gave them a very special advantage in comparison with other persons interested in this. The “Aryanization” effectiveness and success rate and the profitability of the “Aryanized” companies, whether directly in the Reich Region of Sudeten or in the Protectorate, the potential for getting advantageous credits and the speed and smoothness of the “transfer” of property, etc., also corresponded to this fact.³⁷

33 NAP, fund Presidium of the Land Political Office, sign. 207–1305/5, fol. 4, 7, 103 a 207–1305/6, fol. 56, 188, 193–195.

34 AMI, sign. 325–75/1, fol. 109–116.

35 NAP, fund. AF, cart. 47, no. 470.

36 AMI, sign. 325–75/1, fol. 109–116 a sign. 305–363/4, fol. 73–82.

37 Jančík and Kubů, “Arizace”, 125.

For example, the “Aryanizer” Hugo Lorenz was part of the partisan apparatus of the NSDAP. He graduated from a two-year business school and then he worked in the administration of the nationalist sports organisation *Deutscher Turnverein* for fifteen years. After the Munich Agreement, he became the regional financial administrator of the *Hitlerjugend* in the town of Liberec (Reichenberg) and Henlein put him in charge of his partisan office of a *Gauleiter*. Lorenz logically had “full political trust” but he lacked entrepreneurial experience. In order to eliminate this handicap, he found Max Löw as a partner and they incorporated the public company *Hugo Lorenz et Co.*, Košťany, in March 1940, for the purpose of “Aryanization”. This company received an “Aryanization” credit amounting to 100,000 RM with 85 per cent collateralisation by the Reich.³⁸

However, for their “Aryanization” activities, the Sudeten Germans also took advantage of their positions in the Reich-level offices in Berlin where some of them successfully gained jobs. It is possible to state that there was a direct relation between the significance of a position held and the success of “Aryanization”, even in the cases of lower-level officials of economic institutions. The Reich Office for Leather Management (*Reichsstelle für Lederbewirtschaftung*) was one of such institutions. Karl Patsch, an official working there, who had to shut down his leather-processing plant in Lanškroun (Landskron) during the big economic crisis, was living off rents and worked for other leather-processing companies. After the Munich events and after the formation of the Reich Region of Sudeten, he became an official in Berlin. Thus, he received a credit without any major problems, even for shipments of raw materials and products, and consequently was able to resume production in his plant in Lanškroun. In the environment of a directed economy, this plant was making profit for him. With the new opportunities that opened before Patsch, his “old” plant became too small for him and therefore he decided to “Aryanize” a big Jewish leather-processing company in Ústí nad Orlicí (*Wildenschwert*) for a credit, which was approved for him without any difficulties. His position in Berlin, due to the related connections, was so advantageous for him that he tried to retain it even after “Aryanization”, which elevated Patsch among the ranks of the independent higher middle class.³⁹

Those “Aryanizers”, who came from the Third Reich and were educated during their adolescence in accordance with the Nationalist Socialist model, behaved with extraordinary brutality in the Czech environment. Klaus Winkler was one of such individuals. He dropped out of a technical grammar school as early as in the second form; his strong affiliation with National Socialism de-

38 BA Berlin, fund R 2301 (*Rechnungshof des Deutschen Reiches*), Bd. 6530, Bl. 212–218, 35. Kreditausschussitzung am 4. 7. 1940.

39 Jančík and Kubů, “Arizace”, 133.

formed the system of his values; he was influenced by the experience of street violence he gained in the ranks of the SA and the Hitlerjugend; he was certainly dazzled by the prospect of his own career when he became a member of the Leibstandarte SS-Adolf Hitler at the age of eighteen years. He had to leave this force for health reasons in 1936 but he was already a member of NSDAP at that time and was given an opportunity to work in another powerful body – the Gestapo.⁴⁰ After the occupation of the Bohemian Lands, he was assigned to the newly established Gestapo head office in Prague. According to post-war testimonies, Winkler “perpetrated beastly actions against Czechoslovak citizens arrested for resistance activities”. During investigations, he resorted to torture, which resulted in death in a number of cases. He participated in the arrests and interrogations of many resistance leaders; one of them was, for example, the lieutenant colonel Josef Balabán, one of the representatives of the Defence of the Nation organisation. After the war, Winkler was put on the list of war criminals.⁴¹

In spite of all his official zeal, Winkler was not forgetting about personal benefits. He “Aryanized” the Prague-based goldsmith shop of Emil Jäger situated in a prime locality in the centre of the city – in the street Na Příkopě. It is certainly a peculiar fact that Jäger’s German wife divorced him and started to live with Winkler for whom she managed the shop. Winkler was mediating advantageous purchases of jewels for her, which the Gestapo confiscated from “persons who were enemies of the Reich”, that is from persons who migrated to “foreign enemy countries”, from persons of Jewish origin or from persons who “breached the laws” in the opinion of the German occupation authorities. Both fled shortly before 5 May 1945, not forgetting – as one of Winkler’s associates stated in his post-war testimony – “to load their belongings, including the stolen possessions, on a truck”.⁴²

“New activists” formed a special type of “Aryanizers”. They did not belong to the “old fighters” or the “German Sudeten pioneers of Nationalist Socialism” and did not hold any positions in the occupation administration of the Protectorate or in the governmental or partisan apparatus of the Third Reich. However, the more vigorously they were manifesting their loyalty and commitment to the regime, ranging from their membership in the NSDAP and its related organisations to successfully discharging the office of a *Treuhänder*. Their aggressive approach to building the “new” Germany helped them to “legitimize Aryanizations”. It is symptomatic that a number of them joined the Nazi party only “after the victory”. (In Germany, the

40 BA Berlin, fund NS 19, Mikrofiche No. 587, Bl. 45, Personal report of Klaus Winkler.

41 AMI Prague, sign. 305–188–7, fol. 70, 82; *ibidem*, sign. 305–405–5, fol. 17–24.

42 AMI Prague, sign. 52–1–395, fol. 28; *ibidem*, sign. 52–405–5, fol. 17.

“old fighters” used to call them “March violets”.) Like an act of compensation they then showed the more fervent activity and pro-regime adoration. Remarkable career starts were characteristic of the managers of large companies, for whom “Aryanization” was an opportunity to join the class of entrepreneurs, plant owners who saw “Aryanizations” as an opportunity to expand their business, a relatively variable group of Treuhänder, etc.⁴³

Within the sample of “Aryanizers” from the Reich Region of Sudeten, the “new activists” represent the second most numerous set. Carl Scheid, an owner of a wholesale company dealing in technical goods, was, for example, among those entrepreneurs, who were trying to expand their operations through “Aryanization” and their pro-regime involvement in the NSDAP helped them in this. Scheid was trying to “Aryanize” a plant producing wire ropes, which was the type of product with which he had already had experience. Bruno Posselt, an owner of a glass production company, took a credit to “Aryanize” glass-works with a grinding mill, whose annual profit exceeded one million Protectorate Crowns. It comes as no surprise that adoration of the Nazi regime was strong in such cases.

In addition to the managers, who were active along the lines of the National Socialist ideology and who desired to become independent, and the active entrepreneurs, who were jealously expanding their operations to include additional territories and industries, there was also a mass of persons from the middle and sometimes even the lower strata of German society, who appeared indifferent at first sight and who belonged to the dependent employees. These people saw “Aryanization” of small and medium Jewish companies as an opportunity to achieve financial independence and to enter the higher social strata of businessmen. Their career often started with the position of a Treuhänder. Subsequently, these persons sought to “Aryanize” the managed property,⁴⁴ although the administrative bodies of the Third Reich, if it was an identical business, tried to prevent such a “symbiosis”. The “Aryanizers” from this category had often worked in the enterprise concerned in a subaltern position; less frequently, we can also find sole entrepreneurs or craftsmen among them. Their social background was usually the middle class. They were fairly often members of the NSDAP and in many cases they were also members of other organisations such as the SA, the SS or the NSKK.

Johann Gizycki, the chief accountant of *Vítkovické horní a hutní těžířstvo* (Mining and Metallurgical Works in Vítkovice – Witkowitz) with an annual salary of around 100,000 K, who also owned a house with a garden in Opava worth 155,400 Crowns, ranked among the typical “Aryanizers” from the group

43 Jančík and Kubů, “Arizace”, 135.

44 Ibidem, 136.

of “new activists”. Gizycki was a member of the NSDAP and was respectable in terms of “politics and character” from the point of view of German authorities. All local governmental and partisan institutions sought to “Aryanize” a company called M. Altschul, which he intended to gain. In addition to Gizycki, there were also Josef Augustin and Robert Juranek, a member of the NSDAP and a soldier on the western front at that time, who participated in the “transfer” of this Jewish property, which was carried out on the basis of a credit.⁴⁵

A special group of “Aryanizers” can be sociologically labelled as the “grey zone”. The adjective “grey” indicates their colourlessness, inconspicuousness, with which they moved around the public space. They were persons who were doing business, who were sole traders, who performed their civil professions and struggled with the “nice things as well as troubles” of everyday life etc. In German society where discipline and obedience were recognised values, they adapted to the conditions of the Nazi regime without any problems. In addition to that, the Reich Region of Sudeten was overcome with euphoria over the annexation to the “old empire”. The individuals belonging to the “grey zone” did not work in top governmental or commercial positions but they more or less came to get along with Nazis and willingly benefited from the advantages and opportunities that were offered to them. The absence of information on their merits concerning the Nazi movement or political engagement in their applications for “Aryanization” of Jewish industrial and commercial companies, small businesses or immovable properties was characteristic of these persons. Nevertheless, they accepted the official “governmental” anti-Semitism and the related principle of “de-Jewification” and subsequent “Aryanization” of Jewish property with understanding and agreement.

The representatives of middle strata, employees or small businessmen, were the typical protagonists of the “grey zone” of “Aryanizers”. The spectrum of their professions was broad. Their efforts to “Aryanize” Jewish property were motivated by various personal interests with a clear tendency of going after material gains. Some of them saw “Aryanization” as an opportunity to expand their activities in the given industry, to ensure a “self-dependent livelihood”, to gain “social security” and not to be dependent only on earnings from employment. The soldiers from the armed forces of the German Reich formed a special sub-group, who considered their assignment in the front where they fought for their “homeland and leader” to be worthy of reward, although they often received the support and assistance of their relatives who had the experience of Treuhänder or who were directly “Aryanizers”.

45 BA Berlin, fund R 2301, Bd. 6528, Bl. 252–258, 30. Kreditausschussitzung am 14. 3. 1940.

“Aryanizers” whom we can include in the “grey zone” are undoubtedly the largest group. The sources are mostly silent about their commitment to the regime nevertheless there could be no doubt about their tolerance or, more likely, their positive attitude to National Socialism in the times of dazzling German victories. The statements of district economic consultants of the NSDAP about the professional and political qualifications of the candidates for “Aryanization” also confirm this fact.

Among individual cases, we can remind Josef Bäuml. Bäuml was originally employed at the company of Karl Bondy in Sokolov (Falkenau) as a senior clerk from 1907 to 1934. After the company was taken over by Stefanie Bondy, he was dismissed and retired. The regional economic consultant did not have any political or character-related objections against him. His reputation was really good. It was emphasised that with the many-year managerial experience he had all the qualifications to manage the “Aryanized” enterprise. The financial standing of Josef Bäuml was symptomatic of the middle class. He did not have enough capital to buy the Jewish company and therefore applied for a credit of 42,000 RM with 85 per cent collateralisation by the Reich. It was also taken into account that the economic prospects of liqueur production in Sokolov were very good because of a higher number of possible consumers in the region.⁴⁶

Wilhelm Kriglstein was also a “new activist”.⁴⁷ His studies at a public grammar school in Český Krumlov (Krumau) were interrupted by World War I. After the war, he completed the GCE examination and continued his studies at the Teacher Institute in České Budějovice. After working as a teacher at national schools in the region of Jindřichův Hradec for a year, he also completed a course for educating teachers at tertiary business schools at the Technical University in Prague. From 1926 to 1939, he worked as a professor at the German Business Academy in Prague and, starting from 1930, he was also a lecturer for business and entrepreneurial science at the German Charles University in Prague.⁴⁸

Kriglstein started a new life by applying for the position of a Treuhänder in November 1939. He documented his commitment to the regime by his membership of the SdP, the NSDAP and German nationalist organisations and associations (Bund der Deutschen, Deutscher Kulturverband, NS-Kraftfahrerkorps).⁴⁹ At that time, he acquired German citizenship.⁵⁰

46 BA Berlin, fund R 2301, Bd. 6528, Bl. 547–551, 24. Kreditausschussitzung am 2. 11. 1939.

47 Monika Sedláková, *Kolektivní biografické portréty*, 206.

48 NAP, fund Reich Protector, sign. 114–184/3, p. 3–4, sign. 114–209/8, p. 90.

49 Ibidem.

50 NAP, fund German citizenship, box 394.

His efforts to enrich himself were not futile. In February 1940, on recommendation by the regional economic consultant of the NSDAP, the Reich Protector appointed him as a Treuhänder for the company M. Klein & Son, operating a vinegar and liqueur producing plant and wine cellars in Votice (Wotitz), with a monthly salary of 600 RM. Approximately 30 persons were employed at the enterprise and its annual turnover exceeded 3 millions K. Simultaneously with managing this company, Kriglstein held the position of a Treuhänder in another two smaller liqueur distilleries in Mladá Vožice (Jung Woschitz) and Benešov (Beneschau).

This German professor undoubtedly met the first requirement for “Aryanizing” the Jewish company; his political reliability and commitment were more than sufficient. His expertise and professional qualifications were less satisfactory. Kriglstein’s financial standing remains somewhat concealed. With his income from the management of Jewish companies, he was able to achieve the “Aryanization” of a small Jewish enterprise but the enterprise of the Klein family was definitely not an enterprise of this kind. In spite of that, Wilhelm Kriglstein succeeded in “Aryanizing” the flourishing Votice-based company of M. Klein & Son as early as in 1941.⁵¹

Kriglstein managed the acquired enterprise apparently until the end of war because in May 1945 he was detained in Votice and the written materials of the NSDAP, specifically the materials of the local branch of the NS-Volkswohlfahrt organisation, were subsequently found in his apartment and confiscated.⁵² He was put into the detention facility of the Regional Court in Tábor, from where he was brought, under the retribution decrees, before the local special popular tribunal who found him guilty on 13 February 1946. However, punishment was waived.⁵³

A special type of people, who would deserve some other place under certain circumstances, can be loosely included in this group. It cannot be definitely claimed that all “Aryanizers” were socially callous and completely unscrupulous to the original Jewish owners. There were also others whose behaviour did not lack certain positive features, although it is true that there were few such people. Rudolf Hinne is one of those examples, a member of the NSDAP since 1937, who belonged to Germans repatriated to the Reich from abroad. After the Protectorate came into being, Hinne moved to Prague. Like other members of a foreign organisation of the NSDAP he took advantage of an offered opportunity and became a Treuhänder at the Prostějov (Prosnitz)-based company called Hermann Berger & Col. Hinne was proba-

51 NAP, fund AF, box 19, No. 194.

52 AMI Prague, Political relations of ministry of interior, Vol. 13460.

53 Archives of City of Prague, fund „Little decree“, sign. 36–32350, letter of Central committee of National board of the City of Prague from 13. 10. 1948.

bly in contact with the environment of textile companies in Prostějov since early 1939 when he was allegedly negotiating the purchase of a company called C. Kranz and Son, engaged in the production of cotton woods. It was a large company, which reported a turnover of 13 millions Crowns for 1938. The purchase contract was to be entered on 14 March 1939, allegedly on such terms and conditions, under which Hinne undertook to return the enterprise to the original owners once the imminent danger of occupation passed or once the occupation was over. Hinne also allegedly promised to keep all the employees. Felix Kranz, the owner of the company, then succeeded in migrating to France in time. Hinne allegedly entered into a similar agreement with the owners of the Berger company too. According to post-war investigation, Hinne treated Czech employees “fairly and decently”; he was not politically active, although he allegedly was to be found exclusively in the company of “senior Nazi dignitaries”, including Gestapo officers.

There is no point in speculating what the motives of Hinne were when he negotiated with the Jewish owners of the textile companies in Prostějov. His motives might have been idealistic as well as speculative. The hard fact is that Hinne, too, was after profit in the first place. After all, he left Prostějov as early as in April 1945 and he did not leave the town empty-handed but with a load of high-quality fabrics. On the other hand, it needs to be recognised that his actions and behaviour were in sharp contrast with the majority of actions and behaviour of “Aryanizers”. After all, this fact was also stated by the Czechoslovak authorities when they arrested Hinne in summer 1945. After examining his activities during occupation and failing to find anything that would lead to criminal prosecution, the authorities moved Hinne to the American occupation zone of Germany.⁵⁴

The “Aryanizers” of Czech origin belong exclusively to the typological group labelled as the “grey zone”. The principle that Czechs were only able to acquire Jewish property after it was clear that no German party interested was available or that the enterprise was not suitable for a person with German nationality because of the fact that the clientele was purely Czech is illustratively documented by the following selected cases of “Aryanization”. The basic terms and conditions, under which Czechs received permission from the Nazi administration to carry out the purchase, are symptomatic: the conditions included the requirements that the business was of a smaller kind (usually only a one-person business) and that the acquirer was perceived as being loyal to the regime. In all cases, it can be said that the Nazi authorities took a very long time to thoroughly consider the issuance of permission, were administratively investigating the cases and reluctant to issue the permission

54 NAP, fund AF, box 120, No. 273; AMI Prague, sign. 305–126–6, fol. 88–113.

for “Aryanization”. They often withheld their permission and refused to approve the already signed and sometimes even performed contracts without any obvious reasons, except, of course, the main one – the fear of strengthening the Czech economic influence, which was to be gradually reduced on a long-term and systematic basis and ultimately to be completely liquidated.

Vladimír Pavlík, 36 years old, a citizen of the Protectorate of Czech nationality from Tovačov (Tobitschau), applied for the purchase of the goods from the grocery shop of Leopold Meitner in the same town. He wanted to continue to run the shop but in a rented facility. In his application filed with the Olomouc (Olmütz) Oberlandrat, he promised “to be loyal to the German Reich and to obey its authorities”.⁵⁵ The regional leadership of the NSDAP in Olomouc had no objections against this person’s acquisition of the shop with the explanation explicit that “German interested parties do not come into question for this shop”⁵⁶ and the local group of the NSDAP in Kroměříž (Kromeriz) gave a favourable opinion on him.⁵⁷

On the contrary, in the Czech environment where German minorities were found, the acquisition of a Jewish business by a Czech was almost unthinkable, especially in those localities where the minority was weak and did not have its restaurants and shops. If no German interested party was currently around, an enterprise was temporarily entrusted to an administration commissioner until a suitable person of German-“Aryan” origin was found. This was also the case with Schutzmann’s food shop in Bohumín (Oderberg). The regional leadership of the NSDAP in Moravská Ostrava wrote in a letter to the local Oberlandrat that with regard to the local Germans who do not have any German shop at their disposal, they request a temporary solution consisting in entrusting the shop to the administration commissioner, Josef Weiss, a compatriot.⁵⁸

55 „Weiters erkläre ich, dass ich mich loyal zum Grossdeutschen Reiche verhalte und alle Anordnungen meiner vorgesetzten Behörden gewissenhaft und genau befolgen werde.“ NAP, fund AF, box 125, No. 323, request from 18. 6. 1940.

56 In Tovačov only a small German community of about sixty persons was settled. Czech majority numbered about three thousand persons.

57 „Gegen den Erwerb des Geschäftes Leopold Meitner durch Vladimír Pavlík [...] werden seitens Partei keine Einwendungen erhoben, da deutsche Bewerber für Übernahme dieses Geschäftes nicht in Betracht kommen. Über Pavlík liegt bereits von privater Seite eine gute Auskunft vor und die von der Ortsgruppenleitung der NSDAP in Kremsier eingeholte Auskunft über Obengenannten lautet ebenfalls günstig.“ NAP, fund AF, box 125, No. 323, letter of the district leadership of NSDAP to oberlandrat in Olomouc from 18. 7. 1940.

58 „In Mährisch Ostrau–Oderfurt befindet sich das jüdische Lebensmittelgeschäft Schutzmann. Da dieser Stadtteil sehr stark von deutsche Volksgenossen besiedelt ist und sich dort kein deutsches Geschäft befindet, bitten wir dieses jüdisches Geschäft unter kommissarische Leitung zu stellen.“ Letter of the district leadership of NSDAP in Moravská Ostrava to oberlandrat in Moravská Ostrava, NAP, fund AF, box 170, No. 892.

A collective biography of “Aryanizers” of Czech nationality, which would be created according to similar patterns as the collective biographies of persons of German nationality, cannot be constructed because the Czech group of persons interested in “Aryanization” lacks such significant variability. In a way, it is a uniform group. Old fighters, employees of the occupation administration and other Nazi organisations could not be among the “Aryanizers” due to the activities and goals of the Nazi occupation administration as well as due to the place of Czechs in this administration. A Czech “Aryanizer”, with a middle-class background, usually did not even have to be an active collaborator with Nazis; it was enough to be loyal with “good attitude” to Germans. Frank Bajohr also admits the existence of “Aryanizers” who were “decent people” and perceived their “Aryanization” activity as help to the original Jewish owner, whether by offering a decent price or a silent partnership or by giving a promise to return the property should the regime change. In our sample, such persons are not explicitly present in mass numbers. However, we admit that this can be largely due to the nature of the sources, which consist of documents of official origin. In any case, they belong to the “grey zone”.⁵⁹

3. “Aryanization” and Social Change

“Aryanization” in the Bohemian Lands had a number of aspects. Besides forcing persons of Jewish origin out of public and economic life, its purpose was to fill the state treasury of the Third Reich and to contribute to the economic and social enhancement of the “Aryan” population and, last but not least, to create stronger links between the “Aryanized” businesses and the German war economy. The aspect of “Aryanization” as a tool for Germanisation of the Czech area was related to this, too.

The Protectorate of Bohemia and Moravia was a formally autonomous territory integrated into the Great German Reich. Approximately 189,000 Germans, concentrated in industrial towns and in language enclaves, lived in this territory at the beginning of the war. In terms of percentage, German population represented only 2.5 per cent of the population in the Protectorate, and inhabitants of Czech nationality represented more than 97 per cent of the total population. “Aryanization” within the occupation policy became a part of the Germanisation process in the form, in which German institutions had systematically prepared it from the beginning and had tried to develop it. One of the main pillars of the economic Germanisation concept at the level of the Reich Protector was the transformation of the economic administration based on the corporation principles and its Germanisation by analogy to the Ger-

59 Bajohr, „Arisierung“ als gesellschaftlicher Prozeß, 26–28.

man Reich. In cooperation with the economic ministries in Berlin and the gigantic German Reich corporations, the Germanisation of the most important industrial enterprises was organised. In cooperation with the Main Race and Colonization Office in Berlin, a revision of the Czechoslovak land reform was prepared and the procedure for populating the traditional Czech territories with Germans was created. The starting point of the implementation of these plans was to eliminate Jews from economic life and to “Aryanize” their property. The transfer of finances, which flowed to the Reich Protector Office from what was referred to as “Reich Settlement Taxes” and which were accumulated in a Volkssturmfund used to promote the German position in the Protectorate, symbolically expressed the link between “Aryanization” and Germanisation in the Protectorate.

The Reich Protector was also the supreme institution that was making decisions on sequestrations and “Aryanizations” in the territory of the Protectorate. On the regional scale this process was managed by the Senior Land Councillors (Oberlandräte) who systematically supported the “de-Jewification” and Germanisation of the economic life, ranging from appointing Germans as sequestrators to approving “small Aryanization” consisting in “transferring medium and small companies and immovable property as well as parts of movable property into German hands”. The Reich Protector himself emphasised that he regarded “Aryanization” as the main tool to increase the German influence on the economy of the Protectorate. His Decree on Jewish Property of 21 June 1939, in which he reserved the right to decide on the sale of Jewish companies, was notorious. The number of such companies in the territory of the Protectorate of Bohemia and Moravia was considerably high, especially in the textile, leather-processing and metal-working industries as well as in wholesale and retail trade, primarily in trade with textile and leather goods.

One must not forget that in the late 1930s, Jewish property in Czechoslovakia was in considerable movement. On one hand, there was a palpable outflow of the big capital foreseeing the fate of Central Europe; on the other hand, Jewish property, predominantly that of the middle class, flowed into Czechoslovakia in substantial amounts because some of the Jewish emigrants were moving from Nazi Germany and, after spring 1938, from Austria, too, to Czechoslovakia as the only democratic country in Central Europe. Some Austrian Jewish businessmen as well as Jewish businessmen from the border areas of Bohemian Lands, which had been lost due to the Munich dictate, succeeded in transferring their businesses to Czech inland and joined the ranks of local Jewish businessmen.

The approach designed and applied by Konstantin von Neurath, the Reich Protector, was also accepted by the central authorities in Berlin. The Reich’s Ministry of the Interior directly declared that it was not possible to postpone the

“Aryanization” of the Jewish property in the Protectorate because it allegedly had a big national and political importance and represented one of the most important means of fiercely penetrating the Czech economic life. Thus, “Aryanization” was regarded as an instrument of strengthening the German position and weakening the role of Czechs. The main purpose of the “Aryanization” measures in the Protectorate of Bohemia and Moravia was, besides the general goal of “de-Judifying” the territory and thwarting the efforts hostile to the Reich, to strengthen economically and socially the German population, whose position was to be consolidated in relation to Czechs. In the opinion of German institutions, “Aryanization” offered, along with the measures against persons hostile to the Reich, a unique opportunity to support effectively the German position in Bohemian Lands. In the concept of the German occupation administration, the political aspect of “Aryanization” was, in some cases, generally given priority over its economic meaning because it became the main means of strengthening the German population and its influence on the economy. However, the “de-Jewification” goals were not only pursued by the economic group with powers concerning the “big Aryanization” but these goals were also pursued by the lower levels of the Nazi administration. In this context, it is possible to point out the existence of the German identity consolidation programmes prepared by the offices of Head Regional Councillors on an annual basis.

Table 3: Setting of “Aryanization” cases in single years. Statistical file of all “Aryanizers”

Year	Number of “Aryanization” cases^a	%
1938	1	0,38
1939	46	17,42
1940	99	37,50
1941	89	33,71
1942	19	7,20
1943	7	2,65
1944	3	1,14
Total	264	100,00
Year unknown	117	
Cases total ^b	381	

^a A statistical unit is one “Aryanization” case, which may have involved a complex of assets expropriated in the course of one “Aryanization” process. 21 cases are included, where assets other than a company or firm was expropriated (house, land, etc.).

^b This statistical file of all “Aryanizers” includes 360 “Aryanization” cases. In 80 cases two or more “Co-Aryanizers” took part.

The principle of enhancing the economic positions in relation to Czechs was not only an argument used in the disputes among the individual components of the Nazi party and the state over the terms of reference and over the method of confiscation and transfer of Jewish property. It was also incorporated in the partial “Aryanization” guidelines of the Reich Protector Office. For example, in January 1940, the Head Regional Councillors received an instruction to prohibit the Czech purchasing and selling cooperatives from even just renting the former Jewish corn warehouses and to reject all requests to this effect. The occupation authorities even remembered to prevent the German “Aryanizers” from becoming intermediaries for Czech parties interested in acquiring Jewish property and to ensure that the “Aryanized” property remained “German property”. The Head Regional Councillors were to proceed identically when checking the trade of small plots of land. Generally, all sales from Czech hands to Germans were to be approved but any transfer in the opposite direction was to be rejected in principle. The situation in the territory of the Reich Region of Sudeten was different. Here, the “Aryanization” of Jewish property was to be a sort of reward to the politically loyal compatriots to a considerable extent, and the aspect of professional qualities and the necessary expertise played a more important role in the German environment.

The dynamics of the national and social transformations of the society in the Bohemian Lands in the period from 1938 to 1945 are illustratively expressed by the gradually intensified “Aryanization” process”, which culminated in the years 1940 and 1941. The intensification of the marginalisation of Jews who were being forced out of the economic life under the changed international circumstances is reflected in them. In the situation of war, the possibilities for Jews to migrate were limited; the Nazi apparatus was starting to implement the “ghettoing” method and the monstrous idea of what is referred to as the “final solution”, consisting in the physical liquidation of Jewish population, started to take shape.

In historiography, the ideology of Nazism is rightfully presented as the social movement of pauperised middle class desiring a favourable social change, i.e. an improvement of their position. Therefore it is no coincidence that more than 85 per cent of the “Aryanizers” were recruited from the middle class in the examined sample. It was exactly the mass of the German middle class in the Bohemian Lands that gained its “credit” from the point of view of the Nationalist Socialist ideology by opposing the Czechoslovak democratic state and with this “credit” the members of this class created the foundations of their symbolic capital that bore its fruit at the moment of the power-related and political change, i.e. after the detachment of the Czechoslovak border areas and their annexation to Germany-Austria and, later on, after the occupation of the rest of the Bohemian Lands. The symbolic, ideological-cum-political capital was being transformed into an economic and

social capital. If the social statuses of an “Aryanizer” before the “property change” and after this change are compared, significant advancement of this status is evident. The decrease of the percentage represented by the category of the “middle class” and the increase of the number of persons from the “upper class”, i.e. big capitalists and capitalists, are especially striking. As a result of “Aryanization”, changes also occurred in the social stratification of the middle class where the people from the stratum referred to as “dependent”, i.e. those who worked for a salary, decreased in numbers, while the number of people classified as “independent” increased. For many members of the German middle class, their life dreams of achieving financial independence and becoming “leaders” of their businesses or enterprises thus came true.

Table 4: Social Status of “Aryanizers” prior to “Aryanization” of Jewish Property. Statistical file of all “Aryanizers”

Initial Social Status of “Aryanizer”	No. of “Aryanizers”	%
upper class	36	12,12
of which: major capitalists	5	1,68
capitalists	25	8,42
management and top civil service	6	2,02
middle class	253	85,19
of which: upper strata	29	9,76
of which: independent	18	6,06
dependent	11	3,70
middle strata	190	63,97
of which: independent	120	40,40
dependent	70	23,57
lower strata	34	11,45
lower class (poor)	2	0,67
unclear^a	6	2,02
total^b	297	100,00

^a This group consists of persons whose social status cannot be identified as upper class, middle class or poor according to the stated criteria.

^b In the cases of 94 persons the relevant data that would permit their classification in the stated categories (upper class, middle class, poor, unclear) are lacking.

Table 5: Social Status of “Aryanizers” subsequent to “Aryanization” of Jewish Property. Statistical file of all “Aryanizers”

Social Status of “Aryanizers” subsequent to “Aryanization”	No. of “Aryanizers”	%
upper class	136	44,16
of which: major capitalists	64	20,78
capitalists	70	22,73
management and top civil service	2	0,65
middle class	171	55,52
of which: upper strata	28	9,09
of which: independent	20	6,49
dependent	8	2,60
middle strata	141	45,78
of which: independent	137	44,48
dependent	4	1,30
lower strata	2	0,65
lower strata (poor)	0	0,00
unclear^a	1	0,32
total^b	308	100,00

^a This group consists of persons whose social status cannot be identified as upper class, middle class or poor according to the stated criteria.

^b In the cases of 83 persons the relevant data that would permit their classification in the stated categories (upper class, middle class, poor, unclear) are lacking. Except physical persons, in this file 30 corporations are included.

Making the dreams of achieving an independent and financially self-sufficient position come true was basically realistic if the set criteria had been met. In addition to expertise and solvency, these criteria included political trustworthiness, which was especially needed in the Bohemian Lands where German population lacked free capital. This handicap had to be compensated by other activities so that the persons interested in “Aryanization” could be granted long-term purpose-specific credits with collateralisation by the Reich amounting up to 95 per cent that a purchase contract could be approved, which included instalments to be paid from the revenues of the “Aryanized” enterprise. The involvement in the NSDAP and its formations and associated organisations as well as in the traditional German nationalist associations was the symbol of loyalty to the National Socialist regime as the distributor of the “Aryanization” welfare. In the Czech environment, special importance was attached to merits connected with subversive activities against the democratic republic and its authorities.

Table 6: Pro-regime engagement of “Aryanizers”. Statistical file of all “Aryanizers”

Type of pro-regime engagement	Sex					
	Men		Women		Total	
	No. of “Aryanizers” ^a	%	No. of “Aryanizers” ^a	%	No. of “Aryanizers” ^a	%
NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei)	159	46,49	6	12,24	165	42,20
Treuhänder	48	14,04	1	2,04	49	12,53
Service in the Wehrmacht ^b or in the Luftwaffe	31	9,06	0	0,00	31	7,93
SdP (Sudetendeutsche Partei)	44	12,87	3	6,12	47	12,02
SS (Schutzstaffel)	48	14,04	0	0,00	48	12,28
SA (Sturm Abteilung)	26	7,60	0	0,00	26	6,65
DAF (Deutsche Arbeitsfront)	20	5,85	1	2,04	21	5,37
NS-Volkwohlfahrt (NSV)	13	3,80	5	10,20	18	4,60
Employee occupation in government, party apparatus or repressive element	8	2,34	0	0,00	8	2,05
DNSAP (Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei)	7	2,05	0	0,00	7	1,79
Sudetendeutsches Freikorps, subversive activity against the CSR	10	2,92	0	0,00	10	2,56
Volkssport resp. Deutscher Turnverein	5	1,46	0	0,00	5	1,28
NS-Kraftfahrerkorps (NSKK)	16	4,68	0	0,00	16	4,09
Bund der Deutschen and further “protective” associations	16	4,68	2	4,08	18	4,60
SD (Sicherheitsdienst)	2	0,58	0	0,00	2	0,51
Volkssturm	3	0,88	0	0,00	3	0,77
NS-Frauenschaft (NSF)	0	0,00	5	10,20	5	1,28
NS-Jugendbund (NSJ)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
NS-Kriegsopferversorgung (NS-KOV)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Freiwilliger Schutzdienst (FS)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gebirgsverein	1	0,29	0	0,00	1	0,26
Hitlerjugend	3	0,88	0	0,00	3	0,77
NS-Fliegerkorps (NSFK)	4	1,17	0	0,00	4	1,02
NS-Lehrerbund (NSLB)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
NS-Rechtswahrerbund	0	0,00	0	0,00	0	0,00
NS-Reichsbund für Leibesübungen (NSRL)	1	0,29	0	0,00	1	0,26
NS-Reichskriegerbund	6	1,75	0	0,00	6	1,53
NS-Studentenbund	1	0,29	0	0,00	1	0,26
NS-Reichslandbund (RLB)	1	0,29	0	0,00	1	0,26
Kulturverband	7	2,05	0	0,00	7	1,79
Partito Nazionale Fascista	1	0,29	0	0,00	1	0,26
Wandervogel	1	0,29	0	0,00	1	0,26

Type of pro-regime engagement	Sex					
	Men		Women		Total	
	No. of "Aryanizers" ^a	%	No. of "Aryanizers" ^a	%	No. of "Aryanizers" ^a	%
Adler und Falken	1	0,29	0	0,00	1	0,26
DHV	3	0,88	0	0,00	3	0,77
Luftschutzbund	2	0,58	1	2,04	3	0,77
BDO	4	1,17	0	0,00	4	1,02
FMSS	1	0,29	0	0,00	1	0,26
Reichskolonialbund	2	0,58	0	0,00	2	0,51
VDA	1	0,29	0	0,00	1	0,26
Kameradschaftsbund	1	0,29	0	0,00	1	0,26
SDS	1	0,29	0	0,00	1	0,26
Opferring der NSDAP	1	0,29	0	0,00	1	0,26
Svatoplukova garda (Guard of Svatopluk)	1	0,29	0	0,00	1	0,26
Other ^c	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Total no. of "Aryanizers" for whom there is evidence of political engagement ^a	203	59,36	12	24,49	215	54,99
Engagement not specified	139	40,64	37	75,51	176	45,01
Total	342	100,00	49	100,00	391	100,00

^a Current file held in evidence 391 "Aryanizing" persons. Only for 215 of them we found data concerning their pro-regime engagement. Except of physical persons, in this file there are 30 corporations.

^b Also cases included, where it is not clear, if they have served in SS or Wehrmacht.

^c This line is reserved for persons holding an office, which demanded obvious pro-regime engagement.

Mainly the generation of persons who were in their thirties and who were building their "new" existence and exhibited a considerable degree of political conformity profited from "Aryanizations". The generation of persons in their forties were more capable of profiting from their "merits". It was a part of the existing German social networks looking for its place among the elites being established. The share of the "young ones", who were certainly dazzled by the success and increase of power of the Third Reich, is remarkable. The dynamics of the social advancement of the middle class is also apparent from the overview of the levels of education achieved by the "Aryanizers" where secondary vocational and university education predominates. The high percentage of "Aryanizers" who were graduates of vocational schools proves the amount of one-person businesses which changed owners in the "Aryanization" process.

Table 7: “Aryanizers” in age groups. Statistical file of all “Aryanizers”

Age		Sex					
		Men		Women		Total	
from	to	No. of “Aryanizers”	%	No. of “Aryanizers”	%	No. of “Aryanizers”	%
	20	0	0,00	1	8,33	1	0,69
21	30	18	13,64	3	25,00	21	14,58
31	40	62	46,97	3	25,00	65	45,14
41	50	38	28,79	5	41,67	43	29,86
51	60	13	9,85	0	0,00	13	9,03
61	70	1	0,76	0	0,00	1	0,69
71		0	0,00	0	0,00	0	0,00
Total		132	100,00	12	100,00	144	100,00
Age not specified ^a		210		37		247	
“Aryanizers” total		342		49		391	

^a In the case of 247 persons relevant data which would allow for their classification are lacking.

Table 8: Education of “Aryanizers”. Statistical file of all “Aryanizers”

Education	Sex						
	Men		Women		Total		
	No. of “Aryanizers”	%	No. of “Aryanizers”	%	No. of “Aryanizers”	%	
University	29	23,77	1	6,25	30	21,74	
Secondary education with leaving examination	17	13,93	0	0,00	17	12,32	
Professional training without leaving examination	24	19,67	5	31,25	29	21,01	
Skilled	46	37,70	7	43,75	53	38,41	
Elementary education	6	4,92	3	18,75	9	6,52	
Total	122	100,00	16	100,00	138	100,00	
Education not specified ^a		220		33		253	
“Aryanizers” total		342		49		391	

^a In the case of 253 persons relevant data which would allow for their classification are lacking.

Table 9: Branch of “Aryanized” firms – summarizing table. Statistical file of all “Aryanizers”

Branch of firm	No. of firms ^a	%
1. Agriculture	0	0,00
2. Industry and business of productive character	133	42,63
3. Services	179	57,37
Trade	136	43,59
Wholesale trade	63	20,19
Retail trade	73	23,40
Transport of people and goods	6	1,92
Tailor’s, dressmaker’s, furrier’s saloons	3	0,96
Restaurants, hotels, bath services	18	5,77
Cinemas	1	0,32
Insurance companies	0	0,00
Laundry, ironing and mangle services	0	0,00
Private schools	1	0,32
Other	14	4,49
Total	312	100,00
Branch not specified ^b	48	
Firms total ^a	360	

^a The total file of all “Aryanizers” comprehends 360 firm “Aryanizations”. In 76 cases 2 or more “Co-Aryanizers” were involved. In further 21 cases (beyond the stated 360 cases) not firms, but houses, allotments, lands and so on were “aryanized”.

^b In 48 cases relevant data, which would allow an exact branch classification, are lacking.

“Aryanization” also changed the employer structure of German population, who gained ground especially in the sector of services and in industrial companies where they reached independent positions. German enterprises in the Czech territory were becoming the centres of Germanisation efforts because they were trying to employ preferentially Germans, thereby supporting the German position in the locality concerned. The structure of the “Aryanized” enterprises and consequently the vacated positions available for Germanisation of the Czech space were very imbalanced. This reflected the exclusive position of the Jewish component in the society in the Bohemian Lands, which was concentrated predominantly in the sector of services (the share amounted to nearly two thirds), primarily in the field of trade and, to a lesser extent, in small businesses with production operations. At the same time, it is true that for colonisation and active settlement policy the agricultural production and ownership of land were most important, which were almost non-existent in the spectrum of Jewish properties. Therefore it is no coincidence

that the “de-Jewification” of economy played only a complementary role in the Germanisation of the Czech space and in populating this space with new population, and the main target group of the German settlement policy was necessarily the nationally Czech population in Czech rural areas. In the last ten years, there was almost no progress made in the research on the system and the mechanisms of the German settlement policy, except for research on the confiscation of land that was used as the training ground for Wehrmacht and SS.

Table 10: Domicile or Office of “Aryanizers” before 1st October 1938. Statistical file of all “Aryanizers”

Domicile or Office of “Aryanizer” before 1st October 1938	No. of “Aryanizers”	%
Bohemian Lands	292	81,56
So-called Old Reich	44	12,29
So-called Ostmark (Austria)	21	5,87
Other	1	0,28
Total^a	358	100,00
Domicile not specified	63	
Total of “Aryanizers” ^b	421	

^a Base for the percent calculation.

^b The file comprehends 391 physical persons or individual owners (co-owners) of “Aryanized” property. Furthermore, 30 corporations are included. In 63 cases of physical persons relevant data concerning their domicile are missing.

The research clearly proved that the typical “Aryanizers” were Germans from Bohemian Lands, who came from all levels of the social structure. Nevertheless, the characteristic acquirers of Jewish property, who claimed “their share” in the “Aryanization” pie, were persons falling into the category of the middle class. They usually justified their actions by highlighting their achievements concerning the development of German identity or National Socialism, or they argued that they suffered injustice from Czechs and the Czechoslovak state, injustice and humiliation in struggle with the “Jewish elements”. Only a smaller part of the “Aryanizers” provided predominantly economic arguments in their applications for approval of their “Aryanization” purchases (the “grey zone”).

Only nearly one fifth of “Aryanizers” came from the “Old Empire” and the “Ostmark” (Austria). This amount did not meet the expectations of the German occupation administration in the Protectorate. Its intention was to make Bohemian Lands a territory, where an intensive settlement process was to be taking place to populate this area with people from the German Reich

and Austria. The Germans from the Reich who were strong in terms of capital and who were solvent (big capitalists) usually transformed the “Aryanized” enterprises in the Bohemian Lands into branches of their companies in the Old Empire and did not relocate their residences to the Bohemian Lands. Even less relevant is the group of interested parties from the German Reich from the category of capitalists or the categories labelled as middle class. They did not show any interest in the property in the Bohemian Lands since this would necessarily involve relocating to a mixed national environment or even to a purely Czech environment. The lack of knowledge of the Czech language disqualified them and the environment, which was permanently at least covertly hostile to them everywhere, discouraged them. In addition to this, there was the fact that the war and the demands placed by the construction and reproduction of the occupation administration were severely draining on the German “Aryan” human resources. The little interest of the Germans from the Reich in “Aryanization” in the Bohemian Lands was one of the factors, which significantly slowed down the implementation of the originally very ambitious Germanisation plans of Nazis.

The research has brought light into the issue of the participation of persons of Czech nationality in the redistribution of the expropriated Jewish property. Statistically, the nearly nine-percent share of persons of Czech nationality or persons of Czech origin is fairly high, almost astounding. However, a more detailed analysis of the examined set of “Aryanizers” shows that these simple statistics do not reflect accurately the Czech share in “Aryanization”. Czechs, in accordance with the regulations of the Nazi administration, prevalingly “Aryanized” small properties, with medium enterprises representing the maximum limit, and it applied that in addition to this, the property had to be situated in areas populated by Czechs and had to have only a marginal economic importance. Perhaps the most important findings resulting from the examination of this set are the social ones.

The difference between the samples of the “Aryanizers” of German nationality and the “Aryanizers” of Czech nationality is significant. While the German set can be differentiated into several typical groups defined by the nature and degree of their social engagement, the Czech group does not allow such differentiation. It is surprisingly uniform. The members of this group manifested obvious loyalty to the Nazi regime and, in contrary to expectations, did not show a very high level of pro-German activism. It became apparent that in the Czech environment, pro-German commitment was not a prerequisite for the “Aryanization” of small Jewish property. However, the facts mentioned above do not justify morally the take-over of Jewish property. The statements, used quite frequently after the war, that Czech “Aryanization” had been carried out to save Jewish property for the Czech nation and, in the future, for Jews because this property had not got into the hands of Ger-

man “Aryanizers”, is unacceptable and misleading. In this context, it needs to be reminded that the Czechs did not lack desire to “Aryanize” the big Jewish properties and this would have undoubtedly taken place fairly soon (the Second Republic had already prepared a legal framework for this). The fact that the extent of Czech “Aryanization” was very small and, in terms of value, nearly insignificant in comparison with German “Aryanization” is not the result of a moral behaviour of political and economic elites as a whole but it is the result of the fact that the group of people ready to profit from “Aryanization” encountered a relentlessly disapproving attitude of the German occupation authorities.

James Burnhams *The Managerial Revolution*

Anmerkungen zu einem weithin vergessenen Text

Karl Bachinger

Als 1941 James Burnham sein Buch *The Managerial Revolution: What Is Happening in the World* in einem New Yorker Verlag veröffentlicht, erregt es zuerst in den USA, bald aber auch international beträchtliches Aufsehen.¹ Burnham schaltet sich damit in einen Diskurs ein, der seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre und durch den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs auch außerhalb des Marxismus an Breite gewonnen hatte: Kann der Kapitalismus überleben? Oder beginnt sich sein Ende abzuzeichnen? Wie wird eine nachkapitalistische Gesellschaft aussehen? Ein Jahr später, 1942, greift der bedeutende österreichische Ökonom Joseph A. Schumpeter, der seit 1932 an der Havard University in Boston lehrt, mit *Capitalism, Socialism and Democracy* ebenfalls diese Thematik auf.² Während aber Schumpeters Schrift nach wie vor rezipiert wird³, gerät die Burnhams seit den 1970er Jahren zu-

-
- 1 Bereits 1942 bringt die Londoner Filiale des traditionsreichen amerikanischen Putnam-Verlagshauses eine englische Ausgabe mit dem leicht veränderten Titel *The Managerial Revolution: Or, What Is Happening in the World Now* auf den Markt. Eine Liste der Übersetzungen des Werkes – die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt – ist eindrucksvoll. Argentinien: La revolución de los directores, Buenos Aires 1943; Japan: Taisen to keizai chitsujo no henkaku: keieisha kakumeiron, Tokio 1944; Italien: La rivoluzione dei tecnici, Mailand 1946; Frankreich: L'ère des organisateurs, Paris 1947; Schweden: Direktörernas revolution, Stockholm 1947; Deutschland: Das Regime der Manager, Stuttgart 1948. Eine österreichische Ausgabe, betitelt *Die Revolution der Manager*, erscheint 1949 im Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes in Wien.
 - 2 Joseph A. Schumpeter, *Capitalism, Socialism and Democracy*, New York 1942. Das Buch *The Road to Serfdom* (dt.: *Der Weg zur Knechtschaft*), das ein anderer gebürtiger Österreicher, der spätere Wirtschaftsnobelpreisträger Friedrich August Hayek 1944 publiziert, gehört ebenfalls zum Kanon dieser kapitalistischen Endzeittliteratur. In ihm beschwört Hayek eine Revitalisierung des Liberalismus und warnt vor den Gefahren des Sozialismus.
 - 3 Allein die deutsche Übersetzung aus dem Jahre 1947 erreichte beispielsweise bisher acht Auflagen. Joseph A. Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, 8. Aufl., München 2005.

nehmend in Vergessenheit – und das, obwohl manche seiner Überlegungen eine größere Aktualität aufweisen als jene Schumpeters. Selbst die Redewendung ‚managerial revolution‘ wird heute zumeist Alfred Chandler jr. und seiner 36 Jahre später erschienenen Studie *The Visible Hand. The Managerial Revolution in American Business* zugeschrieben. Chandler erwähnt Burnham nur beiläufig, in einer einzigen Fußnote, räumt darin aber immerhin ein, dessen Darstellung der Rolle der Manager in einer entwickelten kapitalistischen Gesellschaft „was the first to describe and analyze that phenomenon“.⁴

1. Das Bild des Managers in klassischen sozioökonomischen Theorien

Um Burnhams Argumentationslinien zu verstehen, ist ein kurzer und selektiver Rückblick auf die historische Entstehung des modernen Managertypus und dessen Rezeption in klassischen sozioökonomischen Theorien von Karl Marx bis Joseph A. Schumpeter angebracht. Die Herausforderung, große Arbeitermassen zu organisieren, tritt schon weit vor der bürgerlichen Epoche auf, so beim Bau der Pyramiden, der Chinesischen Mauer, von Arenen, Kathedralen u.a. Mit der Ausformung einer kapitalistischen Produktionsweise, die auf Lohnarbeit und nicht mehr auf Sklaverei oder feudalen Abhängigkeiten beruht, auf Gewinnmaximierung ausgerichtet ist und in der die Arbeitsteilung rasch voranschreitet, bekommt die Kontrolle über den Produktionsfaktor Arbeit eine andere Dimension, sie wird zur Kompetenz einer spezifischen Managementtätigkeit. Das englische Verb *to manage* leitet sich vom lateinischen *manus* (Hand) und *agere* (führen), also an der Hand führen, ab und bedeutet ursprünglich, ein Pferd in der Reitbahn (*manège*) in allen Gangarten zu üben.⁵ Die klassischen Ökonomen waren die ersten, die an die Probleme der Arbeitsorganisation unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen von einem theoretischen Gesichtspunkt herangingen. Adam Smiths berühmte Erörterung in *The Wealth of Nations* (1776) ist allbekannt, in der er die Vorzüge einer Zerlegung der Arbeitsvorgänge am Beispiel einer Nadelfabrik demonstriert. Noch deutlicher stellt Charles Babbage in seinem Buch *On the Economy of Machinery and Manufactures* (1832) den kapitalistischen Aspekt der Arbeitsteilung heraus: „Dass nämlich der industrielle Unternehmer durch Aufspaltung der auszuführenden Arbeit in verschiedene Arbeitsgänge, von denen jeder einen anderen Grad an Geschicklichkeit oder Kraft erfordert, gerade genau jene Menge von beidem kaufen kann, die für jeden dieser Arbeitsgänge notwendig ist.“⁶

4 Alfred Chandler, Jr., *The Visible Hand. The Managerial Revolution in American Business*, Cambridge/Mass., London 1977, 515, Fn. 5.

5 Harry Braverman, *Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß*, Frankfurt/Main, New York 1977, 61.

6 Charles Babbage, *On the Economy of Machinery and Manufactures*, New York

Die eigentliche Geburtsstunde des modernen Managers schlägt jedoch erst im Eisenbahnzeitalter des 19. Jahrhunderts. Die Finanzierung des Eisenbahnbaus überfordert sowohl Kapitalistenfamilien wie auch die traditionellen Privatbanken. Um die Mittel für derartige Großprojekte aufzubringen, werden Aktiengesellschaften als Kapitalsammelstellen gegründet. Damit gewinnen neue Managementstrukturen Gestalt, da die Vielzahl der Aktionäre (als Eigentümer) weder in der Lage noch willens ist, eine solche Kapitalgesellschaft zu führen. Es prägt sich ein bestimmender Wesenszug des entfalteten Kapitalismus aus: das Auseinanderfallen von Kapital- und Unternehmerfunktion. Der Eigentümer-Unternehmer, der im klein- bis mittelbetrieblichen Umfeld während der ersten Phase der Industrialisierung die vorherrschende Erscheinung war, der Eigenkapital in seine Unternehmung einbrachte, die technische und kaufmännische Leitung innehatte und als disziplinierende Vaterfigur seine Arbeiter regierte, tritt allmählich aus dem Zentrum des wirtschaftlichen Geschehens. Die Form der Kapitalgesellschaft breitet sich vom Eisenbahnsektor ausgehend auf andere Bereiche der Wirtschaft aus, sie wird Grundlage industrieller Großunternehmungen, die seit dem späteren 19. Jahrhundert auf den Plan treten.

Diese Entwicklungen bilden „a prelude to the emergence of the scientific management era“.⁷ Eingeläutet wird sie durch Frederick Winslow Taylor, der als Begründer der ‚Wissenschaftlichen Betriebsführung‘ gilt. Das so genannte ‚wissenschaftliche Management‘ ist ein Versuch, die Methoden der Wissenschaft auf die zunehmend komplexeren Probleme der Kontrolle der Arbeit in rasch wachsenden kapitalistischen Unternehmen anzuwenden. „Es fehlen ihm“, vermerkt dazu Harry Braverman, „die Merkmale einer echten Wissenschaft, denn die Annahmen spiegeln lediglich die Meinungen der Kapitalisten hinsichtlich der Produktionsbedingungen wider [...] Es erforscht nicht Arbeit allgemein, sondern die Anpassung der Arbeit an die Erfordernisse des Kapitals. Es betritt den Arbeitsplatz nicht als Repräsentant der Wissenschaft, sondern als Vertreter des Managements, maskiert mit dem Ornat der Wissenschaft.“⁸ Die Grundsätze des Taylorismus, nämlich die Loslösung des Arbeitsprozesses vom Wissen und von den Fertigkeiten des Arbeiters, die Trennung von Hand- und Kopfarbeit und die Erstellung eines umfassenden Kontrollmechanismus, der den Arbeiter zum Werkzeug macht, bleiben ebenso für spätere Managementschulen signifikant, auch wenn sie Taylors Auffassungen modifizieren und verfeinern.

1963, 175f., zit. nach Braverman, Arbeit, 70.

7 Daniel A. Wren, *The Evolution of Management Thought*, 2. Aufl., New York, Chichester, Brisbane, Toronto 1979, 89.

8 Braverman, Arbeit, 73f.

Das Phänomen des modernen Managements kann aus drei sehr unterschiedlichen Perspektiven reflektiert werden. In einer betriebswirtschaftlichen Sicht geht es darum, durch welche Methoden die innerbetriebliche Organisation und die Produktionsabläufe optimiert werden können; Handbücher und Literatur darüber füllen inzwischen ganze Bibliotheken. Aus einem volkswirtschaftlichen Blickwinkel stellt sich insbesondere die Frage, welche Vor- oder auch Nachteile die von Managern gesteuerten großbetrieblichen Produktionsvorgänge für die Gesamtwirtschaft mit sich bringen.⁹ Uns interessiert hier ausschließlich eine sozialwissenschaftliche Problemstellung: Was bedeutet dieser Strukturwandel der kapitalistischen Produktionsweise, vor allem die Trennung von Eigentum und Kontrolle für den gesellschaftlichen Entwicklungsprozess, welche Veränderungseffekte werden dadurch ausgelöst?

Ansätze – aber nur Ansätze – einer derartigen Analyse finden sich in den klassischen sozialwissenschaftlichen Theorien. Für Karl Marx ist die fortschreitende Zentralisation des Kapitals, die im Vordringen der modernen Aktiengesellschaft zum Ausdruck kommt, einer der Schlusssteine der kapitalistischen Entwicklung; dadurch erreicht auch die Vergesellschaftung der Arbeit ein finales Stadium. Die Entstehung großbetrieblicher Strukturen, die „Kooperation auf größerem Maßstab“, verändert vorerst den Charakter der kapitalistischen Produktionsweise. Marx stellt diesen Wandel in einen historischen Zusammenhang: „Wie der Kapitalist zunächst entbunden wird von der Handarbeit, sobald sein Kapital jene Minimalgröße erreicht hat, womit die eigentliche kapitalistische Produktion erst beginnt, so tritt er jetzt die Funktion unmittelbarer und fortwährender Beaufsichtigung der einzelnen Arbeiter und Arbeitergruppen selbst wieder ab an eine besondere Sorte von Lohnarbeitern. Wie eine Armee militärischer, bedarf eine unter dem Kommando desselben Kapitals zusammenwirkende Arbeitermasse industrieller Oberoffiziere (Dirigenten, managers) und Unteroffiziere (Arbeitsaufseher, foremen, overlookers, contre-mâtres), die während des Arbeitsprozesses im Namen des Kapitals kommandieren. Die Arbeit der Oberaufsicht befestigt sich zu ihrer ausschließlichen

9 In wirtschaftshistorischen Darstellungen werden zumeist diese beiden Problemansichten, die betriebswirtschaftliche und die volkswirtschaftliche, zusammengefasst. Auch die erwähnte, überaus profunde Studie von Alfred Chandler zur Geschichte des amerikanischen Managements beschränkt sich weitgehend auf die Ausformung neuer betrieblicher Organisationsstrukturen und auf die dadurch ausgelösten gesamtwirtschaftlichen Dynamisierungs- und Stabilisierungseffekte. Er hält lediglich fest: „Describing and analyzing the history of the new institution and the ways in which it has carried out its basic functions in different nations can help to define the organizational imperatives of modern economies and reveal much about the ways in which cultural attitudes, values, ideologies, political systems, and social structure affect these imperatives.“ Chandler, *Visible Hand*, 500.

Funktion.“¹⁰ Im Großunternehmen wird die eine Rolle des früheren Eigentümer-Unternehmers, des „wirklich fungierenden Kapitalisten“ ersetzt durch den Manager, durch einen „bloßen Dirigenten“ und „Verwalter fremden Kapitals“, dessen Entlohnung genauso durch den Arbeitsmarkt reguliert wird wie die eines jeden anderen Arbeiters. Die andere Rolle übernehmen die Aktionäre, „bloße Geldkapitalisten“, die vom eigentlichen Produktionsprozess ebenso getrennt sind wie die ‚Dirigenten‘ vom Kapitaleigentum.¹¹ Dies verdeutlicht in Marx’ Augen immer mehr die Entbehrlichkeit der Bourgeoisie: Indem der „bloße Dirigent, der das Kapital unter keinerlei Titel besitzt, weder leihweise noch sonst wie, alle realen Funktionen versieht, die dem fungierenden Kapitalisten als solchem zukommen, bleibt nur der Funktionär und verschwindet der Kapitalist als überflüssige Person aus dem Produktionsprozeß“.¹²

Für Marx ist also der Manager gleichsam ein Vorbote der sozialistischen Gesellschaft. Noch expliziter formuliert Rudolf Hilferding diese Erwartungshaltung. In seinem Hauptwerk *Das Finanzkapital* (1910), das häufig als vierter Band des Marxschen *Kapital* bezeichnet wird, beschäftigt er sich auch mit der neuen Gruppe der Angestellten in Handel und Industrie, „die durch die Entwicklung des Großbetriebes und durch die gesellschaftliche Form des Unternehmens eine außerordentliche Vermehrung erfahren haben und in hierarchischer Abstufung zu den eigentlichen Leitern der Produktion werden“.¹³ Die Trennung von Leitung und Besitz in den modernen Aktiengesellschaften schafft einflussreiche und hochdotierte Positionen, und es erwacht, wie in jeder Hierarchie, das „Interesse an Karriere, der Drang nach dem Avancement“. Es ist eine Schicht, die anfangs ihrer Ideologie und ih-

-
- 10 Karl Marx, *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band.* Karl Marx u. Friedrich Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1984, 351. Marx, der bekanntlich in mehreren Sprachen schrieb, verwendet also sowohl das Wort ‚Dirigent‘, mit dem schon früher vor allem technische Leitungspositionen bezeichnet wurden, als auch den Begriff ‚Manager‘. Wie langsam sich aber der Ausdruck ‚Manager‘ sonst außerhalb des englischen Sprachraums durchsetzt, zeigen nicht zuletzt die Übersetzungen von Burnhams Buch. Siehe Fn. 1. So lautet der Titel der italienischen Ausgabe von 1946 *La rivoluzione dei tecnici*; erst eine spätere Neuauflage, die in Turin 1992 erscheint, heißt *La rivoluzione manageriale*. Der Übersetzer der österreichischen Ausgabe von 1949 wiederum distanziiert sich von den Begrifflichkeiten der französischen Fassung, in der vom ‚Direktor‘ und vom ‚Zeitalter der Organisatoren‘ die Rede ist. Der ‚Manager‘ sei eine „ganz bestimmte soziologische Erscheinung“, insistiert er, ein „klar umrissener Typ“. Die Einführung eines besonderen deutschen Wortes würde nur „die Beteiligung an dem internationalen Gedankenaustausch erschweren“. Vorbemerkung des Übersetzers, in: James Burnham, *Die Revolution der Manager*, Wien 1949, 9.
- 11 Karl Marx, *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band.* Karl Marx u. Friedrich Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1979, 452.
- 12 Ebenda, 401.
- 13 Rudolf Hilferding, *Das Finanzkapital*, Bd. 2., 3. Aufl., Frankfurt/Main, Köln 1974, 474.

rem Herkommen nach ganz zur Bourgeoisie gehört und oft in aggressiver Weise deren Anliegen vertritt. Wenn jedoch die imperialistischen Expansionsräume ausgeschöpft sind und die rapide anwachsende Kapitalmasse keine Anlagemöglichkeiten mehr findet, dann wird – so Hilferdings Prognose – die kapitalistische Dynamik erlahmen. Für die Angestellten verengen sich die Aufstiegskanäle, ihre materielle Lage wird schlechter. Sie werden sich zunehmend ihrer Abhängigkeit vom Kapital bewusst: Ein immer größerer Teil von ihnen tritt nun an die Seite des Proletariats, um den gemeinsamen Kampf aufzunehmen. Anders beurteilt sieben Jahre später, 1917, Wladimir I. Lenin die Rolle leitender Angestellter im Klassenkampf. Für ihn benutzt das Monopolkapital seine Extraprofite auch dazu, eine Oberschicht der Arbeiterschaft zu bestechen: „Diese Schicht der verbürgerlichten Arbeiter oder der ‚Arbeiteraristokratie‘, in ihrer Lebensart, nach ihrem Einkommen, in ihrer ganzen Weltanschauung vollkommen verspießert, ist [...] die *soziale* (nicht militärische) *Hauptstütze der Bourgeoisie*. Denn sie sind die wirklichen *Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung*, die Arbeiterkommissar der Kapitalistenklasse (labour lieutenants of the capitalist class), die wirklichen Übermittler des Reformismus und Chauvinismus. Im Bürgerkrieg zwischen Proletariat und Bourgeoisie stellen sie sich, und zwar in nicht geringer Zahl, unvermeidlich auf die Seite der Bourgeoisie [...]“¹⁴

Unter den bürgerlichen Theoretikern kennzeichnet Max Weber den modernen Kapitalismus als Ergebnis eines historischen Rationalisierungsprozesses, der es einerseits möglich macht, dass der Mensch in vorher nie gekannter Weise als planendes und gestaltendes Wesen auftritt, der aber andererseits ein „stählernes Gehäuse“¹⁵ schafft, in das alle unentrinnbar eingeschlossen sind. In diesem ‚stahlharten Gehäuse‘ gibt es zwei ‚Räume‘, zwei ‚Gehäuseblöcke‘ sozusagen, die ineinandergreifen: der bürokratische und der betriebskapitalistische. Im ökonomischen Raum, in den großen Produktionsbetrieben, herrscht strenge Disziplin, die dem militärischen Vorbild folgt. Im Gegensatz zu früheren Arbeitsorganisationen, zur Plantagenwirtschaft beispielsweise, ruht die moderne Betriebsdisziplin „völlig auf rationaler Basis, sie kalkuliert zunehmend mit Hilfe geeigneter Messungsmethoden den einzelnen Arbeiter ebenso nach seinem Rentabilitätsoptimum wie irgendein sachliches Produktionsmittel“. Im System des *scientific manag-*

14 Wladimir I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Wladimir I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XIX, Wien, Berlin 1930, 88f. Die Redewendung ‚Arbeiteraristokratie‘ geht auf Karl Marx zurück, der im ersten Band des *Kapital* – eher beiläufig – die Frage erörtert, wie Krisen „auf den bestbezahlten Teil der Arbeiterklasse, auf ihre Aristokratie, wirken“. Karl Marx, *Kapital* I, 697.

15 Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*, 2 Bde., hg. v. Johannes Winckelmann, 4. Aufl., Tübingen 1956, 843.

ment feiert diese „rationale Abrichtung“ des Arbeiters ihre höchsten Triumphe: Die Arbeit wird ihres organischen Rhythmus entledigt und durch planvolle Zerlegung und „Schaffung einer optimalen Kräfteökonomie [...] neu rhythmisiert“.¹⁶ Im modern organisierten Wirtschaftsbetrieb wird „jeder einzelne Arbeiter zu einem Rädchen in dieser Maschine und innerlich zunehmend darauf abgestimmt, sich als solches zu fühlen und sich nur zu fragen, ob er nicht von diesem kleinen Rädchen zu einem größeren werden kann“.¹⁷ In Webers Herrschaftstypologie sind Bürokratie wie wirtschaftliche Großorganisationen Ausdrucksformen rationaler Herrschaft, die auf der „Überlegenheit des Fach- und Dienstwissens“¹⁸ beruht und durch eine unpersönliche, versachlichte und systematische Machtausübung charakterisiert ist.¹⁹ Der Übergang zum Sozialismus ist in seinen Augen kein Ausweg, den bürokratischen und disziplinierenden Strukturen zu entkommen: Es würde nur das „Gehäuse für eine neue Hörigkeit“²⁰ entstehen.

Joseph A. Schumpeter verknüpft in seiner Kapitalismusanalyse²¹ Positionen von Karl Marx und von Max Weber. Mit Marx teilt er – allerdings mit einer anderen Begründung – die Erwartung, dass der Kapitalismus im Verfall begriffen ist. Rein ökonomisch besehen ist er zwar nach wie vor intakt, er weist auch eine positive Leistungsbilanz auf, er erzeugt jedoch durch den ihm eigenen Prozess der „schöpferischen Zerstörung“ eine „soziale Atmosphäre, [...] welche ihm feindlich ist“.²² Dadurch entsteht ein massenpsychologisches Substrat für eine „Ordnung der Dinge, in der es nur mehr eine Frage des Geschmacks und der Terminologie ist, sie als Sozialismus zu be-

16 Ebenda, 695.

17 Max Weber, Debattenreden auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik in Wien 1909 zu den Verhandlungen über „die wirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinden“, in: Ders., Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik, hg. v. Marianne Weber, 2. Aufl., Tübingen 1988, 413.

18 Stefan Breuer, Max Webers Herrschaftssoziologie, Frankfurt/Main, New York 1991, 228.

19 James Burnham vertritt später eine ähnliche Auffassung, obwohl er sehr wahrscheinlich Max Webers Werk nicht kannte. Man müsse sich von der Vorstellung trennen, den modernen Bürokraten „noch immer als den aktentaschentragenden Pedanten“ zu sehen, „den wir aus den Romanen des 19. Jahrhunderts kennen“. Die neue Bürokratie sei etwas ganz anderes, sie werde gemeinsam mit den Managern die neue Herrschaftsschicht bilden. Burnham, *Revolution*, 263.

20 Max Weber, Zur Lage der bürgerlichen Demokratie in Rußland, in: Ders., Gesammelte Politische Schriften, hg. v. Johannes Winkelmann, 5. Aufl., Tübingen 1988, 63.

21 Vgl. Karl Bachinger u. Herbert Matis, *Entwicklungsdimensionen des Kapitalismus. Klassische sozioökonomische Konzeptionen und Analysen*, Wien, Köln, Weimar 2009, 619–647.

22 Joseph A. Schumpeter, *Konjunkturzyklen. Eine theoretische, historische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses*, 2 Bde., Göttingen 1961, 1070.

zeichnen oder nicht“.²³ Und er fügt hinzu: „Die wahren Schrittmacher des Sozialismus waren nicht die Intellektuellen und Agitatoren, die ihn predigten, sondern die Vanderbilts, Carnegies und Rockefellers.“²⁴ Anders als in Russland, das sich noch in einem unreifen kapitalistischen Zustand befunden hatte, vollzieht sich der Übergang im ausgereiften, „vertrusteten“ Kapitalismus gewaltlos und auf demokratischem Weg. Die neue Führungsschicht in den kapitalistischen Großunternehmen (Schumpeter verwendet nicht den Begriff Manager, sondern spricht von Führungskräften, Führungspositionen etc.) drängt den innovativen Unternehmertypus zurück, der im Konkurrenzkapitalismus des 19. Jahrhunderts vorgeherrscht und den Kern des Bürgertums gebildet hatte. Der wirtschaftliche Fortschritt zeigt damit eine unverkennbare Tendenz zur Entpersönlichung und Automatisierung. Das bedeutet zwar nicht ein Erlahmen der wirtschaftlichen Entwicklung, wohl aber eine wachsende Verlagerung der Unternehmerfunktion auf bürokratische Apparate. Schumpeter weist ebenfalls die im bürgerlichen Denken verwurzelte Vorstellung zurück, Bürokratien seien grundsätzlich ineffizient und inkompetent. Im vertrauten Kapitalismus ist die Bürokratisierung des Lebens im Allgemeinen und so auch in der Wirtschaft weit gediehen, eine sozialistische Zentralbehörde braucht daher den wirtschaftlichen Grundplan nicht neu zu entwickeln, sondern sie kann die bürokratischen Verwaltungen der Großkonzerne übernehmen, sie integrieren und auf deren Erfahrungen aufbauen. Eine solche sozialistische Wirtschaft wird sogar leistungsfähiger sein als die kapitalistische, mutmaßt Schumpeter, da sie die individuelle Rationalität im wirtschaftlichen Handeln durch die höhere Rationalität der Wirtschaftsplanung ersetzt. Dadurch kann unter anderem das störende Auf und Ab der Konjunkturzyklen ausgeschaltet und die Arbeitslosigkeit wirkungsvoller bekämpft werden.

2. James Burnhams unkonventioneller Entwurf

Der Lebensweg eines Autors bietet oft einen wichtigen Schlüssel für den Zugang zu seinem Werk. Dies gilt in besonderem Maße auch für James Burnham. Geboren wird er 1905 in Chicago als Sohn eines englischen Einwanderers, der als leitender Angestellter bei der *Burlington Northern Railroad* tätig ist. Burnham studiert an den Eliteuniversitäten Princeton und am Balliol College in Oxford; seit 1929 lehrt er Philosophie an der Universität New York. In den frühen 1930er Jahren schließt er sich der *American Workers Party* an, unterstützt 1934 ihren Zusammenschluss mit der *Communist League of Ame-*

23 Joseph A. Schumpeter, Die Instabilität des Kapitalismus, in: Ders., Beiträge zur Sozialökonomik, hg., übersetzt und eingeleitet v. Stephan Böhm, Wien, Köln, Graz 1987, 67f.

24 Schumpeter, Kapitalismus, 218.

rica zur U.S. Workers Party und gibt die trotzkistische Zeitschrift *The New International* heraus. Meinungsverschiedenheiten und Zwistigkeiten führen aber seit 1937 zu einer wachsenden Entfremdung von der amerikanischen Linken, eine Entfremdung, die auch durch die Politik der Sowjetunion genährt wird: durch den Hitler-Stalin-Pakt und durch die sowjetischen Invasionen in Lettland, Litauen, Estland und Finnland.²⁵ 1940 bricht Burnham in einem offenen Brief mit dem Marxismus. Er begründet den Schritt damit, dessen Kerndogma, der dialektische Materialismus, „seems to me disproved by modern historical and anthropological investigation“.²⁶ Im Kalten Krieg nach 1945 mutiert Burnham zu einem einflussreichen Sprachrohr des amerikanischen Konservatismus und fordert immer wieder aggressive Strategien ein, um die Weltmachtstellung der Sowjetunion zu schwächen. In populären Büchern wie *The Struggle for the World* (1947)²⁷ und *Suicide of the West* (1964)²⁸ beschwört er eine Revitalisierung traditioneller moralischer Werte und eine Stärkung der freien Marktwirtschaft, um solcherart einen Schutzschild gegen den Kommunismus zu schaffen. 1983 verleiht ihm Ronald Reagan die *Presidential Medal of Freedom*, die höchste Auszeichnung, die ein amerikanischer Präsident zu vergeben hat. Kurz vor seinem Tod 1987 kehrt Burnham auch wieder in den Schoß der katholischen Kirche zurück, den er in jungen Jahren verlassen hatte.²⁹

The Managerial Revolution, ein Text, der großteils im Verlauf des Jahres 1940 entsteht, ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund des geschilderten Wendepunkts in Burnhams Leben zu sehen. Burnham stimmt zunächst in

-
- 25 Der Hitler-Stalin-Pakt wurde am 23. August 1939 abgeschlossen. Deutschland und die Sowjetunion sicherten sich dabei wechselseitige Neutralität zu, auch für den Fall eines Angriffkrieges auf ein Drittland. In einem geheimen Zusatzprotokoll wurden die geografischen Macht- und Interessensphären abgegrenzt, die baltischen Staaten und Finnland dem sowjetischen Einflussbereich zugesprochen; Polen sollte aufgeteilt werden.
- 26 James Burnham, Letter of Resignation. <http://www.marxists.org/history/etol/writes/burnham/1940/05/resignation.htm> (12. Juni 2010).
- 27 James Burnham, *The Struggle for the World*, New York 1947 (dt.: *Die Strategie des Kalten Krieges*, Stuttgart 1950).
- 28 In diesem Buch prangert er den politischen Liberalismus (im Verständnis der amerikanischen Konservativen ein Sammelbegriff für alle politischen Strömungen vom Zentrum bis links) und dessen Illusion an, dass sich die „Menschheit als frohes Ganzes zu einer universalen Zivilisation verbrüderet“. Angesichts der kommunistischen Bedrohung sei dies „die Ideologie des Selbstmordes des Westens“. James Burnham, *Begeht der Westen Selbstmord? Ein Versuch über Bedeutung und Zukunft des Liberalismus*, Düsseldorf, Wien 1965, 26 u. 341.
- 29 Zu Burnhams Lebensgeschichte, seinem Werk und politischen Wirken siehe Samuel Francis, *Power and History. The Political Thought of James Burnham*, Lanham 1984; Ders., *James Burnham. Thinkers of Our Time*, London 1999; Daniel Kelly, *James Burnham and the Struggle for the World: A Life*, Wilmington 2002.

den zeitgeistigen Chor jener ein, die untrügliche Vorzeichen für den nahenden Untergang des Kapitalismus erkennen wollen. Die Annahme einer Unvergänglichkeit des Kapitalismus, legt er dar, von der vor allem in den Vereinigten Staaten die meisten Menschen überzeugt sind und die in den Schriften und Aussagen vieler Historiker, Soziologen und Politiker oft stillschweigend mitschwingt, beruhe nicht auf einer wissenschaftlich fundierten Theorie, sondern sei ein Glauben, der von zwei völlig unhaltbaren Prämissen ausgehe. Die erste suggeriert, die Gesellschaft sei ihrer Struktur nach immer kapitalistisch gewesen und werde daher wahrscheinlich immer kapitalistisch bleiben. In Wirklichkeit ist die Gesellschaft jedoch nur während eines winzigen Bruchteils der gesamten Menschheitsgeschichte auf kapitalistischen Grundlagen aufgebaut. Die zweite Prämisse sei genau genommen nur eine Variation der ersten, nämlich dass der Kapitalismus in irgendeiner notwendigen Entsprechung zur menschlichen Natur steht. Um sie als falsch zu entlarven, brauche man gar nicht genau zu wissen, was die menschliche Natur eigentlich ist. Es genügt die Feststellung, dass die menschliche Natur imstande war, sich historisch an viele Gesellschaftsformen anzupassen.

Warum aber ist der Kapitalismus kurzfristig zum Scheitern verurteilt, spätestens in den nächsten zwei Jahrzehnten, wie Burnham prophezeit? Er führt einen Katalog von Gründen an, der unverkennbar den – ökonomischen wie politischen – Traumata der 1930er Jahre geschuldet ist. Der Kapitalismus habe vor der Massenarbeitslosigkeit kapituliert, und sie sei ein Symptom dafür, dass eine Gesellschaftsordnung im Verfall begriffen ist. Er könne auch die ständig wiederkehrenden Wirtschaftskrisen immer weniger bewältigen, die öffentliche und private Verschuldung stoße an Systemgrenzen; die permanente Depression in der Landwirtschaft, die nur mehr mit staatlichen Hilfen am Leben erhalten wird, ist für Burnham ein weiteres Anzeichen für die unheilbare Erkrankung des Kapitalismus. Er sei überdies nicht mehr imstande, geeignete Anlagen für die Masse des brachliegenden Kapitals zu finden: „Diese Massenarbeitslosigkeit privater Gelder zeigt den Tod des Kapitalismus kaum weniger deutlich an als die Massenarbeitslosigkeit der Menschen.“³⁰ Nicht zuletzt hätten die bürgerlichen Ideologien ihre Zugkraft verloren. Dies belegen die Fehlschläge in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten, junge Männer für den freiwilligen Wehrdienst zu gewinnen, dies erklärt die rasche Kapitulation Frankreichs vor Nazideutschland, dies schlage sich in der Zaghaftheit der politischen Eliten in den kapitalistischen Ländern nieder, die an ihre eigenen Ideale nicht mehr glauben und daher dem Nationalsozialismus wenig selbstbewusst gegenübertraten: „Was war München und die ganze vorherige Politik anderes als das Eingeständ-

30 Burnham, *Revolution*, 40.

nis der Schwäche des Bürgertums? Die Reise des britischen Regierungschefs zum Sitz des österreichischen Anstreichers war der passende Ausdruck des verloren gegangenen kapitalistischen Selbstvertrauens.³¹

Burnhams Kapitalismusbefunde sind nicht sonderlich originell, solche und ähnliche finden sich in einer Vielzahl von Publikationen und Zeitungsartikeln seiner Zeit. Verbunden ist damit in der Regel der Aufruf zur Rettung des Kapitalismus oder die – bange oder freudige – Erwartung eines Heraufkommens des Sozialismus. Burnhams Argumentation nimmt jedoch eine andere Wendung: Der Kapitalismus wird untergehen, gewiss, aber der Sozialismus wird nicht sein Erbe antreten. Ähnlich wie die These von der Unvergänglichkeit des Kapitalismus entziehe sich auch jene von der Notwendigkeit des Sozialismus einer empirischen Verifizierung. Marxisten leiten ihre Überzeugung aus der Theorie des dialektischen Materialismus ab, „aber keine Ableitung aus einer metaphysischen Theorie kann uns jemals verraten, was in der wirklichen Welt von Raum und Zeit geschehen wird“.³² Es sei schwer zu begreifen, was die Behauptung, der Sozialismus sei die ‚die einzige Alternative‘ zum Kapitalismus, bedeuten soll. Denklogisch gebe es eine Vielzahl von Alternativen, praktisch können zweifellos die meisten von ihnen außer Acht gelassen werden, weil sie im Hinblick auf die gegebene Lage der Welt fantastisch erscheinen. Diskussionswürdig ist für Burnham lediglich die Frage, ob eine starke gesellschaftliche Grundströmung zum Sozialismus vorhanden ist und daher der Sozialismus das wahrscheinlichste Ergebnis der weiteren Entwicklung darstellt.

Burnham sieht in den Ereignissen in der Sowjetunion seit 1917 einen Beleg dafür, dass der Sozialismus nicht das nächste Kapitel der menschlichen Geschichte schreiben wird. Dort habe sich gezeigt, dass die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln nicht zwangsläufig eine sozialistische Gesellschaft schaffe, also eine Gesellschaft, die klassenlos, demokratisch und international ist. Burnham gesteht zwar zu, der Aufbau des Sozialismus bedürfe einer längeren Zeit, aber nach mehr als zwanzig Jahren müsse doch erkennbar sein, dass man dem Ziel näher ist. In der Sowjetunion seien aber alle sozialistischen Ansätze, wie sie in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution zu beobachten waren, inzwischen wieder verschwunden: das Vorhanden-

31 Gemeint ist das Münchner Abkommen vom 29. September 1938 zwischen Deutschland, Großbritannien, Italien und Frankreich, in dem (ohne dass die Tschechoslowakei an den Verhandlungen beteiligt war) die Abtretung des so genannten ‚Sudetenlandes‘ an das Deutsche Reich beschlossen wurde. Im Vorfeld war es am 15. September zu einem Treffen zwischen dem britischen Premierminister Arthur Chamberlain und Adolf Hitler in Berchtesgaden gekommen. Zu den wirtschaftlichen Aspekten des Münchner Abkommens siehe Alice Teichova, *An Economic Background to Munich. International Business and Czechoslovakia*, Cambridge 1974.

32 Burnham, *Revolution*, 46.

sein von legalen Oppositionsparteien, basisdemokratische Strukturen in Form der örtlichen Sowjets und der Arbeiterräte in den Fabriken, die Beseitigung unterschiedlicher Erziehung und anderer Klassenmerkmale. Im Stalinismus gebe es keine Opposition als ‚Lebensnerv‘ jeglicher politischer Freiheit, eine neue Klassenschichtung habe sich herauskristallisiert und an die Stelle des Internationalismus sei ein ständig wachsender Nationalismus getreten. Die Verhältnisse in der Sowjetunion würden, so Burnham, in keiner bedeutsamen Hinsicht die These vom kommenden Sozialismus untermauern. Andererseits – und das ist für ihn von besonderer Relevanz – sei die Sowjetunion auch nicht in irgendeiner Weise zum Kapitalismus zurückgekehrt. Den Ausdruck ‚Staatskapitalismus‘, mit dem mitunter das Sowjetsystem charakterisiert wird, hält er für irreführend. Wenn man Kapitalismus als eine historisch entstandene Kategorie begreift, in der Private Eigentümer der Produktionsmittel sind, Arbeiter beschäftigen und entlohnen und einen Anspruch auf die Erzeugnisse von deren Arbeit haben, dann ergibt es wenig Sinn, eine Staatswirtschaft, in welcher der Staat ausschließlicher Besitzer der Produktionsmittel ist und ein Privater sein Geld nicht als Kapital zur Gründung eines Geschäftes und zur Gewinnerzielung einsetzen kann, als ‚kapitalistisch‘ zu definieren. Wenn, auch von marxistischer Seite, die Sowjetunion als das ‚erste sozialistische Experiment‘ bezeichnet wird, dann seien die enttäuschenden Ergebnisse dieses Experiments zwar nicht so zu interpretieren, dass der Sozialismus grundsätzlich nicht verwirklicht werden kann, wohl aber, dass es unmöglich ist, ihn in der gegenwärtigen Epoche zu realisieren oder auch nur ihm nahezukommen. Die russische Revolution hat den Kapitalismus aufgehoben, aber zu einem Zustand geführt, der „dem Sozialismus höchst unähnlich ist“.³³

Wenn der Kapitalismus nicht weiterbesteht und der Sozialismus nicht kommt, wohin steuert dann die Gesellschaft? Burnham formuliert in der Folge seine Theorie von der ‚Revolution der Manager‘. Es gehe ihm nicht um ein Programm einer Gesellschaftsreform oder um moralische Urteile, betont er, sondern er wolle seine Darlegungen als Versuch verstanden wissen, „eine *beschreibende* Theorie zu entwickeln, welche das Wesen der gegenwärtigen Epoche gesellschaftlichen Übergangs erklären und dessen Ergebnis wenigstens in großen Zügen voraussagen kann“.³⁴ Er thematisiert die Frage, wodurch eine soziale Gruppe zur herrschenden Schicht einer Gesellschaft wird. Ganz im Sinne einer materialistischen Geschichtsauffassung lautet seine Antwort: „Die Produktionsmittel sind der Sitz der soziologischen Herrschaft. Wer sie tatsächlich, und nicht nur dem Namen nach, kontrolliert, der kontrolliert die Gesellschaft.“³⁵ Das Entscheidende ist für Burnham – an-

33 Ebenda, 53.

34 Ebenda, 15.

35 Ebenda, 102.

ders als bei Karl Marx – die Kontrolle über die Produktionsmittel, nicht primär das Eigentum an Produktionsmitteln. Besitz ist zwar der unmittelbarste, aber kein ausschließlicher Zugang zu Kontrollrechten. In der mittelalterlichen Feudalwirtschaft beispielsweise waren die Grundherren als Lehensträger formal nicht die Eigentümer des zentralen Produktionsfaktors Grund und Boden, durch die Verfügung über ihn aber dennoch die Oberschicht. Kontrolle über die Produktionsmittel bedingt zwangsläufig Macht und eine privilegierte Stellung bei der Verteilung des Sozialprodukts: „Gesellschaftliche Gruppen und Klassen sind egoistisch; sie nutzen ihre Kontrolle hauptsächlich zu ihrem Vorteil aus [...] Anders ausgedrückt: Die wirtschaftlich Mächtigsten werden auch die Reichsten sein.“³⁶

Burnham geht dann den strukturellen Veränderungen des Kapitalismus seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert nach, die am Anfang dieses Beitrages schon skizziert wurden. Die Entstehung von Großunternehmen und das allmähliche Einsetzen einer Massenproduktion lösen in der Arbeitswelt signifikante Differenzierungen aus, die Kluft zwischen den gewöhnlichen Arbeitern und jenen, die auf der technischen Seite des Produktionsprozesses angesiedelt sind, verbreitert sich erheblich. Benötigte ein Arbeiter in früheren Phasen der Industrialisierung noch in der Regel eine mehrjährige Ausbildung, so genügt nunmehr eine Einschulung von ein paar Monaten, damit er seinen Platz am Fließband ausfüllen kann. Auch die Qualifikationsanforderungen an den so genannten ‚gelernten‘ Arbeiter sind deutlich gesunken. Etabliert hat sich hingegen ein neuer Facharbeitertypus, der gründliche Kenntnisse in den Naturwissenschaften oder im Ingenieurfach einbringt. In diesen Ingenieuren, Chemikern, Physikern usw., die jetzt in die Industrieproduktion integriert sind, sieht Burnham aber nicht das entscheidende neue Strukturelement. Er versucht dies am Beispiel der Automobilerzeugung zu illustrieren: Alle gelernten und ungelernten Arbeiter und alle Wissenschaftler und Ingenieure reichen nicht aus, um ein Automobil herzustellen. Die verschiedenen Aufgaben müssen organisiert und koordiniert werden, so dass die Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen und Arbeiter im richtigen Augenblick und in der nötigen Anzahl bereitstehen. Diese Leitung und Koordinierung erfordert einen ganz speziellen Funktionstypus: Burnham bezeichnet ihn (in einer sehr eng gefassten Definition) als ‚Management‘, diejenigen, die diese Funktion ausüben, als ‚Manager‘.

Neben der Gruppe der Manager hebt Burnham noch drei weitere Gruppen hervor, die unter kapitalistischen Rahmenbedingungen für das Wirtschaftsgeschehen von Belang sind. Da sind zunächst die Geschäftsführer der großen Unternehmungen. Sie zählt er nicht zum eigentlichen Management, ob-

36 Ebenda, 95.

wohl sie im Allgemeinen zu den obersten und bestbezahlten Angestellten der Kapitalgesellschaften gehören. Ihre Aufgabe besteht neben anderem darin, Preise für Rohstoffe und Arbeitskräfte auszuhandeln, Bedingungen für Kredite zu vereinbaren und vor allem für einen gewinnbringenden Absatz der Produkte zu sorgen. Mit dem unmittelbaren technischen Produktionsvorgang stehen sie in keinem Zusammenhang. Eine dritte Gruppe bilden die Bankiers und große Finanzleute, deren Intentionen sich nicht mit jenen der ersten beiden Gruppen zu decken brauchen. Sie können in den Vorständen mehrerer Gesellschaften sitzen, an vielen Marktoperationen interessiert sein, den Wunsch haben, Fusionen und Übernahmen zu bewerkstelligen, Aktienkurse in die Höhe zu treiben oder auf deren Fallen zu spekulieren, die Politik zu beeinflussen, kurz, Absichten verfolgen, die unabhängig sind von den spezifischen Produktions- und Gewinnbedürfnissen eines Unternehmens. Bleiben schließlich als vierte Gruppe die Aktionäre, die zwar formell die Eigentümer des Unternehmens sind, in der Regel aber zu ihm in einem rein passiven Verhältnis stehen, sich mit dem Anspruch auf Dividendenzahlung begnügen. Burnham beschreibt die inkongruenten Welten dieser vier Gruppen pointiert: Die „Manager neigen dazu, die Lösung sozialer und politischer Probleme ebenso anzupacken, wie sie den technischen Produktionsprozeß organisieren; die Geschäftsführer betrachten die Gesellschaft als ein preisreguliertes, gewinnstrebendes Lebewesen; die Finanzkapitalisten denken in Begriffen des Bank- und Börsenlebens, und die kleinen Aktionäre betrachten die Wirtschaft als einen geheimnisvollen Gott, der, wenn man ihn zu besänftigen versteht, kostenlose Gaben an die Gerechten verteilt“.³⁷

Die Manager, denen Burnhams Hauptaugenmerk gilt, sind in keiner Hinsicht, weder persönlich noch rechtlich noch historisch, mit dem klassischen Kapitalistentypus identisch: „In der Frühzeit des Kapitalismus war der typische Kapitalist, also das Ideal der Ideologen vor und nach Adam Smith, sein eigener Manager, soweit die manageriellen Funktionen nicht einem zuverlässigen Vorarbeiter im Betrieb übertragen wurden. Er war Privatunternehmer; ihm gehörte die Fabrik, Zeche, Geschäft, Reederei, oder was es sonst war, ganz und gar oder doch zum größeren Teil. Er verwaltete sein Unternehmen mit eigener Hand und zog sich höchstens im Alter zugunsten seiner Erben zurück. Man weiß jedoch, daß der Aufstieg der großen Gesellschaften und die technologische Entwicklung der Industrie diesen Unternehmertyp auf allen wichtigen Wirtschaftsgebieten faktisch beseitigt haben. Es gibt ihn in wenigen Ausnahmen nur noch in Kleinbetrieben, welche keine geschichtliche Bedeutung haben.“³⁸

37 Ebenda, 93.

38 Ebenda, 83f.

Der traditionellen Kapitalistenklasse beginnt, so Burnhams Diagnose, die für ihre gesellschaftliche Machtstellung entscheidende Kontrolle über die Produktionsmittel zu entgleiten. Er verweist auf die aufschlussreiche Studie von Adolf A. Berle und Gardiner C. Means aus dem Jahr 1932, in der zum ersten Mal die Bedeutung der Manager im amerikanischen Big Business umfassend untersucht wird.³⁹ Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, dass die Wirtschaft der Vereinigten Staaten weitgehend unter der Dominanz der 200 größten Kapitalgesellschaften (nicht einbezogen die Banken) steht, die in ihrer Mehrzahl faktisch nicht von ihren nominellen Eigentümern kontrolliert werden, d. h. von den Aktionären. Berle und Means teilen die Gesellschaften in ‚Kontrolltypen‘ ein. In wenigen Fällen liegt die Kontrolle bei einer Person, häufiger bei einer Familie, die Eigentümerin aller oder der meisten Anteile ist; bei anderen besitzt ein Einzelner oder eine Gruppe zwar nicht die Mehrheit, aber doch einen beträchtlichen Teil der Aktien. Bei den meisten – 1929 bei 65 Prozent der Gesellschaften mit 80 Prozent der gesamten Vermögen – stellen sie jedoch fest, dass eine von ihnen so genannte ‚Manager-Kontrolle‘ vorliegt. Darunter verstehen sie, dass die Manager (gemeint hier vor allem die Geschäftsführer) dieser Gesellschaften zwar nur einen kleinen Teil der Aktien innehaben, gleichwohl aber eine ständige Kontrolle über die Geschäftsgebarung und den Vorstand ausüben und imstande sind, durch Stellvertretungen nach Belieben Mehrheitsbeschlüsse in den Aktionärsversammlungen herbeizuführen. „Es findet“, folgert Burnham, „eine doppelte Verschiebung statt. Infolge der Veränderungen der Produktionstechnik werden die manageriellen Funktionen differenzierter, komplexer, spezieller und für den gesamten Produktionsprozeß bedeutsamer. Sie sind daher geeignet, diejenigen, welche diese Funktionen ausüben, als eine besondere Gruppe oder Gesellschaftsklasse herauszuheben. Gleichzeitig zieht sich die Bourgeoisie, die früher das, was es an manageriellen Funktionen gab, ausgeübt hatte, vom Management zurück.“⁴⁰

Er bezweifelt nicht, dass in den Vereinigten Staaten die großen Kapitalisten, die ‚60 Familien‘, wie sie Ferdinand Lundberg in einem viel gelesenen Buch aus dem Jahr 1937 nennt⁴¹, noch immer durch ihre Eigentumsrechte an Aktien und anderen Anteilscheinen eine enorm bevorzugte Stellung bei der Verteilung des Sozialprodukts besitzen; im Verhältnis zu ihrer geringen Zahl verfügen sie über kolossale Vermögenswerte. Was jedoch ihre Kontrolle über die Produktionsmittel anbelangt, die doch der Ursprung und das Fundament ihrer sozialen Herrschaft sind, so haben sie diese immer mehr abgegeben. Der Rückzug der großen Kapitaleigner aus der Industrieproduktion beginnt

39 August A. Berle u. Gardiner C. Means, *The Modern Corporation and Private Property*, New York, Chicago 1932.

40 Burnham, *Revolution*, 84.

41 Ferdinand Lundberg, *America's Sixty Families*, New York 1937.

schon im ausgehenden 19. Jahrhundert, viele von ihnen wechseln in den Finanzbereich. Dies bedeutet anfangs keine Minderung der Kontrolle über die Produktionsmittel, vielmehr wird gerade durch finanzkapitalistische Methoden ein bestimmender Einfluss auf einen immer größeren Teil der Wirtschaft ausgeübt. Inzwischen hätten sich aber die Großkapitalisten vielfach von jeder aktiven und unmittelbaren Beteiligung am Wirtschaftsleben verabschiedet: Sie verbringen ihre Zeit nicht in der Industrie oder selbst in der Finanz, sondern auf ihren Jachten oder auf Reisen zwischen ihren vielen Besitzungen; andere „beschäftigen sich mit Wohltätigkeit, Erziehungsfragen oder gar mit den schönen Künsten.“⁴² Solche Dinge seien zwar statistisch schwer zu belegen, gibt Burnham zu, man könne aber mit Sicherheit sagen, dass sich die beträchtliche Mehrzahl der von Lundberg aufgezählten 60 führenden Familien nicht mehr direkt und ernsthaft in der Wirtschaft engagiert. Man dürfe nicht vergessen, streut er ironisch ein, auch eine akklamierte Rolle in der High Society kann einen Menschen voll ausfüllen.

Er lässt durchaus den Einwand gelten, dass die Manager in der amerikanischen Gesellschaft seiner Zeit noch immer der Macht des Großkapitals untergeordnet sind und die kapitalistischen Institutionen den Rahmen für ihre Tätigkeit liefern. Wer wolle, könne sie daher weiterhin als bloße Beauftragte und Diener des Großkapitals sehen. Aber die fortschreitende Kontrolle über die Produktionsmittel verschaffe der Managerschicht eine zunehmend größere Machtstellung und prädestiniert sie zur logischen Nachfolgerin der Kapitalistenklasse. Burnham zieht wiederholt Parallelen zur Ausformung des Kapitalismus seit Beginn der Neuzeit. Damals verpachteten die Feudalherren zu harten Bedingungen Grund und Boden an die Kapitalisten, welche damit nun auf kapitalistische Weise wirtschafteten, benutzten sie als Steuereintreiber und Lieferanten für Luxuswaren und Kriegsgeräte, gewährten ihnen den Zugang zur gewerblichen Produktion. „Die Barone blieben Barone und lebten wie Barone; sie besaßen scheinbar Kontrollrechte, konnten die Kapitalisten nach Belieben hinauswerfen und ihnen sogar mehr Geld abpressen, als die Verträge vorsahen. Aber nach einer Weile hatten dann doch die Kapitalisten die [...] Ländereien und die Industrie, während den Baronen nichts weiter blieb als eine lange Ahnenreihe, eine Fülle schöner Titel, eine leere Börse und die Erinnerung an entschwundene Macht“⁴³

Die kapitalistische Gesellschaft befindet sich, ist Burnham zu Beginn der 1940er Jahre überzeugt, in einem Transformationsstadium, ähnlich jenem beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus.⁴⁴ So wie damals das

42 Burnham, *Revolution*, 100.

43 Ebenda, 102.

44 In der Studie *The Machiavellists* aus dem Jahr 1943, in der Burnham von Niccolò Machiavellis *Il principe* ausgehend die elitetheoretischen Vorstellungen von Gaetano

Bürgertum allmählich die Kontrolle über die Produktionsmittel übernahm und damit eine Schlüsselstellung im historischen Prozess erlangte, so wie damals die Feudalherren mit ihren Vasallen und Lehensgütern abgelöst wurden durch die Industriekapitäne und Bankiers mit ihrem Geldreichtum, ihren Fabriken und Lohnarbeitern, so werden nun die Manager als neue herrschende Schicht auf die Geschichtsbühne treten. Gleichzeitig werde sich auch eine Umgestaltung der kulturellen Institutionen vollziehen, ein Wandel der Lebensauffassung, des Welt- und Menschenbildes, wie das auch während der Renaissance geschah. Das nunmehrige Übergangsstadium von der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zur Managergesellschaft habe mit dem Ersten Weltkrieg begonnen und werde in ungefähr 50 Jahren zum Abschluss gelangen.

Ein weiterer Wesenszug des Transformationsprozesses ist die rasante Ausweitung des Staatsinterventionismus und des staatlichen Eigentums. Auf staatlicher Ebene etabliert sich ebenfalls eine neue Managerschicht, wie Burnham auch am Beispiel der USA in den 1930er Jahren konstatiert. Es sind junge, gut ausgebildete Leute, nicht selten Kinder von Kapitalisten, die früher versucht hätten, in Industrie, Handel oder Finanz Karriere zu machen, jetzt aber eine Staatslaufbahn einschlagen. Burnham geht von der in seiner Zeit weitverbreiteten Annahme aus, dass als Folge der Wirtschaftskrise und des Krieges umfangreiche Verstaatlichungen große Teile der bisherigen Privatwirtschaft eliminieren werden. Dies werde nicht deshalb geschehen, weil sich überall auf der Welt viele Menschen und Parteien von einer Verstaatlichung der Produktionsmittel mehr Freiheit oder eine klassenlose Gesellschaft oder auch nur höheren Wohlstand erhoffen, sondern es sind die krisenhaften Umstände, die unvermeidlich eine solche Entwicklung nach sich ziehen: „Die Privatunternehmen erweisen sich als unfähig, den Pro-

Mosca, Georges Sorel, Robert Michels und Vilfredo Pareto nachzeichnet, stellt er seine Konzeption einer *managerial revolution* in einen für ihn bezeichnenden geschichtstheoretischen Zusammenhang. In jeder Kulturperiode, führt er aus, sind die allgemeinen Voraussetzungen für eine soziale Revolution dann gegeben, wenn die Macht ausübende Elite unfähig ist, die Möglichkeiten des technischen Fortschritts auszunützen; wenn ein hoher Prozentsatz der herrschenden Klasse den Regierungsgeschäften wenig Beachtung schenkt und seine Interessen kulturellen Dingen, Kunst, Philosophie und „sinnlichen Vergnügungen“ zuwendet; wenn die Elite nicht in der Lage oder willens ist, emporsteigende neue Elemente aus der Masse zu assimilieren; wenn große Teile der Elite das Vertrauen zu sich selbst und zur Legitimität ihrer eigenen Herrschaft verlieren; wenn (auch bei den Beherrschten) der Glaube an die politischen Formeln und die Mythen, mit denen die soziale Struktur zusammengehalten ist, verloren geht; und wenn die herrschende Klasse oder ein großer Teil davon nicht auf feste und entschlossene Art Gewalt anwenden kann oder will und sich stattdessen auf Manipulationen und Kompromisse verlässt. James Burnham, Die Machiavellisten. Verteidiger der Freiheit, Zürich 1949, 231.

duktionsprozeß in Gang zu halten; das kann nur durch Staatskontrolle geschehen. Private Investitionen lassen nach; staatliche Investitionen treten an ihre Stelle. Der Privatunternehmer versagt angesichts der Arbeitslosigkeit; der Staat sorgt für Beschäftigung. Der Außenhandel läßt sich auf kapitalistischer Grundlage nicht mehr mit Erfolg und Gewinn betreiben; der Staat richtet Außenhandelskontrollen und -monopole ein. Die Privatunternehmer können die großen Vorhaben – Straßenbau, Staudämme, Reedereien, Kraftwerke und Werften –, die zur Versorgung der modernen Gesellschaft nötig sind, nicht mehr meistern; der Staat greift ein. So liegt in dem Vordringen des Staates in die Wirtschaft nichts Willkürliches. Es ist nicht das Ergebnis einer Verschwörung. Vielmehr scheint es die einzige Lösung der einmal vorhandenen Probleme zu bilden [...]“⁴⁵

In dieser Konstellation bleiben von den vier genannten Gruppen in der kapitalistischen Wirtschaft nur die Manager unentbehrlich, also nach Burnhams Definition die Leiter und Koordinatoren des technischen Produktionsprozesses. Gewisse Agenden der zweiten Gruppe, der Geschäftsführer, die hauptsächlich für den Profit des Unternehmens verantwortlich waren, werden in das eigentliche Management integriert, wie etwa die Beschaffung der Rohstoffe, die Festlegung des Produktionsvolumens, die Einstellung und Entlassung von Arbeitskräften etc. Die Gruppen drei und vier, die Finanzkapitalisten und die Aktionäre, verlieren ihre Funktionen. Das Wirtschaftsmanagement verschmilzt mit dem staatlichen Management, es entsteht eine neue Oberschicht, welche die Produktionsmittel kontrolliert und gleichzeitig den Staat beherrscht.

Burnham leitet dieses Szenarium vorwiegend aus Entwicklungstendenzen in den USA ab, besonders Franklin D. Roosevelts *New Deal* interpretiert er als erste Wegstation zu einer Managergesellschaft. Eine solche zeichne sich hier erst schemenhaft ab, merkt er an, bei anderen politisch-gesellschaftlichen Erscheinungen der Zwischenkriegszeit, beim Stalinismus sowie beim Nationalsozialismus und Faschismus, seien die Konturen bereits ausgeprägter. Die Machtübernahme durch die Manager könne auf verschiedene Weise erfolgen, ein typisches Grundmuster tritt aber überall zutage. Dies versucht Burnham am Beispiel der Sowjetunion zu demonstrieren. Dort wird durch die Oktoberrevolution die Kapitalistenklasse beseitigt; begünstigt wird diese Umwälzung durch die geringe Entfaltung des russischen Kapitalismus, durch die Verknüpfung der Kapitalistenschicht mit dem schwächlichen zaristischen Regime und durch die verheerenden sozialen, wirtschaftlichen und menschlichen Folgen des Ersten Weltkriegs. Die Kontrolle über die Produktionsmittel fällt ganz im Sinne der reinen marxistischen Lehre anfangs an die Arbeiter.

45 Burnham, *Revolution*, 126.

Diese sind der Ansicht, die Revolution sei dazu da, sie von jeglicher Herrschaft und Ausbeutung zu befreien. Sie sehen in den Managern der Industrie ebenso wie in den Eigentümern die ausbeutenden Herren von gestern und vor allem von morgen. So beginnen die Arbeiter, die Fabriken selber zu betreiben. Diese revolutionäre ‚Arbeiterkontrolle‘ währt jedoch nicht lange. Schon Lenin und noch mehr seinem Nachfolger Stalin ist klar, dass ein tragfähiges wirtschaftliches Fundament für den Sowjetstaat nicht errichtet werden kann, wenn die Leitung der Betriebe wenig vorgebildeten Arbeitern überlassen bleibt. Sobald der neue Staat gefestigt ist, wird der Einfluss der Arbeiter immer mehr zurückgedrängt und ausgehöhlt. Manager aus der vorrevolutionären Zeit werden reaktiviert und ausländische ‚Bourgeois-Spezialisten‘ (eine Diktion Lenins) angeworben, welche den einheimischen Nachwuchs schulen.⁴⁶ Im politischen Bereich fällt ein Großteil der Revolutionäre der ersten Stunde den ‚Säuberungen‘ Stalins zum Opfer. Es entsteht eine neue politisch-ökonomische Führungsklasse, die Burnham so charakterisiert: Es sind die Männer, welche die „Fabriken, Zechen, Eisenbahnen betreiben, die leitenden Männer in den Kommissariaten und Vizekommissariaten für die Schwerindustrie und Leichtindustrie, für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen, die Leiter der großen Kolchosen, die erfahrenen Techniker der Propagandamaschine, die Chefs der zahllosen Massenorganisationen – kurzum die Manager; sie und ihre Genossen in Bürokratie, Militär und Polizei. Macht und Privilegien unterliegen ihrer Kontrolle ... Sie haben die Massen gebändigt und eine Gesellschaftsordnung eingeführt, in der sie die Spitze bilden, nicht weil die Produktionsmittel ihr Privateigentum wären, sondern weil sie allein die Macht im Staate haben, der mit der Wirtschaft verschmolzen worden ist“.⁴⁷

Das nationalsozialistische Deutschland beschreibt Burnham als einen „Managerstaat im Frühstadium“. Seiner Struktur nach ist er weniger entwickelt als der sowjetische, „managerielle Institutionen und Arbeitsweisen entwickeln sich innerhalb des noch vorhandenen kapitalistischen Kokons, der als Schutzmantel bestehen bleibt, zugleich aber auch das Leben in seinem Inneren verbirgt“.⁴⁸ Ebenso unterscheidet sich der deutsche Weg zur Managergesellschaft von dem der Sowjetunion. Nach dem Ersten Weltkrieg, so Burn-

46 Auch österreichische Fachkräfte gingen damals in die Sowjetunion. Einer von ihnen war Karl Waldbrunner, der nach dem Krieg zu einem der einflussreichsten sozialdemokratischen Politiker der Zweiten Republik werden sollte. Als ausgebildeter Elektro- und Maschinenbauingenieur war er zwischen 1932 und 1937 im Südrural beschäftigt. Manfred Zollinger, Karl Waldbrunner – Schnittstellen eines Lebens zwischen Industrie und Politik, in: Hannes Androsch, Anton Pelinka u. Manfred Zollinger (Hg.), Karl Waldbrunner. Pragmatischer Visionär für das neue Österreich, Wien 2006, 30–36.

47 Burnham, *Revolution*, 210.

48 Ebenda, 225.

hams Auslegung der deutschen Geschichte, wäre die Kapitalistenklasse eine Interessenkoalition mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften eingegangen, um einen Schutzwall gegen die sozialrevolutionären Strömungen zu errichten. Der Preis, den man dafür zahlen musste, waren nachhaltige sozialpolitische Zugeständnisse. Der Aufstieg des Nationalsozialismus erweckt jedoch in kapitalistischen Kreisen die Hoffnung, mit diesem neuen Bündnispartner, den man als ‚kleineres Übel‘ ansieht, der kapitalistischen Herrschaft die Gefolgschaft der Massen zu sichern. Das Kalkül sei jedoch nicht aufgegangen. Als Hitler die Macht übernimmt, werden so gut wie alle wirtschaftliche Bereiche einer strikten staatlichen Kontrolle unterworfen, der Dispositionsspielraum der Unternehmer wird eingeschränkt, die Produktion durch staatliche Stellen und Kommissionen reguliert; auch eine Reihe neuer Staatsbetriebe entsteht. Burnham widerspricht der Einschätzung, Deutschland habe deswegen Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit so rasch überwunden, weil es schon im Frieden auf eine Kriegswirtschaft eingeschwenkt sei. Alle großen Nationen, wendet er ein, seien stets auf die Eventualität eines Krieges vorbereitet. England und Frankreich z. B. hätten den Ersten Weltkrieg gewonnen und danach die Welt entsprechend ihrer Kriegsziele geordnet. Niemand habe davon gehört, dass seither „England seine Flotte versenkt oder seine Stützpunkte geschleift oder daß Frankreich die allgemeine Wehrpflicht beseitigt oder anstatt der Maginotlinie Arbeiterwohnungen gebaut hätte“.⁴⁹ Die wirtschaftlichen Erfolge bei der Krisenbekämpfung und die militärischen seit Ausbruch des Krieges seien darauf zurückzuführen, dass Deutschland nicht dem traditionellen Kapitalismus verhaftet bleibt, sondern den Pfad zur Managergesellschaft einschlägt. Dieser Prozess sei irreversibel, eine Umkehr werde auch dann nicht erfolgen, wenn Deutschland den Krieg verlieren sollte. Die einmal zur Macht gekommenen Manager würden sich nicht mehr aus ihren Positionen verdrängen lassen.

Burnham schneidet in diesem Zusammenhang eine naheliegende Frage an. Jene Staaten, die am weitesten auf dem Weg zur Managergesellschaft fortgeschritten sind – die Sowjetunion, Deutschland und Italien – entsprechen allesamt dem neuen Typus einer totalitären Diktatur, die früher nicht möglich war, da der Totalitarismus die Entwicklung der modernen Technik und insbesondere des Verkehrs- und Nachrichtenwesens voraussetzt. Heißt das, dass künftige Managergesellschaften totalitäre Gebilde sein werden? Burnham verneint dies. Für ihn sind Stalin, Hitler und Mussolini Personifizierungen der Übergangskrise, die verschwinden werden, sobald die strukturelle Festigung der Managergesellschaft abgeschlossen ist. Dann wird die totalitäre Phase einer demokratischen weichen. So wie im Kapitalismus die

49 Ebenda, 226.

Ausweitung des demokratischen Prinzips der Oberhoheit der Kapitalbesitzer nichts anhaben konnte, so wird auch für die herrschende Managerklasse ein gewisses Maß an Demokratie „ein vorzügliches Überdruckventil“ sein, durch das „die Gegner und die Massen Dampf abblasen können, ohne das Gesellschaftsgefüge zu erschüttern“.⁵⁰ Die neue Oberschicht werde eine „kontrollierte Demokratie“ der Gefahr vorziehen, gestürzt zu werden. Dies ändert jedoch nichts daran, dass die Managergesellschaft in ihrer Stratifikation ebenfalls eine Klassengesellschaft sein wird, mit Starken und Schwachen, Privilegierten und Unterdrückten, Herrschenden und Beherrschten. Und: „Es wird auch dort wie je in der Geschichte der Menschheit den Kampf um die Beute geben.“⁵¹

Das breite Echo, das Burnhams Buch auslöste, zeigt sich in einer Reihe prominenter Rezensenten, die sich mit ihm auseinandersetzten. Besonders die Creme des westlichen Marxismus fühlte sich herausgefordert. Eine seiner Galionsfiguren, Paul Sweezy, verfasste im Winter 1942 eine ausführliche Besprechung, in der er Burnhams Aussagen zu widerlegen trachtet. Er verwehrt sich dagegen, die sowjetische Gesellschaft als eine nicht sozialistische zu bezeichnen. Die Sowjetunion befinde sich noch in einem Transitionsstadium, und unter der ‚Diktatur des Proletariats‘ gehe es nicht, wie schon Friedrich Engels betonte, um Freiheit, sondern um das Niederringen der Gegner. Aber: „No relation of exploitation exists between controllers and workers. To say this is not at all to deny that there are among those in authority in the Soviet Union cases of individuals who are selfish, greedy, and who misuse their power for their own private ends; if this were not the case in a country with Russia’s history it would indeed be a miracle.“⁵² In den westlichen Industrieländern ändere das Vordringen der Manager nichts an den kapitalistischen Grundstrukturen, Manager seien lediglich „a new personnel for the old ruling class“.⁵³ Im Übrigen seien die politisch-gesellschaftlichen Erscheinungen, die Burnham ins Visier nimmt, auch das Aufkommen des Faschismus, besser mit der marxistischen, von Lenin (in Anschluss an Rudolf Hilferding) formulierten Konzeption des ‚Staatsmonopolistischen Kapitalismus‘ zu erklären, die von einer Verschmelzung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates ausgeht. Im Vergleich zu diesen marxistischen Einsichten, stellt er abschließend fest, „theories such as those of Burnham reveal themselves for what they are, hasty improvisations devoid alike of scientific validity and

50 Ebenda, 162.

51 Ebenda, 135.

52 Paul M. Sweezy, *The Illusion of the Managerial Revolution*, in: Ders., *The Present as History. Essays and Reviews on Capitalism and Socialism*, New York 1953, 62.

53 Ebenda, 58.

historical significance“.⁵⁴ Maurice Dobb hingegen, der mit seinem 1946 erschienen Buch *Studies in the Development of Capitalism* den Anstoß zur legendären ‚Dobb-Sweezy-Kontroverse‘ der 1950er und frühen 1960er Jahre gibt, in der es um eine marxistische Ausdeutung des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus geht⁵⁵, bestraft Burnham mit Anonymisierung. Nachdem er sich ebenfalls von der Auffassung distanziert, die ‚Trennung von Besitz und Kontrolle‘ sei derart weit gediehen, dass man nicht mehr von einem Kapitalismus im eigentlichen Sinn sprechen könne, fügt er (ohne Zitierung) mit spöttischem Unterton hinzu: „Ein Schriftsteller hat sogar herausgefunden, daß die ‚Revolution der Manager‘ eine weltweite Erscheinung unserer Tage sei.“⁵⁶

Milder geht der Sozialdemokrat Léon Blum mit Burnham ins Gericht. Blum, 1936/37, 1938 und dann nochmals 1946/47 französischer Ministerpräsident, steuert zur französischen Übersetzung von Burnhams Buch ein Vorwort bei, das in der österreichischen Ausgabe als Nachwort angefügt ist. Er attestiert Burnham „bestürzende Kühnheit“, mit der er gegen tief im sozialistischen Denken verwurzelte Überzeugungen Front mache, unterstreicht aber seine Gegenthese: „*Es ist möglich, das kapitalistische Privateigentum zu zerstören, ohne daß man den Kapitalismus zerstört.*“⁵⁷ Das ist dann der Fall, wenn an die Stelle des Privateigentums zwar Kollektiveigentum tritt, aber die Gesamtheit der vom Kapitalismus geschaffenen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse weiterbesteht: die Stellung des Arbeiters als Lohnempfänger, die autoritäre Betriebsführung durch den Arbeitgeber, die grundlegende Ungleichheit bei der Verteilung der Güter, das Einstreichen von Gewinnen, die von der Arbeit unabhängig sind und eine gesellschaftliche Hierarchie, in der die Ungleichheit aller Formen menschlichen Verhaltens ihren Niederschlag findet. So gesehen könne man das Sowjetsystem durchaus als Staatskapitalismus bezeichnen, aber auch Burnhams Managergesellschaft sei nur eine andere Ausprägung von Kapitalismus. Blum verweist auf den Kern von Marx’ Theorie, dass das Wesen des Sozialismus in der Emanzipation des Menschen liege. Die revolutionäre Umwälzung der Eigentums- und Produktionsverhältnisse sei kein Selbstzweck, sondern eine unerlässliche Voraussetzung für die Befreiung der menschlichen Persönlichkeit, die jedoch nur durch einen umfassenden Demokratisierungsprozess verwirklicht werden kann.

54 Ebenda, 66.

55 Bachinger u. Matis, *Entwicklungsdimensionen*, 381f.

56 Maurice Dobb, *Entwicklung des Kapitalismus. Vom Spätfeudalismus bis zur Gegenwart*, Köln, Berlin 1970, 346.

57 Léon Blum, *Die Revolution der Manager und die sozialistische Revolution*, in: Burnham, *Revolution*, 276.

Eine Stimme zu James Burnham sei noch erwähnt, jene des englischen Schriftstellers George Orwell, des Schöpfers von *Animal Farm* und von *1984*. Orwell, der im Spanischen Bürgerkrieg an der Seite der Republikaner kämpft und später Mitglied der *Labour Party* wird, gesteht in einem im Frühjahr 1946 veröffentlichten Essay Burnham zu, die Tendenzen der Gegenwart und der jüngeren Vergangenheit weitgehend objektiv nachgezeichnet zu haben: die ständig anwachsende Konzentration von Industrie- und Finanzmacht, die schwindende Bedeutung der Einzelkapitalisten, den Vormarsch einer neuen Managerklasse von Wissenschaftlern, Technikern und Bürokraten, die Schwäche des Proletariats gegenüber der staatlichen Zentralmacht, die Krise demokratischer Institutionen und das Auftreten von Einparteieregimes, abgestützt durch Polizeiterror und gefälschte Plebiszite. „All these things seem to point in the same direction. Burnham sees the trend and assumes that it is irresistible, rather a rabbit fascinated by a boa constrictor might assume that a boa constrictor is the strongest thing in the world.“⁵⁸ Orwell kritisiert vehement die Sicht Burnhams, die Menschheitsgeschichte sei ein einziger Kampf um die Macht. Er führe alle großen sozialen Bewegungen, alle Kriege, Revolutionen und politischen Programme auf die Ambition gesellschaftlicher Teilgruppen zurück, Macht für sich selbst zu gewinnen. Dabei blende er die Frage aus, warum vergleichsweise wenige Menschen diesen Machthunger besitzen; er gehe offensichtlich davon aus, dass dieses Streben in der ‚menschlichen Natur‘ nur einiger Machtmenschen verankert ist, welche die Masse der Menschen dominieren. Aus solchen problematischen Prämissen ziehe Burnham den Schluss, dass es grundsätzlich keine emanzipatorische Gesellschaft geben kann: „In effect, Burnham argues that because a society of free and equal human beings has never existed, it never can exist. By the same argument one could have demonstrated the impossibility of aeroplanes in 1900, or of motor cars in 1850.“⁵⁹ Angesichts der Niederlage Nazideutschlands merkt Orwell an: „Fortunately the ‚managers‘ are not so invincible as Burnham believes.“⁶⁰ Und der Sowjetunion stellt er 1946 die bemerkenswerte Prognose: „The Russian régime will either democratise itself, or it will perish.“⁶¹

58 George Orwell, James Burnham and the Managerial Revolution, in: Sonia Orwell u. Ian Angus (Ed.), *In Front of Your Nose 1945 – 1950. The Collected Essays, Journalism and Letters of Georg Orwell*, Vol. 4, New York, London 1968, 176. Die verschiedentlich vertretene These, Burnham habe Orwell zu seinem berühmten Buch *1984* inspiriert, lässt sich durch den Text nicht belegen. Auch die Herausgeber geben keinen Hinweis in diese Richtung.

59 Ebenda, 178.

60 Ebenda, 179.

61 Ebenda, 180.

3. Die Managerialisierung der Gegenwartsgesellschaft

Hat uns Burnhams Buch heute noch irgendetwas zu sagen? Die meisten werden wohl diese Frage entschieden verneinen. Ein Sieg des Nazismus als zivilisatorischer Supergau ist der Menschheit erspart geblieben, die faschistischen Flecken sind von der europäischen Landkarte verschwunden. Die Verstaatlichungswelle nach dem Zweiten Weltkrieg hat längst umfangreichen Reprivatisierungen Platz gemacht, das Sowjetsystem ist siebzigjährig von der historischen Bühne abgetreten. Und vor allem: Der Kapitalismus lebt, bis vor kurzem mit rosigen Wangen und hyperaktiver Vitalität. Burnhams Thesen, könnte das Urteil nach einem Schnellverfahren lauten, sind samt und sonders Fehleinschätzungen gewesen, seine Schrift ist zu Recht auf den Bibliothekshalden des kaum mehr Gelesenen gelandet. Entledigt man jedoch Burnhams Theorie aller historischen Accessoires und Ummantelungen und schält ihren Kern heraus, dann bietet sie durchaus interessante Ansatzpunkte für eine sozioökonomische Analyse der Gegenwart.

Sozialwissenschaftler pflegen zumeist die kapitalistische Entwicklung seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert mit dem Begriff ‚Organisierter Kapitalismus‘ zu umschreiben. Er geht auf Rudolf Hilferding zurück, der 1915 in einem Aufsatz einen bemerkenswerten reformistischen Schwenk im Vergleich zu seinem Hauptwerk *Das Finanzkapital* von 1910 vornimmt. Darin hatte er noch die orthodoxe marxistische Überzeugung vertreten, die vergesellschaftende Funktion des Finanzkapitals, also die Beherrschung der monopolistisch organisierten Industrie durch eine kleine Zahl von Großbanken, stelle eine Schlussetappe des Kapitalismus dar, da es nur mehr gelte, eine zahlenmäßig kleine Machtelite revolutionär zu expropriieren, damit die ‚Diktatur der Kapitalmagnaten‘ in die ‚Diktatur des Proletariats‘ umschlage.⁶²

Unter dem Eindruck der sich ausformenden Kriegswirtschaft räumt er 1915 ein, die Tendenz des Finanzkapitals, die Anarchie der Produktion zu mildern, enthalte Keime zu einer Umwandlung der anarchisch-kapitalistischen in eine organisiert-kapitalistische Wirtschaftsordnung. Die Steigerung der Staatsmacht und der Funktionswandel des bürgerlichen Staates wirken in dieselbe Richtung: „Anstelle des Sieges des Sozialismus erscheint eine Gesellschaft zwar organisierter, aber herrschaftlich, nicht demokratisch organisierter Wirtschaft möglich, an deren Spitze die vereinigten Mächte der kapitalistischen Monopole und des Staates stünden, unter denen die arbeitenden Massen in hierarchischer Gliederung als Beamte der Produktion tätig wären. Anstelle der Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft durch den So-

62 Hilferding, *Finanzkapital*, 2. Bd, 507.

zialismus träte die den unmittelbaren materiellen Bedürfnissen der Klassen besser als bisher angepaßte Gesellschaft eines organisierten Kapitalismus.“⁶³

In den frühen 1970er Jahren wird Hilferdings Konzeptualisierung eines Organisierten Kapitalismus von deutschen Sozialwissenschaftlern wiederentdeckt und zu einem Idealtypus ausgebaut. Verstanden wird nun darunter „ein Bündel zentraler, miteinander verflochtener Veränderungen [...], die in kapitalistisch strukturierten Industrialisierungsprozessen in einem fortgeschrittenen Stadium [...] aufzutreten begannen“.⁶⁴ Als charakteristische Merkmale werden hervorgehoben: die Entstehung von Großunternehmen als Ausdruck von Konzentrations- und Zentralisationsbewegungen in der Industrie, im Bankwesen und ansatzweise auch im Sektor Handel und Versicherungen; oligopolistische und monopolistische Strategien, die das ‚freie Spiel der Kräfte‘ einschränken; die Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital. In den großen Kapitalgesellschaften vollzieht sich die Trennung von Besitz und Kontrolle, die meisten Unternehmerfunktionen geraten in die Hände von leitenden Angestellten; daraus resultiert die Tendenz zu einer systematischen, verwissenschaftlichten Unternehmensführung und zu einer unternehmensspezifischen Bürokratisierung. Die Organisierung der Arbeiter in Gewerkschaften und der Unternehmer in Unternehmerverbände verändern die Formen des Klassenkonflikts. Es kommt zu einer engen Verknüpfung der sozioökonomischen und der staatlichen Ebene: Die mangelnde Selbstregulierung des Marktes erfordert Interventionen des Staates in Form von zollpolitischen Maßnahmen, außenwirtschaftlichen Aktivitäten, staatlichen Aufträgen (nicht zuletzt im Rüstungsbereich), Subventionen und Investitionen in Verkehrsinfrastruktur und Bildung. Die Ausweitung der Staatstätigkeit bewirkt eine gewisse Umstrukturierung der Staatsverwaltung „vom Typ der Ordnungs- zu dem der Leistungsverwaltung“.⁶⁵ Und schließlich treten neue kollektive Mentalitäten in den Vordergrund, z.B. die Bewunderung für ‚Wissenschaftlichkeit‘ und ‚Organisation‘. Dieser Idealtypus ‚Organisierter Kapitalismus‘ ist ein theoretischer Raster, der für die kapitalistische Entwicklung über den Zweiten Weltkrieg hinaus erhebliche Erklärungskraft besitzt. Die fordistisch-keynesianische Wachstumsperiode nach 1945, oft als ‚Goldenes Zeitalter‘ bezeichnet, mit ihrer Ausrichtung auf eine Massenproduktion für den Massenbedarf, dem weitgehenden Machtgleichgewicht zwischen Gewerkschaften und Unternehmern, mit dem Ausbau des Wohlfahrtsstaates und der Wirtschaftspolitik einer keynesianischen Nachfragesteuerung lässt sich unschwer in das Schema des ‚Organisierten Kapitalismus‘ integrieren.

63 Rudolf Hilferding, *Arbeitsgemeinschaft der Klassen?*, in: *Der Kampf VIII* (1915), 322.

64 Jürgen Kocka, *Organisierter Kapitalismus oder Staatsmonopolistischer Kapitalismus?*, in: Heinrich August Winkler (Hg.), *Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge*, Göttingen 1974, 20.

65 Ebenda, 23.

Seit Mitte der 1970er Jahre wird jedoch diese Folie zunehmend untauglicher, mit guten Gründen kommt die Rede vom Ende des Organisierten Kapitalismus⁶⁶ und von seinem Übergang zu einem *disorganized capitalism*⁶⁷ auf. Es wird auf neue Erscheinungsformen hingewiesen, die sich mit dem Bild eines Organisierten Kapitalismus nicht mehr vereinbaren lassen: schwindender Staatseinfluss und fortschreitende Deregulierung der Märkte; erhöhte Unabhängigkeit großer transnationaler Unternehmen von einer direkten nationalstaatlichen Kontrolle; eine tendenzielle Entkoppelung von Industrie und Großbanken; wachsende soziale Mobilität, Flexibilisierung der Arbeitsorganisation und Reduzierung der Kernarbeiterklasse; Bedeutungsverlust der Gewerkschaften; unverkennbare Auflösung des Klassencharakters der politischen Parteien und ihre Wandlung zu ‚*catch-all*‘ *parties*; Lockerung der sozialen Kohäsion und Individualisierung als Lebensentwurf; Auftauchen und massenhafte Verbreitung neuer kultureller Codes.⁶⁸

Wie sollen diese Entwicklungstendenzen der letzten 30 Jahre in den Gang der kapitalistischen Dinge eingeordnet werden? Etikettierungsvorschläge und -angebote gibt es viele: nachindustrielle Gesellschaft, postmoderne Gesellschaft, Postfordismus, Informationsgesellschaft, Wissensgesellschaft, Risikogesellschaft und Weltrisikogesellschaft, Globalisierung usw. All diese Begriffe mögen Teilaspekte des sozioökonomischen Wandlungsprozesses abdecken, aber eben nur Segmente. Dies gilt auch für die zum gängigen Schlagwort verkommene rhetorische Figur vom ‚Neoliberalismus‘. Was ist darunter zu verstehen? Ein bloßes Wiederaufleben des Laissez-faire-Liberalismus des 19. Jahrhunderts, also ein Atavismus? In seiner ursprünglichen Bedeutung kennzeichnet der Begriff ‚Neoliberalismus‘ den Ordoliberalismus der Freiburger Schule und den soziologischen Liberalismus von Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow und Alfred Müller-Armack, die in ihrer kritischen Haltung zum ‚alten‘ Liberalismus die Grundlagen für die spätere Soziale Marktwirtschaft schaffen.⁶⁹ Bei der neuen, vorwiegend pejorativ konnotierten Verwendung des Wortes ‚Neoliberalismus‘⁷⁰ handelt es sich – das gilt auch für Verbalismen wie ‚Marktradikalismus‘ und ‚Marktfundamentalismus‘ – im Grunde um eine vage Signalerhetik, um den Kontrast

66 Scott Lash u. John Urry, *The End of Organized Capitalism*, Cambridge 1987.

67 Claus Offe, *Disorganized Capitalism. Contemporary Transformations of Work and Politics*, ed. by John Keane, Cambridge 1985.

68 Lash u. Urry, *End*, 5ff.

69 Andreas Renner, *Die zwei „Neoliberalismen“*. http://www.tristan-abromeit.de/pdf/MdB_Gruene_Anhang_I.pdf (24. Juni 2010)

70 Diese neue Wortbedeutung geht auf oppositionelle chilenische Wissenschaftler zurück, die in den 1970er Jahren mit der Bezeichnung *neoliberalismo* die von den Ideen der Chicagoer Schule um Milton Friedman beeinflusste radikale Politik unter Pinochet kritisierten.

zum affirmativ besetzten Konzept des Wohlfahrtsstaates hervorzukehren. Wie auch immer, für eine sozioökonomische Analyse kapitalistischer Verläufe ist der Begriff ‚Neoliberalismus‘ wenig brauchbar.

Kehren wir zu James Burnham zurück. Wie dargelegt, geht er von drei grundlegenden Strukturelementen aus, die jede Gesellschaftsformation bestimmen. Erstens: Es gibt in jeder Gesellschaft eine herrschende Schicht, deren Stellung aus der Kontrolle über die Produktionsmittel resultiert. Zweitens: Die herrschende Klasse steht in einem spezifischen Verhältnis zum Staat, sei es, dass sie ein symbiotisches Verhältnis mit ihm eingeht, sei es, dass sie ihn zu minimalisieren versucht. Drittens: Jede stabile Gesellschaftsordnung braucht als unentbehrliches Bindemittel eine von der Masse der Bevölkerung akzeptierte Ideologie, durch welche die Herrschaft der Oberschicht legitimiert wird. Versuchen wir mit diesem analytischen Werkzeugkasten den Entwicklungen der letzten drei Jahrzehnte näher zu kommen. Dass heute eine Managerschicht weitgehend die Kontrolle über die Produktionsmittel übernommen und die wirtschaftlichen Kommandohöhen besetzt hat – und zwar in einem weitaus größeren Ausmaß als zu Beginn der 1940er Jahre, als Burnham sein Buch schrieb – ist eine ebenso unbestreitbare wie triviale Feststellung.⁷¹ Große Einzelkapitalisten oder großkapitalistische Familien sind zwar

71 Der Titel eines Buches des schon früher erwähnten Adolf A. Berle *Power without Property* wurde zu einem geflügelten Wort. Adolf A. Berle, *Power without Property*, New York 1959 (dt.: *Macht ohne Eigentum*, Meisenheim am Glan 1967). Spätere Untersuchungen gelangten ebenfalls zu dem Ergebnis, dass in den Industrieländern wesentliche Teile der Wirtschaft einer Managerkontrolle unterworfen sind. Vergleichende Studien zeigen aber, dass die Verfügungsmacht traditioneller Familieneigentümer noch immer beträchtlich sein kann. Moniert wird auch, dass das herkömmliche methodische Instrumentarium kaum ausreiche, um das Einflussdefizit der Eigentümer bzw. eine ‚Revolution der Manager‘ nachzuweisen. Michael Nollert, *Unternehmensverflechtungen in Westeuropa. Nationale und transnationale Netzwerke von Unternehmen, Aufsichtsräten und Managern*. Soziopulse – Studien zur Wirtschaftssoziologie u. Sozialpolitik, Bd. 3, Münster 2005, 404. Besonders von Regulations-theoretikern wird der ‚Managerkapitalismus‘ als Signum der fordistischen Periode angesehen. Mit der Ausformung eines postfordistischen Akkumulationsregimes sei jedoch die *managerial revolution*, also die Verlagerung der Unternehmenskontrolle auf das Management, auf eine Art ‚Konterrevolution‘ der Eigentümer gestoßen, die den Übergang von einem ‚Managerkapitalismus‘ zu einem ‚Aktionärskapitalismus‘ ausgelöst habe. Unter dem Shareholder-Value-Motto würden die Interessen der Aktionäre, also der Besitzer der Unternehmen, zunehmend an Gewicht gewinnen. Stefan Kühl, *Profit als Mythos. Über den Erfolg und Misserfolg im Exit-Kapitalismus*, in: Paul Windolf (Hg.), *Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen*. Kölner Zeitschrift. Soziologie u. Sozialpsychologie, Sonderheft 45 (2005), 123. Andere Autoren wie Klaus Dörre und Ulrich Brinkmann halten dem entgegen: „Die aktionärsorientierte Unternehmensführung verhilft, darauf deuten auch empirische Befunde hin [...], einer neuen Managerelite zum Durchbruch, die sich

nicht von der Bildfläche verschwunden, aber deutlich in den Hintergrund getreten. Entscheidender ist jedoch, dass sich die Managementprinzipien über den wirtschaftlichen Bereich hinaus ausgebreitet und innergesellschaftliche wie nationalstaatliche Grenzen gesprengt haben. Es hat sich eine neue globale Managerelite herausgebildet, eine wissenschaftlich-technische Herrschaft von Experten, welche die alten Strukturen zunehmend erodiert. Sie sind – vernetzt mit großen, ebenfalls manageriell strukturierten Organisationen wie der OECD, der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Welthandelsorganisation (WTO) – zu Trägern neuer Paradigmen geworden, die eine Ökonomisierung aller politischen und gesellschaftlichen Bereiche intendieren.

So gesehen kann der schwindende Staatseinfluss in den industriekapitalistischen Ländern nicht einfach als erfolgreiche Strategie des wieder erstarkten Kapitalismus gesehen werden, dem liberalen Staatsmodell des 19. Jahrhunderts neues Leben einzuhauchen, d. h. den Staat auf seine Kernkompetenzen Rechtswesen und innere sowie äußere Sicherheit zurechtzustutzen. Es ist nicht die Wiederauferstehung des bürgerlichen Staates, die wir heute erleben, sondern die Wirkungszusammenhänge sind völlig andere. „Das transnationale Feld der Politik“, so der renommierte Bamberger Soziologe Richard Münch, „überlagert das nationale, in dem die politischen und administrativen Eliten (Regierungen, Parlamente, Parteien und Verbände) die Oberhand haben, während sich die Experten, Manager und Unternehmensberater in einer untergeordneten Position befinden. In dem klassischen Modell der demokratischen Herrschaft im Nationalstaat haben die Medien und die Wissenschaft eine dienende, eher informierende Funktion. Im Feld der transnationalen Politik übernehmen jedoch die wissenschaftliche und die wirtschaftliche Elite gemeinsam das Regiment, während sich die alten Partei-, Verwaltungs- und Verbandseliten unterordnen müssen. Die Wissenschaft wird nun selbst zur Herrscherin über die Politik, die Massenmedien konstruieren eher die politische Realität, als dass sie über das politische Geschehen informieren. Die legitime Form demokratischer Herrschaft im Nationalstaat wird so von nichtlegitimer, wissenschaftlich angeleiteter Governance dominiert.“⁷²

weder einem kollektiven Unternehmenswillen verpflichtet noch auf Wachstumsziele festlegen lässt, sondern stattdessen von einer hohen Übereinstimmung zwischen Eigen- und Unternehmensinteressen ausgeht und das Streben nach kurzfristiger Gewinnmaximierung ins Zentrum des eigenen Handelns stellt. Insofern bleibt der im Shareholder-Value-Konzept formulierte Anspruch einer wirksamen Kontrolle des strategiefähigen Managements ein frommer Wunsch.“ Klaus Dörre u. Ulrich Brinkmann, Finanzmarkt-Kapitalismus: Triebkraft eines flexiblen Produktionsmodells?, in: Windolf (Hg.), Finanzmarkt-Kapitalismus, 101.

72 Richard Münch, Globale Eliten, lokale Autoritäten. Bildung und Wissenschaft unter dem Regime von PISA, McKinsey & Co., Frankfurt/Main 2009, 24.

Der Staat wird mit einem Unternehmen gleichgesetzt, das nach manageriellen Gesichtspunkten zu organisieren ist und das mit seinen Dienstleistungen im Wettbewerb mit anderen, privaten Anbietern steht. Unterstellt wird dabei, dass die herkömmliche bürokratische Verwaltung unter mangelnder Flexibilität, grenzenloser Aufblähung, wachsender Unfinanzierbarkeit und unzureichender Servicequalität für die Bürger leidet. „Aus der Umwandlung von Verwaltungsbehörden in öffentliche oder noch besser private Dienstleistungsunternehmen verspricht man sich spiegelbildlich mehr Flexibilität, Kostenbewusstsein und Servicequalität [...] An die Stelle bürokratischer Regeln – aber auch an die Stelle von Handeln nach Maßgabe von professionellen Ethiken – treten Kontraktmanagement mit Zielvereinbarungen, Outputorientierung statt Regeltreue bzw. Berufsethik, Controlling, Kosten- und Leistungsrechnung, Berichtswesen, Budgetierung, Kundenservice, prozessorientierte Organisation, Qualitätsmanagement und Benchmarking in die Konkurrenz mit vergleichbaren Leistungsanbietern.“⁷³ Die von James Burnham vorausgesagte ökonomisch-wissenschaftlich-politische Managermacht ist Realität geworden, allerdings unter Aufrechterhaltung kapitalistischer Verhältnisse. Auch dort, wo diese weniger ausgeprägt sind, lassen sich ähnliche Grundströmungen beobachten. Es ist hier nicht Platz, die sozioökonomische Struktur Russlands oder Chinas näher zu beleuchten. Angesichts der engen Verklammerung einer politischen und wirtschaftlichen Elite⁷⁴ entspricht sie vielleicht noch mehr Burnhams Vorstellung von einem Managerstaat. Auch hier handelt es sich aber nicht um einen neuen Gesellschaftstypus jenseits von Kapitalismus und Sozialismus, sondern diese Gesellschaften sind in einer diffusen Zwischenwelt von verblässigendem Sozialismus und aufkommendem Kapitalismus angesiedelt.

Am präzisesten lässt sich wohl diese Entwicklung der letzten Jahrzehnten mit dem Begriff ‚managerieller Globalkapitalismus‘ fassen. Die Betonung liegt auf dem Adjektiv ‚manageriell‘, ein Globalkapitalismus existiert schon länger, auch wenn die aktuelle Globalisierungsdiskussion anderes suggeriert. Zu Recht weist beispielsweise Immanuel Wallerstein in seiner Welt-System-Theorie darauf hin, dass es seit dem 19. Jahrhundert nur mehr ein kapitalistisches Welt-System gibt, abgestuft in Kernländer, Semiperipherie und Peripherie; ‚externe Arenen‘, also nicht in das System integrierte Regi-

73 Ebenda, 18.

74 Von den mehr als 3200 Chinesen mit einem Privatvermögen von mindestens zehn Millionen Euro, wird berichtet, sind über 90 Prozent Abkömmlinge der höheren Parteikader. Vor allem in den Wirtschaftszweigen Finanzen, Außenhandel, Länderschließung und Großkonstruktionen haben sie 85 bis 90 Prozent der Schlüsselpositionen inne. Carsten Holz, *Have China Scholars All Been Bought?*, in: *Far East. Economic Review* (April 2007).

onen, sind verschwunden.⁷⁵ Kennzeichnend für den rezenten Globalkapitalismus sind jedoch weltweite managerielle Netzwerke, die nicht zuletzt auch durch die rasanten Fortschritte in der Kommunikationstechnologie möglich werden. Aus dieser Perspektive lässt sich die kapitalistische Entwicklung der letzten 130 Jahre etwas anders interpretieren, als dies gewöhnlich getan wird. Das zentrale, sich im ausgehenden 19. Jahrhundert ausformende Moment ist die allmähliche Übernahme der Kontrolle über die Produktionsmittel durch eine Managerschicht. Dieser bestimmende Entwicklungszug wird aber nahezu ein Jahrhundert lang durch krisenhafte Ereignisse überlagert und modifiziert: durch die stagnative Phase nach der Weltwirtschaftskrise von 1873 (die andererseits die Tendenz zu Großunternehmen verstärkt, weil solche als krisenresistenter angesehen werden), durch die beiden Weltkriege und die schwere Depression der 1930er Jahre, die spezifische gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Organisationsmuster nach sich ziehen.⁷⁶ Die fordistisch-keynesianische Phase nach dem Zweiten Weltkrieg ist Resultat dieser Krisenerfahrung, in ihr wird – begünstigt durch ein gesellschaftliches Machtgleichgewicht – der Versuch unternommen, künftig derartige sozioökonomische Verwerfungen hintanzuhalten. Als seit den 1970er Jahren die gesellschaftliche Erinnerung an das vorangegangene Krisenjahrhundert zu verblasen beginnt und in der Folge durch den Zerfall des sowjetischen Machtblocks die weltgesellschaftliche Systemkonkurrenz endet, gelangt der immanente managerielle Wesenszug des entfalteten Kapitalismus voll zum Durchbruch, weitet sich auf Politik und Gesellschaft aus und bekommt einen transnationalen Charakter.

Wenn wir tatsächlich in einer Managergesellschaft angekommen sind, müsste das – Burnham zufolge – auch im ideologischen Raum sichtbar werden. Ideologien sind für ihn „der Mörtel, welcher das Gesellschaftsgefüge zusammenhält; lockert sich der Mörtel, so droht das Gefüge zusammenzubrechen“.⁷⁷ Eine Ideologie, die erfolgreich als soziales Bindemittel fungieren will, steht vor drei Aufgaben. Zum einen muss sie den Interessen der herrschenden Oberschicht dienen, zum anderen der Masse der Menschen in irgendeiner, und sei es noch so nebelhafter Weise als Ausdruck ihrer Interessen erscheinen. Außerdem wird jede aufsteigende Ideologie darauf abzielen,

75 Immanuel Wallerstein, Aufstieg und künftiger Niedergang des kapitalistischen Weltsystems. Zur Grundlegung vergleichender Analyse, in: Dieter Senghaas (Hg.), Kapitalistische Weltökonomie. Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik, 2. Aufl., Frankfurt/Main 1982, 55.

76 Die Sowjetunion, die vom zaristischen Regime nur schwache industrielle Ressourcen erbt, setzt unter Stalin eine nachholende, an westlichen Vorbildern orientierte Industrialisierung in Gang, in deren Verlauf sie nahezu zwangsläufig managerielle Strukturen implementieren muss.

77 Burnham, Revolution, 41.

die alten Leitvorstellungen zu untergraben. Die heute vorherrschende, so genannte ‚neoliberale‘ Ideologie deckt alle drei dieser Anforderungen ab. Es ist ihr gelungen, die Idee des Wohlfahrtsstaates nachhaltig zu erschüttern, welche die soziale Klammer in der fordistisch-keynesianischen Nachkriegsära bildete. Dem Staat wird in der Erwartung vieler nicht mehr zugetraut, ihren Lebensstandard zu heben und abzusichern; nicht einmal in der Altersvorsorge wird er mehr als ausreichend kompetent erachtet. Dieser Stimmungswandel wird mitunter als Umschlag von einer Staatsgläubigkeit in eine Marktgläubigkeit interpretiert. Der Markt sei zu einer absoluten Instanz geworden, zu einer wohlwollenden Gottheit, die am besten für alle sorgt. Aber Abstrakta wie Markt, Staat oder auch Gott – das zeigen alle Religionen – sind wenig geeignet, Verankerung in einer Massengläubigkeit zu finden: Diese Funktion erfüllen nur, paradox formuliert, ‚personifizierte Abstrakta‘, ein Gott als gütiger oder auch strafender Vater, der Wohlfahrtsstaat als Zusammenspiel von Vertrauen erweckenden Politikern, Arbeiter- und Wirtschaftsführern, die sich für das Wohl der Gesamtheit einsetzen. Das Abstraktum Markt verkörpert sich in der Gestalt von Managern und Experten⁷⁸, von ‚Machern‘, die nunmehr als Garanten für ein besseres Leben der übrigen Bevölkerung angesehen werden. Aus diesem Blickwinkel bekommt die ebenso verschwommene wie viel bemühte Beschwörung von gesellschaftlichen ‚Leistungsträgern‘ Konkretheit. Gemeint sind damit nicht alle ‚Fleißigen und Braven‘, wie das bisweilen in populistischen Inszenierungen kundgetan wird, sondern eben Manager und Experten. Deren vielfach exorbitant hohen Einkommen und deren Privilegien sind (bis vor kurzem zumindest) kein Gegenstand gesellschaftlicher Neidgefühle, sie werden gleichsam als gesellschaftliche Führungsprämien akzeptiert. Die vergleichsweise niedrigen Gehälter der Politiker, denen nicht mehr der Status von Leistungsträgern zuerkannt wird, geraten hingegen in das Fadenkreuz medialer Kampagnen.

Die Ideologie einer neuen Managergesellschaft findet noch in vielen anderen Formen ihren Niederschlag. Die Rhetorik einer Managerelite hat inzwischen zahlreiche außerökonomische Sprachfelder erobert, Vokabeln wie ‚Effizienz‘, ‚Profilbildung‘, ‚Kernkompetenzen‘, ‚Qualitätssicherung‘ usw. sind allgegenwärtig.⁷⁹ Neue Sozialisationsformen und -muster entstehen, neue Leitbilder als Orientierungsrahmen für die Lebensführung: Der Mensch

78 Manche von ihnen folgten, Einkommensverluste in Kauf nehmend, den Ruf der Politik, da man sich von ihren ‚Macherqualitäten‘ parteipolitische Erfolge versprach. In Österreich waren Franz Vranitzky (1986 – 1997) und Viktor Klima (1997 – 2000) die ersten Bundeskanzler in der Geschichte der Republik, die aus der Managerschicht kamen.

79 Richard Münch, *Die akademische Elite. Zur sozialen Konstruktion wissenschaftlicher Exzellenz*, Frankfurt/Main 2007, 29.

als Manager seiner Selbst, als ‚Ich-AG‘, immer mehr befreit von lokalen Kollektivbindungen, immer mehr unterworfen den Gesetzen des Marktes. In geradezu exemplarischer Weise lassen sich diese rasanten Terraingewinne einer ideologischen Offensive an den Universitäten beobachten. Ein Satz von James Burnham sei vorangestellt. Eine Managergesellschaft, schreibt er, werde durch die Beherrschung des Erziehungs- und Ausbildungswesens imstande sein, „in gewissem Umfang die Auswahl ihres Nachwuchses zu kontrollieren. So wird die Oberschicht der Manager von Generation zu Generation eine immer festere Kontinuität erreichen“.⁸⁰ Heute werden Universitäten, entdemokratisiert und mit straffen Hierarchien versehen, im Stil wirtschaftlicher Unternehmen geführt, die mit anderen in einem zum Teil selbst auferlegten Wettbewerb stehen. Die prinzipiell inkommensurablen Tätigkeiten und Leistungen von Wissenschaftlern werden in scheinkommensurable Schemata gepresst und problematischen bis absurden manageriellen Messungs- und Kontrollverfahren unterzogen. Es wird nicht mehr Bildung vermittelt, sondern Humankapital produziert. Den Studierenden gaukelt man vor, sie zu globalen Eliten auf einem universalen Markt auszubilden. In Wirklichkeit erfolgt die Rekrutierung für eine Oberschicht an Managern und Experten zunehmend in neu errichteten, amerikanischen Vorbildern folgenden Eliteuniversitäten, die als ‚Leuchttürme‘ in der Universitätslandschaft gefeiert werden. All diese – hier nur impressionistisch skizzierte – Durchtränkung immer größerer Teile der Gesellschaft mit einer manageriellen Logik möchte ich als ‚Managerialisierung der Gesellschaft‘ bezeichnen – zugegeben, das ist keine sehr elegante Wortschöpfung, feinnervige Sprachästheten unter den Leserinnen und Lesern mögen mir verzeihen.

Zurzeit hütet der Kapitalismus nach heftigem Spekulationsfieber mit akuten Kreislaufstörungen des Krankenbett. Gepflegt und umsorgt wird er durch eine Schar staatlicher Mediziner, die ihm aufwändige Infusionen verabreichen, damit er wieder zu Kräften kommt. Und er wird sich erholen, kein Bulletin geht davon aus, dass er auf dem Sterbebett liegt. Wie immer die Konsequenzen der derzeitigen schweren Wirtschaftskrise sein werden, ob – wie nach 1873 und 1929 – eine Phase vermehrten Staatseinflusses eintritt oder ob man ohne Umschweife zum *capitalism as usual* zurückkehrt, der gesundete Globalkapitalismus wird weiterhin tiefgreifende managerielle Züge aufweisen. Das mag keine gute Prognose für manche junge und künftige Wissenschaftler sein. Die jeweilige Oberschicht kriert die Herrschaftsideologien niemals selbst, betont Burnham, sondern sie überlässt das Intellektuellen. In einer globalen Managergesellschaft müssen sich Wissenschaftler, zumal Sozialwissenschaftler, mehr denn je den dominanten Paradigmen anpassen, sie

80 Burnham, *Revolution*, 124.

verbreiten und neue Legitimationsideologien produzieren. Kritische Geis-tern, die sich dem verwehren, bleibt entweder eine Universitätslaufbahn ver-schlossen oder sie fristen in den Favelas des wissenschaftlichen Prekariats ein randständiges Leben. Darüber hinaus mag das keine gute Prognose für all jene sein, die den Traum von einer humaneren, gerechteren, emanzipatori-schen Welt noch nicht begraben haben. Die alten Klassenstrukturen lösen sich zwar auf, neue beginnen sich jedoch augenfällig abzuzeichnen. An der Spit-ze steht eine kleine Elite von Spitzenmanagern und Experten, mit Privilegien und entsprechendem ‚Elitebewusstsein‘ ausgestattet, darunter ist eine brei-te Mittelschicht gelagert, die über ein standardisiertes Wissen verfügt, nach unten fällt die neue Unterschicht der Schulversager und Geringqualifizierten heraus. Um nochmals Richard Münch das Wort zu geben: „Die Gesellschaft wird somit in Zukunft durch eine wesentlich ausgeprägtere Stratifikation ge-kennzeichnet sein [...] Wegen der kumulativen Effekte der Statusreprodu-ktion über Generationen hinweg wird sich die neue Gesellschaft durch ein ge-ringeres Maß an Mobilität auszeichnen [...] Die Eliteinstitutionen werden ihre Schüler und Studenten aus vorgelagerten Eliteeinrichtungen und ‚Elite-familien‘ rekrutieren, die Standardinstitutionen der Mitte werden aus vorge-lagerten Standardschulen und ‚-familien‘ diejenige Klientel an sich ziehen, die nichts anderes erwartet, als Kompetenz durch standardisierte Wissensver-mittlung zu erwerben. Am unteren Ende finden sich diejenigen Institutionen, die darauf eingestellt sind, sich um die kompensatorische Betreuung der neu-en Unterschicht zu kümmern. Das neue System schafft sich durch Sozialisa-tion genau diejenige Klientel, die es für seine eigene Fortexistenz braucht.“⁸¹ Und die neue Klassengesellschaft wird, wie Burnham hervorhebt, vielleicht mehr als frühere eine ‚Beutegesellschaft‘ sein. Aber das ‚Prinzip Hoffnung‘ (Ernst Bloch) bleibt: Die Geschichte fügt sich nur selten den Prognosen.

81 Münch, Globale Eliten, 89f.

Sozialistische Wirtschaftsordnung gegen privates Unternehmertum: Zur Grundsatzdiskussion der Verstaatlichung in Österreich

Dieter Stiefel

In einer Zeit politischer, sozialer und wirtschaftlicher Krise scheint sich die Möglichkeit aufzutun, die Weichen neu zu stellen. Dementsprechend wird die politische Diskussion grundsätzlich. In einer solchen Situation befand sich Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. In ‚Osten‘ entstanden Volksdemokratien, aber auch im ‚Westen‘ gewann die Arbeiterbewegung einen starken Einfluss und versuchte ihre Vorstellungen durchzusetzen. Hier war sie aber mit Beharrungstendenzen und Widerständen konfrontiert, die letztlich zu gemischten Wirtschaftsordnungen führten. Diese grundsätzliche politische Auseinandersetzung zog sich in Österreich bis in die 1950er Jahre und wurde vor allem um die Verstaatlichung geführt.

Am 26. Juli 1946 wurden die drei großen Banken und 71 Industrieunternehmen verstaatlicht. Das waren etwa 20 Prozent der österreichischen Industrie, Kohlengruben, Erdölgewinnungs- und Raffinerieanlagen, Hüttenwerke für Stahl und Eisen, Unternehmen der Elektroindustrie, Lokomotiv-, Waggon- und Schiffbau, Maschinen- und Metallwarenfabriken, die Österreichischen Stickstoffwerke und die Erste Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft. Durch das Bundesgesetz vom 26. März 1947 wurde auch die Elektrizitätswirtschaft verstaatlicht beziehungsweise in das Eigentum der einzelnen Bundesländer überführt. Damit war die gesamte Elektrizitätswirtschaft in öffentlicher Hand.¹ Die Gründe hierfür waren offensichtlich: Einmal, um das von den Alliierten als Reparation beanspruchte ‚Deutsche Eigentum‘ in Österreich nicht ans Ausland gehen zu lassen, und zum zweiten, da der hohe Ka-

1 Soweit die Anlagen über 200 kW hinausgingen und nicht zu den Eigenversorgungsanlagen von Betrieben gehörten.

pitalbedarf dieser Unternehmen im Wiederaufbau nur noch vom Staat aufgebracht werden konnte. Die westlichen Besatzungsmächte akzeptierten unter Vorbehalt die Verstaatlichung, finanzielle Forderungen ihrer Staatsbürger waren erst beim Staatsvertrag zu regeln. Die Sowjetunion jedoch beschlagnahmte in ihrem Besatzungsgebiet was sie als ‚Deutsches Eigentum‘ ansah und führte sie in Eigenregie unter dem Titel ‚USIA‘ bis zum Abzug der Truppen 1955.²

Die Vorstellungen der SPÖ waren ursprünglich viel weiter gegangen. Sie sahen die Verstaatlichung von 1.200 Großbetrieben vor.³ Das ganze Volk verlange, stellte Paul Speiser (SPÖ) 1946 im Nationalrat fest, dass „endlich Fortschritte in der Frage der Verstaatlichung, Kommunalisierung oder Vergenossenschaftlichung gemacht werden“, und er zählte die Banken und Versicherungsanstalten auf, die Bergwerke, Ölgruben und Kraftwerke, die Großunternehmen der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie, die Baustoff- und chemische Industrie und die Lebensmittelproduktion und den landwirtschaftlichen Großgrundbesitz.⁴ Der Umfang der Verstaatlichung war daher zwischen den Parteien heftig umstritten. Schließlich setzte sich aber die ÖVP durch, und es wurden nicht ganze Wirtschaftszweige, sondern genau aufgezählte Unternehmen verstaatlicht.⁵ „Entgegen dem ursprünglichen Verstaatlichungsprogramm der SPÖ waren darin nicht enthalten die Baumaterialienindustrie, insbesondere Zementwerke und Ziegelfabriken, Gipswerke, Glasindustrie, die Bauindustrie, zur Gänze die Lebensmittelindustrie, die chemische Industrie (Ausnahme Österreichische Stickstoffwerke AG), die Papierindustrie, die Textilindustrie mit der Rohmaterial versorgenden Kunst-

-
- 2 Zur Geschichte der Verstaatlichten Industrie in Österreich siehe vor allem: Edmond Langer, *Die Verstaatlichungen in Österreich*, Wien 1966; Renate Deutsch, *Die Kontroverse zwischen ÖVP und SPÖ in der Verstaatlichungs-Frage 1945–1949*, Salzburg 1977; Otto Klambauer, *Die USIA-Betriebe*, Diss., Universität Wien 1978; Dieter Stiefel, *50 Years State-Owned Industries in Austria 1946 – 1996*, in: Franco Amatori (Hg.), *The Rise and Fall of State-Owned Enterprises in Western Countries*, London 2000; Ines Kastil, *Von der Verstaatlichung zur Privatisierung – Untersuchung eines wirtschaftstheoretischen und wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsels am Beispiel Österreich*, Diss., Wirtschaftsuniversität, Wien 2006; Dieter Stiefel, *Die Verstaatlichte Industrie Österreichs als wirtschaftspolitisches Experiment*, in: Michael Pammer, Herta Neiß u. Michael John (Hg.), *Erfahrung der Moderne. Festschrift f. Roman Sandgruber zum 60. Geburtstag*, Stuttgart 2007; Georg Turnheim (Hg.), *Österreichs Verstaatlichte. Die Rolle des Staates bei der Entwicklung der österreichischen Industrie von 1918 bis 2008*, Wien 2009.
 - 3 Sozialistische Partei Österreichs, *Was wollen die Sozialisten?* Wien 1945, 10f.
 - 4 Paul Speiser, *Protokolle des Österreichischen Nationalrats (NRP)*, V/16, 22. 5. 1946
 - 5 Eugen Margarétha, *Die Verstaatlichung und Sozialisierung in Österreich*, in: *Österreichische Monatshefte* 1,11 (1946), 465.

stoffindustrie (Lenzinger Zellwolle und St.-Pöltener Glanzstoffindustrie).⁶⁶ Vor allem waren auch die Versicherungsunternehmen nicht betroffen. Bei den Versicherungsunternehmen mag das auf den ersten Blick erstaunen, da für ihre Verstaatlichung dieselben Argumente gelten konnten wie für die Großbanken. Das hing nicht nur mit dem erfolgreiche Widerstand zusammen, den die Versicherungsbranche entwickelte, sondern vor allem damit, dass Versicherungsunternehmen über keinen Industriekonzern verfügten. Bei der Verstaatlichung der Banken war man vor allem an den Industrieunternehmen interessiert, die in deren Eigentum standen.⁷

Für die SPÖ war die Verstaatlichung daher viel mehr als nur die Rettung österreichischen Produktionsvermögens vor dem Zugriff der Alliierten. Karl Waldbrunner (SPÖ) sah in der verstaatlichten Industrie „die entscheidendste wirtschaftspolitische Maßnahme zur Schaffung einer sozialistischen Wirtschaft“. Die beiden hervorstechendsten Merkmale dieser neuen Wirtschaftsordnung zur Ablösung des kapitalistischen Systems sollten sein: „[...] die Überwindung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, da dem ganzen Volke das Bestimmungsrecht über die Wirtschaft gesichert wird, und die Planwirtschaft mit dem unmittelbaren Ziele der Vollbeschäftigung, der Produktionssteigerung, der stetigen Vergrößerung des Wohlstandes, der sozialen Sicherheit und der gerechten Verteilung der Einkommen [...]“.⁶⁸ Die Verstaatlichung sollte damit der erste Schritt zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft sein: „Durch die Sozialisierung der Geldwirtschaft (Banken, Versicherungen usw.) und die staatliche Kreditlenkung beseitigt der sozialistische Staat die Ausbeutung des Bauern durch das Handels- und Bankkapital und stellt die ungeheure Macht der gesellschaftlichen Produktion bewußt und planmäßig in den Dienst der Steigerung der materiellen und geistigen Bedürfnisse des arbeitenden Volkes in Stadt und Land.“⁶⁹ Und Franz Rauscher (SPÖ) schrieb: „Die sozialistische Wirtschaftsordnung will die entscheidenden Produktionsmittel (den großen Grundbesitz, die Energiequellen des Landes, Bergbau und Schwerindustrie) und die Entscheidung über das Geld- und Kreditwesen in die Hände der ganzen Gesellschaft legen; die Wirtschaft als materielle Lebenssicherung soll nach den Gesamtbedürfnissen geplant und geführt werden. Damit wird auch die Jagd nach Profit ersetzt durch

6 Ebenda, 468.

7 Dieter Stiefel, Der Wiederaufbau der österreichischen Versicherungswirtschaft 1945–1955, in: Ders. (Hg.), „Unusual Business“. Der Wiederaufbau der österreichischen Versicherungswirtschaft 1945 und ihr Beitrag zum Entschädigungsgesetz 2001, Wien 2006, 78ff.

8 Karl Waldbrunner, Sozialisierung und Verstaatlichung – wie und wie weit, in: Die Zukunft 2 (1952), 36–42.

9 Sozialistische Partei Österreichs, Was wollen die Sozialisten? Wien 1945, 23.

eine höhere Form des Gemeinschaftsdenkens und -handelns. Was wir wollen, ist, wie Otto Neurath einmal so treffend gesagt hat: eine planmäßig geführte Wirtschaft, nicht nur für, sondern auch durch die Gesellschaft! Sozialisierung ist demnach der bewußte Prozess der Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaftsordnung.¹⁰

Karl Waldbrunner hob dabei den Unterschied zu den osteuropäischen Planwirtschaften hervor: „Wir wollen nicht an Stelle privater Ausbeutung eine staatliche Ausbeutung stellen, wir wollen auch nicht die wirtschaftliche Unfreiheit im Kapitalismus durch den wirtschaftlichen Zwang des Staates ersetzt sehen. Wir würden uns ja dann in nichts von den Wirtschaftsmethoden der Volksdemokratien und der Sowjetunion unterscheiden. Die Bedarfsdeckung des Volkes mit den rationellsten und billigsten Mitteln, die rasche Hebung des sozialen Wohlstandes muß das Ziel unserer Wirtschaftspolitik sein. Der Weg ist nicht die Verstaatlichung aller Produktionsmittel, sondern die Planung im großen. Im Rahmen dieser Planung ist die Verstaatlichung gewisser Produktionsmittel nötig, nämlich jener, die monopolartigen Charakter haben, so wie sich überhaupt der Kampf des modernen Sozialismus nicht gegen den einzelnen Unternehmer als solchen richtet, sondern ausschließlich gegen die Monopole.“¹¹

Die SPÖ hatte das „Großkapital“ im Auge und damit die Schlüsselpositionen in der Wirtschaft. Nicht nur aus wahltaktischen Gründen beeilte man sich festzustellen, dass man aber keineswegs die Absicht habe, die gesamte Wirtschaft zu verstaatlichen. „Wir denken nicht daran, einen kleineren Betrieb, eine Werkstatt oder eine Bauernwirtschaft zu sozialisieren. Die kleineren Betriebe litten selbst genug unter der Profitgier des Großkapitals. Ihnen wollen wir sogar helfen, indem wir in der neuen sozialistischen Planwirtschaft auf ihr Vorhandensein im gesamten Planungs- und Produktionsgetriebe Rücksicht nehmen und dadurch ihre Existenz sichern.“¹² Die Kleingewerbetreibenden hätten sich vor der Verstaatlichung nicht zu fürchten, und auch die Bauern könnten nur Vorteile erwarten, „wird doch auch ein Teil der bisher privatkapitalistisch geführten Unternehmungen in die Hände landwirtschaftlicher Genossenschaften übergeführt werden können“.¹³ Im Aktionsprogramm 1947 versuchte man zu beruhigen: „Den Bauern, Gewerbetreibenden, Kaufleuten und allen anderen Werktätigen garantiert die Sozialistische Partei ihr Arbeitseigentum. Sie alle werden in einer Planwirtschaft eine sichere und bessere Existenz haben als in der ständig von Krisen bedrohten kapitalis-

10 Franz Rauscher, Die Sozialisierung und die öffentliche Wirtschaft (Teil I), in: Die Zukunft 4 (1946), 8–10.

11 Adalbert Duschek, Sind wir noch Marxisten?, in: Die Zukunft 2 (1949), 52–55.

12 Sozialistische Partei Österreichs, Was wollen die Sozialisten?, Wien 1947, 6.

13 Rauscher, Sozialisierung.

tischen Wirtschaft. Die Sozialistische Partei wird Österreich den Bedingungen des Landes entsprechend aufbauen: sozialisierte Schlüsselindustrien, die übrige öffentliche Wirtschaft und die Genossenschaften werden mit der Privatindustrie, dem Gewerbe, dem Handel und der Bauernwirtschaft im Rahmen der staatlichen Planung und Lenkung zusammenwirken.“¹⁴

Bei diesen Angriffen auf die Privatwirtschaft zog sich die ÖVP auf die Position einer (zeitlich begrenzten) gemischten Wirtschaftsordnung zurück, letztlich mit der Taktik zwei Schritt vor, ein Schritt zurück: „Man darf nämlich das ganze Problem nicht allein von der theoretischen Seite her betrachten, sondern es müssen vor allem, wie in allen Wirtschaftsfragen, praktische Erwägungen maßgebend sein. Es gibt eben gewisse Unternehmungen, die zweckmäßigerweise in der Hand des Staates liegen sollen und es gibt solche, die besser in den Händen von Privatpersonen bleiben. Es wird in jedem einzelnen Fall entschieden werden müssen, welche Organisationsform die beste und zweckmäßigste ist [...] Das Ziel steht klar und deutlich vor unseren Augen: Der österreichischen Arbeiterschaft einen ausreichenden Verdienst zu sichern und sie aus der abhängigen Lage, in der sie sich jetzt befindet, herauszuführen zur Mitbestimmung in der Wirtschaft, das heißt aus Proletariern wirtschaftlich freie Menschen zu machen.“¹⁵ Denn für die ÖVP war die Verstaatlichung letztlich ein Kind der Not, eine Folge von ‚Anschluß‘, Krieg und den Schwierigkeiten des Wiederaufbaus. Dabei war ihr wichtig, vorerst einmal klare Verhältnisse zu schaffen: Die Österreichische Volkspartei sei keineswegs gegen die Verstaatlichung gewisser Schlüsselindustrien, wie sie durch die Zustimmung zum Verstaatlichungsgesetz bewiesen habe, stellte Alfred Maleta (ÖVP) fest: „Aber wir glauben, dass für eine gewisse Zeit Klarheit darüber herrschen muss, in welchem Ausmaße Verstaatlichungen geplant sind, weil ansonsten jede Initiative erdrosselt und die Kreditgewährung vereitelt wird.“¹⁶ Ohne eine solche Abgrenzung bestünde die Gefahr, „daß die Privatinitiative auch dort gelähmt würde, wo eine Verstaatlichung gar nie beabsichtigt ist, daß dort der Zufluss von inländischem und ausländischem Kapital, der zum Wiederaufbau so dringend notwendig ist, gehemmt wird, wo dieses Kapital eine Enteignung nicht zu befürchten hätte“.¹⁷ Auch wenn man in einer freien Marktwirtschaft den Idealzustand erblickte, so würde doch während des Wiederaufbaus der Staat auf die künftige Industrieproduktion durch Planung Einfluss nehmen müssen. „Selbst wenn die Steuerungsmaß-

14 Sozialistische Partei Österreichs, Was wollen die Sozialisten?, 6.

15 Fritz Bock, Sozialisierung, wie wir sie verstehen, in: Österreichische Monatshefte 1, 9 (1946), 376.

16 Alfred Maleta, Die Generallinie der ÖVP-Politik, in: Österreichische Monatshefte, 3, 4 (1948), 149.

17 Margarétha, Verstaatlichung und Sozialisierung, 468.

nahmen bei einzelnen Betrieben der Schlüsselindustrie zur Verstaatlichung führen sollten, ist dagegen nichts einzuwenden, solange sich diese nicht auf ganze Industriezweige erstrecken, solange also der freie Wettbewerb mit Betrieben der Privatindustrie gewahrt bleibt und kein Staatsmonopol mit allen seinen Nachteilen geschaffen wird.“¹⁸ Fritz Bock (ÖVP) versuchte die unter den wirtschaftlichen Verhältnissen des Jahres 1946 notwendige Wirtschaftsplanung von der Verstaatlichung abzugrenzen. „Diese Planung kann nur durch den Staat geschehen und ihrer Notwendigkeit kann sich selbstverständlich niemand entziehen. Als ein Mittel zur Planung wird nun von sozialistischer Seite die Verstaatlichung wichtiger Wirtschaftszweige empfohlen. Die Begründung ist so einfach, wie sie falsch ist: Man behauptet, daß nur dann eine richtige Wirtschaftsplanung möglich sei, wenn der Staat Eigentümer bestimmter Unternehmungen wird [...] Trotzdem aber ist diese Auffassung falsch, weil es zur Durchführung der notwendigen Wirtschaftsplanungen keineswegs der Verstaatlichung bedarf, denn der moderne Staat verfügt über ausreichende Mittel, auf gesetzgeberischem Weg die Planung der Wirtschaft in jedem Umfange durchzuführen [...] Freilich gilt das nicht generell. Es gibt gewisse Wirtschaftszweige, an denen das Interesse der Öffentlichkeit so eminent groß ist, daß deren Überführung in die Hand des Staates, trotz des bisher Gesagten, als zweckmäßig erscheint. Es sei hier beispielsweise auf die Energiewirtschaft verwiesen [...].“¹⁹ Ein Grundsatzpapier der ÖVP aus dem Jahr 1947 betonte aber die zeitlich begrenzte Bedeutung der Verstaatlichung: „Österreich befindet sich heute in einer Situation, die es nicht ratsam macht, den wirtschaftlichen Dingen vollkommen freien Lauf zu lassen und eine Beaufsichtigung der wirtschaftlichen Kräfte für voraussichtlich längere Zeit erzwingt. Mit dieser Feststellung ist auch schon die Frage, welches Wirtschaftssystem Österreich derzeit angemessen ist, beantwortet: Einerseits Betätigung des Staates als Unternehmer nur in den Produktionszweigen, wo Unternehmerinitiative und freier Wettbewerb geringere Aussichten bieten, die gesteckten Ziele zu erreichen, als einheitliche, monopolistische Produktion; andererseits staatliche Lenkung der Wirtschaft nur so weit, als dies zur Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Gütern geboten ist.“²⁰

Trotz dieser Einschränkungen beharrte die ÖVP aber auf der generellen Priorität des Privateigentums und der Marktwirtschaft. Bundeskanzler Leopold Figl (ÖVP) selbst unterstrich die Bedeutung einer freien und unabhängigen

18 Eugen Margarétha, Industriepolitische Gegenwartsfragen, in: Österreichische Monatshefte 1, 7 (1946), 285.

19 Bock, Sozialisierung, wie wir sie verstehen, 378.

20 Alfred Kasamas, Wir wollen Österreich. Grundsätze und Ziele der Österreichischen Volkspartei. Hg. von der Bundesparteileitung der Österreichischen Volkspartei. Wien 1947, 108f.

gen, aufbauwilligen und starken Privatwirtschaft: „Der wesentliche Grundsatz der Österreichischen Volkspartei ist die eindeutige Anerkennung des Privateigentums. In engstem Zusammenhang damit stehen die Ablehnung staatlicher, kommunaler oder sonstiger Einflußnahme auf die Wirtschaft, soweit sie die aus dem Gemeinwohl entspringenden Notwendigkeiten übersteigt, ferner die Anerkennung des Leistungsprinzips und der weitgehende Schutz und die Förderung der Wirtschaft im Interesse ihres raschesten Wiederaufbaues.“²¹ Für Fritz Bock (ÖVP) war es eines der wichtigsten demokratischen Rechte des Menschen, selbständig wirtschaften zu können: „Ein Recht, das außerdem zutiefst in der christlichen Weltanschauung begründet ist. Die Verstaatlichung widerspricht diesem Recht. Die konsequente Durchführung des Gedankens einer allgemeinen Verstaatlichung würde dieses Recht zum selbständigen Wirtschaften völlig beseitigen und somit zur Form einer wirtschaftlichen Totalität des Staates führen. Was dies bedeuten würde, lehren uns die Erfahrungen der sieben nazistischen Jahre.“²² Pius Michael Prutscher (ÖVP) hob hervor: „Man kann mit der Verstaatlichung dem Staat alles Recht geben und dem einzelnen nichts. Damit ändert man aber nur das Vorzeichen des Kapitalismus, d. h. man geht zum Staatskapitalismus über, aber für die Freiheit des einzelnen ist damit gar nichts getan. Im Gegenteil: wenn der Staat in die unrichtigen Hände kommt, kann er ein schlimmerer Ausbeuter werden als mancher Kapitalist.“²³ Trotz ihrer Zustimmung zur Verstaatlichung hielt die Österreichische Volkspartei daher am Grundsatz fest, „daß die Privatinitiative das geeignetste Mittel ist, um innerhalb einer vom Staate vorzunehmenden Planung im großen unserer Wirtschaft wieder auf die Beine zu helfen. Nur dadurch, daß wir die Forderung ‚Freie Bahn dem Tüchtigen!‘ verwirklichen, können wir erreichen, daß die in unserm Volk vorhandenen Fähigkeiten richtig ausgenützt werden und das ‚Leistungsprinzip‘ seine volle Gültigkeit erfährt. Will man aber die Wirtschaft hauptsächlich auf die Initiative und Tüchtigkeit des einzelnen aufbauen, muß man diesem die Gewähr für eine ruhige und stete Entwicklung des Wirtschaftslebens geben. Der einzelne muß Vertrauen haben können und er muß vor allem wissen, daß er das, was er sich durch seinen Fleiß und seine Tatkraft geschaffen hat und noch zu schaffen gedenkt, auch behalten darf. Nichts ist für die Wirtschaft gefährlicher als Unsicherheit und mangelndes Vertrauen. Wir stehen daher auf dem unumstößlichen Standpunkt, daß das Eigentum unbedingt geschützt werden muss.“²⁴

21 Leopold Figl, Unser Wahlprogramm: Freiheit, Gleichheit, Menschenwürde, in: Österreichische Monatshefte 1, 1 (1945), 2–5.

22 Bock, Sozialisierung, 378.

23 Pius Michael Prutscher, Verstaatlichung als Prüfstein, in: Österreichische Monatshefte 1, 6 (1946), 249.

24 Kasamas, Wir wollen Österreich, 120.

Dabei bekannte sich die ÖVP schon 1946 zu dem Dogma, dass die Privatwirtschaft effizienter arbeite als die öffentliche Hand. Der Verbraucher habe von der Verstaatlichung keine Erhöhung seiner Lebenshaltung zu erwarten. „Es steht in einer Vielzahl von Fällen sehr in Frage, ob der vergesellschaftete Betrieb nicht teurer produziert wird, als der auf Rentabilität ausgerichtete kapitalistische. Demgemäß würde der Arbeiter als Konsument das wieder daraufzahlen, was er als Nachfolger des Kapitalisten an Mehrerlös gewinnt. In Einzelfällen mag es sogar ungünstiger werden. Es muß den Unselbständigen, die eine Verstaatlichung verlangen, klar sein, daß sie nur einen Schritt auf dem Weg zu einer gerechten Güterverteilung tun können, ohne davon sofort Früchte zu ernten.“²⁵ Das Herz jedes erfahrenen Wirtschafters erfülle sich mit banger Sorge, erklärte ein Wirtschaftsvertreter der ÖVP, „wenn er hört, dass Verstaatlichungen am laufenden Band als Allheilmittel gepriesen und überstürzt durchgeführt werden? Er fürchtet nichts mehr als die Omnipotenz des Staates.“²⁶ Warum diese Besorgnis? „Weil ein Werk nicht nur aus Maschine und Materie besteht, weil der Hauptfaktor immer wieder der Mensch ist, der in ihm arbeitet und der es in mannigfacher Stufung zu führen und zu leiten hat [...] Durch die Verstaatlichung werden gerade für die Direktion die Verhältnisse grundlegend geändert; an Stelle der stürmischen See tritt die Flaute der glatten Fahrt. Die Gefahr besteht, daß die Arme schlaff werden, dass die Energie erlahmt, daß Praktiken und Methoden, die in der politischen Verwaltung nicht nur verdienstvoll, sondern die einzig richtigen sind, nun übertragen werden auf wirtschaftliche Gebarungen, wo sie als totales Gift zuerst lähmend und verschleiernd, dann aber zersetzend und auflösend wirken müssen. Solange der freie Konkurrenzkampf besteht, werden die Symptome schon im Keim zu erkennen sein und die Rettung des Patienten ermöglichen. Werden sie nicht beachtet, geht das Unternehmen unweigerlich zugrunde. Ein Staatsbetrieb kann aber nicht zugrunde gehen. Die Zeche bezahlt in diesem Fall die Gesamtheit der Staatsbürger, sei es in Form von Steuern, sei es in Form von verteuerten Preisen für die Konsumenten.“²⁶ Die Privatwirtschaft nahm daher selbst in den schwierigen Jahren des Wiederaufbaus für sich in Anspruch, „daß sie, frei von bürokratischer Schwerfälligkeit, es versteht, organisatorisch und funktionell den Produktionsprozeß zu den höchsten Leistungen zu befähigen, weil im wirtschaftlichen Erfolg ein starker Anreiz für die Entfaltung aller dem Menschen innewohnenden Energien gelegen ist [...] Es steht fest, daß jede öffentliche Erwerbsunternehmung einer weitgehenden Planung bedarf. Die totale sozialistische Wirtschaft erfordert die totale Planung.“²⁷

25 Prutscher, Verstaatlichung als Prüfstein, 240.

26 Gustav Kapsreiter, Unternehmer und Verstaatlichung, in: Österreichische Monatshefte 2, 3 (1946), 112.

27 Vinzenz Schumy, Österreichs Neuaufbau als Wirtschaftsproblem, in: Österreichische

In einem Grundsatzpapier erklärte die ÖVP diese Überlegenheit der Privatwirtschaft aus der Persönlichkeit des Unternehmers, geradezu im Sinne Joseph A. Schumpeters: „Trotz allen marxistischen Behauptungen und zeitbedingten Missständen auf manchen privatwirtschaftlichen Gebieten ist es nicht richtig, daß der Privatunternehmer lediglich aus reiner Profitgier initiative Kräfte entwickelt. In den meisten Fällen tut er das nämlich nicht nur aus materiellen, sondern auch aus ideellen Gründen; so zum Beispiel aus Freude an der Entfaltung seiner Fähigkeiten oder an der Ausgestaltung und Verbesserung seines Werkes, sowie aus dem Drang, seinen Nachkommen eine möglichst gesicherte wirtschaftliche Existenz zu hinterlassen. Der ‚schöpferische Unternehmer‘ gleicht bis zu einem gewissen Grad einem Künstler, der, wenn er wirklich einer ist, in erster Linie nicht wegen seines Verdienstes arbeitet, sondern aus Freude an seinem Werk. Nur der Privatunternehmer ist mit seinem Betrieb so verwachsen, daß er seine ganze Energie dafür verwendet, um leistungsfähig zu sein und zu bleiben. Nur in einem Privatunternehmen, das sich oft viele Jahrzehnte im Besitz der gleichen Familie befindet, kann eine wirtschaftliche Tradition entstehen oder ein weltberühmter Name heranwachsen, der schließlich dem ganzen Volk von Nutzen ist. Es darf auch nicht vergessen werden, daß aus natürlichen Gründen ein Privatunternehmer viel sorgfältiger und genauer planen und viel weniger geneigt sein wird, ein gefährliches Risiko auf sich zu nehmen, als der Leiter irgendeines sozialisierten Betriebes, der nur in seltenen Fällen ein gleiches Verantwortungsbewußtsein aufbringen wird. Aber auch die Arbeitnehmer werden, wenn der Unternehmer seinen sozialen Verpflichtungen nachkommt, in einem viel persönlicheren Verhältnis zum Betrieb stehen, als wenn ihr Arbeitgeber der Staat ist, der nur einen abstrakten, sinnlich nicht wahrnehmbaren Begriff bildet.“²⁸ Auch Vize-Kanzler Julius Raab (ÖVP) sah daher in der freien Wirtschaft, in der Initiative des einzelnen die beste Voraussetzung für einen wirtschaftlichen Aufstieg. „Niemals wird man den Fleiß, die Tüchtigkeit und die Erfindungsgabe des Unternehmers durch irgendwelche staatliche Maßnahmen ersetzen können [...] Die Freiheit darf nicht bloß in den Agitationsreden der politischen Parteien eine Rolle spielen, sie muß jedem einzelnen Staatsbürger die Möglichkeit bieten, seinen Lebensweg nach bewährten Grundsätzen zu gehen. Wir von der Wirtschaft wollen daher eine freie Wirtschaft und einen freien Menschen und lehnen eine kommandierte Wirtschaft und einen staatlich genormten Menschen ab.“²⁹

Monatshefte 2, 5 (1947), 201.

28 Kasamas, Wir wollen Österreich, 121.

29 Julius Raab, Österreichs wirtschaftliche Entwicklung nach 1945, in: Österreichische Monatshefte 4, 8 (1949), 358–359.

Die ÖVP erinnerte sich in dieser Zeit sehr wohl noch an ihre christlichsozialen Wurzeln und betonte auch die Verantwortung des Privateigentums in der Wirtschaft. „Selbstverständlich wird die Österreichische Volkspartei alle Auswüchse bekämpfen, die durch die Sammlung großer Kapitalien in der Hand einer Person oder Personengruppe entstehen können (Monopolkapital). Wenn eine derartige materielle Machtstellung zum Nachteil der Allgemeinheit mißbraucht wird, so werden wir nicht zögern, dagegen einzuschreiten, und zwar schon aus Gründen unserer auf den Solidarismus aufgebauten Weltanschauung. Monopolistische Konstruktionen, die dahin zielen, auf bestimmten Wirtschaftsgebieten Machtpositionen des Kapitalismus zu errichten und die nur dazu da sind, um einer bestimmten Gruppe möglichst großen Gewinn zu verschaffen, werden wir niemals zulassen.“³⁰ Man lehne daher „den rücksichtslosen Egoismus des einzelnen ab, wie er im Kapitalismus des vergangenen Jahrhunderts zum Ausdruck kam, ebenso aber auch den vom Marxismus an seine Stelle gesetzten, gleichermaßen einseitigen Egoismus der Klasse. Weder der Egoismus der Kasse im Kapitalismus noch der Egoismus der Rasse im Nationalismus noch der Egoismus der Klasse im Marxismus gewährleisten eine dauerhafte Ordnung. An Stelle des Egoismus in den verschiedensten Formen stellen wir den Solidarismus, der unter Rücksichtnahme auf die Allgemeinheit die Freiheit aller Menschen gewährleistet und nicht zu den diktatorischen Lösungen der dargestellten egoistischen Bewegungen führt, zur Diktatur der Kasse im Kapitalismus, zur Diktatur der Rasse im Nationalismus und zur Diktatur der Klasse im Marxismus.“ Dieser Grundsatz des Solidarismus könne mit dem Satz ausgedrückt werden: „Soviel Freiheit möglich und soviel Zwang wie notwendig. Solcherart ist auch auf dem Gebiet der Wirtschaft der Grundsatz der Freiheit unter entsprechender Rücksichtnahme auf das Allgemeinwohl eindeutig festgelegt und eine geordnete Wirtschaft, die im Interesse aller liegt, gewährleistet.“³¹ Auch Peter Krauland (ÖVP) verwies auf die soziale Verantwortung des Unternehmers: „Ein Mensch, der als Eigentümer eines Großunternehmens unter Umständen das Schicksal Tausender in der Hand hat, kann durch Tüchtigkeit oder Untüchtigkeit, Gerechtigkeit oder Egoismus das Schicksal dieser Tausenden entscheidend mitbestimmen... Die moralische Konsequenz daraus ist die, daß der Mensch, ungeachtet seiner sittlichen Selbständigkeit, ja geradezu wegen ihr verpflichtet ist, bei allen seinen Entscheidungen darauf zu sehen, wie sie sich auf die Gemeinschaft auswirken, hiebei das Gemeinwohl nicht nur zu achten, sondern es sogar vor das eigene zu stellen. Das ist nun der entscheidende Satz der christlichen Lehre, den wir der Beantwortung unse-

30 Kasamas, Wir wollen Österreich, 122.

31 Felix Hurdes, Unsere politische Linie, in: Österreichische Monatshefte 4, 9 (1949), 387f.

rer Frage zugrunde zu legen haben. Existenziell ist der einzelne Mensch vor der Gesellschaft. Weil er aber unter dem Gebot der christlichen Nächstenliebe steht, ist er gehalten, auf das Gemeinwohl Rücksicht zu nehmen, und zwar in der Regel vor dem eigenen. Gemeinnutz geht vor Eigennutz, das ist die oft missbrauchte entscheidende christliche These. Trotzdem ist aber zu beachten: Das Recht der Gemeinschaft ist wohl das höhere, es ist aber nicht das ursprüngliche.³² Vinzenz Schumy (ÖVP) betonte, dass der Staat das Eigentum an Betriebsmitteln gegen alle wie immer gearteten Zugriffe zu schützen hat. Doch wies er auf etwas hin, was man heute als *corporate governance* bezeichnen würde. „Wenn der Staat in wirksamer Weise das Eigentum zu schützen vermag, dann erwachsen aber den Eigentümern auch Pflichten gegenüber dem Staat – Pflichten, die sich nicht erschöpfen in der Bezahlung der Steuern und Abgaben und in der Erfüllung aller sonst üblichen Verpflichtungen gegenüber der staatlichen Verwaltung, sondern die auch die Leistungsverpflichtung gegenüber der Gesamtheit und das Verhalten des einzelnen in politischer Hinsicht in sich schließen. Mit anderen Worten, das gesicherte Eigentum muß so verwaltet und im Wirtschaftsprozess eingesetzt werden, daß es für die Allgemeinheit den höchsten Nutzeffekt hervorbringt und der Unternehmer muß alles tun, was im Interesse des Bestandes des Staates liegt, und alles unterlassen, was geeignet wäre, ihm zu schaden. ‚Eigentum verpflichtet.‘ Liegt daher der Nachweis vor, daß eine Unternehmung in einer dieser Richtungen versagt hat, dann hat die Gesetzgebung dafür zu sorgen, daß die Mißstände behoben werden, wobei auf die hiebei anzuwendenden Mittel und Methoden nicht weiter eingegangen werden soll. Fest steht nur, daß der Staat im Falle des Versagens in einer der beiden Richtungen das Recht und die Pflicht hat, mit starker Hand einzugreifen.“³³ Die Österreichische Volkspartei stand daher auf dem Standpunkt, „daß das Privateigentum unbedingt geschützt werden muß, vertritt aber andererseits die Ansicht, daß das Eigentum nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet und der einzelne daher keinen für die Allgemeinheit schädlichen Mißbrauch davon machen darf. Es hat der Grundsatz zu gelten, daß die Freiheit des Eigentums und der staatliche Schutz, den es genießt, dort aufhören, wo das Eigentum des einzelnen beginnt, für die Allgemeinheit schädlich zu werden. Wo diese Grenze zu ziehen ist, wird in jedem Fall verschieden sein. Es gibt eben kein absolutes, sondern nur ein relatives Eigentum.“³⁴ Karl Kummer (ÖVP) ging so weit, eine Änderung des Eigentumsbegriffes zu verlangen und im Bürgerlichen Gesetzbuch

32 Peter Krauland, Grundsätzliche Betrachtungen über staatliche Wirtschaftslenkung, in: Österreichische Monatshefte 3, 3 (1947), 112.

33 Vinzenz Schumy, Das Eigentumsproblem und die Wirtschaft, in: Österreichische Monatshefte 1, 2 (1945), 14.

34 Kasamas, Wir wollen Österreich, 101.

auch die Pflichten festzulegen, die aus dem Eigentumsrecht erwachsen. Dabei wollte er folgende Grundsätze in der Rechtsordnung verwirklicht sehen:

1. Die wirtschaftliche Verantwortung,
2. das Recht auf den Arbeitsertrag,
3. die Pflichten aus dem Eigentumsrecht,
4. die besondere Gestaltung des Gemeinschaftsrechtes, insbesondere als Arbeitsgemeinschaft im Zusammenhang mit dem Arbeitsvertrag,
5. der Vorrang des Ertrages der Arbeitsleistung vor der Kapitalgewinnverteilung,
6. die Auffassung der Rechtspersönlichkeit nicht als Scheinperson, sondern als Zusammenschluss von Personen, die persönlich berechtigt und verpflichtet werden.³⁵

Nicht nur die Verstaatlichte Industrie, sondern auch diese wirtschaftspolitischen Grundsätze sind heute Geschichte. Weniger die Krise der Verstaatlichten Industrie in den 1980er Jahren, sondern die zunehmende internationale Verflechtung der österreichischen Wirtschaft vor allem über die Annäherung und Mitgliedschaft zur Europäischen Union ließen den Sonderweg einer eigenen „sozialistischen Wirtschaft“ zur Illusion werden. Der ideologische Wandel kann hier nicht belegt, sondern nur angedeutet werden. Die SPÖ hat sich in dieser Frage praktisch entideologisiert, die marktwirtschaftlichen Zwänge akzeptiert und ihren Schwerpunkt auf die Sozialpolitik verlegt. Die ÖVP hingegen hat einen ideologischen Wandel vollzogen. Das betrifft vor allem die christliche Vorstellung von der sozialen Verantwortung des Unternehmenseigentums, die ihre Vertreter im ersten Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg zumindest noch ernst gemeint hatten. Sie ist weitgehend verloren gegangen. Dagegen haben sich neoliberale Vorstellungen wesentlich verstärkt. Was immer man darunter verstehen mag, haben sie sich in dem Dogma von der Überlegenheit des privaten Unternehmertums und der grundsätzlichen Überzeugung geäußert: „Der Staat kann nicht wirtschaften!“. Selbst die Wirtschaftskrise seit 2008 – bei der auch die Privaten nicht wirtschaften konnten – hat dieses Dogma kaum erschüttert.

35 Kummer, Karl: Die neuen sozialpolitischen Aufgaben, in: Österreichische Monatshefte, Jg. 5, Nr. 3 (1949), 120.

Laudatio auf Frau Emerita Univ.-Prof. Dr. Dr.h.c.mult. Alice Teichova¹

Alois Mosser

Säkulare Wendezeiten haben immer Aufmerksamkeit erregt. Ende des 19. Jahrhunderts überwogen die fortschrittsgewissen Stimmen die zweifelsohne vorhandenen, aber kaum ernst genommenen Rufe eines nahenden Untergangs. So prophezeite der russische Philosoph Wladimir Solowjew 1900 das Ende der Weltgeschichte, das den Professoren, die über alte, mittlere und neue Geschichte dozieren, den Gegenstand rauben werde. Ein Jahrhundert später, heute, wird nicht so sehr der Verlust der Weltgeschichte befürchtet, als der der Geschichte selbst. Ist das eine der Ursachen, dass angesichts des historischen 20. Jahrhunderts manche Schriftsteller und Historiker, und nicht die schlechtesten ihres Handwerks, in Anspruch nehmen, von ‚ihrem‘ Jahrhundert zu sprechen? Es ist die Passion des Dabeigewesenen, in die sich pädagogische, apologetische und prophetische Untertöne mischen. Dass sich die entworfenen Geschichtsbilder nicht gleichen, braucht keiner besonderen Erwähnung. Wir lesen vom „Jahrhundert der Angst“ (Daniil Granin), vom „Jahrhundert der Extreme“ (Eric Hobsbawm), in das sich die Jahre des Kalten Krieges als Unterkapitel, als „Goldenes Zeitalter“, eingliedern lassen. Welch ein schillerndes Jahrhundert, wenn man die dem Säkulum angedichteten Geschichten von Günter Graß vorüberziehen lässt. Ist die Geschichte vielleicht doch nur mehr eine Erzählung unter anderen?

Darauf ist überwiegend ein sehr deutliches Nein zu hören, besonders bekannt ist mir die Stimme von Frau Alice Teichova, die wohl Ursache hätte, *cum ira et studio* von ‚ihrem‘ Jahrhundert zu erzählen, auch gemeinsam mit ihrem Ehemann Mikuláš Teich umfangreiche Lebenserinnerungen vorgelegt hat,² es bis heute jedoch auch nicht in Anspruch nimmt, die abschließende Deutung der Vergangenheit, auch nicht der von ihr erlebten, zu wissen.

1 Bei dem Text handelt es sich um eine leicht modifizierte Fassung der Laudatio, die ich anlässlich der Verleihung des Anton-Gindely-Preises 2000 auf Alice Teichova gehalten habe.

2 Alice Teichova, Mikuláš Teich, Gert Dressel (Bearbeiter), Zwischen der kleinen und der großen Welt. Ein gemeinsames Leben im 20. Jahrhundert, Wien 2005.

Ihr Lebensschicksal, in das bedeutende Ereignisse der großen Weltgeschichte tiefe, ja den Lebensweg radikal verändernde Zäsuren geschlagen haben, würde eine gegenteilige Haltung verständlich machen. Die Weltwirtschaftskrise anfangs der dreißiger Jahre, in deren Verlauf ihr Vater das in der Familie traditionell ausgeübte Goldschmiedehandwerk aufgeben musste, wodurch auch ein Wohnungswechsel und die Beendigung des gerade begonnenen Gymnasialbesuchs erzwungen wurde, eine latente antijüdische bis antisemitische Atmosphäre im Wien der Zwischenkriegszeit, die von dem aus jüdisch-österreichischem Hause stammenden Kind allmählich wahrgenommen wurde, und nicht zuletzt das Scheitern der jungen Demokratie, ließen Alice früh zu einem politischen Menschen werden. Dieser *homo politicus* in ihr reifte weiter unter den traumatischen Erfahrungen einer zweimaligen Emigration, 1938 und 1968, wie auch den vielfältigen existenziellen Sorgen und Bedrohungen im privaten und im akademischen Leben, das erst in den frühen siebziger Jahren in ruhigere Bahnen kam. Es ist nicht unbedingt zu erwarten, dass aus einer solchen Lebensrealität eine Persönlichkeit erwächst, die jede pauschale Verurteilung ablehnt, die offen gegenüber anderen Schicksalen und Meinungen ist, eine Persönlichkeit, die in der Suche nach der historischen Wahrheit etwas Verbindendes sieht, oder anders ausgedrückt, trotz allem eine ‚gemeinsame‘ Geschichte im Auge behalten will.

Es wird bereits deutlich, dass die wissenschaftlichen Verdienste von Frau Prof. Teichova nicht isoliert betrachtet und gewürdigt werden können. Im Lebenswerk der Historikerin widerspiegelt sich in Zugangsweisen und Fragestellungen die Zeitgeschichte, werden wir aber auch der Entwicklung einer schöpferischen Persönlichkeit ansichtig, der es gegeben war und ist, auch widrige Lebensumstände, und deren gab es nicht wenige, als Chancen zu begreifen und zu bewältigen.

Der Flucht vor den Nationalsozialisten 1938 waren angestrenzte Versuche vorausgegangen, den mit dem Austritt aus dem Gymnasium abgebrochenen Bildungsweg wieder aufzunehmen. Nach Jahren der Lehre im Textilgroßhandel, dem Besuch einer Handelsschule und viel Arbeit im elterlichen Haushalt konnte der Wunsch, eine Maturaschule zu besuchen, verwirklicht werden. Doch im Frühjahr 1938 musste die noch nicht achtzehnjährige Alice statt an die Matura an das Verlassen ihrer Heimat denken. Als sie im September ihrer Familie nach Exeter nachfolgte, geschah dies genau zu jenem Zeitpunkt, als in München Hitler, Mussolini, Chamberlain und Daladier das sogenannte „Münchener Abkommen“ unterfertigten, das nach Alices eigenen Worten in ihrer weltanschaulichen Entwicklung und wissenschaftlichen Tätigkeit eine zentrale Rolle spielen sollte.

Die großen Anstrengungen, sich in der Fremde einzurichten, galten anfangs der Sorge um das tägliche Auskommen, Alice arbeitete als Stubenmädchen. Und doch waren dies auch die Jahre, in denen Alice grundlegen-

de Entscheidungen für den weiteren Lebensweg traf. Der Besuch des den Flüchtlingen von der Quäkergemeinde in Exeter zur Verfügung gestellten Klubraums führte zur Begegnung mit Mikuláš Teich, den ein ähnliches Schicksal aus seiner Heimat, der Tschechoslowakei, vertrieben und in die Emigrantenstadt Exeter geführt hatte. Auf dem nun gemeinsam weiter gegangenen Lebensweg waren Mikuláš und Alice einander nicht nur Stütze und sicherer Halt, sondern auch Orientierungshilfe und Kontrollinstanz in ihrer wissenschaftlichen Karriere. Dass dies sehr wohl in liebevoller Weise geschehen kann, bezeugen sie bis heute.

Doch die Flucht war in Exeter noch nicht zu Ende. Während Mikuláš an der dortigen Universität und mit Hilfe eines Privatstipendiums das Studium der Chemie begann, mussten Alice und ihre Familie, die als jüdische Flüchtlinge aus Österreich den feindlichen Ausländern zugerechnet wurden, Exeter anfangs Juni 1940 binnen 48 Stunden verlassen. Ihr Weg führte nach Nottingham, wo sie als Büroangestellte arbeitete; Mikuláš folgte und beabsichtigte, an der Nottinghamer Außenstelle der Londoner Universität sein Chemie-Studium fortzusetzen. Alice bereitete sich durch den Besuch von Abendkursen auf die Zulassungsprüfung zum Universitätsstudium vor, die sie 1942 bestand. Für Mikuláš eröffnete 1942 ein tschechoslowakisches Stipendium die Möglichkeit, das Chemie-Studium in Leeds fortzusetzen. Nun folgte Alice nach und begann in Leeds das Studium der Wirtschaftswissenschaften, das sie nach drei Jahren im Jänner 1945 mit Erlangung des „B.A. for Economics“ erfolgreich abschloss.

Mit Kriegsende konnten lang vorher gefasste Pläne verwirklicht werden. Mikuláš Teich kehrte 1946 in seine Heimat zurück, wo er schließlich an der Karls-Universität in Prag eine Assistentenstelle bekleidete, Alice folgte ihm 1949 nach, in ein für sie fremdes Land mit fremder Sprache. Oft befragt, haben Mikuláš und Alice selbst die Zusammenhänge angesprochen, die sie beide bewogen haben, in der Tschechoslowakei zu leben und daran zu arbeiten, dass dieses Land einen seinen politischen, sozio-ökonomischen und kulturellen Voraussetzungen entsprechenden eigenständigen Weg im Rahmen einer sozialistischen Ordnung gehen möge. Die schrecklichen Folgen des nationalsozialistischen Rassenhasses nährten die Hoffnung, dass durch die „kommunistische Bewegung alle Grenzen, Schranken und Vorbehalte verschwinden würden, die es zwischen Menschen und Rassen gab“ – später niedergeschriebene Worte von Fritz Beer, die den eigenen Empfindungen der Teichs damals entsprachen. 1968, als durch die Truppen des Warschauer Paktes die emanzipatorische Idee des Sozialismus wohl endgültig diskreditiert war, kehrten die Teichs von einer Vortragsreise, die sie nach Bloomington in die USA zum Internationalen Wirtschaftshistorikerkongress geführt hatte, nicht mehr in die Heimat zurück.

Eine Würdigung des wissenschaftlichen Lebenswerkes kann jedoch gerade an diesen Jahren in der ČSSR nicht vorübergehen. Neben die Anforderun-

gen, einen neuen Hausstand zu gründen und den noch in England geborenen zwei Kindern eine neue Heimat zu bieten, traten früh universitäre Verpflichtungen, da Alice bereits 1950 als Assistentin an den Lehrstuhl für Geschichte an die Karls-Universität geholt wurde. Und sie musste die tschechische Sprache erlernen. Schon 1952 konnte sie ihre Dissertation über „Die Britische Außenpolitik am Vorabend des Zweiten Weltkriegs“ zur Begutachtung einreichen, die Rigorosen in tschechischer Sprache ablegen und den Dokortitel *summa cum laude* entgegennehmen. Noch im selben Jahr hielt sie Vorlesungen über Geschichte des Mittelalters und der Neuzeit und verfasste Lehrbücher, die, bald verboten, weiter in Studentenkreisen zirkulierten. Ihr erster Schüler und Assistent, Jaroslav Pátek, der zu einem führenden Prager Wirtschaftshistoriker wurde, erinnerte sich in einer Grußadresse an Alice Teichova zu ihrem 75. Geburtstag, dass sie unermüdlich bestrebt war, internationale Kontakte zu knüpfen. Dank ihrer Initiative, schreibt Pátek, konnte 1960 „eine erste Tagung tschechischer, slowakischer und westdeutscher Historiker in Braunschweig“ abgehalten werden, mit dem Ziel, nationalistische und rassistisch-diskriminierende Passagen aus den Schulbüchern zu entfernen,

Ihr bevorzugtes Fachinteresse galt jedoch den Zusammenhängen von Politik und Wirtschaft in internationalem Rahmen, und 1964 kündigte sie erstmals ein Seminar aus Wirtschaftsgeschichte der Zwischenkriegszeit an. Dies war ein Novum, weil an der Karls-Universität, auch in sozialistischer Zeit, kein Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte eingerichtet war. Nach der Kandidatur der historischen Wissenschaften (C.Sc.) 1960 erlangte sie 1964 die Habilitation aus Wirtschaftsgeschichte durch Vorlage einer Arbeit über das „Auslandskapital in der vormünchener Tschechoslowakischen Republik“, jenes Werk, das 1974 von der Cambridge University Press unter dem Titel „An Economic Background to Munich. International Business and Czechoslovakia 1918–1938“, herausgegeben wurde, und das der jungen Wissenschaftlerin endgültig breite internationale Beachtung und Anerkennung eintrug.

Die Erschwernisse bei der Arbeit und die geradezu schicksalhaft anmutenden Umstände der Veröffentlichung werfen ein bezeichnendes Licht auf die zunehmende Diskrepanz zwischen der vorbehaltlosen Suche nach geschichtlicher Wahrheit und den eingemahnten, außer Streit gestellten Anforderungen eines sich von den Idealen einer egalitären Gesellschaft immer weiter entfernenden politischen Systems. Nach Publikation einer kleinen Arbeit über die Auslandsinvestitionen in der ČSR wurde die junge Assistentin von etablierter historischer Seite scharf angegriffen. Eine Rechtfertigung oder Erwiderung schien vollkommen außer Reichweite. Alice bestand jedoch darauf, schließlich kam es zur Konfrontation mit dem Kritiker, sie durfte antworten und konnte die sachliche Richtigkeit ihrer Argumente und Schlussfolgerungen unter Beweis stellen. Es sollte, wie heute rückblickend allgemein bestätigt wird, der einzige Fall dieser Art bleiben, „aber er war möglich“ pflegt

Alice, darauf angesprochen, hinzuzufügen. Trotzdem blieben ihr in Folge die Türen zum Archiv der Živnostenska Banka wie zur Nationalbank verschlossen. Sie war gezwungen, in den entsprechenden Unternehmensarchiven nach den einschlägigen Quellen zu suchen, eine jahrelange Arbeit. Sie führte diese zu Ende und gab am 19. August 1968 das Manuskript zur Drucklegung beim Verlag der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften in Prag ab. Es war der Vorabend des Einmarsches der Warschauer-Pakt-Truppen. Die Veröffentlichung unterblieb. Erst 1974 erschien das Buch, wie schon erwähnt, in englischer Sprache.

Anders als 1938 war die Emigration 1968 nicht ein Weg in die unbekannte Fremde. In unermüdlicher Beharrlichkeit und entwaffnender Offenheit hatte Alice von Prag aus ihre Kontakte zu Schülern und Kollegen in England, zu Fachkolleginnen und -kollegen in den USA oder in beiden Deutschland aufrecht erhalten und neue geknüpft. Wer die Einleitung zu ihrem Buch „An Economic Background“ liest, glaubt den Eisernen Vorhang bereits überwunden.

Der Entschluss, nicht mehr in die ČSSR zurückzukehren, wurde erleichtert durch ein Stipendium, das Mikuláš Teich schon früher zu einem Aufenthalt an den Universitäten Yale, Harvard und Madison (Wisconsin) berechtigte. Alice hielt in dieser Zeit Vorträge an amerikanischen und kanadischen Universitäten zur Thematik der Kapitalinvestitionen in Mittel- und Südosteuropa, im Besonderen zur zentralen Rolle der Tschechoslowakei. Letztendlich war die Entscheidung, sich mit der Familie in Großbritannien niederzulassen, wohl überlegt.

Die Vielfalt des englischen Wissenschaftsbetriebes war eine große Chance, welche die Teichs, die nicht mehr unbekannt waren, zu nutzen verstanden. Alice wurde 1970 zum Bye-Fellow am Girton College in Cambridge gewählt, im selben Jahr wurde ihr die Auszeichnung zuteil, zum außerordentlichen Mitglied des St. Antony College in Oxford ernannt zu werden, bald folgte die Einladung, an der Universität von East Anglia (Norwich) zu lehren, wo sie 1973 eine Readership und 1975 eine Professur für Wirtschaftsgeschichte erhielt. Das Eingebundensein in universitäre Strukturen eröffnete Alice Teichova die Möglichkeit der Fortführung ihrer Arbeit in Forschung und Lehre, und sie konnte nun auch ihre Fähigkeiten ausspielen, disziplinen- und grenzüberschreitende Projekte zu organisieren. Besonders hervorzuheben ist ihre Initiative, eine vergleichende Wirtschaftsgeschichte von sieben mittel- und osteuropäischen Ländern zu erstellen, die die Mitarbeit von 14 Wissenschaftlern fand, und von Michael Kaser, der wie sie ein Mitglied des St. Antony College war, unter dem Titel „The economic history of Eastern Europe: 1919 – 1975“, in drei Bänden herausgegeben wurde. Die Fachwelt schätzt dieses Werk als die *Summa* unseres Wissens über diese Länder vor deren demokratischer Wende.

Mit besonderem Nachdruck und ausgehend von den Ergebnissen ihrer Arbeit über die Tschechoslowakei in der Zwischenkriegszeit begann Alice Teichova, die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Länder Mittel- und Südosteuropas, in ihrer Mehrzahl Nachfolgestaaten von Großreichen, auf deren innere Antriebs- und Hemmungsfaktoren wie die äußeren Einflüsse zu untersuchen. Rasch gelang es ihr, wobei ihre Vielsprachigkeit gute Dienste leistete, eine Reihe von Experten in den einzelnen Staaten zu interessieren und sie in gemeinsame Projektarbeiten einzubinden. 1983 gab sie mit Philipp Cottrell den Sammelband „International Business and Central Europe 1919 – 1939“ heraus. Aus profunder Einsicht in das Zusammenspiel makro- und mikroökonomischer, innen- und außenpolitischer Faktoren wie in kluger Einschätzung der Dringlichkeit und Machbarkeit der im internationalen Diskurs aufgeworfenen Probleme formulierte sie Projektziele und Tagungsthemen, suchte sie, im wahrsten Sinne des Wortes, nach Mitarbeitern in aller Welt.

Die Titel der von ihr im Folgenden allein oder in Zusammenarbeit mit anderen herausgegebenen Werke zeigen für sich schon, mit welchem Problembewusstsein und umfassenden Wissen sie an die vielschichtigen Zusammenhänge von internationaler Politik und nationalen Bestrebungen, von wirtschaftspolitischen Sachzwängen und Handlungsspielräumen, von Strukturproblemen und Entwicklungstrends, heranging. Seit Mitte der achtziger Jahre sind an die zwanzig Sammelbände erschienen, an denen sie federführend und immer auch mit einem konkreten Beitrag beteiligt war. Zum Beispiel erschien „Multinational enterprise in historical perspective“ 1986 in englischer und 1991 in spanischer und in japanischer Sprache; „The role of Banks in the Interwar Economy“, ebenfalls 1991; „European Industry and Banking 1920–1939“, 1992; „Universal Banking in the Twentieth Century. Finance, Industry and the State in North and Central Europe“, 1994; „Österreich und die Tschechoslowakei 1918–1938. Die wirtschaftliche Neuordnung in Zentraleuropa der Zwischenkriegszeit“, 1996; „Banking, Trade and Industry. Europe, America and Asia from the thirteenth to the twentieth century“, 1997; „Der Markt im Mitteleuropa der Zwischenkriegszeit“, 1997. Zuletzt folgten u. a. noch „Nation, state and the economy in history“, 2003; „Zarte Bande‘ Österreich und die europäischen planwirtschaftlichen Länder“, 2006 und „Gaps in the Iron Curtain“, 2009.

Während der Bemühungen, große Themenfelder in Teamarbeit zu bewältigen, arbeitete Alice Teichova konsequent an größeren Monographien, wie der „Wirtschaftsgeschichte der Tschechoslowakei: 1918–1980“ oder der Studie über „Internationales Kapital und die Tschechoslowakei 1918–1938“, die in englischer und tschechischer Sprache veröffentlicht wurde. Eine im Wintersemester 1985/86 im Rahmen einer Gastprofessur an der Wiener Universität gehaltene Vorlesung war der Ausgangspunkt eines Buches über „Kleinststaaten im Spannungsfeld der Großmächte. Wirtschaft und Politik in

Mittel- und Südosteuropa in der Zwischenkriegszeit“, das 1988 erschien. Gleichsam flankierend, die Projekte vorbereitend oder in spezifischen Fragen behandelnd, stehen zahlreiche Arbeitspapiere und Artikel in Fachzeitschriften, die Alice Teichova in englischer, französischer, deutscher und tschechischer Sprache abfasste.

Diese ungewöhnlich breite, grenzüberschreitende Tätigkeit in Forschung und Lehre erforderte ein ebenso ungewöhnliches Talent bei der Erbringung wissenschaftsorganisatorischer Leistungen. Die großen, die Wissenschaft fördernden Fonds und Einrichtungen in England, Deutschland, Schweden und Österreich unterstützten die von Alice Teichova in Angriff genommenen Projekte. Im Jahre 1991 wandte sich das österreichische Wissenschaftsministerium an Alice Teichova mit dem Ersuchen, die „wirtschaftspolitische Rolle Österreichs in Mitteleuropa in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen“ zu untersuchen. Ihr gelang es, an die fünfzig Historiker(innen) und Wirtschaftswissenschaftler(innen) aus zehn europäischen Ländern zur Arbeit an dieser Aufgabe zu gewinnen. Einen Höhepunkt bildete ein internationales Symposium in Prag 1994, dessen Erträge in dem Sammelband „Der Markt im Mitteleuropa der Zwischenkriegszeit“ publiziert sind.

Eines der Geheimnisse des großen Erfolgs von Alice Teichova ist ihre Präsenz bei allen einschlägigen internationalen Wissenschaftlertreffen, im Besonderen bei den Internationalen Wirtschaftshistorikerkongressen, wo sie regelmäßig als Organisatorin einer Sektion auftritt, wodurch es möglich war, Ziele und Ergebnisse der eigenen Projektarbeit vor einem internationalen Expertenkreis darzulegen. Ihr Bekanntheitsgrad machte sie zu einer beliebten und gern gehörten Wissenschaftlerin, der es an Einladungen nicht ermangetelte. Solche kamen, in alphabetischer Reihenfolge, aus Belgien, Bulgarien, Deutschland, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Österreich, Polen, der Schweiz, der Tschechoslowakei, Ungarn und den USA. Als der Leiter der Business History Unit der London School of Economics, Terry Gourvish, nach London zu einem Symposium zu Ehren von Alice Teichova anlässlich ihres 80. Geburtstags einlud, wählte er das zentrale Anliegen im Schaffen der Jubilarin als Tagungsthema: „Business and Politics in the twentieth Century“. 45 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dreizehn Ländern leisteten der Einladung Folge. Die Vorträge haben einen umfangreichen Tagungsband gefüllt.³

Es überrascht nicht, dass die in tieferem Sinne grenzüberschreitende Tätigkeit von Frau Alice Teichova, ihre Integrität und fachliche Kompetenz ihr zu zahlreichen Auszeichnungen und Ehrungen verholfen haben. Dazu zäh-

3 Terence R. Gourvish (Hg.), *Business and politics in Europe, 1900 – 1970. Essays in honour of Alice Teichova*, Cambridge [u.a.] 2003.

len das auf Lebenszeit verliehene „Honorary Fellow“ des Girton College in Cambridge, das „Fellow of the Royal Historical Society“ (seit 1980), das „Senior Research Associate of the London School of Economics and Political Science. 1985 verlieh ihr die Universität Uppsala die Ehrendoktorwürde, im Jahre 1995 die Universität Wien.

Leben und Werk, Persönlichkeit und wissenschaftliche Leistung von Frau Prof. Alice Teichova stellen, wie dieser kurze Versuch einer Würdigung zeigen sollte, eine untrennbare Einheit dar. Beides zusammen war im Jahr 2000 auch Gegenstand der Verleihung eines Preises, der den Namen Anton Gindely trägt, dessen Persönlichkeit und Œuvre, ebenso untrennbar, ein Vermächtnis darstellen.

Ohne vordergründig zu vergleichen, es zeigen sich zwischen dem böhmischen Historiker aus dem 19. und der österreichischen Historikerin aus dem 20. Jahrhundert Ähnlichkeiten, die behutsam angedacht werden können, wobei auch Schmunzelnswertes seine Bedeutung haben mag. Wir sehen, beiden gemeinsam, eine ausgeprägte pädagogische Neigung, die Befähigung zur Mehrsprachigkeit, das Schreiben von Lehrbüchern, das Eintreten für Toleranz und die leidenschaftliche Ablehnung nationalistischer Tendenzen. Dem Österreichbewusstsein Anton Gindelys dürfen wir das Österreichertum Alice Teichovas gegenüberstellen, die in ihrer Volksschulzeit in Wien die von Karl Renner verfasste neue Österreich-Hymne „Deutschösterreich, du herrliches Land, wir lieben dich!“ auswendig lernte. Damals unterstellte man, dass diese Hymne nur Renner selbst, dem Komponisten und vielleicht Michael Hainisch bekannt wäre. Heute dürfte Alice Teichova die einzige sein, die Text und Melodie noch rezitieren kann.

Als Österreicherin wies sich Alice in der Emigration aus, in Exeter, wenn sie aufgrund ihrer Deutschsprachigkeit auf ihre nationale Herkunft, ihre Heimat, angesprochen wurde. Und vielleicht ist es ein besonderes Zeichen ihrer Zugehörigkeit zu Wien, dass ihr angesichts des Lorbeerkranzes bei der Verleihung des Ehrendoktorates der Universität Uppsala urplötzlich in den Sinn kam, schon lange keine Kartoffelsuppe gekocht zu haben. Zur Klarstellung des Kulturbezuges zu Wien sei angemerkt: In böhmischen Kochbüchern findet Lorbeer bei Kartoffelsuppe keine Erwähnung.

Eine Aufforderung, die Anton Gindely an den österreichischen Geschichtsschreiber gerichtet hatte, und der Alice Teichova auch in schwieriger Zeit stets nachkam, ist die vorbehaltlose Suche nach, in Gindelys Worten, „rückichtsloser Wahrheit; sie mag schmerzen, aber sie muss doch wieder versöhnen“. Versöhnung ist mit der Suche nach historischer Wahrheit untrennbar verbunden.

Frau Professor Teichova hat inzwischen mehreren Generationen von Historikern aus nahezu allen Ländern Europas und aus anderen Kontinenten durch ihre Persönlichkeit und ihr wissenschaftliches Arbeiten diese Haltung

vermittelt und überzeugend vorgelebt. Sie hat die ihr begegnenden jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im besten Sinne des Wortes in den Dienst genommen. Auch aus Anlass ihres 90. Geburtstages sei ihr ausdrücklich dafür gedankt.

Autorinnen und Autoren

Karl Bachinger, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Wirtschaftsuniversität Wien.

Peter Berger, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Wirtschaftsuniversität Wien.

Peter Eigner, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Universität Wien.

Gertrude Enderle-Burcel, Österreichisches Staatsarchiv.

Drahomír Jančík, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Karls-Universität Prag.

Andrea Komlosy, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Universität Wien.

Eduard Kubů, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Karls-Universität Prag.

Herbert Matis, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Wirtschaftsuniversität Wien.

Alois Mosser, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Wirtschaftsuniversität Wien.

Charlotte Natmeßnig, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Wirtschaftsuniversität Wien.

Andreas Resch, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Wirtschaftsuniversität Wien.

Gerhard Senft, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Wirtschaftsuniversität Wien.

Jiří Šouša, Lehrstuhl für historische Hilfswissenschaften und Archivstudium, Karls-Universität Prag.

Dieter Stiefel, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Universität Wien.

Derek Weber, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Wirtschaftsuniversität Wien.

Manfred Zollinger, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Wirtschaftsuniversität Wien.